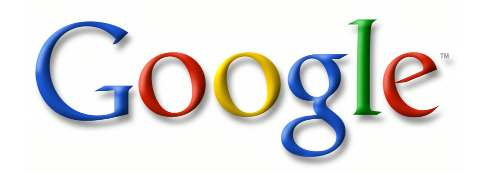
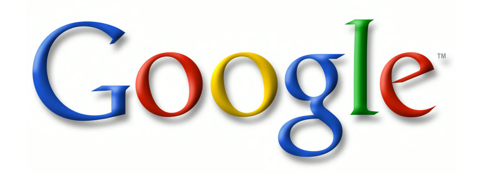
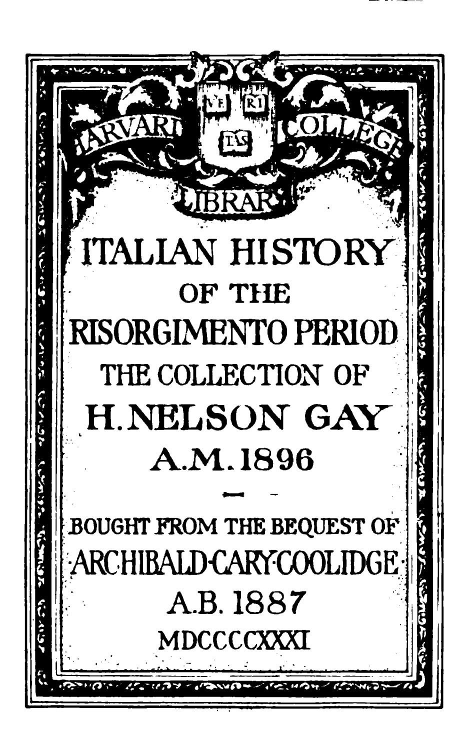





HARVARD COLLEGE
LIBRARY
ITALIAN HISTORY
OF THE
RISORGIMENTO PERIOD
THE COLLECTION OF
H. NELSON GAY
A.M. 1896
BOUGHT FROM THE BEQUEST OF
ARCHIBALD CARY COOLIDGE
A.B. 1887
MDCCCCXXXI

Publicationen

aus den

K. Preußischen Staatsarchiven.

Dreiundzwanzigster Band.

Dr. H. Ritter v. Poschinger, Preußen im Bundestag 1851 bis 1859. Documente der K. Preuß. Bundestags-Gesandtschaft. Vierter Theil.

Veranlaßt und unterstützt



durch die K. Archiv-Verwaltung.

Leipzig

Verlag von S. Hirzel

1884.

Preußen im Bundestag

1851 bis 1859.

Documente der K. Preuß. Bundestags-Gesandtschaft

herausgegeben

von

Dr. H. Ritter v. Poschinger.

Vierter Theil.

(1851—1858.)

Veranlaßt und unterstützt



durch die K. Archiv-Verwaltung.

7

Leipzig

Verlag von S. Hirzel

1884.

Vorwort.

In der Nachlassenschaft des am 26. November 1883 auf seinem Schlosse Crossen verschiedenen ehemaligen Preußischen Minister-Präsidenten Freiherrn Otto von Manteuffel hat sich eine große Anzahl vertraulicher und fast ausschließlich eigenhändiger Berichte des Herrn von Bismarck vorgefunden, die derselbe, zuerst in seiner Eigenschaft als Gesandtschaftsrath, demnächst als K. Preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. und während seiner außerordentlichen handelspolitischen Mission in Wien (im Sommer 1852) an seinen damaligen Chef, den Minister von Manteuffel gerichtet hat. Diese Berichte sind, als zu den Akten der Frankfurter Legation gehörig, vorgelegt worden. Sie umfassen eine achtjährige Zeitperiode (1851—1858) und bilden bei der politischen Wichtigkeit ihres Inhaltes eine äußerst werthvolle Ergänzung der in unserer Sammlung bisher publicirten diplomatischen Correspondenz des Bundestagsgesandten von Bismarck.

Berlin, im Dezember 1884.

Inhalt.

Vierter Theil.

1851—1858.

Urkunden.

1851.

Anm. Die mit einem * bezeichneten Berichte des Herrn von Bismarck haben Allerhöchsten Orts vorgelegen.

1852.

1858.

*

Seite

Seite

1858.

Vierter Theil.

1851—1858.

1. Eigenhändiger Bericht an den Minister Frhr. v. Manteuffel, betr. die Charakteristik der Mitglieder der Bundesversammlung, der Militair-Bevollmächtigten und des Personals der Österreichischen Gesandtschaft. Verdächtigung des Subalternpersonals der Preußischen Gesandtschaft. Charakteristik des Grafen v. d. Goltz. Die Preußischen Truppencommandeure in Frankfurt a. M. Eindruck und Haltung der Preußischen und Österreichischen Garnison. Charakteristik des Major Deetz. Geselligkeit in Frankfurt a. M. Haltung der diplomatischen Vertreter des Auslandes am Bunde. Frankfurt a. M. 26. Mai 1851.

1851 Mai 26.

„Ew. Excellenz ertheilten mir bei meiner Abreise[1]) die Erlaubniß, Ihnen gelegentlich in vertraulicher Weise über meine hiesigen Wahrnehmungen Bericht zu erstatten. Sowohl die bisherige Geschäftsstille am Bundestage, als auch die Zurückhaltung, welche ich, den Weisungen Ew. Excellenz entsprechend, einstweilen in amtlichen Beziehungen mir zur Regel gemacht habe, schränken mich dabei auf das Gebiet der Persönlichkeiten ein, die ich bisher kennen gelernt habe.

Der Graf Thun[2]) trägt in seinem Äußern etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehen mag, sucht er durch strenge Beobachtung der Vorschriften der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Club bis 4 Uhr Morgens Hazard (macao), tanzt von 10 bis 5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner, und macht den hübschen Frauen der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebenso sehr um den Eindruck auf die Zuschauer, als um das eigene Vergnügen zu thun ist. Unter dieser äußerlichen Richtung birgt Graf Thun, ich will nicht sagen

---

1) Wie aus Band I von „Preußen im Bundestage“ bekannt, erfolgte die Ernennung des Herrn von Bismarck zunächst als Rath der Preußischen Gesandtschaft und Geheimer Legationsrath am 4. Mai 1851. Als Bundestagsgesandter fungirte der General von Rochow. Als selbständiges Departement wurde übrigens Herrn von Bismarck sogleich zu Beginn die Bildung der Preßstation in Frankfurt zugewiesen.

2) Graf von Thun-Hohenstein, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, Österreichischer Bundespräsidial-Gesandter, demnächst Gesandter in Berlin.

1851 Mai 26. eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhommie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der Jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen. Wie ich höre, ist Graf Thun, in Beobachtung der löblichen Disziplin, welche der Österreichischen Diplomatie eigen ist, gewissenhaft bemüht, das treuste Organ der Absichten des Fürsten Schwarzenberg[1]) zu sein, und beweist in dieser Beziehung eine nachahmungswerthe Genauigkeit und Pflichttreue. Wenn ich mir bei der Neuheit meiner Erfahrungen ein Urtheil erlauben darf, so ist aber von den Österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergischen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden; ihre Auffassung scheint mehr die eines Spielers zu sein, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für Eitelkeit sucht, und zu letzterem Behuf die Drapirung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Cavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hülfe nimmt. Man kann von ihnen mit jenem herabstürzenden Dachdecker sagen: »ça va bien, pourvu que cela dure«.

Die Gräfin Thun ist eine junge hübsche Frau von gutem Ruf, geb. Gräfin Lamberg; sie sieht meiner Schwester ähnlich und ist streng katholisch. Beide Gatten haben eine Färbung von Czechenthum; sie spricht mit ihren Kindern und Mägden nur böhmisch.

Der zweite bei der Österreichischen Gesandtschaft ist der Baron Nell von Nellenburg,[2]) ein geschickter Publicist, wie man sagt; er ist gegen 50 Jahre, zu Zeiten Dichter, sentimental, weint leicht im Theater, ist äußerlich gutmüthig und zuthunlich und trinkt mehr, als er vertragen kann. Er soll Unglück in der Familie gehabt haben.

Der eigentliche Faiseur der K. K. Gesandtschaft scheint der Baron Brenner[3]) zu sein, ein großer hübscher Mann von etwa 40 Jahren, der früher, und bis er hier angestellt wurde, in Italien Einfluß auf die dortige Gestaltung der Österreichischen Politik geübt haben soll. Er macht den Eindruck eines geistig bedeutenden und unterrichteten Mannes, gilt für ultramontan, was ihn nicht abhält, dem schönen Geschlecht zu huldigen, und in diesfälligen Bemühungen auch in die mittleren Schichten der hiesigen Geselligkeit hinabzusteigen.

---

1) Fürst von Schwarzenberg, Österreichischer Minister-Präsident und Minister des Kaiserlichen Hauses.

2) Freiherr Nell von Nellenburg, Österreichischer Hofrath, Mitglied der Bundeskassenabtheilung.

3) Freiherr von Brenner, Österreichischer Legationsrath und Bundeskanzlei-Direktor, demnächst Österreichischer Gesandter in Athen.

1851 Mai 26.

Gegen Herren, in specie auch gegen die unsrigen, beobachtet er eine vornehme Zurückhaltung.

Der General von Schmerling[1]) ist ein eleganter General und scheint seine bevorzugte Stütze in dem Baron Rzikowsky, Major im Ingenieurcorps,[2]) zu finden, einem sehr klugen, gebildeten und liebenswürdigen Offizier, zu dem ich wünschte, daß wir ein Preußisches Gegenstück in der zweiten oder dritten Stelle der Militaircommission hätten.

Über unser hiesiges Subalternpersonal sind mir mehrfache Verdächtigungen, besonders von Österreichischer Seite zugegangen; ich habe indessen bisher noch nicht einmal Vermuthungen über den Grund oder Ungrund; besonders behauptet Graf Thun und auch Graf Goltz,[3]) daß irgend einer unserer Beamten Verbindungen mit der constitutionellen und der Kölner Zeitung haben müsse, wie sich aus Einzelheiten in deren Inhalt mit Sicherheit abnehmen lasse. Goltz hat sich hier gesellschaftlich eine sehr gute Stellung geschaffen, namentlich ist er persönlich in dem Österreichischen Cirkel gern gesehen. Ich habe mich von neuem überzeugt, daß er ein sehr fähiger Geschäftsmann ist, und es thut mir leid, daß er seine Stellung zu Ew. Excellenz durch seine persönliche Gereiztheit verdorben hat. Ich glaube, daß er, wenn er auf bestimmte Bedingungen sein Wort gäbe, es halten würde, und daß hierin die Möglichkeit liegt, seine bedeutenden Fähigkeiten nutzbar zu verwenden. Seine jähe Leidenschaftlichkeit wird er insoweit zähmen, daß er es über sich vermöchte, seine Bitterkeiten in sich zu verschließen; aber soweit sein Auftreten amtlich ist, nehme ich von ihm an, daß er halten würde, was er verspricht. Er ist am Sonnabend von hier nach Karlsruhe gereist, um Savigny[4]) zu sehen, und will morgen wieder hier sein, um sich nach Berlin zu begeben.

Unsere Truppen hier commandirt der Oberst von Herwarth,[5]) ein stattlicher Garde-Offizier, und Oberst von Kessel, Commandeur des 29. Infanterie-Regiments. Letzterer ist ein sehr fähiger Offizier, nach dem Urtheil aller Militairs, die ich über ihn gehört habe, vorzüglicher Regiments-Commandeur, etwas verstimmt, daß wir keinen Krieg gehabt haben, aber sehr ehrenwerth und

1) Ritter von Schmerling, Generalmajor, Österreichischer erster Militair-Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

2) Freiherr Rzikowsky von Dobrschitz, Österreichischer zweiter Militair-Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

3) Robert Heinrich Ludwig Graf von der Goltz war im Jahre 1850 Protokollführer der Bundes-Centralcommission und wurde in demselben Jahre zum Legationsrath ernannt. Im Mai 1851 wurde derselbe wegen des eingetretenen Systemwechsels zur Disposition gestellt. Demnächst finden wir denselben wieder als Preußischen Gesandten in Athen (1857), Constantinopel (1859), Petersburg (1862), Paris (Ende 1862); gestorben 1869.

4) Freiherr von Savigny, Wirklicher Legationsrath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Karlsruhe.

5) Herwarth von Bittenfeld, Preußischer Oberst.

1851 Mai 26.

zuverlässig in seiner Gesinnung; in allen Rivalitäten mit Österreich in den Garnison-Angelegenheiten ist er ein eifriger, aber wohlerzogener Vertreter seiner Truppe. Die 29er machen neben den Österreichern gerade keinen eleganten Eindruck; die Österreichischen Jäger hier sind eine Elitetruppe, die angenehm ins Auge fällt, jeder einzelne Mann; die Uniformen, auch die des hiesigen Infanterie-Regiments, sind luxuriös, neu und proper, die Leute alte Soldaten, und die Österreichischen sowohl als die Bayerischen Offiziere bekommen hier eine nicht unbedeutende Lokalzulage. Es wäre sehr erfreulich, wenn unseren Offizieren hier ein Gleiches gewährt werden könnte, da sie das Zurückstehen schmerzlich empfinden, und das Leben hier in der That über meine Erwartung kostspielig ist, theurer als in Berlin. Übel fällt es auch ins Auge, daß die Uniformen unserer Leute abgenutzter sind, während die große Zahl von Rekruten und die kurze Dienstzeit an und für sich die Unsrigen in weniger soldatischer Haltung erscheinen lassen, und demzufolge vergleichende Urtheile von Hiesigen und Fremden oft etwas Verletzendes für die Preußen haben. Der gute Geist des 29. Regiments, welches in der Gegend vom Hunsrück rekrutirt, hat sonst allgemeines Lob.

Gegen den Stadtcommandanten, Major Deetz,[1]) bin ich hier von verschiedenen Seiten gewarnt worden; einmal von Goltz; dann beklagten sich die Obersten von Kessel und von Herwarth über ihn, daß er unthätig im Dienst sei, sein Zimmer nicht verlasse, und dadurch die Schuld mancher von den Preußischen Truppen leicht abwendbarer Übelstände trage. Auch von dieser Seite her wurde er als politisch intrigant bezeichnet, wogegen der General von Schack[2]) eine sehr viel bessere Meinung über ihn in Mainz gegen mich aussprach. Ich wage ein eigenes Urtheil nicht hinzuzufügen, möchte aber doch Ew. Excellenz anheimstellen, dem General von Gerlach[3]) eine Andeutung zu machen, damit er etwaige Berichte des Major Deetz mit gebührender Vorsicht aufnimmt.

Der Baron Dörnberg[4]) steht in Taxisschem Dienst und hier in nächster Beziehung zu dem Hause der Frau von Brints,[5]) der Schwester der Frau von Meyendorff,[6]) deren täglich offener Salon eine Art von Österreichischem weiblichem Hauptquartier bildet. Schwiegersohn dieses Hauses ist Herr von Bethmann, Bayerischer Kammerherr; der Bruder des letzteren ist unser Consul.

1) Deetz, Preußischer Major und Stadtcommandant von Frankfurt a. M.

2) von Schack, Preußischer General-Lieutenant und Commandant der Bundesfestung Mainz.

3) von Gerlach, General-Lieutenant und General-Adjutant Sr. M. des Königs von Preußen.

4) Freiherr von Dörnberg, Thurn- und Taxisscher General-Postdirektor.

5) Eine Schwester des nachmaligen Österreichischen Ministers des Äußern und des Kaiserlichen Hauses Graf von Buol-Schauenstein.

6) Die Frau des Russischen Gesandten in Wien Peter Freiherr von Meyendorff.

1851 Mai 26.

Abgesehen von dem Salon der Frau von Brints, in welchem täglich auch von den Damen hoch und hitzig gespielt wird, hat die hiesige Geselligkeit nur am vorigen Freitag ein Lebenszeichen von sich gegeben, wo bei Lord Cowley [1]) ein Zauberfest zu Ehren der Königin Victoria [2]) stattfand. Die Herzogin-Wittwe von Nassau (geb. Prinzessin von Württemberg) war mit ihrer unverheiratheten Prinzessin dort; letztere tanzte mit allen vertretenen Mächten, nur mit keinem Preußen.

Die hiesige Diplomatie ist eine springlustige, nicht nur Thun, sondern der mehr als 50 jährige Tallenay [3]) und der Vertreter Belgiens, Graf Briey, [4]) sowie Lord Cowley selbst tanzten und nahmen an einem zweistündigen Cotillon als ordentliche Mitglieder Theil. Die Räume waren mit den Farben aller deutschen Staaten sehr bunt decorirt, und dem Englischen Wappen-Transparent gegenüber hing das des Deutschen Bundes: der Doppeladler ohne Krone.

Die Vertreter von England und Frankreich sind sehr entgegenkommend, und man hofft hier, daß in Folge des Eintrittes von Preußen nunmehr ihre baldige Accreditirung am Bundestage erfolgen werde". [5])

2. Eigenhändiger Bericht an den Minister Frhr. v. Manteuffel,*) betr. die Haltung der demokratischen Vereine in Frankfurt a. M. Charakteristik des Herrn v. Blittersdorf, der Bürgermeister v. Günderode und Sieber sowie der Stadtverwaltung. Besuch in Rumpenheim. Mission des Grafen v. Széchényi. Graf v. Thun. Herr v. Radowitz. Dr. Frantz.*) 27. Mai 1851.

Mai 27.

„Ew. Excellenz beehre ich mich, lediglich als Curiosum und zu einmaliger Probe, einige Berichte über die hiesigen demokratischen Vereine zu übersenden, und füge ich eine Broschüre bei, die neuerdings in diesen Vereinen vielfach vertheilt wird. Sie ist nicht ohne Talent geschrieben, vorzugsweise gegen die Bourgeoisie gerichtet, aber zu lang und zu wenig populär in ihrer Haltung,

---

1) Lord Cowley, Großbritannischer Gesandter am Bundestage, demnächst Gesandter in Paris.

2) Victoria, Königin von England.

3) Marquis de Tallenay, Französischer Gesandter am Bundestage.

4) Graf von Briey, Belgischer Gesandter am Bundestage.

5) Das Creditiv des Präsidenten der Französischen Republik für den Französischen Gesandten Herrn von Tallenay datirte vom 9. April 1851. Die Anerkennung desselben bei dem Deutschen Bunde erfolgte erst in der Sitzung vom 7. Juni 1851. In derselben Sitzung erfolgte auch die Anerkennung des Englischen Gesandten Lord Cowley's. cf. Prot. 1851, § 40.

*) Wenn im Folgenden ohne weiteren Zusatz von Berichten die Rede ist, so ist stets ein solcher an den Minister-Präsidenten Freiherr von Manteuffel zu verstehen. Als Ort der Berichterstattung gilt Frankfurt a. M., wenn nicht ein anderer Ort ausdrücklich genannt ist.

1851 Mai 27. um bei dem Publikum, für welches sie berechnet ist, Eindruck zu machen. Halbheit kann man ihr nicht vorwerfen, im Gegentheil ist man mitunter versucht, die Schrift für ein reaktionäres Produkt nach Art des neuerlichen Mazzinischen Manifestes zu halten. Im Ganzen scheint das demokratische Vereinswesen hier nicht von Erheblichkeit zu sein; die Leiter selbst klagen über den Geiz und die Theilnahmlosigkeit ihrer Partei; die Versammlungen sind nur spärlich besucht, und erst ein etwaiger Sieg in Frankreich würde im Stande sein, die Verzweigungen wieder zu beleben, welche sich jetzt der Wahrnehmung entziehen. Vereinzelte Versuche, unsere und Österreichische Soldaten zur Desertion zu verleiten, finden statt, bleiben aber, soviel bekannt, ohne Erfolg; auch schlechte Schriften sind mehrfach von den Soldaten als solche, die ihnen in Wirthshäusern zugesteckt worden, abgeliefert.

Unter den hiesigen Koryphäen habe ich auch Herrn von Blittersdorf [1]) kennen gelernt; seine rastlose geistige Lebendigkeit erinnert etwas an Bülow-Cummerow. [2]) Er hat einen lebhaften Haß gegen Herrn von Radowitz, [3]) der ihn dadurch verletzt hat, daß er ihn weder angenommen, noch seinen Besuch erwidert hat. Seitdem hat er sich auch mit Österreich überworfen und sich, wie er mir wenigstens sagt, von aller Mitwirkung an der Ober-Postamts-Zeitung [4]) zurückgezogen, weil man auf seine Ansichten der Preußisch-Österreichischen Frage nicht habe eingehen wollen. Da er dadurch eine jährliche Einnahme von 1000 bis 1200 Thalern aufgegeben hat, die er für seine Artikel von der Zeitung bezog, so muß, bei seiner Liebe zum Gelde, der Bruch allerdings ernstlich sein. Er gilt hier für einflußreich durch Verbindungen mit Menschen und Zeitungen in allen Theilen Deutschlands; jedenfalls ist er ein gescheuter praktischer Kopf. Seine politische Anschauung der Gegenwart sprach er dahin aus, daß ein ehrliches Zusammengehen Preußens und Österreichs, trotz aller Bemühung von beiden Seiten, nicht werde erreicht werden, solange Österreich nicht materiell und formell die, wenigstens in Deutschland jedenfalls vorhandene Gleichheit der Macht Preußens anerkenne, und solange beide sich nicht über eine gegenseitige Abgrenzung ihres Einflusses auf die übrigen deutschen Staaten einigten. Solange das nicht erfolge, werde Preußen mit oder ohne seinen

---

1) Friedrich Landolin Carl Freiherr von Blittersdorf, 1821 Badischer Bundestagsgesandter, demnächst (1835) Badischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, seit 1843 bis 1848 wieder Bundestagsgesandter; gestorben 1861 in Frankfurt a. M.

2) Der bekannte volkswirthschaftliche Schriftsteller, geb. 1775; gestorben 1851.

3) von Radowitz, geb. 1797, 1836 Preußischer Militair-Bevollmächtigter in Frankfurt a. M., seit 1842 gleichzeitig auch noch zum außerordentlichen Gesandten an den Höfen zu Darmstadt, Karlsruhe und Nassau, seit 1847 in die Umgebung des Königs Friedrich Wilhelm IV. berufen und demnächst in die Bundesreformbewegung entschieden eingreifend; vom 26. September bis 2. November 1850 Preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

4) Ein in Frankfurt erscheinendes, Österreichischen Interessen dienendes Blatt.

1851 Mai 27.

Willen dahin gelangen, einer Österreichischen Initiative gegenüber dieselbe negirende und hemmende Rolle zu spielen, welche vor 1848 Süddeutschland den Preußischen Bemühungen gegenüber durchgeführt habe. Blittersdorf geht in einigen Tagen nach Marienbad. Er scheint mit dem Dr. Kutscheit in engen literarischen Beziehungen zu stehen, und hat mir dieser zu verstehen gegeben, daß Blittersdorf sehr viel Werth darauf legen würde, wenn Ew. Excellenz ihn aufforderten, von Marienbad nach Berlin zu kommen, um sich mit ihm politisch zu berathen. Ich kann nicht beurtheilen, inwieweit Blittersdorf wichtig oder nützlich genug ist, um eine nähere Verbindung mit ihm für Ew. Excellenz wünschenswerth zu machen. Eine interessante Persönlichkeit ist er immerhin, sehr viel Zutrauen Erweckendes hat er aber nicht.

Unter den Würdenträgern der Stadt passirt der jetzige erste Bürgermeister, von Günderode, für einen Freund Preußens; der zweite, Sieber, für das Gegentheil. Die Stadtverwaltung ist schwach und furchtsam; der Polizei-Senator Hessenberg lehnt, gegen etwaige politische Anzeigen und Zumuthungen einzuschreiten, mit den Worten ab: „Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin selbst Demokrat“.

Gestern habe ich mit Herrn von Schele[1]) einen Besuch in Rumpenheim gemacht, wo ich die Herzogin von Cambridge mit ihrer Tochter, der Prinzessin Marie, traf, einer sehr hübschen und lebhaft unterhaltenden jungen Dame. Außerdem waren drei Hessische Landgrafen da, von denen der eine, der früher Brigadier in Königsberg i. Pr. gewesen ist, lebhafte Anhänglichkeit an Preußen aussprach.

Der Graf Széchényi, Secretair der Österreichischen Bundestagsgesandtschaft, reiste am vergangenen Mittwoch Abends von hier, um seinen Vater zu besuchen, nach Prag; man vermuthet, daß er nach Warschau gegangen ist, um dem Grafen Thun Kenntniß von den dortigen Ergebnissen zu verschaffen. Thun hält sich überhaupt in Kenntniß aller diplomatischen Vorgänge, und die Österreichische Regierung hat in Cöln eine Veranstaltung getroffen, daß ihm von dort aus Mittheilungen über alle wichtigeren Expeditionen zugehen, die von Wien über dort nach London und Paris geschickt werden. In der That ist es, den Abgesandten der kleinen Staaten gegenüber, eins der wirksamsten und wohlfeilsten Mittel, sie sich zu verbinden und Einfluß auf sie zu üben; sie sind dankbar für die geringste Nachricht, bei der sie der erste sein können, der sie Serenissimo nach Hause meldet; Thun weiß die Informationen, die er erhält, in dieser Beziehung zu nutzen und giebt sich das Ansehen, als wisse er viel mehr, als der Fall ist. Ich freue mich auf die Neugier, mit welcher Herr von

1) Freiherr von Schele, Geheimer Rath, Hannoverscher Bundestagsgesandter, demnächst Minister des Königlichen Hauses und des Äußern.



1851 Mai 27. Rochow[1]) nach seiner Rückkehr als Eingeweihter von Warschau betrachtet werden wird.

Erwähnen will ich noch, daß Herr von Radowitz bei seiner zweimaligen Durchreise nach und von Baden hier nichts weiter von sich hat hören oder sehen lassen, als daß er eine Nacht im Gasthof schlief. Er wohnte in Baden in demselben Hause mit Sydow[2]) und dem Fürsten Gortschakoff,[3]) und dieses Haus gehört Herrn von Blittersdorf, der mir das Faktum als „curios" erzählte".

Postscriptum.

„Erlauben mir Ew. Excellenz noch zu berichten, daß der Dr. Frantz[4]) mir geschrieben und gemeldet hat, daß er Ew. Excellenz als Anstellung nach seinem Wunsche vorzugsweise den Posten eines Legationssecretairs bei hiesiger Gesandtschaft bezeichnet habe. Abgesehen von dem Mangel einer Vacanz hat es mich gewundert, daß er gerade dieses Ziel seinem Ehrgeiz gesteckt hat. Der Hauptzweck seiner Anstellung, seine publicistische Fähigkeit für die Königliche Regierung nutzbar zu machen und nicht in fremde oder unrechte Hände fallen zu lassen, ließe sich indessen durch jede Art von Anstellung, quovis titulo, erreichen. Er berührte außerdem einen Plan, vor seiner definitiven Anstellung, falls solche überhaupt in der Absicht Ew. Excellenz läge, eine Reise von einigen Monaten nach Südfrankreich und den revolutionärsten Schweizer-Cantonen zu machen, um über die Lage und Entwickelung der socialistischen Bestrebungen Kenntnisse zu sammeln.

Ew. Excellenz Ermessen stelle ich anheim, ob und in welcher Eigenschaft die Acquisition dieses jedenfalls sehr gescheuten, wenn auch noch etwas unabgeschliffenen Kopfes Ihnen rathsam scheint".

3. Eigenhändiger Bericht, betr. ein demokratisches Fest in Frankfurt a. M. 7. Juni 1851.

Juni 7. „Ew. Excellenz beehre ich mich über das gestern hier abgehaltene große demokratische Fest zu berichten, daß dasselbe ohne Thaten, aber mit vielen Gesängen und Reden einen ruhigen Verlauf genommen hat. Die Ankündigungen und Einladungen waren in jeder Weise, am Sonnabend auch noch durch riesenhafte Anschlagezettel vervielfältigt worden, und die ganze Demonstration trug

---

1) cf. oben S. 1, Note 1.

2) von Sydow, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Bern.

3) Fürst von Gortschakoff, Geheimer Rath und Kammerherr, Russischer Gesandter in Stuttgart, auch beglaubigt beim Bundestage; demnächst Minister des Auswärtigen.

4) Dr. Frantz, 1851 Literat, demnächst im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt, später Kanzler beim Preußischen Generalconsulat in Spanien.

1851 Juni 7.

den Charakter dessen, was die Engländer show of physical strength bei ihren Chartisten-Aufzügen nennen. Ich behalte mir vor, Ew. Excellenz morgen den ausführlichen Bericht unseres Agenten einzureichen. Der Major Deetz [1]) hatte vor dem Feste, nach Verhandlung mit dem halbdemokratischen hiesigen Polizei-Senator, sein Verlangen durchgesetzt, daß innerhalb der Stadt weder geschossen werden, noch Aufzüge stattfinden dürften. Zu unserer Sicherheit hatte der Major Deetz sich den Leiter des Festes, Hadermann, [2]) persönlich rufen lassen, und das entschiedenste militairische Einschreiten angedroht, wenn man sich eine Übertretung jener Bestimmungen erlauben werde. Die bei dem Fest anwesende Menge schätzt ein Berichterstatter annähernd auf 25 000 Menschen, wozu das Hauptcontingent von dem zur Zeit des Festes ganz verödeten Frankfurt, der Rest von Hanau, Offenbach und den umliegenden Orten gestellt war. Eine witzig sein sollende Industrie-Ausstellung ist zur Verherrlichung der Feier im Walde angeordnet gewesen, bei welcher Preußen durch Sand, Bayern durch Bier, Rußland durch eine Knute, Baden durch Bajonette u. s. w. repräsentirt gewesen sind. Leider hat unser Agent diesen Fadaisen mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den gehaltenen Reden; indessen wird über letztere der Major Deetz durch die von ihm privatim beauftragten Berichterstatter wohl in Stand gesetzt sein, Näheres zu berichten. Auf den Charakter der ausgebrachten Toaste läßt sich aus dem einen schließen: „Möge der Bundestag verrecken und die Freiheit uns erwecken". Nach vielfachen Absingungen revolutionärer Lieder, worunter das Henkerlied, das alte Hambacher (Fürsten zum Land hinaus, jetzt kommt ein Völkerschmauß 2c.), hat man sich schließlich mit Tanzen belustigt, und dabei die Melodie der Marseillaise mit dem Takt der Polka zu combiniren versucht. Bezeichnend für den Gedankengang der Bourgeois ist der Umstand, daß die hiesige „besitzende Klasse" heute um deshalb ihre Entrüstung über das Fest ausspricht, weil dabei einem mit einer Dame einsam lustwandelnden Bürger, der aus Neugierde gekommen war, die Unannehmlichkeit begegnet ist, daß trunkene Strolche seine Begleiterin in einen Graben geworfen, und ihm die Uhr aus der Tasche gerissen und entwendet haben. Daß das gesammte Fest eine Demonstration des politisch zu ordnenden Straßenraubes en gros war, fällt den Herren nicht auf, und der beifolgende Artikel des Frankfurter Journals zeigt Ew. Excellenz, wie human die blaue Demokratie das Treiben ihrer rothen Geistesverwandten auffaßt".

---

1) cf. oben S. 4, Note 1.

2) Hadermann, ein Führer der Frankfurter Demokratie. cf. unten Urkunde 6.

4. Eigenhändiger Bericht, betr. einen Besuch in Baden-Baden. Event. Abberufung des Herrn v. Savigny aus Karlsruhe. Erklärung Preußens und Österreichs wegen Wahl des Ausschusses für die Centralcommission. Österreichs Bundespolitik. Herr v. Rochow. 11. Juni 1851.

1851 Juni 11.

„Ew. Excellenz beehre ich mich einige Worte über eine Excursion nach Baden-Baden zu sagen, die ich im Fest gemacht habe. Ich fand Savigny[1]) in besserer Stimmung als ich erwartet hatte; er scheint das Glück zu haben, zu vergessen, was nicht zu ändern ist, und sprach von Herrn von Radowitz[2]) mit mehr Anerkennung für sein Herz als für seinen Kopf.

Ich höre durch Herrn von Rochow, daß der Minister von Rüdt[3]) sich lebhaft für Savigny's Abberufung aus Karlsruhe interessirt. Letzterer sagte mir dagegen, daß gerade Herr von Rüdt, der allerdings bei Jedem, den ich danach gefragt habe, für einen Gegner Preußens gilt, hauptsächlich und persönlich den früheren Eintritt Badens[4]) betrieben, und einer Instruktion des Bundesgesandten zu Gunsten Preußens erfolglos entgegengewirkt habe. Nach dem Grundsatz, den Rath des Gegners nicht zu befolgen, würde sich also die Abberufung des Herrn von Savigny nicht empfehlen. Soweit ich persönlich dabei betheiligt sein kann, würde ich mir von ihm mehr eine Stütze als Nachtheil für die Wirksamkeit der Bundestagsgesandtschaft versprechen. Er ist gegen mich, der ich ihn seit langer Zeit näher kenne, in einer Weise offen gewesen, daß ich ihn für einen niedriggesinnten Menschen halten müßte, wenn er falsches Spiel dabei im Sinne hätte. Er würde Karlsruhe ungern verlassen, und da er seine volle Bereitwilligkeit gegen mich aussprach, mit der Politik des Cabinets zu gehen, und sie den Umständen nach für die einzig mögliche erklärte, so glaube ich, daß der Gewinn bei seinem Verbleiben größer ist als die Gefahr. Da er sich vernünftig finden läßt, so scheint es nützlicher, die Thätigkeit eines Mannes von seinen Talenten und Verbindungen für die Regierung verwendbar zu machen, als ihn in Opposition zu erhalten. Jedenfalls würden wir bei seiner Ersetzung durch eine neue Persönlichkeit für den Augenblick Terrain an Österreich verlieren.

Die ursprüngliche Fassung der gemeinsamen Erklärung Preußens und Österreichs in Bezug auf die durch den Bundestag gewählte Commission[5])

---

1) cf. oben S. 3, Note 4.

2) cf. oben S. 6, Note 3.

3) Freiherr Rüdt von Collenberg-Bödigheim, Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

4) Baden trat bereits am 2. Mai 1851, also vor Preußen (cf. Band I, S. 6*) in den reactivirten Bundestag ein. cf. Prot. 1851, § 17.

5) Zu verstehen ist hierunter der in der Bundestagssitzung vom 11. Juni 1851 gestellte Antrag, betr. die Übertragung des Bundescommissoriums in der Kurhessischen und Holsteinschen Angelegenheit an Österreich und Preußen. cf. Prot. 1851, § 44.

hatte bei einigen der anderen Gesandten den Argwohn erregt, daß es sich um eine maskirte Exekution dabei handle. Das Aktenstück war mit einer über das ostensible Ziel hinausschießenden Wichtigkeit und Länge gefaßt worden, und der Ausdruck mehrerer Stellen war zweideutig, insidiös und ein anderer, als nach den vorhergegangenen Abreden mit Österreich hätte der Fall sein sollen. Der Entwurf war von dem Baron Nell von Nellenburg,[1]) und ich habe ihn erst nach der Sitzung, in welcher er amendirt worden war, kennen gelernt.

1851 Juni 11.

Ich habe mich darüber gefreut, daß Ew. Excellenz mit der Art und Weise, wie die Dinge hier gehen, nicht einverstanden sind. Österreich scheint zu warten, und den Bundestag vorläufig nicht stark accentuiren zu wollen, sonst könnte Graf Thun nicht so vielfach über die wichtigsten Fragen Mangel an Instruktionen vorgeben.

Bei allen vorzüglichen Eigenschaften meines jetzigen verehrten Chefs[2]) glaube ich doch nicht, daß es seiner Natur und seinen Neigungen entspricht, den schwierigen Fragen mit einer kräftigen Initiative auf den Leib zu gehen, namentlich nicht, wenn dabei obenein eine Art von passivem Widerstande Österreichs zu überwinden ist, es sei denn, daß ihm der bestimmte und in den einzelnen Fragen detaillirte Befehl dazu von Ew. Excellenz zuginge; mich über Herrn von Rochow's Auffassung der Politik und Geschäfte näher auszulassen, tadelnd oder lobend, glaube ich mir nicht gestatten zu dürfen, falls Ew. Excellenz es nicht ausdrücklich befehlen".

Postscriptum.

„In der Hoffnung, daß Ihre Frau Gemahlin, der ich mich empfehle, es mir verzeiht, versehe ich diesen Brief äußerlich mit ihrer Adresse, damit er nicht etwa dienstlicher Weise erbrochen wird".

5. Eigenhändiger Bericht, betr. das Verhältniß zu Herrn v. Rochow. Urtheil über die innere Politik Preußens. Haltung und Einfluß der Kreuzzeitung. Pecuniäre Lage der Preußischen Offiziere in Frankfurt a. M. Badecur des Ministers v. Manteuffel. 12. Juni 1851.

Juni 12.

— — „Herr von Rochow ist heute nach Wiesbaden, um die Königin der Niederlande zu sehen. Ich freue mich sagen zu können, daß er seit einigen Tagen mittheilender in geschäftlichen Beziehungen gegen mich ist, was sonst, ohne daß er eine Absicht damit verbände, nicht in seiner Art und Weise liegt, indem er die vorkommenden Fragen gelegentlich schnell und mündlich mit Graf Thun abmacht, ein Verfahren, bei welchem sein „diplomatischer Säugling", wie mich die Kölnische Zeitung nannte, um seine Nahrung kommt.

---

1) cf. oben S. 2, Note 2.

2) scil. Herr von Rochow.

1851 Juni 12.

In Bezug auf die Entwickelung, welche unsere innere Politik durch die neueren Maßregeln der Regierung genommen hat, hört man hier von allen Schattirungen der Parteien, die man zu den conservativen rechnen darf, die größte Anerkennung, aber auch den Zweifel aussprechen, ob die Durchführung und die Überwindung des Widerstandes der Büreaukratie gelingen werde. Ich zweifle hieran nicht im mindesten, wenn die Königliche Regierung ernst und fest auf dem betretenen Wege vorschreitet, und entschlossen jedes Mittel ergreift, welches das gesammte Arsenal der Gesetze ihr bietet, um den vorhandenen Widerstand zu brechen; ebensowenig zweifle ich auch, daß die Regierung diese Energie entwickeln wird, denn der Rückzug scheint unmöglich, die Schiffe sind verbrannt, und die Consequenzen des Mißlingens, des Verlierens der Schlacht, können keinenfalls schlimmer, müssen jedenfalls weniger übel sein, als die der Umkehr und Aufgabe des Versuchs. Man hat bei letzterer alle Nachtheile der wirklichen Niederlage, ohne die sichere Chance des Sieges.

Ich habe neulich Wagener[1]) geschrieben, er möchte bei Besprechung der von der Regierung zu erwartenden und ihr zu empfehlenden Maßregeln seinen Ton mäßigen und sich weniger dictatorisch ausdrücken. Es ist das bei ihm eine falsche Beurtheilung der Tragweite der Worte, in die man in Bezug auf die Kinder der eigenen Feder so leicht verfällt, und ich bin überzeugt, daß, wenn Ew. Excellenz, falls Sie dieselbe Wahrnehmung gemacht haben, Sich Wagener oder den Dr. Beutner[2]) rufen lassen und über dergleichen wohlwollend rectificiren, die Besserung nicht ausbleiben wird. Der Einfluß und die Bedeutung der Kreuzzeitung wird hier, namentlich in den diplomatischen Kreisen, sehr hoch angeschlagen, ja man kann sagen, daß Artikel aus Preußen fast nur dann Eindruck machen und Aufmerksamkeit erregen, wenn sie in diesem Blatte stehen.

Ein Gegenstand, der mir sehr am Herzen liegt, ist die traurige pecuniäre Lage unserer Subaltern-Offiziere hier;[3]) ich habe mir, nach genauer Ermittelung der nothdürftigsten Sätze, eine Zusammenstellung gemacht, wonach die unvermeidlichen Ausgaben das Gehalt und alle sonstigen Emolumente unseres Seconde-Lieutenants monatlich um 5 bis 6 Thaler übersteigen; die Verschuldung vieler derselben ist unausbleiblich. Ich werde mir erlauben, eine Abschrift dieser Zusammenstellung mit Commentar Ew. Excellenz mit dem Anheimstellen der Rücksprache mit dem Herrn Kriegsminister[4]) nächstens vorzulegen. Die Preise aller Bedürfnisse, einschließlich der Wohnungen, sind hier 30 bis 50 Procent höher als in Berlin.

---

1) Wagener, Assessor, damals Redacteur der Neuen Preußischen Zeitung (Kreuzzeitung).
2) Nach Wagener der Chef-Redacteur desselben Blattes.
3) cf. oben S. 4.
4) Chef des Kriegsministeriums General-Lieutenant von Stockhausen, seit Februar 1850.

Zum Schlusse wollen mir Ew. Excellenz die Bitte gestatten, daß Sie Sich die Zeit nehmen, dem Rathe Barez's[1]) zu folgen, und Sich bei einer kleinen Badecur von den Anstrengungen der letzten Monate erholen. Ich kann aus der Erfahrung früherer Zeit urtheilen, wie schnell sich Ihre Gesundheit durch den Aufenthalt in ländlicher Freiheit und Muße herstellt; wer weiß, welche Geschäfte die spätere Jahreszeit bringt, und die mit Ihrer temporären Entfernung von Berlin verknüpften Nachtheile würden bei einem etwaigen ernsten Unwohlsein in erhöhtem Maße und auf längere Zeit eintreten können. Ich schicke diesen Brief durch den Herrn von Dewitz-Milzow, der heute Abend nach Berlin reist". 1851 Juni 12.

6. Eigenhändiger Bericht, betr. die Personalvorschläge für das Preußische Finanzministerium. Winke für die Preußische Bundespolitik, insbesondere mit Rücksicht auf die Behandlung der Frage wegen Austrittes der Ostprovinzen aus dem Bunde. Haltung Österreichs und der übrigen Bundesstaaten gegenüber diesem Antrage. Hamburger Vorgänge. Übernahme der diplomatischen Vertretung Preußens in Darmstadt. Vorlage der Dresdener Verhandlungen an den Bund. Das Vorgehen der Preußischen Regierung gegenüber den Provinzialständen. Plänkeleien zwischen der Kreuzzeitung und der Preußischen Zeitung. Ersetzung des Herrn v. Rochow durch Herrn v. Bismarck und Vorschläge wegen der ferneren Gestaltung des Preußischen Bundestags-Gesandtschaftspersonals. Wirksamkeit der Socialdemokratie in Frankfurt a. M. Graf. v. Bernstorff. Hofnachrichten. 29. Juni 1851.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für das gütige Schreiben, welches der Geheime Legationsrath Borck[2]) mir überbracht hat. In den ersten Tagen dieser Woche habe ich einen längeren Brief an den Herrn General von Gerlach geschrieben, der mir seine Unzufriedenheit über mein bisheriges Stillschweigen durch Herrn von Rochow ausdrücken ließ. Ich habe mich die ganze Zeit her auf Finanzminister besonnen; ich habe an Herrn von Lamprecht,[3]) an den Minister von der Heydt,[4]) an den Präsidenten von Wedell in Merseburg und Andere gedacht, ohne bei irgend einem den Muth zu einem Vorschlage zu gewinnen. Ich kenne die höheren qualifizirten Beamten der Mehrzahl nach gar nicht; wenn ich selbst in der Lage wäre, einen Collegen zu wählen, so würde Juni 29.

1) Dr. Barez, Geheimer Ober-Medizinalrath, der Leibarzt des Prinzen August von Preußen.

2) Borck, 1851 vortragender Rath in der Ersten Abtheilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin.

3) von Lamprecht, Präsident des Hauptbank-Direktoriums, Mitglied des Staatsraths.

4) Seit Dezember 1848 Preußischer Handelsminister.

1851 Juni 29. ich auf seine finanzielle Qualifikation gar keine, sondern alle Rücksicht auf die Übereinstimmung und die Ehrlichkeit der politischen Gesinnung und den moralischen Muth des Candidaten nehmen, indem ich von der Ansicht ausginge, daß das Technische des Faches von den Beamten des Ministeriums zu versehen, bei dem Minister selbst aber die Qualifikation, ein Mitglied des Collegiums zu sein, welches Preußen regiert, des Staatsministeriums nämlich, höher anzuschlagen sei, als die Eigenschaften eines guten finanziellen Kopfes, der seinen Platz gewissermaßen als Chef des Generalstabes unter dem Finanzminister einnehmen könnte. Le mieux est l'ennemi du bien, und hat einer der in Rede stehenden Candidaten Vorzüge vor dem bisherigen Chef der Finanzen,[1]) so würde sein Eintritt wünschenswerth sein, auch wenn er, objectiv betrachtet, Vieles zu wünschen übrig ließe.

Meine Erwartungen von den Resultaten der Bundestagsverhandlungen waren nicht hoch, als ich herkam, aber sie haben sich seitdem vermindert; wir müssen ohne Zweifel, wie Ew. Excellenz in Ihrem Schreiben andeuten, die Probe durchmachen, und ich will in aufrichtigen Bemühungen dazu, soviel an mir liegen kann, nicht nachlassen; aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß wir, abgesehen von dem außer der Berechnung liegenden Einfluß unvorhergesehener Ereignisse, über kurz oder lang dahin kommen werden, den Bundestag zwar als eine zweckmäßige Handhabe für gewisse allgemeine polizeiliche und militairische Maßregeln zu betrachten, auf eine organische Entwickelung deutscher Politik in ihm aber zu verzichten, und eine Befriedigung unserer Bedürfnisse in letzterer Beziehung mehr auf dem Wege der Separatverträge über Zölle, Gesetzgebung und Militairwesen zu suchen, innerhalb des uns durch die Natur angewiesenen geographischen Gebietes. Eine richtige Würdigung der gemeinsamen Interessen der deutschen Regierungen und der dadurch bedingten Nothwendigkeit des Anschlusses an und der Unterordnung unter einander ist hier sowenig vorhanden, daß der Bundestag eher das Bild eines bellum omnium contra omnes bei genauer Prüfung bietet, als das einer Verbindung zu anerkannt gemeinsamen Zwecken. Jeder der kleinen Höfe scheint vom Bundestage viel zu erwarten gegen geringe Leistung. In der Frage wegen des Austrittes unserer Provinzen[2]) wurde ein Eingehen auf unsere Wünsche, selbst bei unseren besten Freunden, erst dann bemerkbar, als ich Andeutungen machte, welche durchblicken ließen, daß Preußen, wenn es sogar in Fragen, bei denen es allein betheiligt sei, auf unnöthige Opposition gegen seine Wünsche stieße, in seinen Erwartungen vom Bundestage erkalten, und wider Willen zu der Nothwendigkeit gelangen müsse, sich in ab-

1) Chef des Finanzministeriums war damals Rudolf von Rabe, seit 24. Februar 1849. Am 23. Juli 1851 wurde von Bodelschwingh Chef dieses Ministeriums.

2) cf. Band I, Einleitung S. 9* f., S. 5 und Urkunde 11.

wartender Passivität auf seinen eigenen Schwerpunkt zurückzuziehen. Die Hinweisung auf derartige Eventualitäten, sowie auf Bundesbeschlüsse, deren strikte Durchführung den Kleinstaaten schwer oder unmöglich ist, beispielsweise das Militair-Contingent von zwei Procent,[1]) und Österreich gegenüber auf die Erwartungen, welche dessen Regierung unter Umständen von uns zu hegen berechtigt sein könnte, gewährt Mittel der Unterhandlung, durch welche wir den Mangel an Verständniß der gemeinsamen Interessen auf Seiten unserer Verbündeten werden ersetzen müssen. Von letzteren haben wir nichts umsonst, d. h. auf Grund ihrer richtigen Einsicht und ihres guten Willens, zu erwarten; die Grenze, bis zu welcher sie uns entgegenkommen, wird vielmehr lediglich durch die Vortheile oder Nachtheile bedingt, welche ihnen zu versprechen oder anzudrohen in unserer Macht liegt. Diese wie ich glaube unzweifelhafte Disposition der übrigen Staaten, einschließlich Österreichs, setzt uns in die Nothwendigkeit, jenseitigen Wünschen aller Art niemals aus Gefälligkeit, sondern nur gegen äquivalente Concessionen zu entsprechen, auch dann, wenn ersteres ohne Unbequemlichkeit für uns geschehen könnte.

1851 Juni 29.

Verzeihen Ew. Excellenz diese theoretische Expectoration, die sich mir bei dem Gedanken an das Benehmen der Anderen in Bezug auf den Austritt unserer Provinzen aufdrängt. Graf Thun hat die Instruktion ostensibel erhalten, unsere Wünsche in der gedachten Angelegenheit thätig zu unterstützen, er hat mir auch gestern die eifrige Ausführung dieses Auftrages zugesagt; aber er verwies mich gleichzeitig darauf, daß die Majorität leider nicht von ihm abhänge, und wir selbst mit den einzelnen Gesandten unterhandeln möchten, um uns zu überzeugen, daß bei vielen ein gewisses Mißtrauen in Bezug auf die Tendenzen Preußens bei diesem Antrage noch immer obwalte, ja er hatte die ingénuité zu behaupten, daß die übrigen Gesandten befürchten würden, der Eintritt Gesammtösterreichs[2]) könne durch ihr Eingehen auf unsere Wünsche erschwert werden. Diese Befürchtung hegt Österreich unleugbar, und trotz seiner Willfährigkeit en apparence wird es deshalb unsere Wege zu ebenen nicht gerade bemüht sein. Die übrigen Staaten haben so notorisch kein Interesse dabei, ob Ostpreußen zum Bunde gehört oder nicht, daß ihre Bedenklichkeiten gar keine andere Auslegung als die einer Diversion im Sinne Österreichs zulassen. Herr von Nostitz[3]) schützt den besorglichen Eindruck auf die öffentliche

1) cf. Band I, Einleitung S. 32* und die daselbst näher angegebenen Urkunden.

2) scil. in den Deutschen Bund. Im Jahre 1850 wurde (aber nicht in der Bundesversammlung) die Aufnahme der außerdeutschen Länder der Österreichischen Monarchie in den Bund lebhaft ventilirt. Frankreich und England protestirten, die Bundesversammlung wies jedoch diese Proteste energisch zurück. cf. die Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom 17. Juli, 6. und 30. September 1851, §§ 79, 132, 161, und Zachariä: Deutsches Staats- und Bundesrecht. II. Theil. S. 638.

3) von Nostitz und Jänckendorf, Wirklicher Geheimer Rath, K. Sächsischer Bundestagsgesandter.



1851 Juni 29. Meinung vor, den der Austritt Preußens machen werde, und meint sich vor Einholung bezüglicher Instruktion nicht erklären zu können. Schele dagegen ist bereit, ohne Weiteres für unseren Antrag zu stimmen, wenn er lediglich mit Motiven der Convenienz für die innere Politik Preußens unterstützt, und ohne Bezugnahme auf die formelle Ungültigkeit der früheren Beschlüsse[1]) formulirt würde, also in der Gestalt, die in dem gestrigen amtlichen Berichte von hier aus vorgeschlagen würde. Die Übrigen sind bisher mir gegenüber nicht weiter als bis zu allgemeinen Versicherungen ihrer Willfährigkeit gegen Preußische Anträge, verbunden mit einer Hinweisung auf die formellen Schwierigkeiten, die der vorliegende darbiete, gekommen, und werde ich morgen meine desfallsigen Ermittelungen fortsetzen. Schele und Oertzen[2]) sind die offensten von den Herren, aber leider beide Doctrinairs eines selbstgeschaffenen Rechtsbodens, dessen Grundfärbung einen, wie ich mir schmeichle, seit unserem Eintreffen etwas verwischten, schwarzgelben Schimmer zeigt. Beide scheinen dem Gesammteintritt[3]) günstig zu sein, für den bei allen Widersachern unausgesetzte Bekehrungsversuche gemacht werden. Die Gesandten von Bayern[4]) und Württemberg[5]) halten sich äußerst zurückgezogen, und man kann schwer entscheiden, ob die neuerlich von ihnen documentirte Kälte gegen Österreich Schein oder Wahrheit ist.

Der Syndicus Banks[6]) ist in einer sehr bittern, von dem Lübecker Gesandten[7]) getheilten Stimmung über die Hamburger Vorfälle und, wie er mir vertraulich mittheilte, bereits im Besitz der von Hamburg wegen der Bequartirung von St. Pauli bei dem Bundestag einzureichenden Beschwerde.[8]) Er fragte mich, ob es wohl angemessen sei, vorher noch einen Versuch zu machen, die Vermittelung Sr. M. des Königs bei dem Wiener Cabinet zu erbitten. Ich habe ihm erwidert, daß meiner persönlichen Ansicht nach in einem solchen Schritte nichts Unwillkommenes für Se. Majestät liegen könne, daß mir aber bisher die Auffassung, welche die Angelegenheit in Berlin gefunden habe, unbekannt sei.

---

1) Über die Gültigkeit der nach der Wiederherstellung des Bundestags (10. Mai 1851) zunächst ohne Preußen tagenden Bundesversammlung bestand zwischen Preußen und Österreich eine Differenz. cf. Band I, S. 6* f. und S. 2 ff.

2) von Oertzen auf Leppin, Geheimer Rath, Mecklenburgischer Bundestagsgesandter.

3) scil. Österreichs in den Bund.

4) Freiherr von Schrenk, Staatsrath und Kämmerer, Bayerischer Bundestagsgesandter.

5) von Reinhard, Geheimer Legationsrath, Württembergischer Bundestagsgesandter.

6) Dr. Banks, Syndicus, Bundestagsgesandter der Freien und Hansestadt Hamburg.

7) Dr. Brehmer, Bürgermeister, Bundestagsgesandter der Freien und Hansestadt Lübeck.

8) Wegen Besetzung der Hamburger. Vorstadt St. Pauli durch Österreichische, nach Holstein bestimmte Truppentheile (am 8. Juni 1851) beschwerte sich demnächst die Freie und Hansestadt Hamburg beim Bunde, indem sie gleichzeitig Ersatz der ihr durch jene Besetzung erwachsenen Kosten verlangte. cf. Prot. 1851, §§ 69, 77 und 98.

1851 Juni 29.

Herr von Otterstedt[1]) wird seine Urlaubsreise am Dienstag antreten, und mir morgen in Darmstadt die laufenden Sachen übergeben. Ich betrachte diese Geschäftsführung als einen Lehrcursus für formelle Routinirung, und bitte im Voraus um Ew. Excellenz Nachsicht, wenn ich mich in dieser Beziehung als Schüler documentiren werde.

Herr von Rochow war eben bei mir, und gab mir die heute von Ew. Excellenz eingegangenen Erlasse zu einstweiliger Ansicht; er war zweifelhaft, ob danach noch eine Preußische Erklärung der über Vorlage der Dresdener Verhandlungen[2]) gemeinschaftlich abzugebenden hinzuzufügen sei oder nicht. Ich hoffe, mich bei dieser ersten flüchtigen Durchsicht der Piecen nicht geirrt zu haben, wenn ich mich entschieden für die Affirmation aussprach. Herr von Rochow ist jetzt im Begriff, nach Soden zu fahren, wo er Frau von Tettenborn, eine Russin, besucht.

Von dem ruhigen und festen Vorgehen der Regierung in Sachen der Provinzialstände[3]) verspreche ich mir ein günstiges Revirement für unsere inneren Zustände, wenn die Herren Junker ihre Aufgabe richtig erkennen, und mit Entschiedenheit auftreten, ohne die Regierung zu brüskiren, mit welcher eine Verständigung nothwendig vorausgehen müßte, damit man einander in die Hände arbeite, ohne das Ministerium zu compromittiren. Ich würde sehr gern einem der Landtage, in Sachsen oder Pommern, selbst beiwohnen, und meine Wiederwahl, falls sie nöthig ist, bewirken können, ich glaube nur kaum, daß ich so lange hier fortgehen kann und darf. Witzleben[4]) wird stets pater dubiorum bleiben, wie Ew. Excellenz ihn sehr treffend nannten.

Sehr bedauerlich sind mir die Plänkeleien zwischen der Kreuzzeitung und der Preußischen;[5]) das Publikum legt dergleichen Symptomen immer eine tiefere Bedeutung bei, als sie praktisch haben für den, der hinter den Vorhang sieht.

---

1) Freiherr von Otterstedt, Legationsrath, Preußischer Minister-Resident in Darmstadt.

2) Gemeint sind die auf den Dresdener Conferenzen unerledigt gebliebenen Verhandlungen im Gebiete der Handelsgesetzgebung. cf. Band I, S. 13* f. und S. 32, 36 f. u. 40.

3) Über die damalige Stellung der Regierung gegenüber den Provinzial-Vertretungen vergl. Rönne: Das Staatsrecht der Preußischen Monarchie. 3. Auflage. I. Band. 2. Abtheilung. S. 466 ff.

4) von Witzleben, Oberpräsident der Provinz Sachsen.

5) Man vergleiche besonders den Artikel □ Berlin 14. Juli in der Nr. 161 der Neuen Preußischen Zeitung vom 15. Juli 1851. Die Controverse entstand in der Hauptsache durch die Behauptung der „Preußischen Zeitung" (Deutsche Reform), daß Alles, was von dem großen Einfluß der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" auf Beförderungen und Entlassungen, Dispositionsstellungen und Entsetzungen gefabelt werde, lediglich das Hirngespinst von Personen sei, die nicht die Organe, sondern die Herren einer Partei sein wollten, und die in der von ihnen selbst gepredigten Demuth sogar soweit gingen, sich und ihre Gehülfen für die gesammte conservative Partei zu halten. Die Kreuzzeitung wies diesen abrupten Ausfall in derber Weise zurück.

1851 Juni 29. Herr von Rochow sagt mir, daß er am 1. Juli seinen Bericht und seine Vorschläge wegen fernerer Gestaltung unserer hiesigen Vertretung machen werde,[1]) und daß er einige Wochen später von hier abzugehen glaube. Wenn es noch in Sr. Majestät Absicht liegt, mich zu seinem Nachfolger zu ernennen, und ich habe bisher nicht Veranlassung das Gegentheil anzunehmen, so würde demnächst die Wahl des übrigen Personals der Gesandtschaft Ew. Excellenz Erwägung anheimfallen, da Herr von Gruner[2]) seiner persönlichen Verhältnisse wegen nicht geneigt sein wird, hier zu bleiben. Es wird schwer sein, für mich, weil ich jung und neu im Dienste bin, einen passenden und bereitwilligen Gefährten zu finden. Die eigentlichen Dienstgeschäfte, abgesehen vom Lesen und Schreiben für die Presse, würde ich mit Rudloff[3]) bewältigen können, wenn es nicht sehr viel schlimmer kommt, als bisher. Dagegen würde das Bedürfniß für den persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr, für Erhaltung der Informationen und Beziehungen, die nur auf diesem Wege zu gewinnen sind, durch Rudloff nicht vollständig gedeckt sein, indem dazu eine routinirte, des Französischen mächtige Persönlichkeit von vornehmer Familie erwünscht wäre, falls eine solche disponibel ist.

Die hiesige Demokratie fährt fort, in auffälliger Weise durch Vereine, Vertheilung von Druckschriften und Gesellenverbindungen den Boden für ihre Zwecke zu bearbeiten. Die thätigsten und fähigsten Agenten scheinen Habermann[4]) und Theodor Schuster zu sein; auffällige Erscheinungen bietet dieses Treiben weiter nicht, als die der maßlosen Schwäche oder vielmehr gänzlichen Abwesenheit der hiesigen Polizei, deren Chef, der Senator Hessenberg, aus Connivenz lau gegen die Demokratie ist. Ich würde einzelne Berichte des Agenten beifügen, wenn ich glauben könnte, Ew. Excellenz damit etwas vorzulegen, was erheblich von den allgemeinen Erscheinungen differirte. Die gedruckten Anlagen[5]) werden ebenfalls kaum etwas Neues sein. Das Motto der Anlage A figurirt auch in den bei Rothjung gefundenen Aktenstücken.

Der Graf Bernstorff[6]) aß gestern mit Frau bei Rochow; er ist ungeduldig zu erfahren, was aus ihm werden soll, worüber ich ihm allerdings keine Aufklärung zu geben vermochte. Er wünscht nach London zu gehen, noch lieber nach Paris, wobei er Hatzfeldt[7]) für Wien bestimmt.

---

1) cf. unten 5. und 11. Juli 1851.

2) von Gruner, Wirklicher Legationsrath, 1851 vortragender Rath in der Ersten Abtheilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin.

3) Rudloff, Herrn von Bismarck hauptsächlich zur Bearbeitung der Preßangelegenheiten attachirt.

4) cf. oben S. 9, Note 2.

5) Dieselben sind aus unserer Correspondenz entfernt worden, ihr Inhalt also nicht bekannt.

6) Graf von Bernstorff, Wirklicher Geheimer Rath, bis 1851 Preußischer Gesandter in Wien, demnächst in London.

7) Graf von Hatzfeldt, Wirklicher Geheimer Rath, Preußischer Gesandter in Paris.

Nach Privatnachrichten, die der Geheime Rath Borck bestätigte, haben wir Se. K. H. den Prinzen von Preußen am Mittwoch hier zu erwarten, wo er dann wohl am Donnerstag den Prinzen Wilhelm [1]) zu dessen Geburtstage begrüßen würde". 1851 Juni 29.

7. Eigenhändiger Bericht, betr. die ungenügenden Einkommenverhältnisse der Preußischen Offiziere in Frankfurt a. M. Herzog von Augustenburg. 5. Juli 1851.

„Ew. Excellenz gestatte ich mir, auf die Geldnoth unserer hiesigen Offiziere zurückzukommen, [2]) da eine Anzahl der ärmeren sich unausbleiblich in Schulden verstrickt. Ich lege eine nach den gewissenhaftesten Ermittelungen zusammengestellte Berechnung der nothwendigen Ausgaben eines Seconde-Lieutenants bei, [3]) welche ich Ew. Excellenz anheimstelle, dem Herrn General von Gerlach oder dem Herrn Kriegsminister zu überweisen, und welche meine Angaben bestätigen werden, daß die Lebensbedürfnisse hier um 30 bis 50 Procent theurer sind als in Berlin. Die Österreicher und Bayern zahlen ihre sehr bedeutenden Lokalzulagen mit dem Vorbehalte der Erstattung durch den Bund, unter der Zusicherung, daß Rückzahlungen seitens der Offiziere keinenfalls werden gefordert werden. Es läßt sich daher erwarten, daß diese Staaten, ungeachtet des entgegenstehenden Beschlusses der Bundes-Centralcommission vom 8. Februar 1850, wonach vom 21. ejusdem an alle Bewilligungen von Bundeszahlungen aufzuhören hatten, späterhin die Liquidirung ihrer Auslagen versuchen werden. Juli 5.

Den Herzog von Augustenburg [4]) nebst Familie habe ich gestern in einer Gesellschaft bei Frau von Brints kennen gelernt. Daß er über das Dänische Verfahren in Bezug auf seine Person sehr gereizt ist, liegt in der Natur der

1) Friedrich Wilhelm Carl, Prinz von Preußen, geboren 3. Juli 1783, gestorben 28. September 1851.

2) cf. oben S. 12.

3) Nach der gedachten Zusammenstellung berechneten sich die Einnahmen eines Lieutenants in Frankfurt a. M. pro Monat auf 35 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf.; die etatsmäßigen Abzüge berechneten sich pro Monat auf 6 Thlr. 5 Sgr., wonach der Offizier bloß 29 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf. baar erhielt. Es berechneten sich aber in Frankfurt a. M. die laufenden Ausgaben monatlich: 1) für eine standesmäßige Wohnung auf 14 Fl., 2) für Mittagessen auf 20 Fl., 3) für Frühstück auf 5 Fl., 4) für Abendessen auf 9 Fl., 5) für Getränke beim Abendessen auf 4 Fl., 6) für Wäsche auf 4 Fl., 7) für den commandirten Burschen auf 1 Fl. 45 Kr., 8) für Beschaffung von Stiefeln, Handschuhen ꝛc. auf 4 Fl., in Summe auf 61 Fl. 45 Kr. oder = 35 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf., wonach ein Minus von 6 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf. verblieb, um die nothwendigsten Ausgaben zu decken.

4) Über die Verhandlungen des Herrn von Bismarck mit dem Herzog Christian Carl Friedrich August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg wegen Verzichts auf seine Dänischen Erbrechte gegen eine Geldentschädigung vergl. Band I, S. 16* ff. und die daselbst angeführten Urkunden.

1851 Juli 5. Dinge, und er konnte diese Stimmung trotz der Zurückhaltung, die er mir gegenüber beobachtete, nicht verbergen".

Juli 5. [**Eigenhändiger Bericht des Bundestagsgesandten v. Rochow, betr. dessen Abberufung von Frankfurt a. M. und Ersetzung durch Herrn v. Bismarck.**[1]) 5. Juli 1851.]

---

1) Der gedachte Bericht lautet wie folgt:

„Ew. Excellenz hatten Anfangs Mai cr. die Gewogenheit, im Ah. Auftrage mir die zeitweise Mission nach Frankfurt a. M. zur Anknüpfung der Theilnahme Preußens an der Vervollständigung der Wirksamkeit eines allgemeinen deutschen Centralorgans mündlich anzukündigen und dabei zu bemerken, daß die Dauer dieses vertrauensvollen Auftrags Sr. M. des Königs, u. A. H., sich auf etwa sechs Wochen ausdehnen solle. Dieser Zeitraum ist jetzt abgelaufen und ich bin so frei, Ew. Excellenz zu bitten, einen Nachfolger für mich bei dem Bundestage zu wählen und ihn mit Vollmachten zu versehen, damit ich auf meinen Posten nach Rußland, wie es der Ah. Wille des Königs zu sein scheint, abgehen kann.

Als ich den Vorzug hatte, Ew. Excellenz nach Warschau zu begleiten, gestatteten Hochdieselben mir den unmaßgeblichen Vorschlag, mein Verbleiben in Frankfurt a. M. bis zu dem Moment zu verlängern, wo der Verwaltungs-Ausschuß des Bundes, dessen Wirksamkeit auf sechs Wochen festgesetzt war, seine Aufgabe erfüllt haben würde. Dieser Ausschuß hat mit unablässiger Thätigkeit gearbeitet; es ist anzunehmen, daß er der Bundesversammlung in etwa zehn Tagen Bericht erstattet, daß ihm dann nur noch eine kurze Zeit bleiben wird, einzelne Geschäftszweige abzuwickeln. Außerdem sind wichtige Vorlagen für die Bundesversammlung zwischen Sr. M. Regierung und dem K. K. Österreichischen Cabinet verabredet, und es waltet weder Grund noch Zweifel ob, daß solche in kürzester Frist zur Sprache gebracht werden können, und wenn ich endlich noch hoffen darf, daß der diesseitige Antrag wegen Austrittes unserer Ostprovinzen sowie die Flottenfrage in Bälde einer Schlußfassung zuzuführen sind, so scheint mir alsdann der Augenblick gekommen, wo diejenigen Einleitungen getroffen sind, zu deren Behuf des Königs Majestät mich hierher geschickt und wonächst bessere Kräfte gewählt werden müssen, an den Bundestagsarbeiten Theil zu nehmen.

Ew. Excellenz bitte ich daher, die Eingangs beantragten Einleitungen bald treffen zu wollen, damit ich eben mit dem Ablauf dieses Monats Frankfurt verlassen und demnächst einer anderen Bestimmung wieder zueilen kann.

Da nach Sr. M. des Königs Allerhöchsteigen mündlichen huldreichen Äußerungen die fernere Wahl für den hiesigen Posten schon feststeht, so dürfte es nicht bloß überflüssig, sondern sogar anmaßend scheinen, wollte ich mich noch erkühnen, mir in dieser Beziehung unvorgreifliche Andeutungen zu erlauben.

Was unter den jetzigen Verhältnissen in Deutschland nützlich und möglich ist, was sich hier wird erzielen lassen, wie die einzelnen Vertreter der Bundesglieder zu behandeln sind und was mithin dazu gehört, Preußens Rechte und Interessen wahrzunehmen, das hat Ew. Excellenz Scharfblick längst übersehen. Es gehören dazu ganz vornehmlich: Entschiedenheit und Festigkeit des Charak-

[Bericht des Bundestagsgesandten v. Rochow, betr. die Wahl des Herrn v. Bismarck zu seinem Nachfolger.[1]) 11. Juli 1851.] 1851 Juli 11.

8. **Eigenhändiger Bericht, betr. eine Kritik über die Schwarzenbergsche Politik. Mißbilligung der Haltung der Kreuzzeitung. Falsche Beurtheilung der Vorgänge in Höchst. Kritik über die „neuen Gespräche" des Herrn v. Radowitz. Nochmals die Kreuzzeitung.** 12. Juli 1851.

— — „Der Dr. Frantz[2]) ist heute, von Wien kommend, hier angelangt, Juli 12.

ters, Würde und Anstand im Lebenswandel, Wohlwollen im Umgang, reife Menschenkenntniß, Vorsicht im Ausdruck, die Gabe, Vertrauen zu erwecken und Achtung sich zu erwerben, sowie Geschäftserfahrung. Der ausgezeichnete Mann, welchen des Königs Majestät für die hiesige dornenvolle Aufgabe in Ah. Ihrer Weisheit aus der Zahl mehrerer wahrer und hingebender Patrioten auszuersehen geruhte, besitzt so hervorleuchtende Verstandes- und Charakter-Eigenschaften, daß er das, was ihm vielleicht für den nächsten Moment an Erfahrung noch abgehen möchte, durch andere überwiegend nützliche Eigenschaften und selten anzutreffende große Gaben hinreichend ersetzt. Derselbe ist ganz unstreitig eine Zierde der Preußischen Ritterschaft, ein Stolz derjenigen Wohlgesinnten, welche mit Muth und Hingebung für den Glanz der Krone sowie für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes unablässig arbeiten, ja ich möchte nicht anstehen, die Behauptung auszusprechen, daß eine solche Persönlichkeit in vieler Hinsicht für den hiesigen Posten zu gut ist, insofern nämlich so bewährte Eigenschaften mehr für ein thatkräftiges Einschreiten, für eine höchste Stelle im Innern des Vaterlandes vorzugsweise berufen zu sein scheint, unterdessen hier weniger glänzende Fähigkeiten genügen, wenn nur der Preußische Bundestagsgesandte mit positiver conservativer Gesinnung und allen solchen Qualitäten ausgerüstet ist, die einem tüchtigen Geschäftsmann, dem ehrenwerthen kräftigen Diener des Königs, einem wahren Preußen unentbehrlich sind. Wenn ich so frei war, die Eigenthümlichkeit und Befähigung meines designirten Nachfolgers sehr hoch anzuschlagen und auf den wesentlichen Nutzen aufmerksam zu machen, den derselbe im innern Staatsdienste wird leisten können, so will ich damit gar nicht gemeint haben, daß er nicht auch hier und überhaupt im Auslande den Ah. Erwartungen Sr. M. des Königs und Ew. Excellenz persönlichem Vertrauen vollständig entsprechen wird".

1) Herr von Rochow berichtete dem Minister-Präsidenten vertraulich über den Besuch Sr. K. H. des Prinzen von Preußen in Frankfurt a. M. und eine längere Unterredung mit demselben. Gegen den Schluß des Berichts heißt es:

„Herrn von Bismarck haben Se. K. Hoheit sehr freundlich begrüßt; als ich mit Hochdemselben zum Hôtel fuhr, fragten Sie: „Und dieser Landwehr-Lieutenant soll Bundestagsgesandter werden?" — Allerdings, entgegnete ich, und ich glaube, die Wahl ist gut; Herr von Bismarck ist frisch, kräftig und wird gewiß allen Anforderungen Ew. K. Hoheit entsprechen. Der Prinz konnte darauf nichts entgegnen und hatte im Allgemeinen eine gute Meinung von diesem ausgezeichneten Vorkämpfer für Recht und wahre Preußische Gesinnung. Ich glaube, Se. K. Hoheit wünschen Herrn von Bismarck nur mehrere Jahre und graue Haare — ob man mit diesen Attributen gerade die Ansprüche des Prinzen durchführen kann, wage ich nicht zu entscheiden".

2) cf. oben S. 8, Note 4.

1851 Juli 12. und habe ich eine längere Unterredung mit ihm gehabt. Er brachte einen Brief von Meyendorff[1]) an Herrn von Rochow, und hat sich, wie mir scheint, vom Fürsten Schwarzenberg[2]) mehr imponiren lassen, als ich erwartet hätte. Er vertheidigt für Österreich dasselbe Prinzip der centralisirenden Büreaukratie, welches er in seinen Brochüren über heimische Zustände so heftig angreift, und erwies sich in der Discussion, die ich darüber mit ihm hatte, als den Anhänger eines rein utilitarischen Princips, welches die Faktoren des „Rechtes" in seinen Combinationen außer Ansatz läßt. Mit der Phrase: „Ich kann meinen sechs blödsinnigen Vettern unmöglich alle Gouverneurstellen geben" fertigt der Fürst Schwarzenberg die Österreichische Aristokratie ab, die er allerdings nicht im Staatsdienste anstellen, wohl aber in der lokalen Organisation nutzbar machen sollte; anstatt das reiche Material für Communal- und Provinzialzwecke, welches Österreich in seinem Adel und in städtischen Corporationen besitzt, zu beleben und nutzbar zu machen, zerschlägt er es, um den subalternen Schreiber und den Gendarmen an die Stelle zu setzen. Wenn er sein System durchführt, so fürchte ich, daß er selbst noch den praktischen Beweis erlebt, wie wenig er den Namen eines Conservativen verdient. Den eisernen Reif, der das Staatswesen zusammenhalten soll, nach Zersetzung alles rechtlichen und organischen Bandes, sieht der Fürst allein in der Armee und in deren corporativer Isolirung; ganz abgesehen von jedem anderen Bedenken scheint mir dabei die Gefahr, aus der Volkssouverainetät unter die eines prätorianischen Heeres zu gerathen, durch die Erfahrungen der letzten drei Jahre, die gerade Österreich gemacht hat, nahe gelegt, zumal wenn man die Zusammensetzung dieses Heeres bedenkt, die Erbitterung der Nationalitäten, und den Umstand, daß mehr als die Hälfte der gebildeten Offiziere Ausländer sind, und daß wir in nächster Zukunft leicht Zeiten erleben können, die einem glücklicheren Wallenstein Spielraum für seinen Ehrgeiz gewähren. Glaubte doch die Österreichische Regierung im Jahre 1809 in dieser Beziehung den Mitgliedern des eigenen Kaiserhauses nicht trauen zu dürfen. Verzeihen Ew. Excellenz diese politischen Phantasien, die ich nicht wagen würde Ihnen vorzulegen, wenn ich nicht annehmen könnte, daß diese Zeilen erst in der Muße von Eilsen[3]) werden gelesen werden. Die Vertheidigung jener Politik von Frantz zu hören, habe ich besonders auch um deshalb bedauert, weil ich in seinen Äußerungen ein Echo von Meyendorffschen Ansichten zu vernehmen glaube, bei dem ich sonst eine mehr Deutsche als Russische Rechtsauffassung voraussetze.

---

1) Peter Freiherr von Meyendorff, Geheimer Rath, Russischer Gesandter am Wiener Hofe, accreditirt am 20. Oktober 1850.

2) cf. oben S. 2, Note 1.

3) Eilsen, Dorf in Schaumburg-Lippe am Fuße des Harrlberges, besucht wegen seiner Schwefel-, Eisen- und Schlammbäder.

1851 Juli 12.

Über die Polemik der Kreuzzeitung gegen die Organe der Regierung [1]) habe ich Wagener [2]) durch gemeinschaftliche Freunde angehen lassen; er setzt in den Augen des Publikums die Bedeutung des Blattes herab, indem er demselben den Nimbus benimmt, als ob jede politische Evolution, die es macht, ein Ausdruck der Partei wäre, die es vertritt; denn von einer großen und intelligenten Partei wird Niemand im Ernst glauben, daß sie ihre Stellung zur Regierung lediglich aus dem Grunde ändern werde, weil irgend eine einzelne Persönlichkeit, die den meisten gar nicht bekannt ist, eine Stellung einnimmt, der man sie nicht für gewachsen hält. Einen anderen Grund zu einer unfreundlichen Haltung kann der Leser in der Provinz aus dem Blatte selbst nicht entnehmen. Dergleichen untergeordnete Personalfragen können gerade jetzt weniger als jemals die Haltung der Partei, welche von der Kreuzzeitung vertreten wird, der Regierung gegenüber bestimmen. Den Ton mehrerer Artikel habe ich mehr als den Inhalt gemißbilligt, und bin nur durch die vielen Geschäfte der letzten Tage gehindert worden, Wagener direkt eine Vorhaltung zu machen. Leider ist es unvermeidlich, daß gerade die edlen und heut zu Tage so seltenen Eigenschaften furchtloser und unbeugsamer Charakterfestigkeit ihre unbequeme Kehrseite haben, die man mit in den Kauf nehmen muß.

Die Adlerzeitung in Nr. 10 enthält wieder mehrere falsche Nachrichten von hier unter dem Correspondenzzeichen ÷, die in einem officiösen Organ von übler Wirkung sind. Ein Verbot, das Nassauische Gebiet zu betreten, ist von der hiesigen Militairbehörde niemals ergangen, und wenn in dem Organ der Königlichen Regierung die Mißhelligkeiten wegen des Höchster Vorfalls [3]) als „unausgeglichen“ bezeichnet werden, so ist das nicht ohne üblen Einfluß auf die desfallsigen Unterhandlungen. Meines Erachtens eignet sich diese Sache mehr zur Behandlung durch den Bundestag als durch die Preußischen Behörden, indem der Grund der Unrechtmäßigkeit des jenseitigen Verfahrens gerade darin liegt, daß die betheiligten Soldaten zu den Bundestruppen ge-

1) cf. oben S. 17.

2) cf. oben S. 12, Note 1.

3) Im Sommer 1851 verhaftete das Herzoglich Nassauische Justizamt Höchst wegen in Nied vorgefallener Excesse sieben Soldaten des Preußischen 29. Infanterie-Regiments. Es handelte sich demnächst um die Frage, ob das Nassauische Gericht zur Vornahme der Verhaftung competent war, oder ob vielmehr nach der für die Garnison der Bundesfestung Mainz bestehenden Übung, auch für die in Frankfurt a. M. befindlichen Bundestruppen deren militairischer Gerichtsstand ausschließlich zur Anwendung komme, und in Fällen von Excessen den Herzoglichen Behörden nur der erste Angriff mit der ihm entsprechenden Informativ-Verhandlung obliege und zustehe, verhaftete Militairpersonen aber baldmöglichst und ohne Einholung höherer Ermächtigung an das Militaircommando zu Frankfurt a. M. abzugeben seien. Preußen beantragte demnächst, daß die Nassauische Regierung der Gerichtsbehörde zu Höchst wegen der völlig rechtswidrigen Verfügung und Vollstreckung einer mehrtägigen Gefängnißstrafe gegen zwei der verhafteten Soldaten einen ernstlichen Verweis ertheile. Das Nähere s. in den Protokollen 1851, §§ 57, 84, 111.

1851 Juli 12. hörten, in Bezug auf welche Nassau sowie ganz Deutschland als Inland zu betrachten ist, und welche daher in Bezug auf eine in Nassau verübte Handlung sich nicht außerhalb der Jurisdiction ihres gesetzmäßigen Richters, des Militairgerichts, befinden. Eine Genugthuung, die mir dringend wünschenswerth erscheint, wird der Bund um so leichter erlangen können, als Herr von Wintzingerode [1]) nach seiner eigenen Erklärung jede Veranlassung gern ergreifen will, die ihn von den demokratischen Justizbeamten in Höchst erlösen könnte.

Die „neuen Gespräche" des Herrn von Radowitz [2]) habe ich hier von Leuten verschiedener Parteien beurtheilen hören; alle diese Kritiken stimmen darin überein, daß sie Bedeutenderes von ihm erwartet haben. Das Werk macht den Eindruck, als ob es mit einer gewissen Flüchtigkeit geschrieben wäre. Es scheint, daß gerade dieser Autor das »nonum prematur in annum« nicht ungestraft vergißt. Im Vergleich mit den „älteren Gesprächen" drängt sich dem Leser die Überzeugung auf, daß letztere mit der Kraft und Liebe eines Mannes geschrieben sind, der wirklich glaubt, was er sagt, während die neueren die undankbare Aufgabe haben, zu beweisen, daß alle Handlungen des Verfassers mit den Grundsätzen in Einklang gewesen seien, die er für die seinigen von der Welt gehalten zu sehen wünscht. Das Buch ist eingegeben von der Unfähigkeit, zu sagen „ich habe mich geirrt", verbunden mit dem Bestreben, seine Gegner zu verletzen und die Vielseitigkeit der Gegenstände, mit denen sich ein tiefer Denker beschäftigt, öffentlich zur Anerkennung zu bringen. Ich kann mir nicht denken, daß der König, wenn er dieses Buch mit Aufmerksamkeit liest, die Überzeugung einer Seelenverwandtschaft mit Herrn von Radowitz festhält.

Soeben kommt mir die letzte Nummer der Kreuzzeitung zu Gesicht, deren Inhalt mich in der Absicht bestärkt, noch heute an Wagener zu schreiben, und Gerlach's Einfluß auf ihn zu Hülfe zu nehmen. Ich bin es der Offenheit schuldig, die ich mir gegen Ew. Excellenz zur Pflicht gemacht habe, zu erklären, daß ich objektiv die Ansicht Wageners theile, indem ich gleichfalls die Persönlichkeit, um die es sich handelt, nicht für ihren jetzigen Wirkungskreis geeignet halte; aber wenn ich mir nicht einmal in einer vertraulichen Correspondenz gestatte, Ew. Excellenz in dieser Beziehung meinen unberufenen Rath aufzudrängen, so ist das noch viel weniger angemessen für die Zeitung, und obenein in einem Ton, der Ew. Excellenz die Ausführung der begehrten Veränderung, selbst im Fall Sie damit einverstanden wären, erschweren würde". [3])

---

1) Freiherr von Wintzingerode, Präsident des Nassauischen Staatsministeriums.

2) cf. oben S. 6, Note 3. Im Jahre 1846 erschienen dessen „Gespräche aus der Gegenwart". Die „Neuen Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche" erschienen 1851. Erfurt. (2 Theile.)

3) Hiermit schließt die Correspondenz des Gesandtschaftsraths von Bismarck ab, da derselbe am 15. Juli 1851 an Stelle des Herrn von Rochow zum Bundestagsgesandten ernannt worden war. cf. Urkunde 9.

9. Eigenhändiger Bericht, betr. die Einführung des Herrn v. Bismarck in die Bundesversammlung. Äußere Haltung des Grafen v. Thun in derselben. Ernennung eines Sardinischen Gesandten am Bunde. Verhängung des Belagerungszustandes über Frankfurt a. M. Herr v. Rochow. Wahl des Herrn v. Bismarck in den Provinzial-Landtag des Herzogthums Magdeburg und Wiederwahl in die Zweite Kammer. 27. August 1851.

1851 Aug. 27.

„Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich heute, wie ich schon durch den Telegraphen nach Berlin gemeldet habe, in die Bundesversammlung eingeführt worden bin. Es fanden in dieser Sitzung Verhandlungen nicht weiter statt, als daß der Beschluß gefaßt wurde, mich, ohne Präjudiz für die Zukunft, als gewählt für alle diejenigen noch bestehenden Commissionen zu betrachten, deren Mitglied Herr von Rochow war. [1])

Graf Thun hält auch in seinem Auftreten in der Bundesversammlung denselben Typus von Formlosigkeit aufrecht, der ihn im Allgemeinen charakterisirt. Er präsidirte in einer kurzen Jacke von hellem Sommerzeug, die zugeknöpft den Mangel einer Weste verdeckte, mit einer geringen Andeutung von Halsbinde, übrigens in Nanking, und den Vortrag im Conversationston haltend. Im Verkehr ist er seit meiner Ernennung sehr offen und entgegenkommend für mich. Eine unrichtige Auffassung ist es von seiner Seite, daß er die rechtliche Stellung des Präsidiums überschätzt.

Lord Cowley war von Sardinien beauftragt, bei dem Bunde anzufragen, ob die Person des Herrn von Pralorme in Paris für die Stellung eines Sardinischen Gesandten dem Bunde genehm sei. Graf Thun hat es, worin ich ihm ganz beistimme, unangemessen gefunden, daß Sardinien diesen Schritt durch Lord Palmerston [2]) hat thun lassen, anstatt die Vermittelung Preußens oder Österreichs in Anspruch zu nehmen. Er hat aber auch sofort erklärt, daß er aus diesem Grunde eine amtliche Erwiderung auf die Anfrage Lord Cowley's verweigere. Ich glaube kaum, daß eine derartige Erklärung im Namen des Bundestags, ohne Rückfrage zu geben, in den Attributen des Präsidialgesandten liegt. Da indessen die Mittheilung, die Graf Thun hierüber nach Erledigung der Sitzungsgeschäfte machte, von ihm als eine vertrauliche bezeichnet wurde, ich sonst auch ohne Kenntniß dieses Vorganges war, so habe ich geglaubt, meine Bedenken für mich behalten zu können.

Eine ähnliche Neigung, die Stellung der Präsidialgesandtschaft stärker als richtig zu accentuiren, trat in einer Privatunterredung über die etwaige Nothwendigkeit des Belagerungszustandes für Frankfurt hervor. Der Fürst Schwarzenberg hat dem Grafen Thun, unter Mittheilung des Inhaltes des

---

1) cf. Band I, Urkunde 4.

2) Viscount Palmerston, Großbritannischer Staatssecretair des Äußern.

1851 Aug. 27. von Herrn von Rochow an Ew. Excellenz hierüber erstatteten Berichts, die Absicht oder doch die Tendenz ausgesprochen, den Belagerungszustand durch den Bundestag eventuell beschließen zu lassen. Ich bin mit Graf Thun in der Überzeugung einig, daß die Mehrheit der Mitglieder zu einem solchen Beschluß gar nicht zu bringen sein wird; sie werden alle Instruktion einholen wollen, und viele sich lieber krank melden, als die Verantwortung eines solchen Beschlusses auch nach eingeholter Instruktion übernehmen. Außerdem würde ein guter Theil des Zwecks der Maßregel durch das mit der Behandlung in der Bundesversammlung unvermeidlich verbundene Bekanntwerden derselben vereitelt werden. Graf Thun schlug mir dagegen vor, daß er in seiner Eigenschaft als „Präsidium", nach vorgängiger Rücksprache mit mir, den Belagerungszustand anordnen und dann dem Bundestage mittheilen wolle, daß er es für nöthig gehalten habe und bereit sei, es zu verantworten. Ich stellte ihm dagegen vor, daß dieser Weg geeignet sei, bei den anderen Staaten, die schon durch Eifersucht auf ihre Souverainetät geplagt würden, Bedenken zu erregen wegen eines Präcedenzfalles, in welchem das Präsidium eine derartige Machtvollkommenheit Namens des Bundes ausübe, und schlug vor, lieber das Obercommando in eigenem Namen und in Vorsorge für die Sicherheit der Truppen und der Ordnung des militairischen Dienstes handeln zu lassen, vorbehaltlich der Rechtfertigung der Maßregel vor dem Vorgesetzten des Obercommandos, dem Bundestage. Letzterer würde dann die Triftigkeit der Gründe des Obercommandos nach Niedersetzung einer Commission zu diesem Behuf untersuchen, und nach eingeholten Instruktionen darüber entscheiden, ob der Belagerungszustand beizubehalten oder wegen Unzulänglichkeit der Befürchtungen aufzuheben sei. Man müßte die Maßregel vor Tagesanbruch nehmen, gleichzeitig die Häuser, in denen man Personen und Gegenstände vermuthe, militairisch besetzen und durchsuchen, damit der Schlag vollkommen unerwartet käme. Graf Thun war auch mit dieser Auffassung schließlich einverstanden.

Wenn es sich nun darum handelt, den Belagerungszustand auszusprechen oder nicht, so erkläre ich mich, salvo meliore, für die Affirmative, und zwar in der vorstehenden Modalität für die Einleitung. Ich halte es für unmöglich, der offen und geheim durch Tausende von Theilnehmern in Westdeutschland betriebenen Verschwörung, vermöge deren sich die Demokratie unter den Augen der Regierungen organisirt und täglich numerisch verstärkt, um den günstigen Tag für das Losschlagen gerüstet zu erwarten, auf die Dauer ruhig anzusehen, wenn man nicht zur Zeit der Entscheidung mit später Reue an das, was man in der Zeit der Ruhe hätte thun können, zurückdenken will. Für ebenso unmöglich muß es gelten, dieser Verschwörung wirksam entgegenzutreten, solange sie in Frankfurt einen Fuchsbau besitzt, der keinem Jäger zugänglich ist, solange sie hier, im Knotenpunkt des Weltverkehrs ein Asyl gegen jedes Einschreiten und jede Controle findet. Ich lege nicht großen Werth auf die Symptome, daß die

hiesige rothe Presse seit einigen Wochen frecher in ihrer Sprache wird (der Polizei-Direktor Schultz hat einige der kleinen Tagesblätter für Ew. Excellenz mitgenommen), daß nach einer Benachrichtigung von Deetz, die ich heute erhalte, seit mehreren Tagen Bewaffnete, mit Hirschfänger und Büchse, mit den Maindampfschiffen hier eintreffen, und sich in der Stadt verlieren. Sollten die Revolutionärs irgend etwas hier unternehmen, um das öffentliche Interesse nicht einschlafen zu lassen, so würde dies ein sehr günstiges Ereigniß sein, dem vorgebeugt zu sehen gar nicht in meinen Wünschen liegen würde. Aber auch ohne ein solches direkt veranlassendes Ereigniß glaube ich, daß Preußen und Österreich von Frankfurt polizeilich Besitz ergreifen müssen; die Pflicht der Nothwehr gegen die Revolution gebietet es. Von der hiesigen Regierung ist Abhülfe unter keinen Umständen zu erwarten, sie hat die Personalkräfte nicht, welche Anweisungen sie auch vom Bundestage empfangen möchte. Die conservativsten Leute hier sagen mir, daß, wenn sie den jetzigen Chef der Polizei, Senator Hessenberg, der sich, um sein Nicht-Einschreiten zu entschuldigen, selbst einen Demokraten nennt, aus dem Amte verlören, so würde keiner da sein, der es wagte, sein Nachfolger zu werden. Die benachbarten Regierungen Nassau und Hessen bemänteln ihre eigene Zaghaftigkeit mit der Ausrede, daß ihre Maßregeln nutzlos seien, solange der jetzige Zustand in Frankfurt dauere. Wenn hier der Schlag geführt würde, so ermuthigten sie sich, und Mainz müßte bald nachfolgen. Dort und in Worms giebt das Treiben dem hiesigen wenig nach. Es ist wahrscheinlich, daß man hier, wenn die Vorbereitungen geheim genug blieben, und der Belagerungszustand plötzlich genug einträte, interessante Materialien in die Hand bekäme; aber selbst wenn die Betheiligten vorsichtig genug wären, diesen Fall vorausberechnet, und nichts Verdächtiges in ihren Händen hätten, so würde ich die Maßregel gegen Frankfurt doch für eine politische Nothwendigkeit halten, um der erfolgreichen Bearbeitung der Bevölkerung am ganzen Rhein zu steuern, die durch die eingeschmuggelten Druckschriften und das Vereinswesen betrieben wird. Dieselbe erstreckt sich schon auf die Soldaten, von denen einzelne, am meisten Bayern, seltener Preußen, die Vereine besuchen, und sich in verdächtigen Verbindungen in Bornheim und anderen Orten umhertreiben.

1851 Aug. 27.

Der langen Rede Sinn ist, daß ich bitte, daß Ew. Excellenz Sich mit der Österreichischen Regierung darüber vereinbaren möchten, daß eine baldige Verhängung des Belagerungszustandes, auch ohne daß noch zu erwartende auffälligere Ereignisse dazu provociren, herbeizuführen sei, und die Modalitäten entweder zwischen beiden Cabinetten verabredet und hierher angeordnet, oder daß Graf Thun und ich autorisirt werden, in Gemeinschaft mit dem Obercommando die Maßregel, sowie es nach Zeit und Gelegenheit angemessen erscheint, ins Leben zu führen. Zur richtigen Würdigung dieser meiner Auffassung wiederhole ich nochmals, daß ich an momentane Aufstände und sonstige Fährlichkeiten theils

1851 Aug. 27. nicht glaube, theils sie für kein Unglück halte, daß ich aber die Besitzergreifung und militairische Handhabung der hiesigen Polizei für ein unentbehrliches Glied in der Kette der zur Bekämpfung der Revolution nöthigen Operationen halte. Zieht sich die Ausführung aber in die Länge, so verlautbart der Plan, und verliert dadurch viel an moralischem Eindruck und materiellem Nutzen. Sollte es wirklich soweit kommen, so wäre die Hersendung von einem oder zwei routinirten Exekutivbeamten unserer Polizei einige Tage vorher sehr wünschenswerth. Der Polizei-Direktor Schultz wird Ew. Excellenz ohne Zweifel besonderen Bericht über die von ihm gemachten Erfahrungen abstatten. Er hat Herrn von Rochow mißfallen, wie ich glaube durch eine zufällige, nicht übel gemeinte, aber conventionell ungeschickte Äußerung. Heut ist Herr Goldheim bei mir gewesen; ein intelligent aussehender Mann, den ich gebeten habe, einen Tag hier zu bleiben, um sich für zukünftige Fälle mit Personen und Gelegenheit etwas bekannt zu machen; er soll diesen Brief mit nach Berlin nehmen, von wo ich hoffe, daß er Ew. Excellenz noch nach Ischl zu Händen gelangt. Einige inzwischen eingegangene Polizeiberichte füge ich bei.

Herr von Rochow ist gestern früh abgereist, noch ziemlich leidend; wenn Ew. Excellenz dies zu Händen gelangt, werden Sie ihn schon in Ischl gesehen haben.

Im Herzogthum Magdeburg bin ich für den Provinzial-Landtag gewählt worden; nach jetziger Sachlage, und da der Sächsische Landtag dem Vernehmen nach schon Anfangs September zusammentritt, dürfte aber keine Aussicht für mich sein, daran Theil zu nehmen.

Meine Wiederwahl zur Zweiten Kammer habe ich nunmehr zu betreiben angefangen.[1] Zu jener Zeit werden wir ja doch wohl soweit aus den Schwierigkeiten heraus sein, daß ich bei wichtigen Vorfällen den Verhandlungen beiwohnen kann".

10. Eigenhändiger Bericht, betr. den Geschäftsgang in den Bundestags-Ausschüssen. Verhalten des Grafen v. Thun in geschäftlicher und gesellschaftlicher Beziehung. Inaussichtnahme einer Bundestagssitzung behufs Einbringung gemeinschaftlicher Anträge von Österreich und Preußen. Ausscheiden der Preußischen Ostprovinzen aus dem Bunde. Geschäftliches Verhalten des Herrn v. Rochow gegenüber Herrn v. Bismarck. Mißgeschick eines Frankfurter Preßagenten. Thätigkeit des politischen Ausschusses. Abreise des Herrn v. Bismarck zum Landtage nach Merseburg; Aufgabe des Landtags. Finanznoth in Kurhessen. 6. September 1851.

Sept. 6. „Ew. Excellenz werden nunmehr, und wie ich hoffe und wünsche, in guter Gesundheit wiederum in Berlin eingetroffen sein, wenn Sie diesen Brief er-

1) Herr von Bismarck wurde demnächst für die zweite Legislaturperiode in das Abgeordnetenhaus gewählt, und zwar im dritten Wahlbezirke des Regierungsbezirks Potsdam (Westhavelland und Zauch-Belziger Kreis).

halten. Ich habe, seit ich die Ehre hatte, Sie hier zu sehen, zwar die Geschäfte übernommen, aber es hat seit meiner Einführung eine weitere Sitzung des Bundestags noch nicht stattgefunden. Die Ausschußverhandlungen sind an sich weniger bedeutsam und werden eine Geduldprobe durch das Verfahren in denselben. Graf Thun präsidirt in den meisten, und da er die eingehenden Piecen nicht vorher liest, so lernt er sie erst dadurch kennen, daß er sie dem Ausschusse buchstäblich von Anfang bis zu Ende vorliest, eine Operation, welche mitunter bei einer einzelnen Piece, z. B. einem 30 bis 40 Bogenseiten starken Bericht über das Rechnungswesen der Flotte, voller Ziffern und Beläge, mehrere Stunden dauert, während welcher der Graf mit beneidenswerther Lunge liest, Herr von Schele einschläft, Herr von Nostitz unter dem Tisch ein Buch liest, und General Xylander[1]) neben mir neue und phantastische Laffetten-Constructionen auf sein Löschblatt zeichnet. Dieses Vorlesen ist nur das Mittel, zu erfahren, wovon das Aktenstück handelt, und wenn Graf Thun sich davon vor der Sitzung überzeugte, so würde er uns viel Zeit ersparen, und wir die Sache durch den Vortrag des Referenten später beurtheilen können, indem wichtige Sachen doch bei Allen circuliren und demnächst der Gegenstand zweimaliger Re- und Correlation werden, im Ausschusse und im Bundestage. In den Ausschüssen wird kein Protokoll geführt, die zu fassenden Beschlüsse auch nirgend eingetragen, sondern sind nur ihrer Wirkung nach aus den Akten ersichtlich, und aus dem, was der Referent darüber in sein Referat niederlegt. Es giebt daher weder eine Sicherheit, daß die Ansicht der Mehrheit des Ausschusses richtig wiedergegeben wird, noch eine Möglichkeit, sich durch eine authentische, von allen Mitgliedern anerkannte Niederschrift von dem Wortlaute der Ausschußbeschlüsse zu überzeugen. Ich habe dem Grafen Thun Vorstellungen über das Unmögliche dieses Geschäftsbetriebes gemacht; er that auf gut Österreichisch, als ob er nicht begriffe, um was es sich handle und wie es anders sein könne, obschon diese Sache der Gegenstand der Beschwerde auch anderer Gesandten, namentlich des Herrn von Schele, wiederholt gewesen ist. Er wurde dann gereizt, sprach von Mißtrauen und brach die Unterredung ab. Bei der jetzigen Geschäftsordnung liegt die Deklaration der nicht niedergeschriebenen, sowie der Besitz und die leichte Zugänglichkeit der in den schriftlichen Referaten in nur Einem Exemplar niedergeschriebenen Ausschußbeschlüsse allein in den Händen der Präsidialgesandtschaft.

1851 Sept. 6.

Ich muß überhaupt die Klage meines letzten Briefes[2]) wiederholen, daß Graf Thun bemüht ist, die Präsidialbefugnisse, gestützt auf Besitz und faktisches Übergreifen, ungebührlich zu erweitern. Remonstrationen dagegen nimmt

---

1) Ritter von Xylander, General-Major und Bayerischer Bundestagsgesandter, demnächst Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

2) cf. Urkunde 9.



1851 Sept. 6. er mit Heftigkeit auf. Er ist gescheuter und geschäftskundiger, als ich glaubte, aber in der That in seiner äußerlichen Politur unfertiger, als man seinem Herkommen nach annehmen sollte. Gegen Herrn von Schele[1]) wurde er gestern im Ausschusse so heftig, daß dieser mich beauftragte, ihn zu fordern; ich zog indessen vor, den Vermittler zu machen und die Sache beizulegen, obschon eine anderweite Entwickelung ohne Zweifel pikanter gewesen wäre. Mir hat er auf meinen ersten Besuch im Mai eine Karte geschickt, seitdem ist er niemals wieder bei mir gewesen und hat meine zahlreichen Besuche, auch die officiellen, nie erwidert. Wenn ich in Geschäften zu ihm komme, so läßt er mich im Vorzimmer warten, um mir dann zu sagen: er habe eben einen sehr interessanten Besuch eines Englischen Zeitungs-Correspondenten gehabt. Selbst mit Herrn von Rochow machte er es nicht anders; Wentzel[2]) sagt mir, daß er mit Rochow zusammen 20 Minuten dort antichambrirt habe. Er steht nie von seinem Sitze auf, um Jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht. Ich theile Ew. Excellenz dies nur zu Ihrer Erheiterung mit; ich beobachte dieses seltene Exemplar von Diplomat mit der Ruhe des Naturforschers und schmeichle mir, zu seiner gesellschaftlichen Glättung wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber schon einiges beizutragen, ohne daß unser gegenseitiges Verhältniß den freundschaftlichen und vertraulichen Charakter verloren hat. Unbequemer wird der geschäftliche Verkehr aber allerdings durch die Nothwendigkeit, jenem Benehmen gegenüber die Würde der amtlichen Stellung zu wahren.

Morgen ist eine Sitzung des Bundestags, in welchem die gemeinschaftlichen Erklärungen von uns und Österreich in der Flottensache,[3]) wegen des hier aufzustellenden Bundescorps[4]) und über Holstein-Hessen[5]) vorgebracht werden sollen. Obschon wir uns über diese Erklärungen noch nicht verständigt hatten, so ist mir doch vom Grafen Thun nicht eher als durch das amtliche Circular, also spät gestern Abend, die Absicht bekannt gegeben, daß er auf heute eine Sitzung zu diesen Zwecken anberaumt habe. Nach genommener Rücksprache mit mir hat er die Sitzung auf morgen verschoben. Unsere noch obwaltende Differenz über die Dislokation des Preußischen Contingents zu dem aufzustellenden Corps wird aber bis morgen auch nicht erledigt sein, wenn mir der Telegraph nicht bis dahin eine andere Instruktion als die bisherige vom 11. Juni bringt.

---

1) cf. oben S. 7, Note 1.

2) von Wentzel, Legationsrath bei der Preußischen Gesandtschaft am Bundestage und Minister-Resident bei der Freien Stadt Frankfurt.

3) cf. unten S. 49, Note 2.

4) cf. unten S. 37, Note 3.

5) cf. unten S. 47, Note 2.

1851 Sept. 6.

Den Antrag wegen unserer Ostprovinzen[1]) beabsichtige ich erst in der folgenden Sitzung einzubringen, da sich bei meiner Geschäftsübernahme durch persönliche Umfrage herausstellte, daß mit den Gesandten für Thüringen,[2]) Mecklenburg,[3]) die 16.[4]) und die 17. Curie[5]) noch gar nicht über die Sache gesprochen war, und sie deshalb noch ohne Instruktion waren. Mecklenburg und Herr von Holzhausen für die 16. Curie haben mir ohne Weiteres ihre Beistimmung zugesichert. Die Herren von Fritsch und Brehmer waren aber vom deutsch-nationalen Standpunkte aus persönlich dagegen, und haben um Instruktion nach Hause geschrieben. Ich werde aber, wenn Ew. Excellenz es nicht anders bestimmen, den Antrag jedenfalls in der ersten Sitzung der nächsten Woche einbringen, denn erst durch praktische Verhandlung der Sache werden die etwaigen Winkelzüge zu Tage kommen, die sich an die Sächsische Erklärung, daß Einstimmigkeit erforderlich sei, knüpfen können. Für diejenigen, welche von der Ansicht ausgehen, daß die Einverleibung rechtlich vollendet gewesen ist, dürfte allerdings consequenter Weise der Beschluß des Wiederaustrittes nur durch Einstimmigkeit zu fassen möglich erscheinen.

Ich habe die Lage dieser Angelegenheit und den Mangel an Vollzähligkeit der zu erwartenden Zustimmungen bisher und vor meinem Amtsantritte nicht übersehen können, da Herr von Rochow über die laufenden Geschäfte, obschon ich mich täglich zu diesem Behuf bei ihm meldete, nicht in dem Grade mittheilend war, wie ich es gewünscht und für meine Vorbereitung erforderlich gehalten hätte. Ich habe von dem Eingange wichtiger Rescripte nicht Kenntniß erhalten, und bei Herrn von Rochow's Abreise hat er mir keine Mittheilungen über die Lage der schwebenden Angelegenheiten gemacht, nicht einmal eine Übergabe fand statt. Er gab mir den Termin seiner Abreise noch am Abend vorher um 24 Stunden später an, als er sie beschlossen hatte, und schickte mir am anderen Morgen ein Abschiedsschreiben, worin er erklärte, daß er sich wegen des schönen Wetters entschlossen habe, einen Tag früher zu fahren. Ich konnte ihn nur noch einige Minuten auf dem Bahnhofe sehen, und übernahm dann ex officio die Geschäfte, ohne Mittheilung über deren Lage von Seiten meines Vorgängers. Einen Beweis, wie weit die Zurückhaltung meines Vorgängers in Beziehungen des Geschäftsverkehrs ging, wollen Ew. Excellenz daraus entnehmen, daß ich von der Existenz des umfangreichen und wichtigen Rescriptes

---

1) cf. oben S. 15 f.

2) Freiherr von Fritsch, Großherzoglich und Herzoglich Sächsischer Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Bundestagsgesandter für das Großherzogthum Sachsen und die Sächsischen Herzogthümer.

3) von Oertzen; s. oben S. 16.

4) Adolf Freiherr von Holzhausen, Fürstlicher und Landgräflicher Wirklicher Geheimer Rath, Bundestagsgesandter für beide Reuß, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg (16. Curie).

5) Dr. Brehmer; s. oben S. 16, Note 7 (z. Z. Führer der 17. Curie).

1851 Sept. 6. vom 3. Juli[1]) erst dadurch Kenntniß erhielt, daß der Dr. Quehl[2]) sich nach dem Erfolg desselben erkundigte. Die diesseitigen Berichte, welche das Rescript vom 3. Juli theilweise widerlegt, rühren nicht von mir her und sind mir großentheils nicht bekannt geworden; ein Gleiches gilt von allen denen, welche das Treiben der Ultramontanen betreffen; deren intellectueller Urheber ist W. Menzel, soweit ich sie indeß durch Rudloff[3]) kenne, enthalten sie in ihrer Allgemeinheit viel Wahres. Herr von Rochow hat mich, wie mir schien aus höflicher Abneigung, meine Arbeiten zu streichen oder zu ändern, so gut wie gar nicht als Concipienten herangezogen, so daß er mich fast ganz außerhalb des eingehenden sowohl wie des abgehenden Geschäftsverkehrs hielt. Ich bin indessen, obgleich ich nicht unempfindlich für das Drückende und Verletzende einer solchen Stellung sein konnte, in äußerlich freundschaftlichem Verhältnisse mit ihm geblieben und geschieden, weshalb ich Ew. Excellenz auch bitte, meine Herzensergießungen über dieses Thema zu secretiren.

Der kleine Zirndorfer,[4]) den Ew. Excellenz in Mainz und Baden gesehen haben, ist seit einigen Tagen in großer Aufregung, weil zwei Briefe von ihm an Herrn von Rochow, die an und für sich ohne Inhalt sind, aber Bezug nehmen auf Berichte, die er Herrn von Rochow und mir eingereicht habe, in den hiesigen demokratischen Tagesblättern mit seiner Namensunterschrift abgedruckt worden sind, unter der Überschrift: „Beiträge zu dem Denunciantenwesen in Frankfurt". Zwischen beiden ist ein Bericht über das Treiben der Propaganda in Frankreich und deren Beziehungen zu einigen hiesigen Demokraten abgedruckt, welcher gleichfalls Herrn von Rochow durch Zirndorfer eingereicht war, aber nicht von seiner Handschrift ist. Wie diese Stücke in den Besitz der Demokraten gelangt sind, habe ich nicht ermitteln können; das Wahrscheinlichste ist, daß ein Bedienter, den Herr von Rochow in den letzten Wochen annahm, sie gestohlen und ausgeliefert hat. Zirndorfer trägt seitdem einen Dolch von ungewöhnlichen Dimensionen, und wünschte, daß ich eine fulminante Note an den hiesigen Senat wegen crimineller Untersuchung der Sache erlassen sollte. Ich habe indessen geglaubt, daß diese Angelegenheit nur um so unangenehmer wird, wenn man sie mit Wichtigkeit behandelt, und habe amtlich nichts in derselben gethan.

In dem politischen Ausschusse des Bundestags werden jetzt die Modalitäten des Beschlusses vom 23. August, in Betreff der Einwirkung des Bundestags auf die einzelnen Verfassungen,[5]) berathen. Es wird schwer sein, eine

---

1) Betraf die Stellungnahme der Regierung gegenüber der Presse.

2) Dr. Quehl, Referent der Centralstelle für Preßangelegenheiten in Berlin.

3) cf. oben S. 18, Note 3.

4) Ein Preßagent.

5) Vergl. über diesen Ausschuß Band I, S. 29* und die über die Aufgabe des sogenannten „Politischen Ausschusses" handelnde Urkunde 1 im Band II.

Form zu finden, welche die theoretische Sicherheit gewährte, daß sich der Bund nicht in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen versucht, ohne die Möglichkeit abzuschneiden bei anderen Bundesstaaten, bis Hannover und Württemberg aufwärts, haltbare Zustände wieder herzustellen. Die jetzige Hannoversche Verfassung, vermöge deren in der dortigen Ersten Kammer die reifere Intelligenz durch eine bäuerliche Majorität, das conservative Element durch die Advokaten vertreten wird, geht soweit, daß sie den König ausdrücklich verpflichtet, einen Minister sofort zu entlassen, von welchem die Majorität der Kammer erklärt, daß er eine „Gesetzverletzung" begangen habe.

1851 Sept. 6.

Auf Veranlassung einer heute erhaltenen telegraphischen Depesche, der schon ein Brief von Klützow ankündigend vorherging, werde ich mich zur Eröffnung des Landtags auf Einen Tag nach Merseburg begeben, um Witzleben [1]) beizustehen. Ich glaube mit Ihrem Herrn Bruder, [2]) der mir darüber geschrieben hat, daß die ständischen Vertreter nichts Besseres thun können, wie sich den Kammern gegenüber als praktische und besonnene Leute zu erweisen, die ihre Vorlagen mit Tüchtigkeit erledigen. Verwahrungen wirklicher oder vermeintlicher Rechte, Wünsche in Bezug auf verfassungsmäßige Annäherung an das ständische Princip, brauchen nicht zu unterbleiben, dürfen aber nach Fassung und Gelegenheit nicht in der Art hervortreten, daß sie Spaltungen der verschiedenen Stände unter einander hervorrufen oder ans Licht bringen, die den moralischen Eindruck der Sache vorweg vernichten würden.

Vorgestern war der Kurhessische Bundestagsgesandte von Trott [3]) bei mir mit der vertraulichen Anfrage, ob der Bundestag wohl geneigt sein werde, die Garantie einer Hessischen Anleihe von 3½ Million Thalern zu übernehmen; ich habe erwidert, daß ich das nicht glaubte, und von dem Versuch dazu abgerathen, vielmehr empfohlen, durch schleunige Vorlage eines Revisions-Entwurfs der Verfassung dem Bundestage möglich zu machen, daß er einem provisorischen Verfassungswerk vorbehaltlich weiterer Revision eine einstweilige Wirksamkeit verschaffe, durch welche die Kurfürstliche Regierung in den Stand gesetzt würde, ihre Finanzen zu regeln. Herr von Trott sagte, daß die landesherrlichen Kassen noch vor Ablauf des jetzigen Monats vollständig erschöpft und außer Stande sein würden, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen".

---

1) cf. oben S. 17.

2) Freiherr von Manteuffel, Unterstaatssecretair im Preußischen Ministerium des Innern.

3) von Trott, Geheimer Rath, Kurhessischer Bundestagsgesandter.

11. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Unterredung mit dem Herzog von Augustenburg. Fürst v. Metternich. Benehmen des Grafen v. Thun bei dem Antrage Preußens und Österreichs wegen Aufstellung eines Bundescorps zum Schutze der Bundesversammlung. Verhältniß zu dem Grafen v. Waldersee. 17. September 1851.

1851 Sept. 17.

„Ew. Excellenz beehre ich mich neben dem officiellen Berichte vom heutigen Tage[1]) über die Art, wie ich bemüht gewesen bin, den mir unter dem 11. cr. ertheilten Auftrag zu erledigen, noch die nachstehenden Details über meine gestrige Unterredung mit dem Herzog von Augustenburg vorzulegen.

Ich begab mich gestern Nachmittag nach Wiesbaden, begegnete Sr. Durchlaucht in Begleitung der Frau Herzogin und der jungen Prinzessinnen im Curgarten; nach Entfernung der Damen machte ich mit dem Herzog einen mehrstündigen Spaziergang, welchen ich zu den mir befohlenen Eröffnungen benutzte. Se. Durchlaucht nahm meinen Vortrag mit Ruhe und Freundlichkeit auf, zündete eine Cigarre an und forderte mich auf, das Gleiche zu thun. Die Erwiderung des Herzogs richtete sich zuerst auf die Erklärung vom 28. Mai 1786, die Entsagung des Herzogs (Prinzen) Friedrich Christian enthaltend,[2]) auf deren Vorhandensein ich mit der Befürchtung hingedeutet hatte, daß Dänemark aus derselben einen Titel zu einem dauernden Retentionsrecht der Herzoglichen Besitzungen werde herzuleiten versuchen. Der Herr Herzog sprach sein Erstaunen über die „Perfidie“ des Dänischen Gouvernements aus, welches dieser Urkunde wissentlich eine andere Tragweite unterlege, als sie jemals gehabt habe. Wörtlich gleichlautende Verzichtleistungen seien seit dem Erlaß des Königs-Gesetzes von jeder sich verheirathenden Dänischen Prinzessin ausgestellt worden, welche sich indessen nicht auf die Successionsrechte in der Regierung Dänemarks oder der Herzogthümer, sondern nur auf Privat-Erbschafts- und Sustentationsansprüche dem Königlichen Hausvermögen gegenüber bezogen hätten. Der Herzog sagte, daß er noch im Besitze der Original-Correspondenz sei, welche über die Vermählung seiner Frau Mutter mit dem damaligen Dänischen Minister, wenn ich nicht irre Grafen Bernstorff, geschlossen sei; diese wolle er mir demnächst vorlegen, aus derselben werde die Richtigkeit seiner Auffassung, und daß es sich dabei nur um den „Artikel 22 der lex regia“ handle, hervorgehen. Ich suchte das Gespräch von Erörterung der Rechtsfragen ab und auf das Gebiet der Betrachtung darüber zu lenken, was unter den jetzigen thatsächlich vorhandenen Umständen und Aussichten für Se. Durchlaucht zu thun rathsam sein möchte, indem ich geltend machte, daß, in Betracht der lebhaften Theilnahme, welche Se. M. der König für die Rechte des Herzoglichen Hauses jederzeit gehegt und bethätigt habe, in der Natur des

1) cf. Band I, Urkunde 10.

2) Abgedruckt Band I, S. 16, Note 2.

Rathes, den Se. Majestät Sr. Durchlaucht ertheilten, der sicherste Beweis läge, daß keine Aussicht zur Durchführung eines den Rechtsauffassungen des Herzogs mehr entsprechenden Systems vorhanden sei; vielmehr würden die Chancen des Herzoglichen Hauses in Bezug auf die für eine Verzichtleistung zu stipulirenden Entschädigungen sich entschieden ungünstiger gestalten, sobald die Mittheilung eines getroffenen Abkommens an die Europäischen Mächte officiell erfolgt sei, indem alsdann Dänemark das Bedürfniß eines rechtlichen Abkommens mit Sr. Durchlaucht in vermindertem Grade empfinden werde. Der Herzog entgegnete hierauf, er gebe zu, daß die Lage der verwickelten und einander widersprechenden Rechtsansprüche des Königlich Dänischen und seines eigenen Hauses in der That verschiedener Auffassung fähig sei, und daß er nicht verkenne, wie die dermalige politische Lage von Europa, solange sie dauere, ihm die Hoffnung auf eine Durchführung auch selbst seiner vollständig liquiden Rechte benehme, und ihn nöthige, mehr die politische Durchführbarkeit, als den rechtlichen Werth seiner Ansprüche ins Auge zu fassen; wenn er lediglich seine persönlichen Interessen und Neigungen berücksichtigen wollte, so würde er schon früher die Hand zu einem Abkommen geboten haben, seine Pflichten gegen die Herzogthümer, gegen seine Kinder und Agnaten ließen ihn aber ermessen, daß er nicht in der Welt sei, um nach seiner eigenen Annehmlichkeit zu leben. Ich würde fürchten, Ew. Excellenz zu ermüden, wenn ich den Faden dieser fast dreistündigen Unterredung genau verfolgen wollte, und beschränke mich daher auf das, was mir schließlich die Summe der Äußerung Sr. Durchlaucht im Verlauf derselben zu sein scheint. Ich halte dafür, daß er im Ganzen geneigt ist, den von Sr. M. dem König ertheilten Rath zu befolgen, sich aber, ehe er eine Erklärung abgiebt, mit den Prinzen, seinen Söhnen, und unter den Agnaten, besonders mit Sr. K. H. dem Großherzog von Oldenburg, in Beziehung zu setzen, auch wenn es möglich ist, vorher etwas Näheres und Sicheres über die Natur und Ausdehnung der Entschädigung zu erfahren, auf die er sich nach Lage der Verhandlungen und der gegnerischen Auffassungen Hoffnung machen kann. Wenn Se. M. der König befiehlt, daß ich die Unterhandlungen auf Grundlage der gestrigen Unterredung fortsetzen soll, so dürfte es zur Erleichterung und Beschleunigung derselben förderlich sein, wenn Ew. Excellenz mir vertraulich andeuten könnten, von welcher Beschaffenheit und Höhe die dem Herrn Herzog zu gewährende Entschädigung ungefähr sein dürfte, ob dieselbe in Geld, Domainen oder etwa, wie mir ein Russischer Diplomat früher einmal gelegentlich andeutete, in dem Herzogthum Lauenburg möglicherweise bestehen könnte. Der Herzog sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß der Plan, ihm das Großherzogthum Oldenburg, unter Übertragung der Dänischen Krone auf das Großherzogliche Haus, zu überlassen, gescheitert sei, zumal er ohnehin ein Recht auf Oldenburg nach Abgang des Königlich Dänischen Mannsstammes habe. Er sagte mir schließ-

1851 Sept. 17.

1851 Sept. 17. lich, als einstweilige officielle Erklärung seinerseits, daß er bis zum 21. cr. die Prinzen, seine Söhne, gesehen haben werde, und sich vorbehalte, mich alsdann hier in Frankfurt zu besuchen, um mir weitere Eröffnungen zu machen. Besonders schwierig schien es Sr. Durchlaucht, namentlich bei seiner Unbekanntschaft mit der Lage der Verhandlungen, die Initiative zu ergreifen, seinerseits mit Vorschlägen herauszutreten; er brauchte dabei den Vergleich mit einem Gutshandel; sobald in einem solchen der Verkäufer zuerst mit seinen Bedingungen hervorkomme, stehe auch fest, daß er überhaupt verkaufen wolle, und er gerathe dadurch dem Käufer gegenüber in eine unvortheilhaftere Lage, als wenn diese Frage noch unentschieden bliebe, mit anderen Worten, der Herzog fürchtete, daß eine Präcisirung von Bedingungen seinerseits, lediglich und ohne Eingehen auf dieselben, so gedeutet werden könne, als zweifle er an seinem Recht und fange an „mürbe“ zu werden. Ich erwiderte, daß sich diese Gefahr vielleicht dadurch vermeiden lasse, wenn Se. M. der König, sobald Allerhöchstdemselben die Wünsche Sr. Durchlaucht vertraulich bekannt gegeben würden, dieselben vielleicht im eignen Namen, als freiwilliger rerum gestor Sr. Durchlaucht, den übrigen Mächten und in specie Dänemark, vorschlügen; ich hätte zwar zu einem Versprechen der Art keinen Auftrag von Sr. Majestät, würde mir aber erlauben, diesen Weg wenigstens zur Sprache zu bringen. Der Herzog erklärte diesen Ausweg für allerdings zusagend und behielt sich vor, später darauf zurückzukommen. Soviel habe ich aus den Äußerungen des Herrn Herzogs gestern entnehmen können, daß er, neben der direkt zu beanspruchenden Entschädigung, einen hohen Werth darauf legt, wie demnächst die Successionsordnung für die Dänische Monarchie werde festgestellt werden; er wünscht, wie ich glauben darf, das Erbrecht seines Stammes nach etwaigem Abgange des Mannsstammes derjenigen Linie, die jetzt auf den Thron berufen werden würde, anerkannt zu sehen, und sprach sich entschieden für gänzliche Abschaffung der weiblichen Erbfolge auf den Dänischen Thron aus, weil sonst die Erhaltung des letzteren in dem Hause Holstein mit jeder Generation in Frage gestellt werden könne. Daß der Herzog mit seinen Söhnen zu Rathe geht, scheint nicht nur natürlich, sondern auch nothwendig, da beide nach Sr. Durchlaucht Meinung majorenn und also durch eine väterliche Verzichtleistung nicht gebunden sein würden.

Sobald ich im Besitze der ferneren, von Sr. Durchlaucht in Aussicht gestellten Mittheilungen bin, werde ich die Ehre haben, Ew. Excellenz darüber zu berichten, und bemerke ich noch, daß der Herzog während der ganzen Unterredung wiederholt in Ausdrücken des wärmsten Dankes von Sr. M. dem König, auch in Bezug auf diesen neuen Beweis der Allerhöchsten Theilnahme sprach, und die Erörterung selbst in keiner Phase einen für mich unbehaglichen Charakter annahm, was im Grunde mehr war, als ich erwartet hatte.

Der Fürst Metternich[1]) ist gestern zu Wasser nach Mannheim, wohin ihn die Großherzogin Stephanie[2]) eingeladen hat, abgereist, um über Heilbronn und die Donau abwärts nach Wien zu gehen.

1851 Sept. 17.

Graf Thun hat mir in der vorigen Bundessitzung eine Verlegenheit bereitet, die mich zu erhöhter und mißtrauender Vorsicht in dergleichen Fassungsfragen auffordert. Er hatte in dem gemeinsamen Antrage wegen Aufstellung des Bundescorps[3]) die Wendung stehen lassen, daß alle Truppentheile so dislocirt sein sollten, daß sie in „Einem Tage" Frankfurt erreichen könnten, obschon ich ihm meine entgegenstehenden Instruktionen, soweit es nöthig war, um ihn au fait zu setzen, wörtlich mitgetheilt hatte. Ich habe Ew. Excellenz schon vorzutragen die Ehre gehabt, wie er mich in der Sitzung über diese Meinungsverschiedenheit beschwichtigte und sie vor den Anderen zu verschweigen bat. Der Antrag ist natürlich in der verlesenen Fassung zu Protokoll gegangen, so daß Preußen anscheinend mit der darin angedeuteten Dislokation einverstanden ist. Ich habe darauf gerechnet, die Sache mit Thun dadurch ins Geleise zu bringen, daß wir in der nächsten Sitzung Beide erklären würden, nach genommener Rückfrage bei unseren Regierungen und zur Erleichterung der Zustimmung der Betheiligten modifizirten wir den Antrag dahin, daß die Clausel wegen des „Einen Tags" ausfiele; nun macht aber Graf Thun mir deshalb Schwierigkeiten, behauptet meine damaligen mündlichen Äußerungen mißverstanden zu haben, was den Umständen nach gar nicht möglich war. Auf meine bestimmte Versicherung, daß ich, wenn der Antrag in der jetzigen Fassung wieder zur Abstimmung käme, erklären müsse, daß das Einverständniß Preußens mit dem fraglichen Passus auf einem Mißverständniß beruhe, hat er nun nochmals in Wien um neue Instruktion angefragt, und will die Abstimmung bis zum Eingang derselben verschieben. Bayern und Kurhessen sind ebenfalls nicht geneigt, ihre Truppen, die zu dem Corps gehören sollen, in Cantonnirung zu legen, und werden dem Beschluß voraussichtlich nur unter einer, unseren Wünschen analogen Modifikation zustimmen.

Mit Graf Waldersee[4]) ist mein Verhältniß sehr gut geworden; er hat Vertrauen zu mir gefaßt, und wir besprechen alle gemeinschaftlichen Interessen ohne Unbequemlichkeit und mit voller Offenheit. Letztere ist ein großer Vorzug des Grafen, der auf dem hiesigen Felde der Intrigue und Doppelzüngigkeit nicht hoch genug anzuschlagen ist".

---

1) Fürst von Metternich, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, ehemaliger Österreichischer Hof-, Haus- und Staatskanzler.

2) Stephanie Louise Adrienne, Wittwe des am 8. Dezember 1818 verstorbenen Großherzogs Carl Ludwig Friedrich von Baden.

3) cf. Band I, Einleitung S. 10* und Urkunden 5 und 70; siehe auch oben S. 30.

4) Graf von Waldersee, General-Major, Preußischer erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

12. Eigenhändiger Bericht, betr. die Besorgnisse vor einer revolutionären Krisis im Jahre 1852. Unmöglichkeit einer conservativen Opposition in Preußen. Aus der Bundestagssitzung. 29. September 1851.

1851 Sept. 29.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 25. cr. habe ich gestern Abend durch den Cölner Schirrmeister erhalten und Ihrem Befehle gemäß verbrannt. In Bezug auf den Inhalt desselben glaube ich mit Ew. Excellenz, daß die Besorgniß vor 1852 eine übertriebene ist; solange nicht ein überwiegender Theil der Französischen Armee meuterisch und socialistisch ist, besteht das Schlimmste, was eintreten kann, in einem einfachen Kriege Frankreichs gegen eine Europäische Coalition; aber auch daran glaube ich nicht; ich bin überzeugt, man wird parturiunt montes sagen, wenn die Zeit kommt. Aufstände in Frankreich oder Deutschland ohne Theilnahme der Französischen Armee können nur der Reaction dienen und würden mir mehr erwünscht als furchtbar scheinen. Das sage ich freilich in der Voraussetzung, daß Se. Majestät fest bei dem System bleibt, jedes erlaubte Mittel im Kampfe gegen die Revolution aller Schattirungen furchtlos zu handhaben; wenn auf irgend einem Gebiete, so ist es auf dem der Politik, daß der Glaube handgreiflich Berge versetzt, daß Muth und Sieg nicht im Causalzusammenhange, sondern identisch sind; wenigstens für einen König von Preußen Gott sei Dank ist es noch so.

Die Bethmann-Goltzsche Opposition und Zeitung [1]) wird, wenn sie wirklich ins Leben tritt, ganz anders verlaufen, als die Herren beabsichtigen; die Möglichkeit einer „conservativ-oppositionellen" Richtung beruht auf einer Täuschung; eine conservative Opposition kann nur mit und durch den König geführt werden, nicht durch öffentliche Blätter, sondern durch persönliche Einwirkung am Hofe; jede andere hat bei uns keinen Boden, oder sie muß radikal werden, und das werden diese Herren mit ihrer „conservativen" Opposition sehr bald „schaudernd selbst erleben"; sie werden in den Ton der Kölnischen Zeitung, in den Ton des flachen Liberalismus verfallen, oder an Langeweile, die sie Anderen machen, sterben. Selbst das Junkerthum, welches durch seine Verzweigung im Grundbesitz, im Heer, in der Büreaukratie sehr viel mächtiger ist, als diese rheinisch-conservativen Opponenten, kann einem entschlossenen Ministerium gegenüber nur dann mit Erfolg opponiren, wenn es die Person des Königs für sich hat; selbst dann, wenn die Junker durch wirkliche Rechts-

1) von Bethmann-Hollweg war Mitbegründer der Kreuzzeitung, trennte sich aber bald, weil er eine ehrliche constitutionelle Regierung wünschte. Demnächst gründete er „Das Preußische Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen" (Verantwortlicher Redacteur Dr. von Jasmund. I. Jahrgang. 1852. Berlin, bei Gustav Schade). Auch dieses Blatt gerieth bald in eine heftige Polemik mit der „Neuen Preußischen Zeitung" (Kreuzzeitung); vergl. z. B. die geharnischte Erklärung von Bethmann-Hollweg's gegen dieselbe, abgedruckt in der Ersten Beilage zu No. 16 (20. März 1852).

verletzung und schweren materiellen Schaden zu Einigkeit und Energie aufgestachelt werden. 1851 Sept. 29.

Die Regierungsgewalt ist in Preußen, sobald nur Krone und Minister einig sind, stärker und fester als in irgend einem Lande der Welt; so lange Sr. Majestät der Entschluß zum Befehlen nicht abgeht, wird die Neigung zu gehorchen auch da sein, 1852 nicht weniger als heute. Auf die Gefahr hin, von Ew. Excellenz für einen constitutionellen Renegaten gehalten zu werden, erlaube ich mir dabei zu bemerken, daß ich einen Gewaltschritt zur Beseitigung der Verfassung, einen formellen Bruch derselben, nicht einmal wünschenswerth, geschweige denn nothwendig halte, so wie die Umstände jetzt liegen. Die Verfassung hat durch die Art, wie sie sich in den letzten beiden Jahren ausgebildet und interpretirt hat, aufgehört, das Regieren an sich zu hemmen, und wird mehr und mehr das Gefäß, dem erst die Persönlichkeiten, welche regieren, den Inhalt verleihen. Ich setze dabei als unbestritten voraus, daß der angebliche „Geist" des constitutionellen Systems keine Verbindlichkeiten für das Gouvernement mit sich bringt, letzteres vielmehr nur solche Veränderungen des früheren Rechtszustandes anerkennt, welche, nach strikter Auslegung der Verfassungs-Paragraphen, expressis verbis und zweifellos in letzteren ausgesprochen sind.

Die Bundestagssitzung ist auf morgen verschoben; es wird die Bentinck-sche[1]) und die Angelegenheit der Hannoverschen Ritterschaften[2]) vorkommen, und in beiden voraussichtlich auf Einholung der Gegenerklärungen votirt werden".

13. Eigenhändiger Bericht, betr. die neuen Wohnungsverhältnisse des Herrn v. Bismarck. Ausscheiden der Preußischen Ostprovinzen aus dem Bunde. Matrikularumlage für Rastatt. Handelspolitische Frage. Reise nach Cassel. 3. Oktober 1851.

„Ew. Excellenz wollen entschuldigen, daß ich mit meinem officiellen Berichte in der Dänischen Sache, in welcher ich übrigens meinem Privatschreiben[3]) Erhebliches nicht hinzuzufügen habe, in Rückstand geblieben bin, weil ich in den letzten zwei Tagen unter erschwerenden Umständen und mit dem Intermezzo langer Ausschußsitzungen den Umzug in meine neue Wohnung, Bockenheimer Allee 40, zu bewerkstelligen hatte. Ich wohne von der Stadt so weit, Okt. 3.

1) Gemeint ist die Vorstellung der Reichsgrafen Carl Anton Ferdinand und Heinrich Johann Wilhelm von Bentinck, betr. die Herstellung einer rechtmäßigen Regierung in der Herrschaft Kniephausen. cf. Band I, S. 56, Note 1.

2) Im Jahre 1851 war der Bund mit der Reklamation mehrerer Hannoverscher Ritter- und Landschaften wegen Beeinträchtigung ihrer verfassungsmäßigen landständischen Rechte befaßt. Näheres hierüber in Urkunde 14.

3) Gemeint ist das Privatschreiben vom 1. Oktober 1851, Band I, Urkunde 14.



1851 Okt. 3. wie das Brandenburger Thor vom Zeughaus entfernt ist, für hiesigen Maßstab allerdings weit, aber ich hatte keine Wahl, und die Kanzlei wird auf dem halben Wege von der Stadt zu mir sein.

Unser Antrag in Bezug auf das Verhältniß der Ostprovinzen [1]) ist in der heutigen Sitzung einstimmig angenommen, unter Erklärung der Freien Städte, daß die Verzögerung ihrer Zustimmung aus der Erwartung hervorgegangen sei, daß mit ihnen gleich den anderen Staaten direkt werde verhandelt werden [2]) . . . .

Meine Instruktion in der Sache der Rastatter Matrikularumlage [3]) erhielt ich erst heute Mittag, also zu spät, ich habe aber gleich in der heutigen Sitzung eine gegen Österreich milder als die Instruktion gefaßte Erklärung zu Protokoll gegeben; im Princip schließt sie sich an die Instruktion an, in den speciellen Ausdrücken nicht, man kann die Zügel später straffer ziehen, ich möchte nicht eine Erklärung, die Zwiespalt beider Mächte durchblicken ließ, ohne vorgängige Verabredung abgeben, und hoffe darin auf Ew. Excellenz Zustimmung.

Delbrück [4]) ist hier. Thun's Vorschlag, in Fortsetzung der Dresdener Verhandlungen Bayern bei den Sachverständigen präsidiren zu lassen, habe ich abgelehnt; Österreich will nicht präsidiren, sondern nur als Betheiligter fungiren; ich habe vorgeschlagen, die Herren unter sich wählen zu lassen.

Meine Frau erwarte ich am 6. und werde sie nur von Cassel einholen. Verzeihen Ew. Excellenz die formlose Eile dieses Schreibens, der Bote drängt".

14. Bericht, betr. den Zusammenhang der Hannoverschen Verfassungsfrage mit dem Zollvertrage zwischen Preußen und Hannover. 4. Oktober 1851.

Okt. 4. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß gestern Morgen vor der Bundestagssitzung der Hannoversche General-Steuer-Direktor Klenze mich besuchte; er brachte den Zusammenhang der Beschwerde der Hannoverschen Provinzial-Landschaften beim Bundestage [5]) und Preußens Verfahren in dieser

---

1) cf. oben Seite 31.

2) Folgen Bemerkungen über die Hannoversche Verfassungsfrage (cf. oben S. 39, Note 2), welche mit Rücksicht auf die Urkunde 14 hier übergangen werden können.

3) Gemeint ist die Umlage zur Beschaffung von Kasernen- und Hospital-Einrichtungen der Bundesfestung Rastatt. cf. Band I, Einleitung S. 9* und S. 24 ff.

4) Delbrück, Geheimer Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Preußischer Commissar zur Theilnahme an der Berathung des aus den Dresdener Conferenzen hervorgegangenen Entwurfs einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handelsverkehrs. cf. Band I, Urkunden 6 und 18.

5) cf. Note 2.

Sache mit dem Vertrage vom 7. September d. J.[1]) zur Sprache und machte darauf aufmerksam, daß das Fortbestehen des Hannoverschen Ministeriums[2]) von der Behandlung abhängig sei, welche jene Frage bei der Bundesversammlung finde. Wenn, meinte Herr Klenze, diesem Ministerium eines folge, welches dem Vertrage abgeneigt sei, so würden sich die Mittel, die Ausführung des Vertrages zu verzögern, vielleicht gänzlich zu verhindern, durch Influencirung der Kammern finden lassen; er legte namentlich ein Gewicht darauf, daß in dem jetzigen kritischen Augenblicke die Frage noch nicht entschieden würde, ob der Bundestag sich competent halte.[3]) Da Herr Klenze der irrigen Ansicht war, daß durch Annahme des Ausschußantrages in der jetzigen Fassung[4]) diese Competenz entschieden sein würde, so schlug ich ihm vor, sich vor Beginn der Sitzung mit dem substituirten Gesandten der Hannoverschen Stimme, Herrn von Eisendecher, über eine hinzuzufügende Clausel zu verständigen, nach welcher ausdrücklich festgestellt würde, daß durch Annahme des Antrages in der Competenzfrage nichts präjudicirt sein solle, indem ich ihm meine Unterstützung für die Annahme einer solchen Clausel zusagte.

1851 Okt. 4.

---

1) Gemeint ist der Vertrag zwischen Preußen und Hannover, wodurch letzteres sich verpflichtete, mit den dem Vertrage beitretenden dermaligen Steuervereinsstaaten in einen gemeinschaftlichen Zollverband mit Preußen und den zollvereinten Staaten zu treten. cf. auch Band I, Einleitung S. 22* ff.

2) Das Hannoversche Ministerium war damals wie folgt gebildet: von Münchhausen, Minister des Königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Präsident des Gesammt-Ministeriums; Dr. Lindemann, Minister des Innern; Generalmajor Jacoby, Kriegsminister; Dr. Meyer, Minister des Cultus und Unterrichts; Freiherr von Hammerstein-Loxten, Minister der Finanzen und des Handels; von Rössing, Minister der Justiz.

3) Zur Erläuterung des Textes ist zu bemerken: „In der Beschwerdeschrift der Ritterschaft des Fürstenthums Osnabrück, sodann der Landschaft des Fürstenthums Lüneburg war die Bitte gestellt: „1) Es wolle eine hohe deutsche Bundesversammlung die K. Hannoversche Regierung veranlassen, zur Berathung der allgemeinen Landesangelegenheiten eine solche allgemeine Ständeversammlung des Königreichs herzustellen, welche auf den ständischen Organen der Provinzen ruht und mit diesen im richtigen Einklange sich befindet, also, daß solchergestalt unsere Ritterschaft die im Artikel 55 der Wiener Schlußacte und zur Zeit der ersten Gründung der allgemeinen Stände von dem derzeitigen Landesherrn verheißene, auch früher uns bis zum Jahre 1848 gewährte angemessene Berücksichtigung zu Theil werde; 2) ferner wolle eine hohe deutsche Bundesversammlung dahin wirken, daß die K. Hannoversche Regierung nicht im Wege der allgemeinen Landesgesetzgebung Grundzüge für die Organisation der Provinzialstände feststelle, vielmehr das ausschließliche Recht der Provinzialstände, namentlich unserer Osnabrückischen, hierbei mitzuwirken, und soviel die Zusammensetzung der Curien anlangt, wenigstens für unsere ritterschaftliche (und die städtische) Curie deren Rechte, darüber selbst zu beschließen, anerkennen, hiernach auch ihre weiteren Regierungsmaßregeln bemesse".

4) Die Reklamations-Commission trug darauf an: „Die K. Hannoversche Regierung 1) um die Abgabe ihrer Erklärung unter Rücksendung der mitzutheilenden Beschwerdeschriften nebst Anlagen, und 2) darum zu ersuchen, daß sie mit Gesetzen und Verfügungen gegen die bestehenden Provinzialverfassungen vorerst einhalte; und 3) von diesem Beschlusse die Beschwerdeführer in Kenntniß zu setzen".

1851 Okt. 4.

Ich selbst begab mich zum Grafen Thun und fand auch diesen geneigt, auf meine desfallsige Vorstellung einzugehen. Noch während meiner Anwesenheit daselbst traf Herr von Eisendecher ein und verständigten wir uns dahin, daß Letzterer im Namen Oldenburgs diese Zusatz-Clausel vorschlagen werde, daß er aber für Hannover den bestimmten Auftrag habe, auf Instruktionseinholung resp. auf Auslassung von Nr. 2 des Ausschußvotums anzutragen. Daß Herr von Eisendecher die persönliche Auffassung dieser Frage durch den Grafen Thun nicht richtig würdigte, bewies mir der Umstand, daß er ausdrücklich erklärte, das Fortbestehen des Hannoverschen Ministeriums sei in diesem Augenblicke davon abhängig, daß der Ausschußantrag ohne den vorgeschlagenen Zusatz nicht angenommen werde — eine Erklärung, welche den Grafen Thun zu der Erwiderung veranlaßte, daß er in diesem Umstande nur ein Motiv finden könne, gegen die Zusatz-Clausel zu stimmen. Bei fortgesetzter Unterredung zwischen dem Grafen Thun und mir allein trug dieser indessen kein Bedenken, sich nach wie vor mit dem Zusatze einverstanden zu erklären. Nach solcher vorhergegangenen Verständigung mit Herrn von Eisendecher habe ich geglaubt, mich gegen den Antrag auf Instruktionseinholung erklären zu können, ohne dadurch dem Hannoverschen Ministerium eine uns im Augenblick unwillkommene Verlegenheit zu bereiten.

Den Verlauf der Sache in der Sitzung[1]) werden Ew. Excellenz aus dem Immediatberichte ersehen haben, dem ich nur noch hinzufüge, daß die Competenz des Bundestags in dieser Sache namentlich von dem Gesandten der Freien Städte, außer diesem nur von dem Niederländischen Gesandten und zwar vom Letzteren mit besonderer Lebhaftigkeit bestritten wurde. Mir persönlich erscheint, soweit ich mir bisher ein Urtheil habe bilden können, die Competenz des Bundestages unzweifelhaft, obschon ich durch Annahme derselben eine den Landschaften günstige Entscheidung noch keineswegs gesichert halte. Ich werde mich im ferneren Verlauf der Sache bemühen, im Anschluß an die von Ew. Excellenz mir mündlich gegebene Weisung eine mehr vermittelnde Rolle zu spielen, soweit dieses möglich sein wird, ohne die Königliche Regierung der Vermuthung auszusetzen, daß ihre Wünsche in Bezug auf den Vertrag vom 7. September d. J. von Einfluß auf ihr Verhalten in Bezug auf vorliegende Rechtsfrage sei, und werde ich mich über den einzuschlagenden Weg mit Herrn von Schele,[2]) sobald er zurückgekehrt sein wird, näher besprechen".

1) Die Bundesversammlung hatte in der Sitzung vom 3. Oktober beschlossen, die Hannoversche Regierung zu ersuchen, ihre Erklärung zu den Beschwerden abzugeben; sowie ferner zu ersuchen, ohne daß dadurch den in der Sache in Betracht kommenden formellen und materiellen Vorfragen irgendwie präjudicirt werden soll, daß sie mit Gesetzen und Verfügungen gegen die bestehenden Provinzialverfassungen vorerst einhalte (§ 177 der Prot.).

2) cf. oben S. 7, Note 1.

15. Eigenhändiger Bericht, betr. die Opportunität einer Wahl des Herrn v. Bismarck in die Kammer. Feier des Königlichen Geburtsfestes in Frankfurt a. M. Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. Die handelspolitischen Fachmänner. Auseinandersetzung zwischen Herrn v. Bismarck und dem Grafen v. Thun. Emanation eines Österreichischen Zolltarifs. 5. Oktober 1851.

1851 Okt. 5.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir diese Zeilen zu schreiben, hauptsächlich um Ihre Ansicht über die Möglichkeit für mich, eine Kammerwahl anzunehmen,[1]) zu erbitten. So wie der Lauf der Geschäfte bisher ist, habe ich allerdings wenig Aussicht, der Regierung in der Kammer nützlich zu sein; indessen läßt sich, nach einer Rücksprache, die ich mit dem Grafen Thun genommen habe, im Laufe des Winters eine ruhigere Epoche, wenn nicht gar Ferien, absehen, so daß ich alsdann ab und zu auf längere oder kürzere Zeit in Berlin anwesend sein könnte. Die Wahl findet am 13. cr. statt, und da die Zeit drängt, so habe ich einstweilen erklärt, ich sei bereit, die Wahl anzunehmen; finden es Ew. Excellenz unmöglich, so ist es noch immer früh genug, zu widerrufen. Meine Wahlfreunde wünschen sehr, mich zu einer Vorversammlung am 12. dort zu sehen. Ich werde aber theils wegen der Bundesgeschäfte, theils wegen der Vorbereitungen zu den Festlichkeiten am 15.[2]) hier nicht fortgehen können. Auch hat es seine Bedenken bei den immerhin unsicheren Wahlresultaten, wenn ich die Anstrengung soweit triebe, meinen Posten zu verlassen, über 100 Meilen zu reisen, und dann vielleicht doch nicht reüssirte;[3]) ich habe mir deshalb vorgenommen, nicht hinzugehen, die meisten werden doch durch Parteiverbindung bestimmt, und nicht durch den persönlichen Eindruck.

In Bezug auf die hiesigen Feierlichkeiten zum 15. habe ich mir erlaubt, heute einen Bericht an Ew. Excellenz mit der Bitte um eine Beihülfe für die Subaltern-Offiziere abgehen zu lassen. Nach dem früheren Herkommen, der letzten Jahre wenigstens, und nach dem Vorgange der Österreicher ist es nicht zu vermeiden, daß diese Festlichkeiten einen Zuschnitt haben, der, obschon die Kosten pro rata der Gehälter der Chargen vertheilt werden, die engen Grenzen der Offizierkassen übersteigt. Die Repartition trägt auf einen Seconde-Lieutenant 25 bis 30 Thlr. aus, eine Summe, die hinreicht, ihn, wenn er nicht Zulage hat, lange an dieses Fest denken zu lassen, und ausschließen kann sich keiner. Die hiesige Garnison ist in dieser Beziehung in einer exceptionellen Lage, sie feiert das Fest im Auslande, an einem Punkte, wo jede Schaustellung des Preußenthums scharf kritisirt wird, und mit der herkömmlichen Ver-

1) cf. oben S. 28.
2) Geburtsfest Sr. M. des Königs.
3) Daß Herr von Bismarck gewählt wurde, ist bereits oben bemerkt.

1851 Okt. 5. pflichtung, die Österreichisch-Bayerisch-Frankfurter Kameraden zu bewirthen. Das Kriegsministerium hat im vorigen Jahre 100 Thlr. bewilligt, eine Summe, deren geringer Belauf eher übel als gut auf die Stimmung der damit Bedachten wirkte. Ich möchte behaupten, daß das Offiziercorps hier gewissermaßen einen Act diplomatischer Repräsentation im Auslande zu vollziehen hat, welcher eine Verwendung aus dem Fonds des auswärtigen Ministeriums rechtfertigt. Ich glaube, daß 1000 Thlr., wenn Ew. Excellenz geneigt sind, sie zu verwenden, hier in mehr als einer Beziehung sehr gut angelegt sein würden.

Was meine eigenen Beziehungen zum 15. Oktober anbelangt, so darf ich annehmen, daß die für den Prinzen Wilhelm K. H.[1]) befohlene Trauer an diesem Tage cessirt. Ich gedachte am Morgen des 15. mich mit den Mitgliedern der Gesandtschaft in die Kirche zu begeben, um an unserem Militairgottesdienst Theil zu nehmen, der Parade beizuwohnen, dann zu Hause die voraussichtlichen Glückwünsche zu empfangen und ein Gala-Diner zu geben, zu welchem ich den Bundestag, die bei diesem und der Stadt accreditirten Diplomaten, beide regierende Bürgermeister und die Mitglieder unserer Gesandtschaft incl. Crüger[2]) und Delbrück einlade.

Mit Herrn von Bülow[3]) habe ich wegen der Augustenburger Sache[4]) gesprochen, er ist gern bereit, die Verhandlung zu führen, sobald er die Instruktion seiner Regierung erhält, wünscht aber auch Preußische Vermittelung, und verspricht sich nach dem, wie er den Charakter des Herrn Herzogs beurtheilt, wenig Nachgiebigkeit und Neigung zum Abschlusse auf dessen Seite.

Die handelspolitischen Fachmänner[5]) sind nun alle hier bis auf Wendt[6]) für die Thüringischen Staaten, und werden morgen ihre Arbeiten beginnen. Ich habe mich mit Delbrück dahin verabredet, daß er, bis auf Ew. Excellenz ferneren Befehl, im „Allgemeinen“ sich zu Allem bereit erklärt, im „Besonderen“ es aber zu keinem Abschlusse kommen läßt, d. h. daß er sich auf dem Gebiete jener überaus wohlredenden und zu nichts verbindenden Erklärung bewegt, welche Preußen über die Dresdener Verhandlung abgegeben hat.

Mit Graf Thun habe ich vor etwa 14 Tagen eine sehr offene und rückhaltlose persönliche Explikation gehabt, über die Art, wie er mir durch Mangel an Rücksicht und Höflichkeit die Beziehungen zu ihm erschwert, und dem

---

1) gestorben am 28. September 1851; cf. auch oben S. 19, Note 1.

2) Crüger, Preußischer Geheimer Regierungsrath, Mitglied der Bundeskassenabtheilung.

3) von Bülow, Dänischer Kammerherr, Herzoglich Holstein- und Lauenburgischer Bundestagsgesandter.

4) cf. oben S. 34 ff. und Band I, S. 26 ff.

5) scil. zur Theilnahme an der Berathung des aus den Dresdener Conferenzen hervorgegangenen Entwurfs einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handelsverkehrs. cf. Band I, Urkunden 6 und 18.

6) Wendt, Preußischer Geheimer Finanzrath, General-Inspektor des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins.

Räderwerk unseres Verkehrs das Oel der socialen Formen versagt. Er war für meine Offenheit auf das Vollständigste und über mein Erwarten empfänglich, versprach Abstellung meiner Gravamina, und seitdem geht Alles zwischen uns besser, und er ist, für mich wenigstens, sehr viel rücksichtsvoller. Als Probe von Handschrift und Manier erlaube ich mir ein eben von ihm eingehendes Billet ohne Bedeutung beizulegen".

1851 Okt. 5.

Postscriptum.

„Ich habe vergessen zu erwähnen, daß Graf Thun mir vorgestern sagte, nach der Rückkehr des Kaisers aus Italien werde unverzüglich der Tarif [1]) publicirt werden. Er theilte dasselbe auch im Handelsausschusse mit einiger Geflissentlichkeit den übrigen Herren mit, weshalb ich eher eine Demonstration als eine sichere Nachricht in dieser Äußerung vermuthe. Daß sie irgend ein Paroli gegen den Vertrag vom 7. September [2]) im Schilde führen, glaube ich fast, weil sie in letzter Zeit in der Presse über den Vertrag schweigen. Von meinen Collegen vermeidet Jeder, namentlich aber Thun, dieses Thema mit mir zu berühren, und sucht auszuweichen, wenn ich es thue".

16. Eigenhändiger Bericht, betr. die Bestrebungen Österreichs auf dem Gebiete der Handelspolitik und des Zollvereins. Hannoversche Ministerkrisis. Kurhessische Verfassungsangelegenheit. Empfänglichkeit der deutschen Regierungen für Österreichische Einflüsse. Einsetzung einer Central-Polizeibehörde. Abwesenheit von Gesandten. Verschleppung des Zusammentritts der Marine-Sachverständigen. Frhr. v. Dungern. Politische Richtung des Frhr. v. Münch. Flottenangelegenheit. Häusliches. 9. Oktober 1851.

Okt. 9.

„Ew. Excellenz beehre ich mich durch den Geheimen Rath Delbrück, der heute Abend nach Berlin zu reisen beabsichtigt, diese Zeilen zu übersenden. Aus dem gestrigen Berichte dieses Herrn werden Ew. Excellenz ersehen haben, wie in der ersten Sitzung der Sachverständigen [3]) das Streben Österreichs ziemlich unverhüllt hervortrat, die Aufgabe der Commissarien zu erweitern, in ein ganz anderes Gebiet zu drängen, als das ist, für welches sie hergesandt sind, und weniger den Charakter eines Rathgebers, als den bevollmächtigter Unterhändler bei ihnen hervortreten zu lassen. Das Bestreben Österreichs, die deutsche Handelsgesetzgebung aus dem Zollverein in den Bundestag zu verlegen, ist ebenso natürlich, als das entgegengesetzte Preußens, seine Stellung im Zoll-

1) Die Publikation eines neuen Österreichischen Zolltarifs fand demnächst nicht statt. cf. Band I, S. 40.

2) cf. oben S. 41, Note 1.

3) cf. oben S. 44, Note 5.



1851 Oct. 9.

verein nicht mit Österreich zu theilen, namentlich da der einzige Zuwachs, welchen der Verein bei dieser Gelegenheit noch zu erwarten hätte, nach dem Vertrage vom 7. September [1]) eben nur in unserem Nebenbuhler um die Hegemonie im Vereine besteht. Ich glaube, daß es Delbrück an Gewandheit nicht fehlen wird, den von der anderen Seite stets wiederkehrenden Versuchen die Spitze abzubrechen, ohne seinen Ablehnungen eine Fassung zu geben, die zur Verdächtigung Preußens benutzt werden könnte. Aber ich kann mich der Überzeugung nicht verschließen, daß Österreich seine ganze Energie und Beharrlichkeit für die nächste Zeit auf die angedeutete Handelspolitik concentriren wird, und wir schließlich der Nothwendigkeit trockner Weigerung nicht werden ausweichen können.

Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für das durch meine Frau erhaltene Schreiben. Die Anlage [2]) ist unzweifelhaft in einem unpassend väterlichen Ton geschrieben, aber ich theile ganz Ew. Excellenz Ansicht, daß im diplomatischen Verkehr scharfe Worte, die kein anderes Ziel haben, als dem Gegner eine unangenehme Empfindung zu verursachen, nur nachtheilig für die Interessen desjenigen wirken, der sich ihrer bedient, auch wenn er nach den Regeln von Privatverhältnissen sich dazu berechtigt fühlen sollte. Wir befinden uns in der glücklichen Lage, keiner Kraftentwickelung, welche die Grenzen des formellen Rechtes durchbräche, zu bedürfen, und haben deshalb nicht nöthig, den etwaigen politischen Vortheilen zu entsagen, welche uns in der öffentlichen Meinung bei einem Vergleich unserer Zustände mit den Österreichischen zufallen. Ob an andere Staaten in ähnlichem Sinne geschrieben worden ist, habe ich in Bezug auf die größeren Staaten bisher nicht herausbringen können; bei den kleineren, von Hessen abwärts, scheint es nicht der Fall gewesen zu sein.

Geheimrath Klenze scheint hier etwas den Allarmisten in Bezug auf die Hannoversche angebliche Ministerkrisis [3]) zu machen. Er geht soweit, die Möglichkeit des Grafen Adolph Platen — in Wien [4]) — als Minister in Aussicht zu stellen. Platen ist ein leidenschaftlicher Gegner Preußens, aber, wie ich ihn auf Grund längerer persönlicher Bekanntschaft beurtheile, wird er sich hüten, die bequeme Stellung eines Frondeurs und Kritikers an dem ihm politisch befreundeten Wiener Hofe mit der dornenvollen eines Objektes der Kritik, d. h. eines unter eigener Verantwortung handelnd auf der Bühne stehenden Ministers zu vertauschen. So entschiedene Abneigung ich dagegen habe, im eigenen Vaterlande das Recht der Politik zu opfern, so habe ich doch Preußischen Egoismus genug, um in Bezug auf Hannoversches Recht nicht in demselben

---

1) cf. oben S. 41, Note 1.

2) Der Inhalt der Anlage ist nicht bekannt.

3) cf. oben S. 41, Note 2.

4) Graf von Platen-Hallermund, Hannoverscher Gesandter in Wien, später in der That Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Grade gewissenhaft zu sein, und würde, wenn Ew. Excellenz meine Ansicht forderten, unmaßgeblich rathen, in Hannover nur ein solches Ministerium zu stützen, welches sich unserer Politik im Sinne des Vertrages vom 7. September[1]) anzuschließen bereit wäre, möchte seine politische Farbe sein, welche sie wolle. Unser eigenes Haus ist fest genug, so daß wir in Hannover eher ein liberales als ein Österreichisches Ministerium dulden und halten können.

1851 Okt. 9.

In der Kurhessischen Sache[2]) wollen Ew. Excellenz Sich erinnern, was ich bei einer früheren Gelegenheit über ein durch Herrn von Trott angebrachtes Gesuch wegen Übernahme einer Anleihe-Garantie geschrieben habe.[3]) Nach seinen damaligen Äußerungen ist anzunehmen, daß die Kurfürstlichen Kassen sich in diesem Augenblick schon außer Stande finden werden, ihren Verpflichtungen vollständig zu genügen. Der Minister Uhden[4]) wird Ew. Excellenz vorgetragen haben, in welchem Stadium sich diese Angelegenheit befindet, und wie die Hessische Regierung demnächst durch provisorische Einführung eines vorzulegenden Verfassungs-Entwurfs zu bewilligenden Kammern und zu Geldmitteln zu gelangen denkt. Ich bringe diese Angelegenheit nur zur Sprache, um mich des Einverständnisses Ew. Excellenz darüber zu versichern, daß es angemessen sein dürfte, diese Angelegenheit zu benutzen, um bei der Regierung in Cassel das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß sie des Preußischen Wohlwollens ebenso sehr bedarf, als des Österreichischen. Das Bedürfniß unserer Mitwirkung zu einer Beschleunigung der Verfassungs-Einführung würde dazu einen Anhalt geben.

Einer der gewichtigsten Gründe dafür, daß die meisten unserer deutschen Verbündeten für Österreichische Einflüsse empfänglicher sind als für Preußische, ist der, daß man Österreich als nachtragend und rachsüchtig fürchtet, uns aber für gutmüthiger hält. Allerdings treten auch andere Gründe hinzu, Mißtrauen gegen unionistische Mediatisirungspläne, und die Hoffnung der Höfe, durch Österreich absoluter gestellt zu werden als durch uns.

Den Antrag wegen der Centralpolizei[5]) hat Graf Thun auf meinen Wunsch bis zur nächsten Sitzung verschoben, um vorher die Stimmung mehrerer Gesandten noch dafür zu gewinnen; hier ist starke Opposition von Bayern zu erwarten, aber ich glaube doch, daß der Antrag durchgeht. Wenn dieses

---

1) cf. oben S. 41, Note 1.

2) Gemeint ist der eben auch den Bund beschäftigende Kurhessische Verfassungsconflict. cf. Band I, S. 3 und Urkunden 35, 38 (S. 58); Band II, Urkunden 6, 23, 112, 127; Band III, Urkunden 153 und 167.

3) cf. oben S. 33.

4) von Uhden, Preußischer Bevollmächtigter in Cassel.

5) Der gemeinschaftliche Antrag mit Österreich wegen Einsetzung einer Central-Polizeibehörde des Bundes erfolgte in der Bundesversammlung vom 11. Oktober 1851 (Prot. § 185), gelangte aber während der Amtsdauer des Herrn von Bismarck nicht zur Beschlußfassung.



1851 Okt. 9.

Institut ins Leben getreten ist, so bietet es vielleicht eine Brücke, die Frankfurter Polizei in die Hand zu nehmen, und den Übelständen ein Ende zu machen, die aus der hiesigen Polizeilosigkeit hervorgehen. Denn solange hier die Sorge für Sicherheit und Aufsicht einem auf Ein Jahr gewählten Bürgermeister und einem feigen und unerfahrenen, ebenfalls nur auf Zeit (3 Jahre) ernannten Polizei-Senator und dessen Nepoten überlassen bleibt, ist auf Besserung nicht zu rechnen, zumal wenn die Competenz der Polizeibehörde einer so großen Stadt und eines so verkehrsreichen Centralpunktes unmittelbar vor dem Thore aufhört, und weitere Einwirkung nur durch ein sehr unvollkommenes und weitläufiges Requisitionswesen zu üben ist. Dabei ist die hiesige Gendarmerie ein Corps, dessen Mitglieder mehr der Kategorie kleinstädtischer Gemeindediener und Nachtwächter, als der von polizeilichen Exekutivbeamten, zum Theil aber sogar der Demokratie angehören.

Von den Gesandten sind mehrere abwesend; der Syndicus Banks [1]) ist so leidend und contract, daß er in seinen Wagen getragen werden mußte, um nach Italien zu reisen. Herr von Schele hat gestern geschrieben, daß seine Rückkehr sich verzögern werde und er den Tag noch nicht angeben könne.

Ich habe ziemlich sichere Indicien, daß mit Graf Thun's Einverständniß die Herkunft des Admirals Brommy,[2]) und somit der Zusammentritt der drei Marine-Sachverständigen, unter dem Vorwande von unabweislichen Dienstgeschäften verzögert werden soll, bis Herr von Schele zurückkehrt; ich habe auf eine neue kategorische Berufung von Brommy mit Erfolg gedrungen; Thun nahm zwar auch den Ton der Entrüstung über Brommy's Ausbleiben an, aber am Tage vorher hatte er mir den Wunsch ausgedrückt, den neuen Österreichischen Vorschlag über die Gestaltung der Marine noch so zeitig im Einverständniß mit Preußen vorzubringen, daß er den Berathungen der drei Sachverständigen noch zu Grunde gelegt werden könne, und daß es sehr zu beklagen sei, wenn Schele nicht vor dieser Zeit zurückkehrte. Ich sagte ihm, daß ich mich über diesen neuen Vorschlag noch nicht erklären könne, sondern Instruktion abwarte; derselbe ist, wie Ew. Excellenz ebenfalls anerkennen, in Bezug auf die zukünftigen Gestaltungen verfrüht, in Bezug auf die Abwickelung der gegenwärtigen Flottensache unbillig.

Herr von Dungern, der Nassauische Gesandte,[3]) ist seit längerer Zeit in Österreich, um dort mehrere junge Verwandte als Cadetten in der Armee unterzubringen.

Herr von Münch[4]) war vor kurzem in Belgien, wo er seine Söhne in

---

1) Bundestagsgesandter der Freien und Hansestadt Hamburg.

2) Brommy, Contre-Admiral der deutschen Nordsee-Flotte. cf. Band I, Urkunde 9.

3) Freiherr von Dungern, Nassauischer Staatsminister und Kammerherr, Bundestagsgesandter für Braunschweig und Nassau (13. Curie).

4) Freiherr von Münch-Bellinghausen, Wirklicher Geheimer Rath und Oberst-Kammerherr, Großherzoglich Hessischer Bundestagsgesandter.

einer Erziehungsanstalt placirt hat. Daß dieser Letztere Katholik ist, habe ich erst kürzlich erfahren, und dadurch eine neue Aufklärung über seine politische Richtung gewonnen; auf welchem staatsmännischen Standpunkte er steht, wollen Ew. Excellenz daraus entnehmen, daß er in einer Privatunterhaltung erklärte, er würde es auf das Tiefste beklagen, wenn man die noch immer auf dem Bundespalais stehende schwarzrothgoldene Fahne herabnehmen wollte, indem man dadurch der Demokratie das Gebiet nationaler Sympathien abtreten würde, während man sie von dem nationalen Element, welches in diesen drei Farben seinen Ausdruck finde, abschneide, indem man dem Bunde diese Farben erhalte. Alle Bundesnoten werden noch immer schwarzrothgolden geheftet und der Geschütz- u. s. w. Anstrich in den Festungen des Bundes ist ebenso.

1851 Okt. 9.

Als ich dem Grafen Thun gestern mittheilte, daß Preußen die Dresdener Umlage[1]) zahlen werde, umarmte er mich vor Freude. Er hatte eben eine telegraphische Depesche erhalten, durch welche er zur Zahlung der Österreichischen Rate angewiesen wurde. Wenn wir in Dresden wirklich zugesagt haben, so müssen wir Ehrenhalber zahlen; die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Zahlung der zweiten Rate aber darf ich wohl noch einigermaßen ausbeuten, wie dies die Instruktion auch vorschreibt, und dachte ich damit eine Verwahrung der Art, wie Legationsrath Wentzel sie Ew. Excellenz überbrachte, in Verbindung zu bringen[2]).

Seit ich Frau und Kinder hier habe, sehe ich Frankfurt mit viel mehr Behagen an, soweit mich die vielen Handwerker, die ich im Hause habe, dazu kommen lassen".

17. Eigenhändiger Bericht, betr. die Eröffnung der Wintervergnügungen in Frankfurt a. M. Graf und Gräfin v. Rossi. Ball bei dem Grafen v. Thun. Besuch in Coblenz. Herr v. Radowitz. Besorgniß wegen einer Vertretung durch Herrn v. Rochow während der Kammersitzungen. 5. November 1851.

Nov. 5.

— — „Die hiesigen Wintervergnügungen haben sich in dieser Woche mit zwei kleinen Bällen bei A. Rothschild[3]) und bei Graf Thun eröffnet.

Die Gräfin Rossi ist in allen Salons zu treffen; sie hat sich embellirt, seit sie Berlin verlassen hat, der kupfrige Teint ist ziemlich geschwunden. Sie spielte, namentlich in der Nachtwandlerin und der Tochter des Regiments, mit

---

1) scil. zur Erhaltung der deutschen Flotte.

2) Bezüglich der hier mehrfach berührten Angelegenheit der deutschen Flotte cf. Band I, Einleitung S. 11* ff. und 31*, sowie die Urkunden 9, 19, 21, 25, 29, 40—42 und 44—54.

3) Freiherr von Rothschild, Preußischer Hofbanquier und Banquier der deutschen Bundesversammlung, Chef des Bankhauses M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M.

1851 Nov. 5. einer Hingebung an die Rolle und einem Aufwande leidenschaftlicher Mimik, welche beweisen, daß sie sich auf der Bühne und unter dem fanatischen Beifall, der ihr wurde, mehr zu Hause fühlt als in der gräflichen Wirklichkeit, und welche für mich das Peinliche des Contrastes zwischen ihrer socialen Stellung in Berlin und ihrem Anblick auf der hiesigen Bühne, in den durch das Stück bedingten körperlichen Beziehungen zu miserabeln Mitspielern, beträchtlich erhöhten. Graf Rossi ist derselbe wie in Berlin; er spielt den grand seigneur und hohe Partien, raucht unbezahlbare Cigarren, und jede drückende Empfindung über seine und seiner Frau Stellung scheint ihm fern zu liegen. Als er ankam, hat er Zirndorfer besucht und zu Tisch eingeladen; dieser würdige Recensent und Mouchard erzählt mir, daß er jederzeit Zutritt bei der Gräfin habe, den Grafen Thun antichambriren lasse, wenn er bei ihr sei, und über beliebige Billets disponire. Madame Sonntag, wie sie hier genannt wird, empfängt nach 3 Uhr die haute volée von Frankfurt, und erregt die Unzufriedenheit der Kellner im Hôtel de Russie dadurch, daß sie erst um halbzwei mit kaltem Champagner zu Nacht speist.

Der gestrige kleine Ball bei Graf Thun vereinigte die Spitzen der hiesigen Gesellschaft. Die Toiletten würden in Berlin alles ecrasiren durch ihren Glanz, der durch reichen Diamantschmuck gehoben wird. Die Manieren der Damen sind äußerlich elegant, sie sprechen zum Theil gut und mit Ostentation französisch, waren in Paris, lassen ihre Männer zu Hause; die Unterhaltungen sind nach unseren Gewohnheiten nicht frei von Leichtfertigkeit.

Am Sonnabend habe ich meine Frau nach Coblenz gebracht und Kleist [1]) wohlauf und guten Muthes gefunden; er will in nächster Woche eine 14tägige Rundreise durch die Provinz machen. Obschon ich nur die Nacht dort blieb, befahl J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen doch, mich zu sehen, und empfing mich zwischen 8 und 9 Uhr Morgens.

Herr von Radowitz [2]) führt eine lebhafte Correspondenz mit einem Professor Molitor hier; dieselbe geht von hier aus unter Couvert an einen Geheim-Secretair Sander in Berlin, und kamen die Antworten früher, wie ich höre, an den Hauptmann Bergmann, der nunmehr von hier versetzt ist.

General Schack [3]) besuchte mich gestern, und entnahm ich aus seinen Äußerungen, daß er den Auftrag hatte, Herrn von Rochow Nachricht zu verschaffen, ob ich für die Zeit der Kammersitzung Frankfurt aufgeben werde. Eine formelle Vertretung hier wäre mir, soweit meine persönliche Auffassung dabei in Be-

---

1) von Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz.

2) cf. oben S. 6, Note 3.

3) von Schack, Preußischer General-Lieutenant, Commandant der Bundesfestung Mainz.

tracht kommt, nicht willkommen, und eine solche durch Herrn von Rochow würde vielleicht in ihrer Wirkung auf die Geschäfte über die Tragweite einer bloßen Vertretung hinausgehen". — 1851 Nov. 5.

18. Eigenhändiger Bericht, betr. die Hannoversche Verfassungsfrage und den Zollanschluß an Preußen. Politische Richtung in Hannover. General-Direktor Klenze. Ministerialrath Hock. Unterredung mit dem Grafen v. Thun. Portofreiheit in Bundessachen. 6. November 1851.

Nov. 6. „Ew. Excellenz haben die Geneigtheit gehabt, mir die dem Grafen Nostitz [1]) wegen der Behandlung der Hannoverschen Verfassungsfrage [2]) gegebene Instruktion mitzutheilen; ich habe hiervon Gelegenheit genommen, Herrn von Schele, mannigfachen ihm gemachten Insinuationen gegenüber, die Beruhigung zu geben, daß die Stellung Preußens zu dieser Sache lediglich durch die Rechtsgrundsätze, deren Gebiet dieselbe angehört, bedingt sein werde, wenn ich auch angewiesen sei, dahin zu wirken, daß in den Formen der Behandlung der Hannoverschen Regierung von Seiten des Bundestags jede mit der Sache verträgliche Freiheit und Rücksicht gewährt werde. Andererseits gab mir Herr von Schele die Versicherung, daß er, obschon früher kein Freund des Zollanschlusses, doch jetzt, nachdem der Vertrag [3]) abgeschlossen und von seinem König und Herrn vollzogen sei, denselben entschieden aufrecht zu erhalten und durchzuführen für seine Pflicht und für rathsam halten würde, wenn er selbst Minister wäre. In ähnlichem Sinne sprach sich der Graf von Bernstorff aus Gartow aus, der mich während seiner Anwesenheit hier mehrmals aufsuchte, und von hier nach Wien ging, um auch dort für die Interessen der Ritterschaft thätig zu sein.

Derselbe sprach sich außerdem dahin aus, daß er nicht an die Dauer des jetzigen Ministeriums in Hannover [4]) glaube, und daß bei einer Änderung in den Personen nur eine Combination ohne Herrn von Münchhausen [5]) möglich sei, weil dieser nur auf der entschiedenen Linken Männer finden werde, die seine Collegen würden sein wollen.

Herr von Schele klagt darüber, daß man ihn von Hannover aus ohne alle Nachrichten lasse, namentlich wisse er nichts über das Befinden Sr. M. des Königs Ernst August. Über die von dem Kronprinzen dermaleinst zu erwartende politische Richtung waren die Herren von Schele und von Bernstorff

1) Graf von Nostitz, General der Cavallerie und General-Adjutant des Königs von Preußen, in außerordentlicher Mission am Hofe von Hannover beglaubigt.

2) cf. oben S. 40 ff.

3) scil. vom 7. September 1851. cf. oben S. 41, Note 1.

4) cf. oben S. 41, Note 2.

5) Hannoverscher Minister-Präsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

1851 Nov. 6. ganz im Unsichern, und schienen keine ihren Ansichten günstige Erwartungen zu hegen.

Der General-Direktor Klenze hat gestern bei mir gegessen; er war sehr übler Laune darüber, daß er hier, wie er sich ausdrückte, bei einer schlechten Comödie wider seine Überzeugung habe mitspielen müssen; seine Mienen erheiterten sich nur, als er mir sagte, daß Se. Majestät ihm den Stern zum Rothen Adler verliehen habe.

Ministerialrath Hock[1]) scheint bestimmt zu sein, den Baron Nell,[2]) der sich einstweilen nach Wien begiebt, hier zu ersetzen. Er hat seine Frau kommen lassen, eine Wohnung auf sechs Monate gemiethet, und wird den Winter benutzen, um beim Bundestage und bei den westdeutschen Höfen für die Handelspolitik seiner Regierung thätig zu sein.

Mit Graf Thun habe ich eben eine längere Unterredung gehabt; es sind ihm Instruktionen zugegangen über die Portofreiheit in Bundessachen,[3]) über die wegen der Flüchtlinge in England bei der dortigen Regierung zu thuenden Schritte[4]) und wegen eventueller Verhängung des Belagerungszustandes.[5])

Wegen der Portofreiheit bitte ich um baldige Instruktion, da der Termin abläuft; die Österreichische, von dem Finanzminister herrührende, ist so lang und verworren, daß Graf Thun selbst sagte, er wisse sich keinen Vers daraus zu machen. Jedenfalls war darin enthalten, daß ohne Anhörung und Entschädigung der Taxisschen Verwaltung nicht zu verfahren sei".

19. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Personalveränderung im Preußischen diplomatischen Corps. 10. November 1851.

Nov. 10. „Ew. Excellenz erlaube ich mir in Bezug auf die hier und in Darmstadt beabsichtigten Personalveränderungen, deren die beiden heute eingegangenen Rescripte gedenken, den Umstand mitzutheilen, daß Herr von Otterstedt[6]) durch seine Versetzung nach Lissabon sehr schmerzlich berührt sein wird. Er hatte ge-

1) Ritter von Hock, Ministerialrath (cf. auch Band I, S. 32, Note 3), Österreichischer Commissar zur Theilnahme an den Berathungen des Entwurfs einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handelsverkehrs.

2) cf. oben S. 2, Note 2.

3) Betraf die von der Bundes-Militaircommission angeregte Portobefreiung von Dienstschreiben in Bundesangelegenheiten. cf. das Protokoll über die Bundestagssitzung vom 30. September 1851, § 168.

4) In der Bundestagssitzung vom 6. Dezember 1851 stellten Österreich und Preußen gemeinsam einen Antrag in Betreff der wegen des Treibens der politischen Flüchtlinge in England von Seiten des Deutschen Bundes an die K. Großbritannische Regierung zu richtenden Vorstellungen. cf. Prot. 1851, §§ 251 und 256, auch Band I, S. 213 und 220 f.

5) Vergl. oben S. 25 ff. Diese letztere Frage gelangte am Bundestage nicht zur Verhandlung.

6) cf. oben S. 17, Note 1.

rüchtweise, vermuthlich in Folge einer Correspondenz von Subalternbeamten, davon gehört, als er vor einigen Tagen bei mir war. Er hat in den letzten Jahren bald hintereinander zwei kostspielige Umzüge gehabt, wie er mir klagte, und sich eben in Darmstadt wohnlich eingerichtet; seine Geldverhältnisse sind, wie ich höre, nicht so brillant, als man aus dem jährlichen Zuschuß seiner Frau von 6000 Thlr. abnehmen sollte, indem dieser Zuschuß, wie man mir sagt, nur für die Lebensdauer seines Schwiegervaters gezahlt wird, ohne daß nachher ein Capital an dessen Stelle zu treten hat. Ich freue mich sehr, daß Canitz [1]) herkommt, und halte seinen Eintritt an Otterstedt's Stelle im Interesse des Königlichen Dienstes für einen entschiedenen Gewinn; nur thut mir Otterstedt leid; er ist, innerhalb der Schranken seiner Befähigung, ein treuer und militairisch gehorsamer Diener der Regierung, und hat sich niemals auf die gerade in der Diplomatie leider so allgemein grassirenden frondistischen Intriguen eingelassen. Ich führe das nicht an, um einer Änderung in den beabsichtigten Ernennungen das Wort zu reden, sondern nur um Ew. Excellenz zu bitten, die Maßregel, wenn es möglich ist, mit einem Zeichen der Anerkennung für Otterstedt zu begleiten, da er sehr unglücklich über dieselbe sein wird. Ich habe seine Klagen schweigend angehört, so wie ich ihn beurtheile, thut aber eine Charaktererhöhung oder ein Orden viel bei ihm; daß die Verhältnisse es gestatten, die erstere in der Ernennung zum Gesandten in Lissabon bestehen zu lassen, wie er selbst gewiß wünschen wird, da er früher schon einen derartigen Wunsch bezüglich seiner jetzigen Stellung äußerte, glaube ich allerdings kaum". 1851 Nov. 10.

20. Bericht, betr. die Stellung Österreichs zur deutschen Flotte. Voraussetzungen eines bundesfreundlichen Verhältnisses zwischen Preußen und Österreich. Unterredungen mit Herrn v. Nostitz über die Preußische Bundespolitik und mit Herrn v. Eisendecher über die Flottenfrage. Anschauungen des Herrn v. Blittersdorf über die Aufgaben und Ziele der Preußischen Politik in Deutschland. 19. November 1851.

„Ew. Excellenz habe ich die Ehre mit der heutigen Post einen Bericht über den von Herrn von Schele für den Marine-Ausschuß entworfenen Vortrag zu übersenden,[2]) und erlaube ich mir, demselben die nachstehenden Bemerkungen hinzuzufügen.[3]) Nov. 19.

Wie ich mir schon früher anzudeuten erlaubte, scheint die persönliche Auffassung des Grafen Thun der Hannoverschen Anschauung dieser Frage näher

1) Freiherr von Canitz und Dallwitz, Legationsrath, Preußischer Minister-Resident bei dem Großherzogthum Hessen, Nassau und der Freien Stadt Frankfurt.

2) cf. Band I, Urkunde 29.

3) cf. oben S. 49, Note 2.



1851 Nov. 19. zu stehen als derjenigen, welche Veranlassung gab zu dem gemeinschaftlichen Antrage Österreichs und Preußens. Meines Erachtens hat sich Graf Thun die Aufgabe gestellt, der Entwickelung dieser Frage eine solche Wendung zu geben, daß die Nordseeflotte dem direkten, oder soweit dies unmöglich, doch dem von der Präsidialmacht zu übenden indirekten Einflusse Österreichs unterworfen bleibt, ohne daß der Kaiserstaat für die Vergangenheit oder die Zukunft pecuniäre Opfer bringt. Bei der von Österreich vorgeschlagenen Dreitheilung würde die zu gründende Nordseeflotte von einer Corporation ressortiren, welche ihren Centralpunkt wesentlich nur in dem Bundestage, und also nach dem jetzigen Stand der Dinge unter vorwiegend Österreichischem Einflusse, finden könnte. Der vollständige Anschluß der Ansichten des Grafen Thun an die des Herrn von Schele wird nur dadurch verhindert, daß Österreich den Beitrag, dessen Zahlung in der Consequenz der Ansichten des Herrn von Schele liegen würde, nicht zu leisten entschlossen ist. Der Bericht des Herrn von Schele ist in seiner künstlichen Fassung von dem Bestreben geleitet, diese Differenz nicht zu berühren, und das den Ansichten des Verfassers und denen des Grafen Thun gemeinsame Terrain festzuhalten. So geschieht es, daß von den beiden entgegengesetzten, in der Bundesversammlung vorhandenen Ansichten über das Eigenthumsverhältniß der Flotte eine jede, je nachdem sie für die Preußischen Interessen nachtheilig ist, geltend gemacht wird. Herr von Schele deducirt, daß die Flotte Bundeseigenthum sei, ohne daraus eine Zahlungspflicht Österreichs für dieses Bundesinstitut herzuleiten, während Graf Thun der Flotte die Eigenschaft einer Bundeseinrichtung bestreitet, nichtsdestoweniger aber dem Bunde das Dispositionsrecht über dieselbe in einer dem Preußischen Interesse nachtheiligen Weise vindicirt.

Ich glaube Ew. Excellenz Einverständnisses versichert sein zu dürfen, wenn ich, unbeirrt durch die Färbung der Hingebung für nationale Zwecke, mit welcher die jenseitigen Pläne eingekleidet werden, jedes in der Stellung Preußens am Bundestage liegende Mittel zur Anwendung bringe, um einem Zustande ein Ende zu machen und Plänen zu begegnen, deren Unbilligkeit in Anforderungen an Preußen durch jede Nachgiebigkeit unsererseits gesteigert wird. In dem Festhalten Österreichs an seinem, durch die Ereignisse des letzten Jahres in widernatürlicher Weise geschaffenen Einflusse auf eine ohne Zuthun Österreichs entstandene Flotte kann ich nur einen Eingriff in das natürliche Gebiet Preußischen Einflusses sehen, der mir mit der Achtung vor dem gegenseitigen Besitzstande, welche allein eine dauernde Basis eines so engen Bündnisses, wie das jetzige mit Österreich, gewähren kann, unverträglich zu sein scheint. Ich kann nicht beurtheilen, inwieweit die Haltung des Grafen Thun in dieser Frage, und die ähnliche des Herrn Hock[1]) und anderer Österreichischer

1) cf. oben S. 52, Note 1.

Organe auf dem handelspolitischen Gebiete, die Billigung des Fürsten Schwarzenberg [1]) hat. Insoweit letzteres der Fall sein sollte, erlaube ich mir Ew. Excellenz Ermessen die Frage zur Erwägung zu unterstellen, ob es nicht gerade im Interesse der Befestigung und der Dauer des guten Einvernehmens zwischen beiden Mächten angemessen sein möchte, wenn Ew. Excellenz die Geneigtheit hätten, dem Fürsten Schwarzenberg bei sich darbietender Gelegenheit die Bedingungen einer gegenseitigen Rücksichtnahme und Förderung der Interessen zu vergegenwärtigen, unter welchen allein ein in demselben Grade wie bisher bundesfreundliches Entgegenkommen Preußens auf die Dauer durchführbar sein kann. Die Persönlichkeit des Grafen Thun, und die Nothwendigkeit, am Bundestage den anderen Gesandten gegenüber den Eindruck der vollsten Übereinstimmung Preußens und Österreichs festzuhalten und zu verstärken, lassen es mir nicht rathsam erscheinen, dem Grafen Thun gegenüber eine politische Verstimmung über die Haltung Österreichs an den Tag zu legen und die möglichen Consequenzen einer solchen so entschieden zu beleuchten, als erforderlich sein dürfte, einen Eindruck hervorzubringen, abgesehen davon, daß die Stellung eines einzelnen Gesandten, und in specie die des Grafen Thun seinem Chef gegenüber, nicht von der Natur ist, um durch sie einen hinreichenden Einfluß auf die Haltung des vorgesetzten Cabinets üben zu können. Ich vermeide daher meinerseits dem Grafen Thun gegenüber geflissentlich jede Erörterung über Fragen, deren Entscheidung von uns Beiden nicht abhängt, und deren Besprechung, ohne Vortheil für die Sache selbst, auf unser bisher sehr gutes persönliches Einvernehmen rückwirken könnte.

1851 Nov. 19.

Auffällig ist mir der Inhalt einer Unterredung gewesen, die ich vor einigen Tagen mit Herrn von Nostitz [2]) hatte. Derselbe deutete in einem beiläufigen Privatgespräch darauf hin, daß, wie ihm scheine, die Preußische Regierung keine Neigung habe, die Institutionen des Bundes besonders zu accentuiren und zu beleben und eine einheitliche Centralisation Deutschlands im Wege des bestehenden Bundes zu fördern. Ich erwiderte ihm in derselben vertraulichen Weise, daß nach der bestehenden Bundesverfassung die Stellung Preußens mir allerdings nicht in dem Grade gesichert und den natürlichen Machtverhältnissen meines Vaterlandes entsprechend erscheine, daß Preußen nicht Veranlassung hätte, jeden Schritt, der zu einer Stärkung der Bundesgewalt auf Kosten der territorialen Unabhängigkeit führen könne, sorgfältig zu prüfen; außerdem sei die Haltung der Majorität des Bundestags, von welcher ich in dieser Beziehung Sachsen leider nicht ausnehmen könne, der Preußischen Politik gegenüber von der Art, daß Preußen darin keine Aufforderung erblicken könne, in die Hände dieser Majorität einen stärkeren wie den bisherigen Einfluß auf die

1) cf. oben S. 2, Note 1.
2) cf. oben S. 15, Note 3.

1851 Nov. 19. Entschließungen seiner Regierung zu legen. Herr von Nostitz entgegnete seinerseits, daß Preußen allerdings gegenwärtig den ihm zustehenden rechtmäßigen Einfluß in Deutschland nicht habe, der Grund davon liege theilweise in dem noch nicht ganz geschwundenen Mißtrauen der Regierungen und besonders der Höfe, welches der Preußischen Unionspolitik seinen Ursprung verdanke; anderentheils sei aber auch die Stellung, die Preußen jetzt freiwillig einnehme, nicht geeignet, allen denjenigen Sympathien, welche sich mehr zu Preußen wie zu Österreich neigten, einen Anschlußpunkt zu bieten. Besonders scheine ihm das seit der Reconstruktion des Bundestags übliche System, alle wichtigeren Anträge von Hause aus gemeinschaftlich mit Österreich zu stellen, nicht das richtige, wenn Preußen die vor 1848 unbestreitbar vorhanden gewesene Stellung am Bundestage wieder einnehmen wolle. Mit der Bundesverfassung an und für sich sei ein vorwiegender Einfluß Preußens sehr wohl verträglich, wie das die Erfahrung früherer Jahre praktisch nachweise; ja es liege sogar in den gegebenen Verhältnissen Deutschlands die Nothwendigkeit Preußischer Hegemonie, da die Mehrheit der Bundesstaaten durch ihre geographische Lage und durch die historischen und nationalökonomischen Beziehungen auf den Anschluß an Preußen angewiesen sei. Ganz besonderes Gewicht aber legte Herr von Nostitz den confessionellen Beziehungen bei, deren Berührung jetzt Jeder vermeide, welche aber bald in den Vordergrund treten würden, wo Preußen dann von selbst seine natürliche Stellung an der Spitze der deutschen Protestanten zufallen werde. Ich lasse dahingestellt sein, welche Bedeutung diesen Äußerungen des Sächsischen Bundestagsgesandten in einer vertraulichen und zufälligen Privatunterredung beizulegen sein mag, habe aber doch geglaubt, sie zu Ew. Excellenz Kenntniß bringen zu sollen.

Über die Flottenfrage insbesondere habe ich vor einigen Tagen ein Gespräch mit Herrn von Eisendecher[1]) gehabt, bei welchem derselbe sowohl persönlich, als auch im Sinne seiner Regierung sich dahin äußerte, daß er an das Zustandekommen einer Nordseeflotte ohne Betheiligung Preußens nicht glaube, daß aber seine Regierung den Gedanken an die Herstellung einer Flotte auf der Grundlage des Zollvereins gewiß um so freudiger aufnehmen werde, als der Beitritt Oldenburgs zu dem Zollverein außer allem Zweifel stehe.

Schließlich erlaube ich mir noch einer an den Inhalt des vorstehenden Schreibens sich anschließenden Auffassung des Herrn von Blittersdorf[2]) zu gedenken. Derselbe war mir, vor seiner im Sommer unternommenen Reise nach Österreich, in auffallender Weise entgegengekommen, hat sich aber seit seiner Rückkehr ganz von mir ferngehalten. In der erstgenannten Zeit sprach er wiederholt seine Bereitwilligkeit aus, seinen Rath und seine Dienste Preußen

1) Dr. von Eisendecher, Oldenburgischer Geheimer Staatsrath, Bundestagsgesandter für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg (15. Curie).

2) cf. oben S. 6, Note 1.

zu widmen, wie ich dies damals Ew. Excellenz mitzutheilen mir erlaubt habe.[1]) Als eine nothwendige Aufgabe der Preußischen Politik bezeichnete er damals den Widerstand gegen jede lebendigere Entwickelung der Bundesverfassung und jede Kräftigung der Bundesgewalt. Das Terrain des Bundestags wäre seiner Meinung nach, seit die Unionspolitik einmal zu Tage getreten sei, ein für Preußen entschieden ungünstiges, und es läge in unserem Interesse ebensowohl wie in unserer Macht, einstweilen jedes schärfere Anziehen der Zügel der Centralgewalt Deutschlands zu hindern. Ich kann nicht leugnen, daß ich diese Ansicht insoweit theile, als ich nicht glaube, daß der Bundestag in seiner jetzigen Gestaltung das letzte Wort unserer Politik sein könne, vielmehr sehe ich in demselben nur eine Schale, innerhalb welcher sich das, was in der Unionspolitik an gesunden und praktischen Elementen lag, auszubilden hat, und welche von selbst abfällt, wenn der Kern reif ist. Solange aber die Unsicherheit der jetzigen politischen Lage gegenüber der Revolution ein enges Zusammengehen mit Österreich, und vorausgesetzt, daß die Österreichische Politik nicht aggressiv gegen uns verfährt, eine Vertagung der zwischen beiden Staaten unvermeidlich vorhandenen Streitfragen gebietet, dürfte es allerdings durch die Nothwendigkeit gegeben sein, solche Pläne, welche den Bestand des Bündnisses mit Österreich gefährden, nicht ostensibel zu Tage treten zu lassen. Indessen können wir an letzterem System nur dann festhalten, wenn Österreich eine ebenso rücksichtsvolle Haltung uns gegenüber in allen Punkten bewahrt. Geschieht dies nicht, so würde ich, insoweit es mir vergönnt wäre, meine Ansicht über diesen Punkt bei Ew. Excellenz geltend zu machen, mich lediglich von der unbestreitbaren Thatsache leiten lassen, daß das Kaiserliche Cabinet des Preußischen Bündnisses in der nächsten Zukunft in höherem Grade und mit mehr Wahrscheinlichkeit bedürfen wird, als wir des Österreichischen".

1851 Nov. 19.

21. Eigenhändiger Bericht, betr. eine vertrauliche Unterredung mit dem Grafen v. Thun über die Haltung Österreichs in der Zollvereinskrisis, die Übertragung der Zoll- und Handelsgesetzgebung auf den Bund, sowie die Stellung Österreichs und Preußens am Bunde. Frhr. v. Nell. Ende November 1851.

„Ew. Excellenz Rescript in Bezug auf die handelspolitischen Bemühungen Österreichs und das Privatschreiben vom 22. cr. habe ich durch Graf Stolberg erhalten. Bei Gelegenheit einer Besprechung mit Graf Thun über die Hamburger Sache[2]) habe ich heute früh, in der Form einer rein privativen Expektoration, ihm die, nach meinem Dafürhalten unausbleiblichen beklagenswerthen Folgen entwickelt, welche die aggressive Politik Österreichs gegen den

Ende Nov.

1) cf. oben S. 6 f.

2) cf. oben S. 16, Note 8.

1851 Ende Nov. Zollverein nach sich ziehen müsse. Er antwortete mir mit dem Tone freundschaftlicher Offenheit in résumé ungefähr Folgendes: Die unverhältnißmäßigen Opfer, welche Preußen in dem Vertrage vom 7. September[1]) gebracht habe, seien der beste Beweis, daß es sich bei demselben weniger um die commercielle als um die politische Bedeutung handle. Wenn ich annähme, daß er ein ebenso guter Österreicher sei als ich Preuße, so werde ich natürlich finden, daß er es billige, wenn seine Regierung alles daransetze, um zu verhindern, daß Österreich in noch schrofferer Weise, als früher vom Zollverein, von einer neuen, das ganze übrige Deutschland umfassenden Corporation ausgeschlossen werde. In Wien sei man weit davon entfernt, den Zollverein zerstören zu wollen, nur müsse derselbe Basen annehmen, die einen Beitritt Österreichs, wenn nicht sofort ermöglichten, doch anbahnten. Den Zweck, die Zoll- und Handelsgesetzgebung auf den Bund zu übertragen, gestand er ein, und fand ihn ganz natürlich für Österreich; auch leugnete er keineswegs, Hock[2]) mit entsprechenden Aufträgen an die westdeutschen Höfe gesandt zu haben; er bedauerte, daß Preußen in dem Bunde nur ein Polizei- und Militair-Institut wolle. Ein überwiegender Einfluß Österreichs in Deutschland liege in der Natur der Dinge, solange Österreich ohne Selbstsucht sich Deutschland hingebe; breche es die letztere Bedingung, so werde Preußen an Österreichs Stelle treten, halte es jene Bedingung, so sei Preußens Aufgabe eine gleiche, mit Österreich gemeinsame Hingabe für die Interessen der Gesammtheit. Solange das gegenseitige Verhältniß nicht frei von partikularistischer Eifersucht sei, könne das jetzige gute Einvernehmen nicht ein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand genannt werden. Er sprach wie Posa und entwickelte großdeutsche Schwärmerei; ich vervollständigte seinen Ideengang dahin, daß danach die Existenz Preußens, und noch weiter der Reformation, ein bedauerliches Faktum sei, wir Beide könnten es aber nicht ändern, und müßten nach Thatsachen, aber nicht nach Idealen rechnen, und ich bäte ihn zu überlegen, ob die Resultate, die Österreich auf den Hock'schen Wegen wirklich erreichen werde, die Annehmlichkeit des Preußischen Bündnisses aufwiegen würden; denn ein Preußen, welches, wie er sich ausdrückte, „der Erbschaft Friedrichs des Großen entsagte", um sich seiner wahren providentiellen Bestimmung als Reichs-Erz-Kämmerer hingeben zu können, bestehe in Europa nicht, und ehe ich zu einer derartigen Politik zu Hause riethe, würde eine Entscheidung durch den Degen vorhergehen müssen. Er verglich Preußen mit einem Manne, der Einmal das Loos von 100 000 Thlr. gewonnen hat, und nun seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieses Ereignisses einrichte. Ich erwiderte ihm, wenn diese Ansichten in Wien so klar wären wie bei ihm, so sähe ich allerdings vor-

1) cf. oben S. 41, Note 1.
2) cf. oben S. 52, Note 1.

aus, daß Preußen nochmals in der bewußten Lotterie werde setzen müssen; ob es gewinnen werde, stehe bei Gott. Diese Unterhaltung wurde im Ganzen in mehr scherzhaftem Tone geführt, und verlor nicht den Charakter objektiver freundschaftlicher Betrachtung; bei mir hat sie aber die Überzeugung befestigt, daß Österreich die Bedeutung unseres Bündnisses oder unserer Abneigung empfinden muß, ehe es den Werth davon einsehen oder nach dieser Einsicht handeln wird. Thun ist stets in seinen Meinungen das Daguerreotyp seines Chefs, und ich zweifle nicht, daß Letzterer seine Politik in dem Sinne gegen Thun entwickelt hat, wie dieser heute gegen mich. Ich darf Ew. Excellenz wohl bitten, von dem Vorstehenden keinen Gebrauch zu machen, der Graf Thun unangenehm sein oder zu seiner Kenntniß kommen könnte, da er sonst die, ich möchte sagen jugendliche Offenheit bereuen würde, mit der er zu sprechen pflegt, wenn ich den Ton von Cavalier gegen Cavalier anschlage, und er gerade bei gefühlvoller Laune ist, was ihn nicht hindert, bei anderen Gelegenheiten wieder bauernschlau und insidiös zu sein. Mündlich werde ich mir einen detaillirteren Bericht erlauben.

1851 Ende Nov.

Der Baron Nell[1]) ist, als er den Tod Ernst August's[2]) erfahren hat, sehr erfreut gewesen, und hat seinem Sohne gesagt: „Nun haben wir gewonnen Spiel".

Für heute zwingt mich wieder die Poststunde zum Schluß; die Ausschußsitzungen nehmen täglich den besten Theil des Tages".

22. Eigenhändiger Bericht, betr. den geschäftlichen Umgang mit dem Grafen v. Thun. 24. Januar 1852.

1852 Jan. 24.

„Ew. Excellenz beehre ich mich nach eben beendeter Sitzung einen kurzen Bericht über das Resultat derselben[3]) zu überreichen. Ich füge mit der Bitte um Rücksendung zwei Briefe bei, den einen von Schele, dessen Inhalt Ew. Excellenz vielleicht interessirt, den anderen von Thun, lediglich damit Sie aus seiner eigenen Erklärung entnehmen, welche Schwierigkeit ich mit diesem Herrn habe, das persönliche Gebiet von dem politischen zu trennen. Ich fand ihn in gereizter Stimmung, namentlich sprach er sich über das Verhältniß und die Persönlichkeit des Regierungsraths Crüger[4]) so maßlos aus, daß ich ihn auf das Unmögliche einer derartigen Behandlung dienstlicher Meinungsverschiedenheiten ernstlich aufmerksam machen mußte. Bei den übrigen Gesandten trat eine Verstimmung über die jüngsten Zwischenfälle[5]) äußerlich wenigstens nicht hervor".

1) cf. oben S. 2, Note 2.

2) Ernst August, König von Hannover, gestorben am 18. November 1851.

3) Der Hauptgegenstand der Sitzung betraf die Flottenfrage. cf. Band I, Urkunde 49, besonders S. 72, Note 1.

4) cf. oben S. 44, Note 2.

5) scil. die Differenzen wegen des Schicksals der deutschen Flotte.

23. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reformvorschläge für die Erste Preußische Kammer. Verhandlungen über den Beselerschen Antrag. Unterredung mit Herrn v. Eisendecher bezüglich des Austrittes Preußens aus der Bundesversammlung. 2. Februar 1852.

1852 Febr. 2.

— — „Meine Absicht ist, wenn Ew. Excellenz es nicht anders bestimmen, den 10. Februar und die alsdann stattfindende Abstimmung über die Flotte hier zu erwarten,[1]) und unmittelbar nach derselben wieder nach Berlin zu reisen, um dann, soweit das Resultat es erforderlich scheinen läßt, meiner Abreise zugleich einen demonstrativen Charakter zu geben.

Privatbriefe, die ich aus Berlin erhalte, schildern die Situation in den höchsten Kreisen mit Bezug auf die Reformvorschläge für die Erste Kammer sehr unerfreulich,[2]) indem Se. Majestät in Mätzke, Bethmann[3]) und der Linken die Freunde der Allerhöchsten Pläne sehen und letztere in dem Heffterschen Antrage[4]) wieder erkennen. Wäre das richtig, so schiene mir der natürlichste und wirksamste Gegenzug darin zu bestehen, daß man aus der Rechten ein Amendement unverzüglich hervorgehen ließe, welches sich der Auffassung des Königs, die wenigstens vor 14 Tagen mit dem Heffterschen Antrage nicht übereinstimmte, noch näher, oder gänzlich anschlösse. Der Plan, der dem König ganz freie Hand läßt, scheint mir praktisch nützlicher, als die genaue und die Regierung bindende Kategorisirung des Heffterschen, aber ganz abgesehen davon würde es schon ein Gewinn sein, wenn man bei Sr. Majestät dem Entstehen gefährlicher Täuschungen vorbeugt, die aus der anscheinend größeren Bereitwilligkeit der Linken, den Königlichen Wünschen entgegen zu kommen, hervorgehen könnten.

---

1) Vergl. zu diesem Schreiben Band I, Urkunden 50 und 51.

2) Über die in der Sitzungsperiode 1851—1852 gemachten parlamentarischen Versuche, betreffend die Bildung der Ersten Kammer in Preußen, vergl. Rönne: Das Staatsrecht der Preußischen Monarchie. 3. Auflage. I. Band. 2. Abth. S. 336.

3) Dr. Moritz August von Bethmann-Hollweg, Preußischer Cultusminister vom 6. November 1860 bis März 1862, von März 1849—1851 Mitglied der Ersten Kammer, 1852—1855 Mitglied des Abgeordnetenhauses, während der dritten Session der dritten Legislaturperiode 1854—1855 zweiter Vicepräsident. Begründer der Fraction von Bethmann. cf. auch oben S. 38, Note 1.

4) Am 19. Januar 1852 stellte das Mitglied der Ersten Kammer Heffter den Antrag, die Kammer wolle beschließen: 1) den Artikel 65 der Verfassungsurkunde abzuändern und dahin zu fassen: „Die Erste Kammer besteht: a) aus den großjährigen Königlichen Prinzen, b) aus den Häuptern der Hohenzollernschen Fürstenhäuser, c) aus den Häuptern der ehemaligen unmittelbaren reichsständischen Fürsten in Preußen, d) aus den Häuptern derjenigen Familien, welchen das nach der Erstgeburt und Linealfolge zu vererbende Recht auf Sitz und Stimme in der Ersten Kammer vom König beigelegt wird. In der Verleihungsurkunde werden zugleich die Bedingungen festgesetzt, an welche die Ausübung dieses Rechts geknüpft ist. e) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht beschränkt. 2) Die übrigen, sich auf das Verhältniß der Ersten Kammer beziehenden Artikel demgemäß zu modificiren".

Die Verhandlungen über den Beselerschen Antrag[1]) habe ich mit vielem Interesse gelesen, aber auch neue Belege für meine Ansicht daraus geschöpft, daß ich entweder falsche Auffassungen durch Schweigen bestätigen, oder Dinge hätte sagen müssen, die meine hiesige Stellung erschwerten, wenn ich dagewesen wäre. Was Vincke von der Überlegenheit Österreichs in Ränken und Pfiffen sagt,[2]) mag richtig sein, aber dergleichen führt heut zu Tage nicht weit, höchstens zur Erbitterung des anderen Theils, aber nicht zu reellen Vortheilen.

1852 Febr. 2.

Ein langer, mehr fragender als mittheilender Besuch des Herrn von Eisendecher hat mich bis zum Herannahen der Poststunde abgehalten, dies Schreiben zu schließen. Der Oldenburgische Herr sprach seine lebhaften Besorgnisse aus, Preußen möchte sich faktisch aus den Bundesverhandlungen zurückziehen. Ich habe nicht geglaubt, diesen Befürchtungen entgegentreten zu sollen, vielmehr durchblicken lassen, daß es für uns von wenig Werth sein könne, einen Gesandten in der Bundesversammlung zu haben, wenn letztere nicht mehr Gewicht als bisher auf die Stimme Preußens lege".

24. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Unterredung mit Herrn v. Schele über die Hannoversche Ministerkrisis, die Flottenfrage, die Zollverhandlungen mit den süddeutschen Staaten, die Zulassung Österreichs zu den Zollconferenzen, sowie die zollpolitischen Anträge Bayerns und Königreich Sachsens. Hannover, 27. März 1852.

März 27.

„Ew. Excellenz beehre ich mich nachstehendes Ergebniß einer Unterredung, die ich heute mit Herrn von Schele gehabt habe, zu referiren:

Die Auffassung des Letzteren über die hiesige Ministerkrisis und deren Resultat fällt mit der des Herrn von der Decken[3]) nicht zusammen. Herr von Schele findet, daß die Unverträglichkeit der Herren von der Decken und Borries[4]) und von Windthorst[5]) und Bacmeister[6]) mehr persönliche als sachliche Motive

1) Am 12. Dezember 1851 stellten der Abgeordnete Beseler und Genossen in der dritten Session der Zweiten Kammer des Preußischen Abgeordnetenhauses den Antrag: „Die Kammer wolle beschließen zu erklären, daß durch die Theilnahme der Preußischen Regierung an der zu Frankfurt a. M. zusammengetretenen Bundesversammlung die Souverainetät der Krone Preußens und die Wirksamkeit der Preußischen Verfassung in keiner Weise haben beschränkt werden können; daß insbesondere die Beschlüsse dieser Bundesversammlung, insoweit sie eine Abänderung der Verfassung oder der Gesetze Preußens enthalten, oder dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegen sollen, ohne die Zustimmung der Kammern für Preußen unwirksam sind". Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über diesen Antrag fanden am 29. und 30. Januar 1852 statt. cf. Stenogr. Berichte S. 201 ff.

2) Die betreffende Rede des Abgeordneten von Vincke befindet sich a. a. O. S. 209 ff.

3) von der Decken, Hannoverscher Minister.

4) von Borries, Hannoverscher Minister.

5) Windthorst, Hannoverscher Minister der Justiz.

6) Bacmeister, Hannoverscher Minister der Finanzen und des Handels.

1852 März 27. hat, und hält es nicht für unmöglich, daß er sich von den Erstgenannten, oder auch von allen seinen Collegen trennt und ein ganz neues Cabinet bildet; jedenfalls schien er mir heute mehr geneigt, die beiden bürgerlichen Minister zu conserviren, als die anderen. Er glaubt auf dem Wege seinen eigenen Standesgenossen besser dienen zu können, wenn er auch voraussieht, daß sie ihn als Renegaten betrachten würden. Seine Absicht ist, jedenfalls die Einheit im Cabinet durch Personenwechsel nach einer von beiden Seiten hin herzustellen, um endlich mit entschiedenen, die Verfassung ändernden Propositionen vor die Kammern treten zu können, unter Bezugnahme auf das Bundesrecht. Dazu glaubt er die Herren Windthorst und Bacmeister leicht disponiren zu können, nur persönliche Gereiztheit habe die Einigung bisher gehindert. Die Stände würden voraussichtlich diese Zumuthungen ablehnen, wo man sie dann auflösen, und verstärkte Mahnungen und Androhungen vom Bunde extrahiren müßte, um damit auf die nächsten Kammern zu wirken. Bei dem Verkehr mit den Ständen seien ihm Decken und Borries durch ihre Unbeliebtheit nachtheilig, Bacmeister durch gewandte Behandlung förderlich. In dem ritterschaftlichen Streit[1]) hat er die Hoffnung, durch Vergleich zum Ziele zu kommen, nicht aufgegeben. Von Stüve[2]) fürchtet er erst dann etwas, wenn er selbst (Schele) zurücktritt. Das Resultat ist also bisher: Unentschiedenheit darüber, wer aus dem Cabinet tritt, Wahrscheinlichkeit, daß es Decken und Borries sein werden, Gewißheit, daß Schele bleibt, der allein das Vertrauen des Königs hat, und auch für uns bis jetzt allein die wichtige Person bleibt. Ich habe ihn offen und wohlwollend gefunden wie früher.

Von der Flotte wollte er gar nichts mehr wissen, und „wenn auch Neptun selbst mit in den Verein treten wollte", namentlich war er böse über das Verhalten Bayerns in dieser Sache.[3])

In Betreff der Berliner Zollverhandlungen[4]) wünschte er, daß wir die Süddeutschen recht sehr suaviter in modo behandeln möchten, ihnen nicht von Hause aus conditiones sine quibus non vorlegen; ihre verletzte Empfindlichkeit werde sich durch unwesentliche Änderungen an dem Septembervertrage[5]) zufriedenstellen lassen, aber gefährlich werden, wenn man sie noch mehr reize.

In Bezug auf die Zulassung Österreichs zu den Zollconferenzen[6]) ist hier durch Koller[7]) und Montgelas[8]) mit mehr Heftigkeit auf Schele gewirkt wor-

1) cf. oben S. 39 ff., und S. 51.

2) Stüve, Vorstand des Hannoverschen Ministerial-Departements des Innern.

3) cf. Band I, Urkunde 49.

4) Über diese Zollverhandlungen, die Stellung und Wünsche Österreichs und Preußens cf. Band I, S. 22 ff.

5) cf. oben S. 41, Note 1.

6) scil. in Berlin. cf. oben Note 4.

7) Freiherr von Koller, Österreichischer Gesandter in Hannover, demnächst in Berlin.

8) Graf von Montgelas, Bayerischer Minister-Resident in Hannover.

den, als diesem angenehm zu sein schien. Letzterer gab mir zu, daß eine direkte Zolleinigung mit Österreich unmöglich, die Einräumung gegenseitiger Vetos in Zollgesetzen zwischen uns und Österreich nicht zu verlangen, im Handelsvertrage mit letzterem, des guten Vernehmens wegen, aber zu wünschen sei. Er sah ein, daß es Schwierigkeiten bringen, und namentlich manche Staaten zu bedenklicher Steigerung ihrer Prätensionen ermuthigen würde, wenn wir soweit nachgäben, einen Vertreter Österreichs von Hause aus zu den Zollconferenzen zuzuziehen, wünschte aber doch, daß man um des Friedens willen, neben den Zollvereins-Verhandlungen und gleichzeitig mit Österreich solche über einen Handelsvertrag eröffne.

1852 März 27.

Bayern und Sachsen sollen beantragen wollen, die Resultate der Wiener Verhandlungen [1]) in Berlin zu Grunde zu legen, auch das schätzbare Material von Dresden und Frankfurt gleich mit hineinzuziehen, mit Rücksicht auf Artikel 19 der Bundesacte, und auf die Clausel im Septembervertrage wegen einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelseinigung. Bayern hat sich hier neuerdings durch Montgelas sehr unzufrieden in Bezug auf den Septembervertrag und die zu machenden Schwierigkeiten ausgesprochen; Herr von Schele sagte aber, er wisse wohl, que les deux Bavières (der König und von der Pfordten [2])) n'étaient pas toujours d'accord, und wenn die süddeutschen Staaten sich bindend verpflichtet hätten, in Berlin auf alle Fälle im Sinne der Wiener Abreden zu wirken, so sei das an ebenso erasive Bedingungen geknüpft, wie die Bayerisch-Sächsischen Versprechungen für die Flotte, die zuletzt darauf hinauskommen, daß Hannover diese beiden Staaten für ihre maritimen Leistungen aus seinem praecipuum schadlos halten solle".

25. Eigenhändiges Privatschreiben, betr. den Tod des Fürsten v. Schwarzenberg. 6. April 1852.

„Ew. Excellenz beehre ich mich die eben hier eingehenden beiden Depeschen des Herrn von Canitz zu überreichen. Auf Graf Thun hat die Nachricht vom Tode des Fürsten Schwarzenberg [3]) einen tiefen und niederschlagenden Eindruck gemacht; er war so bewegt, daß er die heutige Ausschußsitzung abbrach. Er sprach mit Bitterkeit und Besorgniß von der Partei der Alt-Conservativen, und von seinem Vetter, dem Grafen Wurmbrand. Daß das Regiment unmittelbar in die Hände dieser Herren übergehen werde, ist indessen bei der geringen numerischen Stärke und dem Mangel an innerem Zusammenhange dieser Fraction kaum wahrscheinlich. Der Englische Gesandte [4]) war, als ich ihm die

April 6.

1) cf. Band I, S. 106, Note 1.

2) Dr. von der Pfordten, Bayerischer Minister des Königlichen Hauses und des Äußern.

3) cf. Band I, Urkunden 63 und 66.

4) Lord Cowley.

1852 April 6. Nachricht mittheilte, sehr betroffen und sagte dann: »au fond c'est un bonheur«. Ich sage meinen Dank für die Benachrichtigung; ich war der Erste, der sie hier empfing, da mir die Depesche vier Stunden nach dem Ableben des Fürsten zukam".

26. Eigenhändiger Bericht, betr. die Lösung der Dänischen Erbfolgefrage unter Mitwirkung des Bundes. Flottenauflösung. Österreichs Politik nach dem Tode des Fürsten v. Schwarzenberg. 7. April 1852.

April 7. „Ew. Excellenz beehre ich mich in der Anlage ein ausführlicheres Schreiben über die Chancen eines Versuchs, den Bund an der Lösung der Dänischen Erbfolgefrage zu betheiligen, zu überreichen.[1]) Ich habe dasselbe so abgefaßt, daß es sich vielleicht zur Mittheilung an Se. Majestät eignet, ohne den Anschein zu haben, daß es darauf berechnet ist. Ich erachte in der That den Plan[2]) nicht nur den Preußischen Interessen entschieden zuwider, auch wenn ich mich von jeder Kurmärkischen Engherzigkeit lossage, und theile in dieser Beziehung ganz die Auffassung Ew. Excellenz, sondern ich habe die aufrichtige und feste Überzeugung, daß er bei dem Versuch der Ausführung aus den angegebenen Gründen scheitern, oder nur nach viel Anstrengungen und Zeitverlust, unter Schaustellung der schmutzigen Wäsche Deutschlands vor Europa, zur Ausführung gelangen würde. Ich habe heute mit Herrn von Nostitz, dem Sächsischen Gesandten, der den Barometerstand des Bundestags aus Erfahrung zu kennen pflegt, genau über die Holsteiner Bundesangelegenheit gesprochen. Er meinte, die territorialen Fragen würden sich, wenn auch mit Mühe, machen lassen, die Successionsfrage aber solle man ja nicht in die Bundesversammlung werfen, bevor eine Entscheidung der Europäischen Mächte erfolgt sei; nach solcher werde man, ähnlich wie in der Luxemburger Frage nach der Juli-Revolution, allmählich ins Reine kommen, vorher aber nichts als Verdruß und Verwirrung erreichen. Ohne meine Ansichten zu kennen, entwickelte er wesentlich denselben Ideengang, wie ihn mein anliegendes Schreiben enthält.

Die heutige Sitzung war ohne Belang, die Flottenauflösung wurde dem Militair-Ausschusse zugeschoben, und Niemand, Thun an der Spitze, will die öffentliche Bekanntmachung, daß die Bestandtheile der Flotte verkauft werden

1) Herr von Bismarck überreicht mittelst dieses Berichts seinem Chef das im I. Bande unserer Sammlung S. 89 ff. zum Abdruck gelangte Privatschreiben vom 6./7. April (Urkunde 64). Daselbst auch das Nähere über den augenblicklichen Stand der Holsteinschen Bundesangelegenheit.

2) scil., daß der Bund als Ganzes der Convention, welche in London behufs Regelung der künftigen Thronfolge in der Dänischen Monarchie von den Europäischen Mächten demnächst abgehalten werden sollte, beitrete, und zwar unbedingt, und ohne alle materielle Abänderung der vorgeschlagenen Stipulationen.

sollen,[1]) unterzeichnen. Man will es dem zu ernennenden Commissar überlassen, und hat als solchen Niemand als den Hamburger Beschwerdeführer Hübbe (in der Verfassungssache) ausfindig machen können, den der Hamburger Gesandte vorschlug, um ihn, wenn er es annimmt, in der öffentlichen Meinung zu discreditiren.[2])

1852 April 7.

Graf Thun ist sichtlich beruhigt seit Eingang der Depesche von Werner,[3]) daß in der Politik durch den Tod des Fürsten (scil. Schwarzenberg) nichts geändert werde".[4])

27. Bericht, betr. die Preußenfeindliche Haltung der in Westdeutschland ansässigen standesherrlichen Familien. Feindseligkeit der Ober-Postamts-Zeitung gegen Preußen. Zweifel an der Ernennung des Grafen v. Buol zum Österreichischen Minister-Präsidenten. Beschwerde v. d. Pfordten's über den Preußischen Gesandten in München. Fürst v. Gortschakoff's angebliche Verdienste in Betreff der Aussöhnung zwischen Preußen und Österreich. Empfehlung des Herrn v. Wintzingerode in Berlin. Ernennung des Grafen v. Buol zum Österreichischen Minister-Präsidenten und Verhältniß desselben zu dem Grafen v. Thun. 11. April 1852.

April 11.

„Ew. Excellenz beehre ich mich in der Anlage einen Bericht des Herrn von Canitz[5]) zu überreichen, aus welchem Sie ersehen wollen, wie es gerade ein Preuße gewesen ist, der in Darmstadt Anträge von entschiedener Feindseligkeit gegen uns gestellt hat, und leider muß ich die Überzeugung aussprechen, daß das Verhalten des Prinzen August von Wittgenstein[6]) ein charakteristisches Symptom nicht bloß seiner eigenen, sondern der Gesinnung einer großen Anzahl von Mitgliedern der in Westdeutschland ansässigen standesherrlichen Familien gegenüber der Preußischen Monarchie abgiebt. Ew. Ex-

1) cf. Band I, Urkunde 73.

2) Demnächst wurde mit dem odiosen Commissorium der Großherzoglich Oldenburgische Staatsrath a. D. Fischer betraut. cf. Band I, Urkunde 73.

3) Freiherr von Werner, Wirklicher Geheimer Rath, Unterstaatssecretair im Österreichischen Ministerium des K. K. Hauses und des Äußern.

4) Auf vorstehendem Schreiben des Herrn von Bismarck finden sich nachstehende eigenhändige Bemerkungen des Ministers Freiherrn von Manteuffel: „Herrn von Le Coq Hochwohlgeboren. Gegenwärtiger Brief ist mir von Bismarck unter Eigenhändig gesandt. Ich bitte davon Kenntniß zu nehmen und zu erwägen, ob es nicht gut sein würde, den anliegenden Brief (Urkunde 64 in Band I — nicht diesen —) durch Gerlach Sr. Majestät vorlesen zu lassen, damit ich das Eis weniger hart finde". Herr von Le Coq entsprach dem Wunsche des Minister-Präsidenten. Herr von Le Coq war Unterstaatssecretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin.

5) cf. oben S. 53, Note 1.

6) Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Nassauischer Staatsminister.

1852 April 11.

cellenz werden besser als ich im Stande sein zu ermessen, daß diese Erscheinung keine zufällige und leicht vorübergehende ist, sondern das natürliche Resultat mannigfacher historischer, sowie auch verwandtschaftlicher und religiöser Beziehungen. Die thätigsten Werkzeuge der antipreußischen Agitation in der hiesigen Nachbarschaft sind Mitglieder der standesherrlichen Häuser Leiningen und Hohenlohe, deren Bestrebungen von Berlin aus durch Nachrichten und anderweitig von dem Grafen Görtz,[1]) dem Schwiegersohne des Prinzen August von Wittgenstein und dem persönlichen Freunde des Prinzen Emil von Hessen, unterstützt werden. Wenn diese Herren gegen Preußen allerdings keine andere Verpflichtung haben, als die der Dankbarkeit für das lebhafte Interesse, welches Se. M. der König selbst den Rechten und der Stellung sämmtlicher Standesherren widmet,[2]) so sollte man glauben, daß das Fürstliche Haus Wittgenstein nicht nur durch seine Preußische Staatsangehörigkeit, sondern auch durch das besondere Maß, in welchem demselben die Gnade des Königshauses jeder Zeit zu Theil geworden ist, Verbindlichkeiten gegen Preußen fühlte, aber nicht nur der jetzige Nassauische Staatsminister, sondern auch der hier wohnende Prinz Adolph von Wittgenstein-Hohenstein zeichnen sich durch feindselige Parteinahme gegen Preußen aus, so gern auch, wenigstens der Letztere, bei passenden Gelegenheiten die Eigenschaft eines Preußen geltend macht. Ich bin fern davon, allen diesen Herren aus ihrer politischen Richtung einen Vorwurf zu machen, ich finde es vielmehr erklärlich, daß die Traditionen ihrer Familien sie mehr an Kaiser und Reich und an manche phantastische Restaurationspläne im Österreichischen Lager, als an den Preußischen Staat knüpfen; wohl aber würde man den Lenkern des letzteren, von mehr als einer Seite her, glauben es vorwerfen zu dürfen, wenn ihre Entschließungen von der Annahme beherrscht würden, daß die politischen Sympathien der Häuser Ahremberg, Thurn und Taxis, Wallmoden unter allen Umständen zuverlässige Säulen des Preußischen Thrones und Staates abgeben würden.

Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, Ew. Excellenz Aufmerksamkeit wiederholt auf die zunehmende Feindseligkeit der Ober-Postamts-Zeitung[3]) gegen Preußen zu lenken, und Ihrem Ermessen anheim zu geben, ob es nicht an der Zeit sei, amtlich und entschieden gegen ein Organ einzuschreiten, dessen Haltung einen öffentlichen Scandal bietet, wenn man erwägt, daß der Eigenthümer desselben, von dessen Befehlen es durchaus abhängig ist, der Fürst von

1) Carl Heinrich Graf von Schlitz gen. von Görtz, Großherzoglich Hessischer Gesandter in Berlin, seit Oktober 1850.

2) cf. den in Band I als Urkunde 99 aufgenommenen Immediatbericht des Herrn von Bismarck, betr. die Verhandlungen wegen der vormals reichsständischen Fürsten und Grafen.

3) cf. oben S. 6, Note 4. Über die Preußenfeindliche Haltung dieses Blattes und der Frankfurter Presse überhaupt vergl. auch Band II, S. 84—87, 306, 307, 342.

Thurn und Taxis, ein naher Verwandter des Königlichen Hauses und Preußischer Standesherr ist, ganz abgesehen davon, daß dieses Blatt in der öffentlichen Meinung den Charakter eines Organs des Bundestags hat. Dem letzteren Verhältniß ein Ende zu machen, werde ich mich bemühen, soviel in meinen Kräften steht. Der Graf Thun, von welchem indessen eine regelmäßige Geschäftsthätigkeit bis zu erfolgter Consolidirung der Verhältnisse in Wien wohl nicht zu erwarten ist, sprach gestern schon gegen mich die Absicht aus, ein ernstes Wort mit der Redaction jenes Blattes zu sprechen. Meinerseits etwas der Art zu thun, schien mir der Würde der Regierung nicht angemessen, auch habe ich mich früher überzeugt, daß auf gütlichem Wege immer nur eine, nach Zeit und Maß sehr geringe Modifikation in der Haltung der Ober-Postamts-Zeitung zu erlangen ist. Bemerkenswerth schien mir, daß sowohl Graf Thun, wie Herr von Nostitz bei Gesprächen über dieses Thema mich auf die Nothwendigkeit verwiesen, daß Preußen zu energischen Maßregeln gegen die Presse die Hand biete.

1852 April 11.

Graf Thun ist bisher der Ansicht, daß die Nachricht von der Ernennung des Grafen Buol[1]) sich nicht bestätigen werde. Er fand die Verschwägerung mit Herrn von Meyendorff[2]) bedenklich, auch schien er von den persönlichen Mitteln des Grafen Buol keine hohe Meinung zu haben und denselben überhaupt nicht zu lieben. Die hier lebende Frau von Vrints, durch lebhafte Unterhaltungsgabe und hohes Spiel eine der Celebritäten der hiesigen Gesellschaft, ist eine andere Schwester des Grafen Buol, deren Mann eine Stelle bei der Taxisschen Post unter Herrn von Dörnberg, dem Schwager und General-Direktor des Fürsten Taxis, bekleidet. Für den Fall, daß die Ernennung des Grafen Buol sich bestätigen sollte, äußerte Graf Thun die Hoffnung, dessen Nachfolger in London zu werden, und klagte dabei lebhaft über die Arbeitslast und die sonstigen Unannehmlichkeiten seiner hiesigen Stellung; unter letztere rechnet er auch seine Beziehungen zu Frau von Vrints, die ihrerseits in einem näheren Verhältniß, als Frau von Meyendorff, zu ihrem Bruder stehen soll, und schon bestätigende Nachrichten über die Ernennung des letzteren haben will.

Durch den Grafen Thun hörte ich, daß der Minister von der Pfordten in Darmstadt lebhaft über Herrn von Bockelberg[3]) geklagt und erklärt habe, daß er außeramtlich gar nicht mehr mit demselben spreche.

Als Curiosum will ich noch anführen, daß der Fürst Gortschakoff,[4]) als er vor zwei Monaten hier anwesend war, glaubte, die vollständige Aussöhnung

1) Graf von Buol-Schauenstein, der Nachfolger des Österreichischen Minister-Präsidenten Fürsten von Schwarzenberg, damals Österreichischer Gesandter in London.

2) cf. oben S. 22, Note 1.

3) Freiherr von Bockelberg, Preußischer Gesandter in München.

4) Geheimer Rath Fürst von Gortschakoff als Gesandter und bevollmächtigter Minister am Hofe zu Stuttgart, auch am Deutschen Bunde beglaubigt. cf. auch S. 8, Note 3.

1852 April 11. zwischen Preußen und Österreich durch seinen persönlichen Einfluß vermittelt zu haben, obschon er dieses Verdienst nicht sich selbst, sondern dem Umstande zuschrieb, daß er »le faible écho de la voix de l'Empereur« sei. Das Thatsächliche ist, daß bei der Ankunft des Fürsten die Verständigung mit Österreich in den hier schwebenden Streitfragen, soweit sie überhaupt Platz gegriffen hat, bereits erfolgt war. Im Übrigen befremdete es mich, daß der Fürst die ganze Sache wesentlich durch eine Österreichische Brille sah, an dritten Orten und bei dem Grafen Thun selbst entschieden für die Österreichische Auffassung Partei nahm, auch den über das Resultat seiner Mission erstatteten Bericht vor dem Abgange dem Grafen Thun vorgelegt und nach dessen Andeutungen vervollständigt hat. Graf Thun hat dieses Faktum dem Oldenburgischen Gesandten Herrn von Eisendecher mitgetheilt.

Der ehemalige Nassauische Staatsminister von Wintzingerode[1]) beabsichtigt am Mittwoch oder Donnerstag in Berlin auf einer Reise zu seinem Bruder, der in Breslau angestellt ist, einzutreffen. Wenn Ew. Excellenz anwesend sind, wird er Ihnen ohne Zweifel seine Aufwartung machen. Auch halte ich für wahrscheinlich, daß er sich bemühen wird, in Preußen angestellt zu werden. Ich weiß zwar nicht, wieweit hierzu Aussicht ist, erlaube mir aber wenigstens Ew. Excellenz um einen freundlichen Empfang des Herrn von Wintzingerode zu bitten. Derselbe hat sich während seiner Amtsführung zu jeder Zeit als einen entschiedenen Anhänger Preußens bewiesen, und ist lediglich um dieser Ursache Willen unter Mitwirkung des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Leiningen aus seiner Stellung verdrängt worden. Außerdem wird er im Stande sein, Ew. Excellenz manche interessante Details über das Auftreten der Österreichischen Propaganda am Herzoglichen Hofe mittheilen zu können".

Postscriptum.

„Herr von Brints, der eben bei mir war, hatte noch keine direkte Nachrichten über die Ernennung seines Schwagers, betrachtet sie aber, auf Grund mehrerer aus London und Brüssel erhaltener Notizen, als gewiß. Er meint, Graf Buol werde schwerlich auf die Dauer mit Bach[2]) gehen können, dagegen werde er sich eng an Kübeck[3]) anschließen, der zum Minister-Präsidenten bestimmt sei. Die fernere Unterhaltung ließ mich entnehmen, daß eine Abneigung zwischen den Grafen Thun und Buol gegenseitig ist. Im Grunde kann ich nicht sagen, daß mir Graf Thun's Abgang von hier erfreulich scheine, so lange man nicht weiß, wer sein Nachfolger sein wird".

---

1) Präsident des Staatsministeriums, seit 11. Juni 1849.

2) Freiherr von Bach, Österreichischer Minister des Innern.

3) Geheimer Rath Carl Freiherr von Kübeck, seit Dezember 1850 Präsident des Österreichischen Reichsraths.

28. Eigenhändiger Bericht, betr. die Vertretung des Bundes auf der Londoner Conferenz für die Regelung der Thronfolge in Dänemark. Winke für die Behandlung der Mittel- und Kleinstaaten in Bezug auf die Zollvereinskrisis. Unterhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. Herr v. Radowitz. Graf v. Nesselrode. Theilnahme an den Preußischen Kammerverhandlungen. 18. April 1852.

1852 April 18.

„Ew. Excellenz geehrtes Schreiben vom 15. cr. habe ich gestern durch Expressen von Erfurt erhalten. Ich hatte um die Abschrift meines Briefes vom 6.[1]) gebeten, um etwaige Wiederholungen oder anscheinende Widersprüche in meinem officiellen Berichte zu vermeiden; bei genauerer Überlegung erinnerte ich mich indessen der Fassung des Schreibens hinreichend, um die amtliche Erledigung des Erlasses vom 4. cr.[2]) nicht länger zu verzögern, da deren Beschleunigung Ew. Excellenz erwünscht sein mußte. Ich habe mich absichtlich auf Darlegung derjenigen Gründe gegen die Vertretung des Bundes in London beschränkt, welche aus den hiesigen Personal-Verhältnissen hervorgehen. Dieselben scheinen mir hinreichend unabweislich, und ich fürchtete ihren Eindruck zu schwächen, wenn ich, auf eine allgemeine politische Beurtheilung des intendirten Schrittes eingehend, bei Sr. Majestät vielleicht die Vermuthung erweckte, meine Überzeugung von der Unzweckmäßigkeit der Maßregel wirke bestimmend auf meine Ansicht über ihre Unausführbarkeit. Ew. Excellenz wollen aus diesem Grunde die Magerkeit meines Berichts[3]) entschuldigen.

Ich freue mich, daß die Ansichten Sr. Majestät über die Zollfrage[4]) so entschieden sind, bin aber ganz der Ansicht Ew. Excellenz, daß erst im Falle zwingender Nothwendigkeit mit der Aufstellung kategorischer Alternativen vorzugehen sein möchte. Durch anerkennende Worte und gefällige Formen ist gewiß viel zu machen. In diesem Sinne wäre es zweckmäßig, wenn unsere Zeitungen mehr Vertrauen zu den Mittel- und kleinen Regierungen aussprächen, anstatt sie durch Geringschätzung und hohen Ton zu verletzen. Vielleicht könnte Ihr Herr Bruder[5]) namentlich der Kreuzzeitung in seinem und meinem Namen einen Wunsch in dieser Beziehung aussprechen. Bayern und Sachsen klagen hier gegen mich, daß ihnen durch die Haltung unserer Presse jede Annäherung erschwert werde.

Als ich dieses schrieb, kam der Herzog von Augustenburg, mich zu besuchen. Von seinen Entschließungen und von dem Dänischen Anerbieten über-

---

1) cf. oben S. 64, Note 1.

2) Über den Inhalt dieses Erlasses cf. Band I, S. 89, Note 2.

3) Herr von Bismarck deutet hier auf den in Band I, S. 93, Note 1 bezeichneten Bericht vom 15. April 1852 hin.

4) cf. oben S. 62 f.

5) cf. oben S. 33, Note 2.



1852 April 18. haupt hat er kein Wort gesprochen. Heinrich Arnim [1]) hat, solange er hier war, viel mit dem Herrn Herzog verkehrt; er soll von hier nach München gegangen und dort mit Francke, ehemaligem Statthalter in Schleswig, jetzt in Coburgischen Diensten, zusammengetroffen sein. Gagern [2]) und Jucho hat er ebenfalls viel gesehen, solange er hier war; auch verkehrte er viel in dem Hause der Frau von Günderode, [3]) bei welcher Herr von Radowitz [4]) sein Hauptquartier aufzuschlagen pflegt und Herr von Sydow, [5]) ihr Verwandter, wohnt, wenn er hier ist.

Die Reise des Herrn von Radowitz nach London hat den Leuten hier viel Kopfzerbrechen gemacht; bei seiner ersten Durchreise nahm er Frau von Reuter, die Schwiegermutter Schukoffsky's, von hier mit nach Baden.

Die Bekanntschaft des Grafen Nesselrode [6]) wird mir sehr interessant sein, und komme ich mit Vergnügen zu der Zeit nach Berlin.

Ist in der Kammer Mangel an Stimmen, so befehlen Ew. Excellenz über mich; nur bei der Berathung über Neubildung der Ersten Kammer [7]) würde ich es lieber sehen, wenn meine Geschäfte mich hier fesselten".

29. Eigenhändiger Bericht, betr. einen Wechsel in der Person des Präsidialgesandten. Hannoversche Ministerkrisis und Parteiverhältnisse. Bedeutung und Erfolglosigkeit eines Auftretens des Herrn v. Bismarck gegen die Ritterschaft in der Preußischen Kammer. Graf v. Thun. 23. April 1852.

April 23. „Ew. Excellenz werden vielleicht schon durch Herrn von Gerlach aus meinem Schreiben, welches ich heute an denselben gerichtet habe, erfahren haben, wie sehr ich besorgt bin, daß ein möglicher Wechsel in der Person des Österreichischen Bundestagsgesandten Herrn von Prokesch [8]) hierher führen könnte, wo ohne Zweifel, vermöge der eigenthümlichen Stellung der Präsidialgesandtschaft, noch schwerer mit ihm zu leben sein würde, als in Berlin. Von Graf Thun selbst und von Frau von Brints, der Schwester des Grafen Buol, [9]) weiß ich, daß das Verhältniß zwischen diesen beiden Herren, auf Grund per-

---

1) Freiherr von Arnim, Minister des Auswärtigen März 1848.

2) Heinrich Wilhelm August Freiherr von Gagern, Präsident der deutschen Nationalversammlung des Jahres 1848 und Reichsminister.

3) Freiherr von Günderode, Schöffe von Frankfurt a. M.

4) cf. oben S. 6, Note 3.

5) cf. oben S. 8, Note 2.

6) Graf von Nesselrode, Russischer Reichskanzler.

7) cf. oben S. 60, Note 4.

8) Freiherr von Prokesch-Osten, Geheimer Rath und Feldmarschall-Lieutenant, seit März 1849 Österreichischer Gesandter in Berlin.

9) cf. oben S. 67, Note 1.

sönlicher Berührungen aus früherer Zeit, ein schlechtes ist. Außerdem hat Graf Thun an den Fürsten Schwarzenberg bittere Urtheile über Herrn von Werner[1]) geschrieben, die bei dem plötzlichen Tode des Fürsten entweder in die Hände des Betheiligten selbst, oder doch in die des Grafen Buol gerathen sein werden, so daß zwischen dem die deutschen Geschäfte leitenden Herrn von Werner und Grafen Thun kein gegenseitiges Vertrauen mehr obwalten wird. Da nun gerade die hiesige Stellung mehr als jede andere für ihren Inhaber die Nothwendigkeit mit sich bringt, sich das Vertrauen seines Chefs zu bewahren, so spricht Graf Thun selbst von der Möglichkeit, daß ihm seine hiesige Stellung unhaltbar erscheinen könne. Nachdem seine Aussicht, nach London versetzt zu werden, geschwunden ist, sagte er mir, er würde aus dem Dienst scheiden, wenn nicht Familienverhältnisse ihm den Aufenthalt zu Hause verleideten. Sollten Ew. Excellenz gelegentlich von der Intention des Kaiserlichen Cabinets hören, hier eine Änderung eintreten zu lassen, so wende ich mich an Ihr Wohlwollen mit der Bitte, mich nach Kräften vor dem Herrn von Prokesch zu schützen; Graf Rechberg[2]) wäre nach Allem, was ich höre, dem entschieden vorzuziehen, als ein zwar leidenschaftlicher, aber gerader und ehrliebender Mann. Lieber als Beide behalte ich Thun, trotz mancher Wunderlichkeiten.

1852 April 23.

Herr von Bothmer[3]) schilderte mir heute, wie in Hannover durch Gerüchte und Preußische Blätter die Ansicht genährt werde, als ob unsere Regierung, aus Besorgniß vor Österreichischer Tendenz der Ritterschaft, letztere fallen lasse und ultraliberale Tendenzen begünstige, auch der Entwickelung der letzten Ministerkrisis die jetzige Richtung[4]) gegeben habe. Ich versicherte ihn, daß dergleichen ganz aus der Luft gegriffen sei, und die Königliche Regierung sich weiter nicht bei der Sache betheiligt habe, als durch Darlegung ihres Vertrauens auf die Person des Herrn von Schele.[5]) Das letztere Gefühl theilt auch Herr von Bothmer, er fürchtet aber, mit manchen seiner Parteigenossen, daß Schele weiter werde gedrängt werden, als er jetzt zu gehen gedenke, und so auf einen Punkt gelangen werde, wo der innere Widerspruch ihn zu plötzlichem Austritt bewegen müsse; dann folge wieder der Stüve'sche[6]) Radikalis-

---

1) cf. oben S. 65, Note 3.

2) Johann Bernhard Graf von Rechberg und Rothenlöwen, geboren 17. Juli 1806, bei der Ernennung Schmerling's zum Österreichischen Minister im Juli 1848 zu dessen Nachfolger als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt ernannt; 1851 erhielt er die Stelle eines Österreichischen Internuntius in Constantinopel, 1853 wurde er dem Feldmarschall Radetzki für die Civil-Angelegenheiten des lombardisch-venetianischen Königreichs ad latus beigegeben; später (1855) Bundes-Präsidialgesandter in Frankfurt a. M.

3) von Bothmer, Staatsrath, Hannoverscher Bundestagsgesandter.

4) cf. oben S. 61 f.

5) cf. oben S. 7, Note 1.

6) cf. oben S. 62, Note 2.

1852 April 23.

mus, aus dessen Händen die Zügel der gewaltsamen Reaction anheimfallen würden. Abgesehen davon, ob gerade diese Reihenfolge eintritt, glaube ich doch, daß entweder durch Schele oder nach ihm die ritterschaftliche Partei entweder an's Ruder oder zu entscheidendem Einfluß nach einiger Zeit gelangen wird, und daß es nützlich für Preußen ist, wenn durch die Presse und sonstige Wege dahin gewirkt wird, daß diese Partei sich nicht daran gewöhnt, uns als Gegner und Österreich und den Bundestag als einzigen Ankergrund für ihr Schiff zu betrachten. Auch Herrn von Schele selbst bereitet es Schwierigkeiten in der Verfolgung des von ihm eingeschlagenen Weges, wenn es den Anschein hat, als glaubten wir ihm zu helfen, indem wir die Ritterschaften angreifen. Ich weiß, daß letzteres nicht der Fall ist, aber es wäre meines Erachtens nicht ohne Nutzen, wenn durch die Presse und durch Äußerungen des Grafen Nostitz [1]) gegenüber den Mitgliedern jener Partei und anderen geeigneten Personen der falschen Auffassung entgegengetreten würde, als ob Preußen die Hannoversche Ritterschaft als Österreichische Partei betrachte und ihr deshalb den Krieg mache.

Die telegraphische Mittheilung über die morgen in der Zweiten Kammer stattfindende Verhandlung erhielt ich gestern Abend, so daß ich, wenn ich mit der nächsten Gelegenheit hätte abreisen wollen, um den Wünschen Sr. Majestät in dieser Sache zu entsprechen, doch erst morgen Abend eingetroffen sein würde. Aber selbst wenn ich da wäre, und die Zahl der für die Auffassung unseres Allergnädigsten Herrn Stimmenden um Einen oder Einige vermehrte, so würde dieser Vortheil den Nachtheil nicht aufwiegen, der für die Regierung und namentlich für die Krone im engeren Sinne aus der Decomposition unserer Partei hervorgehen würde. Wenn ich mich öffentlich durch ein Votum oder gar durch eine Rede gegen die Ritterschaft von dieser lossagte, so würde das gerade in dem entschlossensten und innersten Theile unserer Partei einen unheilbaren Spalt lassen, und ich würde das verlorene Vertrauen meiner politischen Stützen in der Kammer und im Lande so leicht nicht wieder gewinnen. Daß die Stellung, in welche unsere Ritterschaft in dieser Sache gerathen ist, eine schiefe und mehr durch Parteiumtriebe, als durch sachliche Gründe herbeigeführt ist, habe ich Sr. Majestät wiederholt erklärt; will man aber als Mitglied einer Partei Einfluß behalten, oder es auch nur bleiben, so darf man sich auch von den Thorheiten seiner Partei nicht feindselig lossagen, wenn man sie nicht sich unterwerfen kann. Für eine Thorheit halte ich es, in Preußen eine conservative Adelsopposition im Widerspiel gegen die Krone zu machen. Dazu sitzt uns der Absolutismus zu sehr in succo et sanguine, und eine Entfremdung zwischen Krone und Ritterschaft kann nur dahin führen, die Schreiber- und

---

1) cf. oben S. 51, Note 1.

Gendarmen-Herrschaft nomine regis als einzigen Ausgangspunkt übrig zu lassen. Wenn ich aber im vorliegenden Fall mich, wie Se. Majestät es auffaßt, gegen die verfehlte Richtung meiner Standesgenossen in die Bresche werfen wollte, so würde ich keinen anderen Erfolg haben, als daß diese mit aufrichtigem Bedauern in mir für alle Zukunft einen durch Amt und Würde erkauften Überläufer in das Lager serviler Büreaukratie erblickten, und der augenblicklich durch mich Sr. Majestät erwiesene Dienst würde, wie ich glaube, sehr viel geringer sein, als meine Einbuße an Fähigkeit, dem König ferner Dienste zu leisten. Diese Erste-Kammer-Sache geht, das bin ich überzeugt, schließlich doch in das Geleise, in welches Se. Majestät sie haben will, mag es auf den jetzigen Wurf gelingen oder nicht.

1852 April 23.

Morgen früh habe ich mit Graf Thun eine Schnepfenjagd, auf der er mir wohl sein Herz ausschütten wird".

30. Eigenhändiger Bericht, betr. die außerordentliche Sendung des Herrn v. Bismarck nach Wien: Besuch bei dem Grafen v. Arnim. Schwierigkeit einer Audienz bei der Erzherzogin Sophie. Unterredung mit dem Grafen v. Buol über die Zollkrisis und die Zollunion. Hintertreibung eines Empfanges des Herrn v. Bismarck am Kaiserlichen Hoflager durch den Grafen v. Buol. Frau v. Meyendorff. Preis- und Münzverhältnisse in Wien. Erndte-Aussichten. Besuch bei dem Fürsten v. Metternich und Begegnung mit dem Grafen v. Rechberg. Verhalten des Grafen v. Buol bei einer wiederholten Begegnung. Fürst v. Schwarzenberg. Die Fürstinnen v. Schönburg und v. Bretzenheim. Unterredung mit dem Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz. Die Träger der Preußenfeindlichen Richtung in Wien.
Wien, 10. und 11. Juni 1852.

„Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich vorgestern Abend hier eingetroffen bin.[1]) Ich begab mich unmittelbar nach meiner Ankunft zum Grafen Arnim[2]) und überreichte ihm die an ihn gerichteten Depeschen. Er war schon im Bett und glaubte, daß ich als Reisender käme; die Nachricht, daß ich zu seiner Vertretung geschickt sei, überraschte ihn und er fand das Arrangement ungewöhnlich, um so mehr, da nichts hier zu thun sei.

1852 Juni 10.

Ich hatte die Absicht, auch mit dem von mir überbrachten Schreiben J.

---

1) Vergl. auch die Band I, S. 102ff. abgedruckten Berichte des Herrn von Bismarck über seine außerordentliche Sendung nach Wien.

2) Graf von Arnim-Heinrichsdorff, außerordentlicher Gesandter Preußens am Wiener Hofe (beglaubigt 6. Mai 1851). Herr von Bismarck wurde nach Wien entsandt, um den Grafen Arnim während eines ihm gewährten sechswöchentlichen Urlaubs zu vertreten. cf. Band I, S. 102.

1852 Juni 10. M. der Königin an J. K. H. die Erzherzogin Sophie in Schönbrunn[1]) mich zu melden, um dort zu erfahren, ob und wie es thunlich sei, daß ich Sr. M. dem Kaiser nach Ungarn folge und dort vorgestellt würde, um, wenn nicht meine Creditive, doch das eigenhändige Schreiben Sr. M. des Königs zu überbringen. Diesen Weg gestattet indessen die hiesige Hofsitte nicht, wie mir Graf Arnim wiederholt und bestimmt erklärte, und Graf Buol[2]) bei meiner Unterredung gestern Morgen bestätigte. Von beiden Seiten wurde mir gesagt, daß die Beschaffung einer Audienz bei der Frau Erzherzogin, bei der zeitigen Abwesenheit der obersten Hofchargen, zwei bis drei Tage Zeit erfordern werde. Ich habe daher den mir als vorschriftsmäßig bezeichneten Weg einschlagen müssen, wonach das Schreiben J. M. der Königin durch den Grafen Arnim an das Hofmarschall-Amt übermittelt worden ist, und ich weitere Befehle der Frau Erzherzogin zu gewärtigen habe.

Graf Buol empfängt fremde Gesandten nur an drei Tagen in der Woche von 2 bis 4 Uhr. Da glücklicher Weise gestern ein solcher Tag war, so fuhr Graf Arnim mit mir zu ihm. Die Erzählungen von dem steifen und boutonnirten Wesen dieses Ministers habe ich nicht bestätigt gefunden; seine Haltung ist ruhig und besonnen, aber freundlich mit einem Anschein von Gradheit. Er schien etwas empfindlich darüber, daß er von meiner Sendung hierher keine vorgängige Kenntniß gehabt hatte. Nachdem er Ew. Excellenz eigenhändiges Schreiben gelesen und ich ihm den ungefähren Inhalt unserer jüngsten Zollconferenzen[3]) mitgetheilt, auch das Schriftstück zur demnächstigen Einsicht abgegeben hatte, sprach er sich etwa in folgender Art aus: Das Aufhören der bisherigen volkswirthschaftlichen Isolirung Österreichs liege eben so sehr in Deutschlands wie im eigenen (Österreichischen) Interesse; Österreich habe gethan, was in seinen Kräften stehe, um einen besseren Zustand herbeizuführen; der wichtigste seiner Bundesgenossen weigere sich, die dargebotene Hand anzunehmen, für Österreich bleibe danach nichts übrig, als nunmehr ruhig abzuwarten, daß man von unserer Seite den Augenblick für gekommen erkläre, wo Preußen bereit sei, auf die Anträge Österreichs einzugehen; bis dahin werde die Haltung des hiesigen Cabinets eine passiv abwartende sein. Das aber könne man von Österreich nicht verlangen, daß es denjenigen deutschen Staaten, welche Österreichs Wünschen entgegengekommen seien und die Zollunion mit Österreich für vortheilhaft und für nothwendig hielten, nunmehr den Rath ertheilen solle, von dem Verlangen nach einer Unterhandlung über diese Frage Preußen

1) Friederike Sophie Dorothea, geboren 27. Januar 1805, des verstorbenen Königs Maximilian Joseph von Bayern Tochter, vermählt 4. November 1824 mit Erzherzog Franz Carl Joseph, dem Vater des Kaisers Franz Joseph I (Schwester der Königin Elisabeth von Preußen).

2) cf. oben S 67, Note 1.

3) cf. oben S. 62 f.

gegenüber zurückzustehen. Die Verhandlungen zwischen uns und unseren Zollverbündeten berührten Österreich nicht, und wir müßten zusehen, wie wir uns mit ihnen einigten. Ich erwiderte, daß ich durch das Gehörte nur die Überzeugung bestätigt fände, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und Wien, bei näherer Besprechung der Ansicht hier und dort, gar nicht so erheblich sei, als man gewöhnlich annähme, denn eine Haltung des hiesigen Cabinets, wie die von dem Grafen angedeutete, sei unseren Wünschen und Interessen vollkommen entsprechend und nur zu wünschen, daß die Staaten der Darmstädter Coalition[2]) sich keinen Täuschungen über die Stellung Österreichs hingäben, da sie, wenn sie der Neutralität der Stellung Österreichs gewiß wären, ohne Zweifel nur ihre Interessen zu Rathe ziehen, die Reconstruktion des Zollvereins beschleunigen und uns dadurch in die Möglichkeit setzen würden, dem Wiener Cabinet die Aufrichtigkeit unseres Strebens nach einer handelspolitischen Annäherung zu bethätigen. Preußen könne in dieser Frage lediglich seinen volkswirthschaftlichen und finanziellen Vortheil zu Rathe ziehen; dieser bedinge einen Zollverein mit dem Südwesten durchaus nicht, und der Erhaltung desselben Opfer zu bringen hätten wir keinen Beruf. Wir erwarteten eine ganz freie, aber nach Möglichkeit beschleunigte Entschließung unserer bisherigen Verbündeten, um recht bald demnächst unsere Beziehungen zu Österreich und unsere eigenen Einrichtungen reguliren zu können. Diese Themata wurden von beiden Seiten wiederholt und variirt. Der Gesammteindruck blieb mir, daß man eine so bestimmte Ablehnung der Vorschläge in der Zollconferenz hier nicht erwartet hatte. Gleich darauf hat Graf Buol eine Besprechung mit den übrigen Ministern gehabt, und Graf Platen,[2]) der mit ihm gegessen, sagte mir später, daß er ungewöhnlich verstimmt gewesen und über die schlechten Neuigkeiten geklagt habe, die ich mitgebracht.

1852 Juni 10.

Mein Wunsch war, nach dieser Einführung bei Graf Buol und Überreichung der Abschrift meiner Creditive, mit dem Nachtzuge nach Pest zu gehen, um dem Kaiser das eigenhändige Schreiben Sr. M. des Königs zu überbringen. Graf Buol sagte, er werde darüber ungesäumt die Befehle Sr. M. des Kaisers einholen und könne mir nur rathen, dieselben hier abzuwarten, da ich erst am anderen Tage (heute) in Pest ankommen, wegen des Zusammenströmens der Ungarn zu der Kaiserlichen (Frohnleichnams-) Procession kein Unterkommen, auch an dem Tage schwerlich Gelegenheit finden werde, mich dem Kaiser zu nähern, zumal fraglich sei, ob Se. Majestät ohne Anwesenheit des Ministers mich empfangen werde, da meine amtliche Eigenschaft doch schon unter der Hand — durch Gräfin Ugarte[3]) wie ich höre — am Hofe gemeldet sei.

1) cf. Band I, S. 89, Note 1.
2) cf. oben S. 46, Note 4.
3) Elisabeth Caroline Louise, älteste Tochter des Freiherrn von Rochow, Preußischen Gesandten in St. Petersburg, vermählt mit Joseph Graf von Ugarte, K. K. Kämmerer und (bis 1849) Österreichischer Gesandter in Stuttgart.



1852 Juni 10. Am Freitag (morgen) reise Se. Majestät ganz früh nach den Cantonnements der Truppen auf mehrere Tage in's Land und die Reiseroute sei dem Ministerium ganz unbekannt. Aus Allem ging hervor, daß Graf Buol nicht wünscht, daß ich ohne ihn und ohne Vorbereitung mit Sr. M. dem Kaiser in Berührung komme. Dies wird mir von befreundeter Seite mit dem Zusatz bestätigt, daß der neue Minister sich noch sehr wenig vertraut mit den Geschäften fühle, und bei der täglich zunehmenden selbständigen Entschiedenheit des Kaisers ängstlich sei, sowohl in Fassung von Entschließungen ohne vorherige Billigung Sr. Majestät, als auch in Überwachung des Verkehrs Anderer mit Höchstdemselben. Ich hatte gehofft, daß der Brief J. M. der Königin mich in den Stand setzen würde, durch Vermittelung der Frau Erzherzogin Sophie diese Schwierigkeiten zu heben, aber wie gesagt, habe ich nicht zu J. K. Hoheit gelangen können. Meine ganze Sendung ist ein sehr entgegenkommender Schritt von unserer Seite und wird von den hiesigen Blättern als solcher behandelt und ausgebeutet; ich habe deshalb geglaubt, jede Demarche vermeiden zu müssen, die als ein verfehlter Versuch, mich Sr. Majestät oder der Frau Erzherzogin zu nähern, gedeutet werden könnte, und diese Betrachtung hat mich abgehalten, von Hause aus den kürzesten Weg zu ergreifen, und ohne Rücksicht auf Buol, lediglich als Überbringer eines Briefes unseres Allergnädigsten Herrn an Se. M. den Kaiser nach Ungarn zu gehen und Letzteren aufzusuchen. Die Aufforderung, dieses Schreiben durch das Ministerium befördern zu lassen, lehnte ich mit der Angabe ab, daß ich den Befehl hätte, das Allerhöchste Schreiben selbst zu überbringen. Es ist demnach noch in meinen Händen, worüber ich Ew. Excellenz bitte, mich bei unserem Allergnädigsten Herrn nöthigenfalls auf Grund der vorstehenden, deshalb etwas weitläufigen Darstellung rechtfertigen zu wollen. Der Besuch bei Graf Buol endete mit einer Einladung auf morgen Mittag, einem freundlichen Händedruck und dem Ausdruck der Hoffnung auf volle Verständigung.

Ich sah dann Frau von Meyendorff,[1]) die eben Reconvalescentin von einem Fieber ist, mich sehr ausfragte, sich zu meiner Verwunderung unfreundlich über Graf Arnim äußerte und nicht begreifen zu können erklärte, warum wir Rochow nicht hierher schickten, und was wir eigentlich gegen Prokesch hätten, der sich 1850 sehr versöhnlich gezeigt habe, trotz angeborner Heftigkeit. Sie wollte mir eine Audienz bei der Frau Erzherzogin vermitteln, besann sich aber nachher, daß sie ihrem Bruder nicht „ins Gehäge kommen" dürfe. Sie bezahlt für $1\frac{1}{2}$ Etagen, etwa von der Größe wie Ew. Excellenz Wohnung, 11 100 Fl. C. Miethe.

Überhaupt sind die Valuta-Verhältnisse hier der Vorwand zu maßlosen

1) Die Frau des Russischen Gesandten in Wien, eine Schwester des Minister-Präsidenten Grafen Buol.

Preissteigerungen aller Gegenstände geworden. Der Conventionsgulden in Papier hat fast direkt die Stelle des Fl. W. W. eingenommen. Preußisches Geld wird man nicht so gut los, als ich glaubte, namentlich Gold nicht. Silber habe ich noch gar nicht gesehen, außer in meiner Börse; man nimmt aber die schmutzigen Sechskreuzer-Zettel überall willig. 1852 Juni 10.

Die Erndte hier in Niederösterreich, sowie in den Theilen von Mähren und Böhmen, die ich sah, wird im Ganzen schlecht. Viele Felder sind wegen Mangel an Regen schon gelblich und vor der Reife verdorrt, ebenso der Rasen; man will mir kaum glauben, daß es bei uns fast zu naß ist.

Juni 11. Vorgestern Abend war ich bei dem Fürsten Metternich;[1]) seine Geistesfrische, sowie Gesicht und Gehör haben seit vorigem Sommer sehr abgenommen, wenn er nicht am Morgen anders ist als am Abend. Was er außer Erzählungen aus der Vergangenheit spricht, hat nicht immer Zusammenhang und verständlichen Schluß. Graf Rechberg[2]) lernte ich dort kennen; ich hatte ihn anders gedacht; seine brillentragende Erscheinung hält etwa die Mitte zwischen Robert Goltz[3]) und dem Hofdrucker Decker, und er sieht mehr wie ein Kammergerichtsrath aus, als wie ein Diplomat und Graf Rechberg. Er war sehr entgegenkommend und mittheilend für mich, und gefällt mir sonst gut; aber auch er glaubt, der Deutsche Bund würde durch eine officielle Adoption der schwarzrothgoldenen Farbe Kräfte gewinnen und solche der Demokratie entziehen. Er geht nicht nach Constantinopel, weil man sich geweigert hat, ihm das dortige corrumpirte Subalternpersonal — Testa[4]) 2c. — zu opfern.

Auf dem Diner bei Lord Westmoreland[5]) sah ich gestern den Grafen Buol. Er hatte offenbar noch keine genügende Antwort von Pest, obschon der Telegraph in drei Stunden communicirt, denn er war in sichtlicher Verlegenheit, was er mit mir sprechen sollte, und schwankte zwischen Ausweichen und Annähern, bis er im Augenblicke der Trennung entschieden auf mich zuging und mich fragte, ob ich schon einmal in Wien gewesen sei. Gewiß ist es Verlegenheit und Unentschlossenheit, was ihn in den Ruf abstoßender und anglomaner Steifheit gebracht hat. Eigenthümlich finde ich, daß er mit keiner Silbe davon spricht, ob und welche Schritte er gethan hat, um die Befehle des Kaisers über mich einzuholen, und daß er nach zwei Tagen meinen officiellen Antrittsbesuch noch nicht erwidert hat. Fürst Schwarzenberg hat, wie ich höre, den Gesandten niemals Gegenbesuche gemacht.

---

1) Fürst von Metternich, vom Mai 1821 bis März 1848 Österreichischer Haus-, Hof- und Staatskanzler.

2) cf. oben S. 71, Note 2.

3) Robert Heinrich Ludwig Graf von der Goltz, geboren 6. Juni 1817, damals (1852) Preußischer Legationsrath, später Gesandter am Französischen Hofe.

4) Heinrich Freiherr von Testa, K. K. Agent und Generalconsul für die Moldau.

5) Graf von Westmoreland, Geheimer Rath, Großbritannischer Gesandter in Wien.

1852 Juni 11. Gestern Abend habe ich in den Fürstinnen von Schönburg und Bretzenheim zwei überraschend liebenswürdige Schwestern des verstorbenen Fürsten Schwarzenberg im Hause der Ersteren kennen gelernt. Ebenso den Feldmarschall Fürst Windischgrätz, der mich gleich bei seinem Eintritte auf den ganzen Abend in Beschlag nahm, sich mit Bitterkeit über die amtliche Revolutionirung des Landes durch die Gesetzgebung und über die Unmöglichkeit eines Systems aussprach, welches sich nur auf Soldaten und Beamte von meistens wenig Bildung und Moral stützen wolle. Mit der größten Anerkennung und Freundschaft sprach er über alles Preußische. Letzteres soll auch die Stimmung der höheren Militairs in der Nähe des Kaisers sein, der Generale Graf Grünne,[1]) Degenfeld,[2]) Heß[3]) und Anderer.

Als Träger der feindlichen Richtung gegen uns, besonders auf dem handelspolitischen Gebiete, bezeichnet man mir die vom verstorbenen Premier-Minister gehobene „Juden-Clique" — Bach,[4]) Hock[5]) und Zeitungsschreiber, obschon Bach kein Jude ist. Um so wünschenswerther wäre es mir, Bekanntschaften in der militairischen Welt, die den Kaiser umgiebt, anzuknüpfen. Die Unbekanntschaft des Grafen Buol mit dem Lande und den Geschäften, von der ich allgemein höre, trägt dazu bei, den Einfluß des Schwarzenbergschen Nachlasses aufrecht zu erhalten. — Ich schließe hier, weil sich gerade eine Gelegenheit zur Beförderung bietet".

31. Eigenhändiger Bericht, betr. den Aufschub eines Empfanges des Herrn v. Bismarck durch den Kaiser von Österreich. Aussichten über das Ergebniß der Mission in Bezug auf die Zollfrage. Empfang des Kaisers von Österreich in Pest und fernere Reisedispositionen Desselben. Ansichten des Grafen v. Platen über die Österreichische Zollpolitik. Zeitungsnachrichten über Herrn v. Bismarck's Mission. Frau v. Meyendorff. Damen-Diplomatie in Wien. Frhr. v. Manteuffel. Herr v. Linden. Wien, 12. Juni 1852.

Juni 12. „Ein Aufschub in der Reise des Überbringers gestattet mir noch eine Nachschrift zu meinem Briefe von gestern.[6]) Graf Buol theilte mir, als ich gestern bei ihm zu Tisch war, eine vom gestrigen Tage um 2 Uhr Mittags aus Ofen datirte telegraphische Depesche des Grafen Grünne mit, etwa des In-

---

1) Graf von Grünne, Feldmarschall-Lieutenant, Erster General-Adjutant des Kaisers.

2) Graf von Degenfeld-Schonburg, Feldmarschall-Lieutenant, Chef der Armee-Organisation und Inspekteur aller Militair-Bildungsanstalten.

3) Freiherr von Heß, Feldzeugmeister, Chef des Generalstabes.

4) Dr. Bach, Minister des Innern (seit 28. Juli 1849).

5) cf. oben S. 52, Note 1.

6) cf. die vorhergehende Urkunde.

halts, daß Se. M. der Kaiser, im Begriff Ofen zu verlassen, mich dort nicht mehr empfangen könne und Graf Buol den Brief Sr. M. des Königs annehmen und befördern solle. Da der Telegraph von Ofen-Pest nur Eine Stunde Zeit braucht, ich aber den Grafen Buol schon am 9. Vormittags um die Erlaubniß gebeten hatte, das Allerhöchste Schreiben an Se. M. den Kaiser überbringen zu dürfen, so fand ich in dem jenseitigen Verfahren nicht denjenigen Grad von Empressement, ein Schreiben unseres Allergnädigsten Herrn in Empfang zu nehmen, den wir unter den gegenwärtigen Umständen, nachdem wir den ersten Schritt zur Beseitigung der vorhandenen Spannung gethan haben, erwarten durften. Es gehen täglich drei Züge nach Ungarn und in weniger als zehn Stunden ist man in Pest, es war also reichliche Gelegenheit, die Sache einzurichten, oder doch Veranlassung zu einer entschuldigenden Bemerkung, wenn man es nicht that. Ich sagte mit Rücksicht auf diese Umstände dem Grafen, daß ich von Sr. Majestät den Befehl hätte, das Schreiben selbst zu überbringen, und, wenn das nicht anginge, die Befehle des Königs in dieser Beziehung erbitten werde; ich bat dabei zu entschuldigen, wenn meine Neuheit in dergleichen Geschäften mich vielleicht buchstäblicher an einem erhaltenen Befehle hängen lasse, als in den Absichten Sr. M. des Königs gelegen haben möge. Ich bin dabei lediglich von dem Wunsche geleitet worden, daß von uns nicht größere Hast an den Tag gelegt werde, als von jener Seite, zumal die Thatsache meiner Sendung und des Überbringens besonderer Schreiben hier ohnehin so gedeutet zu werden scheint, als ob nicht höhere politische Zwecke und bundesfreundliche Gesinnung, sondern eine drängende Besorgniß vor dem Resultat unserer Zollverhandlungen [1]) uns die gesuchte Verständigung zum Bedürfniß machte. Wie sehr man die Dringlichkeit dieses Bedürfnisses für uns überschätzt, hat mir gestern eine lange Unterhaltung mit Herrn von Linden [2]) bewiesen, der zu glauben vorgiebt, daß wir revolutionäre Regungen zu fürchten hätten, wenn wir den Zollverein nicht erneuerten. Im Übrigen würde ich es für unverfänglich gehalten haben, dem Grafen Buol das Schreiben auszuhändigen, und war meine Absicht, damit nur solange zu warten, als zu der Annahme nöthig ist, daß ich nach Berlin geschrieben habe, und durch das Nichteingehen einer telegraphischen Depesche verständigt worden sei.

1852 Juni 12.

Ich glaube nicht, daß meine Mission hier ein positives Resultat in Bezug auf die Zollfrage bringen wird; der Eindruck, den ich davon auf unsere anderen Verbündeten erwarte, ist der, daß wir in jeder Art bemüht gewesen sind, das, was wir thun mußten, in bundesfreundlicher Weise zu thun, der Mangel an eingehendem Verhalten aber auf Seite Österreichs gewesen sei. In der

1) cf. oben S. 62 f.

2) de Peule Freiherr von Linden, Staatsrath, Württembergischer Gesandter in Wien.

1852 Juni 12. Richtung finde ich auch die Zeitungsente von einer meiner Abreise vorhergehenden Conferenz mit Prokesch nützlich.

Se. M. der Kaiser soll in Pest die Alt-Conservativen kalt empfangen haben; er hat deutsch und wenig mit ihnen gesprochen, mit dem Volk aber ungarisch. Seine Anrede und sein gutes Reiten haben unter einem Sturm von Eljen ein begeistertes Durchbrechen der für die Zuschauer gezogenen Schranken zur Folge gehabt. Der Kaiser wird am 23. in Ofen erwartet, und vor dem werde ich ihn vermuthlich nicht sehen.

Graf Platen [1]) sagt mir, er sei angewiesen, nach allen Kräften dahin zu wirken, daß Österreich die Hand biete zur Erhaltung und baldigen Reconstruktion des Zollvereins. Er meint schon bei Gelegenheit der hiesigen Zollconferenzen die Gewißheit erhalten zu haben, daß Österreich nicht darauf bestehen werde, einen bestimmten Termin zum Eintritte der gewünschten Zollunion genannt zu sehen. Die kleinen Staaten hätten dieses Zugeständniß zur Erleichterung des Preußischen Beitrittes durchgesetzt, und man werde zufrieden sein, wenn man einen Vertrag in der Richtung und mit dem eingestandenen Ziel einer „Union zu gelegener Zeit" erreicht. Das wird wohl richtig sein, mit der Richtung könnten wir uns befreunden, mit der officiellen Bezeichnung der Union als Ziel vielleicht weniger.

Der Lloyd thut mir die unverdiente Ehre an, meine Sendung mit der von Ew. Excellenz nach Olmütz zu vergleichen.

Frau von Meyendorff [2]) hat mich heute zu einem Diner tête-à-tête eingeladen, wo ich nähere Bekanntschaft mit ihren diplomatischen Talenten machen werde. Die Damen-Diplomatie scheint hier überhaupt mehr als bei uns im Schwunge geblieben zu sein. Auch Frau von Linden (Württemberg — geb. Hügel —) hat mir Proben davon gegeben, und wünscht heute Abend die Verhandlungen fortzusetzen.

Ich sehe aus den Zeitungen, daß Ew. Excellenz heute und morgen in Breslau sind, und da die Abreise des Mr. N. auch heute nicht ganz sicher ist, so will ich dies lieber durch meinen Diener nach Oderberg schicken, damit es vielleicht morgen noch zu Ihnen gelangt.

Herr von Linden verläßt mich eben; die Herbeiführung einer Verständigung liegt auch ihm sehr am Herzen".

---

1) cf. oben S. 46, Note 4.
2) cf. oben S. 76, Note 1.

32. Eigenhändiger Bericht, betr. die Aushändigung des Königlichen Handschreibens an den Kaiser von Österreich. Anschluß Oldenburgs an Preußen in der Zollfrage. Hannoversche Vorschläge für die Reconstruktion des Zollvereins. Unterredung mit Frhr. v. Kübeck. Promemoria Klindworth's. Rheinbund-Velleitäten. Besuch bei dem Grafen v. Buol. Bundespreßsache. Liquidationswesen am Bunde. Obercommando über die Bundestruppen in Frankfurt a. M. Vorstellung bei dem Kaiser Franz Joseph. Urlaub an Herrn v. Werthern. Wunsch bezüglich der Rückkehr nach Frankfurt a. M. Auslassungen der Wiener Gesellschaft. Die Minister Frhr. v. Bach und v. Krauß. Der Kaiser Franz Joseph. Wien, 18. und 19. Juni 1852.

1852 Juni 18.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 14. habe ich vorgestern durch den Überbringer dieses richtig erhalten. Ich würde von Hause aus kein Bedenken getragen haben, den diesseitigen Wünschen in Bezug auf die Aushändigung des Schreibens Sr. M. des Königs zu genügen, wenn nicht ein gewisser Mangel an Entgegenkommen mich genöthigt hätte, auch meinerseits jeden Anschein von Empressement zu vermeiden, und ich zweifle nicht, daß ich in Ew. Excellenz Sinne gehandelt habe, wenn ich, auch ohne Eingang fernerer Weisungen abzuwarten, das Allerhöchste Schreiben nach Verlauf einiger Tage ausgeliefert habe.

Die Nachricht von dem unbedingten Anschlusse Oldenburgs [1]) ist natürlich im Lager unserer Gegner mit großem Mißbehagen aufgenommen worden. Graf Platen versicherte mit großer Aufrichtigkeit, daß ich ihm durch diese Mittheilung sein Diner verdorben hätte, setzte aber hinzu, daß auch ohnedies ein Rücktritt Hannovers unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich gewesen sei; jetzt fehle jeder Vorwand, die Möglichkeit desselben auch nur zu behaupten; um so eifriger müsse Hannover daran arbeiten, die übrigen deutschen Staaten bei dem Zollverein zu erhalten. Er glaubt, daß letzteres, als dem Interesse Preußens doch auch entsprechend, unter folgenden Bedingungen leicht zu erreichen sei: Sobald ich die vertrauliche Versicherung gäbe, daß Preußen ein solches Anerbieten nicht ablehnen werde, würden die süddeutschen Staaten Österreich zu dem Vorschlage bewegen, daß der ganze Zollverein auf Grund des September-Vertrages [2]) sofort en bloc, und vorbehaltlich der Revision reconstruirt werden solle, wenn Preußen verspreche, den Handelsvertrag lit. A. [3]) mit Aus-

1) scil. an Preußen in der Zollfrage.

2) cf. oben S. 41, Note 1.

3) Wie bereits in einer Note zu Urkunde 76 in Band I erläutert, legte die Österreichische Regierung auf den in Wien am 4. Januar 1852 eröffneten Zollconferenzen die Entwürfe von zwei Verträgen vor: A. eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Österreich, B. eines bereits die spätere Zolleinigung aussprechenden Vertrages. Am 20. April 1852 hatte in Wien unter Berücksichtigung der Darmstädter Vereinbarungen die Feststellung des Schlußprotokolls mit den beiden Entwürfen A und B stattgefunden.

1852 Juni 18. nahme von Artikel 4, unmittelbar nachher abzuschließen, und zur Verhandlung darüber Zollconferenzen mit Zuziehung eines Österreichischen Vertreters zu berufen. Dabei würde man bereit sein, außer Artikel 4, der pure zu streichen, auch diejenigen Artikel (1, 23 2c.), welche der Zollunion gedenken, dahin zu modificiren, daß die Zollunion nicht als etwas Abgemachtes, mit einem bestimmten Zeitpunkt gewiß Eintretendes, sondern nur im Allgemeinen als das Ziel bezeichnet werde, zu dessen Erstrebung man den Handelsvertrag schließe. Auch werde es dabei thunlich sein, den Eintritt der lediglich principiell als „vorschwebendes“ Ziel anzuerkennenden Zollunion von Bedingungen in Betreff der Österreichischen Valuta- und Douane-Verhältnisse abhängig zu machen, vermöge deren Preußen die Freiheit bleibe, zu bestreiten oder einzuräumen, daß diese Bedingungen erfüllt, und demgemäß der Zeitpunkt, wo man der Zollunion näher zu treten habe, gekommen sei. Es komme nur darauf an, daß Preußen das in seinen früheren Zollverträgen aufgestellte Princip einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelseinigung auch ferner aufrecht erhalte, nicht aber fallen lasse, sobald es sich nur noch um Österreich handele. Graf Platen ist überzeugt, daß die süddeutschen Staaten, wenn sie annehmen dürften, daß vorstehendes Arrangement bei uns auf günstige Aufnahme rechnen dürfe, gedrängt von der Furcht vor Lösung des Zollvereins, entweder Österreichs Einwilligung erlangen, oder die Verbindung mit letzterem zu unseren Gunsten lösen würden. Ich habe dem Grafen Platen auf die wiederholten und dringenden Auseinandersetzungen in obigem Sinne erwidert, daß es nicht in unserer Absicht liege, eine principielle Anerkennung der Zollunion, wäre die Verbindlichkeit, sie ins Leben zu führen, auch noch so unbestimmt angedeutet, schon jetzt, und bevor ein Handelsvertrag uns mehrjährige Erfahrungen über die praktischen Folgen einer Annäherung geliefert haben würde, auszusprechen; wir wollen die Frage solange ganz als res integra erhalten wissen. Meiner Ansicht nach müssen wir auch daran festhalten, und würden wir die Erklärungen, welche ich, nach meinem Berichte vom 15.,[1]) dem Grafen Buol gegenüber abgegeben habe, fortwährend die äußersten rathsamen Grenzen unseres Entgegenkommens bilden, wenn Ew. Excellenz mir nicht fernere Weisungen ertheilen.

Ich habe den Courier einen Tag länger aufgehalten, um noch von einer Unterredung mit dem Baron Kübeck[2]) schreiben zu können, die sich erst heute machen ließ. Ich habe in ihm bei Weitem den für uns wohlwollendsten und versöhnlichsten Staatsmann gefunden, den ich bisher unter den Österreichern kennen gelernt habe. Ich habe ihm lediglich meine Unterredung mit Graf Buol historisch mitgetheilt; er schien einigermaßen überrascht, daß dieser Minister sich alles entgegenkommenden Eingehens enthalten habe. Er fragte

1) cf. Band I, S. 103 ff.
2) cf. oben S. 68, Note 3.

1852 Juni 18.

mich, ob wir wohl bei einem Handelsvertrage erklären würden, daß wir principiell „nicht gegen“ die Zollunion seien; ich sagte, daß mir eine solche Erklärung implicite darin zu liegen scheine, wenn bei Abschluß eines, dem materiellen Inhalt nach annähernden Handelsvertrages gar nichts über diese Frage gesagt werde, für deren Entscheidung allein Erfahrungen über den Einfluß der Annäherung auf die materielle Wohlfahrt maßgebend bleiben würden. Es ist möglich, daß man mir noch Vorschläge in diesem Sinne macht, da man bisher, wie Herr von Fonton [1]) mir sagt, der Meinung ist, ich hätte „meinen Sack noch nicht ganz ausgeschüttet“. Ich bin nur in Einem Punkte zweifelhaft; wie ich mich verhalten soll, wenn Graf Buol mir proponirt, die Vertreter der Darmstädter Staaten an Conferenzen zwischen ihm und mir theilnehmen zu lassen. Nach meiner persönlichen Ansicht würde ich nichts dagegen haben, auch unter dieser Modalität die Erklärungen über unsere Absichten, die ich dem Grafen Buol neulich gegeben habe, zu wiederholen, um so mehr, als man hier bestrebt ist, meine Mission so darzustellen, als wollten **wir** hinter dem Rücken und auf Kosten der Anderen uns mit Österreich verständigen, das **Kaiserliche Cabinet** aber einen solchen Versuch bundestreu von sich weisen. Natürlich würde ich bei einer solchen Conferenz nur das wiederholen, was ich dem Grafen Buol schon gesagt habe. In unseren Concessionen weiter zu gehen, halte ich aus Rücksicht, weniger auf die Zollsache selbst, als auf die Stellung der Regierung im Innern, für bedenklich. Eine Stärkung des Vertrauens der öffentlichen Meinung in Preußen zu der Festigkeit der Regierung nach Außen ist ein Gewinn, den wir jedenfalls aus der jetzigen Situation ziehen können; dieser aber wird sehr geschmälert, wenn wir in wirklich oder scheinbar unwesentlichen Punkten die einmal genommene Position aufgeben und dadurch entstellenden Versionen über unsere Nachgiebigkeit einen Anhalt bieten. Ich würde es beklagen, wenn meine Sendung auch nur die Möglichkeit zu derartigen Verdächtigungen der Regierung böte; ich war bei Übernahme derselben darauf gefaßt, daß sie erfolglos bleibt, und sehe das auch jetzt noch ohne Kummer voraus, trotz der anscheinend günstigeren Dispositionen des Baron Kübeck, unter dessen Einfluß der Finanzminister [2]) wesentlich zu stehen scheint. Es wird dann in den diesseitigen Blättern nicht an Insinuationen fehlen, als ob ich persönlich die Schuld trüge, daß keine Verständigung zu erreichen gewesen sei, wie der „Wanderer“ schon gestern andeutete, daß es Preußen nicht an älteren und erfahrenen Diplomaten fehle, welchen die Aussöhnung mit Österreich leichter werden würde, als der „modernen, specifischen Sprödigkeit“. Durch dritte Hand

---

1) von Fonton, Staatsrath, erster Botschaftsrath bei der Russischen Gesandtschaft in Wien.

2) Ritter von Baumgartner, Reichsrath und Österreichischer Minister der Finanzen, auch Minister des Handels, der Gewerbe und der öffentlichen Bauten.

6*



1852 Juni 18. hat man nicht verfehlt, mich auf die Gefahr meines jungen diplomatischen Rufes, und auf der anderen Seite auf den durch Abschluß einer wichtigen Verhandlung zu gewinnenden Ruhm, unter perspectivischer Hindeutung auf Österreichische und andere Großkreuze, aufmerksam zu machen. Ich komme mir dabei natürlich vor wie jener Römer, Fabricius wenn ich nicht irre, unter den Einschüchterungen und Lockungen des Pyrrhus.

Juni 19. Zur Mitnahme eines, wie mir Hofrath Weymann[1]) sagt, kostbaren Manuscripts ist die Reise des Überbringers noch einen Tag verschoben worden.

In dem remittirten Promemoria von Klindworth[2]) finde ich in dem, was Preußen versprechen soll, die Nr. 3 besonders bedenklich, weil es benutzt werden kann, unsere bona fides bei Anderen und auch in Norddeutschland zu verdächtigen, Nr. 2 aber nicht rathsam aus der oben gedachten Rücksicht auf die Stimmung bei uns im Lande. Gegen Nr. 1 würden Ew. Excellenz wohl ohnehin nichts erinnern. Vielleicht ist der ganze Plan nur ein Weg, um das am Schluß gewünschte Schreiben Sr. Majestät zu provociren, und so in einer genugthuenden Art den Rest der Spannung beider Monarchen zu beseitigen, die für Württemberg noch unbehaglicher ist, als für uns. Denn wenn bei der jetzigen Lage Deutschlands irgend ein Staat Veranlassung hat, sich zu uns zu halten, so ist es Württemberg, und in dieser Ansicht finde ich allerdings ein Gegengewicht gegen das Mißtrauen, welches das Promemoria und dessen Schreiber einflößt. Auch ist dort die Geldnoth wegen Ablösung der Domanialgefälle größer als bei den Anderen, und Württemberg daher vielleicht die schwächste Seite der Coalition. Vielleicht bietet Ew. Excellenz Antwort dem Klindworth doch noch einen Anknüpfungspunkt zu weiteren Unterhandlungen.

Ew. Excellenz Schreiben in Bezug auf die Rheinbund-Velleitäten habe ich vorgestern durch die Post erhalten. Geöffnet schien es nicht zu sein. Ich habe schon bei früheren Conversationen gefunden, daß man an die *schon vorhandene* Existenz solcher Verhandlungen hier nicht glaubt, weil man die Betheiligten nicht für unvorsichtig genug hält, sich auf dergleichen *zu früh* einzulassen.

Bei Graf Buol bin ich gestern wieder gewesen, habe aber nur von Bundesangelegenheiten mit ihm gesprochen, und dabei die Überzeugung gewonnen, daß seine Unbekanntschaft mit den Geschäften, besonders mit den deutschen und mit der ganzen Sachlage in diesen wirklich unglaublich ist. Das Bedürfniß, dieses nicht merken zu lassen, macht ihn zurückhaltend und ausweichend, und seiner Art aufzufassen fehlt es an Schnelligkeit und Orientirungsvermögen, so daß eine baldige Abhülfe jenes Mangels nicht zu erwarten steht. Er klagte

1) Weymann, Hofrath, Geheimer expedirender Secretair bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien.

2) Klindworth, ein sich längere Zeit in Paris aufhaltender, von Gesandten vielfach benutzter Agent. cf. auch Band II, S. 263.

1852 Juni 19.

darüber, daß Graf Thun nicht hier oder ich nicht in Frankfurt sei, und rief dann Herrn von Biegeleben[1]) zu Hülfe, mit dem ich in diesen Tagen versuchen wollte, mich über die Behandlung der Preßsache[2]) zu verständigen. Ich habe durch den Telegraphen um eine Abschrift unseres Entwurfs gebeten, die in den Akten der Gesandtschaft über diese und über die deutschen Sachen überhaupt nicht zu finden ist. Vielleicht hat Graf Arnim dergleichen in seinem Gewahrsam.

Von der Aufnahme des Liquidationswesens am Bunde[3]) will man hier gar nichts wissen, und Graf Buol behauptet, daß Österreich größere Forderungen als irgend Jemand an den Bund habe. Ich habe ihn gebeten, sie doch wenigstens anzumelden, damit den anderen Staaten die unrichtige Voraussetzung des Gegentheils benommen werde. Die Einsetzung einer vorbereitenden Commission dazu in Frankfurt scheint dringend zu urgiren, denn das Präsidium verschleppt diese Sache eingestandenermaßen.

Wegen des Obercommandos in Frankfurt[4]) werden Ew. Excellenz den hiesigen Erlaß vom 17. wohl schon durch Herrn von Prokesch[5]) erhalten haben; ich hatte die Sache schon vor Eingang des Rescripts vom 14. monirt. Danach scheint Österreich in der nicht unbedeutenden, sondern sehr entschiedenen Differenz über die Stellung der Frankfurter Garnison zu dem von Preußen zu ernennenden Bundes-General nachzugeben, wodurch die Aussicht zu einer befriedigenden Lösung gegeben ist.

Über Zeit und Art meiner Vorstellung bei Sr. M. dem Kaiser und Übergabe meiner Creditive ist mir noch nichts weiter mitgetheilt worden; am 23. cr. ist Se. Majestät wahrscheinlich wieder in Pest.

Herr von Werthern[6]) wünschte auf das Dringendste, und womöglich zum 21. cr. zur Besorgung von Geschäften auf ein oder zwei Tage nach Thüringen zu gehen. Da nach Inhalt von Ew. Excellenz Schreiben ein rechtzeitiger Urlaub hierzu nicht zu erwarten war, so habe ich auf Ew. Excellenz Nachsicht gerechnet, und es auf mich genommen, ihn unter Beding der Rückkehr bis zum 24. cr. nach Hause reisen zu lassen.

In der Voraussetzung, daß ich bis dahin dem Kaiser vorgestellt sein werde, erlaube ich mir für mich selbst an Ew. Excellenz Güte die dringende

---

1) Freiherr von Biegeleben, Österreichischer Hof- und Ministerialrath im Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Äußern.

2) cf. Band I, S. 29* f., 13 f., 115, 124 f., 291, 316 f.; Band II, S. 226 f., 293; Band III, S. 83 f.

3) Gemeint ist die Kriegskosten-Liquidation für militairische Aufwendungen.

4) Diese Maßregel wurde veranlaßt durch die geplante Aufstellung eines Bundescorps zum Schutze der Bundesversammlung. cf. Band I, S. 10*, 6 ff. und 70 f.

5) cf. oben S. 70, Note 8.

6) Freiherr von Werthern, Kammerherr, Legationssecretair bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien.

1852 Juni 19. Bitte zu richten, mich nach Rückkehr des Herrn von Werthern wenigstens vorläufig auf Urlaub nach Frankfurt begeben zu dürfen, da die Zeit der Entbindung meiner Frau herankommt, und die Nachrichten, die sie von ihrem Befinden giebt, mich nicht ohne ernste Besorgniß diesem Ereigniß entgegensehen lassen.

Den Kreis meiner Bekanntschaften zu erweitern wird mir augenblicklich sehr schwer. Die Geselligkeit ist beendet, fast Alles auf dem Lande oder mit dem Kaiser, nur auf dem adligen Casino in der Herrengasse findet man des Abends die spielenden und rauchenden Reste der höheren Gesellschaft. Diese gehört im Allgemeinen der altconservativen Partei an, frondirt, spricht bitter über das Ministerium, aber selten mit Einsicht. Theils Furcht vor Rügen vom Hof, theils eine phäakische Genußsucht und die Besorgniß vor Allem, was Mühe macht oder an Unruhe und an Vermögensgefahr erinnert, bewirken eine fast allgemeine Enthaltsamkeit von politischen Gesprächen, bis auf gelegentliche, dem Ministerium und besonders dem Dr. Bach applicirte Schimpfwörter der stärksten Färbung. Sonst bilden Vergnügungen und militairische Erlebnisse nebst der Person des Kaisers den alleinigen Gegenstand der Conversation. Unbehagen empfindet Jeder und meint im Vertrauen, es könne so nicht bleiben; die Meisten sind einig in Anklagen gegen Fürst Schwarzenberg, dessen Unkenntniß des Landes von Bach mißbraucht sei, und von dem man meint, er habe mit seiner eigen- und leichtsinnigen Kühnheit nur für die Zeit der Gefahr gepaßt; die Wenigen, welche, wenn auch oberflächlich, sich um Politik kümmern, klagen namentlich über die Unmöglichkeit der jetzt geltenden Gemeindeordnung, selbst höhere Beamte. Zu dem Resultat der neuen Anleihe in Bezug auf Besserung der Valuta-Verhältnisse herrscht wenig Vertrauen; man glaubt, das in den Verkehr gelangende Silber werde schnell den Weg des anderen gehen, d. h. versteckt werden, und das Silber-Agio nach dieser Erscheinung noch höher als jetzt steigen.

Bach und den Justizminister Krauß habe ich auf einem Diner bei Buol kennen gelernt; Krauß gilt für rechtlich und mittelmäßig, und spricht sich politisch etwa so aus, wie bei uns der vormärzliche und wohlgesinnte Liberalismus eines bürgerlichen Gerichtsraths in der Provinz, humanistisch aufgeklärt und ohne Widerstandsfähigkeit gegen das Princip der Revolution. Bach war für Schwarzenberg, was der Mohr für Fiesco; er spielt jetzt den Cavalier, benimmt sich mit Nonchalance und läßt die Tischgesellschaft darauf warten, daß er sich fünf Minuten lang mit lärmender Ostentation den Mund ausspült und gurgelt. Seinen Reden nach wird er nicht anstehen, schließlich die Heilung der hiesigen Finanzen in einem lucrativen Bankrott nach amerikanischem Zuschnitt zu suchen. Seine Haltung gegen Buol scheint das Bewußtsein zu verrathen, daß der ihn noch weniger entbehren kann, als Fürst Schwarzenberg es konnte; und das glaube ich auch; der Haß der Aristokratie, auch der militairi-

schen, gegen Bach ist groß, und durchbricht überall die Vorsicht, mit der man sonst sich ausspricht. Nur des Kaisers Name und Amt schützt ihn vor ähnlicher Behandlung, wie sie Pillersdorf[1]) erlitten, dem der General Graf Hardegg in einem vornehmen Salon vor Zeugen gesagt hat: „Wie kann so ein Schurke wie Sie sich unterstehen mit mir in Einem Salon zu sein; nur aus Achtung vor den Damen speie ich Sie nicht an, aber gehen Sie hinaus". Letzteres geschah. In den Gesellschaften der haute volée wird Bach nicht geduldet oder gar eingeladen. Ich weiß nicht, ob es nur Haß gegen ihn ist oder Wahrheit, wenn man ihn mir als den Träger und Schürer der Leidenschaftlichkeit gegen Preußen schildert.

1852 Juni 19.

Vom Kaiser höre ich von den jüngeren Herren, daß er alles mit einem für seine Jahre seltenen Maßhalten treibt, bis auf seine Regentenpflichten und gelegentlich die Jagd. Er strengt seinen Körper übermäßig mit Tanzen, Reiten und Schlafentbehren an. Er steht um 4 Uhr auf, arbeitet rastlos, spricht mit jedem Beamten nur über sein Fach, schneidet in der Beziehung übergreifende Rathschläge, sowie Fragen schnell ab, läßt die eigene selbständige Entscheidung formell und materiell überall ostensibel in den Vordergrund treten und giebt sie kurz und entschieden. Die eigene angespannte Pflichterfüllung läßt ihn die gleiche Anstrengung als etwas sich von selbst Verstehendes bei Anderen voraussetzen, und jeder Mangel darin setzt ihn in Erstaunen. Dabei ist er niemals barsch in der Form. Gerühmt wird seine große Wahrheitsliebe. Die vorstehenden Urtheile sind weiblichen Ursprungs, aber von guter Quelle".

33. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zollvereinskrisis. Abreise des Herrn v. Bismarck nach Pest. Bundes-Preßangelegenheit. Wien, 22. Juni 1852.

Juni 22.

„Ew. Excellenz beehre ich mich durch den Englischen Courier das anliegende Schreiben zu übersenden, welches ich vorgestern von Herrn von Schele durch den Grafen Platen als verschlossene Einlage erhalten habe. Mit der Bitte um Rücksendung verbinde ich die Secretirung desselben für jeden Anderen, da Schele das bisherige persönliche Vertrauen zu mir verlieren würde, wenn er eine weitere Mittheilung des Schreibens vermuthen könnte. Nur der von mir angestrichene Passus auf der zweiten Seite des Bogens 3 eignet sich vielleicht, als ein von mir Ew. Excellenz ausdrücklich mitgetheilter Wunsch des Herrn von Schele behandelt zu werden, um so mehr, da die Erklärungen des Grafen Buol gegen mich, auf einen Handelsvertrag ohne Versprechen der Zolleinigung gar nicht eingehen zu wollen, eine entschiedene Ablehnung des Hannoverschen Wunsches durch Österreich enthält. Ich habe

1) Freiherr von Pillersdorf, Österreichischer März-Minister.



1852 Juni 22. Schele gestern schon durch Herrn von Rosenberg ausführlich geantwortet, sowohl in Bezug auf vorstehenden Punkt, als im Allgemeinen, indem ich nach Analogie meines am 15. cr.[1]) an Ew. Excellenz eingereichten Berichts ihm die Starrheit und Unbilligkeit der Forderungen Österreichs, und die ruhige, jeder Verständigung die Thür offenhaltende Auffassung Preußens geschildert habe. Ich habe ihn außerdem darauf hingewiesen, daß es ein allgemein deutsches Bedürfniß sei, in Preußen das Vertrauen zur Festigkeit der Regierung nach außen zu stärken, daß das Gegentheil nothwendig mit einem, auch in Hannover sehr fühlbaren Rückschlag zu einer liberaleren Färbung der Preußischen Politik nach Innen und Außen endigen müsse; daß jeder Schein von Schwäche und Neigung zum Widerruf der eigenen neuesten Erklärungen, namentlich aber jedes Gerücht, daß Hannover nicht fest zu uns halte, durch Steigerung der Kühnheit der Darmstädter Coalition[2]) gerade zu dem Gegentheil dessen, was Schele erstrebt, führen, und den Zollverein gewiß sprengen werde, während nur gemeinschaftliche Festigkeit der Haltung ihn retten könne. Ich habe dabei angedeutet, daß uns von einzelnen Gliedern der Coalition schon jetzt Insinuationen zugingen, welche das Zerfallen des Darmstädter Sonderbundes prognosticiren ließen. Ich habe ihm ferner meine persönliche Ansicht nicht verhehlt, daß ich es für einen unstreitigen Vertragsbruch halten würde, wenn Hannover aus den willkürlich von unseren früheren Verbündeten gestellten Bedingungen in Bezug auf die Aufnahme außerdeutscher Länder in den Zollverein einen Vorwand zu einseitiger Lösung des September-Vertrages[3]) entnehmen wollte. Dabei habe ich einfließen lassen, daß selbst die Befürchtung, in die handelspolitische Isolirung von vor 1819 zurücktreten zu müssen, uns auf dem eingeschlagenen Wege nicht irre machen könne.

Für die Stellung der Partei, welcher Platen in Hannover angehört, ist es charakteristisch, daß er, anstatt sich zu freuen, wie ich von ihm verlangte, bestürzt und gereizt wurde, als ich zu ihm sagte, daß wir von zweien der Darmstädter Regierungen schon Symptome ihrer Geneigtheit, die Coalition im Stich zu lassen, erhalten hätten. Er zerbrach sich den Kopf, welche die Treubrüchigen sein könnten. Er macht den Vermittler zwischen mir und Österreich-Sachsen. Ich glaube, er wird mir, im Verein mit Herrn von Könneritz,[4]) den Entwurf einer Version der Bezugnahme auf die Zollunion in einem zu schließenden Handelsvertrage vorlegen, der etwa dahin lautet, daß Preußen, um die nöthigen Erfahrungen in Bezug auf eine zu schließende Zollunion zu sammeln, und den künftigen Abschluß derselben

1) cf. oben S. 82, Note 2.

2) cf. Band I, S. 89, Note 1, und oben S. 81 ff.

3) cf. oben S. 41, Note 1.

4) von Könneritz, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, K. Sächsischer Gesandter in Wien.

zu ermöglichen und anzubahnen, nachdem dieselbe jetzt aus den und den Gründen nicht möglich sei, folgenden Handelsvertrag schließt. — 1852 Juni 22.

Wenn ich mich bereit erkläre, zu versprechen, daß wir in der Art nach en bloc-Annahme des Zollvereins- und September-Vertrages abschließen, so will man letztere herbeiführen. Halten Ew. Excellenz dergleichen für unthunlich, so würde ich umgehend um ein telegraphisches „Nein“ bitten. Versprechen werde ich natürlich nicht ohne Anfrage. Im dringenden Falle würde ich diese telegraphisch mit den Worten machen: „Soll Graf Lynar[1]) kommen“ und darauf nur Ja oder Nein erwarten. Soll ich mich gar nicht auf Versuche, einen solchen Ausweg zu finden, einlassen, so würde ich schon auf diesen Brief um ein „Nein“ nach Pest bitten, wohin ich morgen reise, um am 25. dem Kaiser vorgestellt zu werden. Graf Buol und Minister Bach werden auch dort sein. Am 26. denke ich von Pest zurückzukehren.

In der Bundes-Preßangelegenheit[2]) bin ich mit Graf Buol auf Grundlage unserer Auffassung ziemlich einig geworden, und sagte er mir, daß Graf Thun Instruktionen in dieser Richtung theils schon erhalten, theils erhalten werde“.

34. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zollvereinskrisis. Beseitigung der Preßfehde zwischen Preußen und Österreich. Kaiser Franz Joseph. Graf v. Grünne. Empfang des Herrn v. Bismarck in der Umgebung des Kaisers. Ofen, 25. Juni 1852.

„Ew. Excellenz habe ich bereits in einem früheren Schreiben[3]) die Vermuthung ausgesprochen, daß man diesseits zu der Ansicht gekommen sei, ein wirklicher Eintritt der Sprengung des Zollvereins werde unter den jetzigen Umständen das richtigste Mittel sein, das Programm Österreichs zur Durchführung zu bringen. Aus dem beifolgenden Immediatberichte[4]) wollen Ew. Excellenz entnehmen, wie Se. M. der Kaiser Veranlassung gab, daß Graf Buol die Zollfrage nochmals mit mir besprach. Er stellte in den Vordergrund die eingegangenen Verpflichtungen Österreichs gegen die süddeutschen Verbündeten, die Vertragstreue, welche Österreich ein einseitiges Verhandeln mit uns untersage, und das Verlangen nach gemeinschaftlicher Besprechung der Frage als einer allgemein deutschen. Wenn wir dazu nicht die Hand bieten wollten, so glaube er, wie er mir im Vertrauen sagen wolle, daß ein vorübergehender Bruch die Einigung am schnellsten fördere, und die kleinen Staaten bewege, den engeren Anschluß an Österreich und Preußen ernstlich zu suchen. Ich — Juni 25.

1) Graf zu Lynar, Attaché bei der Preußischen Bundestags-Gesandtschaft.

2) cf. Band I, Einleitung S. 29* f. und die daselbst bezeichneten Urkunden sowie Band II Urkunden 125 und 161; s. auch oben S. 67.

3) cf. Band I, Urkunde 76, S. 108.

4) Abgedruckt in Band I als Urkunde 78.

1852 Juni 25. machte ihn auf das Trügerische eines solchen Calculs aufmerksam, und auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Folgen des wirklich eintretenden Bruches vermuthlich die entgegengesetzten seien, und von da an die Divergenz der Preußischen und der Österreichischen Handelspolitik zunehmend bleiben werde, daß es vielmehr, wenn Österreich die Zolleinigung überhaupt zu erreichen gedenke, vor Allem den Zollverein nicht auseinandergehen lassen dürfe, vielmehr freiwillig das ganze Gewicht seiner Vermittelung einsetzen müsse, um ihn zu erhalten. Er meinte mit einiger Entrüstung, es würde erniedrigend für Österreich sein, die bisherige Haltung zu desavouiren, und seine „Vermittlung" für einen Verein aufzuwenden, durch welchen es als der einzige, und zwar wider seinen manifesten Willen von Deutschland ausgeschlossene Deutsche Staat hingestellt werde. Das politische Moment steht für Österreich obenan, nicht das materielle; Deutschlands Einigkeit sei früher ohne den jetzigen Zollverein ganz erträglich gewesen, und es sei gegen das Interesse Deutschlands, wenn Österreich allein in der Sonderstellung eines Nicht-Mitgliedes des Vereins erscheine. Im Übrigen wiederholte er mehrmals, daß Österreich wegen einer Meinungsverschiedenheit in der einen Frage niemals Empfindlichkeiten auf die Behandlung einer anderen übertragen werde, und daß es Zeit habe, mit der Förderung einer gemeinsamen Handelspolitik zu warten, wenn wir inzwischen auf dem sonstigen Gebiete in Frankfurt Hand in Hand gehen wollten. Graf Buol verlängerte die Unterredung, welche bei mir stattfand, auf mehr als zwei Stunden. Er fragte mich, was ich als Privatmann für den wahrscheinlichen Ausgang dieser Krisis hielte. Ich bezeichnete als solchen die Reconstruktion des Zollvereins, vor oder nach einem formellen Bruch, unter Bedingungen, welche für Österreich und für Süddeutschland unwillkommener wären, als die jetzt vorliegenden; für uns scheine es vortheilhafter, obschon wir nicht danach strebten, wenn ein Bruch der Neubildung vorherginge, und wir letztere nicht dem guten Willen, sondern den bösen Erfahrungen verdankten, welche unsere Verbündeten auf dem Wege antipreußischer Politik sammeln würden. Das résumé d'une conversation avec le Comte de Buol, welches Graf Nesselrode Ew. Excellenz mitgetheilt hatte, wollte Graf Buol nur in Betreff des überwiegenden Einflusses, den Österreich durch Preußen im Zollverein geübt sehen will, anerkennen. Den Passus, daß Österreich nichts weiter verlange als die Prüfung de ses propositions consignées dans le projet de traité de commerce lit. A, sowie die Stelle »quant au traité lit. B . . . . bis avantages réciproques« bestritt er, beides als durch Graf Nesselrode[1]) mißverständlich aufgefaßt. Er blieb vielmehr dabei, daß der Handelsvertrag von Österreich gar nicht verlangt und gewürdigt werde, sondern nur die unumwundene und aufrichtige Erklärung Preußens, daß es die Zolleinigung mit Österreich gemeinsam erstreben wolle, einen Werth für

---

1) cf. oben S. 70, Note 6.

letzteres haben könne. Ich füge eine Abschrift des Résumé bei, da ich nicht weiß, ob Ew. Excellenz noch eine besitzen. Graf Buol fragte mich schließlich, ob ich bereit sein würde, mit ihm unter Zuziehung der Gesandten der Darmstädter Coalition zu unterhandeln, da Österreich ohne diese seine Verbündeten keine Erklärung abgeben könne; eine unfreie Lage, in die es durch das Verhalten Preußens zu den Wiener Conferenzen wider Willen gedrängt worden sei; er wolle seine Collegen, den Finanz- und Handelsminister[1]), zwar noch befragen, ob sie glaubten, irgend eine Modifikation des bisherigen Programms eintreten lassen zu können, er habe aber keine Aussicht darauf. Ich entgegnete, daß ich in „Unterhandlungen" der Art nicht eintreten könnte, aber, wenn er es wünsche, nichts dawider habe, auch den Gesandten der „Verbündeten" Österreichs in derselben Art wie ihm die Grenzen des Preußischen Entgegenkommens zu bezeichnen, bis zu welchen wir unmittelbar nach dem erneuerten Anerkenntniß des Zollvereins zu gehen bereit wären. Ew. Excellenz telegraphische Depesche von gestern 11 Uhr 45 Minuten habe ich gestern Nachmittag erhalten, und werde ich meine Position in den ferneren etwaigen Besprechungen danach nehmen, indem ich mich auf die Ermittelung eines beide Theile befriedigenden Ausdrucks in Betreff der Inaussichtnahme der Zollunion nicht weiter einlasse, sondern bei dem beharre, was in dieser Beziehung unsere Erklärung vom 7. cr.[2]) darbietet. Für gewiß halte ich, daß Österreich, ehe es weitere Schritte thut, die Antwort der betheiligten Staaten auf diese unsere Erklärung abwarten wird, ehe es in der augenblicklich genommenen Position etwas ändert. In welchem Sinne man jetzt auf die Höfe wirkt, und was für eine Erklärung man von ihnen abgegeben zu sehen wünscht, werde ich vielleicht in Wien in diesen Tagen erfahren können.

1852 Juni 25.

Se. M. der Kaiser hat mir heute bei Tafel gesagt, daß das Ministerium angewiesen sei, dahin zu wirken, daß die „unanständigen" Angriffe auf uns in den öffentlichen Blättern aufhörten, und Se. Majestät wünschte, daß auch wir alle gesetzlichen Mittel anwenden möchten, um die Preußische Presse vice versa in den Schranken angemessener Discussion zu erhalten. Ich versprach zu befürworten, daß die zum Schutze der Bundesstaaten in dieser Beziehung bestehenden Gesetze aufmerksam gehandhabt werden möchten.

Die Persönlichkeit des Kaisers macht mir einen sehr guten Eindruck; er faßt schnell auf, urtheilt sicher und besonnen, und hat eine Zutrauen erweckende Einfachheit und Offenheit in seinem Wesen. Er reist morgen Mittag von hier nach Stuhlweißenburg, am 2. Juli wird er in Gran von dem Erzbischof-Primas bewirthet, und kehrt dann hierher zurück, um am 12. eine neue

1) cf. oben S. 83, Note 2.

2) Preußen lehnte hier die Verhandlung über den Zollvereinigungs-Vertrag mit Österreich unbedingt ab, und stellte die Verhandlung über einen Handelsvertrag mit Österreich in Aussicht, sobald die Erneuerung des Zollvereins erst gesichert sei.



1852 Juni 25. vierwöchentliche Reise, die Militairgrenze entlang, durch Siebenbürgen, die Marmaros, südlich längs der Karpathen und über die Bergstädte zu machen, und gegen Mitte August wieder in Schönbrunn zu sein. So sagt mir Graf Grünne,[1]) der persönlich sehr viel Liebenswürdigkeit für mich hat, in politischen Gesprächen aber sehr zurückhaltend ist. Daß er in Staatsgeschäften keinen Einfluß auf den Kaiser übe, wie manche mir in Wien sagten, halte ich für falsch. Schon die Art, wie er mit den Ministern verkehrt, läßt fast auf eine leitende Stellung schließen.

Von der ganzen Umgebung Sr. Majestät habe ich einen sehr freundlichen Empfang gehabt; auch Graf Buol ist viel weniger boutonnirt gegen mich, als bei den ersten Unterredungen. Nur der Minister Bach betrachtet mich mit schwer zu verhehlender Abneigung.

Ich denke übermorgen wieder in Wien zu sein, und mit dem Englischen Courier am Dienstag ferneren Bericht zu erstatten".

35. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zollvereinskrisis und die handelspolitische Frage. Liquidationswesen am Bunde. Unterredung mit dem Grafen v. Buol bezüglich der Zollvereinskrisis, des Verhaltens in Bezug auf Frankreich, der Londoner Conferenz zur Regelung der Dänischen Erbfolgefrage und der Rückkehr des Herrn v. Bismarck nach Frankfurt a. M. Reisedispositionen des Letzteren.*) Wien, Anfangs Juli 1852.

Anfangs Juli. „Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für die Schreiben vom 25. und 26. v. M., und beehre ich mich die Anlage des letzteren, Württemberg betreffend, hierbei zu remittiren. Die Nachricht, welche diese Piece enthält, habe ich mit großer Freude begrüßt, und hoffe viel davon; es ist ein Gewinn nach zwei Richtungen.

Mit Graf Buol[2]) habe ich über die handelspolitische Frage seit meinem letzten Schreiben[3]) nicht wieder gesprochen. Dagegen werde ich von Russischer und von Hannoverscher Seite gedrängt, mich über vermittelnde Wortfassungen, die in Bezug auf die Zollunion in einen Handelsvertrag aufzunehmen sein würden, zu erklären. Herr von Fonton[4]) las mir dabei ein Schreiben von Budberg[5]) vor, in welchem stand, Se. M. der König von Hannover habe gegen denselben geäußert: Wenn die süddeutschen Staaten nicht beim Zollverein blieben, so betrachte sich Hannover nicht als an den September-Vertrag[6])

*) Hat dem König vorgelegen.
1) cf. oben S. 78, Note 1.
2) cf. oben S. 67, Note 1.
3) cf. Urkunde 34.
4) cf. oben S. 83, Note 1.
5) Freiherr von Budberg, Staatsrath, Russischer Gesandter in Hannover.
6) cf. oben S. 41, Note 1.

gebunden, und Preußen könne in diesem Falle auf nichts rechnen. So lautete es in dürren Worten. Herr von Schele habe sich ebenso, nur weniger klar, ausgesprochen, und mehr darauf hingewiesen, daß in einer solchen Eventualität die alsdann nöthig werdenden neuen Verhandlungen mit den Ständen zur Auflösung des September-Vertrages führen würden. Ich habe darauf geantwortet, daß wir einen solchen, durch keine der verabredeten Bestimmungen begründeten Vertragsbruch von der Hannoverschen Regierung, und namentlich von einem Herrn von der Denkungsweise wie Se. M. der König, oder von einem so ehrenwerthen Charakter wie Herr von Schele, zu erwarten keine Veranlassung hätten. Sollte es dennoch geschehen, so könne selbst die Befürchtung, ganz isolirt zu bleiben, uns nicht irre machen; dies Übel sei für uns geringer, als die Herstellung des Präcedenzfalles, daß wir uns durch die Drohung mit der Auflösung des Zollvereins von den Mittelstaaten zu einer Politik zwingen ließen, die wir freiwillig nicht eingeschlagen haben würden. Ich theilte dagegen Herrn von Fonton mit, wie Graf Buol sich über den Inhalt des Résumé d'une conversation avec le Comte de Buol ausgesprochen habe, und wie wir viel geneigter seien als Österreich, die in diesem Aktenstücke von Graf Nesselrode niedergelegten Wünsche des Kaiserlichen Cabinets als Grundlage einer Verständigung zu acceptiren. Herr von Fonton äußerte sein Befremden über dieses désaveu des Inhalts des Résumé, um so mehr, als letzteres in Gegenwart des Grafen Buol niedergeschrieben worden sei, und seine ausdrückliche Billigung erhalten habe.

1852 Anfangs Juli.

Noch eifriger als die Russischen sind die Bestrebungen des Grafen Platen, eine Einigung herbeizuführen. Er ist gegenwärtig bemüht, mir Auskunft darüber zu verschaffen, welches die äußersten Concessionen seien, zu denen man sich uns gegenüber verstehen werde. Er hat mit Hock und mit Graf Buol Besprechungen gehabt, die ihm den Eindruck machen, als ob man hier nicht mehr recht wisse, was man eigentlich wolle; er glaubt, daß man jetzt das Hauptaugenmerk auf zwei Punkte richte, nämlich den Zollverein nicht auf zwölf, sondern auf sechs, höchstens acht Jahre, unter gleicher Dauer für einen Handelsvertrag, erneuert zu sehen, und einen Termin etwa zwei Jahre vor Ablauf dieses Zeitraums festgestellt zu wissen, an welchem die betheiligten Staaten mit Österreich zusammentreten würden, um über die Zollunion zu verhandeln. Die Worte, in denen diese Verhandlung zu bedingen wäre, wünscht man einer principiellen Anerkennung der Zollunion als Ziel möglichst nahe zu bringen, während wir uns höchstens zu dem Versprechen verstehen könnten, uns zu jenem Termin, auf Grund der inzwischen zu sammelnden Erfahrungen, über Annahme oder Ablehnung der Zollunion zu erklären. Ich habe dem Grafen Platen gesagt, daß ich das, was er über die wahrscheinlichen Grenzen des Entgegenkommens der Anderen ermitteln könne, sehr gern ad referendum nehmen und, soweit es meiner persönlichen Überzeugung entspräche, mich bei Ew. Excellenz dafür

1852 Anfangs Juli. interessiren würde. Es sei aber jetzt noch weniger Aussicht, als zur Zeit meines Herkommens, daß die Königliche Regierung sich zu irgend welchen Modifikationen von Erheblichkeit verstehen werde, weil sie Grund habe, an eine lange Dauer der Darmstädter Coalition[1]) nicht mehr zu glauben. Diese Andeutung hat unter den anwesenden Vertretern der betheiligten Regierungen einige Aufregung und die entschiedensten Betheuerungen ihrer Festigkeit hervorgebracht. Es sei jetzt an einen Rücktritt irgend einer um so weniger zu denken, als Österreich sich zur vollen Garantie der Zollrevenüen bereit erklärt habe, mit dem Bemerken, daß es der Kaiserlichen Regierung auf 3 oder 4 Millionen für einen so großen Zweck nicht ankomme. Am wenigsten scheinen die übrigen Verbündeten Baden und Darmstadt zu trauen. Auf Sachsen und Bayern rechnet man am festesten, und auf Württemberg wegen der obwaltenden Spannung mit uns.

Den verhältnißmäßig versöhnlichsten und geschäftstüchtigsten Beamten des auswärtigen Ministeriums habe ich in Herrn von Biegeleben[2]) gefunden, und mit ihm einige der bundesrechtlichen Fragen besprochen. In der Liquidations-Angelegenheit[3]) will Österreich ein Verfahren einhalten, welches einer gänzlichen Niederschlagung der Rückstände ziemlich gleichkommen würde. Man will von Specifikation der Forderungen absehen, und nur den Staaten, welche notorisch prägravirt erscheinen, eine billige Abfindung gewähren. Österreich komme dabei schlecht genug fort, indem es mehr als irgend ein anderer deutscher Staat zu fordern habe. Ich habe geltend gemacht, daß es in diesem Falle wünschenswerth sei, durch Anmeldung von Österreichischen Forderungen den übrigen Staaten wenigstens die unrichtige Voraussetzung zu benehmen, als habe der Kaiserstaat keine Forderungen für Bundesleistungen zu machen, eine Voraussetzung, welche durch Hinhaltung des Liquidationsverfahrens von Seiten der Präsidialmacht gefördert werde. Graf Buol hat mir versprochen, demnächst den ungefähren Betrag der Forderungen Österreichs namhaft zu machen.

Nachmittag. Bei einer heutigen Unterredung mit Graf Buol war derselbe persönlich ganz zuvorkommend, sogar herzlich. Er theilte mir das Concept seines an Ew. Excellenz gerichteten Antwortschreibens vom 21. v. M. selbst mit, und sagte, daß Prokesch ihm Aussicht auf einen ferneren Briefwechsel mit Ew. Excellenz gemacht habe. Ich entwickelte ihm, nach Anleitung von Ew. Excellenz Schreiben vom 6. v. M., die wahrscheinlichen Consequenzen einer vorwiegend politischen Auffassung des Zollvereins. Er sagte, daß Österreich sich nicht helfen könne, es müsse eine politische Frage daraus machen, wenn es allein

1) cf. oben S. 81, Note 2.
2) cf. oben S. 85, Note 1.
3) cf. oben S. 85.

ausgeschlossen bleibe aus dem Verein, und es müsse eher den letzteren zerfallen lassen, als zugeben, daß er sich ohne Österreich consolidire. Die fernere Besprechung dieses Themas lieferte von keiner Seite neue Ergebnisse. Graf Platen hatte mir gesagt, Graf Buol werde mir die Hannoverschen Vermittelungsvorschläge in der auf der dritten Seite dieses Briefes angedeuteten Gestalt mittheilen, nachdem er sie heute formulirt erhalten habe. Dies geschah aber nicht, da ich die Initiative nicht ergriff. An die, angeblich gegen Herrn von Budberg geäußerte Absicht Hannovers, sich vom September-Vertrage loszusagen, wollte Graf Platen nicht glauben, und hielt es auch ehrlicher Weise nicht für thunlich.

1852 Anfangs Juli.

Mit der heute hier eingegangenen Mittheilung über das gemeinschaftliche Verhalten in Bezug auf Frankreich [1]) war Graf Buol sehr zufrieden.

Wegen der Notifikationen der Londoner Convention über Dänemark [2]) erwartet er noch Bericht von Graf Colloredo,[3]) welcher erst nach Empfang eines solchen Instruktion erhalten soll. Ich berichte darüber besonders und bemerke nur, daß Graf Buol sich für übereinstimmende, aber nicht collektive Notifikation von Seiten beider deutschen Großmächte an den Bund aussprach.

Außerdem theilte er mir mit, daß Graf Thun die bittersten Beschwerden über meine Abwesenheit von Frankfurt führe, und eine förmliche Liste meiner Reisen seit meiner Anstellung eingereicht habe mit dem Wunsche, dahin zu wirken, daß ein temporärer Substitut von Seite Preußens ernannt werde, der mich vorkommenden Falls zu vertreten hätte. Das zielt, wie es scheint, auf die Ernennung zweier Gesandten auch für Österreich. Jedenfalls meinte Graf Buol, so gern man mich auch hier sähe, würde er es dankbar erkennen, wenn ich die Mühe eines Ausflugs nach Frankfurt nicht scheuen wollte, um vor den Ferien noch die Beschlüsse über die Presse [4]) und die Dänische Sache in's Reine zu bringen. Ich erwiderte, daß ein solcher Ausflug wegen eines nahe bevorstehenden Familienereignisses von mir selbst sehr gewünscht würde, daß ich aber fürchte, mein Gesuch um einstweilige Beurlaubung von hier in Berlin abgelehnt zu sehen. Es sei mir persönlich sehr angenehm, das Verlangen von Graf Thun und die dienstliche Noth in Frankfurt bei Ew. Excellenz als einen haltbaren Entschuldigungsgrund geltend machen zu können, wenn ich gelegentlich im Lauf der nächsten Woche nach Frankfurt reiste, ohne mich durch eine

1) Um diese Zeit ging die Tendenz in Frankreich bereits auf die Restauration des Kaiserreichs (10. Mai 1852 Vertheilung der Adler an die Armee). Die Deutsche und Österreichische Regierung nahmen deshalb bereits Stellung zur Eventualität einer Wiederherstellung des Napoleonischen Kaiserreichs.

2) cf. Band I, S. 89, Note 2 und oben S. 64.

3) Graf von Colloredo-Wallsee, Österreichischer Gesandter in London.

4) cf. oben S. 89.

1852 Anfangs Juli.

vorgängige Anfrage in Berlin der Gefahr einer abschlägigen Antwort auszusetzen. Ich wolle nur noch eine weitere Nachricht von den Meinigen erwarten, ehe ich meinen Entschluß faßte.

Ich glaube, daß ich nach dieser Wendung der Frage abreisen kann, ohne hier auch nur einen unbehaglichen Eindruck zu machen, im Gegentheil, es ist eine Gefälligkeit, daß ich dem Uhrwerk des Bundestags einen Anstoß geben helfe. Meine Ansicht wäre demnach, Dinstag den 6. cr. Abends von hier über Prag und Dresden nach Frankfurt zu reisen, nachdem Ew. Excellenz es erlaubt haben, und der Stand der Zollfrage hier derart ist, daß ich bei längerer augenblicklicher Anwesenheit zu Erklärungen über die Hannoverschen Vermittelungsvorschläge gedrängt werden würde, die mindestens zu einer formellen Instruktionseinholung, oder zu direkter Ablehnung führen würden, da ich mich in der bisherigen Unentschiedenheit nicht gut mehr halten kann, ohne böses Blut zu machen. Ich würde also in der Nacht vom 7. zum 8. in Halle, und am 8. Abends in Frankfurt eintreffen. Ist es Ew. Excellenz irgend wünschenswerth oder angenehm, daß ich für einen oder mehrere Tage nach Berlin komme, ehe ich nach Frankfurt gehe, so bitte ich um eine telegraphische Depesche hierher am 5. oder am 6. Vormittags, des Inhalts, „daß mir der gewünschte Urlaub bewilligt werde"; denn dann geht es doch nicht, daß ich anscheinend ohne Urlaub reise. Ich würde meines Theils kein Gewicht darauf legen, zwei oder drei Tage später nach Frankfurt zu kommen, und vielleicht ist es für den Eindruck meiner Mission bei Anderen schicklicher, wenn ich nicht von hier nach Frankfurt gehe, ohne Berlin zu berühren und dort Bericht zu erstatten. Ew. Excellenz Ermessen stelle ich die Entscheidung anheim. Erhalte ich bis zum 6. Mittags hier, oder bis zum 7. Abends in Halle im Hôtel des Thüringer Bahnhofs die gedachte telegraphische Urlaubsbewilligung, so bin ich am 8. in Berlin; erhalte ich nichts, so reise ich direkt nach Frankfurt und sage hier, daß ich keinen Urlaub nachgesucht habe". [1])

36. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rückkehr des Herrn v. Bismarck nach Frankfurt a. M. Vorstellung bei dem König der Belgier. Holsteinsche Angelegenheit. Vermittelungsvorschläge des Grafen v. Platen in der Zollfrage. 11. Juli 1852.

Juli 11.

„Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß ich vorgestern Abend hier wieder eingetroffen bin und die Meinigen in erwünschtem Wohlsein gefunden habe. Den Brief Sr. M. des Königs an Se. M. den König der Belgier habe ich heute durch einen Offizier nach Wiesbaden geschickt, und gleichzeitig schriftlich um die Erlaubniß gebeten, mich dem König Leopold vorstellen zu dürfen,

---

1) Wie aus Band I, S. 112, Note 1 bekannt, kündigte Herr von Bismarck am 8. Juli seine demnächstige Ankunft in Berlin aus Kohlfurt an.

um seine etwaigen Befehle in Folge des Königlichen Handschreibens in Empfang zu nehmen [1]). 1852 Juli 11.

Ich konnte wegen der Augustenburger Angelegenheit, über die ich in separato schreibe, [2]) und wegen nöthiger Besprechungen mit Graf Thun bisher Frankfurt nicht verlassen.

Das in Abschrift anliegende Schreiben des Grafen Platen [3]) ist mir gestern zugegangen. Ich dachte ihm zu antworten, daß die Königliche Regierung für jetzt keine Veranlassung habe, ihrerseits Vorschläge zu machen, daß ich aber über den Inhalt seines Schreibens Ew. Excellenz Befehle einholen würde. Die „Vermittelungsvorschläge" des Grafen Platen habe ich in Ew. Excellenz Händen gelassen. Die Beschränkung der Dauer des Zollvereins auf acht Jahre werde ich in meiner Antwort auch gleich als etwas unstatthaftes und unnöthiges bezeichnen".

37. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rechtfertigung Wagener's. Verdächtigungen des Herrn v. Bismarck in Bezug auf dessen Mission in Wien. Umschwung in Nassau bezüglich der Zollfrage. Holsteinsche und Bundes-Preßangelegenheit. Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. Reisedispositionen des Prinzen von Preußen. 21. Juli 1852.

„Ew. Excellenz beehre ich mich in Verfolg meines letzten Schreibens zu Juli 21.

1) cf. Band I, S. 115.

2) cf. Band I, Urkunde 80 und oben S. 44.

3) Graf Platen schrieb in Wien am 8. Juli 1852 Herrn von Bismarck: „Kurz nach Ihrer Abreise habe ich mich zum Grafen Buol begeben, um von ihm zu erfahren, warum er mit Ihnen über meinen Vermittelungsvorschlag zu reden vermieden hat. Graf Buol theilte mir mit großer Offenheit die Motive mit, welche ihn von einem weiteren Eingehen in die Zoll- und Handelseinigungsfrage abgehalten haben. Zuvörderst bemerkte er, wie er jede Verhandlung ohne Zuziehung der Darmstädter Coalition sorgfältig vermeiden müsse, um dieser nicht ombrage zu geben. Sodann glaubte er bestimmte Anträge von Seiten der Preußischen Regierung abwarten zu müssen, ehe er sich auf irgend eine Art von Besprechung einlassen könne. Ich stellte ihm hierauf die positive Frage, ob er meinen Vermittelungsvorschlag, falls er in Form von Anträgen von der Preußischen Regierung hierhergebracht würde, für geeignet halte, als Basis zu demnächstigen Verhandlungen zu dienen. Er erwiderte mir hierauf, wie er seiner persönlichen Ansicht nach eine Verständigung auf dieser Basis für möglich halte, vorausgesetzt jedoch, daß die Coalitionsstaaten mit zu den Verhandlungen gezogen würden. Ich schlug ihm darauf folgenden Weg vor: Ich sei bereit, meinen Vermittelungsvorschlag den hier accreditirten Repräsentanten der Coalitionsstaaten mit der Bitte mitzutheilen, in Bezug auf denselben Instruktionen von ihren respectiven Höfen einzuholen. Zugleich wolle ich Sie ersuchen, den Vermittelungsvorschlag Ihrer Regierung unterzubreiten und mit den nöthigen Instruktionen hieher zurückzukehren, worauf dann diese Frage mit den hiesigen betreffenden Repräsentanten besprochen und zum Abschluß gebracht werden könne. Graf Buol äußerte sich mit diesem Wege vollkommen einverstanden und rieth mir, denselben unverweilt in Ausführung zu bringen. Ist es wirklich allerseits die Absicht, den Zollverein zu erhalten, so scheint mir der vorgeschlagene Weg der geeignetste zu sein. Sind Sie derselben Ansicht, so schreiben Sie mir gefälligst mit umgehender Post".

1852 Juli 21. benachrichtigen, daß ich heute ein Schreiben von Wagener [1]) erhalten habe, nach welchem er allerdings in meine ihm gemachten beruhigenden Mittheilungen [2]) keinen Zweifel gesetzt, aber kurz darauf aus sicherer Quelle erfahren habe, daß ein Schwanken eingetreten sei, ob man nicht auf die Russische Vermittelung oder auf den sogenannten Sächsischen Vorschlag (beides ist mir unbekannt) eingehen solle.

Er fügte nachrichtlich hinzu, daß man in Berlin das Gerücht verbreite, als hätte ich in Wien meine Mission nicht richtig aufgefaßt, oder gar meine Instruktionen überschritten. Ew. Excellenz stelle ich anheim, ob es zweckmäßig ist, einem solchen Gerücht, falls es existirt, entgegenzutreten, da man, wenn es Bestand gewänne, in Wien nicht recht wissen würde, was man davon denken soll. Ich habe meine Mission ungefähr dahin aufgefaßt, die Beziehungen beider Cabinette so freundlich als möglich zu gestalten, ohne in der Zollsache etwas nachzugeben, unnöthige Spannungen zu heben, und die Bedeutung der Zollfrage und der Divergenz in derselben nicht mehr als nöthig wachsen und auf andere Fragen und auf die allgemeinen Beziehungen beider Mächte Einfluß gewinnen zu lassen. Ich glaube in dieser Beziehung mich mit Ew. Excellenz in Einklang befunden, und durch Besprechung der Zollfrage mit Graf Buol zur Aufklärung der Haltung Österreichs gegen uns, wie gegen Darmstadt beigetragen zu haben, ohne in der Sache etwas zu vergeben.

Aus Nassau erhalte ich eine glaubwürdige Nachricht, daß Vollpracht [3]) „umkehrende" Instruktionen erhalten habe, und der Herzog zur besseren Einsicht gelangt sei. Das gewerbtreibende Publikum in der Umgegend der drei angrenzenden Staaten spricht von der Möglichkeit der Auflösung des Zollvereins mit wahrer Verzweiflung.

Die beiden telegraphischen Depeschen von vorgestern habe ich gestern erhalten; die Linie ist wieder unterbrochen bei Gießen. Ich habe in der Dänischen Sache [4]) in Folge dessen mit dem Bayerischen Gesandten gesprochen, er wird nun seinen Antrag, die fraglichen Worte in unserer Vorlage (mit eben der Gerechtigkeit ꝛc.) zu streichen, zurückziehen. Baden und Darmstadt sind noch immer nicht instruirt.

In der Preßangelegenheit [5]) verhandelte ich mit Graf Thun und Herrn von Schrenk, und würde ihnen, wenn ich nicht neue Weisungen erhalte, soweit nachgeben, als es die Preußische Gesetzgebung in materie zuläßt, in der Form aber bei unserer bisherigen Ansicht bleiben.

---

1) cf. oben S. 12, Note 1.
2) scil. über den Stand der Zollfrage.
3) Präsident der Ministerialabtheilung der Finanzen im Nassauischen Staatsministerium.
4) cf. Band I, S. 114 ff. und oben S. 95.
5) cf. oben S. 89.

Von der Augustenburger Sache[1]) habe ich mehrere Tage lang nichts gehört. Der Herzog verlangt ex titulo der rückständigen Revenüen und der verkauften Mobilien mehr Geld, als die Dänen bieten, und wünscht Rechnungslegung, welche Garlieb[2]) ablehnt. Ich glaube, daß Letzterer über kurz oder lang zur Einholung fernerer Instruktionen nach Copenhagen zurückgehen will, was ich im Interesse des Herzogs beklagen würde, denn wer weiß, wann er wiederkommt. — 1852 Juli 21.

Se. K. H. der Prinz von Preußen soll heute Abend hier eintreffen, falls nicht die von J. K. H. der Prinzessin entgegengeschickte telegraphische Depesche wegen Eintreffens Louis Napoleon's in Baden, wo er bis morgen Abend bleibt, eine Änderung im Reiseplan Sr. K. Hoheit verursacht".

38. Eigenhändiger Bericht, betr. die Erfindungen über persönliche Zukunftspläne des Herrn v. Bismarck. v. Klenzesche Preßmanöver. 23. Juli 1852.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 20. cr. erhalte ich eben kurz vor meinem Postschluß. Den Ursprung der Spenerschen Artikel in Prokesch's Lager hatte ich gemuthmaßt. Die Insinuation von Klenze[3]) setzt seiner Lügenhaftigkeit die Krone auf. Ich erinnere mich, daß Platen[4]) mich einmal gefragt hat, ob ich glaubte, daß Ew. Excellenz im Amte bleiben würden; ich sagte: So lange Sie selbst es wünschten, gewiß, wenn nichts außer Berechnung Liegendes passirte. Sie wären aber der Sache mitunter herzlich müde. Weitere Frage: Wer dann der mögliche Nachfolger sei? Antwort: Vielleicht Rochow,[5]) vielleicht Bunsen[6]); Ew. Excellenz selbst würden, wie ich aus Andeutungen schlösse, wenn Sie abgingen und ich dann lebte, mich als Nachfolger wahrscheinlich empfehlen; Se. Majestät vielleicht nicht darauf eingehen; mein Luftschloß sei, noch drei bis fünf Jahre in Frankfurt, dann ebenso lange in Wien oder Paris, dann zehn Jahre lang mit Ruhm Minister, dann als Landjunker sterben, wenn ich mir meine Zukunft malen könnte. Dies halb scherzhafte Luftschloß mag mit gehörigen Zuthaten die Grundlage eines Platenschen Be- — Juli 23.

1) cf. oben S. 97.
2) Dr. Garlieb, Dänischer Conferenzrath, Delegirter der Dänischen Regierung zur Unterhandlung mit dem Herzog von Augustenburg.
3) Hannoverscher General-Steuer-Direktor.
4) cf. oben S. 46, Note 4.
5) Damals noch immer Preußischer Gesandter am Petersburger Hofe.
6) Christian Carl Josias von Bunsen, geboren 1791, gestorben 1860, 1824 Preußischer Geschäftsträger in Rom, 1839 Gesandter in der Schweiz, im April 1841 in Specialmission nach England berufen, bald darauf Preußischer Gesandter in London, welchen Posten derselbe bis 1854 bekleidete.

1852 Juli 23. richts oder Klenzescher Übertreibung sein. Ich müßte, verzeihen Ew. Excellenz meine Offenheit, ein Narr sein, wenn ich meine jetzige Stellung freiwillig mit der eines Ministers vertauschen wollte; ganz abgesehen davon, daß, wenn mich plötzlich ein leidenschaftlicher Drang nach der Dornenkrone befiele, Ew. Excellenz vielleicht der Erste wären, mit dem ich ganz unbefangen von diesem Kitzel sprechen würde. Ich danke Ew. Excellenz aufrichtig für ein angenehmes und ehrenvolles Feld der Thätigkeit, welches ich hier habe, und hege keinen anderen Wunsch, als zu bleiben, was und wo ich bin.

Der anliegende Artikel der Augsburger vom Main soll Klenzesche Inspiration durch Firmenich sein; auch sagt der hiesige Zoll-Commissar Rommel, daß Klenze durch Kühne in nächster Verbindung mit dem Preußischen Wochenblatt [1]) steht. Ich könnte durch eine Nachforschung in Hannover wahrscheinlich bald ermitteln, ob Klenze oder ein Anderer auf meine Kosten lügt, wenn Ew. Excellenz mir nur die Erlaubniß dazu geben wollen, der Klenzeschen Mittheilungen an Sie Erwähnung zu thun. Wenn ich nicht in dieser Beziehung Scandal fürchtete, so hätte ich die Sache schon erforscht".

39. Eigenhändiger Bericht, betr. die Presse und die Haltung der Preußischen Regierung in der Zollvereinskrisis. 23. Juli 1852.

Juli 23. „Durch einen Artikel der Spenerschen Zeitung, den man für officiös hält, ist zuerst die Ansicht in hiesiger Gegend verbreitet worden, daß die Königliche Regierung in der Zollfrage nachgeben werde. Die ungeschickten Artikel der Kreuzzeitung haben diese Meinung bestärkt, und durch den unbegreiflichen Artikel der „Zeit" [2]) vom 13. cr., der „die Dynastie und das Vaterland an den Rand des Verderbens" gebracht sieht, ist die Überzeugung, daß wir die Lösung des Zollvereins zu sehr fürchten, um fest zu bleiben, bei den Meisten hier zur Gewißheit geworden; die Darmstädter tragen den Kopf wieder ganz hoch, und glauben an keine Versicherung des Gegentheils. Die Kölnische Zeitung vom 16. bringt jenen Artikel in perfider Entstellung aus der „Zeit", und greift Ew. Excellenz persönlich in maßloser Weise an. Es war vorauszusehen, daß sie in erster Krisis den Schafpelz wieder abwerfen würde. Dazu kommt der Conflict mit der Kreuzzeitung, um das Maß der Zufriedenheit bei unseren Gegnern voll zu machen. Graf Thun konnte seine Genugthuung nicht verbergen, als er mir heute von diesen Erscheinungen sprach. Ich begreife nicht, wie Wagener [3]) zu dem Irrthum gekommen ist, in dem er sich in Bezug auf die Zollsache namentlich befindet; er sagt, er habe den „Wortlaut", der unsere Nachgiebigkeit

1) cf. oben S. 38, Note 1.

2) Die „Zeit" war ein Blatt, welches seine Informationen zumeist aus Regierungskreisen erhielt.

3) cf. oben S. 12, Note 1.

enthalte. Da muß ihm doch Jemand eine absichtlich unwahre Mittheilung gemacht haben. Ich verließ ihn bei meiner Abreise von Berlin, wo er mich noch auf dem Bahnhofe aufsuchte, scheinbar beruhigt, und habe ihm persönlich die Versicherung gegeben, daß nichts geschehen sei, was nicht in die Erklärung vom 7. Juni[1]) passe, die nach wie vor das Programm bliebe. Daß er absichtlich und wider eigene Überzeugung seine Artikel wegen der „Nachgiebigkeit" in die Welt geschickt habe und behaupte, im Besitz des „Wortlautes" zu sein, traue ich ihm nicht zu; ebensowenig glaube ich, daß er Mißtrauen in meine ihm gemachten Erklärungen setzt. Er muß also von Jemand, den er für besser unterrichtet hält als mich, falsche Mittheilungen erhalten haben. Ich möchte empfehlen, in der Preußischen Zeitung eine alle falschen Gerüchte über das Nachgeben Preußens niederschlagende Erklärung publiciren zu lassen, falls nicht eine entscheidende Eröffnung in der Zollconferenz, mit Fristſtellung, in kurzem bevorsteht. Denn den Darmstädtern hier wächst der Kamm gewaltig".

1852 Juli 23.

40. Eigenhändiger Bericht, betr. die Tauffeierlichkeiten bei Herrn v. Bismarck. Dispositionen Badens in der Zollfrage. Intrigue zur Entzweiung der conservativen Partei in Preußen. Verdächtigungen gegen Herrn v. Bismarck. Versetzung des Grafen v. Platen nach Paris. Verhältniß zwischen General v. Gerlach und dem Minister Frhr. v. Manteuffel. Politik des Großherzogthums Hessen gegenüber Preußen. 7. August 1852.

Aug. 7.

„Ew. Excellenz sage ich meinen herzlichen Dank für Ihren Glückwunsch und die Annahme der Pathenstelle; meine Frau und das Kind[2]) befinden sich bis jetzt über Erwarten wohl. Die Taufe wird, wegen Abwesenheit des dazu ausersehenen Geistlichen, erst in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden.

Herr von Savigny[3]) war heute bei mir und hat mich ersucht, in Vervollständigung seiner telegraphischen Meldung über die guten Dispositionen der Badischen Regierung, Ew. Excellenz noch vertraulich zu berichten, daß man in Karlsruhe gern bereit sei, bei der am nächsten Dinstag beginnenden Zusammenkunft in Stuttgart[4]) im Sinne etwaiger, bis dahin noch mitzutheilender Wünsche Preußens zu wirken. Er glaubt nicht, daß dieses Anerbieten von dem Wunsche eingegeben sei, unsere „etwaigen Wünsche" bloß kennen zu lernen, und sagte mir, die Badische Ansicht gehe dahin, daß von einer Zollunion gar nicht die Rede sein, daß Österreich von uns Garantien für den demnächstigen

1) cf. oben S. 91, Note 2.
2) Wilhelm Otto Albrecht Graf von Bismarck, geb. zu Frankfurt a. M. 1. August 1852.
3) cf. oben S. 3, Note 4.
4) Vergl. über diese Zusammenkunft Weber: Geschichte des Zollvereins S. 319.

1852 Aug. 7. Abschluß eines Handelsvertrages nicht verlangen könne, und das allein Wünschenswerthe und Erreichbare in einem von uns der Coalition gegenüber zu gebenden einfachen Versprechen bestehe, daß wir nach Abschluß des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Österreich eingehen wollten. Hierin sieht man Badischer Seits die goldene Brücke, welche der Coalition den Rückzug möglich mache, und der Prinz-Regent hofft von dem versöhnlichen Sinne Ew. Excellenz, daß Sie diesen Rückzug möglich erhalten würden.

Savigny theilte mir außerdem mit, daß nach Allem, was ihm durch den Prinzen und dessen Umgebung kund geworden sei, man in der letzten Zeit eine künstlich combinirte Intrigue gespielt habe, um die conservative Partei in Preußen untereinander und namentlich um Ew. Excellenz mit Ihren Anhängern zu entzweien. Seiner Meinung nach habe Prokesch[1]) seine Hände dabei im Spiel, Rochow[2]) sei der Sache nicht fremd, und Rudloff,[3]) nach Savigny's Ansicht, Werkzeug davon gewesen.

Sicher wisse er, daß ein und dieselben Leute mich nach oben hin als einen ehrgeizigen Parteigänger geschildert hätten, der mit junkerlicher Hülfe sich an Ew. Excellenz Stelle setzen wolle, während sie den Männern der Kreuzzeitung insinuirt hätten, ich hätte „meine Mütze über den Kopf gezogen", mit Quehl[4]) fraternisirt, und ginge mit Ew. Excellenz und gegen meine alten Parteigenossen „durch dick und dünn", um auf dem Wege Westphalen zu entthronen und Minister des Innern zu werden. Auch bei dem Prinzen[5]) habe man mich im ersteren Sinne verdächtigt, aber schließlich ohne Erfolg. Es geht den Leuten zu gut, darum klatschen und intriguiren sie. Bei dem Prinzen hat namentlich Klenze,[6]) der Se. K. Hoheit in Berlin gesehen, nicht nur mich, sondern auch Ew. Excellenz angeschwärzt, letzteres aber ganz resultatlos. Klenze ist katholisch.

In Bezug auf Platen[7]) sagt mir Herr von Bothmer,[8]) daß man ihn mit 3000 Thlr. Verlust nach Paris schickt, weil er bisher weniger Hannover in Wien als Wien in Hannover vertreten habe. Savigny weigerte sich, mir die Übelthäter zu nennen, nach seinen Andeutungen muß ich fast auf Rochow und

1) cf. oben S. 70, Note 8.

2) cf. oben S. 99, Note 5.

3) Rudloff, Regierungs-Assessor, seit Juni 1851 provisorisch der Preußischen Bundestagsgesandtschaft zur Hülfsleistung beigegeben. Am 7. November 1851 wurde Rudloff von Frankfurt abberufen und im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verwandt; Dezember 1851 wurde er der Preußischen Gesandtschaft in Hannover zur Hülfsleistung beigegeben.

4) cf. oben S. 32, Note 2.

5) scil. von Preußen.

6) cf. oben S. 99, Note 3.

7) cf. oben S. 46, Note 4.

8) von Bothmer, Staatsrath, Hannoverscher Bundestagsgesandter.

Rudloff schließen; auch Mittheilungen, die mir der Major Berg macht, deuten darauf hin, und Graf Thun sagt mir, daß ihm ein Preuße aus Berlin geschrieben habe, ich hätte eine verfehlte Intrigue gemacht, um Minister zu werden; ich halte Rochow für diesen Correspondenten. Als ich diesen meinen Freund, Landsmann und Gutsnachbarn zum letzten Mal sah, reisten wir auf demselben Zuge nach Dresden; er war, ohne meine Schuld, wie Ew. Excellenz wissen, so ungehalten auf mich, daß er sich kaum zu der nothdürftigsten Höflichkeit überwinden konnte, und sagte mir, er sei froh, daß er meine Mission nicht habe, der Kaiser (von Rußland) habe sie ihm angeboten, er sie aber abgelehnt.

1852 Aug. 7.

Vom General Gerlach habe ich heute einen Brief mit Belegen für die Thätigkeit der Neunerfreunde in Hamburg[1]) erhalten. Nebenher klagt er, Ew. Excellenz mißtrauten ihm, und er kämpfe vergebens, um das zu ändern; er schließt seinen Brief mit der Ermahnung, auch meinerseits Alles zu thun, um Ihr Mißtrauen gegen ihn zu zerstören und gegen mich nicht aufkommen zu lassen, und überhaupt Alles zu thun, was zur Stärkung des Ministeriums nach oben und nach unten dienen könne, da Ew. Excellenz der einzige mögliche Premier wären. Ich bin gewiß, daß er darin ganz aufrichtig ist, denn Unwahrheit liegt überhaupt nicht in seinem Charakter, und gegen mich namentlich ist er stets ohne Rückhalt offen gewesen. Von Ihrem Herrn Bruder,[2]) schreibt er, hat er einen sehr entgegenkommenden Brief erhalten, der ihn bei dessen „Abneigung gegen Pietisten" besonders gefreut habe".

Postscriptum.

„Dalwigk[3]) hat zu Herrn von Oertzen[4]) gesagt, Darmstadt werde keinenfalls nachgeben, sondern bis zum letzten Mann gegen Preußen aushalten; wenn aber alle Anderen wichen, so könne Hessen-Darmstadt allein nichts machen. Auch in Bundesverhandlungen ist Darmstadt besonders bitter gegen uns".

---

1) Am 27. September 1849 stellte der Rath zu Hamburg bei den Erbgesessenen dortiger Bürgerschaft den Antrag, eine Commission von neun Mitgliedern (vier vom Rath und fünf aus der Bürgerschaft) einzusetzen, die mit der Constituante verhandeln und demnächst berichten sollte. Diese sogenannte „Neuner-Commission" gelangte demnächst zu dem Schlusse, daß nichts Anderes übrig bleibe, als die „alten Grundlagen der Verfassung" gänzlich zu verlassen. Näheres über die damaligen Hamburger Verfassungswirren und Kämpfe in der Schrift „Vorstellung und Bitte nebst Rechtsverwahrung, betr. die Aufrechthaltung der Grundgesetze der Stadt Hamburg" von Dr. Harder, Heinrich Hübbe, Hugo Hübbe und Dr. Trammer.

2) cf. oben S. 33, Note 2.

3) Freiherr von Dalwigk, Kammerherr, Direktor des Großherzoglich Hessischen Ministeriums des Hauses und des Äußern, sowie des Ministeriums des Innern, demnächst Präsident vorstehend genannter Ministerien, dann Minister-Präsident.

4) cf. oben S. 16, Note 2.



41. Eigenhändiger Bericht, betr. die Tauffeier bei Herrn v. Bismarck. Preußenfeindliche Haltung der Coalitionsstaaten, insbesondere von Darmstadt. Verdächtigungen des Geistes des Preußischen Militairs in Frankfurt a. M. 14. August 1852.

1852 Aug. 14.

„Ew. Excellenz beehre ich mich, unter Wiederholung meiner Danksagung für die gütige Annahme einer Pathenstelle, zu benachrichtigen, daß die Taufe meiner Secundogenitur [1]) möglicherweise schon am nächsten Donnerstag den 19. stattfindet. Se. K. H. der Prinz von Preußen will die Gnade haben, gleichfalls die Bürgschaft für die christliche Erziehung des Täuflings zu übernehmen, und Graf Pückler [2]) hat mir heute bei seiner Durchreise nach Pyrmont oder einem benachbarten Badeort die Aussicht eröffnet, daß Se. K. Hoheit der heiligen Handlung in Person beiwohnen würden, falls sie am 19. cr. stattfinde. Ich glaube zwar, daß dabei ein Mißverständniß über die Lage der Züge von hier nach Mainz—Coblenz obwaltete, und erwarte morgen noch die genaueren Befehle des Prinzen; sollte es nach diesen aber dabei bleiben, daß die Taufe schon am Donnerstag stattfindet, so würde ich Ew. Excellenz bitten, Ihre Vertretung durch meinen Oheim von Kleist-Retzow, [3]) oder falls der dienstlich verhindert sein sollte, durch den Oberst von Kessel, Commandeur des 29. Regiments, zu genehmigen, da ich die Unbescheidenheit nicht soweit treiben kann, Sie zu einer Reise von achtzig Meilen lediglich ad hoc einzuladen, so glücklich ich mich auch schätzen würde, Ihnen die Honneurs von Frankfurt machen und die schöne Aussicht aus meiner Logirstube zeigen zu dürfen, falls Sie ein paar geschäftsfreie Tage hier verleben und den kleinen Heiden aus der Taufe heben wollten.

Was die außerbundestägliche Politik anbelangt, so wird die Haltung der hier benachbarten Cabinette namentlich in der officiösen Presse um so dreister, je mehr ihnen das Resultat des Phaëthonfluges ihrer selbständigen Politik bedenklich zu werden beginnt. Mir drängen sich dabei zwei Betrachtungen auf, begründet auf die Überzeugung, daß mit diesen hoch- und kleinmüthigen Ministern das Zähnezeigen stets weiter führt, als rücksichtsvolles Wohlwollen: 1) Ob es nicht an der Zeit ist, Darmstadt gegenüber eine Demonstration zu machen, indem man den Sitz der Residentur wieder nach Frankfurt zurückverlegt; drei Viertheile der laufenden Geschäfte, die Handel, Pässe, Verifikationen 2c. betreffen, müssen ohnehin hier Namens der Residentur durch die Bundesgesandtschaft betrieben werden. 2) Wenn es überhaupt möglich ist, eine Ansicht über den Verlauf der Zollfrage zu äußern, so geht die meinige dahin,

---

1) cf. oben S. 101, Note 2.

2) Graf von Pückler, Hofmarschall des Prinzen von Preußen.

3) von Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz.

daß die Darmstädter[1]) Winkelzüge und Vermittelungsvorschläge machen werden, bis der Bruch von uns formell proclamirt wird, dann aber einzulenken versuchen werden; in dem Fall wird, wie ich glaube, von der Pfordten eo ipso zwar nicht abtreten, aber fallen, Beust[2]) vielmehr unentbehrlich befunden werden, aber an den Kleinen, an Dalwigk und Wittgenstein,[3]) sollten wir ein Exempel statuiren, daß man uns nicht ungestraft auf der Nase spielt. Es ist ohnehin eine Belästigung, mit Ministern, deren ganzes Programm in der Prinzlich Emilschen[4]) Negation gegen Preußen besteht, in Einem Zollverein zu leben. Kurz ich möchte anheimstellen, den Zollverein mit Darmstadt und Nassau nicht zu erneuern, wenn jene beiden Herren nicht zurücktreten. Dann wird eine Preußische Reaction in der Haltung dieser Staaten erfolgen.

1852 Aug. 14.

Hinkeldey[5]) hat auf Grund leichtsinniger Polizeiberichte, ich weiß nicht von wem, über den Geist des Preußischen Militairs hier am Orte, durch Se. Majestät und das Kriegsministerium hier Anfragen und Erinnerungen veranlaßt, die das Officiercorps mit Recht verletzt haben, und leider hält man die Gesandtschaft, das „Civil", für die Urheberin davon. Die Polizei-Agenten, aus Mangel an Stoff, lügen und übertreiben unverantwortlich".

Postscriptum.

„Der junge Herr wird Wilhelm Otto Albrecht (nach dem Bären) getauft werden".

42. Eigenhändiger Bericht, betr. die muthmaßliche Haltung Österreichs und der Coalitionsstaaten in der Zollvereinskrisis, sowie das Bedürfniß Preußens zu einem Festhalten an seiner bisherigen Zollpolitik. 19. August 1852.

„Herr von Tallenay[6]) theilt mir eben Folgendes mit:

Aug. 19.

Nachdem die Coalitionsstaaten dem Wiener Cabinet anhaltend lebhafte Vorwürfe und Gegenvorstellungen über die „Freilassungsnote",[7]) wie Herr

1) cf. S. 75, Note 1.

2) Freiherr von Beust, K. Sächsischer Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten.

3) August Prinz von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Herzoglich Nassauischer Staatsminister, seit 7. Februar 1852.

4) scil. Emil Prinz von Hessen, K. K. Österreichischer Feldzeugmeister.

5) von Hinkeldey, Polizei-Präsident von Berlin.

6) Marquis de Tallenay, Französischer Gesandter am Bundestage.

7) Wie aus dem in Band I, S. 125 f. mitgetheilten Berichte des Herrn von Bismarck hervorgeht, erging Anfangs August 1852 von Wien aus eine Note an die Regierungen der Darmstädter Coalition, wonach das Österreichische Cabinet diese Staaten von den ihrerseits in Wien übernommenen Verpflichtungen entband und ihnen überließ, so zu handeln, wie sie in ihrem Interesse für das Beste und Rathsamste hielten.



1852 Aug. 19. von Scherff[1]) sie nennt, gemacht haben, so habe Österreich, zufrieden, die Coalitionsstaaten aus ihrer Lauheit geweckt und ihnen gezeigt zu haben, daß sie ohne Österreich dem bon plaisir de la Prusse verfallen seien, ihnen in Stuttgart jetzt wirklich das Anerbieten der Revenüen-Garantie erneuert, und dieselbe ausdrücklich übernommen. In Folge dessen werde das Auftreten der Coalition in Berlin fest sein, und bis zum Abberufen der Commissarien gehen. Es mag dies richtig sein, Tallenay ist ein gescheuter und sorgfältig forschender Diplomat; aber so gut ich auch persönlich mit ihm stehe, so ist er aus Pflicht und Neigung doch mehr Österreichisch, was die Politik anbelangt, weil er das dortige Regiment im Innern mehr nach Französischem Recept findet, als das unsrige; er trug mir die Sache in allarmistischer Weise vor, und fürchtete de graves conséquences pour la politique et même pour l'existence de la conféderation allemande in Folge des vielleicht bevorstehenden Bruches. Sollten aber seine Nachrichten auch ganz bona fide gegeben, und die Österreichische Garantie wirklich in Stuttgart erfolgt sein, so würde ich darin nur einen neuen Puff und Versuch sehen, uns durch Phantome zum Weichen zu bringen. Wollte Österreich die Garantie, und überhaupt ein derartiges Verhältniß zu der Coalition ohne Preußen, ernstlich, so wäre es längst damit herausgetreten, und hätte nicht vor drei Wochen den Darmstädtern den Laufpaß geschrieben. Pfordten's leitende Maxime in Stuttgart ist gewesen: „Wenn wir einen einheitlichen Beschluß zu Stande bringen, so giebt Preußen nach"; unter Voraussetzung der Sicherheit dieser Annahme, und nur solange das Gegentheil nicht klar ist, scheint die Adhäsion von Baden und Württemberg erfolgt zu sein. In Bezug auf Letzteres ist übrigens noch immer keine sichere Nachricht über die Genehmigung des Königs aus Badenweiler hier. Ich halte einen solchen Garantiecontract der Coalition mit Österreich ganz unmöglich in praxi; sollte Österreich sie versprechen, die Anderen können und werden es weder bis zur Ausführung kommen lassen, noch glauben, daß dieselbe befriedigend erfolgen würde, wenn sie sich auf dieses Söldlings-Verhältniß einließen. Ich sehe in der Fiction eines solchen Garantievertrages nur eine Demonstration zur Unterstützung des letzten Einschüchterungsversuchs, den die Coalition gegen uns macht, etwa in der Art, wie die Russischen Truppen gegen Ende des siebenjährigen Krieges, nach dem Tode Peters und ihrer Abberufung vom Preußischen Bündniß noch „figurirten", um die Österreicher einzuschüchtern. Wie es sich aber auch verhalten mag, die Frage hat sich für uns so gestellt, daß Nachgeben eine gefährliche Schwächung, Festhalten eine große Kräftigung für unsere Regierung im Innern ist, und ich halte diese Rücksicht für so wichtig und entscheidend, daß ich, wenn ich zu rathen hätte, zu strengerem Festhalten an

---

1) von Scherff, Staatsrath, Niederländischer Bundestagsgesandter wegen Luxemburg und Limburg.



der bisherigen Position selbst auf die Gefahr hin rathen würde, daß Preußen ganz isolirt bliebe, und auch den Steuerverein wieder verlöre. Mit letzterem ist unsere Position immer gut, was auch der Süden thun mag, ohne Hannover werden wir wenigstens bereitwilliger und fähiger sein, die vorkommenden Opfer zu tragen, als die Anderen, und letztere zwingen können, sich schließlich auf Bedingungen, die wir machen, wieder zu einigen. Ein Hinübertreiben der Süddeutschen in das Französische Lager fürchte ich auch nicht, denn erstens werden sie sich durch kein Band abhalten lassen, vorkommendenfalls doch zu thun, was ihnen vortheilbringend scheint, und zweitens glaube ich, daß ihre Feindschaft im Kriege mit Frankreich, solange die drei Großmächte einig sind, unschädlich und nach dem Siege nutzbar, ihr Bündniß aber anspruchsvoll und unzuverlässig sein würde. Kurz, wenn auch die obige Nachricht sich bestätigen, und wenn es bis zur Abberufung der Commissarien kommen sollte, so halte ich doch, wie die Sachen einmal stehen, festes Ausharren und Abweisung jeder Capitulation für den allein sicheren Ausweg aus der Krisis.

1852 Aug. 19.

Verzeihen Ew. Excellenz dies eilige Schreiben, die Post drängt".

Postscriptum.

„Eine Depesche von Lord Aug. Loftus[1]) aus Baden nach London, die Sir A. Malet[2]) mich lesen ließ, enthielt nichts von der Garantie Österreichs; über Stuttgart nur die Angabe, daß man von uns Auskunft über den Inhalt des Handelsvertrages fordern werde, und die Ansicht, daß Baden und Württemberg von der Stuttgarter Verabredung zurücktreten würden, sobald Preußen sich weigere, darauf einzugehen".

43. Eigenhändiger Bericht, betr. das maßlose Treiben der kleinen demokratischen Lokalblätter in Frankfurt a. M. 25. August 1852.

Aug. 25.

„Ew. Excellenz habe ich schon öfters Gelegenheit genommen, auf das maßlose Treiben der kleinen demokratischen Lokalblätter hier am Orte aufmerksam zu machen.[3]) Besonders das „Volksblatt", von der rothen Partei (Habermann[4]) — Schuster) redigirt, insultirt den Bundestag hier in seiner eigenen Residenz in einer Weise, die compromittirend ist für die Würde der dabei ver-

1) Lord Augustus Loftus, Legationssecretair bei der Großbritannischen Gesandtschaft in Karlsruhe; z. Z. Geschäftsträger.

2) Sir Alexander Malet, Großbritannischer Gesandter, demnächst Botschafter am Bundestage.

3) Dieser eigenhändige Bericht des Herrn von Bismarck findet eine Ergänzung in der Band I, S. 130 f. mitgetheilten Urkunde 92.

4) cf. oben S. 9, Note 2.

1852 Aug. 25. tretenen Regierungen. In der vorletzten Nummer wird in Bezug auf die vom Bundespalais abgenommene schwarzrothgoldene Flagge gesagt, es sei recht gut, daß es geschehen sei, denn die Farben hätten da doch ausgesehen „wie ein Jungfernkranz auf einem Hurenhause“. Ich habe dem regierenden Bürgermeister ernste Vorhaltungen darüber gemacht, aber er entschuldigt sich mit der Unzulänglichkeit der Gesetze, und die neueste Nummer des fraglichen Blattes fährt fort, wenn auch mit minder schmutzigen, doch mit ebenso unverschämten Schmähungen gegen den Bundestag. Diese Artikel erregen hier erhebliches Aufsehen, werden mit Hohn in den Gasthäusern vorgetragen, und lassen es gerechtfertigt erscheinen, wenn man dabei den Bundestag mit einer abgenutzten Vogelscheuche vergleicht, die von den Spatzen, welche sie schrecken soll, ohne Scheu verunreinigt wird. Ich bin kein leidenschaftlicher Seide der Bundesautorität, aber wenn die Mißachtung soweit geht, so wird Preußen, wie jeder andere Bundesstaat mitgetroffen, namentlich da die Frechheit der Angriffe seit der Vertagung und dem Preußischen Präsidium offenbar zugenommen hat, und letzteres jetzt der alleinige Träger der Geschäftsführung ist. Ich habe daher dem regierenden Bürgermeister mit aller Höflichkeit mündlich erklärt, daß, wenn ich in drei Tagen nicht eine Anzeige über die von der Stadt zur Verhinderung fernerer Beleidigungen der Bundesversammlung getroffenen Maßregeln erhielte, ich von Seiten des Bundes Maßregeln der Nothwehr gegen die Fortsetzung dieser Verunglimpfung einleiten müsse, da mir die Wahrung der Würde des Bundes für jetzt obliege. Das Haupt der Republik versprach in Folge dessen, auf gestern den Senat zu berufen, und womöglich gegen das Blatt einzuschreiten. Geschieht nichts der Art, so ist meine Absicht, ohne Sävitien gegen Personen, die Druckerei des Volksblattes von einem gemischten Commando der Bundestruppen besetzen und schließen zu lassen, und die Folgen zu gewärtigen.

Ich schreibe Vorstehendes nicht in der Absicht, durch eine ausdrückliche Billigung von Seiten Ew. Excellenz der Verantwortung für mein Attentat überhoben zu werden, glaube vielmehr, daß die Natur der beabsichtigten Maßregel es mit sich bringt, daß ich dabei meine eigene Haut zu Markte trage. Aber ich halte doch für meine Pflicht, Meldung von der Sache zu thun, damit Zeit zu einem telegraphischen Verbot bleibt, falls Ew. Excellenz meinen coup d'état den Interessen der Regierung zuwiderlaufend halten, auch dann, wenn ich ihn ohne Instruktion auf eigene Verantwortung ausführe. Etwas, glaube ich, muß geschehen, denn die Regierungen selbst verlieren zu sehr in der Achtung der Bevölkerung, wenn dergleichen ruhig geduldet wird“.[1])

1) Herrn von Bismarck's Haltung fand die volle Billigung des Minister-Präsidenten und war auch vom Erfolge gekrönt, indem das „Volksblatt“ verboten und gegen den Redacteur Habermann gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde.

44. Eigenhändiger Bericht, betr. die Tauffeier bei Herrn v. Bismarck. Wohnungscalamität und Erholungsbedürftigkeit. Zollvereinskrisis. 14. September 1852.

1852 Sept. 14.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir zuvörderst anzuzeigen,[1] daß die Taufe, bei der Sie die Güte haben wollen,[2] Ihren geistigen Beistand zu leihen, am Montag den 20. cr. stattfinden wird. Da ich mir, schon aus Rücksicht auf den Zollkrieg, keine Aussicht auf die Ehre und das Vergnügen machen darf, Sie in Person hier zu sehen, so wollte ich Sie bitten, meinen Oheim Kleist[3]) als Stellvertreter anzunehmen oder, wenn dem der Landtag die Abwesenheit eines Tages nicht erlauben sollte, den Oberst von Kessel, Commandeur unserer hiesigen Truppen. Die sonstigen Pathen werden sein Se. K. H. der Prinz von Preußen, Graf Stolberg (beide durch Procuration), Herr von Canitz,[4]) Frau von Scherff und Frau von Kessel.

Ich bin durch den Verkauf meines Hauses in eine unbehagliche Lage gerathen. Die sonderbarsten Umstände mußten zusammentreffen, um mich zu delogiren. Ein Westphale, Namens Lehmkuhl, mußte nach Cuba gehen, dort, obschon selbst häßlich, eine schöne und reiche Spanierin heirathen, mit der hierherkommen, an meinem Hause ein sonderbares Gefallen finden, und dem Eigenthümer einen übermäßigen Preis dafür bieten. Kauf bricht hier Miethe, ich muß schleunig räumen, und in der ganzen Stadt ist eigentlich kein geeignetes Quartier zu haben. Dazu kommt, daß die wenigen, die überhaupt zu miethen sind, gleichzeitig zum Verkauf stehen, und es sich da wiederholen kann, daß ich ein Jahr lang baue und einrichte und dann ausziehen muß. So z. B. das von der Gräfin Hohenthal, der ehemaligen Gräfin Bergen, entschieden das beste Haus in Frankfurt,[5]) aber als Ganzes zu groß und zu theuer für mich. Ich bin in einiger Verzweiflung über diese meine Obdachlosigkeit bei Eintritt des Winters. Dazu kommt, daß ich seit mehreren Wochen an Grippe und Rose leide. Zu völliger Herstellung möchte ich gern noch in der nächsten Woche auf vierzehn Tage in ein englisches Seebad gehen, und habe deshalb eine Bitte um Urlaub eingereicht.[6])

Von den Zollsachen habe ich hier nichts weiter vernommen, als was auch schon in Zeitungen steht, bis auf einige untergeordnete Details, z. B. daß

1) Tags vorher (13. September 1852) hatte Herr von Bismarck den Minister Freiherrn von Manteuffel um einen dreiwöchentlichen Urlaub zum Gebrauch des Seebades in Brighton in England gebeten.

2) cf. oben S. 101.

3) cf. oben S. 104, Note 3.

4) cf. oben S. 53, Note 1.

5) Wegen der Zweckmäßigkeit des Ankaufs eines Preußischen Gesandtschaftshôtels in Frankfurt a. M. vergl. Band I, S. 31 f. und 214 f.

6) cf. oben Note 1.

1852 Sept. 14. Österreich zuerst nach unserer letzten Erklärung[1]) Wien oder Prag als Ort einer neuen Zusammenkunft vorgeschlagen hat, und von Sächsischer Seite der Gedanke angeregt worden ist, Preußen und Österreich um Beschickung der nächsten Conferenz der Coalitionsstaaten anzugehen; bei den Anderen scheint diese Idee, die wohl nur darauf berechnet war, unsere voraussichtliche Weigerung auszubeuten, keinen Anklang gefunden zu haben. Der Fürst Wittgenstein in Wiesbaden[2]) findet die Situation (Nassaus) pénible et dangéreuse, wie mir Sir A. Malet sagt, und der Herzog soll sich wieder mit Wintzingerode[3]) in Verbindung gesetzt haben, um dessen Ansicht zu hören. In Darmstadt ist das Hauptwerkzeug unserer Gegner der Beichtvater der Großherzogin, wenn ich nicht irre heißt er Lücht; er steht im intimen Verkehr mit dem Pater Kindermann, der sich gewöhnlich in Mainz aufhält.

Die Hauptstärke des österreichischen Verfahrens liegt in dem Mangel an Blödigkeit im Fordern, und im Beanspruchen alles dessen, was man wünscht, als einer ganz natürlichen und billigen Sache. Diese désinvolture dominirt die Darmstädter Cabinette. Ich glaube, wenn wir, bei unveränderter Höflichkeit in der Form, unsere Forderungen in der Sache höher spannten, z. B. Concessionen in Bezug auf den jetzt so lüderlichen und langsamen Eisenbahnbetrieb in den hiesigen Staaten, und bei einigen den Wechsel der Ministerien als Bedingung der Wiederaufnahme in unseren Zollverein hinstellten, so glaube ich, daß unsere Stellung in der Verhandlung dadurch gebessert würde. Von Canitz[4]) höre ich, daß Dalwigk[5]) sich jetzt nachgiebiger äußert; vielleicht ist es auch nur eine Finte, um die Verhandlungen von neuem zu trainiren, was gewiß nachtheilig für uns wirken würde. Die Entscheidung kann nicht gut länger verzögert werden, sowohl aus den materiellen Gründen des Druckes, den die Ungewißheit auf Handel und Verkehr übt, als auch, weil unsere Position durch Zögern leidet, durch frische Initiative und angriffsweises Verfahren aber gewinnt".

---

1) Am 30. August 1852 gab Preußen auf der Zollvereinsconferenz dem Wunsche von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen-Nassau entsprechend eine Erklärung ab, welche den betheiligten Zollverbündeten die Überzeugung gewähren mußte, daß die Preußische Regierung sich mit denselben über den mit Österreich abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag in allen wesentlichen Punkten im Einverständnisse befand.

2) cf. oben S. 105, Note 3.

3) cf. oben S. 24, Note 1.

4) cf. oben S. 53, Note 1.

5) cf. oben S. 103, Note 3.

45. Eigenhändiger Bericht, betr. den Einfluß des Frhr. v. Koller auf den König von Hannover. Beurlaubung des Frhr. v. Canitz. 21. September 1852.

1852 Sept. 21.

„Ein sicherer und mit den Personen vertrauter Gewährsmann sagt mir, daß die Unsicherheit in der Haltung der Hannoverschen Regierung vorzugsweise durch die persönliche und direkte Einwirkung des Herrn von Koller[1]) auf Se. M. den König von Hannover hervorgebracht werde. Koller soll sehr gewandt sein, der König Georg aber, wie ich mich selbst überzeugt habe, ist leicht ohne Zeugen zu sprechen, und bei seinem körperlichen Zustande ist es schwer, ihm ein beigebrachtes Mißtrauen oder Vorurtheil überzeugend zu benehmen. Ein großer Anhänger des September-Vertrages[2]) ist Se. Majestät ohnehin nicht. Baron Koller soll auch Geldmittel nicht sparen, sowohl bei der untergeordneten Umgebung des Königs, als bei der Redaction der Hannoverschen Zeitung, deren Personal in Mißachtung bei den anständigen Leuten aller Parteien steht. Koller soll namentlich, bei der Neigung des Königs Georg, sich im Gespräch durch einen geschickten Partner hinreißen zu lassen, durch Se. Majestät selbst stets sehr genau au fait der intimsten Ansichten des Cabinets sein. Meine Nachrichten sind von einem älteren und ruhigen Mitgliede der dortigen Junkerpartei, welches mir persönlich befreundet ist. Vielleicht könnte Graf Nostitz[3]) dieser Bearbeitung des Königs durch Herrn von Koller in irgend einer Weise entgegenwirken. Herr von Schele[4]) selbst klagte mir früher über die Schwierigkeit, den König vor der persönlichen Berührung mit Intriganten sicher zu stellen, da er nicht liebt, wenn bei Privataudienzen ein Dritter zugegen ist.

Canitz[5]) wartet mit Schmerzen auf seinen Urlaub; er ist wirklich leidend, und liegt augenblicklich mit Fieber hier in meinem Hause zu Bett. Wenn Ew. Excellenz ihm Urlaub geben, so wäre es vielleicht, in Betracht der Darmstädter Bosheit, gut, ihn nur durch Wentzel[6]) formell vertreten zu lassen, oder auch gar nicht, denn Darmstadt ist doch für die Haltung der Coalition nicht maßgebend. Sonst bin ich auch gern dazu bereit".

---

1) Freiherr von Koller, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Gesandter in Hannover, demnächst auch in Berlin.
2) cf. oben S. 41, Note 1.
3) cf. oben S. 51, Note 1.
4) cf. oben S. 7, Note 1.
5) cf. oben S. 53, Note 1.
6) cf. oben S. 30, Note 2.

46. Eigenhändiger Bericht, betr. das Gerücht von der Abberufung des Grafen v. Thun. Parteinahme der Österreichischen Presse in den Belgisch-Französischen Streitigkeiten. Klindworth. Politische und commercielle Consequenzen einer Zollunion mit Österreich. Das Christenthum der einzige Halt für Fürsten und Völker. Unmöglichkeit einer direkten Verständigung mit Österreich. Rußlands Politik gegen Österreich. Herr v. Meyendorff. Einladung zur Jagd in Letzlingen. 23. September 1852.

1852 Sept. 23.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für das Schreiben von 18. cr., welches ich vorgestern Abend nebst dem Mémoire über die Zollvereinssache durch einen Expressen von Schulenburg erhalten habe. Das Gerücht über Graf Thun's Bestimmung nach Berlin ist inzwischen auch von Darmstadt aus hierher gelangt und nennt man Rechberg [1]) als seinen Nachfolger. Das Zerreißen derjenigen Verbindungen, welche sich an Thun's Person knüpfen und durch seine längere Anwesenheit hier bedingt waren, ist für Österreich ein Nachtheil, und wenn Graf Rechberg ihn wirklich ersetzt, so zweifle ich nicht, daß er Stoff liefern wird, unseren Allergnädigsten Herrn zu überzeugen, wie wenig eine Steigerung der Gewalt und Competenz des Bundes in seiner jetzigen Verfassung der Würde und den Interessen der Preußischen Krone entspricht. Solange der Bund seine jetzige Organisation behält, wird er nichts weiter sein können, als eine, so leidlich als die Umstände es erlauben, eingerichtete Assecuranz gegen Kriegs- und Revolutionsschäden, und auch in dieser Hinsicht fürchte ich, daß bei einem ausbrechenden Französischen Kriege die erste Aufgabe Norddeutschlands und Österreichs sein würde, Baden und Württemberg von den sie im ersten Moment überschwemmenden Franzosen zu befreien, und Bayern den Muth oder Willen zu stärken, entschieden für Deutschland einzutreten.

Einiges Befremden erregt hier die unleugbare Parteinahme der Österreichischen Presse gegen Belgien in den Belgisch-Französischen Streitigkeiten,[2]) und namentlich Herr von Bothmer[3]) sprach mir gestern seine Entrüstung

1) cf. oben S. 71, Note 2.

2) Nach dem Staatsstreich am 2. Dezember 1851 kam eine große Zahl Französischer Flüchtlinge nach Belgien. Trotz der besonnenen Haltung der Belgischen Regierung, welche die Polizei über die Flüchtlinge mit Vorsicht und Strenge handhabte, wollten doch die Gerüchte Napoleonischer Eroberungsgelüste in Belgien nicht verstummen. Immerhin hielt die Regierung es für rathsam, das Heerwesen in guten Stand zu setzen und für die Errichtung eines verschanzten Lagers bei Antwerpen ein erhebliches Credítgesuch einzureichen. Auch in Betreff des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Frankreich herrschten um dieselbe Zeit Differenzen zwischen den benachbarten Regierungen.

3) cf. oben S. 71, Note 3.

darüber aus, daß man in Österreichischen Kreisen das Aufgeben Belgiens im Falle ernster Conflicte als eine leichte und natürliche Sache zu betrachten scheine.

1852 Sept. 23.

Mit Klindworth[1]) habe ich bisher durch das Medium seines Secretairs Appel und durch Zietelmann in Verbindung gestanden. Appel ist jetzt in Stuttgart und Zietelmann gestern bei Klindworth selbst in Eltville gewesen. Er hat Ew. Excellenz Bestellung an ihn ausgerichtet, und gefunden, daß er mit dem größten Interesse auf Ew. Excellenz fraglichen Brief wartet, das Opus über deutsche Verfassungen aber in etwa vierzehn Tagen zu liefern gedenkt. Einen detaillirten Bericht über Zietelmann's mitgebrachte Eindrücke werde ich morgen oder übermorgen vorlegen. Klindworth behauptet, alle Verbindung mit dem König von Württemberg wegen dessen Wankelmuth abgebrochen zu haben. Die Reise seines Secretairs nach Stuttgart widerspricht dem.

Das für Graf Nesselrode[2]) bestimmte Mémoire habe ich mit vielem Interesse gelesen; meiner Auffassung nach würde ich die politischen Gefahren, die wir von der Zolleinigung zu fürchten haben, weniger stark accentuirt, und die finanzielle und commerzielle Inconvenienz mehr in den Vordergrund gestellt haben. Ganz schlagend aber ist es, daß nicht unser Verhalten die Revolution fördert, sondern das unserer Gegner, an deren Regierungen die letzten Jahre so eindruckslos vorübergegangen sind, daß sie offen vor ihren Unterthanen constatiren, wie deren materielles Wohl den Launen der Dynastien geopfert wird. In dieser Beziehung enthält das Buch von Frantz[3]) die unleugbarsten Wahrheiten, nur sind sie, wie mir scheint, ungeschickt eingekleidet und gruppirt, und falsch motivirt. Denn nur das Christenthum, welches Frantz aus seinem Calcül streicht, kann die Fürsten in würdiger Weise zu dem machen, was Frantz vorschwebt, und sie von der Auffassung des Lebens lösen, welches sie, oder doch viele unter ihnen, in der von Gott verliehenen Stellung nur die Mittel zu angenehmem und willkürlichem Leben suchen läßt. Für einen Menschen, der nicht an Pflichten glaubt, die ihm im Wege göttlicher Offenbarung auferlegt sind, sehe ich nichts in der Welt, was ihn abhalten sollte, nach seiner Phantasie das Leben zu genießen, außer der Furcht vor Schaden an Person und Vermögen; und darüber wiegt man sich leicht in Täuschung ein, ob derartiger Schaden bevorsteht.

Eine direkte Verständigung mit Österreich halte ich auch für unmöglich. Die Bedingungen würden jedenfalls schlechter für uns sein, als die, welche wir sicher erreichen werden, wenn wir es auf die vollständigste Isolirung ankommen lassen, und sie eintretendenfalls muthig acceptiren. Und was wir auf diesem Wege erreichen, hat eine ganz andere Bedeutung, weil wir es der

1) cf. oben S. 84, Note 2.
2) cf. oben S. 70, Note 6.
3) cf. oben S. 8, Note 4.

1852 Sept. 23. eigenen Schwerkraft verdanken, nicht dem kostspieligen und gefährlichen guten Willen Österreichs. Daß dem Freihandel die Zukunft gehört,[1] erkennen sogar die Männer der Coalition und das Wiener Cabinet an, sie wollen nur noch etwas warten.

Herr von Savigny schrieb mir auch vor kurzem seine Auffassung, daß Rußland Österreich auf Deutschland anweist, um mit den Slaven freie Hand zu behalten. Ich glaube, daß Rußland es recht gern sieht, wenn sein Nachbar in Deutschland Beschäftigung hat, aber nicht, wenn er bei dieser Gelegenheit seine Macht durch die Hülfsquellen ganz Deutschlands verstärkt, denn dann würde er nur ein um so kräftigerer Nebenbuhler auf dem Gebiete des Slaventhums und der Donau werden. Ganz unslavisch kann Österreich ohnehin niemals werden, da es Böhmen, Mähren, Illyrien, Kroatien, Westungarn doch nicht missen kann und seine ferneren Slaven nicht wird missen wollen, ohne kriegerischen Zwang, sich also auch nicht gern an der Donaumündung und der Südgrenze von Rußland unterbinden lassen wird. Ich halte daher die Auffassung meines Freundes in Karlsruhe für Phantasie. Ohnehin ist die Politik des Kaisers Nicolaus vielmehr conservative Tendenz- als Eroberungspolitik; er hat Länder genug, um froh zu sein, wenn er sie gegen den Zeitlauf geschützt weiß, und das Russische Cabinet hat aus den Symptomen von 1848 gewiß mehr Weisheit geschöpft als die Darmstädter.

Meyendorff's[2] Leidenschaftlichkeit halte ich mehr für persönlich; er ist zähe, eigensinnig, und die Schwägerschaft mit Graf Buol um so weniger ohne Einfluß, als das verbindende Glied, die Frau, ihren Bruder liebt, gescheut ist und politisirt.

Se. Majestät haben mich auf den 29. cr. zur Jagd nach Letzlingen befohlen, und wenn ich es hier, wie ich glaube, ohne Nachtheil für den Dienst einrichten kann, so bitte ich, daß Ew. Excellenz mir Erlaubniß geben wollen, am 28. Abends in Magdeburg resp. Letzlingen eintreffen zu dürfen. Nach Berlin würde ich von dort nur auf Ihren besonderen Befehl kommen".

47. Eigenhändiger Bericht, betr. die Indiscretionen im Preußischen Wochenblatt und die muthmaßlichen Quellen derselben. Haltung der Coalitionsstaaten in der Zollvereinskrisis. Theilnahme an den Kammerverhandlungen. 30. September 1852.

Sept. 30. „Ew. Excellenz Schreiben vom 26. cr.[3]) habe ich so eben über Cöln er-

1) Daß Herr von Bismarck ehemals dem Freihandel huldigte, ist bereits bekannt. cf. die Einleitung zum I. Bande von „Preußen im Bundestag" S. 24*.

2) Freiherr von Meyendorff, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Wien.

3) Das Preußische Wochenblatt vom 28. August 1852 enthielt auf S. 463 einen Artikel über die Maßnahmen der Bundesversammlung in Bezug auf die Verfassungsverhältnisse Luxemburgs, welcher die Sachlage, der Wahrheit in der Hauptsache entsprechend, so

halten. Zu demselben bemerke ich einstweilen, daß ich gegen Kelchner [1]) keinen Verdacht wegen Mißbrauch seiner dienstlichen Stellung zu unbefugten Mittheilungen hege. Er hat mich im Gegentheil öfters auf bedenkliche Correspondenzen und andere Indicien, die auf die Spur leiten können, aufmerksam gemacht. Auch gegen die beiden Kanzleibeamten Eckert und Thiessen habe ich keinen Grund zum Mißtrauen. Matthis [2]) und Graf Goltz [3]) haben natürlich vielfache Verbindungen hier. Letzterer soll namentlich lebhafte Beziehungen zu dem Carl Bethmannschen Hause unterhalten, dessen Frau die Schwester des Fräulein von Brints ist. Diese Leute haben gute Quellen. Frau von Brints, die Schwester des Grafen Buol, ist gescheidt und lebhaft, ihr Gatte, der keins von beiden ist, disponirt über das Journal de Francfort, und Herr von Dörnberg, Chef der Taxisschen Post, ist der Hausfreund. Möglich ist auch, daß einer der Bundestagsgesandten mit dem Wochenblatt correspondirt. Von dem Preußischen Personal hier sind, nach Abgang des Hauptmanns Bergmann (Artillerie-Militaircommission), der Geheim-Rath Crüger [4]) und der Oberstlieutenant von Twardowsky [5]) am Orte. Der Erstere hat sich durch anspruchsvolle Gereiztheit in eine falsche Stellung zu den Spitzen des hiesigen Preußenthums gesetzt; mit Waldersee und Kessel steht er in gespanntem Verhältniß, mit Wentzel und Zietelmann verkehrt er nur noch dienstlich und schriftlich, und ich habe meine große Noth im persönlichen Verkehr mit ihm. Nach Berlin hin correspondirt er vorzugsweise mit dem Dr. Hupke (der in der Paulskirche eine Rolle spielte) und mit Herrn von Kehler, welche beide jetzt im auswärtigen Ministerium als Expedienten arbeiten; dann mit dem Geheimen Rath Horn im Finanzministerium. Crüger lebt hier nur mit Twardowsky in Einvernehmen, und beide gehören der Farbe des Preußischen Wochenblatts an. Der Erstere läßt seine ziemlich lebhafte Correspondenz, namentlich mit den Herren Hupke und von Kehler niemals, wie es die übrigen Beamten der Gesandtschaft thun, durch Kelchner's Hände gehen, sondern schickt und empfängt seine Briefe direkt; er scheint deshalb mit der hiesigen Post besondere Abrede getroffen zu haben. In dem speciellen Falle des fraglichen Artikels über Luxemburg glaube ich nun

1852 Sept. 30.

---

detaillirt mittheilte, daß dessen Verfasser nur aus einer mit den einschlägigen Vorgängen vollständig vertrauten Quelle geschöpft haben konnte. Mittelst Erlasses vom 26. September 1852 theilte der Minister Frhr. von Manteuffel Herrn von Bismarck seine Vermuthungen über die Entstehung der auf die Luxemburger Angelegenheit bezüglichen Notiz im Preußischen Wochenblatte mit.

1) Kelchner, Hofrath, Vorstand der Preußischen Gesandtschaftskanzlei in Frankfurt a. M.

2) Matthis, Oberkirchenraths-Präsident, 1852—1855 Mitglied der Fraction Bethmann-Hollweg, früher eifriger Anhänger des Ministeriums „der rettenden That", demnächst ein entschiedener Opponent derselben.

3) cf. oben S. 77, Note 2.

4) cf. oben S. 44, Note 2.

5) Preußischer zweiter Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

1852 Sept. 30. zwar nicht, daß die Indiscretion von Crüger herstammt, weil ich überzeugt bin, daß er den fraglichen Immediatbericht, aus welchem der Artikel, bis auf die hinzugefügte Nachricht über Graf Thun, wörtlich entnommen zu sein schien, rechtzeitig nicht zu sehen bekommen hat; aber im Allgemeinen sind seine Verbindungen mißtrauenerweckend, und sein gesellschaftlicher Ehrgeiz beeinträchtigt seine Brauchbarkeit. Das Österreichische Mitglied der Kassenabtheilung, Baron Nell, ist eins der nützlichsten Werkzeuge des Grafen Thun, während mir Crüger durch seine Wunderlichkeiten Verdruß und Hemmnisse bereitet. Die Überschätzung seiner Stellung und seiner Person hat ihn, trotz meiner anfänglichen Bemühungen, mit ihm in freundlichem Vernehmen zu bleiben, doch dahin gebracht, daß er sich mir gegenüber auf denjenigen dienstlichen Verkehr beschränkt, den ich ausdrücklich verlange, und auch bei diesem bewegt er sich zur Wahrung der Unabhängigkeit seiner Stellung in Formen, die das Geschäft erschweren und zu Streitigkeiten mit Wentzel und Zietelmann Anlaß geben. Jede Ausstellung darüber nimmt er als persönliche Kränkung mit der Erklärung auf, daß er sehr gern seine hiesige Stellung, die ihn ohnehin in Carrière benachtheilige, aufgeben wolle, wenn man mit seinen Diensten nicht zufrieden sei. Ich bin mir bewußt, in Würdigung der Schwierigkeit, die es für einen älteren und sehr selbstbewußten Beamten hat, unter einem Neuling, wie ich bin, zu stehen, die bescheidensten und rücksichtsvollsten Formen in unseren Verkehr zu legen, aber es wird mir nichts anderes übrig bleiben, als das Rauhe herauszukehren. Meine frühere Unzufriedenheit mit Zietelmann ist gänzlich geschwunden, seit ich eine richtigere Weise ihn zu verwenden ermittelt habe. Er ist ungeeignet selbst zu schreiben, dagegen habe ich ihn mit Erfolg benutzt, um fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, und namentlich um persönliche Verbindungen mit Stände-Mitgliedern und anderen einflußreichen Personen in Nassau, Hessen, Rheinbayern, Franken und hier am Orte zu unterhalten und durch diese im Sinne des Zollvereins zu agitiren. Seinem redlichen Diensteifer habe ich schon früher Gerechtigkeit widerfahren lassen. Außer den Personen, die in dem mir von Ew. Excellenz übersandten Polizeibericht aufgeführt sind, ist auch der Geheime Legationsrath Gruner[1]) Mitarbeiter des Wochenblatts. Bei dessen langjährigen Beziehungen zu vielen der noch jetzt fungirenden Ministerialbeamten kann er leicht in den Besitz amtlicher Nachrichten gelangen. Auch aus dem Vorzimmer Sr. Majestät, wo ich diplomatische Berichte mitunter in den Händen von Personen gesehen habe, die keineswegs zu den Freunden des Ministeriums gehören, dürfte Manches transpiriren. Goltz halte ich, obschon er ohne Zweifel die meisten Artikel über Frankfurt schreibt, doch nicht für den Verfasser der Luxemburger Nachricht; er war damals hier am Rhein, und später in Ostende. Was die Andeutung des gründlicheren von den beiden Polizei-

1) cf. oben S. 18, Note 2.

1852 Sept. 30.

berichten betrifft, inwieweit es rathsam sei, Matthis und Goltz für die Regierung zu gewinnen, so dürfte dies bei dem Ersteren leicht sein; Goltz aber hat zu viel Ehrgefühl und zu viel Galle, um sich, nachdem er soweit gegangen ist, gewissermaßen abkaufen zu lassen. Vor einem Jahre, höre ich, würde Goltz gern den Posten in Lissabon genommen haben, wenn er es nicht ex post gesagt hat, um einen Beweis seiner Genügsamkeit zu geben. Daß die sogenannte Partei Bethmann-Hollweg[1]) beseitigt wäre, wenn Goltz und Matthis Anstellungen erhielten und annähmen, halte ich für entschieden; nur müßte es nicht in Berlin sein. Den Gewinn des Ersten würde ich höher anschlagen als den Anderen, weil jener mehr Energie und Achtbarkeit hat. Herr von Radowitz[2]) hat, bis zum August cr. wenigstens, nicht in unmittelbarer Verbindung mit dem Wochenblatt gestanden; wenigstens weiß ich, daß Goltz sich über den großen „politischen Fehler" des Herrn von Radowitz beklagt hat, sich nicht an die Spitze der Bethmannschen Partei gestellt zu haben.

Mit Überraschung habe ich in der Zeitung gelesen, daß Graf Hatzfeldt[3]) doch abgehen würde; er war vor einiger Zeit bei mir, sehr wohl anscheinend, und aufgeräumt über den Gedanken, daß man, wie er in Baden gehört hatte, seinen Nachlaß schon hätte theilen wollen; er verglich sich mit Tanatschek in dieser Beziehung.

Die hiesigen Vertreter der Coalitionsstaaten bleiben dabei in ihrer Ansicht, daß es zur wirklichen Sprengung des Zollvereins nicht kommen werde; sie wüßten noch nicht wie, aber auf irgend eine Weise müsse es sich bis Ende nächsten Jahres arrangiren, auch wenn Preußen die jetzige Münchener Erklärung[4]) zurückweise. So äußerten sich noch gestern die Gesandten von Bayern und Württemberg zu mir; der Letztere klagte, daß wir den Mittelstaaten nicht genug „den Hof machten", und unsere Bemühungen lieber an Österreich verschwendeten. Die Demonstration des Sächsischen[5]) und jetzt des Pommer-

---

1) Die hauptsächlichsten Mitglieder der Fraction Bethmann-Hollweg oder Riebel waren der spätere Minister von Bethmann-Hollweg, der spätere Oberkirchenraths-Präsident Matthis und der frühere K. Sächsische Minister von Carlowitz.

2) cf. oben S. 6, Note 3.

3) cf. oben S. 18, Note 7.

4) Vom 17. bis 19. September tagte in München eine Minister-Conferenz, auf welcher die Darmstädter Verbündeten den Entwurf einer Antwort auf die von Preußen in der Zollconferenz vom 30. August abgegebene Erklärung beriethen. Abgedruckt findet sich der gedachte Entwurf (allerdings nicht ganz correkt) in der Vossischen Zeitung vom 30. September und in der Frankfurter Zeitung vom 2. Oktober 1852. Das Nähere bei Weber: Geschichte des deutschen Zollvereins. S. 321 f.

5) In der fünften Plenarsitzung (18. September 1852) des Provinzial-Landtages der Provinz Sachsen bemerkte ein Abgeordneter der Ritterschaft, daß nach soeben von Berlin eingegangenen Nachrichten die Coalition faktisch die Verhandlungen in der Zollfrage abgebrochen und die Königliche Staatsregierung deshalb den Entschluß gefaßt habe, nur noch mit den Bevollmächtigten von Hannover, Oldenburg, Braunschweig und den Thüringischen



1852 Sept. 30. schen Provinzial-Landtages[1]) hat übrigens Eindruck, und den Herren die Unmöglichkeit, daß unsere Regierung nachgeben könne, mehr als alle Zeitungen wahrscheinlich gemacht.

Aus meinem Wahlkreise[2]) ist mir die Aufforderung zugegangen, mich zu erklären, ob ich die Wahl[3]) annehmen und ob mir mein Amt gestatten würde, den Kammersitzungen dauernd beizuwohnen. Ich kann letzteres in der That nicht mit gutem Gewissen bejahen; durch die Doppelexistenz, wie im vorigen Winter, verliere ich an beiden Orten den persönlichen Einfluß, den bei Kammer und Bundestag nur fortdauernde Anwesenheit erhalten kann. Ich habe indeß mich nicht erklären wollen, ehe ich Ew. Excellenz Meinung kenne".

48. Eigenhändiger Bericht, betr. die Abberufung des Hannoverschen Bundestagsgesandten v. Bothmer. Zollvereins-Nachrichten aus München, Darmstadt und Hannover. 6. Oktober 1852.

Okt. 6. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß, wie ich aus ganz sicherer Quelle weiß, die in mehreren öffentlichen Blättern enthaltenen Andeutungen über einen bevorstehenden Wechsel in der Person des K. Hannoverschen Bundestagsgesandten nicht ohne Begründung sind. Man hat Herrn von Bothmer, muthmaßlich aus Rücksicht auf das gegen ihn ergangene Kammervotum,[4]) die Alternative gestellt, entweder ganz und definitiv zum diplomatischen Fache überzutreten, oder auf seinen Posten als Präsident in Celle zu gehen, dessen Offenhaltung er sich bei Übernahme seines hiesigen Postens ausbedungen hatte. Auf eine Gegenvorstellung des Herrn von Bothmer ist der

---

Staaten weiter zu verhandeln. Durch diesen hocherfreulichen Entschluß habe die Regierung Sr. M. des Königs wiederum den Dank des gesammten Vaterlandes erworben und es werde daher dem Landtage anheimgestellt, der Staatsregierung diesen Dank in einer besonderen Adresse aussprechen zu wollen. Der Provinzial-Landtag faßte fast einstimmig einen dementsprechenden Beschluß.

1) In dem am 12. September 1852 einberufenen Provinzial-Landtage im Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen gelangte zur Berathung eine Petition auf schleunige Einberufung einer Sachverständigen-Commission zur Ertheilung von Beirath in den schwebenden handelspolitischen und Zoll-Fragen. Die Petition wurde zur Kenntniß Sr. Majestät gebracht.

2) cf. oben S. 28, Note 1.

3) Herr von Bismarck ließ sich in die Kammer demnächst nicht wieder wählen. Die Urwahlen erfolgten am 25. Oktober 1852, die Wahl der Abgeordneten am 3. November 1852.

4) In der Sitzung der Zweiten Hannoverschen Kammer vom 2. Juli 1852 stellte der Abgeordnete Ellisen den Antrag, Königlicher Regierung zu erklären, daß die Stände es dankbar anerkennen würden, wenn das Königreich in seinen Gesandtschaften durch Persönlichkeiten vertreten würde, die in höherem Maße, als es gegenwärtig bei dem Gesandten in Frankfurt der Fall sei, das Vertrauen des Landes besäßen, dessen Interessen in ersprießlicher Weise wahrzunehmen. Man vergl. die Verhandlungen der Ersten Kammer S. 142 und 145, der Zweiten Kammer S. 99 und 192.

Bescheid noch zu erwarten, wenn aber die Regierung bei ihrer Ansicht in Betreff der Incompatibilität beider Stellen beharrt, so ist er entschlossen, nach Celle zurückzugehen. Ich würde den Abgang des Herrn von Bothmer lebhaft beklagen; er ist ein ruhiger und durchweg ehrenhafter Mann, und unseren Interessen persönlich geneigt. Sollte er aber abgehen, so könnte vielleicht durch Graf Alvensleben[1]) dahin gewirkt werden, daß wenigstens kein für uns feindseliges Element ihn ersetzt. Noch bemerke ich, daß mir vorstehende Mittheilungen mit der Bitte, sie noch nicht zu divulgiren, gemacht worden sind.

1852 Okt. 6.

Durch Sir A. Malet erfahre ich, daß dem Englischen Gesandten in München[2]) durch den Vertreter des Herrn von der Pfordten gesagt worden ist, die Weigerung (refus) Preußens breche die Unterhandlungen keineswegs ab, man hoffe vielmehr dessenungeachtet ein gedeihliches Resultat, d. h. die Erhaltung des Zollvereins. Nach der Ansicht Sir R. Milbanke's[2]) werde die Coalition sich vorerst nach Wien wenden, oder habe es schon gethan, um dort „intimidirende" Schritte gegen uns zu verabreden, von denen man hofft, daß sie uns nachgiebig stimmen würden. Milbanke glaubt aber nicht, daß Österreich darauf eingehen werde.

Das Votum der Zweiten Kammer in Darmstadt[3]) ist dem Ministerium unerwartet gekommen; man hatte gehofft, mit Hülfe der zahlreichen Beamten und durch Versprechungen und Einschüchterungen eine Majorität für motivirte Tagesordnung zu erhalten, sonst hätte man wahrscheinlich die Discussion wieder durch Vertagung abgeschnitten. Zietelmann ist ein sehr thätiger Kammerintrigant für uns gewesen.

Von der Reise Sr. M. des Königs von Hannover verspricht sich Herr von Dalwigk günstige Folgen für die Sache der Coalition. In der Presse lasse ich dieses Faktum in dem Sinne behandeln, als wolle der König Georg einen letzten Versuch machen, den König von Württemberg und die Coalition überhaupt zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen".

---

1) Graf von Alvensleben, Preußischer Staatsminister a. D.

2) Sir R. Milbanke, Großbritannischer Gesandter in München.

3) In der Sitzung vom 4. Oktober 1852 bejahte die Zweite Kammer des Großherzogthums Hessen die Frage:

„Will die Kammer nach dem Antrage der Mehrheit des Ausschusses die Staatsregierung ersuchen, mit Aufbietung aller Kräfte auf die alsbaldige Neugestaltung des Zollvereins mit Preußen und den übrigen Norddeutschen Staaten hinzuwirken, sich für Aufhebung der Ausgleichungsabgaben und sonstiger Nachtheile der Zollvereinsverfassung zu bemühen, und **erst nachdem** die Neubildung des Zollvereins eingetreten, mit Österreich einen Handels- und Zollvertrag abzuschließen und auf Grund der sich durch ihn ergebenden Erfahrungen einen auf gesunden nationalökonomischen Grundsätzen beruhenden Zoll- und Handelseinigungsvertrag anzubahnen" mit 25 gegen 23 Stimmen. cf. Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen in den Jahren 1851/52. Protokolle. XII. Band. S. 100.

49. Telegraphische Depesche, betr. den Grafen v. Thun. 16. Oktober 1852.

1852 Okt. 16. „Ew. Excellenz telegraphische Depesche vom gestrigen Tage[1]) habe ich am Abend erhalten. Ich werde heute Abend umständlich durch die Post selbige beantworten, was morgen Abend zu Hochderen Händen gelangen wird".

50. Eigenhändiger Bericht, betr. die Qualifikation des Grafen v. Thun für den Posten eines Gesandten am Berliner Hofe. 16. Oktober 1852.

Okt. 16. „Ew. Excellenz beehre ich mich auf die mir gestern Abend zugegangene chiffrirte Depesche[2]) Nachstehendes zu erwidern:

Wie ich Graf Thun auf Grund meines bisherigen Verkehrs mit ihm beurtheile, so hat er keine selbständigen politischen Anschauungen, die ihn veranlassen könnten, nach irgend einer Richtung hin die Initiative zu nehmen und auf das Wiener Cabinet bestimmend einzuwirken. Für den Fürsten Schwarzenberg, den Schöpfer seiner Carrière und den Gesellschafter bei Vergnügungen mancherlei Art, hatte er eine große persönliche Verehrung, eignete sich dessen Worte und Gedanken an und sprach in vertraulichen Stunden zu mir Schwarzenbergische Urtheile über das Verhältniß Preußens zu Österreich als eigene Ansichten aus, die dahin gingen, daß Deutschland mächtig und glücklich sein werde, wenn Preußen zum Verständniß seiner historischen Aufgabe gelange; diese bestehe nicht darin, daß es mit Österreich um den diesem gebührenden ersten Platz hadere, sondern daß es den übrigen deutschen Staaten Schutz und Garantie gegen etwaige Übergriffe Österreichs biete; er wollte etwa sagen, Preußen solle in der Bundesversammlung mehr den Volkstribun als den zweiten Consul spielen wollen. Das ließe sich noch hören, aber seinen Commentaren nach hatte er doch einen sehr fügsamen und bescheidenen Tribun im Sinne. Das waren die Echo Schwarzenbergscher Briefe, die er wie Orakel verehrte. Sonst ist er peinlich in Ausführung seiner Instruktion, und bemüht sich selten und nur auf Veranlassung anderer hiesiger Collegen, Einfluß auf den Inhalt derselben zu üben. Die einzige bedeutendere Sache, in der es geschah, war die Flottenangelegenheit, wo er es Herrn von Schele zu Gefallen that, und durch den schlechten Verlauf der ganzen Sache nur von neuem in seiner Gewohnheit befestigt wurde, die Sachen zu nehmen, wie sie von Wien kommen. Fehlt ihm Instruktion, so verfährt er gewöhnlich nach dem Rath des Herrn von Nostitz,

---

1) Der Minister Freiherr von Manteuffel theilte dem Herrn von Bismarck mit, daß Herr von Prokesch von Berlin abberufen werden solle und angefragt habe, ob Graf von Thun in Berlin angenehm sein werde. „Ich bitte um eine vertrauliche Äußerung über die Persönlichkeit des Grafen von Thun und über seine Gesinnung in Bezug auf die Verhältnisse Österreichs zu Preußen".

2) cf. die Note zu der vorhergehenden Urkunde.

1852 Okt. 16.

des Sächsischen Gesandten, auch wohl nach meinem, wenn ich der Sache nach unparteiisch bin, aber nicht leicht selbständig. Seine Hauptstärke ist ein klarer Verstand, schnelle Auffassung, Geistesgegenwart und Gewandtheit, und mit diesen Eigenschaften, zu denen entschiedener politischer Muth kommt, sobald er durch Instruktion gedeckt ist, würde er ein sehr bedeutender Mann sein, wenn er eine starke, treibende politische Überzeugung hätte, die seiner Thätigkeit Richtung und Ziel consequent vorschriebe, und wenn er nicht träge und vergnügungssüchtig wäre. Er hat, wenn er will, außerordentliche Arbeitskraft, die er stoßweise, und dann Tag und Nacht zur Anwendung bringt. Solange ihm aber das Feuer nicht auf den Nägeln brennt, schweift er gern allein oder mit seiner Frau einsam in Wäldern und Feldern umher, geht auf die Jagd, des Abends in Gesellschaft von Damen, die mehr faciles und formosae als bonae laboriosae sind, er spielt dann auf dem Casino die Nacht hindurch, wofür er des Morgens so lange schläft, daß er zur Sitzung geweckt werden muß. Ein gründlich arbeitender Unterbeamte, von dem er gewiß ist, daß er die Akten liest, wird daher großen Einfluß auf ihn üben. Bei seinem Hange zur Bequemlichkeit scheut er sich vor unangenehmen scharfen Erörterungen; nehmen die Geschäfte eine derartige Wendung, so wird er leber- und nervenkrank, aber nie so aufgeregt wie Prokesch; auch ist er offen und anständig in und außer Dienst und hat überhaupt, wenn er auch nicht ganz frei von der übertölpelnden Bonhommie und slavischen Bauernklugheit mancher seiner Collegen ist, doch das Bedürfniß, für einen Mann von Ehre, auch im Dienst und Ausländern gegenüber, zu gelten. Daß er die Existenz von Preußen im tiefsten Innern für eine Unregelmäßigkeit hält, daran zweifle ich nicht; aber seine Abneigung gegen Geschäfte, besonders gegen gereizte Zustände und deren auf die Länge für ihn aufreibende Wirkung, berechtigt zu der Annahme, daß er nichts thun wird, um die Dinge schlimmer zu machen, als sie sind, und Öl ins Feuer zu gießen; sein rascher Verstand, seine Freiheit von Pedanterie und empfindlicher Übelnehmerei erleichtern das Verhandeln mit ihm. Ungenirtheit und Trägheit verleiten ihn leicht zu Mangel an égards, und sein persönliches Verhältniß zu Buol ist, wie ich Ew. Excellenz in früheren Schreiben vorzutragen die Ehre hatte,[1]) an und für sich kein inniges; diese beiden Umstände werden machen, daß er im Allgemeinen und in besonderen Fällen das Bedürfniß einer Anlehnung an die Regierung, bei der er accreditirt ist, und einer nachsichtigen Beurtheilung hat. Die Frau ist liebenswürdig, macht ein angenehmes Haus, und gar keine Politik.

Im Vergleich mit Prokesch, Koller[2]), Rechberg halte ich Thun für vorzuziehen; die beiden Ersten sind zur Intrigue geneigt und Ew. Excellenz kennen

---

1) cf. Urkunden 27 und 29.

2) cf. oben S. 111, Note 1.



1852 Okt. 16. sie ja; Rechberg ist ein anständigerer Charakter, aber sein Preußenhaß ist aktiv und energisch, während er bei Thun höchstens die Gestalt des schmerzlichen Bedauerns über einen Mißgriff der Geschichte annimmt, der nicht mehr zu ändern ist. Ich verliere Thun ungern hier, und bin überzeugt, daß ich einen Unangenehmeren wiederbekomme. Aber hier ist Neutralisation der ganzen Maschine zuletzt ein sicheres Mittel für uns, und im Interesse der Sache kann ich nur zureden, Thun zu nehmen, wenn Buol ihn anbietet. Noch bemerke ich, daß Thun mit unseren Grafen Brühl und Westphalen nahe verwandt ist. Seine Mutter war eine Brühl[1]), und die Schwester seines Vaters, verheirathet an zwei Grafen Westphalen hintereinander, ist die Mutter unseres Gesandten dieses Namens.[2]) Thun's sind eifrig katholisch. Außerdem ist er Jäger, für Jagdeinladungen dankbar, und im Walde gemüthlich und offen mittheilend. Von den Österreichern, die ich kenne, wüßte ich nur drei, die ich lieber in Berlin haben würde, aber die wird man uns nicht geben; das ist Langenau,[3]) Graf Mensdorff[4]) und Graf Clam-Gallas, Commandirender in Böhmen. Aufrichtige Sympathien für ein billiges Hand in Hand gehen mit uns finden sich nur in den jetzt fast einflußlosen Kreisen der Alt-Conservativen, und bei denen vielleicht auch nur solange, als sie in dem jetzigen Zustande von Unterdrückung sich befinden. Unter den Männern, die jetzt im Amt und Ansehen sind, würde ich aber, nächst den oben Genannten, Thun vorziehen, soweit der Kreis meiner Personalkenntniß reicht".[5])

51. Eigenhändiger Bericht, betr. eine Unterredung mit Herrn v. Schele wegen Beilegung der Zollvereinsdifferenzen und Vermittelungsanerbieten desselben. Bayerns Haltung in der Zollvereinskrisis. Graf v. Nostitz. 4. November 1852.

Nov. 4. „Ew. Excellenz beeile ich mich über die Conversationen, welche ich mit Herrn von Schele[6]) in Blankenburg gehabt habe, zu berichten. Der Gesammteindruck ist für mich gewesen, daß das Hannoversche Ministerium, wenn auch sehr ungern, doch den September-Vertrag[7]) halten wird, auch in dem Falle,

1) Theresia Maria Anna, geb. Gräfin Brühl, geboren 8. November 1784, gestorben 8. März 1844.

2) Graf von Westphalen, 1848 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Braunschweig, zugleich bei den Großherzoglich Oldenburgischen und Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Höfen. Wegen der späteren Reactivirung desselben vergl. auch die Urkunde 67 am Schluß.

3) Freiherr von Langenau, General-Major, Österreichischer Gesandter in Stockholm.

4) Graf von Mensdorff-Pouilly, General-Major, Österreichischer Gesandter in St. Petersburg.

5) Graf von Thun-Hohenstein wurde demnächst (11. Dezember 1852) als außerordentlicher Gesandter am Berliner Hofe accreditirt.

6) cf. S. 7, Note 1.

7) cf. S. 41, Note 1.

daß der Zollverein sich auflöst, daß indeß Herr von Schele die Hoffnung nicht aufgegeben hat, uns durch Zweifel, die er über die Haltung Hannovers erregt, zu lebhafteren Anstrengungen für die Erhaltung des Zollvereins zu bewegen, während der Kriegsminister von Brandis rund heraus erklärte, Hannover werde unter allen Umständen an dem Vertrage festhalten. Herr von Schele eröffnete sogleich bei der ersten Begegnung in sehr angelegentlicher Weise das Gespräch über die Zollverhältnisse. Er klagte darüber, daß Preußen seiner tractatmäßigen Verpflichtung nicht nachgekommen sei, die „dienlichen Mittel zu ergreifen, um den Beitritt der übrigen Zollvereinsstaaten zum September-Vertrage herbeizuführen", daß im Gegentheil unser Verfahren in Hannover die Ansicht habe erwecken müssen, Preußen wünsche eine Absonderung Norddeutschlands, um letzteres sicherer zu influenciren; auch hätten wir Hannover die ihm durch den Vertrag zugesicherte Theilnahme an den Verhandlungen verkürzt, indem wir einseitig ohne Einvernehmen mit Hannover die Conferenzen abgebrochen[1]) und die Coalitionsstaaten in eine Lage gesetzt hätten, wo ihnen die eigene Ehre die Wiederaufnahme der Unterhandlungen verbiete. Hannover sei daher in seinem Rechte, wenn es sich nach dem „Geiste" des Vertrages von demselben entbunden erachte, sobald er, und zwar durch Schuld Preußens, die beabsichtigte Verschmelzung des Steuervereins mit dem Zollverein nicht zur Folge habe. Er wolle indessen damit nicht sagen, daß Hannover von diesem Rechte vorkommendenfalls Gebrauch machen werde, anstatt mit Preußen allein zollverbündet zu bleiben; er sei vielmehr der Frage, was Hannover thun werde, falls die Coalitionsstaaten aus dem Zollvereine ausschieden, noch gar nicht „nähergetreten" im Cabinet; man wünsche sie auch als eine offene betrachtet zu sehen, und namentlich in den nächsten Wochen zu keiner Erklärung gedrängt zu werden, denn gerade jetzt biete sich uns eine günstige Gelegenheit, die ganze Sache zu arrangiren, ohne daß es der Entscheidung darüber bedürfe, welche Auslegung des September-Vertrages die richtige sei. Österreich sei nämlich jetzt bereit, einen Abschluß auf zwölf Jahre mit einem Handelsvertrage zuzulassen, ohne auf bestimmtere Erklärungen, als die bisher von uns gegebenen, in Betreff der Zolleinigung zu bestehen. Es blieben also streitige Punkte zwischen uns nur die Tariffrage, und in der müsse Österreich allerdings noch in vielen Punkten nachgeben, dann die Etikettenfrage, wegen der Priorität der Reconstruktion des Zollvereins oder der Verhandlung mit Österreich.[2]) Letztere müsse man verhindern, praktisch zu werden, indem man die Summe alles dessen, was die Regierungen unter einander abmachen wollten, in Einem In-

1852 Nov. 4.

1) Über den Abbruch der Zollvereinsconferenzen durch die Preußische Circulardepesche vom 27. September 1852 vergl. Weber: Geschichte des Zollvereins. S. 322.

2) Über die Differenz wegen der Priorität des Zollvereins und der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Österreich vergl. auch Band I, S. 25* f.



1852 Nov. 4.

strumente redigire. Es sei nun allerdings von Preußen nicht zu erwarten, daß es den ersten Schritt thue, um ein solches Arrangement herbeizuführen; auch Österreich werde nicht den Anfang machen wollen; um diese Schwierigkeit zu lösen, sei er, Schele, bereit, nach Wien zu gehen und dort, nicht im Namen der Hannoverschen Regierung, sondern als glaubwürdige Privatperson dem Grafen Buol einen Vertrags-Entwurf mit dem Bemerken mitzutheilen, daß der Inhalt desselben seiner persönlichen Ansicht nach dem Preußischen Cabinet genehm sei. Er habe im Sinne eines solchen Erbietens bereits an Ew. Excellenz geschrieben und rathe dringend, die gute Gelegenheit, welche sich vermöge der jetzigen versöhnlichen Disposition des Wiener Cabinets darbiete, nicht vorübergehen zu lassen. Besonders müsse man eine solche Negotiation vor den Darmstädter Regierungen geheim halten, sonst würden diese, und namentlich Bayern, die Sache zu hintertreiben wissen. Über von der Pfordten sprach er mit Bitterkeit. Herr von Schele wünschte schließlich, daß ich sogleich nach Berlin gehen möchte, um Ew. Excellenz die Dringlichkeit und Leichtigkeit der vorgeschlagenen Arrangements wiederholt vorzustellen. Ich lehnte dies ab, angeblich wegen meiner hiesigen Geschäfte, in der That aber um kein Empressement zu zeigen, da mir jener den Grad unserer Besorgnisse vor Isolirung und den Effekt der angeregten Zweifel über die Ausführung des September-Vertrages ohnehin zu überschätzen schien.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß ich Schele's laxer Interpretation des September-Vertrages entgegentrat, und als ich unter detaillirter Beweisführung an sein juristisches Gewissen appellirte, schien er sich zu schämen; noch mehr Eindruck machte aber das Argument, daß man in Preußen, wie er zugab, den Rücktritt Hannovers, unter welchen Umständen er auch erfolge, für einen Vertrags- und Treubruch halten, und sich demzufolge vorkommendenfalls auch wieder für berechtigt ansehen werde, einer Regierung, die nicht Treu und Glauben halte, die auf nachbarliche Freundschaft keinen Werth lege, und in diesen beiden Beziehungen noch eine Scharte von dem Dreikönigsbündniß [1]) herauszuwetzen habe, mit gleichem Maße zu messen. Schele gab zu, daß die nächste Zeit politische Constellationen bringen könne, in welchen es für Hannover höchst gefährlich sei, eine derartige „Rechnung" bei Preußen stehen zu haben, und wiederholte, daß er über das definitive Schicksal des September-Vertrages nichts präjudicirt haben wollte, und sein obiges Anerbieten, nach Wien zugehen, beweise, wie er Alles aufbiete, um die Spaltung und das Mißtrauen in Deutschland zu beseitigen; auch er fürchte Frankreich, die rheinbündnerischen Reminiscenzen der Coalition, und selbst Österreichs Haltung bezüglich Frankreichs sei bedenklich.

1) Das Bündniß, welches die Könige von Preußen, Hannover und Sachsen am 26. Mai 1849 zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Deutschland und zur Entwickelung der deutschen Verfassung schlossen.

1852 Nov. 4.

Vielleicht könnte man von dem Vermittelungsanerbieten unseres Freundes wenigstens den Vortheil ziehen, daß wir durch ihn, und ohne uns selbst die Finger zu verbrennen, herausbringen, welchen Sinn das neuerliche Entgegenkommen Österreichs hat. Sr. Majestät stellte ich die Sache in diesem Sinne vor, daß wir, wo wir eine Falle wittern, gut thun, Schele, der behauptet, es sei keine Falle, vorausgehen zu lassen. Sr. Majestät war es aber nicht klar, ob Schele nicht selbst mit dem Stellen der Falle einverstanden sei, und uns um so sicherer hineinführen werde. Ich sollte aber doch glauben, das ließe sich vermeiden, wenn man seine Arrangements vorsichtig trifft, d. h. so, daß Schele für uns nur die Bedeutung eines Kundschafters hat, wenn er nach Wien geht. Die Coalition scheint übrigens im Geheimniß der neuesten Wiener Auffassungen zu sein, da Herr von Rosenberg[1]) hier ganz dasselbe gehört hat, was Prokesch in Berlin geäußert haben soll, mit dem Zusatze, daß die Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin im vollen Gange seien.

Herr von Schele erklärte die jetzige Nachgiebigkeit Österreichs damit, daß es sich herausgestellt habe, wie Bayern nichts anderes als eine Zollgruppe unter eigener Hegemonie wolle, womit weder Österreich noch Rußland einverstanden seien. Damit in Zusammenhang steht, was mir der Prinz von Württemberg auf der Herreise sagte, daß nämlich Bayern, Württemberg gegenüber, die beim Eintritte in unseren Zollverein geschlossenen Verträge geltend macht, nach welchen bei etwaiger Auflösung dieses Vereins, der früher zwischen Bayern und Württemberg bestandene wieder ins Leben zu treten hätte. Auf Baden erstrecken sich diese Verträge, so viel ich weiß, nicht, für Württemberg aber existiren sie in bindender Form.

In Bezug auf Graf Nostitz[2]) bemerkte Herr von Schele noch, daß man ihm Unrecht thue, wenn man glaube, daß er ohne Nutzen für uns dort sei; er besitze eine große Rührigkeit und manche gute alte Verbindung; für die nächsten drei bis vier Wochen aber sei es besser, daß er nicht komme, weil das Drängen in dieser Frist (der muthmaßlichen Dauer der Verhandlungen in Wien) nichts nützen könne".

Postscriptum.

„Die heutige Sitzung ist von Graf Thun abgesagt, ich hätte daher nicht so zu eilen brauchen".

---

1) Herr von Rosenberg vertrat einige Zeit den Freiherrn von Canitz auf seinem Posten in Darmstadt, demnächst (1853) Legationssecretair in Madrid.

2) cf. oben S. 51, Note 1.

52. Eigenhändiger Bericht, betr. Zietelmann. Conjecturen über den zukünftigen Präsidialgesandten. Aussichten in der Zollfrage. Obercommando über die Frankfurter Truppen. Beschwerde des Herrn v. Kettenburg wegen Beeinträchtigung der Religionsfreiheit. Zuwachs der ultramontanen Partei in der Preußischen Kammer. Kammerwahlen. Herr v. Rosenberg. 15. November 1852.

1852 Nov. 15.

„Der Assessor Zietelmann[1]) hat heute die telegraphische Nachricht von dem tödtlichen Erkranken seines Vaters in Stettin erhalten, und ich benutze die Gelegenheit seiner Reise, um Ew. Excellenz diese Zeilen zu übersenden. Dabei kann ich nicht umhin, den Überbringer Ew. Excellenz Gewogenheit wiederholt zu empfehlen. Er ist ein ebenso tüchtiger und fleißiger Beamter, als er Anfangs, und ich glaube noch jetzt, ein schlechter Artikelschreiber war. Seinem thätigen Eifer allein verdanke ich die schmeichelhafte Anerkennung, die mir von Seiten Ew. Excellenz in Bezug auf die diesseits entwickelte Regsamkeit in der Presse in einem neuerlichen Rescripte[2]) zu Theil wurde.

Als künftigen Präsidialgesandten nennt man hier noch immer vorzugsweise Rechberg[3]); doch soll dieser Privatnachrichten zufolge mit dem Bemerken abgelehnt haben, das sei ein Posten, wo man zu leicht den Hals breche. Im Übrigen verlieren sich die Vermuthungen in's Vage. Herr von Dörnberg hier, und wie ich höre auch Fürst Wittgenstein in Wiesbaden, glauben an Graf Leiningen, den General in Krakau, ehemals hier, für Österreich meines Erachtens eine sehr richtige, für uns unwillkommene Wahl. Sonst werden Hübner,[4]) Prokesch,[5]) Blittersdorf, sogar Graf Buol, den Rechberg in Wien ersetzen solle, genannt.

In der Zollfrage scheinen die Coalitionshöfe, nach den hier zu Tage tretenden Symptomen, sich vor der Hand mit der Überzeugung zu beruhigen, daß die Sache zwischen Berlin und Wien auf eine auch für sie befriedigende Weise werde arrangirt werden. Fürst Wittgenstein verspricht sich besonders von der angeblich bevorstehenden Reise des Kaisers von Österreich nach Berlin eine günstige Wendung, die der, wie er selbst gegen Dritte zugiebt, unhaltbaren Stellung Nassaus ein Ende machen würde. Kommt der Kaiser wirklich zu uns, so glaube ich allerdings, daß nur Ew. Excellenz kaltblütige Festigkeit im

---

1) Hülfsarbeiter für Preßsachen bei der Preußischen Bundestagsgesandtschaft.

2) Unterm 6. November 1852 theilte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck mit, er habe mit großem Interesse wahrgenommen, wie thätig und umsichtig derselbe das Interesse des Gouvernements in der süddeutschen Presse zu vertreten bemüht sei.

3) cf. oben S. 71, Note 2.

4) von Hübner, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Gesandter in Paris.

5) Freiherr von Prokesch-Osten, Wirklicher Geheimer Rath und Feldmarschall-Lieutenant, Österreichischer Gesandter in Berlin.

Stande sein werde, dem Eindruck dieses letzten und höflichsten Negotiationsmittels bei unserem Allergnädigsten Herrn das Gegengewicht zu halten. Fürst Wittgenstein glaubt, daß neue Zollconferenzen in Berlin unter Zuziehung Österreichs das Resultat des Kaiserlichen Besuchs sein würden, womit dann der ursprüngliche Zweck Österreichs, Theilnahme an den Zollvereinsverhandlungen, erreicht sein würde.

1852 Nov. 15.

Das Rescript vom 11. cr., das Verhalten dem neuen Kaiserthum gegenüber betreffend, habe ich heute empfangen, und werde in geeigneten Fällen mich demgemäß aussprechen.[1])

In Sachen des Herzogs von Augustenburg berichte ich heute[2]) und mit nächster Post über die geringen Aussichten, welche vorhanden sind, hier am Orte die Erledigung des Artikels 4 des Londoner Tractats[3]) in der vorgeschriebenen Weise zu fördern.

Auch über den Flottenverkauf[4]) und über das hiesige Obercommando[5]) habe ich Berichte in der Kanzlei. In letzterer Beziehung machte Graf Thun Weiterung mit Rücksicht auf seine so nahe bevorstehende Abreise, die es ihm nicht möglich mache, diese Angelegenheit jetzt gleich in der vorgeschriebenen Weise gemeinsam zu erledigen; ich habe den desfalsigen Bericht sistirt, weil er mir gestern sagen ließ, er wolle meinem Wunsche gemäß die Sache doch noch abmachen. Jene Zögerung schreibe ich persönlichen Rücksichten auf den General von Schmerling zu, die mit dessen Gehaltsbezügen in Verbindung stehen mögen; die jetzige Bereitwilligkeit, die Sache in Angriff zu nehmen, läßt mich schließen, daß Graf Thun's Abreise nicht so nahe bevorsteht, als er selbst in voriger Woche annahm.

Die interessanteste unter den neueren Eingaben beim Bunde ist die des Herrn von Kettenburg, wegen Beeinträchtigung seiner Religionsfreiheit durch die Mecklenburgische Regierung.[6]) Graf Thun widmet derselben ein lebhaftes Interesse. Ich habe ihm auf Befragen meine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, daß der aggressive Geist, welcher jetzt einen Theil der katholischen Geistlichkeit beseele, und welcher bald auch den katholischen Regierungen bedenklich erscheinen werde, mich wünschen lasse, daß meine Regierung in dieser Mecklenburgischen Sache zu Gunsten der Katholiken keinenfalls mehr thue, als das strengste Recht gebiete, und daß mir die Rheinbundsacte, auf deren Inhalt

1) cf. Band I, Einleitung S. 38* f. und Urkunden 117, 118, 120—124, 127, 130, 133—136.

2) cf. Band I, Urkunde 113.

3) cf. Band I, Urkunde 114, auch oben S. 95.

4) cf. oben S. 64 f.

5) cf. oben S. 85.

6) cf. Band I, Einleitung S. 36* f. und Urkunden 160, 184 und 185; Band II, Urkunde 116.

1852 Nov. 15. Herr von Kettenburg sich stützt, nach Auflösung des Rheinbundes einen Rechtstitel nicht mehr abgeben zu können scheine. In den öffentlichen Blättern wird diese Sache von der ultramontanen Seite her bereits lebhaft vertheidigt. So wie ich Herrn von Kettenburg kenne, fühlt er sich durch das Verfahren seiner Regierung vielmehr in der Eigenschaft eines durch Reichthum und frühe Unabhängigkeit verwöhnten Mecklenburgischen Ritters als in der eines Katholiken verletzt.

Von dem Zuwachs der ultramontanen Partei in der Kammer[1]) fürchte ich nicht viel, sobald die Rechte einig bleibt; jene sind genöthigt, mit der liberalen Opposition gemeinschaftliche Sache zu machen, und wenn die öffentliche Meinung in unseren östlichen Provinzen erst dahin kommt, den Jesuitismus und den Liberalismus zu identificiren, so ist der letztere auch der wenigen Sympathien verlustig, die er noch besitzt. Der eroberungslustige Geist im katholischen Lager wird uns doch auf die Dauer nicht die Möglichkeit lassen, dem offenen Kampfe mit ihm auszuweichen.

Die Kammerwahlen scheinen mir, soweit ich sie bei den vielen nominibus novis übersehen kann, günstig[2]) ausgefallen zu sein.

Persönlich ist es für mich bequemer, diesmal nicht zweien Herren zu dienen, sondern mich ganz dem Bunde widmen zu können; sollten aber Ew. Excellenz Gründe haben, meine Anwesenheit in der Kammer zu wünschen, so glaube ich, daß ich mich in Naugard, wo durch Doppelwahl des Herrn Ministers von Raumer eine Vacanz ist, würde wählen lassen können.

Rosenberg[3]) sieht, nachdem Canitz wieder eingetroffen ist, Ew. Excellenz Befehlen entgegen. Ich habe in ihm in der kurzen Zeit einen rührigen und intelligenten Geschäftsmann schätzen gelernt; persona grata ist er allerdings nicht, namentlich weil man ihm die tripotagen mit der Darmstädter Kammer in die Schuhe schiebt, und wenn Graf Thun ihn in Berlin nicht loben sollte, so ist das nur ein Beweis seiner energischen Pflichterfüllung".

53. Bericht, betr. die Abberufung des Grafen v. Thun. 18. November 1852.

Nov. 18. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung Graf Thun officiell erklärt hat, er sei von der Kaiserlichen Regierung vorläufig nach Wien berufen und angewiesen, mich für die Zeit bis zu seiner formellen Abberufung und dem Eintreffen seines Nachfolgers zu substituiren. Er nahm von seinen Collegen Abschied, beabsichtigt aber noch

1) Die katholische Partei ging mit 62 Mann aus den Wahlen hervor.

2) cf. unten Urkunde 55.

3) cf. oben S. 125, Note 1.

etwa vier Tage zur Ordnung seiner Privatangelegenheiten und seines Umzuges hier zu verweilen, und sich dann über Wien auf seinen neuen Posten zu begeben". 1852 Nov. 18.

54. Eigenhändiger Bericht, betr. die Verhandlungen mit Österreich und den Coalitionsstaaten in der Zollsache. Haltung von Hannover. Abreise des Grafen v. Thun. Stand der Zollsache. Ankunft des Prinzen von Preußen. Ball bei Herrn v. Bismarck. 24. November 1852.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 19. cr. habe ich erhalten; es ist dadurch etwas verspätet worden, daß die Post über Cöln nur jeden zweiten Tag geht. Nov. 24.

Nach meinem Dafürhalten würden wir, ohne Präjudiz für unsere bisherige Stellung zur Zollsache, eine Verhandlung mit Österreich, bei der nur wir Theil nehmen, auch dann einleiten können, wenn noch keine Reconstruktion des Zollvereins stattgefunden hätte; wir würden dabei vielleicht noch vornehmer dastehen, als bei der Verhandlung nach hergestelltem Verein und unter Mitwirkung der übrigen Vereinsstaaten. Die Bedenken liegen nur darin, mit Österreich und der Coalition in Einer Conferenz zu verhandeln, weil es alsdann, abgesehen von der Zwickmühle, die Beide gegen uns bilden würden, den Präcedenzfall gäbe, daß Österreich mit Sitz und Stimme in den Zollvereinsverhandlungen Platz nimmt, und daß die Coalition uns genau dahin genöthigt hätte, wohin sie wollte. Noch unbedenklicher aber erscheint mir eine Verhandlung, sobald wir formell sagen können, unser Zollverein ist reconstruirt, und der Zeitpunkt, den wir stets im Auge behalten haben, ist eingetreten. Es müßte dann nur der Abschluß unseres neuen Vereins officiell manifestirt werden vor dem mit Österreich. Vielleicht wäre es angemessener, wenn ein Abschluß mit Österreich diplomatisch, d. h. nicht durch Handelsfachmänner, gemacht würde; jedenfalls aber würde ich auf Berlin als Ort zu bestehen vorschlagen, da es sonst kaum zu vermeiden sein dürfte, daß Österreich der Sache ein Ansehen giebt, als würde die Coalition in Gestalt der Wiener Conferenz oder sonst wie hineingezogen.

Ich kann mir nur noch gar nicht recht denken, daß das Wiener Cabinet es ernstlich damit meint, sich ohne Zuziehung der Coalition mit uns zu verständigen. Jedenfalls wird man nachher bemüht sein, die Sache so zu drehen, als hätte die Coalition uns genöthigt, ihre Bedingungen zu erfüllen, indem wir uns mit Österreich arrangirten, ehe wir den Zollverein mit Bayern &c. erneuern. Um dem entgegenzutreten, und auch aus anderen Gründen möchte ich anheimstellen, wenn es zum Abschluß mit Österreich kommt, denselben so abzufassen, daß keine Aufforderung an die Coalition zum Beitritte darin vorkommt, sondern daß die Coalition ex officio kommen muß und den Beitritt

1852 Nov. 24. nachsuchen; und auch dann müßten wir nicht verbunden sein, den Beitritt ohne Weiteres zuzulassen. Wir würden dann die Zulassung nur unter Bedingungen bewilligen, wohin ich namentlich rechne, daß wenigstens eins, oder einige der Coalitions-Ministerien [1]) beseitigt würden. Darin würde nicht nur das eigentliche Siegeszeichen aus diesem Streit und eine große Steigerung unseres Einflusses liegen, sondern es scheint in der That nicht unbedenklich, diese Ministerien in den Zollverein zu übernehmen, wie Ungeziefer in das Haus. Ein Vertrag mit Österreich müßte dann in ähnlichen Ausdrücken wie der September-Vertrag gefaßt sein „mit Preußen und den alsdann mit ihm zollverbündeten Staaten".

Geht es in dieser Weise nicht, bringt vielmehr Österreich von Hause aus die Coalition und die Sicherung des Beitrittes und der Rechte derselben mit in den Vertrag, so würde ich, wenn ich zu rathen hätte, entschieden abreden. Wenn Österreich die Coalition nicht preisgiebt, so ist sein Erbieten, sich mit uns zu arrangiren, nur eine neue Form der bisherigen Prätensionen.

Die Haltung von Hannover beklage ich sehr. Ich hörte, daß der König Georg über die Nichtbetheiligung der Österreicher bei Wellington's [2]) Leichenfeier sehr böse sei. Sonst ist bei Hannover eine in Hinweisung auf die Wechselfälle Europäischer Wirren ausgedrückte Drohung gewiß in dem jetzigen Stadium wirksamer als Deductionen, wenn es nur schonend und mit Bedauern der dira necessitas geschieht. In dieser Beziehung möchte ich wünschen, daß der Anti-Bonapartismus unseres Allergnädigsten Herrn weniger landkundig wäre. Il ne faut pas dire »fontaine je ne boirai pas de ton eau«, oder wenigstens muß man die Leute nicht mit Sicherheit darauf bauen lassen, daß man lieber verdürsten wird, als aus dieser Quelle trinken. Ich will durchaus nicht Französischen Sympathien das Wort reden, aber als Schreckschuß kann man Alles brauchen.

Graf Thun ist heute nach Wien abgereist. Ich höre jetzt von ihm und auch anderweit, daß Werner [3]) die meiste Aussicht haben soll, sein Nachfolger zu werden.

Man fragt mich hier sehr viel nach dem Stande der Zollsache in den letzten Tagen. Ich begnüge mich mit der Äußerung, daß man in Wien nachgiebig gestimmt sei, aber wir nicht wüßten, wem man glauben dürfe, und über die Prioritätsfrage [4]) immer nicht hinweg kämen.

---

1) cf. auch oben S. 105 und den in Band I, S. 212 abgedruckten Bericht des Herrn von Bismarck vom 16. März 1853 (Urkunde 157).

2) Sir Arthur Wellesley, Herzog von Wellington, der berühmteste und fähigste Englische General seit Marlborough, geboren 1769, gestorben am 14. September 1852.

3) cf. oben S. 65, Note 3.

4) cf. oben S. 123, Note 2.

Se. K. H. der Prinz von Preußen trifft heute Abend hier ein und bleibt morgen hier. 1852 Nov. 24.

Gestern habe ich meinen ersten Ball gegeben; ich glaube, das Vergnügen ist größer für die Gäste als für den Wirth".

55. Eigenhändiger Bericht, betr. die Wahlen zur Preußischen Kammer. 8. Dezember 1852.

Dez. 8.

„Mit der größten Aufmerksamkeit folge ich dem Barometerstande der Kammer, wie er sich aus den bisherigen Abstimmungen und der Präsidentenwahl ergiebt. Nach dem Wahlergebniß hatte ich geglaubt, daß die Rechte in ihrer Totalität stärker sein werde. Die Präsidentenwahl[1]) berechtigt zu der Annahme, daß ein Bündniß der liberalen Opposition[2]) mit Bethmann-Hollweg[3]) und den Katholiken[4]) schon jetzt eine regierungsfeindliche Majorität von etwa einem Dutzend Stimmen mehr, als die verschiedenen Fractionen der Rechten[5]) ausmachen, herstellen kann. Es wird daher augenscheinlich von dem guten Einvernehmen zwischen der Regierung und der ultramontanen Partei abhängen, ob mit dieser Kammer auf die Dauer auszukommen ist. Ich glaube es nicht, denn mit der ultramontanen Partei ist kein sicherer Bund zu flechten, da sie jede Concession, bis zur vollständigen Unterwerfung hin, nur als eine aufmunternde Abschlagszahlung annehmen wird. Ich halte eine Auflösung, wenn sie nur nicht zu früh und wegen zu kleiner Differenzen erfolgt, für kein Unglück, glaube vielmehr, daß sie dazu führen würde, in den östlichen Provinzen die Zahl der oppositionellen Abgeordneten in der Neuwahl zu vermindern; denn dort ist die Opposition keine bewußte, mit Ausnahme großer Städte, vielmehr gehen die Oppositionswahlen dort aus Irreleitung der Wähler über die Wünsche Sr. Majestät oder der Regierung hervor, oder aus der Lügenhaftigkeit der Candidaten. So z. B. im Camminer Kreise; ich kenne den Kreis, und weiß, daß die große Mehrheit dort jederzeit thut, was der König will, sobald sie nur weiß, was er will. Bei alle dem hat eine Auflösung im Hinblick auf unsere auswärtige Politik ihre Bedenken. Die Meinung, daß die Politik Preußens, verstrickt in der Abhängigkeit von constitutionellen Majoritäten, die alte Schwunghaftigkeit und Energie vorkommendenfalls nicht mehr entwickeln könne,

---

1) Gewählt wurde in der Sitzung der Zweiten Kammer am 6. Dezember 1852 zum Präsidenten der ultraconservative Obertribunals-Präsident Uhden (Gegencandidat Graf Schwerin).

2) In der Legislaturperiode von 1852—1855 etwa 61 Mann stark.

3) Die Fraction Bethmann-Hollweg oder Riebel zählte 17 Mann.

4) Die katholische Fraction war 62 Mann stark, unter Führung der Gebrüder Reichensperger und von Mallinckrodt.

5) Es kamen in Betracht die eigentliche Kreuzzeitungspartei mit 103 Mitgliedern und die ministerielle Rechte mit 93 Mitgliedern.

1852 Dez. 8. und daß die Verfassung eine Lockspeise zwar für die Unterthanen unserer deutschen Nachbarn, aber eine Schwächung der äußeren und inneren Kraft der Regierung sei, ist ziemlich verbreitet. Sie erhält neue Nahrung, wenn eine Auflösung das Argument an die Hand giebt, daß wir, um zu regieren, der Majorität in den Kammern bedürfen, und wird widerlegt, wenn wir zeigen, daß die Regierung ihren Weg gehen kann, auch ohne die Majorität, so daß sie nur Vortheile aus der Stütze der Kammern nach außen zieht". [1])

56. Eigenhändiger Bericht, betr. die Verleihung des Titels „Hofbanquier" an Herrn v. Rothschild in Frankfurt a. M. Politische Tendenzen des Hauses und Verhalten desselben bei dem Flottenanlehen. 5. Januar 1853.

1853 Jan. 5. „Ew. Excellenz vertrauliches Schreiben vom 30. v. M., Rothschild betreffend, erhalte ich erst in diesem Augenblicke bei Postschluß, über Cöln. Ich beeile mich deshalb, vorbehaltlich des zu erstattenden officiellen Berichts, zu erwidern, daß ich keine Bedenken gegen die Verleihung des Titels eines Hofbanquiers geltend zu machen habe, und bei den Betheiligten eine lebhafte Empfänglichkeit für die ihnen zugedachte Ehre glaube voraussetzen zu dürfen.

Eine eigentliche antipreußische Tendenz haben die Rothschild's nie verfolgt, nur haben sie sich bei Gelegenheit eines Conflicts, der vor etwa Jahresfrist zwischen uns und Österreich über die Flüssigmachung von Depositen für die Flotte [2]) stattfand, vor Österreich mehr gefürchtet als vor uns. Da indessen der Muth, der den justum ac tenacem propositi virum dergleichen ardorem civium »prava jubentium«, wie Graf Thun ihn damals entwickelte, zurückweisen läßt, von Rothschild nicht füglich verlangt werden kann, die Mitglieder der Familie auch über das damalige Verhalten des von ihnen als altersschwach bezeichneten Baron Amschel [3]) sich seither entschuldigt haben, so glaube ich, daß man diesen Fehler, in Betracht der Dienste, welche diese Geldmacht zu leisten im Stande ist, der Vergessenheit übergeben kann". [4])

57. Eigenhändiger Bericht, betr. die Französische Kaiserfrage am Bunde. Ernennung des Frhr. v. Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten.*) 7. Januar 1853.

Jan. 7. „Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich die Antwort der Bundesversammlung

*) Hat dem König vorgelegen.

1) cf. auch unten Urkunde 58.

2) cf. Band I, Urkunden 46—48.

3) Freiherr Anselm von Rothschild, geboren 12. Juni 1773, gestorben 6. Dezember 1855, Chef des Frankfurter Stammhauses Rothschild.

4) Die Verleihung des Prädikats „Hofbanquier" an das Haus Rothschild ging Herrn von Bismarck unterm 15. Februar 1853 zu. An demselben Tage stellte Herr von Bismarck den betreffenden Erlaß dem Frankfurter Disponenten des Hauses, Mayer Carl, zu.

an Herrn von Tallenay[1]) heute übergeben habe.[2]) Von Sachsen ist im Gegensatz zu Bayern, auf Anfrage des Herrn von Nostitz, umgehend die Zustimmung zu der Fassung dieser Antwort erfolgt. Von Württemberg fehlt die Instruktion noch. Die Note, welche mir Herr von Tallenay gestern zeigte, war augenscheinlich Circular von Drouyn de L'Huys.[3]) Er nennt die Unterlassung der Bezeichnung mon frère von Seiten Rußlands une irrégularité, welche er dem Kaiser räth, lediglich als »omission de protocole« zu betrachten, und in Rücksicht auf den freundlichen Inhalt dieses und des früheren Schreibens Sr. M. des Kaisers von Rußland zu übersehen.

1853 Jan. 7.

Die Ernennung von Prokesch,[4]) welche heute der Postzeitung durch Telegraph zugekommen war, hat meine sämmtlichen Collegen erschreckt, und wollen sie es noch nicht glauben. Ich halte sie für einen politischen Fehler von Österreich nach vielen Richtungen hin, und möchte fast annehmen, daß es nicht ernstlich damit gemeint ist. Sollte es dennoch sein, so will ich schon mit ihm fertig werden, ohne die Ruhe zu verlieren".

58. Bericht, betr. die Creditive für den Französischen Gesandten am Bunde. Verstärkung des Bundesheeres. Ernennung des Frhr. v. Prokesch zum Bundes-Präsidialgesandten. Zeit der Ankunft des Frhr. v. Prokesch. Preußische Kammerzustände.*) 13. Januar 1853.

Jan. 13.

„Für Herrn von Tallenay sind bisher die Creditive nicht eingetroffen, obschon er dieselben seit acht Tagen täglich erwartet und früher der Meinung war, man würde sie ihm überschicken, sobald ich ihm die Gewißheit der Anerkennung von Seiten der Bundesversammlung geben könne. Letzteres ist bereits am 4. cr. durch eine mündliche Benachrichtigung geschehen. Es scheint nicht, daß diese Verzögerung in einem Zweifel über die Beibehaltung der Person des Herrn von Tallenay in seinem bisherigen Posten ihren Grund findet, da die Creditive für ihn in Bezug auf Nassau und Frankfurt schon in seinen Händen sind. Herr von Tallenay selbst ist aber beunruhigt über das Ausbleiben seiner Beglaubigung,[5]) wobei ich bemerke, daß Besorgnisse für seine persönliche Stellung ihn leichter zu afficiren pflegen, als Befürchtungen politischer Natur.

Ich habe in der heutigen Bundessitzung eine vertrauliche Umfrage nach

---

*) Hat dem König vorgelegen.

1) cf. oben S. 105, Note 6.

2) Betraf die Anerkennung des Kaisers Napoleon durch den Deutschen Bund; siehe wegen dieser Angelegenheit Band I, Einleitung S. 38* f. und die dortselbst näher bezeichneten Urkunden.

3) Drouyn de L'Huys, Französischer Minister des Auswärtigen.

4) scil. zum Bundes-Präsidialgesandten; siehe auch oben S. 70, Note 8.

5) Wie aus Band I, Urkunde 136 bekannt, traf am darauf folgenden Tage (14. Januar) das Beglaubigungsschreiben in Frankfurt ein.

1853 Jan. 13. den Instruktionen über die Verstärkung des Bundesheeres[1]) gehalten, wobei sich herausstellte, daß nur diejenigen Staaten, deren Gesandten bei Gelegenheit der Note wegen Anerkennung des Kaiserthums dissentirten, eine Vertagung der Entscheidung über diese Frage wünschten, nämlich: Bayern, Württemberg, Dänemark und Holland, und mit Modifikationen Sachsen. Von den übrigen Gesandten läßt sich nach ihren heutigen Äußerungen annehmen, daß sie angewiesen sind, schon jetzt wenigstens der von der Majorität der Militaircommission vorgeschlagenen Erhöhung von etwa 50000 Mann zuzustimmen.

Die Ernennung des Herrn von Prokesch fährt fort, die Gemüther meiner Collegen lebhaft zu beschäftigen. Ich war in einiger Verlegenheit, welche Physiognomie ich gegenüber den, mich von allen Seiten bestürmenden Anfragen, ob diese Ernennung im Einverständniß mit Berlin geschehen sei und wie man dort davon denke, annehmen sollte. Das Beste schien mir indessen doch zu erklären, daß ich zwar officiell nichts darüber wisse, aber nicht zweifle, daß diese Ernennung für das Königliche Cabinet unerwartet sein müsse. Ich lege zwar der Herkunft des Herrn von Prokesch kein sehr großes Gewicht bei, neige mich im Gegentheil zu der Annahme, daß sie mir zwar das Leben etwas schwer machen, unserer politischen Stellung aber Vortheil bringen werde. Indessen halte ich doch für politisch richtig, wenn von unserer Seite ein starkes Verletztsein über diesen Schritt der Kaiserlichen Regierung zur Schau getragen und jeder Anschein vermieden wird, als könne von uns gesagt werden: volenti non fit injuria. Mir scheint in diesem Falle der Grundsatz anwendbar, nach welchem Jemand, der auf den Fuß getreten wird, wohl thut, seine Verletzung zu übertreiben und laut zu klagen, damit man künftig behutsamer verfährt. Wir dürfen erwarten, daß uns in den Augen unserer Verbündeten die Ernennung von Prokesch als etwas angerechnet wird, was Österreich uns gegenüber wieder gut zu machen habe, und daß man bei etwaigen Streitigkeiten mit Österreich von Hause aus geneigt sein werde, die Schuld der unrichtigen Wahl des Präsidialgesandten beizumessen. Die Motive dieser Wahl, die mir den Eindruck eines groben politischen Fehlers von Seiten Österreichs macht, kann ich noch nicht vollständig erklären, doch denke ich mir, daß es einestheils dem Wiener Cabinet wirklich an Diplomaten fehlt, welche mit den deutschen Verhältnissen vertraut sind, und daß man anderentheils den Klagen des Herrn von Prokesch über nicht gehaltene Versprechungen und undankbare Behandlung nachgegeben hat, in der Überzeugung, daß unsere Empfindlichkeit von der Zeit werde geheilt werden, wenn die Ernennung einmal ein fait accompli sei. Will man aber wirklich die früheren Feldzugspläne des Fürsten Schwarzenberg gegen uns beim Bunde wieder aufnehmen, vielleicht gar die Zollfrage hier in Angriff nehmen, und hat deshalb diesen in den Streitigkeiten mit Preußen

1) cf. Band I, Urkunden 90, 146 und 154.

vorzugsweise kundigen und routinirten Vertreter gewählt, so glaube ich, daß man dennoch einen Fehlgriff in der Person gethan hat, weil Herr von Prokesch nicht der geeignete Mann ist, Österreich die bisherigen Bundesgenossen zu bewahren und unter den Letzteren selbst den Frieden zu erhalten. Ich glaube, daß bei den unbestimmten und meist auf Herkommen beruhenden Formen des hiesigen Geschäftsverkehrs persönliche Conflicte des neuen Präsidialgesandten mit seinen Collegen nicht ausbleiben werden.[1]) Ich werde mich bemühen, wenigstens nicht der Erste zu sein, mit dem etwas der Art vorkommt. 1853 Jan. 13.

Ich bin bisher ganz ohne Kenntniß von dem muthmaßlichen Zeitpunkt der Herkunft des Herrn von Prokesch. Sollte dieselbe stattfinden, bevor ich dem Herrn von Tallenay das übliche Gala-Diner Namens des Präsidiums habe geben können, so wird letzteres muthmaßlich ausfallen, da die Funktion des Präsidialgesandten inzwischen auf Herrn von Prokesch übergegangen sein würde. Meine Absicht ist, in diesem Falle in der Eigenschaft als Preußischer Gesandter dem neu accreditirten Vertreter Frankreichs ein officielles Diner zu geben, welches alsdann aber nicht in Uniform stattfinden würde. Einfacher bleibt das Verhältniß, wenn Herr von Prokesch erst nachher hier eintrifft.[2])

Von unseren Kammerzuständen weiß ich weiter nichts, als was ich aus den verschiedenen Zeitungen theils in, theils zwischen den Zeilen habe entnehmen können. Ich kann nicht sagen, daß mir dies Aussicht auf eine lange Dauer der jetzigen Kammern giebt,[3]) da ich nach wie vor der Überzeugung bin, daß eine Verständigung mit der katholischen Partei für die Regierung unmöglich wird".

59. Eigenhändiger Bericht, betr. die Verstimmung Bayerns wegen der Behandlung der Französischen Kaiserfrage am Bunde. Die neuen Creditive für den Französischen Gesandten am Bunde. Frhr. v. Prokesch; Parallele zwischen demselben und Herrn v. Bismarck in der Postamts-Zeitung.*) 15. Januar 1853.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für die Mittheilung des Berichts des Herrn von Bockelberg[4]) vom 3. cr., und erlaube mir zu demselben zu bemerken, daß, ungeachtet der befriedigenden Aussprache des Ministers von der Pfordten, in München doch eine Mißstimmung wegen des Ganges der Verhandlungen über die Anerkennung Napoleon's herrschen muß,[5]) die sich aber Jan. 15.

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Über die schon in der nächsten Zeit eintretenden zahlreichen Conflicte des Herrn von Prokesch mit Herrn von Bismarck vergl. Band I, S. 192, 225, 245, 255, 274, 314.

2) Über das demnächst stattgefundene Gala-Diner cf. Urkunde 59.

3) Eine Auflösung dieser Kammer erfolgte nicht.

4) cf. oben S. 67, Note 3.

5) Vergl. auch den in Band I, S. 186 abgedruckten Immediatbericht des Herrn von Bismarck vom 14. Januar 1853.

1853 Jan. 15. mehr gegen Österreich als gegen uns richtet, indem man annimmt, daß wir von Hause aus eine Mitbetheiligung der Deutschen Staaten an den Frankreich zu gebenden Erklärungen gewollt haben, davon aber durch den Einfluß Österreichs abgehalten worden sind. Herr von Schrenk hat mir das in vertraulichem Gespräch mitgetheilt, und sich mit Bitterkeit darüber geäußert, daß seine Regierung natürlich empfindlich werden müsse, wenn man ihr zumuthe, „sich stets ohne Weiteres den, ohne Erklärung über die Gründe, wechselnden Vorschriften der Großmächte zu unterwerfen". Auf meine Bemühungen, ihn zu beruhigen, erwiderte er, daß Österreich durch sein Verlangen, die übrigen Bundesstaaten von den Schritten der Großmächte auszuschließen, die ganze Sachlage „verdorben" habe. Der Niederländische Gesandte ist ebenfalls nachträglich angewiesen worden, dem Beschluß vom 3. cr. zuzustimmen, so daß Bayern, Württemberg und Dänemark als dissentirend übrig bleiben. Herr von Reinhard [1]) soll sich besonders bemüht haben, den Bayerischen Gesandten aufzustacheln, der sonst am Tage vor der Sitzung persönlich geneigt war, zuzustimmen. Überhaupt ist Herr von Schrenk, bis auf ein sehr reizbares Bayerisches Nationalgefühl, ein wohlgesinnter und aufrichtiger College.[2])

Die Creditive des Herrn von Tallenay [3]) werde ich am Montag früh entgegennehmen; die Abschrift habe ich in Händen; der Text enthält nichts Auffälliges, die Ziffer III[4]) kommt nicht darin vor. Tallenay wird darin gelobt wegen seines esprit de prudence et de conciliation et son dévouement à notre personne, welches letztere mir etwas zweifelhaft ist. Er wird ferner M. le Marquis de Tallenay darin genannt, während er eigentlich M. Marquis heißt, und den Namen de Tallenay von seinem Geburtsorte angenommen hat. Am Donnerstag werde ich die Creditive in der Sitzung vorlegen, und an demselben Tage das officielle Diner geben.[5]) Kommt Prokesch noch vorher, so muß er als „Fremder von Distinction" dabei figuriren, oder das Diner selbst geben.

Übermorgen habe ich einen großen Ball bei mir.

Die Beileidbezeugungen von Seiten meiner Collegen wegen der Ernennung von Prokesch dauern fort, besonders scheinen die Russen sehr unzufrieden damit zu sein. Übrigens ist bei der Österreichischen Gesandtschaft noch keine Notiz über seine Ernennung oder die Zeit seiner Herkunft eingegangen, auch noch keine Anstalten im Taxisschen Palais getroffen. Nach Privatbriefen, die Frau von Brints[6]) aus Wien hat, soll Herr von Prokesch indessen Ende der

1) cf. oben S. 16, Note 5.

2) Eine übereinstimmende Charakteristik dieses 1884 verstorbenen Staatsmannes siehe Band I, Urkunde 186.

3) cf. oben S. 135.

4) scil. bei Napoleon.

5) cf. auch Urkunde 60.

6) cf. oben S. 4, Note 5.

nächsten Woche, am 22. oder 23. cr. hier eintreffen. Die Postamts-Zeitung ist angewiesen, bis dahin noch mehrere Artikel zu seinem Ruhme zu geben, und versetzt mir dabei den Seitenhieb, daß ich niemals mehr als Auskultator und Rittergutsbesitzer gewesen sei, worin ich, abgesehen von dem gänzlichen Ignoriren der schönen Zeit meines Referendariats, keine Schande zu erblicken vermag. Zietelmann[1]) war aber voll sittlicher Entrüstung über diese Hindeutung auf die ruhmlose Vergangenheit seines Missionschefs". 1853 Jan. 15.

60. Bericht, betr. die Französische Kaiserfrage. Gang der bezüglichen Verhandlungen am Bunde. Sonderhaltung einzelner deutscher Cabinette, insbesondere Bayerns. Diner für den Französischen Gesandten am Bunde. Gerücht von der Vermählung des Kaisers Napoleon. 21. Januar 1853.

„Ew. Excellenz beehre ich mich über den schließlichen Verlauf der Anerkennung des Kaisers Napoleon[2]) Nachstehendes zu melden: Jan. 21.

Nachdem mir Herr von Tallenay eine copie figurée seines Creditivs am 14. cr. überreicht, und ich auf seinen Wunsch ihm den Zeitpunkt genannt hatte, an welchem ich bereit sein würde, das Original entgegenzunehmen, fand sich derselbe am Montag den 17. cr., begleitet von dem Personal der Französischen Gesandtschaft, in Uniform bei mir ein, wo ich ihn mit dem Bundes-Kanzlei-Direktor und dem Legationsrath Wentzel erwartete, und übergab mir unter einigen, der Veranlassung entsprechenden und von mir in ähnlicher Weise erwiderten amtlichen Anreden das Schreiben seines Souverains, durch welches er von Neuem zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim Deutschen Bunde ernannt wird. Letzteres habe ich demnächst dem herkömmlichen Gebrauch gemäß in der gestrigen Sitzung nach Verlesung der Abschrift geöffnet und der Bundesversammlung vorgelegt. Dieselbe hat darauf den Beschluß gefaßt, Herrn von Tallenay als Gesandten des Kaisers der Franzosen anzuerkennen, und habe ich ihm unmittelbar nach der Sitzung seinen Besuch amtlich erwidert und die betreffende, inzwischen ausgefertigte Erklärung der Bundesversammlung eingehändigt.

Ich habe bei dieser Gelegenheit Veranlassung genommen, die früher und namentlich im Jahre 1835 von unserer Seite geführten Verhandlungen über die dem Präsidialgesandten in Französischer Sprache zu gebende Titulatur durchzugehen. Es sind von meinen Vorgängern wiederholentlich Schritte geschehen, welche dahin zielten, daß die Bezeichnung »Président de la diète« in den Mittheilungen auswärtiger Gesandten vermieden und statt deren in richtiger Übersetzung des deutschen Sprachgebrauchs die Bezeichnung: »le Ministre

1) cf. oben S. 126, Note 1.
2) cf. oben S. 135 f.

1853 Jan. 21. de — présidant la diète« angewandt werde. Durch das Königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten haben in dieser Beziehung wiederholte Verwendungen, namentlich bei dem von St. Petersburg, mit abwechselndem Erfolge stattgefunden und ist der diesseitigen Gesandtschaft die Weisung ertheilt, darauf zu achten, daß in amtlichen Schriftstücken des Bundes der Ausdruck: „Präsident der Bundesversammlung" oder »Président de la diète« nicht passire, indem mit dem Ausdruck »Président« der Begriff eines Vorgesetzten des Collegiums verbunden werden könne, welche Eigenschaft nach dem Sinne der Bundesacte dem lediglich mit den Funktionen der Geschäftsleitung betrauten Präsidialgesandten nicht habe beigelegt werden sollen. Ich habe indeß aus den Präsidialakten ersehen können, daß in den letzten Jahren und auch schon vor 1848 die fremden Gesandten sich ohne Ausnahme des Titels »le Président de la diète« bedient haben, und konnte, wenn dies auch in den jetzigen Verhandlungen mit Herrn von Tallenay geschehen ist, um so weniger Einspruch dagegen erheben, als ein Bundesbeschluß vom 12. Juni 1817 (34. Sitzung § 227) existirt, in welchem es ausdrücklich heißt: „Die Bekanntmachungsschreiben werden unter der Unterschrift und Ausfertigung: Der Deutsche Bund und in dessen Namen der Kaiserlich Österreichische präsidirende Gesandte der Bundesversammlung, in der Französischen Übersetzung aber: la confédération germanique et en son nom le ministre d'Autriche Président de la diète erlassen".

Das Protokoll der Sitzung vom 3. cr. ist noch immer nicht vollzogen; ich habe dasselbe noch für einige Zeit reponirt, nachdem mir durch Herrn von Brenner eine Mittheilung des Grafen Buol zugegangen ist, nach welcher Letzterer nochmals den Versuch gemacht hat, die Cabinette von München und Stuttgart dahin zu disponiren, daß sie jede Sondererklärung zu dem gedachten Protokolle fallen lassen. Herr von Schrenk, mit dem ich vertraulich über diesen Gegenstand gesprochen, sagt mir: Er halte es nicht für unmöglich, daß seine Regierung auf derartige Wünsche eingehe, nachdem sie ihren „Zweck" erreicht habe. Dieser Zweck sei lediglich gewesen, den Großmächten den Beweis zu liefern, daß Bayern, obschon es sich keineswegs in den Rang der Großmächte eindrängen wolle, doch glaube verlangen zu können, daß da, wo man seine Mitwirkung wünsche, dieselbe rechtzeitig und unter Darlegung der zur Beurtheilung der Sache nöthigen Verhältnisse nachgesucht werde. Bayern könne sich nicht gefallen lassen, daß man es mit den kleinsten deutschen Staaten auf gleicher Linie behandle, und ihm zumuthe, daß es seine Gesandten lediglich dahin instruire, zu stimmen, wie Preußen und Österreich stimmen würden.

Gestern fand bei mir ein officielles Diner statt,[1]) welchem sämmtliche Bundestagsgesandten, die höheren Beamten des Bundes und die bei letzterem

1) cf. oben S. 136.

accreditirten Gesandten und Geschäftsträger in Uniform beiwohnten, von den hier bei der Stadt accreditirten Diplomaten hatte ich aus Rücksicht auf meine Eigenschaft als substituirter Gesandter für Österreich den Freiherrn von Menßhengen [1]) eingeladen. Ein Toast findet bei Diners dieser Art herkömmlich nicht statt und unterblieb daher auch gestern. 1853 Jan. 21.

Während des Diners kam die telegraphische Nachricht von den Gerüchten über die Vermählung des Kaisers mit der Gräfin Montijo hier an. Aus der Art, wie Herr von Tallenay dieselbe aufnahm und als willkommen schilderte, darf ich schließen, daß er ein solches Ereigniß wenigstens nicht für unmöglich hält".

61. **Bericht, betr. die Politik Preußens gegenüber Frankreich. Opportunität der Eingehung eines Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich. Einwirkung auf die Kreuzzeitung im Sinne einer weniger verletzenden Art bei Besprechung auswärtiger Verhältnisse.** 28. Januar 1853.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, im Verfolg meines gestrigen flüchtigen Schreibens [2]) nochmals auf die Frage der Französischen Heirath und deren Behandlung in unseren Zeitungen zurückzukommen. Ich bin gewiß soweit, wie irgend Jemand, davon entfernt, Sympathien für ein Französisches Bündniß zu hegen, aber es scheint mir im Interesse unserer politischen Stellung zu liegen, daß bei uns alle Kundgebungen, welche einer Provokation ähnlich sehen, vermieden werden, und daß wir uns von unseren östlichen Bundesgenossen einigermaßen unabhängig erhalten. Letzteres hört auf, sobald wir die Freiheit der Jan. 28.

1) Menßhengen war gleichzeitig Österreichischer Gesandter in Wiesbaden.

2) In einem eigenhändigen Schreiben vom 27. Januar 1853 berichtete Herr von Bismarck seinem Chef über das Aufsehen, welches unter seinen Collegen die beiden heftigen Leitartikel der Kreuzzeitung über die Französische Heirath hervorgerufen hatten. In dem ersten Artikel der Kreuzzeitung vom 25. Januar 1853, überschrieben: „Die Heirath des Kaisers der Franzosen", hieß es, dieselbe sei entweder eine Kriegserklärung in Form einer Verlobungskarte, oder ein unverzeihlicher politischer Fehler. „Wir haben — so heißt es weiter — kein Recht, ohne Weiteres das Letztere anzunehmen, wenngleich der Schein der Unfreiwilligkeit, mit welcher jener Entschluß des Kaiser-„Parvenüs" in seiner politischen Bedeutung behaftet ist, und der Umstand, daß selbst die „untergeordnetsten" Fürstenhäuser die Ehre seiner Verwandtschaft nicht überschätzt haben, die Consequenz und Ursprünglichkeit seiner Politik in Etwas compromittiren, und die nachträglich als eine „Inspiration der Vorsehung" gerühmte Entschließung, selbst wenn, was die Person anlangt, die Vernunft bei ihrer Berathung mit der Leidenschaft das letzte Wort behalten, doch in der Sache als einen gezwungenen Ausweg erscheinen lassen". Weiter heißt es, der Kaiser habe mit der Heirath die letzte Brücke zwischen sich und den legitimen Fürstengeschlechtern abgebrochen und es bleibe ihm nichts übrig, als va banque zu spielen. In einem Artikel vom 26. Januar wird diese Tonart weiter fortgesetzt und bemerkt, der Fehler werde andere Fehler und der erste Act einer neuen Politik dessen Consequenzen unabwendlich nach sich ziehen.

1853 Jan. 28. Stellung, welche unser erhabenes Regentenhaus in früheren Zeiten so erfolgreich zur Ausdehnung seiner Macht benutzt hat, dadurch alteriren, daß wir unserer Gegnerschaft gegen Frankreich öffentlich einen Stempel der Unwiderruflichkeit aufdrücken. Die Politik unserer Nachbarn, und namentlich Österreichs, hat zu wenig von der hochherzigen Auffassung unseres Allergnädigsten Herrn, um nicht unsere Lage zu mißbrauchen, wenn wir einmal soweit gekommen sind, daß selbst die Drohung einer Anlehnung an Frankreich jeden Schein von Glaubwürdigkeit verloren hat und daß man sicher ist, daß der Hauptanfall Frankreichs in einem Kriege uns nicht nur, vermöge unserer geographischen Lage, sondern auch vermöge der speciellen und provocirten Erbitterung der Machthaber Frankreichs, treffen werde. In diesem Falle sind wir Diejenigen, welche Österreichs und Rußlands Bündniß suchen und erkaufen müssen, während es Sache Jener ist, unseren Beistand zu erwerben und durch freundliches Benehmen zu erhalten, so lange wir die Schiffe nach der anderen Seite hin wenigstens nicht verbrannt und diese Thatsache öffentlich constatirt haben. Ich bin überzeugt, daß es ein großes Unglück für Preußen wäre, wenn seine Regierung ein Bündniß mit Frankreich einginge; aber die Möglichkeit, unter Umständen dieses Übel als das kleinere von zweien zu wählen, dürfen wir uns in den Augen unserer Bundesgenossen nicht abschneiden, wenn wir auch niemals Gebrauch davon machen. Ich habe heute an den General von Gerlach[1]) geschrieben und ihn gebeten, durch seinen Bruder[2]) dahin zu wirken, daß die Kreuzzeitung in Besprechung der auswärtigen Verhältnisse einen diplomatischeren Ton annimmt. Es ist dieser Weg der gütlichen Einwirkung der einzig rathsame, indem amtliche Schritte, gegenüber der Zeitung, die Regierung, wie ich glaube, in eine falsche oder doch leicht zu mißdeutende Stellung bringen würden, wenn sie im Interesse Frankreichs und, wie man glauben würde, auf Verlangen desselben gegen ein patriotisches Blatt vorginge. Eine polemische Behandlung der Sache durch Vermittelung der Central-Preßstelle würde, wie ich fürchte, nur zu heftigeren Erwiderungen führen, welche dann wiederum unbequeme Einschreitungen nöthig machen und den Nutzen der Kreuzzeitung für die Regierung nach anderen Richtungen hin schmälern würden. Verzeihen Ew. Excellenz, daß ich unberufen vorstehende Ansichten über einen außerhalb meines Geschäftskreises liegenden Gegenstand Ihrem Ermessen unterbreite".

---

1) cf oben S.. 4, Note 3.

2) Ernst Ludwig von Gerlach, conservativer Publicist und Preußischer Abgeordneter, geboren 1795, gestorben 1877. 1842 Ober-Justizrath und Mitglied des Staatsrathes, 1848 Mitbegründer der feudal-conservativen „Neuen Preußischen Zeitung in Berlin" und lange Zeit die Seele dieses Blattes und der sogenannten Kreuzzeitungspartei.

62. Eigenhändiger Bericht, betr. den Geburtstag des Ministers Frhr. v. Manteuffel. Charakteristik des Herrn v. Prokesch. Versetzung des Kanzlei-Direktors Frhr. v. Brenner; Bedürfniß einer Reorganisation der Bundeskanzlei; Mißgunst der Nebenbeamten der Präsidialgesandtschaft; Frau v. Brints und Frhr. v. Prokesch. Berliner Neuigkeiten. 12. Februar 1853.

1853 Febr. 12.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, Ihnen nachträglich meinen herzlichen und ehrerbietigen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstage darzubringen, und ihn besonders dahin zu richten, daß Gott Ihnen auch ferner durch häusliches Glück und durch Freude an dem Gedeihen Ihres einzigen Kindes ein friedliches Gegengewicht für ein Leben von Kampf und Unruhe erhalte, welches Ihnen außer dem Hause beschieden ist. Ich hatte in der Präoccupation durch Prokesch's Ankunft mich nicht an den 3. Februar rechtzeitig erinnert, und schäme mich seither, daß unter den vielen Manifestationen freudiger Theilnahme die meinige fehlte, obschon ich so gern den Anspruch mache, Ew. Excellenz persönlich noch mehr als dienstlich nahe zu stehen.

In der Anlage erlaube ich mir außer einigen Zirndorferschen [1]) Notizen ein halbamtliches Referat [2]) über einen „Vortrag" zu überreichen, den mir Prokesch gestern in ziemlich professoralem Style gehalten hat, während er von 9 bis 12 Uhr im tête-à-tête bei mir Thee trank und fünf schwere Cigarren rauchte. Seine persönliche Erscheinung gefällt hier nur Wenigen; er spricht den Leuten zu viel und sagt ihnen zu übertriebene Schmeicheleien. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Gegen mich ist er so liebenswürdig, wie einer sein kann, und wenn ich dem, was er sagt, irgend Glauben beimessen könnte, so wäre das herzlichste Einverständniß zwischen uns, persönlich und politisch.

Es scheint, daß der Baron Brenner [3]) demnächst von hier versetzt werden wird. Bei diesem Wechsel in der Person des Kanzlei-Direktors dürfte der Moment eintreten, wo wir versuchen könnten, statt der bisherigen, den ganzen Geschäftsmechanismus für Österreich monopolisirenden Einrichtung, eine wirkliche Bundeskanzlei zu schaffen, die nicht dem Präsidium, sondern dem Collegium untergeben wäre. Ich komme darauf zurück.[4]) Wie sehr man in dem hiesigen Österreichischen Unterpersonal dergleichen Anregungen übel nimmt, zeigt der einliegende Artikel der Wiener Presse, den man hier dem zweiten Beamten der Österreichischen Gesandtschaft Ritter Braun zuschreibt,

---

1) cf. oben S. 32, Note 4.

2) Abgedruckt ist das Referat in Band I als Urkunde 148. Dasselbe betraf die orientalische, die Zoll- und Handels-Frage und die Preußische Verfassung.

3) cf. S. 2, Note 2.

4) cf. Band I, Urkunde 161.

1853
Febr. 12.

dessen publicistischer Amanuensis ein gewisser Kehner ist.[1] Den besondern Verdruß dieser Herren erregt es, daß die Feste, die ich im Laufe des Karnevals gegeben habe, über meine eigene Erwartung gelangen und nach dem Zeugniß der competenten Richterin, Frau von Brints, Alles übertrafen, was seit 1848 hier in der Art stattgefunden hat. Die letztgenannte Dame scheint den Herrn von Prokesch gründlich zu verabscheuen und spricht diese Empfindung mit einer für ihre Eigenschaft als Schwester des Grafen Buol überraschenden Offenheit aus. Berechnung ist das bei ihr wohl kaum, da sie sich sonst auch in den bedenklichsten Fällen nicht überwinden kann, zu unterdrücken, was sie empfindet.

Meinen Dank sage ich Ew. Excellenz für die mir durch Quehl[2] zugegangenen Nachrichten über die Gestaltung der Dinge hinter den Coulissen in Berlin, die mich sehr interessiren. In den Kammern ist es zu meiner Freude

---

1) In dem betreffenden Artikel d. d. Wien 8. Februar hieß es: „Der Preußische Legationsrath und Bundestagsgesandte von Bismarck hat bekanntlich nach der Abreise des Grafen von Thun aus Frankfurt durch freiwillige Übertragung die Österreichische Stimme in der Bundesversammlung und mit ihr interimistisch den Vorsitz geführt. Herrn von Bismarcks Soireen waren im Laufe dieses Interregnums viel besucht, von einer besonderen Thätigkeit der Bundesversammlung hat man aber während der Zeit wenig vernommen. Doch scheint sich der interimistische Präsident an diese Ausnahmestellung so gewöhnt zu haben, daß er sie gar zu gern in eine dauernde verwandeln möchte. Wenigstens begegnen wir in dem Berliner ministeriellen Blatt „Die Zeit" einem sehr legationsräthlichen Artikel aus Frankfurt, der plötzlich in die Präsidialbefugnisse Österreichs Zweifel setzt und jenen alten Preußischen Wunsch nach Alternirung des Vorsitzes wieder durchschimmern läßt.

Es war wirklich höchst zeitgemäß, mit solchen Ansprüchen in einem Augenblicke aufzutreten, wo Österreich, indem es sich mit einem einfachen Handelsvertrage begnügte, deutlich genug zu erkennen gab, daß es, anstatt der ihm zugemutheten politischen Pläne, bloß materielle Verbesserungen im Auge hat. Die Haltung Österreichs zeigt in jeder Beziehung klar genug, daß es nirgends in den Bereich fremder Machtstellung einzugreifen gesonnen ist, daß es aber sein eigenes Recht mit jener Kraft und Ausdauer zu sichern gedenkt, welche viele Blätter der Geschichte zu rühmen wissen. Das Recht des Vorsitzes in der Bundesversammlung ist ihm durch die Bundesacte zugesichert und wir hoffen, daß es Niemandem ernstlich einfallen wird, dieses Recht anzutasten.

Gänzlich verfehlt in seiner logischen Begründung und nicht sehr delikat in staatsmännischer Beziehung erscheint vollends der Versuch des erwähnten Frankfurter Briefes, gegen die Persönlichkeit des K. Österreichischen Präsidialgesandten Mißtrauen zu erwecken. „Wenn sich Herr von Prokesch", heißt es dort, „um die Vertretung der specifisch Österreichischen Politik Verdienste erworben hat, so liegt darin allein noch keine Gewähr seines Eifers für eine erfreuliche und nach allen Seiten hin befriedigende Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse. Im Gegentheil kann man sich der Besorgniß nicht erwehren, daß seine bisherige vorzugsweise Accentuirung der Österreichischen Politik dem allgemeinen deutschen Interesse Eintrag thun möchte". Auf diese Behauptung ließe sich ganz einfach mit dem gar sehr zutreffenden Sprüchwort antworten: „Wer nicht für sich zu sorgen weiß, wird auch Anderen nichts leisten". Die Förderung der Österreichischen Interessen ging, wie alle Welt weiß, mit den allgemein Deutschen fortwährend Hand in Hand; namentlich knüpft sich an die frühere Stellung des Herrn von Prokesch die Auflösung der Union und die Vereitelung anderer Sonderbundspläne, Ereignisse, die gewiß einen allgemein deutschen Charakter haben".

2) cf. oben S. 32, Note 2.

besser gegangen, als sich erwarten ließ, und besonders ist es ein großer Gewinn, den Erisapfel der Ersten Kammer-Frage[1]) so gut wie beseitigt zu sehen, denn die Abstimmung in der Zweiten Kammer wird ohne Zweifel mit großer Majorität im Sinne Sr. Majestät ausfallen. Ich fand die Wichtigkeit dieser Frage mehr in dem Zwiespalt, den sie erregte, als in ihrer Entscheidung selbst". 1853 Febr. 12.

63. Eigenhändiges, dem Minister v. Manteuffel überreichtes Privatschreiben an den General v. Gerlach (unvollendet), betr. die Ulm-Rastatter Festungsbau-Angelegenheit.[2]) Haltung Österreichs in derselben und in der Bundespolitik überhaupt. 16. März 1853.

März 16. „In Ihrem vorletzten Schreiben berührten Sie den Ulm-Rastatter Festungsbau[3]) unter Hinweisung auf einen Vermittelungsvorschlag, der die Ziffer von einhalb Millionen Thalern enthielt. Ich nehme darum Veranlassung, Ihnen über die Lage der augenblicklich hier von Österreich lebhaft betriebenen Angelegenheit einige Worte zu schreiben. Sie werden mit mir darüber einverstanden sein, daß die Dinge nur dann sich vernünftig entwickeln können, wenn Preußen und Österreich sich über das, was Einer von ihnen hier durchsetzen will, vorher verständigen, und Fragen, über welche dies nicht gelingt, einstweilen gar nicht anhängig machen. Wenn aber Österreich der Schwarzenbergschen Erbschaft nicht vollständig entsagt, sondern stets den Versuch wiederholt, seine Wünsche malgré nous hier durchzusetzen, und uns durch Beschluß oder Einfluß der Majorität zu etwas zu nöthigen, was wir ohne dies nicht thun würden, so bleibt uns nur die Wahl, entweder gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem wir unsere Flagge streichen und der Superiorität Österreichs in den Augen der Bundesregierungen durch Nachgiebigkeit neue Nahrung geben, oder aber unseren Mangel an Übereinstimmung durch Streit vor versammeltem Collegium offen zu constatiren; wodurch dann früher oder später der Bundes-Karren, an dem das Preußische Pferd nach vorn, das Österreichische nach hinten zieht, in Trümmer gehen muß und, bis dies geschieht, der Einfluß der kleineren Staaten durch das Werben der großen um ihre Stimme über Gebühr vermehrt wird. In den letzten beiden Jahren ist dieser Fall leider vielfach vorgekommen, und schreibe ich es diesem Umstande namentlich zu, daß in der Frage wegen Erhöhung der Contingente[4]) Preußen

1) cf. oben S. 60.

2) Herr von Bismarck erwähnt dieses unvollendete Schreiben in einem im I. Bande auf S. 214 abgedruckten Privatschreiben an den Minister Freiherrn von Manteuffel d. d. 16. März 1853.

3) Wegen dieser Angelegenheit siehe Band I, Einleitung S. 32* und die daselbst näher bezeichneten Urkunden, sowie Band II, Urkunde 19. Eine kurze Darstellung des Sachverhalts findet sich im I. Band, S. 222, Note 1.

4) cf. oben S. 133 f.

1853 März 16. und Österreich, ungeachtet ihrer gemeinsamen Anstrengungen, es nur zu einer Minorität von sechs Stimmen unter siebzehn bringen konnten. Ich habe keine Gelegenheit versäumt, meine beiden Österreichischen Collegen sowie seiner Zeit den Grafen Buol auf die vorstehenden Betrachtungen aufmerksam zu machen. Das Resultat meiner Bemühungen waren jedesmal blühende Phrasen über das Anerkenntniß der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens beider Großmächte und Versprechungen für die Zukunft; und das wird auch so bleiben, wenn wir nicht mit der festesten Consequenz Österreich jedesmal auflaufen lassen, wo es unterläßt, sich über einen Antrag mit uns zu verständigen, ehe es denselben bei dem Bunde einbringt. In der Ulm-Rastatter Sache ist dies aber auf das Gröblichste geschehen, und müssen wir dieselbe meiner Meinung nach als ein Erziehungsmittel benutzen, um einem Gefährten, mit welchem wir voraussichtlich noch sehr lange zusammenleben, seine Unarten abzugewöhnen. Die Österreichischen Anträge sind in diesem Herbst, ohne jeglichen Versuch einer vorgängigen Verständigung mit uns, zur größten Überraschung des Preußischen Militairbevollmächtigten, dem nicht einmal vor oder in der betreffenden Sitzung irgend welche Andeutung darüber gemacht war, in einer von Hause aus gegen uns polemisirenden und unseren bekannten Ansichten widersprechenden Fassung eingebracht worden. Wenn man vorher Verhandlungen darüber mit uns versucht hätte, so würden sich beiderseitige Techniker über das wirklich Nothwendige verständigt haben, und wir hätten nach dem Grundsatz: „Eine Hand wäscht die andere“ uns bereit erklären können, einer Sache, auf die Österreich vorzugsweise Werth legt, gegen Zusicherung irgend welches Äquivalents an politischen Vortheilen, Geldopfer zu bringen. Wie die Sache aber jetzt liegt, würde ich dafür stimmen, die Österreichischen Anträge abzulehnen. Es hat dies den Schein, als schlüge ich vor, die großen Interessen der Vertheidigung Deutschlands einem kleinlichen Formstreit unterzuordnen, aber es ist dies nur Schein; denn einen Theils ist nach dem Urtheil unserer Ingenieure Rastatt schon jetzt eine starke Festung, haltbarer als viele unserer eigenen, und der Michelsberg vor Ulm fast uneinnehmbar, und ist schwer vorher zu sagen, welchen Nutzen die fernere Verwendung von sechs Millionen auf Erweiterung und Verbesserung dieser beiden Festungen für die Vertheidigung Deutschlands haben würde, während der Krieg mit Frankreich leicht vor Ablauf der zum Bau ausgesetzten drei Jahre beginnen kann. Es ist sehr möglich, daß man alsdann dringend wünschen würde, jene sechs Millionen noch disponibel zu haben. Anderer Seits aber halte ich es im Interesse der Vertheidigung Deutschlands für viel wichtiger als diesen Festungsbau, daß Österreich endlich lerne, mit uns so umzugehen, wie wir es verlangen können, und wie es nothwendig ist, wenn nicht gerade in kritischen Augenblicken die Einigkeit zwischen beiden Mächten gefährdet bleiben soll. Wenn wir bei dieser Gelegenheit einen erheblichen Fortschritt in der Erziehung des Wiener Cabinets machen können, so scheint mir

dies ein größerer Gewinn für die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands zu sein, als die Vergrößerung jener beiden Festungen. Solange aber Österreich von uns stets Gefälligkeiten ohne Äquivalent erwartet, und seiner Seits in Erfüllung unserer Wünsche, selbst da, wo diese nur der Ausdruck von bundesbeschlußmäßigen Rechten sind, eine Zähigkeit entwickelt, welche an die Römische Curie erinnert, solange wird die größte Gefahr für Deutschlands Sicherheit, nämlich eine Uneinigkeit zwischen seinen beiden Großmächten, stets zu den mehr oder weniger bevorstehenden Möglichkeiten gehören.

1853 März 16.

Die Behandlung der Festungsfrage ist von Seiten Österreichs in der Militaircommission bisher eine ebenso gehässige als ungeschickte gewesen. Der General von Schmerling [1]) hat von jeher, anstatt das Vertrauen des Grafen Waldersee [2]) zu gewinnen, was bei einer so offenen und militairischen, wenn auch reizbaren Natur wie Letzterer, leicht gewesen wäre, denselben stets zu überlisten und zu überstimmen gesucht, und keine Gelegenheit versäumt, sogar die Feier des Kaiserlichen Namenstages nicht, um Anmaßungen und persönlichen Gereiztheiten der militairischen Vertreter der kleineren Staaten auf Kosten Waldersee's Vorschub zu leisten. Während der Verhandlung in der Festungsfrage, und seit Prokesch hier ist, hat der General Schmerling seine Stelle als Vorsitzender der Militaircommission ausgebeutet, um die Preußischen Ansichten in ein falsches Licht zu stellen, ihre Verbreitung und schließlich ihren vorschriftsmäßigen Druck zu verhindern, so daß ich es dem Grafen Waldersee nicht verdenke, wenn er seinem Österreichischen Collegen nicht über den Weg mehr traut. Es ist außerordentlich schwer, Prokesch von der Unrichtigkeit der auf veralteten Traditionen beruhenden Theorie des Lügens in der Diplomatie zu überzeugen. Ich habe, als er herkam, trotz aller Antecedencien die aufrichtige Absicht gehabt, ihm Glauben zu schenken, aber ich habe sie nicht durchführen können, und sein hiesiger Generalstab im Militair und Civil ist noch unglaubwürdiger als er selbst".

Marginalbemerkung.

„Der Druck ist heute noch nicht erfolgt, trotz der Ausschuß-Beschlüsse, nach welchen er unverzüglich stattfinden sollte. Man hat fast acht Tage gewartet, ehe das Manuscript zur Druckerei gegeben wurde, und sucht seit weiteren acht Tagen den Fortgang des Drucks zu verschleppen".

1) cf. oben S. 3, Note 1.
2) cf. oben S. 37, Note 4.

64. Bericht, betr. das Ergebniß der Flottenversteigerung. Reklamation des Herrn v. d. Kettenburg wegen Beeinträchtigung der Religionsfreiheit. Streitigkeit Österreichs mit der Schweiz. 17. März 1853.

1853 März 17.

„Wie ich telegraphisch schon gemeldet habe, ist bei der Auction der „Hansa" und des „Erzherzog Johann"[1]) gestern der hiesige Kaufmann Lehmkuhl Meistbietender mit 165000 Thalern geblieben. Dieses Gebot bleibt um 10000 Thaler hinter demjenigen zurück, welches von demselben Manne vor etwas länger als vierzehn Tagen aus freier Hand gemacht wurde. Außerdem waren damals die Armaturgegenstände der „Hansa" (der „Erzherzog" hat keine) ausgeschlossen, während sie bei dem jetzigen Gebot eingerechnet sind. Herr von Prokesch fand das frühere Gebot so niedrig, daß er es kaum im Ausschusse zur Sprache bringen wollte, und als es auf mein Verlangen dennoch geschah, war ich der Einzige, der dafür stimmte, die Annahme zu befürworten.

Ich hege auch jetzt, falls der Käufer zur Erhöhung seines Meistgebots auf die früher gebotenen 175000 Thaler nicht zu bewegen ist, und falls nicht die Königliche Regierung auf den Ankauf der Schiffe nach den Wünschen Sr. K. H. des Prinzen Adalbert[2]) noch eingehen will, die Ansicht, daß es das Beste ist, zuzuschlagen. Bisher scheint indessen der Käufer, der mir heute früh die telegraphisch erhaltene Nachricht von seinem Meistgebot selbst mittheilte, wenig aufgelegt, dasselbe zu erhöhen. Ich hatte erwartet, daß in der heutigen Sitzung dieser Gegenstand entschieden werden würde, Herr von Prokesch brachte ihn indessen gar nicht zur Sprache, und war in der That die telegraphische Benachrichtigung, welche das Präsidium erhalten hatte, zu kurz, um daraus auch nur zu ersehen, ob der Bundescommissar den Zuschlag schon ertheilt habe, wie der Käufer glaubt, oder ob er vorbehalten sei, wie es die Instruktion des Staatsraths Fischer[3]) bedingt. Sollte die Königliche Regierung noch die Absicht haben, die Schiffe zu erwerben, so würde, wie ich glaube, auch das geringste Mehrgebot über 165000 Thaler zum Ziel führen, vorausgesetzt, daß die Zahlung baar und nicht auf Abrechnung bei der Liquidation erfolgte. Die Entscheidung wird voraussichtlich nicht vor übermorgen Nachmittag erfolgen, und würde also, wenn dieses Schreiben am Sonnabend früh Ew. Excellenz zu Händen kommt, eine an diesem Tage bis etwa um 1 Uhr hier anlangende telegraphische Depesche mich von dem eventuellen Entschluß der Königlichen Regierung noch rechtzeitig unterrichten.

Der interessanteste Vortrag der heutigen Sitzung war der über die Reklamation des Herrn von der Kettenburg.[4]) Die Mehrheit des Reklamations-

---

1) Wegen der Veräußerung der Nordsee-Flotte vergl. oben S. 64 f.

2) Wilhelm Adalbert, Prinz von Preußen, Oberbefehlshaber der Preußischen Kriegsfahrzeuge.

3) cf. oben S. 65, Note 2.

4) cf. oben S. 127 f.

Ausschusses beantragte die Einholung der Erklärung der Mecklenburgischen Regierung. Die Minorität, aus Hannover und Mecklenburg bestehend, beantragte die Zurückweisung der Beschwerde als nicht für die Cognition der Bundesversammlung geeignet, durch einfachen Kanzleibescheid. Herr von Prokesch stimmte nach erfolgtem Vortrage sofort dem Majoritätsgutachten bei, wogegen ich für das der Minorität votirte, und außerdem meine Ansicht aussprach, daß selbst der Beschluß, die Mecklenburgische Regierung zur Erklärung aufzufordern, nur mit Einstimmigkeit gefaßt werden könne, indem bundesverfassungsmäßig in Religionssachen Majoritätsbeschlüsse nicht stattfinden. Indem ich mir hierüber die Berichterstattung vorbehalte, [1] erwähne ich nur noch, daß auf Antrag von Sachsen und Bayern Instruktions-Einholung in sechs Wochen beschlossen wurde".

1853 März 17.

Postscriptum.

„Herr von Prokesch hat die Weisung erhalten, mit Rücksicht auf die Streitigkeiten Österreichs mit der Schweiz, [2] „die Eventualität eines raschen und nachdrücklichen Auftretens des Bundes soweit vorzubereiten, als dieses auf seinem Standpunkte vor Ertheilung bestimmter Instruktionen geschehen könne". Man erwartet von Bayern und Baden Anträge gegen die Schweiz, an welche Prokesch anknüpfen soll".

65. Eigenhändiger Bericht, betr. das Resultat der Flottenversteigerung. Stellung Preußens zu Österreich; Antrag Österreichs, betr. die Einsetzung einer Bundesfestungs-Abtheilung. Haltung Bayerns in der Zollvereinskrisis. Spaltung zwischen dem Minister v. Westphalen und dem Staatsministerium. Maßregeln des Bundes gegen die Schweiz. Ulm-Rastatter Festungsbausache. Äquivalente Österreichs für Preußische Concessionen. Revision der Geschäftsordnung des Bundes. Zuvorkommende Haltung des Frhr. v. Prokesch. 24. März 1853.

— — „Die beiden Schiffe in Bremerhaven sind inzwischen so gut als

März 24.

1) cf. Band I, Urkunde 160.

2) Im Jahre 1849 führte der Sieg über die Europäische Revolution Tausende politischer Flüchtlinge auf Schweizer Boden. Zur Entwaffnung der Flüchtlinge und zum Schutze der Grenzen gegen ihre Verfolger ordnete die Bundesversammlung 1849 ein Aufgebot von 12000 Mann, später von 24000 Mann an. Allmählich verminderte sich die Zahl der in der Schweiz anwesenden Flüchtlinge auf wenige Hunderte. Ihre Anwesenheit gab indessen einigen Nachbarstaaten, besonders Österreich, Anlaß zu Beschwerden; insbesondere erweckte die Betheiligung einiger Italienischer Flüchtlinge am Attentat in Mailand vom 6. Februar 1853 bei der letzteren Regierung den Verdacht, als sei die Sache von der Schweiz und insbesondere vom Canton Tessin eingeleitet oder doch begünstigt worden. Die von Österreich gestellten Forderungen vertrugen sich indessen so wenig mit der Stellung der Schweiz als eines unabhängigen Staates, daß sie zurückgewiesen werden mußten. In Folge hiervon rief Österreich seinen Geschäftsträger bei der Eidgenossenschaft ab, ordnete eine Grenzsperre gegen den Canton Tessin an und wies alle im Lombardisch-Venetianischen Königreiche wohnenden Tessiner, über 6000, aus dem Kaiserstaate aus. Der Ausbruch des orientalischen Krieges stimmte indessen demnächst Österreich zu friedlichem Austrag, indem im Juni 1854 die Grenzsperre aufgehoben wurde.

1853 März 24. verkauft für 175 000 Thaler [1]) und konnte ich, da ich nicht berechtigt war, ein Gebot zu machen, den Zuschlag nicht aufhalten, nachdem der Käufer sich an dieses, das Ergebniß der Auction um 10 000 Thaler übersteigende Gebot nicht länger binden wollte. Die „Hansa" soll ein gutes Schiff, aber ein schlechtes Kriegsschiff sein, weil sie zu viel Leib für ihre Geschützfähigkeit hat.

Sehr habe ich mich gefreut, daß Ew. Excellenz meine Äußerungen über unsere Stellung zu Österreich [2]) beifällig aufgenommen haben. Wie nöthig es ist, unsern Nachbar die Nothwendigkeit fühlen zu lassen, daß er sich mit uns verständigen muß, wenn er etwas durchsetzen will, beweist der Umstand, daß trotz der Zusicherungen, die mir Prokesch neulich gab, schon wieder ein wichtiger Antrag, über die Herstellung einer selbständigen Bundesfestungs-Abtheilung, von Österreich in die Militaircommission eingebracht worden ist, ohne uns ein Wort davon zu sagen. Graf Waldersee wird schon darüber berichtet haben, und ich behalte mir dasselbe unter Motivirung meines Votums gegen den Antrag vor. [3])

Über die Zollsache habe ich gelegentlich mit Herrn von Schrenk [4]) gesprochen. Nach seinen Nachrichten aus München erwartet man dort in keiner Art Schwierigkeiten für den baldigen Abschluß und scheint also nachgiebig und ohne Prätention gestimmt zu sein. Er versicherte übrigens, daß man anderenfalls den Zollverein mit Österreich ohne uns abgeschlossen haben würde, und antwortete auf meine Zweifel, daß das allerdings die Politik der Verzweiflung gewesen sein würde, ähnlich einem Ausspruch des Grafen Lerchenfeld [5]) in der Kammer 1849, daß für Bayern nur übrig bliebe, Österreichische oder Preußische Provinz zu werden, ersteres aber wegen der Gleichartigkeit des Stammes und der Religion vorzuziehen sei.

Die Nachrichten, welche mir Quehl [6]) über die Gravamina des Staatsministeriums gegen Minister Westphalen [7]) und über den Zwiespalt des Letzteren mit Ihrem Herrn Bruder [8]) gegeben hat, haben mich beunruhigt. Meiner Überzeugung nach kann die Regierung für jetzt weder der Mitwirkung des Einen noch des Anderen entbehren, und ich würde mich freuen, wenn es Ew. Excellenz versöhnendem Einflusse gelänge, die nach Darstellung Quehl's aller-

1) cf. oben S. 146.
2) cf. oben S. 143 ff.
3) cf. Band I, Urkunden 163, 167, 199 und Schluß der Urkunde 220.
4) cf. oben S. 16, Note 4.
5) Gustav Anton Freiherr von Lerchenfeld, geboren 1806, Bayerischer Staatsmann, seit 1859 der Hauptführer der großdeutschen Partei in Bayern, Gründer und Präsident des 1862 gestifteten großdeutschen Reformvereins.
6) cf. oben S. 32, Note 2.
7) Preußischer Minister des Innern.
8) cf. oben S. 33, Note 2.

dings gerechte Empfindlichkeit Ihres Herrn Bruders zu besänftigen, so daß die Spaltung wenigstens nicht offenkundig würde. 1853 März 24.

Herr von Prokesch, der mich eben verläßt, fragt täglich, ob ich noch keine Instruktion wegen etwaiger gegen die Schweiz zu fassender Bundesbeschlüsse hätte;[1] seiner Rechnung nach müßten sie schon vor acht Tagen hier eingetroffen sein. Wenn etwas der Art, wie Österreich gegen Tessin thut, vom Bunde auf der deutschen Grenze vorgenommen werden soll, so wird die Beschlußnahme darüber voraussichtlich einige Monate erfordern, und die Ausführung, besonders wegen des Kostenpunktes und der Verkehrsnachtheile, welche die Bevölkerung der deutschen Grenzstaaten an der Schweiz zu tragen haben wird, mit manchen Weiterungen verbunden sein. Besonders werden die mit Truppenaufstellungen zu beauftragenden Regierungen wohl zum Theil, mit Rücksicht auf den bisherigen Verlauf des Liquidationsgeschäftes, besondere Garantien für den Ersatz ihrer Auslagen verlangen. In unserem Interesse scheint es mir zu liegen, daß wir, wenn wir auf Maßregeln gegen die Schweiz eingehen, unsere Wünsche wegen Neuenburg[2] nicht zu sehr hervortreten lassen, damit unsere Theilnahme mehr den Anschein bundesfreundlicher Gefälligkeit, als den des eigenen Bedürfnisses hat.

Auf das Schreiben an General von Gerlach wegen Ulm-Rastatt[3] habe ich gestern eine Antwort erhalten, nach welcher seine persönliche Ansicht dahin geht, die neue Forderung von 6 Millionen (neu gefordert sind nur gegen 4, der Rest sind Ausstände innerhalb der alten Bewilligung) abzulehnen, aber sich bereit zu erklären, beide Festungen in Vertheidigungszustand zu setzen, was „mit den vorhandenen Geldern, vielleicht mit einem Plus von 3 bis 500000 Gulden möglich" sei. Ich weiß nicht, ob er unter „vorhandenen Geldern" die Ausstände bei der Marine 2c. mitbegreift, vermuthlich wohl, da er die Lage der Sache wohl nicht so im Detail kennt. Jedenfalls werde ich heute oder morgen einen genauen Bericht über die Sache an Ew. Excellenz absenden[4]) und resümire hier mein Votum dahin, zur Flüssigmachung der jetzt nicht liquiden Summen aus der alten Bewilligung die Hand zu bieten, wenn

1) cf. oben S. 147, Note 2.

2) Neuenburg, nach dem ersten Pariser Frieden 1814 an Preußen gefallen, erhielt von dem König von Preußen unterm 18. Juni 1814 eine der Genfer ähnliche Verfassung, und wurde 1815 als einer der 21 Cantone in die Eidgenossenschaft aufgenommen. Die Ereignisse von 1848 führten zur Abdankung der bestehenden, und Einführung einer provisorischen Regierung. Der König von Preußen protestirte gegen die einseitige Aufhebung seiner Rechte, und am 24. Mai 1852 erkannten die Europäischen Großmächte zu London in einem von ihren Gesandten unterzeichneten Protokoll die Ansprüche des Königs auf das Fürstenthum an. Doch blieb es thatsächlich bei den bestehenden Zuständen.

3) cf. oben S. 143ff.

4) cf. Band I, Urkunde 164.

1853 März 24. Österreich seinen passiven Widerstand in anderen Fragen, z. B. der des hiesigen Obercommandos, [1]) aufgiebt und in der Militaircommission mehr mit uns Hand in Hand geht; auf neue Bewilligungen aber nur gegen neue Concessionen, vielleicht in den Garnisonverhältnissen von Mainz, [2]) einzugehen, und wenn an solchen der Königlichen Regierung nichts liegt, gar nicht. Wir können den Österreichern gewiß manchen Gefallen thun, wenn wir nur an dem Grundsatz festhalten, daß wir es niemals gratis thun.

In Bundesangelegenheiten hat Österreich in den übermäßigen Präsidialbefugnissen eine für uns annehmbare Münzsorte, mit der es bisher sehr geizig umgeht; vielleicht ließen sich auch auf diesem Felde Äquivalente für eine etwaige Nachgiebigkeit von unserer Seite in der Festungsfrage finden, die deshalb noch nicht weiter zu gehen braucht, als unsere Interessen es mit sich bringen. Bei der jetzigen Stellung des Präsidiums ist es von Preußen gar nicht zu verlangen, daß wir irgend etwas für Ausbildung des Bundes und Erweiterung seiner Competenz thun, denn der Einfluß auf die Geschäfte ist zu ungleich unter den angeblich gleichberechtigten Bundesgenossen vertheilt.

Eine Sitzung des Ausschusses für Revision der Geschäftsordnung [3]) habe ich noch immer nicht von Herrn von Prokesch erreichen können, trotz des vor vierzehn Tagen gefaßten Beschlusses, daß diese Arbeiten beschleunigt werden sollen, und obschon ich ihn erinnere, so oft ich ihn sehe. Das kann doch auf die Dauer nicht angehen, daß Österreich einseitig einen Beschluß dadurch im Sande verlaufen läßt, daß sein Gesandter als Vorsitzender den betreffenden Ausschuß nicht beruft. Mit dem der Geschäftsordnung geht es nun schon fast zwei Jahre so.

Trotz alledem stehe ich jetzt mit Prokesch auf einem Fuße, dessen Aufwand an gegenseitiger Liebenswürdigkeit auf die Dauer kaum durchzuführen ist. Die Unterhandlungsform aufbrausender Heftigkeit hat er nicht wieder gewählt, seit ich einmal in dem Tone erwiderte. Er ist jetzt beängstigend sanft und spielt mit meinen Kindern".

66. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reise des Herrn v. Bismarck nach Coblenz und Wahrnehmungen daselbst. Reorganisation der Bundeskanzlei. 1. April 1853.

April 1. „Ew. Excellenz zeige ich an, daß ich gestern von Coblenz zurückgekehrt bin. Ich fand daselbst eine sehr zahlreiche, vorwiegend militairische Gesellschaft, die von allen Regimentern der beiden westlichen Armeecorps zur Be-

---

1) cf. oben S. 85.

2) cf. Band I, S. 366—369.

3) Wegen dieser Angelegenheit cf. Band I, Einleitung S. 28* f. und die Urkunden 15, 105, 161, 197, 201 und 244, sowie Band II, Urkunde 15.

glückwünschung des Prinzen[1]) erschienen war. Auch einige der rheinischen Autonomen waren gekommen und wurden, soviel ich wahrnehmen konnte, mit Auszeichnung behandelt, was nicht hinderte, daß sie mit ihrer Aufnahme unzufrieden abreisten, dem Vernehmen nach, weil Graf Fürstenberg-Stammheim[2]) noch mehr geehrt wurde als die Übrigen. Letzterer schien in einiger Absonderung zu leben und sprach sich mir gegenüber unaufgefordert gegen das Treiben der Ultramontanen aus. Der Graf Goltz[3]) hatte einen Brief von seinem Bruder Robert,[4]) in welchem dieser der jetzigen Haltung unserer auswärtigen Politik seine volle Anerkennung zollt und namentlich eine Note nach Wien lobt, welche abmahnenden Rath in Bezug auf die Confiscationen in der Lombardei ertheile, und eine andere nach Petersburg, welche den Wunsch ausdrücke, über Rußlands Haltung im Orient und die Sendung von Menschikoff[5]) Aufklärungen zu erhalten. Bei meiner Rückkehr fand ich Abschrift der Instruktion an Graf Arnim[6]) in Sachen der Bundeskanzlei[7]) hier vor. Ich bin etwas in Sorge, daß Graf Arnim diese Instruktion, gleich anderen, deren Geheimhaltung nicht sehr wichtig erscheint, dem Grafen Buol zeigt, und habe deshalb heute berichtet[8]) und telegraphirt; das würde hier ein Wespennest gegen mich rege machen.

1853 April 1.

Die demokratischen Verhaftungen und Beschlagnahmen in Berlin kommen für unsere äußere Politik etwas mal à propos".

---

1) scil. des Prinzen von Preußen zu seinem am 22. März statthabenden Geburtstage.

2) Franz Egon Graf zu Fürstenberg-Stammheim, geboren 24. März 1797, K. Preußischer Kammerherr.

3) Carl Friedrich Graf von der Goltz, geboren 1815, (1853) Preußischer Rittmeister im Garde-Kürassier-Regiment und Adjutant des Prinzen von Preußen.

4) cf. oben S. 3, Note 3.

5) Fürst von Menschikoff, General-Adjutant des Kaisers von Rußland und Admiral, in außerordentlicher Mission vor Ausbruch des Krimkrieges nach Constantinopel abgesandt.

6) cf. oben S. 70, Note 1.

7) cf. oben S. 141.

8) In diesem Berichte ersuchte Herr von Bismarck den Minister Freiherrn von Manteuffel, die demselben bekannt gegebenen detaillirten Personalnotizen über das Österreichische Bundeskanzlei-Personal dem Grafen Buol nicht mittheilen zu lassen. Würden die gerügten Einzelheiten zur Kenntniß des Wiener Cabinets kommen, so würde letzteres einen willkommenen Anlaß entnehmen, „die einzuleitenden Verhandlungen von dem Hauptgesichtspunkte, nämlich einer Revision der Kanzleiverfassung und Geschäftsordnung, abzulenken, und im günstigsten Falle die Entlassung eines der Beamten oder die Zurechtweisung eines anderen als einen besonderen Beweis rücksichtsvollen Entgegenkommens für uns, vielleicht aber auch die Erklärung, daß genaue Ermittelungen die erhobenen Beschwerden unbegründet erscheinen ließen, zum Resultat haben." „Meiner Auffassung nach müßte aber eine Änderung der jetzigen Organisation von uns auch dann erstrebt werden, wenn die Beamten der Österreichischen Kanzlei ihre Obliegenheiten tadellos und zuvorkommend erfüllten". Der Minister von Manteuffel entsprach der Anregung des Herrn von Bismarck (Erlaß vom 3. April 1853).



67. **Eigenhändiger Bericht, betr. den Frhr. v. Prokesch. Fürstliche Reisen und Besuche in Rumpenheim. Stimmung Englands in der orientalischen Frage. Ordensverleihung an Herrn v. Rothschild. Haltung Österreichs in dem Türkisch-Russischen Conflict. Belassung des Grafen von der Goltz im diplomatischen Dienst. Wiederverwendung des Grafen v. Westphalen im Preußischen Dienst.** 4. Juli 1853.

1853 Juli 4.

„Ew. Excellenz würde ich mir schon früher erlaubt haben, nach meiner Rückkehr zu schreiben, wenn nicht Herr von Prokesch eine zeitraubende Thätigkeit in Ausschußverhandlungen und vertraulichen Besprechungen entfaltet hätte. Seine unruhige Geschäftigkeit findet ihre Befriedigung in Vervielfältigung und Verlängerung der Sitzungen, und sein Wohlgefallen an dem Klang seiner eigenen Stimme verleitet ihn, die längsten uns Allen durch den Druck bekannten Aktenstücke mit deklamatorischer Betonung nochmals zu verlesen.

Die vier letzten Tage habe ich fast vollständig in den ehrenvollen, aber geschäftlich nicht förderlichen Beziehungen verbracht, welche durch die Reise J. K. H. der Prinzessin Carl,[1]) und die dadurch hervorgerufene Bewegung anderer fürstlichen Herrschaften bedingt wurden. Prinz Carl ist zwei Tage in Rumpenheim gewesen und heute früh mit dem Schnellzuge nach Baden abgegangen. Die Frau Prinzessin kommt heute um 12 Uhr von Schlangenbad wieder hier durch, um Prinzeß Anna[2]) in Rumpenheim zu besuchen. Die Landgräflichen Herrschaften am letztern Orte nehmen aus der Standeserhöhung der Gräfin Schaumburg[3]) Veranlassung, für sich den Titel „Hoheit" zu wünschen, doch scheint der Kurfürst wenig geneigt, darauf einzugehen. Die ganze in Rumpenheim versammelte Fürstenfamilie macht in ihren Beziehungen unter einander einen wohlthuenden Eindruck; unsere Prinzeß Anna wird von den alten Herrschaften auf Händen getragen. Ich habe dreimal dort dinirt und eine Landpartie mitgemacht, bei welchen Gelegenheiten ich manche Bitterkeiten über den Kurfürsten zu hören bekam; ich wurde mit Auszeichnung behandelt, namentlich auch von den Nassauischen Herrschaften, welche sich längere Zeit dort aufhalten. Prinz Friedrich[4]) machte mir den Eindruck, als ob dieses ländliche Familienleben nicht ganz nach seinem Geschmack wäre.

Durch Sir A. Malet, der eben von London zurückkehrt, höre ich manches über die dortigen Stimmungen, und lege Gewicht darauf, weil er eigentlich kein Parteimann ist, obschon Lady Malet, eine Tochter Lord Brougham's, eine große Politikerin ist. Er sagt, daß die Stimmung in England durch alle

---

1) Gemahlin des Prinzen Carl von Preußen.

2) Marie Anna Friederike, Tochter des Prinzen Carl von Preußen.

3) In morganatischer Ehe Gemahlin des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Hessen.

4) Friedrich Wilhelm Georg Adolf Prinz von Hessen, demnächst Landgraf von Hessen, vermählt am 27. Mai 1853 mit Prinzessin Anna von Preußen.

Parteien, bis zu den „blutigsten Tories", und durch alle Schichten der Gesellschaft eine gereizte gegen Rußland sei, indem man sich vollständig und mit Vorbedacht dupirt fühle, und mit Baron Brunnow [1]) nie wieder unterhandeln würde, wenn man nicht wirklich überzeugt wäre, daß er ebenfalls zu den Düpen gehöre. Die Frage, ob Krieg oder Frieden, werde man lediglich von der Meinung des Sultans abhängen lassen; finde der casum belli, so werde man sofort die Russischen Ostseehäfen blockiren, sich auf Landungen nicht einlassen, sondern nur Rußlands Seehandel sperren; mit Frankreich sei man einig. Diese Meinungen kann ich um deswillen wenigstens als die wahren von Malet betrachten, weil er sie im Vertrauen gegen einen Engländer geäußert hat, von dem er nicht wissen konnte, daß er mit mir darüber reden würde. Von einer anderen Seite höre ich, daß Lord Holland [2]) vor einigen Tagen erzählt habe, er wisse sicher, daß Herr von Brunnow insgeheim in Paris dem Kaiser Napoleon Anerbietungen eines Bündnisses gegen England gemacht habe, aber zurückgewiesen sei. Napoleon soll anderweit geäußert haben, seit 14 Tagen sei er überzeugt, daß England es aufrichtig mit ihm meine, bis dahin habe er geschwankt und gezweifelt. Derartige Redensarten werden durch die vornehmeren Reisenden hierher gebracht und hat ihre Mittheilung an Ew. Excellenz nur dann Werth, wenn sie durch Nachrichten von anderen Seiten ergänzt und bestätigt werden. Herr von Tallenay hat eine Depesche vom 25. Juni [3]) aus Paris, deren Ton in Bezug auf das Russische Memorandum, welches darin mitgetheilt und besprochen wird, allerdings durch seine Schärfe sich von den bisherigen Aktenstücken, die er mir gezeigt hat, unterscheidet.

Herrn von Rothschild [4]) habe ich seine Dekoration für Nichtchristen [5]) über-

---

1) Freiherr von Brunnow, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in London, demnächst am Bundestage.

2) Henry Richard Fox Vessel Lord Holland, Britischer Staatsmann, geboren 23. November 1773, kam unter dem Ministerium Grey als Kanzler des Herzogthums Lancaster in das Cabinet, und war in dieser Eigenschaft auch Mitglied des Ministeriums Melbourne. Mit Clarendon vertrat er im Cabinetsrath in der orientalischen Frage das freundschaftliche Verhältniß zu Frankreich.

3) cf. von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage, Band I, Urkunde 91.

4) Die Verleihung des Rothen Adler-Ordens dritter Klasse erfolgte am 26. Juni 1853 an den damaligen Disponenten des Hauses Rothschild, Mayer Carl von Rothschild.

5) Im Jahre 1851 verfügte eine Ah. Cabinets-Ordre vom 26. Februar, daß die Insignien sämmtlicher Klassen des Rothen Adler-Ordens, wenn dieselben an Nichtchristen für hervorragendes Verdienst verliehen würden, nicht mehr die Kreuzesform haben sollten. Der Orden war schon früher an Nichtchristen für besondere Verdienste um den Preußischen Staat verliehen worden; der tief religiöse Sinn des Königs Friedrich Wilhelm IV. sträubte sich aber gegen das christliche Kreuz auf der Brust von Nichtchristen; die vierte Klasse erhielt die Form einer silbernen Sonne in der Größe eines kleinen Thalerstückes, die dritte Klasse erhielt die Form eines viereckigen Strahlensterns. Das Nähere mit den Ordensabbildungen in dem Werke von L. Schneider: Das Buch vom Rothen Adler-Orden. Berlin 1857. S. 95 f. Tafel XIII.

1853 Juli 4. reicht; sie ist sehr geschmackvoll und er war dankbar, wenn er auch offenbar lieber zu den Kreuzträgern gehört hätte. Er hat keine neueren Nachrichten über den Orient, als daß die gestern über Wien hier eingegangene telegraphische Depesche, wonach die Russen schon in Jassy sein sollten, unrichtig war.

Herr von Prokesch glaubt an ein baldiges Einrücken, aber nicht an Krieg, wenn nicht ein Volksaufstand der Christen gegen die Türken oder vice versa dazutritt. Merkwürdig war mir, bei der äußerlich den Russen günstigen Haltung Österreichs, eine Befürchtung des Herrn von Prokesch, die Türken möchten sich mit den Ungarisch-Polnischen Flüchtlingen einlassen, dann, sagte er, „wird unsere (Österreichs) Stellung sehr schwierig, denn wir können unmöglich an der Seite Kossuth's [1]) fechten.“ Er scheint danach doch für möglich zu halten, daß ohne Kossuth die Österreicher auf Seite der Türken „fechten“ könnten. Man weiß bei ihm freilich niemals, ob er lügt, und ob aus Absicht oder aus bloßer Liebhaberei. Er sagte mir neulich, daß er es sehr unrecht fände, in der Politik eine absichtliche Täuschung und Düpirung übel zu nehmen, man müsse auch dann immer nur fragen, was die Interessen, nicht was das ressentiment vorschreibe.

Durch den heutigen Bericht aus der Centralstelle erhalte ich die Nachricht, daß beabsichtigt wird, Goltz [2]) an Borck's [3]) Stelle in das Ministerium zu nehmen. Ich zweifle nicht, daß ein so fähiger Kopf auch dort an seiner Stelle ist, aber für nützlicher möchte ich seine Verwendung im eigentlich politischen und diplomatischen Dienste halten; er ist einer von den wenigen, welche alle Requisite besitzen, um uns auswärts zu vertreten, und dann fühle ich mich nicht frei von Besorgniß darüber, ob er sich bei so unmittelbaren und ununterbrochenen Beziehungen stets Ew. Excellenz Zufriedenheit bewahren wird. Wenn meine Befürwortung der Wiederanstellung Goltz's auf Ew. Excellenz Entschließungen irgend welchen Einfluß gehabt hat, so möchte ich doch von der Verantwortung für die Miturheberschaft frei sein für den Fall, daß Sie ihn in dieser Stellung auf die Dauer nicht bequem fänden. Ich fürchte, daß die Schattenseiten, welche die unzertrennliche Beigabe eines Charakters von so scharfer und zäher Entschiedenheit bilden, bei stetem persönlichen Verkehr mit Ew. Excellenz wieder nachtheilige Rückwirkungen für Goltz haben könnten.

Nachdem ich durch die Ankunft J. K. H. der Prinzeß Carl unterbrochen worden, muß ich der Post wegen schließen. Erwähnen will ich nur noch, daß Graf Thun für etwa im Ministerium zu besetzende Stellen mir unter anderen besonders den Grafen Westphalen [4]) recommandirte. So sehr ich auch diesem achtungswerthen und brauchbaren Diplomaten wieder eine Anstellung wünsche,

1) Ludwig Kossuth, der Ungarische Dictator, geboren 1805.
2) cf. oben S. 3, Note 3.
3) cf. oben S. 13, Note 2.
4) cf. oben S. 122, Note 2.

so scheint doch für diese seine nahe Verwandtschaft mit Thun, und der Umstand, daß andere Glieder seiner Familie in Österreichischem Militairdienste sind, bedenkliche Momente abzugeben". [1]) 1853 Juli 4.

68. Eigenhändiger Bericht, betr. die Präsidialstellung des Frhr. v. Prokesch. Uneigennützigkeit Preußens gegenüber Österreich. Preußens Politik in der orientalischen Frage. Haltung Englands gegenüber Österreich. Major Deetz. Besuch des Frhr. v. Manteuffel. 15. Juli 1853.

— — „Ein morgen in Betreff der Bundes-Geschäftsordnung [2]) abgesandter Bericht enthält Einiges über die anmaßliche Art, in welcher Prokesch seine Präsidialstellung auffaßt. Ich kann nicht alle Ausbrüche pathetischer Selbstüberschätzung wiedergeben, welche in der Discussion zu Tage traten; gewiß aber ist es, wenn er sich vorgenommen hätte, uns durch höhnische Arroganz zu Angriffen auf die Stellung des Präsidiums herauszufordern, so könnte er es nicht anders anfangen. Juli 15.

Ich fürchte auch, daß wir in der orientalischen Frage [3]) wiederum Österreich unseren vollsten ehrlichsten Beistand leisten, ohne uns den mindesten Dank auszubedingen; und doch sind die Fälle, wo Österreich in der Europäischen Politik unser bedarf oder uns fürchtet, die einzigen, wo wir in der Deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Sr. Majestät dieses wie ein „Herr gedenke der Athener!" alle Tage vorhalten dürfte. Ich sehe in der That nicht, warum wir, ohne zwingende Ursache oder starke Lockung überhaupt, voreilig Partei nehmen müssen. Eine bewaffnete Neutralität, womöglich in Verbindung mit den anderen Deutschen Staaten und Belgien, würde eine unseren Interessen entsprechende und würdige Stellung sein, die unserem Einflusse im außerösterreichischen Deutschland einen neuen Elan gäbe. Österreich muß sich freie Entschließung bewahren, es ist zu nahe am Schauplatz; aber die anderen Deutschen Staaten haben mit uns das gleiche Interesse, in Ruhe gelassen zu werden, wo es nichts zu verdienen giebt. Einer Neutralität mit 500 000 Mann kann es wohl gelingen, den Krieg, wenn er ausbricht, auf die See und die Türkei zu beschränken. Doch ich spreche wie der Blinde von der Farbe, da ich mit der augenblicklichen Sachlage und den bei uns etwa schon gefaßten Entschlüssen ganz unbekannt bin. Vielleicht ist längst der Friede gesichert; bricht der Krieg aber doch aus, so denke ich, Ew. Excellenz ruhige Kaltblütigkeit wird der Aufregung anderer Rathgeber nicht nachgeben, und wir uns keine blutigen

1) Mittelst Cabinets-Ordre vom 11. Juni 1854 wurde Graf von Westphalen zum Preußischen Gesandten in Stockholm ernannt, gestorben 13. Oktober 1856.

2) cf. Band I, Urkunde 197; s. auch oben S. 150.

3) cf. oben S. 154.



1853 Juli 15. Köpfe holen; pour les beaux yeux de qui que ce soit, oder für den bloßen Ruhm, auch dabei gewesen zu sein. Können wir etwas profitiren, so ist es allerdings anders.

Prokesch spricht in dem Sinne, daß die Parteinahme Englands für die continentalen Revolutionärs es Österreich unmöglich mache, mit England zu gehen.

Jemand, den ich hier gern los würde, wenn es anginge, ist unser Commandant Major Deetz.[1]) Er macht zu viel Unfrieden unter den Preußen hier am Orte, verträgt sich mit Niemand unter seinen Landsleuten, und gegenüber dem engen Zusammenhalten der Österreicher unter einander wird durch Deetz's Unverträglichkeit und seine sonstigen persönlichen Verhältnisse der Vortheil für uns, die Commandantur von Preußen zu besetzen, ein sehr geringer.

Da die Zeit herannaht, für welche Ew. Excellenz mir Hoffnung machten. Sie und die gnädige Frau hier zu sehen, so würde ich mich sehr freuen, wenn ich bald nähere Gewißheit darüber hätte. Ich rechne darauf, daß Sie uns die Freude machen, bei uns abzusteigen, und da ich im Hause zwei vollständige Wohnungen habe, die ich nicht gleichzeitig benutze, eine an der Straße und eine am Garten, so macht es uns nicht die mindeste Unbequemlichkeit, und meine Frau und ich bitten dringend, daß Sie uns nicht verschmähen. Mit der Bitte, mich der Frau Gemahlin zu empfehlen, und Otto,[2]) den wir doch auch hier zu sehen hoffen, meinen Gruß zu bestellen, Ew. Excellenz &c."

69. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck und des Frhr. v. Prokesch. Geschäftsgang während der Vertagung der Bundesversammlung. Frhr. v. Maltitz. 13. August 1853.

Aug. 13. — — „Ich stehe auf dem Sprunge, von meiner durch die vorgestrige Vertagung erlangten Freiheit Gebrauch zu machen, um mich an die See zu begeben;[3]) nur warte ich noch, mit schmerzlichem Blick auf das schöne Wetter, auf den Eingang des wirklichen Urlaubs, nachdem Ew. Excellenz die Güte hatten, mir telegraphische Benachrichtigung darüber zuzusagen. Meine Absicht ist, mich zuerst nach Ostende zu begeben und mich etwa den 21. oder 22. über Holland nach Norderney zu verfügen, dort solange zu baden, als es gutes Wetter ist, und dann meine Frau und Kinder aus der Schweiz abzuholen, wohin diese sich zu Anfang der nächsten Woche begeben. Der Minister Schele hat

1) cf. oben S. 4.

2) Der Sohn des Ministers Freiherrn von Manteuffel, gegenwärtig Mitglied des Deutschen Reichstags, des Preußischen Herrenhauses und Landrath des Luckauer Kreises, auf Schloß Crossen, der Besitzung seines verstorbenen Vaters.

3) cf. Band I, S. 301, Note 1.

mir aus Gais bei Appenzell geschrieben, daß er einstweilen eine Gebirgsreise durch die Schweiz mache, und gegen Ende des Monats Frankfurt zu passiren gedenke. Er wünscht sich mit mir zu besprechen; ich kann aber ihn hier nicht erwarten, weil mir sonst auch in diesem Jahre die Zeit zum Seebaden vergeht, ich aber diese Cur, an deren jährliche Wiederholung ich früher gewöhnt war, nicht um noch ein Jahr verschieben möchte. Ich werde mir daher von Norderney aus ein Rendezvous mit ihm einrichten, entweder in Bremen oder in Hannover. Graf Hatzfeldt[1]) hatte mich eingeladen, ihn während der Festlichkeiten am 15. in Paris zu besuchen; ich habe aber auf diese interessante Excursion verzichtet, theils weil mein Urlaub noch nicht hier ist, theils weil man unter den jetzigen Umständen meine Anwesenheit in Paris zu Vermuthungen und Zeitungsgerüchten mißbrauchen könnte. Sehr gern würde ich aber die fernere Ferienzeit nach meiner Rückkehr von Norderney zu einer Ausflucht nach Paris benutzen, um mir, nach 10 Jahren seit meiner letzten Anwesenheit, Stadt und Menschen einmal wieder anzusehen.

1853 Aug. 13.

Herr von Prokesch beabsichtigt nach Ischl und nach Wien zu gehen; wenn er mit Sr. M. dem König, oder mit einflußreichen Personen von den Unsrigen zusammentrifft, so hoffe ich, daß man ihm nicht Alles glaubt, was er sagt oder verspricht.

Die diesmalige Vertagung der Bundesversammlung ist in der Art erfolgt, daß keine Substitutionen stattfinden, und die Gesandten, welche hier bleiben (mindestens zwei außer dem Präsidirenden), haben schlimmsten Falls nur darüber zu beschließen, ob Anlaß sei, die Anderen einzuberufen. Prokesch beabsichtigt, die erste Sitzung nicht vor dem 3. November zu halten.

Aus guter Quelle höre ich, daß der Russische Gesandte im Haag von Maltitz ein Werkzeug ultramontaner Bestrebungen ist. Er hält sich jetzt, wie ich glaube, in unserer Rheinprovinz auf. Die Königin-Mutter (der Niederlande) hat übernommen, in Petersburg seine Abberufung aus Holland zu betreiben".

70. Eigenhändiger Bericht, betr. den Aufenthalt des Herrn v. Bismarck in Ostende. Zusammenkunft mit Frhr. v. Schele. Ostende, Hôtel Fontaine, 16. August 1853.

Aug. 16.

— — „Se. K. H. der Prinz von Preußen ist gestern Abend von England hier eingetroffen, sehr befriedigt von dem dortigen Aufenthalte, und befindet sich wohl. Höchstderselbe beabsichtigt, auf Rath des Arztes das Seebad noch bis zum 25. oder 26. hier zu gebrauchen. Der Herzog von Brabant und dessen Bruder sind auch hier; von Bekannten ferner Herr von Brockhausen[2]), Eulenburg[3]), Scherer[4]), Graf Hatzfeldt und Andere.

1) cf. oben S. 18, Note 7.
2) Freiherr von Brockhausen, Kammerherr, Preußischer Gesandter in Brüssel.
3) Graf zu Eulenburg, Preußischer Generalconsul in Antwerpen.
4) Dr. Scherer, vortragender Rath im Ministerium des Innern.

1853 Aug. 16. Ich erwarte noch eine Antwort von Herrn von Schele [1]) hier, um mit ihm entweder auf seiner Rückreise nach Hannover in Cöln, oder später von Norderney aus zusammenzutreffen". [2])

71. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rückkehr des Herrn v. Bismarck aus Italien und die Lage der Geschäfte am Bundestage. 22. Oktober 1853.

Okt. 22. „Ew. Excellenz habe ich bereits auf telegraphischem Wege [3]) meine Rückkehr hierher zu melden die Ehre gehabt, und bitte ich um Nachsicht, daß dieselbe erst jetzt erfolgt ist. Ich hatte die vollständige Geschäftsstille hier noch zu einer kurzen Excursion nach Italien benutzen wollen, wurde aber auf dieser durch einen Kolikanfall zu längerem Bleiben in Genua und zu langsamer Rückreise genöthigt. Als ich am Genfer See wieder eintraf, fand ich ein Schreiben des Legationsraths Wentzel, in welchem er mich benachrichtigte, daß Ew. Excellenz meine schleunige Rückkehr hierher wünschten. Ich ließ daher meine Familie einstweilen zurück und reiste sofort ab, so daß ich nach einer Fahrt von einigen dreißig Stunden hier eintraf. Hier ist es indessen noch ziemlich still. Etwa die Hälfte der Gesandten fehlt noch. Herr von Prokesch wird im Laufe der nächsten Woche erwartet. Unsere erste Sitzung soll verabredetermaßen am 3. November sein, obschon der Vertagungsbeschluß, um nicht den damals so sehr fern liegenden „November" darin zu benennen, und den Eindruck überlanger Ferien zu machen, nur bis zum 27. Oktober lautet. Einige der anwesenden Gesandten zweifelten sogar an einer Sitzung am 3. November, weil bisher noch keine einzige Instruktion über die vielen schwebenden Sachen hier ist. Unter diesen Umständen darf ich überzeugt sein, daß Ew. Excellenz keinen Nachtheil für den hiesigen Dienst in einer Excursion von wenig Tagen finden, und mir gestatten wollen, die mir gestern zugegangene Einladung Sr. M. des Königs nach Letzlingen anzunehmen, und am nächsten Dienstag den 25. Abends dahin abzugehen, um so mehr als ich hoffen darf, Ew. Excellenz selbst wiederum dort zu finden, und mich durch mündliche Rücksprache über die zunächst bevorstehenden Geschäfte noch näher zu instruiren".

72. Eigenhändiger Bericht, betr. den Grafen zu Ysenburg-Büdingen in Wächtersbach. 8. November 1853.

Nov. 8. — — „Der Graf zu Ysenburg-Wächtersbach, des Kurfürsten [4]) Schwiegersohn in partibus infidelium, soll von einer Geistesstörung befallen sein.

1) cf. oben S. 7, Note 1.
2) cf. oben S. 156 f.
3) cf. Band I, S. 302, Note 5.
4) scil. von Hessen.

Schon den Ankauf des Hohenthalschen Hauses schreibt man dem zu, da der Graf kein eigenes Capital dazu hat und das der Gräfin ihm nicht zu Gebote steht, wenigstens nicht zu diesem Behuf. Dann hat er den Minister Hassenpflug[1]) mit einem Kurfürstlichen Rohrstock durchgeprügelt; wenn schon ich diese Thatsache an sich nicht für einen Beweis von Wahnsinn halten möchte, so sind doch die begleitenden Umstände eigenthümlicher Art. Gestern Abend besuchte mich Herr von Trott,[2]) und las mir aus einem Briefe des Ministers von Baumbach[3]) Folgendes vor: „Graf Ysenburg hat den Minister Hassenpflug, nachdem er ihn in seiner Wohnung vergeblich aufgesucht, aus seiner Loge im Theater rufen lassen, weil er ihm etwas Wichtiges zu sagen habe. Als er kam, hat er ihn freundlich beim Arm genommen, auf den Friedrichsplatz hinausgeführt und von dort, weil zu viel Menschen dort seien, um eine Straßenecke, wo er ihm mit den Worten: „Sie haben meine Frau beleidigt!" den Stock auf den Kopf geschlagen hat, so daß Hassenpflug stark blutete. Dann ist er fortgelaufen, zunächst nach dem Bahnhofe, um einen Extrazug nach Frankfurt zu verlangen, und da ihm dieser verweigert wurde, ist er sofort mit Extrapost hierhergefahren. Vor seiner Abreise hat er noch geäußert, mit Herrn von Bismarck in Frankfurt und mit dem Minister Schäffer[4]) in Darmstadt werde er es ebenso machen". Der Brief des Herrn von Baumbach schließt mit der wohlwollenden Bemerkung: „Hoffentlich wird er von Bismarck todtgestochen oder bekommt wenigstens selbst Prügel". Was übrigens den Zorn des Grafen auf mich lenkt, begreife ich nicht, denn ich habe stets in freundlichen Beziehungen zu ihm gestanden. Er war dem Anschein nach ein stiller, sanfter Mensch. Die Beleidigung, welche er an Hassenpflug rächen wollte, bestand darin, daß in dem amtlichen Casseler Blatt die Ankunft ihrer „Erlaucht" der Gräfin Ysenburg angezeigt war, während er verlangt, daß sie „Durchlaucht" und „geb. Prinzessin von Hanau" titulirt werde. Gereizt ist er auf diesem Punkte wohl besonders deshalb gewesen, weil seine Agnaten haben verlauten lassen, daß sie die Kinder aus dieser Ehe als successionsfähig nicht anerkennen könnten, weil die Gräfin vor dem Zeitpunkte geboren sei, an welchem Se. K. H. der Kurfürst erklärt habe, sich mit ihrer Mutter vermählt zu haben. Hier angekommen, hat sich Graf Ysenburg vorgestern Abend zu Baron Dörnberg[5]) begeben und diesen um Aufnahme gebeten, „weil ihn Hessische Gendarmen vor seinem Palais (dem Hohenthalschen) erwarteten". — Gestern Mittag ließ er sich bei Frau von Brints[6]) melden, und da ihn diese, schon mit den circulirenden Gerüchten be-

1853 Nov. 8.

1) Kurhessischer Minister der Justiz und des Innern.

2) cf. oben S. 33, Note 3.

3) Kurhessischer Minister des Äußern und des Kurfürstlichen Hauses.

4) Freiherr Schäffer von Bernstein, General-Lieutenant und Kammerherr, Großherzoglich Hessischer Kriegsminister.

5) cf. oben S. 4, Note 4.

6) cf. oben S. 4, Note 5.



1853 Nov. 8. kannt, nicht annahm, hat er durch die Domestiken ihr sagen lassen, „er sei auf Requisition von Hassenpflug hier verhaftet, aber wieder freigelassen worden". Gendarmen und Verhaftung waren Phantasiegebilde. Sich von Hassenpflug's Schergen verfolgt glaubend, hat er sich an Herrn von Prokesch gewandt, und dieser, um ihn los zu werden, ihm den Rath ertheilt, nach Offenbach zu fliehen. Selbigen hat er befolgt, und soll sich heute von dort nach Wächtersbach begeben haben. Gelegentlich des Hauskaufs hat er geäußert: „Ich werde das Palais den Preußen wegfischen;[1]) die können mit ihren Ständen nicht fertig werden, ich aber habe keine Stände". Wie man hört, soll der Kauf wieder zurückgehen".

73. Eigenhändiger Bericht, betr. den Badischen Kirchenconflict. Österreichische Anleihe. Orientalische Frage. Note des Frhr. v. Beust. Diplomatischer Bruch zwischen Preußen und Großherzogthum Hessen.*) 7. Januar 1854.

1854 Jan. 7. — — „Von den beiden confiscirten Nummern der Kreuzzeitung[2]) war mir die erste noch zugegangen, und ich erwartete nur den Schluß der „Rundschau", in welchem ich eine Beleuchtung des Badischen Streites von einem anderen Gesichtspunkte zu finden hoffte, um Herrn von Gerlach[3]) meine Bedenken über sein Auftreten brieflich mitzutheilen. Wenn ich ihn nicht seit vielen Jahren genau kennte, so würde ich in der That an seinem Protestantismus irre werden. Ich verstehe es nicht, wie Jemand, der unzweifelhaft von einer warmen Vaterlandsliebe beseelt ist, sich in diesem Grade von jeder Preußischen Anschauungsweise frei machen kann, wenn ich auch zugebe, daß mich der Borussianismus in derartigen Fragen einseitig und befangen macht. Ich hoffte, der zweite Theil der „Rundschau" würde wenigstens den dreisten Gesetzbruch, welcher in dem faktischen Vorgehen des Bischofs liegt, entschieden stigmatisiren; nach der Confiscation zu urtheilen, scheint es nicht geschehen zu sein. Es thut mir leid, die hohe Geisteskraft eines von mir geehrten und

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Herr von Bismarck befürwortete eine Zeit lang den Ankauf des Palais zu Zwecken der Preußischen Gesandtschaft. cf. Band I, Urkunde 158.

2) In der Neujahrs-Rundschau 1854 besprach die Neue Preußische Kreuzzeitung (cf. die Nr. 3 (4. Januar), Nr. 4 (5. Januar) u. A. den Badischen Kirchenconflict. In der Nr. 3 fanden sich heftige Angriffe gegen die Badische Regierung, welche mit dem hölzernen Schwerte der Büreaukratie dem gewaltigen Aufschwunge der Römischen Kirche entgegentreten wolle. Das K. Polizeipräsidium sah sich demnächst veranlaßt, die beiden Nummern mit Beschlag zu belegen. Über den Kirchenconflict in Baden siehe auch Band I, Einleitung S. 34* ff. und die daselbst näher angegebenen bezüglichen Urkunden.

3) von Gerlach, Chefpräsident des Oberlandesgerichts zu Magdeburg, Mitglied der Preußischen Ersten Kammer, Mitbegründer der Neuen Preußischen Zeitung (Kreuzzeitung); cf. auch S. 140, Note 2.

geliebten Mannes so verwandt zu sehen, nicht ohne Verschulden seiner Vorliebe für das Unerwartete und für den Beifall von Gegnern. 1854 Jan. 7.

Die Österreichischen Papiere sind stark gefallen[1]) an der hiesigen Börse; die neue Anleihe soll, wie mir Herr von Tallenay[2]) sagt, auf 100 Millionen Gulden beabsichtigt sein, obschon die Zeitungen bis jetzt nur von 40 sprechen.

Die orientalische Frage[3]) absorbirt nachgerade hier alle politischen Interessen, besonders da man sehr im Ungewissen über die Sachlage ist, und Niemand, wie es scheint auch Prokesch nicht, sichere und neuere Nachrichten hat. Die Engländer forschen sehr eifrig nach Symptomen einer angeblich durch den Kronprinzen von Württemberg versuchten Annäherung Rußlands an Frankreich".

Postscriptum.

„Herr von Beust[4]) hat eine, auch an meinen Collegen Nostitz[5]) ergangene Circularnote zur Widerlegung der Angaben über seine Münchener Verhandlungen[6]) erlassen.

In Stuttgart scheint Herr von Dalwigk[7]) in Betreff des Unfriedens mit uns[8]) weiter nichts als allgemeine Wünsche zu erkennen gegeben zu haben. Wenn ein einlenkender Schritt von Darmstadt geschieht, so wird er vermuthlich in einem persönlichen Schreiben des Großherzogs an Se. M. den König bestehen. Der Großherzog macht sich nicht mehr viel aus Dalwigk, aber die Qual, einen Anderen zu wählen und sich mit einem Neuen einzuleben, ist für ihn ein Schreckbild, welches den Bemühungen J. K. H. der Großherzogin, Dalwigk zu halten, wirksam zur Seite steht".

1) Aus Anlaß der Befürchtungen eines Orientkrieges.

2) cf. oben S. 105, Note 6.

3) cf. unten S. 172, Note 2.

4) Freiherr von Beust, Königlich Sächsischer Minister des Innern, sowie der auswärtigen Angelegenheiten.

5) cf. oben S. 15, Note 3.

6) Unterm 11. Dezember 1853 theilte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck unter fliegendem Siegel zwei an die K. Gesandten zu Stuttgart und Karlsruhe gerichtete Erlasse mit, woraus zu ersehen war, wie seitens des Königlich Sächsischen Ministers von Beust der Versuch gemacht worden war, eine politische Spaltung unter den Bundesstaaten zu veranlassen. Sein neuerlicher Aufenthalt in München sollte zum ausdrücklichen Zweck gehabt haben, diesen Versuch mittelst Stiftung eines politischen Schutz- und Trutz-Bündnisses unter den deutschen Mittelstaaten zu verwirklichen.

7) cf. oben S. 103, Note 3.

8) scil. wegen der Canitz'schen Angelegenheit, cf. Band I, S. 33* f. sowie die Urkunden 194 und 195.

74. Eigenhändiger Bericht, betr. die Beziehungen zwischen Belgien und Frankreich. Haß Österreichs gegen England. Dominirende Stellung Frankreichs. Englisch-Französisches Bündniß. Plan einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England. Lippesche Verfassungs-Angelegenheit. Unpreußische Gesinnung des westfälischen Adels; Bischof v. Kettler. Preußenfeindliche Umtriebe im Fürstenthum Lippe; Schriftenwechsel zwischen dem Staatsrath Fischer und dem Fürsten v. Metternich. Wechsel in der Person des Hannoverschen Bundestagsgesandten. Kurfürst von Hessen und Minister Hassenpflug. Diner bei Frhr. v. Prokesch zu Ehren des Belgischen Gesandten; Haltung des Ersteren gegenüber Herrn v. Bismarck. Meiningensche Domainenfrage. Kriegskosten-Liquidationen. Österreichische Preßagenten. 14. Januar 1854.

1854 Jan. 14.

— — „Ich kann von hier kaum andere Dinge melden, als solche, deren an und für sich geringe Bedeutung im gegenwärtigen Augenblicke noch mehr in den Hintergrund tritt. Von Europäischer Politik wissen die meisten Deutschen Cabinette nicht viel und ihre hiesigen Vertreter noch weniger. Die Belgische Regierung ist offenbar in der jüngsten Zeit bemüht, sich das Wohlwollen Frankreichs in höherem Maße als bisher zu sichern. Als Grund dafür läßt sich wohl mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß in England der Glaube an die Nothwendigkeit, Krieg führen zu müssen, und damit der Werth Französischen Beistandes, gestiegen, dagegen bei Belgien hierdurch das Vertrauen auf Englischen Schutz gegen Frankreich vermindert ist, wenn man nicht geradezu den König Leopold von London aus veranlaßt hat, sich in bessere Beziehungen zum Französischen Kaiser zu setzen. Andererseits sind auch die Österreichischen Einflüsse in Belgien hierbei in Rechnung zu stellen, und zweifle ich nicht an der Bereitwilligkeit einer einflußreichen Partei im Österreichischen Cabinet, sich mit Frankreich auf unsere Kosten zu verständigen, und Belgien in solche Pläne hineinzuziehen, wenn der König Leopold denselben nicht widersteht.

Bei jeder politischen Unterhaltung mit Österreichern und den Coalitionsfreunden Österreichs merkt man, daß Haß gegen England in den maßgebenden Kreisen das hervorragendste Gefühl ist, von dem indessen immer noch ein auf Preußen fallender Überschuß bleibt.

Ein hiesiger Franzose, der mehr als Tallenay zu den Eingeweihten des Gouvernements gehört, schilderte mir in diesen Tagen in einer großsprecherischen Laune die dominirende Stellung Frankreichs, dessen Bündniß von Allen gesucht werde. England wage nicht, ohne Frankreich Rußland entgegenzutreten, und Österreich finde nur durch ein Bündniß mit Frankreich Sicherheit gegen seine malcontanten Unterthanen in Italien und Ungarn; Rußland könne ihm solche wohl zusagen, aber gegen Frankreichs Willen niemals geben.

Tallenay spricht sich in dem Sinne aus, als sei das Englisch-Französische Bündniß nur eine, von Frankreich in diesem Umfange nicht erstrebte Consequenz eines unberechneten Ganges der Ereignisse, bei der der Kaiser solange stehen bleiben müsse, bis er sich mit Anstand und ohne Verletzung der nationalen Eitelkeit aus der Türkischen Frage im engeren Sinne herausziehen könne, um die Ausfechtung Englisch-Russischer Rivalität der ersteren Macht vor der Hand allein zu überlassen. Auffällig ist mir, daß Tallenay, mit dem ich in sehr guten persönlichen Beziehungen lebe, etwa seit Weihnachten politisch viel zurückhaltender gegen mich als gegen Prokesch ist, was sonst weniger der Fall war.

1854 Jan. 14.

Der leitende Gedanke mancher Österreichischen Staatsmänner ist der einer Österreichisch-Französisch-Russischen Verbindung gegen Preußen und England; Prokesch würde, sobald Rußland durch Türkische oder innere Verwickelungen geschwächt, und Österreich der Beistand der Coalition gesichert wäre, vielleicht noch lieber Rußland auf Seiten der Gegner sehen, und jedenfalls vor der Hand seine Freude an allem Schaden haben, den Rußland und England sich gegenseitig thun. Bezeichnend ist, daß Herr von Blittersdorf,[1] in seiner Eigenschaft als Österreichischer Mitarbeiter an der Postzeitung, den Beistand Amerikas gegen England mit den Worten anruft, man müsse den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Ich habe schon erwähnt, welch doppeltes Spiel Prokesch in der Lippeschen Sache[2] getrieben hat, und berichte morgen[3] weiter darüber. Der Staatsrath Fischer,[4] eine wohlbeleibte unbeholfene Persönlichkeit, war vollständig erschüttert über die Perfidie, als deren Düpe er sich erkannte, wie ich ihm den wirklichen Sachverhalt auseinandersetzte, er gab seiner sittlichen Entrüstung mit so heftigen Körperbewegungen Ausdruck, daß er mit der ihn tragenden chaise longue vor meinen Augen zusammenbrach, und an der Menschheit wie an der Solidität hiesiger Tischlerarbeit gleichmäßig verzweifelnd an der Erde lag. Fischer ist übrigens ein in seinen Geisteskräften von der Altersschwäche stark entamirter Staatsmann, der langsam, aber sicher in die Kategorie der unpraktischen Redner hinabsinkt. Der eigentliche Beherrscher des Fürstenthums und des Fürsten zur Lippe scheint jetzt der gleichfalls hier anwesende Freiherr von Stitencron[5] zu sein, mit dem ich von der Universität her befreundet bin, und mit dem ich mich wohl vollständig in dem von Ew. Excellenz gebilligten Sinne verständigen werde.

---

1) cf. oben S. 6, Note 1.

2) cf. Band I, Einleitung S. 31* und die daselbst näher angeführten Urkunden, betreffend den Lippeschen Verfassungsstreit.

3) cf. Band I, Urkunde 228.

4) cf. oben S. 65, Note 2.

5) cf. Band I, Urkunde 228.

1854 Jan. 14. Er erzählte mir beiläufig üble Dinge von der unpreußischen Gesinnung unseres Westfälischen, besonders des Münsterschen Adels. Der jetzige Bischof Kettler[1]) hat sich schon als Preußischer Referendarius gegen ihn gerühmt, „mit 6000 Kerls wie er selber sei“ wolle er diesen Staat über den Haufen werfen. Im Jahre 1850, bei der Mobilmachung, hat das 13. Landwehr-Cavallerie-Regiment bei Stitencron in Quartier gelegen, und Offiziere desselben, die dem alten Münsterschen Adel angehören, haben gesagt, sie würden bei dem ersten Zusammenstoß mit Bayern oder Österreichern übergehen, worauf ein Anderer, ein Brinken, geantwortet: „Dann wird sich wohl ein ehrlicher Ulan finden, der Euch die Lanze durch den Leib rennt“.

Im Lippeschen selbst zeichnet sich durch preußenfeindliche Umtriebe ein Herr von Blomberg aus, früher Preußischer Beamter, der mit Prokesch Correspondenz unterhält. Fischer steht mit Metternich[2]) in Briefwechsel; er zeigte mir ein eigenhändiges Schreiben von dem Fürsten, in welchem dieser ihm in allgemeinen Ausdrücken die vollste Unterstützung Österreichs in der Verfassungsfrage in Aussicht stellt.

Aus Hannover höre ich, daß wir wahrscheinlich Herrn von Bothmer[3]) anstatt des Generals Jacobi[4]) hier wieder zu erwarten haben; bei der ritterschaftlichen Richtung des Ersteren ein Fingerzeig für die Absichten des neuen Ministeriums. Ich wäre über den Tausch nicht böse, denn Jacobi ist zwar ein braver Mann, aber zu wortkarg und verschlossen. Bothmer ist ehrlich, traut Prokesch nicht, und neigt mehr zu uns als nach Wien.

Aus Cassel geht mir von guter Hand die Nachricht zu, daß der Kurfürst von seiner Excursion nach Wächtersbach in Zorn gegen Hassenpflug zurückkehre, und namentlich aufgeregt ist über das Condolenzschreiben, welches er selbst gleich nach dem Attentat[5]) auf Hassenpflug's Verlangen an diesen gerichtet hat. Er soll die Absicht geäußert haben, den Fürsten Felix Hohenlohe, seinen Schwiegersohn, mit dem Minister-Präsidium zu betrauen.

Prokesch hat vorgestern zu Ehren des Belgischen Gesandten[6]) ein Diner in Uniform gegeben; es ist dies üblich bei dem Antritte eines neuen Gesandten; nachdem es bisher unterblieben war, dürfte diese um acht Monate verspätete Nachholung wohl auf besonderen Befehl von Wien aus zu Ehren Belgiens erfolgt sein. Von diesem Diner, welches bis auf die Beleuchtung ganz tadelfrei war, und bei dem zum ersten mal das neue und sehr schöne Kai-

---

1) Freiherr von Kettler, Bischof von Mainz.

2) cf. oben S. 37, Note 1.

3) Früherer Hannoverscher Bundestagsgesandter. cf. oben S. 71, Note 3.

4) Jacobi, Generalmajor und Staatsminister a. D., Nachfolger des Herrn von Bothmer seit 2. Juni 1853.

5) cf. oben S. 158 ff.

6) Albephonse Baron Dujardin.

serliche Silberservice der Präsidialgesandtschaft producirt wurde, macht er einen erstaunlichen Lärm in den Zeitungen. Er ist seit einiger Zeit sehr sanft gegen mich, und vermeidet alle Zornausbrüche, vermuthlich auf Befehl. Dafür entschädigt er sich durch Verhetzungen hinter meinem Rücken, und war beispielsweise in diesen Tagen bemüht, Unfrieden zwischen Herwarth,[1] mir und Waldersee[2]) anzustiften, hatte aber darauf nicht gerechnet, daß wir einander offen mittheilen würden, was er Jedem über den Anderen insinuirt hatte.

1854 Jan. 14.

Es thut mir leid, daß Graf Arnim[3]) in Wien sich auf das undankbare Feld einer Beschwerde über die Person und eine einzelne Perfidie derselben eingelassen hat, anstatt das System anzufassen.[4]) Ich weiß nicht, ob Prokesch schon Kenntniß von unserer Klage in Wien hat, glaube es aber; sein Händedruck wird täglich herzlicher.

In Bezug auf die Meiningensche Domainenfrage habe ich heute berichtet;[5]) ich fürchte, daß man in Wien die Wünsche des Herzogs mißbraucht, um im Sächsisch-Österreichischen Sinne auf ihn zu wirken.

Auch das Rescript vom 9. in der Liquidationssache ist gestern Abend gekommen, und werde ich berichten, sobald Crüger[6]) ausgerechnet hat, wie sich unser Conto nach diesen Vorschlägen stellt.

Sehr dankbar bin ich für die Aussichten, die Zietelmann in Betreff einer besseren polizeilichen Manipulation in Süddeutschland mitbrachte. Das Polizei-Präsidium hatte neulich wieder überraschend falsche Nachrichten von hier. Der Dr. X. sollte ein Agent des Herrn von Prokesch sein, und ein Herr von Y. hier Österreichischer Correspondent der Augsburger Zeitung. X. ist nicht nur unbrauchbar für Österreich, weil er nichts weiß, als den gewöhnlichen Polizeiklatsch über Stimmungen und vage allgemeine Behauptungen, sondern er

---

1) cf. oben S. 3, Note 5.

2) cf. oben S. 37, Note 4.

3) cf. oben S. 70, Note 1.

4) Die Beschwerde der Preußischen Regierung war veranlaßt durch die antipreußische Haltung der Österreichischen und von Österreich inspirirten Presse, sowie durch die von Herrn von Prokesch verübten mannigfachen Präsidialübergriffe. cf. Band I unserer Sammlungen, Urkunde 210.

5) Herr von Bismarck berichtete hier dem Minister Freiherrn von Manteuffel, daß, gleichwie im Herzogthum Altenburg, auch in Meiningen sich die Möglichkeit bieten werde, die Wünsche Sr. H. des Herzogs in der Domainenfrage ohne eine direkte Betheiligung des Bundes zu verwirklichen, sobald von Seiten der Herzoglichen Regierung mit derselben Entschiedenheit und Geschicklichkeit operirt werde, wie in Altenburg. Jedenfalls werde eine etwaige Mitwirkung des Bundes erst herbeigeführt werden, nachdem der Versuch einer Verständigung mit dem Landtage keine Aussicht auf Erfolg mehr böte. Bis dahin dürfte es sich darum handeln, bei der Herzoglichen Regierung dasjenige Vertrauen auf den Erfolg zu erwecken, dessen sie bedürfe, um die Durchführung der Wünsche Sr. H. des Herzogs überhaupt in Angriff zu nehmen.

6) cf. oben S. 44, Note 2.

1854 Jan. 14. wird auch nach wie vor von Österreich und dem Major Deetz alles Ernstes polizeilich und richterlich angegriffen. Herr von Y., ein hier verheiratheter Österreichischer Offizier a. D., kann kaum orthographisch schreiben, viel weniger in Zeitungen correspondiren, und hat gar keine Verbindungen hier, außer mit Pferden und Hunden".

75. Eigenhändiger Bericht, betr. den Badischen Kirchenconflict. Herrn v. Gerlach's Rundschau über den Badischen Kirchenconflict. Die Neutralität Preußens, Österreichs und Deutschlands in der orientalischen Frage. Engerer Anschluß Bayerns an Österreich und Russische Ordensverleihung an den Minister v. d. Pfordten. Beeinträchtigung der Sicherheit Preußens. Aus dem ultramontanen Lager. Bentinck'sche Streitsache. Umwandlung der Festung Mastricht in eine Bundesfestung. Nothwendigkeit von Vorsichtsmaßregeln in Bezug auf Mainz. Wiederaufnahme des Planes über die Aufstellung eines Bundescorps bei Frankfurt a. M. Garantievertrag von Mailand.
25. Januar 1854.

Jan. 25. „Nachdem ich gestern die telegraphische Weisung erhalten habe, [1]) werde ich morgen sogleich nach Schluß der Sitzung nach Karlsruhe abgehen; die Sitzung mag ich des Aufsehens wegen nicht versäumen, obschon Verhandlungen von Wichtigkeit nicht zu erwarten sind. Mein Badischer College [2]) hier hat mit mir neuerdings eingehender als früher über den Conflict von Freiburg gesprochen. Er hat keine Nachricht, daß ein Abkommen mit Kettler [3]) geschlossen sei; wenn er auch nicht zu den besonders Eingeweihten seines Gouvernements gehört, so glaube ich doch, daß er nunmehr, nach Verlauf von zehn Tagen, sichere Kunde haben müsse, wenn der „Waffenstillstand" wirklich so definitiv geschlossen wäre, wie mir Savigny unter dem 17. cr. schrieb. Mir wäre es nicht unlieb, wenn die Sendung nach Rom [4]) noch nicht unbedingt feststände; bei der Art, wie in der päpstlichen Allocution der Auflehnung des Erzbischofs gegen die Regierung gedacht wird, und bei der kühlen Aufnahme, welche die Badischen Demarchen bei dem Nuntius in Wien [5]) gefunden haben, muß ein beflis-

1) Der Minister Freiherr von Manteuffel ersuchte darin Herrn von Bismarck, sich nach Karlsruhe zu begeben, um die nach Lage der Sache wünschenswerthe Kräftigung der Badischen Regierung in Sachen des dortigen Kirchenconflicts durch Stärkung des Vertrauens auf Preußen herbeizuführen. cf. auch oben S. 160, Note 2.

2) Freiherr Marschall von Bieberstein, Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Badischer Gesandter am Bundestage.

3) cf. oben S. 164, Note 1.

4) Als Abgesandter der Badischen Regierung zu den diesbezüglichen Verhandlungen in Rom war Carl Erbgraf zu Leiningen-Billigheim, Hofmarschall des Prinz-Regenten von Baden, ausersehen.

5) Cardinal Michel Viale-Prelà, Erzbischof von Carthago, bekleidete damals die Stelle eines apostolischen Nuntius in Wien.

jenes Aufsuchen der Verhandlung mit Rom nothwendig den Eindruck machen, daß das Gefühl der Unbehaglichkeit und das Bedürfniß, der gegenwärtigen Lage ein Ende zu machen, auf Großherzoglicher Seite stärker sei, als auf Bischöflicher; und doch ist es umgekehrt, besonders nach dem Auftreten der Badischen Landesvertretung. Sowenig sich daher die Badische Regierung der Verhandlung mit Rom, sobald sie von der anderen Seite nahe gelegt wird, entziehen sollte, sowenig scheint es ihren Interessen zu entsprechen, eine empressirte Initiative in dieser Beziehung zu nehmen. Da der Regent die Haltung Österreichs schon aus der Presse erkennen konnte, so würde ich in seiner Stelle nicht mit dem Nuntius in Wien angeknüpft haben, der, außer der Rücksicht auf seine Kirche, auch die auf den Kaiser von Österreich zu nehmen hatte.

1854 Jan. 25.

Dem General Gerlach[1]) habe ich über den Eindruck geschrieben, welchen mir die „Rundschau"[2]) gemacht hat, und über die Feindschaft, in welcher sie mit der Preußischen Politik in catholicis steht. Seine Replik darauf habe ich bisher nicht; er klagt, daß man seinen Bruder[3]) der Polizei und dem Staatsanwalt preisgebe; ich würde in diese Klagen einstimmen, wenn ich glaubte, daß es mit einem wirklichen Strafverfahren gegen ihn Ernst wäre. Ich betrachte die Unterdrückung der „Rundschau" als eine durch die äußere Politik gebotene Maßregel; Gerlach's Person dagegen in Anspruch zu nehmen, würde ich, auch wenn ich unabhängig von allen persönlichen Sympathien und Rücksichtnahmen zu urtheilen suche, für politisch bedenklich halten. Seine etwaige Bestrafung würde in und außer der Kammer weniger ihrer juristischen Begründung nach und mehr im Lichte eines Kriteriums für unsere Parteistellungen, eines Fehdebriefs für die äußerste Rechte, aufgefaßt werden, und in diesem Sinne eine unverhältnißmäßige Tragweite erreichen können.

Ich habe vor einigen Tagen schon gemeldet, was mir über den Betrieb einer Neutralitäts-Erklärung am Bunde[4]) zur Kenntniß gelangt war. Heute habe ich eine Broschüre[5]) gesehen, aber noch nicht lesen können, die in einer Österreichischen Officin zu Leipzig erschienen ist, und jenen Bestrebungen die

1) cf. oben S. 4, Note 3.

2) cf. oben S. 160.

3) cf. oben S. 160, Note 3.

4) Am 24. Januar 1854 zeigte Herr von Bismarck dem Minister Freiherrn von Manteuffel in einem vertraulichen Schreiben an, der beim Bunde accreditirte Französische Gesandte habe ihm Tags vorher mitgetheilt, wie er aus ganz sicherer Quelle wisse, daß von Österreich ein neuer Versuch beabsichtigt werde, den Deutschen Bund zu einer ausdrücklichen Neutralitäts-Erklärung zu bestimmen. „Wie er mir sagte, wußte er nicht, mit welcher der Bundesregierungen eine Verständigung bereits erfolgt sei, glaubte aber als wahrscheinlich annehmen zu können, daß in kürzester Zeit von Wien aus der Preußischen Regierung Eröffnungen über die angedeutete Absicht gemacht werden würden".

5) „Die Neutralität Preußens, Österreichs und Deutschlands sichert die Unmöglichkeit des Krieges." Leipzig bei Remmelmann (Österreichischer Verlag in der Zollvereinskrise).



1854 Jan. 25. Wege ebnen soll; nach flüchtigem Einblick sehe ich nur, daß sie Preußen gröblich schmeichelt, und sich ganz besonders an die persönlichen Gefühle unseres Allergnädigsten Herrn adressirt.

Der enge Anschluß Bayerns an Österreich tritt auch hier neuerdings wieder stärker und äußerlicher hervor. Die Verleihung des Alexander-Newsky-Ordens an von der Pfordten[1]) macht Aufsehen; man legt ihr Gewicht bei im Sinne einer antipreußischen Demonstration, einer Russischen Billigung der Coalitions-Politik. Beust's Anblick soll die Begehrlichkeit nach diesem Orden bei seinen Münchener Collegen geweckt haben, und man macht Bayerischer Seits fait von der schnellen Befriedigung derselben.

Als Symptom dafür, daß etwas gegen uns im Werke ist, betrachte ich das Bestreben meiner coalitionistischen Collegen, die Situation Preußens als besonders exponirt und unsicher darzustellen, und uns und Anderen einzureden, daß wir am Rhein und in Posen vollkommen Analoga für Österreich-Italien und Ungarn hätten und deshalb der Anlehnung ebenso bedürftig wären. Der unangenehmste Bundesgenosse unserer Gegner ist auf diesem Felde der wetteifernde Ehrgeiz unserer Polizeibeamten, Verschwörungen zu entdecken und die Resultate dieser Bemühungen, sowie die beabsichtigten und verhinderten Verbrechen in einer Weise aufzuputzen, daß man den eingeschüchterten Gemüthern im bengalischen Feuer eines ununterbrochenen Rettens der Krone und der Gesellschaft aus haarsträubenden Gefahren erscheint. So circuliren jetzt wieder Räubergeschichten über den Plan, Graudenz zu verrathen, über die Bestechung sämmtlicher dortiger Unteroffiziere; Gerüchte, die im Auslande zu der Größe einer die politische Action Preußens lähmenden Gefahr heranwachsen, und die sich muthmaßlich auf die Bestechung einiger Gefangenwärter durch wohlhabende Sträflinge reduciren. Unsere „Bundesgenossen" sehen gern in solchem Vorgange den einzelnen Funken, der trotz der Anstrengung der Regierung das Dasein des weit verbreiteten inneren Brandes von Posen, Preußen und Schlesien verräth. Die Geschicklichkeit, Agentenberichte für Thatsachen halten, und diese aufschwellen zu lassen wie Faust's Pudel hinter dem Ofen, ist unserer politischen Polizei im hohen Grade eigen, und sie übt sie mit einem bemerkenswerthen Mangel an Rücksicht auf den Glauben an die Sicherheit unserer Zustände, dessen wir zur Erhaltung unseres Credits in der auswärtigen Politik bedürfen.

Das Polizeithema bringt mich nochmals auf die Ultramontanen. Im vorigen Jahre wurde einer meiner Preßarbeiter, der besonders in der „Mittelrheinischen Zeitung" den katholischen Umtrieben entgegentrat, auf Veranlassung der Cölner Polizei wegen „socialistischer Tendenz" verfolgt, und sollte ausgewiesen werden; ich bewirkte durch Vermittelung des Oberpräsidiums die

---

1) cf. oben S. 63, Note 2.

Zurücknahme, und der Zusammenhang wird mir erst jetzt klar, wo ich erfahre, daß der Polizei-Direktor Geiger ein naher Verwandter des Erzbischofs von Geissel[1]) ist. 1854 Jan. 25.

In der Bentinckschen Sache[2]) ist Geheimer Rath Erdmann wieder hier, um auf den Prätendenten[3]) zu wirken, findet aber das Nest leer, da der Graf vor einigen Tagen, unter dem Vorgeben, krank im Bett zu liegen, heimlich verreist ist; vermuthlich um eine Zusammenkunft mit seinem Feinde, dem faktischen Besitzer, zu haben, und sich mit diesem, wenn es angeht, auf bessere Bedingungen, als die Oldenburgischen sind, zu verständigen. Eisendecher[4]) macht bonne mine dazu und sagt, man werde sich in Oldenburg freuen, wenn der Streit auf diesem Wege geendet würde. Das glaube ich nicht, aber auch nicht an eine Einigung zwischen den streitenden Grafen; es müßte denn wirklich das Mißverhältniß zwischen dem Gebot Oldenburgs und dem Werth der Güter so groß sein, wie die Bentinck's behaupten.

Wegen der Festung Mastricht berichte ich morgen;[5]) gegen Hollands Neigung läßt sich die Sache nicht durchfechten, und ist Holland wider Erwarten dafür zu gewinnen, so wird es sich doch jetzt nicht darüber aussprechen und Frankreichs Argwohn reizen wollen. Prokesch geht sehr bereitwillig auf die Sache ein, meint aber auch, daß der Gedanke, eine Bundesfestung daraus zu machen, unausführbar sei, auch wenn Holland darauf eingehen wollte; der Bund thut es nicht.

Die Eingabe des Gouvernements von Mainz, in Betreff der Nothwendigkeit von Vorsichtsmaßregeln,[6]) scheint den Nebengedanken von Geldforderun-

1) Johannes von Geissel, seit 1846 Erzbischof von Cöln, wegen seiner eifrigen Bestrebungen für die Herstellung der Unabhängigkeit der Kirche von der Staatsgewalt 1850 von der römischen Curie zum Cardinal ernannt; gestorben 1864.

2) cf. oben S. 39, Note 1.

3) Carl Graf von Bentinck war der Hauptkläger und Prätendent der Bentinckschen Güter, der faktische Besitzer war Gustav Graf von Bentinck. Erledigt wurde der s. g. Bentincksche Erbfolgestreit, dessen erste Fäden bis in das Jahr 1827 reichen, durch Vergleich vom 30. Juni 1854. Hiernach kam das gesammte Oldenburg-Bentincksche Familienfideicommiß, soweit dasselbe aus Liegenschaften bestand, an Oldenburg; Kläger und Beklagte erhielten sehr beträchtliche Geldentschädigungen.

4) cf. oben S. 56, Note 1.

5) Es verlautete damals, die Niederländische Regierung gehe mit dem Plane um, die Vertheidigungsfähigkeit der Festung Mastricht zu schwächen. Wenn auch Zweifel darüber obwalteten, inwieweit der Deutsche Bund zu einer Einsprache gegen solche Maßregeln berechtigt, und inwieweit diese Einsprache eventuell augenblicklich opportun war, so war doch unverkennbar, daß Mastricht für gewisse militairische Eventualitäten ein wichtiger Punkt für die militairischen Operationen des nordwestlichen Deutschlands bilde, und daß sein fortifikatorischer Zustand die Aufmerksamkeit Preußens verdiene; deshalb ersuchte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck unterm 17. Dezember 1853, die Angelegenheit zum Gegenstand vertraulicher Besprechung mit Herrn von Prokesch zu machen.

6) Zum Schutze der Bundesfestung Mainz gegenüber den Französischen Rüstungen be-

1854 Jan. 25. gen, unabhängig von der Liquidationsfrage, zu haben. Prokesch sprach von der Eventualität, nöthigenfalls die hiesige Besatzung nach Mainz zu werfen. Ein Offizier des Frankfurter Bataillons, einer Österreichisch-patrizischen Familie angehörig, hat vorgestern schon behauptet, aus guter Quelle zu wissen, daß sein Bataillon bald nach Mainz käme.

Nicht unmöglich ist es, daß Österreich, wenn der hiesige Oberbefehl jetzt an uns übergeht, [1]) die Idee eines aufzustellenden Bundescorps [2]) wieder anregt, daß diese dann bei den Betheiligten mehr Anklang findet, und unser Oberbefehl wieder in Frage gestellt wird. Meines Erachtens kann aber eine derartige Aufstellung solange nicht stattfinden, als nicht herausfordernde Maßregeln Frankreichs uns dazu berechtigen, [3]) und dann wird hoffentlich diese kleinliche Rivalität in dem einen oder dem anderen Wege ihr Ende finden.

Ich weiß nicht, ob schon über Verlängerung oder Aufhebung unseres im Mai ablaufenden Vertrages über die Garantie von Mailand verhandelt worden ist. Wenn es geschieht, so möchte ich anheimstellen, nicht die Erneuerung definitiv abzulehnen, sondern sie an Bedingungen zu knüpfen, welche Anlaß zu weiteren Negotiationen bieten, event. die Ursache des Nichtzustandekommens in Österreichs Weigerung finden lassen, auf billige Concessionen einzugehen".

76. Eigenhändiger Bericht, betr. die Enthüllungen über Frhr. v. Prokesch. Wünsche Rußlands in Bezug auf die politische Haltung Preußens. Sendung des Grafen v. Orloff. Abhängigkeit Preußens von Österreich. Bruch der Preußischen Regierung mit dem Präsidenten v. Gerlach. Besetzung der Festung Mastricht durch Preußen. 2. Februar 1854.

Febr. 2. — — „Die Enthüllungen über Prokesch [4]) haben mich sehr amüsirt; ich

antragte der Vice-Gouverneur von Mainz u. A. eine alsbald einzuleitende Überwachung und militairische Besetzung der Bayerisch-Pfälzischen und Hessischen Ludwigs-Bahn, die Rasirung des Außenfeldes der Festung Mainz und eine Verstärkung der Besatzung.

1) cf. oben S. 85 und 127.

2) cf. Band I, S. 10* sowie die Urkunden 5 und 70.

3) Der Minister Freiherr von Manteuffel erwiderte Herrn von Bismarck, er warte eine Äußerung aus Wien ab, und mache unterdessen dem Kriegsminister Mittheilung (Telegraphische Depesche vom 25. Januar 1854). Unterm 30. Januar 1854 äußerte sich demnächst der Kriegsminister von Bonin, daß auch nach seiner Ansicht die Anträge des Vice-Gouverneurs von Mainz unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen nicht zur Erfüllung geeignet erschienen.

4) Gemeint ist die im I. Bande unserer Sammlung erwähnte, in Preußens Hände gefallene Correspondenz des Freiherr von Prokesch mit Österreichischen Agenten, worüber sich Herr von Bismarck des Näheren in seinem Berichte vom 2. Februar 1854 (Band I, Urkunde 236) verbreitet.

glaube, daß man noch üblere Dinge bei ihm entdecken könnte; aber daß er so unvorsichtig ist, dergleichen aufzubewahren und eigenhändig zu schreiben, überrascht mich und macht ihn mir als Gegner noch lieber. 1854 Febr. 2.

Der hiesige Vertreter Rußlands, Herr von Glinka, der übrigens nur das erfährt, was an alle Russischen Agenten gelangt, besuchte mich gestern, und sprach in dem Sinne, daß Rußland nicht unbillig genug sei, um von uns eine materielle Unterstützung für Zwecke, die uns fern lägen, zu erwarten, und daß man zufrieden sei, wenn wir uns von der anderen Seite nicht zu feindseligen Demonstrationen gegen Rußland bewegen ließen. Ich sehe nicht ein, was uns auch dazu treiben könnte; zu gewinnen haben wir auf der Grenze nichts; da eine Vermehrung unserer polnisch-katholischen Unterthanen keine Kräftigung wäre, und wir unsere Anstrengungen nicht gegen Rußland verwenden können, ohne uns in demselben Maße abhängig von Österreich zu machen und in Deutschland Feld zu verlieren.

Man schreibt der Sendung des Grafen Orloff[1]) hier den Zweck zu, sich über die Haltung Österreichs für den Fall zu vergewissern, daß die Russen die Donau überschreiten.

Die Österreichische Presse bemüht sich unausgesetzt, uns als im Schlepptau von Wien befindlich erscheinen zu lassen; wenn wir überhaupt kriegslustig wären, so könnte unsere Haltung allerdings von der Österreichs abhängen, aber nur insoweit, als Österreich der einzige Gegner für uns wäre, von dem wir etwas gewinnen könnten, und wir daher jedenfalls die Seite gegenüber wählen müßten.

Vom Präsidenten Gerlach[2]) höre ich, daß er den Abschied nehmen will, falls der Prozeß gegen ihn[3]) Fortgang nimmt; seine politische Geltung würde durch eine solche Wendung mehr steigen als fallen; für die Stellung der Regierung zu den Parteien, zu Höchsten Personen und zu den ehrgeizigen Bestrebungen anderer Prätendenten fürchte ich aber eine nachtheilige Wirkung von dem formellen Bruch der Regierung mit Gerlach, und Letzterer scheint mir, selbst von einem mehr centralen Standpunkte als dem meinigen aus betrachtet, ein Gegengewicht gegen andere Feinde oder „bedingte" Bundesgenossen, dessen Deplacirung aus seiner jetzigen Lage die Regierung schwächen würde.

In Betreff der Festung Mastricht[4]) höre ich, daß im März 1848 ein Holländischer General nach Berlin geschickt wurde, um dort die Besetzung

---

1) Alexander Feodorowitsch Graf von Orloff, geboren 1788, der Vermittler des Friedensvertrages von Adrianopel vom 14. September 1829, demnächst Russischer Botschafter in Constantinopel, Begleiter des Kaisers Nicolaus auf seiner Reise nach Olmütz; 1854 wurde derselbe nach Wien entsandt, um Österreich für die Russische Politik zu gewinnen. Seit 1856 in den Fürstenstand erhoben.

2) cf. oben S. 160, Note 3.

3) cf. oben S. 167.

4) cf. oben S. 169.

1854 Febr. 2. Mastrichts uns anzubieten, daß er aber bei seiner Ankunft die März-Tage vorfand, und deshalb umgekehrt ist, ohne seinen Auftrag auszurichten".

77. Eigenhändiger Bericht, betr. den Urlaub zum Besuche von Schönhausen. Österreichische Circulardepesche. Beziehungen zwischen Österreich und Bayern, sowie Haltung der Mittelstaaten in der orientalischen Frage. Preußenfreundliche Wandlung des Frhr. v. Prokesch; Opportunität einer Erklärung der Deutschen Großmächte in der orientalischen Frage. Verhinderung jedwelcher Demonstration des Bundes durch England und Frankreich. Allianzfähigkeit Österreichs. Zerstreuung der Furcht vor einer Isolirung Preußens; Warnung vor einem verfrühten Festlegen der Preußischen Politik; Schlußfolgerungen für das Verhalten gegenüber Österreich. Einsendung der allgemeinen politischen Circulardepeschen an Herrn v. Bismarck. Herr v. Brunnow.*) 15. Februar 1854.

Febr. 15. „Ew. Excellenz sage ich zuvörderst meinen Dank für die Bewilligung des von mir erbetenen Urlaubs nach Schönhausen.[1]) Ich habe denselben bisher noch nicht angetreten, weil ich noch Nachricht über das Resultat einer ohne mich dort angestellten Forschung erwarte, welches möglicher Weise meine Hinreise unnöthig macht. Ein Aufenthalt von wenig Tagen auf einem unbewohnten Gute gehört zu den unbehaglichsten Erlebnissen, besonders im Winter; man bleibt gerade lange genug, um den Kelch der Ansprüche und Beschwerden von Pächtern und Einwohnern bis zur Hefe zu leeren, und die mißlichen Versuche einer aus der Übung gekommenen Heizung zu erleben, der Vexationen höflicher und neugieriger Nachbarn nicht zu gedenken.

Das Ereigniß des Tages in der hiesigen Diplomatie ist die Österreichische Circulardepesche vom 9. cr.[2]) Man hat nicht geglaubt, daß das Wiener

---

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Anfangs Februar 1854 wurde Herr von Bismarck von seinem Kreisgerichte aufgefordert, bei Vermeidung gewisser Rechtsnachtheile binnen 14 Tagen verschiedene alte, auf ländliche Verhältnisse Bezug habende, ihm ganz unbekannte Documente zu produciren. Herr von Bismarck bat demnächst (6. Februar) den Minister von Manteuffel, sich auf ein oder zwei Tage nach Schönhausen begeben zu dürfen, da sein Hausverwalter daselbst nach seinem Bildungsgrade nicht im Stande sei, zu ermitteln, ob sich das Gesuchte unter den seit 70 Jahren nicht geordneten Papiermassen befindet, welche Herr von Bismarck unter dem Namen „Archiv" ererbt hatte. Der Minister Freiherr von Manteuffel entsprach dem Ansuchen.

2) In der gedachten Circulardepesche verbreitete sich Graf Buol zunächst des Näheren über die Ziele der Mission des Grafen Orloff nach Wien. Die Aufträge dieses Unterhändlers bezogen sich theils auf die Frage der Friedensunterhandlungen zwischen Rußland und der Türkei, theils auf die Stellung, welche Österreich in der Eventualität eines Krieges zwischen Rußland und den Westmächten einnehmen werde. Die Gegenvorschläge des Russischen Cabinets auf die in St. Petersburg von Österreich befürworteten Anerbietungen der

Cabinet die durch Graf Orloff angebrachten Wünsche so unumwunden abgelehnt hätte, und namentlich nicht, daß Rußland sich weigern werde, die von 1854 Febr. 15.

Pforte waren von Graf Buol nicht geeignet befunden worden, um sie an die Regierung des Sultans zu befördern. — — — „Es konnte daher nur beschlossen werden, die Russischen Gegenvorschläge den an der Conferenz betheiligten Höfen vorzulegen. Auf das Tiefste mußten wir bedauern, daß wir unsere Stimme nicht in anderem Sinne abgeben konnten, und wir haben in Folge dieses Vorganges um so dringender unsere Bestrebungen erneuert, Rußland günstiger für die ihm dargebotenen eben so gerechten, als ehrenvollen Bedingungen zu stimmen. Zu demselben Zweck hat Preußen erneuete Schritte gethan, und was die Cabinette von Paris und London betrifft, so läßt uns ihre Sprache nicht daran zweifeln, daß sie im Verein mit den beiden Deutschen Mächten die Wege friedlicher Unterhandlung solange als irgend möglich offen zu halten bestrebt sein werden. Graf Orloff überbrachte uns aber noch weitere Vorschläge, die zugleich an den Berliner Hof durch das Organ des dortigen K. Russischen Gesandten gerichtet worden waren. Der Zweck derselben war, daß von den drei Höfen von Wien, Berlin und St. Petersburg Angesichts der Gefahren der gegenwärtigen Lage, ein Protokoll unterzeichnet werden sollte, wodurch Österreich und Preußen sich verpflichtet hätten, eine strenge Neutralität zu beobachten, und dieselbe nöthigenfalls im Bunde mit Rußland mit den Waffen in der Hand zu behaupten. Diese letztere Macht hätte dagegen allerdings die Verpflichtung übernommen, im Verlaufe der Ereignisse im Orient zu definitiven Entschließungen nicht vorschreiten zu wollen, ohne sich vorher darüber mit den beiden Deutschen Mächten in Einvernehmen gesetzt zu haben. Schon im Augenblicke der Ankunft des Grafen Orloff in Wien war die Nachricht hierher gelangt, daß dieser Vorschlag die Zustimmung des K. Preußischen Hofes nicht gefunden habe. Wäre dies aber auch nicht der Fall gewesen, so würden doch die Entschließungen Sr. M. des Kaisers und anderer Höfe, ungeachtet des engen zwischen den beiden Kaiserhöfen bestehenden Freundschaftsbündnisses, dem Vorschlage Sr. M. des Kaisers Nicolaus sich nicht haben zuneigen können. Entscheidende Erwägungen mußten unserem erhabenen Monarchen die Beibehaltung der seither beobachteten unparteiischen und abwartenden Haltung anrathen. Österreich ist vom Anfange des Russisch-Türkischen Streites an unermüdlich bestrebt gewesen, diese unglückliche Verwickelung auf die möglichst engen Grenzen zu beschränken. Es durfte hoffen, diesen Zweck auf das Wirksamste zu fördern, indem es erklärte, sich der Theilnahme an dem Streite seiner beiden Grenznachbarn enthalten zu wollen, und indem es seinen Wunsch, neutral zu bleiben, so offenkundig als möglich aussprach und bethätigte. Unseren Deutschen Bundesgenossen wird aber noch gegenwärtig sein, daß, als wir uns zur Zeit der Türkischen Kriegserklärung in ihrer Mitte über unsere Stellung erklärten, wir unsere Neutralität auf die uns von dem K. Russischen Hofe gegebenen Zusicherungen stützten und ihre Bewahrung an die Bedingung knüpften, daß nicht die eigenen Interessen der Österreichischen Monarchie, mit welchen jene Deutschlands so innig verbunden sind, uns eine andere Haltung zur Pflicht machen würden. Diese Interessen waren hinlänglich geschützt, solange der Streit nur zwischen Rußland und der Türkei schwebte und die erstere Macht in der Defensive bleiben zu wollen erklärte, während zugleich ihre Versicherungen die Erhaltung der Souverainetäts-Rechte des Sultans und der Integrität des Ottomanischen Gebietes verbürgten. In solcher Lage der Dinge konnte Österreich in einer für Rußland freundschaftlichen Neutralität verharren, und Se. M. der Kaiser, unerschütterlich treu den Grundsätzen, auf welchen die mächtige und wohlthätige Allianz der drei Mächte beruht, würde mit der größten Entschiedenheit diese Stellung nach allen Seiten hin behauptet haben. Eine ganz andere Lage aber ist es, welche der durch den Grafen Orloff uns vorgelegte Protokoll-Entwurf voraussetzt. Rußland hat darin den Fall vor Augen, daß die Parteinahme Englands und Frankreichs für die Türkei es zur Ergreifung einer energischen Offensive nöthi-

1854 Febr. 15. Österreich verlangten Garantien in Betreff der Erhaltung des Territorialbesitzes in Europa zu geben.

---

gen werde, und es verhehlt sich selber nicht, daß es der menschlichen Voraussicht nicht gegeben ist, die Folgen der Entfaltung seiner Macht in einem Kriege gegen die Türkei und ihre Bundesgenossen zu berechnen. Der Übergang der Russischen Armeen über die Donau würde voraussichtlich das Signal zur Erhebung der christlichen Bevölkerung des Türkischen Reiches geben, und das erste Glied einer Kette von Ereignissen sein, bei deren Verlauf und möglicher Lösung ein großer Theil der wichtigsten Interessen Österreichs und der Staaten, deren Vorhut es bildet, in Frage stehen würde. Der K. Russische Hof hat sich zwar zu den Versprechungen bereit erklärt, nicht ohne die beiden Deutschen Mächte zu definitiven Verabredungen über das Loos des Türkischen Ländergebietes überzugehen. Aber die Zukunft könnte Thatsachen herbeiführen, die Niemand nach seinem Willen zu lenken im Stande wäre, und die freundschaftlichste Absicht Sr. M. des Kaisers von Rußland vermöchte in jene Zusage nicht diejenige volle Gewähr für unsere Stellung zu legen, die es uns unbedenklich erscheinen lassen könnte, durch eine Verpflichtung zu unbedingter Beobachtung der Neutralität uns die Hände zu binden. Eine solche Verpflichtung würde uns auf der einen Seite die nöthigen Bürgschaften nicht verschaffen; sie würde auf der anderen unsere Verhältnisse zu den Westlichen Mächten, mit welchen wir uns gemeinschaftlich zu den Grundsätzen des Protokolls vom 5. Dezember v. J. bekennen, nothwendig in eine schwierige Lage bringen. Von diesen Erwägungen geleitet, haben Se. M. der Kaiser Sich gegen Ihren erhabenen Freund und Verbündeten, den Kaiser Nicolaus, mit Offenheit dahin ausgesprochen, daß Allerhöchstdieselben es für Ihre Pflicht halten, die Freiheit Ihrer Entschlüsse in der Eventualität einer weiteren Ausdehnung der orientalischen Verwickelung nicht aufzugeben. Ähnliche Betrachtungen hat der Vorschlag Rußlands auch am K. Preußischen Hofe hervorgerufen; und gewiß werden die Deutschen Regierungen mit Beruhigung und Freude die Übereinstimmung der Ansichten begrüßen, die sich unter Umständen von so großer Tragweite zwischen Österreich und Preußen kundgegeben hat, selbst ohne daß die Gleichmäßigkeit des Verhaltens der beiden Mächte durch eine vorgängige Verständigung vorbereitet worden wäre. Eine Folge der soeben dargelegten Auffassung unserer Lage ist auch die von Sr. Majestät beschlossene Aufstellung eines Truppencorps von 25 000 Mann im Banate und der Serbischen Wojwodina. Diese militairische Anordnung überschreitet nicht die Linie der bis jetzt von uns beobachteten streng neutralen Haltung. Sie hat keinen gegen Rußland feindlichen Charakter, sondern ist nur bestimmt, die Sicherheit unserer Grenzen vor jeder Verletzung zu bewahren, uns im Falle ausbrechender Unruhen gegen deren weitere Verbreitung zu schützen, und uns der Aufrechthaltung der völkerrechtlich anerkannten Zustände nach allen Seiten hin zu versichern. Wir sind durchdrungen von der Schwierigkeit der Zeitumstände und unserer eigenen Aufgabe; aber die Kraft der Grundsätze, die uns leiten, die Lauterkeit des Zweckes, der uns vorleuchtet, lassen uns an der Hoffnung festhalten, daß es uns zuletzt dennoch gelingen wird, zur Wiederherstellung besserer Verhältnisse zwischen den Europäischen Mächten und zur Abwendung der Folgen vorübergehender Störungen beizutragen. Die Anhänger der erhaltenden Politik in Europa, die gewohnt sind, in dem engen Bündnisse Rußlands mit den beiden Deutschen Mächten und in der persönlichen innigen Freundschaft der drei Monarchen die stärkste Schutzwehr gegen das Überfluthen der revolutionären Elemente zu erblicken, werden uns das Vertrauen schenken, daß wir das Äußerste thun werden, um uns selbst und unseren Zeitgenossen dieses während so langer Zeit unverletzt gebliebene Palladium der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zu erhalten. Welcher Erfolg aber auch unseren Bemühungen vorbehalten sein mag, wir sind fest überzeugt, an den befreundeten Regierungen Deutschlands sichere und treue Bundesgenossen zu haben, und sowie uns die Wahrung der In-

1854 Febr. 15.

Zwischen Bayern und Österreich scheint einige Erkältung eingetreten zu sein, an deren Ursache ich der orientalischen Frage den Hauptantheil zuschreibe. Was ich durch meine Collegen und anderweit höre, macht überhaupt den Eindruck, daß die Höfe von München, Stuttgart und Dresden ihre Blicke weniger nach Berlin und Wien, als nach Petersburg richten, mit dem Hintergedanken eines Französisch-Russischen Bündnisses, in welchem ihnen bisher Österreich als der Dritte vorschwebte. Wiederholt habe ich vernommen, daß die Vertreter jener Mittelstaaten andeuteten, daß Rußland durch das kalte oder gar feindselige Verhalten der Deutschen Großmächte dazu gedrängt werde, sich mit Frankreich zu verständigen, und daß letzteres ohne Zweifel derartigen Bestrebungen schließlich sich geneigt zeigen werde, weil es sich mehr und mehr herausstellen müsse, daß Frankreichs jetzige Politik mehr den Englischen Interessen als den eigenen diene.

Herr von Prokesch war unter dem Eindrucke der Circulardepesche anscheinend sehr niedergeschlagen. Er sprach mir viel von seinen Bemühungen im Jahre 1849, einen engeren Anschluß Norddeutschlands an Preußen zu fördern, und ließ durchblicken, daß er noch jetzt von der Nothwendigkeit einer derartigen Gestaltung überzeugt sei. Überhaupt ist er in der letzten Zeit fast schwarzweiß zu nennen, thut nichts, ohne mich zu fragen, findet jede Änderung genehm, die ich vorschlage, und gewährt ein Bild der Sanftmuth und Nachgiebigkeit. Auch er besorgt eine oppositionelle Haltung der Mittelstaaten gegen die beiden Großmächte, und findet die Schuld davon einigermaßen bei den letzteren, weil wir es versäumten, durch gemeinsame Acte in Betreff der orientalischen Frage die Solidarität des Bundes hervorzuheben, und die kleineren Staaten zu fesseln und zu leiten; dadurch würden diese unsicher und fielen fremder Leitung anheim. Etwas wahres ist daran, wenn auch Bayern und ein ehrgeiziger Störenfried wie Beust durch bloße Mittheilungen und gemeinsame Acte zu Protokoll sich schwerlich fesseln lassen. Ich kann in diesen stets erneuerten Anregungen zu einem anscheinend so inhaltlosen Act wie eine Erklärung, daß der Bund zusammenhalte, oder daß er solidarisch neutral bleiben wolle, oder in einer von den Übrigen dankend entgegengenommenen Erklärung der beiden Großmächte nur die alternative Absicht sehen, entweder ein Österreichisches Börsenmanöver zu machen, oder unsere Unabhängigkeit in das Gewebe einer Bundes-Präsidial-Politik einzuspinnen. Wenn man gewiß wäre, daß es nur dem erstgenannten Zweck gälte, und ihn wirklich erreichte, so könnte man ihnen den Gefallen wohl thun. Herr von Prokesch äußerte, daß für ihre inneren Verhält-

---

teressen, für die wir an unseren südöstlichen Grenzen einstehen, auch in unserer Eigenschaft als Deutsche Bundesmacht am Herzen liegt, so dürfen wir die Hoffnung hegen, daß unseren Anstrengungen für eine gemeinsame Sache die Anerkennung und Billigung, und wenn je im Gange der Ereignisse auch an die gemeinsame Kraft die Anforderung erginge, die thatkräftige Unterstützung der Deutschen Regierungen zur Seite stehen werde".

1854 Febr. 15. nisse, besonders die finanziellen, das Scheitern der Mission Orloff's [1]) ein furchtbarer Schlag sei, und seine Worte ließen mich annehmen, daß er weitergehende Rüstungen Österreichs voraussah. Ein Österreichischer Bankerott würde gewiß auch in unseren Grenzen als Calamität gefühlt werden; und ob es überhaupt unseren Interessen entspricht, auf fernere Schwächung der europäischen Stellung Österreichs hinzuarbeiten, darüber könnte ich nur eine Ansicht haben, wenn mir die politische Richtung, welche zu verfolgen in den Allerhöchsten Intentionen liegt, und das Maß von Kühnheit und Energie, welches dabei entwickelt werden soll, einigermaßen bekannt wäre.

Von Seiten der Vertreter Englands [2]) und Frankreichs [3]) wird hier täglich, und von Ersterem in Folge eines Special-Auftrages des Lord Clarendon [4]) auf mich in der Absicht eingewirkt, daß ich dem Plan einer Neutralitäts-Erklärung oder sonstigen Demonstration am Bunde entgegenarbeiten soll. Ich bin von der Bedeutung eines derartigen Actes nicht hinreichend durchdrungen, um mir den Eifer, welchen jene beiden Herren dabei entwickeln, erklären zu können. Herr von Tallenay sagt, es gehe ihm darin ebenso, er sei aber dazu angewiesen. Möglicherweise wünscht man Österreich zum Gegner, uns aber zum Verbündeten zu haben, und sieht deshalb jede engere Verkettung zwischen der Politik unseres und des Wiener Cabinets ungern. Es giebt allerdings viele Politiker, die der Ansicht sind, daß es heutzutage besser sei, Österreich zum Gegner als zum Verbündeten zu haben, weil seine Hülfsbedürftigkeit gegen Schulden, Italiener und Ungarn größer sei, als seine Fähigkeit, Anderen zu helfen. Ob es wahr ist, darüber muß Graf Arnim [5]) eher urtheilen können als ich; aber ganz unbedenklich halte ich die Frage keinenfalls, und ich kann nicht leugnen, daß es mich einigermaßen erschreckt hat, aus Briefen von Freunden zu entnehmen, daß sich in der Umgebung Sr. Majestät eine Art von Graulichkeit zu erkennen giebt, bei dem Gedanken an die Einsamkeit, in welcher wir uns nach der Trennung von Rußland befänden, und die deshalb einen engeren Anschluß als bisher an Österreich, und die Vermeidung aller Streitfragen mit letzterem, für nöthig hält. Es würde mich ängstigen, wenn wir vor dem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsere schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff [6]) von Österreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer von beiden, und jedem ein willkommener Bundes-

---

1) cf. oben S. 171, Note 1.
2) Sir Alexander Malet.
3) Herr von Tallenay.
4) Großbritannischer Staatssecretair des Äußern.
5) cf. oben S. 70, Note 1.
6) Orlog (holländisch Oorlog), Krieg, daher Orlogsflotte soviel wie Kriegsflotte, Orlogschiff = Kriegsschiff, besonders ersten Ranges.

genosse; sobald wir unsere etwaige Isolirung und strenge Neutralität aufgeben wollen, und wo wir später Bedingungen für unseren Beistand stellen können, würde es jetzt schwer fallen, den Schein einer ängstlich von uns gesuchten Anlehnung zu vermeiden. Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachsthum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benutzt wurden; wollen wir noch weiter wachsen, so müssen wir wenigstens nicht fürchten, mit 400000 Mann allein zu stehen, besonders solange die Anderen sich schlagen, und wir durch Parteinahme für jeden von ihnen immer noch ein besseres Geschäft machen, als durch frühe und unbedingte Allianz mit einem sowenig kampffähigen Genossen wie Österreich. Jedenfalls steigt der Werth unseres Beistandes noch im Preise mit der fortschreitenden Verwickelung, und man giebt uns später mehr dafür als jetzt. Meine Ansicht würde deshalb dahin gehen, daß wir uns auch mit Österreich jetzt nicht näher einlassen, und wenn es später geschehen sollte, tüchtige Bedingung in Betreff unserer beiderseitigen Stellung in Deutschland daran knüpfen. Daß Österreich schon jetzt in dieser Beziehung so mürbe und zu Concessionen geneigt sein sollte, wie mir Prokesch andeuten zu wollen schien, kann ich mir nicht denken, man müßte sich denn dort sehr viel unsicherer fühlen, als wir wissen. Herr von Prokesch sprach allerdings von der Eventualität slavisch-griechischer Aufstände an der Österreichischen Grenze und über dieselbe hinaus, sowie von Symptomen italienischer Verschwörungen in einer Weise, die muthmaßen läßt, daß die Regierung besonders in der ersteren Richtung neuerdings unwillkommene Entdeckungen gemacht habe. Er sprach im Sinne einer Äußerung, die Fürst Metternich [1]) vor zwei Jahren in Johannisberg zu mir machte: „Preußen sei noch kein saturirter Staat; es liege in Österreichs Interesse, daß Preußen „saturirt" werde, dann werde es im Stande und geneigt sein, aufrichtig und ohne Rivalität mit Österreich zu gehen". Gewiß ein sehr wahres Wort, wenn man in Wien nur danach handeln wollte.

1854 Febr. 15.

Sehr dankbar bin ich für die laufenden telegraphischen Mittheilungen von der Centralstelle der Presse. [2]) Gut und schnell unterrichtet zu sein, hebt hier das Ansehen und den Einfluß bei den Collegen; aus diesem Grunde erlaube ich mir die Bitte, anordnen zu wollen, daß auch von den allgemein-politischen Circulardepeschen ein Exemplar der Bundesgesandtschaft zugefertigt werde. Früher geschah es stets, neuerdings scheint es in Abgang gekommen zu sein, wenigstens gerieth ich gestern einigen Collegen gegenüber in die Verlegenheit, bekennen zu müssen, daß mir der Inhalt einer Circulardepesche über unsere

---

1) cf. oben S. 37, Note 1.

2) Unterm 24. Januar 1853 hatte Herr von Bismarck um Zusendung der die innere Politik betreffenden Nachrichten gebeten. cf. Band I, Urkunde 137.

1854 Febr. 15. Verhandlungen mit Petersburg, welche Graf Perponcher[1]) schon vor einigen Tagen in Wiesbaden mitgetheilt hatte, gänzlich unbekannt sei.

Herr von Brunnow[2]) ist vorgestern hier eingetroffen, hat aber weder Prokesch noch mich gesehen, und ist gestern Vormittag nach Darmstadt übergesiedelt. Der Grund, weshalb er gerade diesen Aufenthalt wählt, liegt vielleicht weniger in Darmstadt selbst, als weil es ein weniger auffälliger und klatschiger Centralpunkt als Frankfurt für den süd- und westdeutschen Verkehr, vielleicht auch den europäischen, durch seine Lage im Eisenbahnsystem ist. Auffällig findet man es allerdings, daß der Kaiser nicht das Bedürfniß hat, Brunnow in Petersburg zu sehen, um mündliche Berichte über England und die jüngsten dortigen Erlebnisse zu haben".

78. Eigenhändiger Bericht, betr. die orientalische Frage; Stimmung des Frhr. v. Prokesch. Kriegerische Absichten Rußlands. Bedingungen für die Unterstützung Österreichs durch Preußen. Beziehungen Rußlands zu Preußen. Haltung Dänemarks, Bayerns und Sachsens in der orientalischen Frage; Vortheile der Mittelstaaten und Österreichs im Falle einer Behandlung der orientalischen Frage am Bunde. Unmöglichkeit einer Wiederherstellung Polens. Badischer und Nassauischer Kirchenconflict. 23. Februar 1854.

Febr. 23. „Seit meinem letzten Schreiben scheint die Österreichische Anschauung von der orientalischen Frage wieder etwas rosenfarbiger geworden zu sein. Herr von Prokesch ist so nervös und impressionabel, daß seine Stimmung und sein Befinden täglich den Inhalt seiner Nachrichten abspiegeln, und die Niedergeschlagenheit, mit der ihn vor 8 bis 14 Tagen die Nachrichten von der Serbischen Grenze erfüllt hatten, scheint in der letzten Woche gehoben zu sein, und nur, wenn man der Griechischen Bewegung in Epirus erwähnt, nimmt er den Ausdruck von Besorgniß an. Nach der Art, wie sich der hiesige Russische Geschäftsträger vertraulich gegen mich äußerte, wird indessen die Beruhigung meines Österreichischen Collegen nur eine vorübergehende sein.

Herr von Glinka[3]) ist der Ansicht, daß die Russische Kriegführung auf die Vortheile, welche die Sympathien der Slavo-Griechen und die daraus hervorgehenden Bewegungen bieten würden, nicht verzichten könne, und um so weniger Grund dazu habe, als mit der Bildung Polnischer und anderer revolutionärer Freischaaren auf Türkischer Seite die Initiative ergriffen worden sei. Kommt dies System zu weiterer praktischer Entwickelung, so muß die Span-

---

1) Graf von Perponcher, Preußischer Minister-Resident bei der Freien Stadt Frankfurt und Geschäftsträger bei dem Nassauischen Hofe.

2) cf. oben S. 153, Note 1.

3) cf. oben S. 177.

nung Österreichs gegen Rußland steigen, und damit die Verlegenheit des Wiener Cabinets, da auf der anderen Seite die Seemächte es in Händen haben, die Pandorabüchse von Italien zu öffnen.

1854 Febr. 23.

Ohne in die Frage einzugehen, inwieweit und unter welchen Bedingungen es im Interesse Preußens liegt, Österreich in Überwindung seiner Verlegenheiten und in Wahrung seiner Unabhängigkeit gegenüber von Rußland oder Frankreich beizustehen, kann man annehmen, daß wir unseren Beistand an Bedingungen knüpfen werden. Daß man uns bei dieser Gelegenheit mit ziemlich werthloser „Wiener Währung“ wird abfinden wollen, kann ich aus Äußerungen Prokesch's entnehmen, der mir weiß machen will, daß Österreich lediglich aus Gefälligkeit gegen uns seine jüngste, ihm doch durch die bitterste Nothwendigkeit gebotene Position eingenommen, und sich auf diese Weise ganz der Preußischen Politik angeschlossen hätte. Ebenso betrachtet er es als eine besonders dankenswerthe Concession, daß das Wiener Cabinet für jetzt nicht mit den Coalitionsstaaten [1]) gegen uns complottirt; das ist das Raisonnement des Beduinen, der es sich als ein besonderes Verdienst bezahlen läßt, daß er den Reisenden, dessen Hülfe er selbst brauchte, nicht anfällt, und dabei doch noch denkt, aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Es ist ein Trost für uns, daß Ew. Excellenz mehr als wir die „Bonhommie“ unserer Freunde an der Donau aus Erfahrung kennen, und Winkelzüge von dort uns nicht hindern werden, die Gelegenheiten, die Gott uns geben sollte, zu benutzen, um für unsere zukünftige Stellung zu Österreich unzweideutige Vereinbarungen zu gewinnen, auf deren Basis wir dermaleinst ehrliche Bundesgenossen ohne eifersüchtige Hintergedanken sein können.

Seit Herr von Brunnow in Darmstadt ist, [2]) hat er seinen Secretair, den Grafen Bludoff, hier stationirt, und hält sich durch ihn mit der hiesigen Russischen Gesandtschaft in Verbindung. Bei letzterer scheint bisher die Ansicht zu prävaliren, daß, ungeachtet der entschiedenen Abweisung der Budberg [3])-Orloff'schen [4]) Anmuthungen, [5]) und ungeachtet der Haltung unserer Presse, Rußland zu uns doch noch in besseren Beziehungen stehen und bleiben werde als zu Österreich. Ich weiß nicht, inwieweit nach den letzten Rückäußerungen aus Petersburg diese Ansicht sich rechtfertigt, und das Verhalten Budberg's und Benkendorf's [6]) steht ihr dem Vernehmen nach nicht zur Seite; aber ich würde

1) cf. oben Urkunde 33.

2) cf. oben S. 178.

3) Freiherr von Budberg, Staatsrath, Russischer Gesandter in Berlin.

4) cf. oben S. 171, Note 1.

5) Wegen des Inhalts dieser Anmuthungen cf. oben S. 173, Note.

6) Constantin Graf von Benkendorf, Russischer General und Diplomat, focht unter Weljaminow und Woronzow im Kaukasus, und kam dann als Russischer Militaircommissar nach Berlin.

1854 Febr. 23. mich freuen, wenn sie richtig wäre, denn m. E. giebt es keine Motive, die es rathsam machten, die Kluft zwischen uns und Rußland, wie sie durch die Verschiedenheit der Interessen absichtslos entstanden ist, irgendwie absichtlich zu erweitern. Niemand kann vorher wissen, wie lange die jetzige Vertheilung der streitenden Kräfte dauert, und England ist zu Lande, Österreich überhaupt ein schwacher Bundesgenosse.

Herr von Bülow[1]) theilte mir vertraulich mit, daß Herr von Prokesch ihn bis vor etwa acht Tagen wiederholt aufgefordert habe, die Dänische Regierung zur Mittheilung ihrer Neutralitäts-Erklärung[2]) an den Bund zu bewegen, neuerdings aber gebeten habe, damit noch nicht vorzugehen, indem ähnliche Erklärungen von den Großmächten, wenn auch keine collektive, in Aussicht ständen, denen Dänemark sich anschließen könne. Nach Herrn von Bülow's Versicherungen wird Dänemark sich nur dann, wenn es der Übereinstimmung Preußens gewiß ist, auf derartige Schritte einlassen. Von Bayern und Sachsen scheint der Gedanke an solidarische Erklärungen des Bundes noch immer nicht aufgegeben zu sein, obschon mir nur durch dritte Hand Symptome von dem Vorhandensein derartiger Absichten zukommen. Wenn es diesen Staaten gelänge, die orientalische Frage mehr als bisher der selbständigen Entschließung der einzelnen Großmächte Deutschlands zu entrücken, und ihre Behandlung durch das consolidirte Bündel Österreich-Preußen-Deutschland anzubahnen, so würden sie zwar den formellen Vortheil davon haben, die Stimmen der 7 Mittelstaaten in der Europäischen Politik 7 mal soviel zählen zu lassen, als die Preußens; der materielle Gewinn würde aber allein Österreich zufallen, welches dann an der Donau im Namen Mittel-Europas auftreten und hinter seinem kranken Staatswesen die Preußischen Thaler und die Deutschen Bajonette rasseln lassen würde, um seinen eigenen Zwecken zu dienen. Der Besitz des Präsidiums und die zunächst betheiligte geographische Lage würden ihm unter diesen gegenseitig Gebundenen die freieste Bewegung und die leitende Initiative sichern. Wir könnten uns auf gute Bedingungen gegen Österreich oder gegen die übrigen Bundesstaaten zu Solidarität verbindlich machen, aber nicht gegen beide zugleich.

Die Gothaisirenden unter meinen Collegen gehen soweit, daß sie unter den Eventualitäten Preußischer Entschließung die Herstellung Polens nicht aus dem Reiche der Möglichkeit ausschließen. Die Herren kennen Polen nicht und wissen nicht, daß ein unabhängiges Polen nur dann aufhören könnte, Preußens Feind zu sein, wenn wir zu seiner Ausstattung Länder hergeben, ohne die wir wiederum nicht existiren können, wie die untere Weichsel, ganz Posen

---

1) cf. oben S. 44, Note 3.

2) Die Regierungen von Schweden und Dänemark hatten unterm 29. Dezember 1853 eine übereinstimmende Erklärung in Betreff ihrer Neutralität bei einem etwa eintretenden Seekriege an Preußen gerichtet.

und was in Schlesien polnisch spricht. Und selbst dann wären wir des Frie- dens mit ihnen in keiner Verlegenheit sicher. 1854 Febr. 23.

In Betreff Badens [1]) möchte ich Ew. Excellenz anheimstellen, durch Herrn von Savigny [2]) nochmals dahin wirken zu lassen, daß die Regierung, wenn sie trotz aller erneuter Avancen Leiningen [3]) doch nach Rom schicken sollte, wenigstens streng den Charakter einer Beschwerde über den Erzbischof festhält, den eines Aufsuchens der Wiederanknüpfung der älteren Unterhandlungen aber vermeidet. Herr von Rüdt [4]) versprach mir dies, scheint aber nicht die Absicht gehabt zu haben, es zu halten. In Nassau ist man ganz correkt in dieser Beziehung. [5]) Für den Augenblick scheint allerdings Aussicht zu sein, daß die Mission des Grafen Leiningen unterbleibt".

79. Eigenhändiger Bericht, betr. die Gerüchte von dem Anschluß Österreichs an Frankreich; Ansichten des Frhr. v. Prokesch über die Aufgaben der Preußischen Politik; Einverständniß und weitergehende Vorschläge des Herrn v. Bismarck in Bezug auf die Aufstellung eines Preußischen Armeecorps, sowie demnächstige Haltung gegenüber den Großmächten. Französische Circulardepesche über Beust's Umtriebe. Rückwirkung der Wiener Entschließungen auf die Börse. Stand des Preußischen Geldes in Frankfurt a. M. Herr v. Meysenbug. Französische Rüstungen. Österreichisches Preßmanöver im Journal de Francfort. 26. Februar 1854.

„Ew. Excellenz sage ich meinen Dank für die Mittheilung der inhaltschweren Nachricht, welche mir vorgestern Abend durch den Telegraphen zuging. [6]) In Übereinstimmung mit derselben sagt mir Herr von Tallenay, [7]) daß man in Paris auf eine aktive Betheiligung Österreichs am Kriege rechne, und von uns wenigstens moralischen und demonstrativen Beistand zu erwarten scheine. Herr von Savigny schreibt mir heute, daß durch Karlsruhe gestern mehrere telegraphische Depeschen zwischen Wien und Paris gegangen seien, welche, „insoweit man sie dort verstehen konnte", auf einen Anschluß Österreichs an Frank- Febr. 26.

---

1) cf. oben S. 166.

2) cf. oben S. 3, Note 4.

3) cf. oben S. 166, Note 4.

4) Freiherr Rüdt von Collenberg-Bödigheim, Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

5) Wegen des Nassauischen Kirchenconflicts siehe Band I, Urkunden 235 und 237.

6) Der Minister Freiherr von Manteuffel telegraphirte am 24. Februar 1854 Herrn von Bismarck (in Chiffern): „Österreich will Rußland einen Termin zur Räumung der Donaufürstenthümer setzen, sonst den Krieg machen. Man wird von uns die Aufstellung eines Armeecorps fordern. Diese Nachricht ist geheim, aber sicher".

7) cf. oben S. 5, Note 3.

1854 Febr. 26. reich deuteten. Auch Baron Prokesch hatte einen Brief von Hübner,[1]) der mit der Post gegangen war, und deshalb nur den allgemeinen Ausdruck enthielt, daß der Umschwung der Österreichischen Politik, welcher sich in der letzten Zeit vorbereitet habe, nunmehr vollendet und in Ausführung gekommen sei. Nachdem er mir dies gesagt hatte, glaubte ich ihm nicht vorenthalten zu sollen, daß mir „nach glaubwürdigen Privatnachrichten“ kaum zweifelhaft sei, daß seine Regierung in Kürze Rußland zur Räumung der Fürstenthümer auffordern werde, unter Androhung des Krieges. Er hielt es Anfangs nicht für wahrscheinlich, weil Österreich zu schwach dazu sei, und bei solchen Absichten schon längst andere Rüstungen hätte machen müssen, als die 30 oder 50000 Mann, die nach dem Banat rückten. Nachdem er aber einige Briefe, und namentlich die neuesten Artikel der Wiener Blätter wiederholt verglichen hatte, fürchtete er, ich möchte doch Recht haben. Daß er sich bis dahin gegen eine derartige Auffassung gesträubt hatte, bewies der Eindruck, den die neue Überzeugung auf ihn machte. Er wurde körperlich unwohl, und ist seitdem auf's Tiefste niedergeschlagen. Im Laufe des Gesprächs entwickelte er, wie es seine Art ist, das, was er thun würde, wenn er jetzt Preußischer Minister wäre; er würde in dieser Stellung sich auf einen so guten Fuß mit Österreich und den Westmächten setzen, als dies ohne wirkliche Kriegführung gegen Rußland möglich wäre, jedenfalls aber ungesäumt mit Österreich in Unterhandlung treten, um eine für Preußen vortheilhaftere Abgrenzung der Stellung beider Mächte in Deutschland zu gewinnen. Er las mir zur Erläuterung seiner Ansichten und zum Beweise, wie sehr man denselben in Wien zugänglich sei, den anliegenden Artikel aus dem „Lloyd“ vor, indem er die darin angestrichenen Stellen besonders accentuirte und geltend machte, daß der „Lloyd“ und „Warrens“ in dem neuen Österreichischen System offenbar zu den gut Unterrichteten gehören müsse. Er hatte mir schon bei Eingang der ersten beunruhigenden Nachrichten aus Serbien vor etwa 14 Tagen in demselben Sinne gesprochen, und erinnerte auch jetzt wieder an den Umstand, daß Österreich schon 1849 uns eine vertragsmäßige Hegemonie über Norddeutschland angetragen habe, und wie sehr er bedauere, daß Graf Brandenburg[2]) nicht darauf eingegangen sei. Auch von dem im Mai ablaufenden Mailänder Vertrage[3]) sprach er, und wie natürlich er es finde, daß Preußen bei Erneuerung desselben seine Bedingungen machen werde, wenn auch für den Augenblick Frankreich die Lombardei ohne Zweifel in Folge der neuen Verbindung decken werde. Ich befinde mich in der ungewohnten Lage, diesmal mit meinem Österreichischen Collegen über Preußische Politik einverstanden zu sein, und möchte nur noch hinzufügen, daß wir die Aufforderung „ein Armeecorps

1) Frhr. von Hübner, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Botschafter in Paris.

2) Ehemaliger Preußischer Minister-Präsident, gestorben am 6. November 1850.

3) cf. oben S. 170.

aufzustellen“, utiliter acceptiren sollten, um auch unsererseits eine unverdächtige Gelegenheit zum Rüsten zu haben; wir bleiben sonst in dieser Beziehung gefährlich hinter den übrigen Großmächten zurück, und sind im Augenblicke der Noth nicht in promptu. Dabei müßten wir aber nicht eher offenherzig gegen Österreich werden, als bis wir die Überzeugung haben, daß man dort aus Noth wirklich so denkt, wie Prokesch anzudeuten bemüht ist, und daß Frankreich und England nicht entgegentreten, oder unmögliche Bedingungen stellen. Bis wir darüber sicher sind, würde ich Rußland nicht alle Hoffnung benehmen und die Brücke zwischen ihm und uns soweit erhalten, daß wir dem Cabinet von Petersburg doch näher stehen, als die anderen drei Mächte. Deshalb könnten wir sondirende Verhandlungen mit Wien doch ohne Weiteres einleiten.

1854 Febr. 26.

Von Frankreich ist eine Circulardepesche ergangen, in welcher man seine Mißbilligung über die Umtriebe des Ministers von Beust und über seine Bemühungen, die Disciplin der Mittelstaaten gegen die Großmächte zu lockern, offen ausspricht. Gelesen habe ich sie noch nicht.

Wenn der Entschluß Österreichs bekannt wird, so vermuthe ich, daß er an der Börse für den ersten Augenblick einen steigernden Eindruck machen wird, und dadurch dem Wiener Cabinet die Beschaffung einer Anleihe erleichtert. Die hiesigen Börsenmänner rechnen wenigstens eine derartige Betheiligung Österreichs am Kriege zu den Eventualitäten, welche den letzteren abkürzen, vielleicht sogar den Frieden ganz erhalten würden; diese Herrn sind darin sanguinischer als ich. Die Russen sind zu stolz, um zu Kreuz zu kriechen, und England hat zuviel Geld in Rüstungen angelegt, um diese, sowie überhaupt den günstigen Augenblick nicht zu benutzen; es würde jetzt nur unannehmbare Friedensbedingungen stellen.

Merkwürdig ist der Stand unseres Geldes. Der Thaler in Silber ist nicht ganz 105 Kreuzer werth, es fehlt daran nicht nur der ganze Betrag des Prägeschatzes, sondern außerdem etwa 1/4 Kreuzer, da das verkehrte hiesige Münzsystem aus der Mark Silber für 3 bis 4 Kreuzer weniger münzt, als der Einkaufspreis der rohen Mark Silber beträgt!! Dennoch steht unser Thaler Silbergeld 106 1/8 und in Kassenanweisungen sogar 106 3/8 Kreuzer. Der Friedrichsd'or hat an Goldwerth kaum 9 fl. 40 Kr., an Zahlungswerth in Preußen 9 fl. 55, hier aber steht er 10 fl. 2 Kr. Nach allen Preußischen Münzsorten ist fortwährend unbefriedigte Nachfrage, und es ist unerhört zu nennen, daß unser Courant soviel höher steht, als die werthvollere Landes-Valuta, unser Papier aber höher als die Münze, welche es repräsentirt. Schade daß wir nicht mehr Kassenanweisungen gemacht haben; vielleicht geschieht es noch; 40 Millionen wären gewiß nicht zu viel. Silber geht noch immer viel nach Asien. Worüber man hier viel klagen hört, ist der Umstand, daß bei uns die Courant-Sendungen postzwangspflichtig seien; das muß neuerdings erst eingerichtet sein, mir wenigstens war es unbekannt.

1854 Febr. 26. Heute oder gestern sollte Herr von Meysenbug[1]) nach Berlin hier durchkommen.

Hiesige Privatbriefe aus Frankreich sind voll von Nachrichten über Truppenmärsche, Artillerie-Transporte, letztere besonders nach Metz. Auch heißt es darin, daß ein Theil der National-Garden mobilisirt werde. Der Feldmarschall-Lieutenant Mertens[2]) in Mainz, der mehrere Correspondenten in den Provinzen diesseits Paris zu haben scheint, sagt, daß nach seinen Nachrichten die Rüstungen den Zweck einer einzuschiffenden Expedition jedenfalls übersteigen. Vielleicht sehen wir bald Französische Truppen nach Ungarn marschiren".

Postscriptum.

„Charakteristisch ist eine soeben zu meiner Kenntniß gelangende Thatsache: Vor etwa zehn Tagen stand im Journal de Francfort ein heftiger Artikel gegen die Mittelstaaten, ihr Bestreben, die Darmstädter Coalition zu erneuern, und worin sie mit hochfahrender Grobheit auf ihr Nichts durchbohrendes Gefühl verwiesen wurden; er war als communiqué unter dem Datum „Wien" gegeben. Jetzt höre ich von der Redaction, daß ihr diese Correspondenz direkt aus dem Bach'schen Ministerium[3]) zugegangen sei, aber mit der Weisung, sie von „Berlin" zu datiren, und so, bei den Verhältnissen des Blattes, die Meinung zu erwecken, daß der Ausfall aus unserem Ministerium käme. Die Redaction hat aber dieser Consigne nicht gehorcht, weil sie Reklamationen von Berlin fürchtete. Das Journal de Francfort wird nun bald wählen müssen, ob es die Österreichische oder die Russische Subvention verlieren will. Ein harter Schlag für Herrn von Brints".[4])

80. Eigenhändiger Bericht, betr. die Influencirung der Nationalzeitung durch Österreich. Drängen der öffentlichen Meinung gegen Rußland. Verrath des Preußischen Mobilmachungsplans. 28. Februar 1854.

Febr. 28. „Die Nationalzeitung macht in der jüngsten Periode den Eindruck, als ob sie von Österreichischen Einflüssen beherrscht würde, und namentlich dient sie dem von Österreichischen Agenten betriebenen Manöver, uns durch den Druck der öffentlichen Meinung auf eine für Österreich wohlfeile Weise zur

---

1) von Meysenbug, Kammerherr, Badischer Gesandter in Berlin.

2) Freiherr von Mertens, Österreichischer Feldmarschall-Lieutenant, Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz.

3) Freiherr von Bach, Österreichischer Minister des Innern.

4) Eigenthümer des »Journal de Francfort«, verheirathet mit einer Schwester des Grafen von Buol-Schauenstein, Österreichischen Ministers des Äußern und des Kaiserlichen Hauses.

Unterstützung der Wiener Politik zu nöthigen. Es ist erklärlich, daß man es an der Donau lieber sieht, wenn wir freiwillig und gratis solche Entschlüsse fassen, zu denen man uns anderenfalls durch Concessionen gewinnen müßte. Diesem Bestreben steht leider die öffentliche Stimmung in der Art zur Seite, daß man aus instinktiver Mißstimmung gegen Rußland feindseligen Schritten gegen letzteres auch dann Beifall zollt, wenn sie uns voraussichtlich Nichts einbringen, aber viel kosten.

1854 Febr. 28.

Ew. Excellenz Erwägung erlaube ich mir die Frage zu unterbreiten, ob nicht die Central-Preßstelle anzuweisen sein möchte, einem solchen Drängen der öffentlichen Meinung entgegenzuarbeiten, und vielmehr die südslavischen Sonderinteressen Österreichs im Gegensatz zu den deutschen hervorzuheben, wenigstens einstweilen, und ohne feindselig gegen Wien zu werden. Bis jetzt scheint es mir, als ob die officiöse Presse sich jenem Drängen eher anschließe, und so darauf hinwirke, unseren etwaigen Entschlüssen zu Gunsten Österreichs das Verdienst der Freiwilligkeit zu schmälern. Wenn wir gar, wie die Nationalzeitung anräth, dem Wiener Cabinet mit Erklärungen gegen Rußland noch vorauseilen wollten, so würden wir aus unserer ganzen hoffnungsreichen Situation keinen anderen Vortheil ziehen als Worte der Anerkennung von verschiedenen Seiten, mit hinterher folgender Kritik derselben öffentlichen Meinung, welche dem ersten Entschlusse zujauchzte.

Ein anderes Gravamen gegen viele unserer öfficiösen Correspondenzen, welches ich Ew. Excellenz Cognition unterbreiten möchte, betrifft die angelegentliche Hervorhebung und Verbreitung der Geschichte von dem angeblichen oder wirklichen Verrath unseres Mobilmachungsplans. Ist die Sache gegründet, so sollte dergleichen schmutzige Wäsche so heimlich wie möglich gewaschen werden; die Art, wie sie besprochen wird, schadet unzweifelhaft unserer Consideration in Deutschland, und erregt den Verdacht einer Fäulniß von unbestimmter Ausdehnung in unseren höchsten Regionen. Die jüngsten gleichlautenden Berliner Correspondenzen in uns befreundeten Blättern gehen sogar soweit, von einem Aktenstück zu sprechen, welches als höchst wichtig nur in drei, in den Händen Sr. M. des Königs, Sr. K. H. des Prinzen von Preußen und des Herrn Kriegsministers befindlichen, Exemplaren vorhanden wäre, so daß die Vermuthungen über dessen Mittheilung an das Ausland sich auf Möglichkeiten einschränken, welche nur bei politischen Discrepanzen in den Regionen des Ministeriums ihre Erklärung in den Augen des großen Publikums finden".

81. Eigenhändiger Bericht, betr. den Abschluß eines Allianzvertrages zwischen Preußen und Österreich. Berufung des Frhr. v. Hübner nach Wien. Nachgiebigkeit Österreichs in Sachen der Geschäftsordnung. Mission des Herzogs v. Cambridge nach Wien. Wechsel des Preußischen Gesandten in London. Französische Circulardepesche in der orientalischen Frage. Verhältniß zwischen Rußland und Frankreich. 21. April 1854.

1854 April 21.

„Ew. Excellenz habe ich in den letzten Wochen wenig von hier melden können, weil Alles mit stagnirender Erwartung den Blick nach Berlin richtete, und auf die Resultate der dortigen Verhandlungen wartete, um seine Stellung dazu zu nehmen. Ich will indessen die Reise des Grafen Waldersee [1]) wenigstens benutzen, um meinen Glückwunsch zu dem gestrigen Abschluß [2]) und

---

1) cf. oben S. 37, Note 4.

2) Gemeint ist der Band II, S. 5, Note 1 unserer Sammlung erwähnte Allianzvertrag, mittelst dessen sich Preußen und Österreich den Besitz ihrer deutschen und außerdeutschen Länder während der orientalischen Wirren garantirten. — Nachstehend der Wortlaut des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Österreich und Preußen:

Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Seine Majestät der König von Preußen,

durchdrungen von tiefem Bedauern über die Fruchtlosigkeit Ihrer bisherigen Versuche, dem Ausbruche des Krieges zwischen Rußland einer- und der Türkei, Frankreich und England andererseits vorzubeugen;

eingedenk der von Ihnen durch Unterzeichnung der jüngsten Wiener Protokolle eingegangenen moralischen Verpflichtungen;

angesichts der von beiden Seiten immer weiter um sich greifenden militairischen Maßregeln und der daraus für den allgemeinen Frieden Europas erwachsenden Gefahren;

überzeugt von dem hohen Berufe, der, an der Schwelle einer unheilvollen Zukunft, dem mit Allerhöchstihren beiderseitigen Staaten engvereinten Deutschland im Interesse der Europäischen Wohlfahrt obliegt, —

haben beschlossen, Sich für die Dauer des zwischen Rußland einer- und der Türkei, England und Frankreich andererseits ausgebrochenen Krieges zu einem Schutz- und Trutzbündnisse zu vereinigen, und zu dessen Abschluß die nachstehenden Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser von Österreich:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Feldzeugmeister und General-Quartiermeister der Armee, Heinrich Freiherrn von Heß, Commandeur des Kaiserlich Österreichischen militairischen Marien-Theresien-Ordens, Großkreuz des Kaiserlich Österreichischen Leopoldordens, Ritter des Königlich Preußischen Schwarzen Adlerordens rc. rc. rc.

und

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath und Kämmerer, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Preußischen Hofe, Friedrich Grafen von Thun-Hohenstein, Großkreuz des Kaiserlich Österreichischen Leopoldordens, Ritter des Königlich Preußischen Rothen Adlerordens erster Classe rc. rc. rc.,

und

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Otto Theodor Freiherrn von Manteuffel, Ritter des Königlich Preußischen Rothen Adlerordens erster Klasse mit Eichenlaub, Krone und Scepter, Großkreuz des Kaiserlich Österreichischen St. Stephanordens rc. rc. rc.

meinen Dank für die telegraphische Benachrichtigung von demselben[1]) auszu- 1854 April 21.

Dieselben sind, nach Austausch ihrer genügend befundenen Vollmachten, über folgende Punkte übereingekommen:

I.

Seine Kaiserlich-Königlich Apostolische Majestät und Seine Majestät der König von Preußen garantiren sich gegenseitig den Besitz Ihrer deutschen und außerdeutschen Länder, so daß jeder auf das Ländergebiet des Einen gerichtete Angriff, woher er auch komme, auch von dem Anderen als ein gegen das eigene Gebiet gerichtetes feindliches Unternehmen angesehen werden wird.

II.

In gleicher Weise halten Sich die Hohen Contrahenten für verpflichtet, die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle und jede Beeinträchtigung zu schützen, und betrachten Sich demnach zur gemeinsamen Abwehr jedes Angriffs auf irgend einen Theil Ihrer Gebiete auch in dem Falle als verbunden, wenn Einer derselben im Einverständnisse mit dem Anderen zur Wahrung Deutscher Interessen activ vorzugehen Sich veranlaßt findet.

Die Verständigung über den Eintritt des eben bezeichneten Falles, sowie über den Umfang der alsdann zu gewährenden Hülfeleistung wird den Gegenstand einer besonderen und als integrirender Theil des vorliegenden Vertrages zu betrachtenden Übereinkunft bilden.

III.

Um den Bedingungen Ihres eingegangenen Schutz- und Trutzbündnisses auch die gehörige Gewähr und Kraft zu geben, verbinden Sich die beiden Deutschen Großmächte, im Falle des Bedarfes, nach unter Sich zu bestimmenden Epochen und auf zu bestimmenden Punkten, einen Theil Ihrer Streitmacht in voller Kriegsbereitschaft zu halten. Über die Zeit, den Umfang und die Art der Aufstellung dieser Streitkräfte wird ebenfalls eine besondere Festsetzung erfolgen.

IV.

Die Hohen contrahirenden Theile werden sämmtliche Deutschen Bundesregierungen einladen, diesem Bündnisse beizutreten, mit der Maßgabe, daß die durch Artikel 47 der Wiener Schlußacte vorgesehenen bundesrechtlichen Verpflichtungen für die beitretenden Staaten diejenige Ausdehnung annehmen, die der gegenwärtige Vertrag vorbedingt.

V.

Keiner der beiden Hohen contrahirenden Theile wird während der Dauer dieses Bündnisses irgend ein Separatbündniß mit anderen Mächten eingehen, welches mit den Grundlagen des gegenwärtigen Vertrages nicht in der vollsten Übereinstimmung stehen würde.

VI.

Gegenwärtige Übereinkunft soll sobald als möglich zur Ratifikation der Allerhöchsten Souveraine gelangen.

Geschehen zu Berlin, den 20. April 1854.

Heinrich Frhr. v. Heß m/p. (L.S.) Fr. Thun m/p. (L.S.) Frhr. O. Th. Manteuffel m/p. (L.S.)

Zusatzartikel zu dem Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Österreich und Preußen vom 20. April 1854.

Nach der Bestimmung des Artikels II des am heutigen Tage zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich und Seiner Majestät dem König von Preußen abgeschlossenen Vertrages wegen Errichtung eines Schutz- und Trutzbündnisses soll die nähere Verständigung über den Eintritt des Falles, in welchem ein actives Vorgehen des Einen der Hohen contrahirenden Theile für den Anderen die Verpflichtung zu gemeinsamer Vertheidigung des beiderseitigen Gebietes begründen wird, den Gegenstand einer besonderen, als integrirender Theil des Hauptvertrages zu betrachtenden Vereinbarung bilden.

1) cf. Band II, S. 3, Note 1.

1854 April 21. sprechen. Ich habe noch keine Vorstellung von der Tragweite und überhaupt

Ihre Majestäten haben Sich der Erwägung nicht entziehen können, daß die unbestimmte Fortdauer der Besetzung der unter der Hoheit der Ottomanischen Pforte stehenden Länder an der unteren Donau durch Kaiserlich Russische Truppen die politischen, moralischen und materiellen Interessen des gesammten Deutschen Bundes, und also auch Ihrer eigenen Staaten, und zwar in einem um so höheren Grade gefährden würde, je weiter Rußland seine Kriegsoperationen auf Türkischem Gebiete ausdehnt. Die Allerhöchsten Höfe von Österreich und Preußen sind in dem Wunsche einig, jede Betheiligung an dem zwischen Rußland einerseits, der Türkei, Frankreich und Großbritannien andererseits ausgebrochenen Kriege womöglich vermeiden und zugleich zur Wiederherstellung des allgemeinen Friedens beitragen zu können. Insbesondere betrachten Sie die neuerlich von dem Hofe von St. Petersburg in Berlin gegebenen Erklärungen, wonach Rußland die ursprüngliche Ursache zur Besetzung der Fürstenthümer durch die nunmehr den christlichen Unterthanen der Pforte gemachten und in nahe Aussicht gestellten Zugeständnisse als beseitigt anzusehen scheint, als ein wichtiges Element der Pacifikation, welchem Sie einen weiteren praktischen Einfluß nur mit Bedauern versagt sehen könnten. Sie hoffen daher, daß die zu erwartenden Rückäußerungen des Petersburger Cabinets auf die unter dem 8. d. dorthin abgegangenen Preußischen Vorschläge Ihnen die erforderliche Gewähr für ein baldiges Zurückziehen der Russischen Truppen vom Türkischen Gebiete darbieten werden. Für den Fall jedoch, daß diese Hoffnung getäuscht werden sollte, haben die ernannten Bevollmächtigten, nämlich:

von Seiten Seiner Majestät des Kaisers von Österreich:

Allerhöchstihr Wirklicher Geheimer Rath, Feldzeugmeister und General-Quartiermeister der Armee, Heinrich Freiherr von Heß &c. &c.

und

Allerhöchstihr Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Preußischen Hofe, Friedrich Graf von Thun-Hohenstein &c. &c.,

von Seiten Seiner Majestät des Königs von Preußen:

Allerhöchstihr Minister-Präsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Otto Theodor Freiherr von Manteuffel &c. &c.

die folgende nähere Verabredung über den Eintritt des im vorerwähnten Artikel II des Allianzvertrages vom heutigen Tage bezeichneten Falles getroffen.

Einziger Artikel.

Die Kaiserlich Österreichische Regierung wird auch Ihrerseits an den Kaiserlich Russischen Hof eine Eröffnung zu dem Zweck richten, um von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland die nöthigen Befehle zu erwirken, damit sofort jedem weiteren Vorrücken Seiner Armee auf Türkischem Gebiete Einhalt geschehe, sowie um vollgültige Zusicherungen wegen baldiger Räumung der Donaufürstenthümer von Seiner Majestät zu begehren, und die Preußische Regierung wird diese Eröffnungen mit Rücksicht auf Ihre bereits nach St. Petersburg gegangenen Vorschläge wiederholt auf das Nachdrücklichste unterstützen.

Ist die auf diese Schritte der Cabinette von Berlin und Wien erfolgende Antwort des Kaiserlich Russischen Hofes wider Verhoffen von der Art, daß sie Ihnen nicht volle Beruhigung über die erwähnten beiden Punkte gewährt, so werden die von Einem der contrahirenden Theile zur Erreichung derselben zu ergreifenden Maßregeln unter die Bestimmung des Artikels II des am heutigen Tage abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses mit der Maßgabe fallen, daß jeder feindliche Angriff auf das Gebiet Einer der beiden Hohen contrahirenden Mächte von der Anderen mit allen dieser zu Gebote stehenden militairischen Kräften abgewehrt wird.

dem speciellen Inhalt der Convention. Den Beifall der Deutschen Regierungen wird sie in dem Maße haben, als sie Garantien gegen die Wiener Kriegsbestrebungen bietet; in diesem Sinne sprechen sich meine Collegen, mit Einschluß des Herrn von Prokesch aus. Letzterer fürchtet offenbar die schwersten Folgen für Österreich von einem Kriege gegen Rußland, denn Liebe zu den Russen ist es gewiß nicht, was ihn veranlaßt, einer friedlichen Politik das Wort zu reden, und sogar gegen diesseitige Offiziere von dem Dank zu sprechen, den Österreich uns dafür schulde, daß wir seinen Beitritt zu der Convention im März gehindert haben.

Er sprach mir heute von der Berufung Hübner's [1]) nach Wien; officiell sei sie erfolgt, damit er der Vermählung beiwohne; [2]) eine ähnliche Berufung sei aber an andere Gesandte des Kaisers nicht ergangen, und dem Grafen Thun [3]) habe man sogar seinen deshalb angebrachten Wunsch abgeschlagen; wahrscheinlich sei, daß man Hübner's Haltung zu westmächtlich gefunden, er sich auch vielleicht zu weit avancirt habe, und man seine zeitweise Abwesenheit von Paris wünsche, die man gleichzeitig zu gründlicher Instruirung über die ferneren Ideen des Cabinets benutzen werde.

In Sachen der Geschäftsordnung [4]) hat mein Österreichischer College seit acht Tagen eine für alle Mitglieder des Ausschusses unerwartete Nachgiebigkeit bewiesen. Er hat ein, noch wenig Tage vorher zu den Akten gegebenes, sehr grobes polemisches Memoir über unsere Vorschläge aus freien Stücken zurückgenommen, und ist mir, seit ich zuletzt berichtete, noch unaufgefordert mit mehreren untergeordneten Concessionen entgegengekommen, während er sonst jede Besprechung der Angelegenheit übellaunig abkürzte. Auch hat er mir aus eigenem Antriebe erklärt, daß er bemüht sein wolle, schon in der nächsten Sitzung den Ausschußvortrag einzubringen.

Sir A. Malet [5]) sagte mir heute, daß er gestern von Darmstadt hierher

---

Ein offensives beiderseitiges Vorgehen aber würde erst durch eine Incorporation der Fürstenthümer, sowie durch einen Angriff oder Übergang des Balkans von Seiten Rußlands bedingt.

Die gegenwärtige Übereinkunft soll der Ratifikation der Allerhöchsten Souveraine gleichzeitig mit dem obenerwähnten Vertrage unterzogen werden.

Geschehen zu Berlin, den 20. April 1854.

Heinrich Frhr. v. Heß m/p.	Fr. Thun m/p.	Frhr. O. Th. Manteuffel m/p.
(L.S.)	(L.S.)	(L.S.)

(cf. Beilage 1 und 2 zum Separat-Protokoll der 22. Sitzung vom 20. Juli 1854.)

1) Frhr. von Hübner, Wirklicher Geheimer Rath, Österreichischer Botschafter in Paris.

2) scil. des Kaisers Franz Joseph mit der Bayerischen Prinzessin Elisabeth am 24. April 1854.

3) cf. oben S. 122, Note 5.

4) cf. oben S. 150, Note 3 und Band II, Urkunde 15.

5) cf. oben S. 107, Note 2.

1854 April 21. mit dem Herzog von Cambridge[1]) gereist sei. Derselbe hat ihm gesagt, daß die Anregung zu der Reise nach Wien[2]) vom Französischen Kaiser ausgegangen sei, daß man in London keinen Gedanken davon gehabt, und erst kurz vor der Abreise die Erlaubniß dazu telegraphisch eingeholt worden sei.

Der Englische Gesandte theilte mir außerdem vertraulich mit, daß von ihm und seiner Ansicht nach auch von den Englischen Ministern ein Wechsel in der Person des dortigen Preußischen Gesandten nur als gedeihlich für unsere Beziehungen mit England betrachtet werden könne. Bunsen[3]) sei zu sehr »âme damnée« des Prinzen Albert[4]) gewesen.

Von Paris soll eine Circulardepesche an die Gesandten in Deutschland ergangen sein, in Betreff der durch den Fürsten Gortschakoff angeblich an Frankreich gemachten Eröffnungen; Herr von Tallenay hat ein derartiges Circular entweder nicht erhalten oder zur Produktion nicht für geeignet erachtet.

Von der hiesigen Russischen Gesandtschaft wird mir erzählt, daß der Kaiser es verbiete, auf „Enthüllungen" einzugehen, und daß umgekehrt der Prinz Napoleon dem Fürsten Gortschakoff derartige Anerbietungen gemacht habe, die dieser nach Petersburg gemeldet; dort seien sie sechs Wochen lang gar nicht, und dann mit allgemeinen Phrasen beantwortet; in dem Verhalten des Pariser Cabinets aber habe der Zeitpunkt, wo die Antwort aus Petersburg hätte eingehen können, wenn man dort bereitwillig gewesen wäre, einen merklichen Wendepunkt gebildet. Mir ist nicht glaublich, daß man Russischer Seits zu derartigen Eröffnungen Fürst Gortschakoff benutzt haben würde, da man so viele unauffälligere Kanäle hat".

82. Eigenhändiger Bericht, betr. die praktische Bedeutung des Aprilbündnisses zwischen Preußen und Österreich sowie die Formulirung der Ziele der Preußischen Politik. Vorlage des Aprilbündnisses an den Bund. Perspective in Bezug auf die demnächstige Haltung Österreichs und Preußens. 25. April 1854.

April 25. — — „Ich komme soeben von den Vermählungsfeierlichkeiten[5]) zurück, die uns das Österreichische Militair in Mainz gegeben hat, da Prokesch in dieser Beziehung sein strenges Ersparungssystem durchführte, und muß bei der vor-

1) Herzog von Cambridge, Großbritannischer Feldmarschall; cf. auch Band II, Urkunde 7 am Schluß.

2) cf. oben S. 189, Note 3 (scil. zu den Vermählungsfeierlichkeiten).

3) Ritter von Bunsen, Wirklicher Geheimer Rath, Preußischer Gesandter in London.

4) Prinz-Gemahl der Königin von England.

5) cf. oben Note 2.

gerückten Stunde die befohlene Berichterstattung auf morgen verschieben, indem ich mich heute auf meinen Glückwunsch in Betreff des Abschlusses vom 20. beschränke.[1] Wenn uns die in Bezug genommene, wahrscheinlich das Militairische regulirende „Übereinkunft“ nicht genauer formulirte Verpflichtungen auferlegt, so ist das Bündniß vom 20. wesentlich ein pactum de contrahendo, durch welches wir den Vortheil erreichen, Österreich den Vorwand zum Drängen und zu eigenen leichtsinnigen Beschlüssen zu nehmen, und für uns Zeit zu weiterer Beobachtung der Ereignisse zu gewinnen, während wir durch das „im Einverständniß mit dem Anderen“ in Artikel II einstweilen das Heft in der Hand behalten.

1854 April 25.

Wenn Ew. Excellenz mir gestatten, das Ziel zu formuliren, welches mir von meinem eine Übersicht allerdings nicht gewährenden Standpunkte vorschwebt, so ist es 1) durch alle Mittel uns einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland zu entziehen, weil wir mit dem ersten Preußischen Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Chancen einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg; 2) Zusammenhalten der Preußisch-Österreichisch-Deutschen Staatenmasse unter Bedingungen, die uns mindestens ein wirksames veto in Betreff der gemeinsamen Politik sichern. Das Bündniß vom 20. in den mir vorliegenden sechs Artikeln bietet eine vortreffliche Handhabe zu diesem System, wenn wir nur mit Entschlossenheit die Auslegung in unserem Sinne von vornherein festhalten. Die Mehrzahl der Deutschen Regierungen wird uns darin faktisch unterstützen, wenn auch nicht mit der Absicht, die Entscheidung in Preußens Hand zu legen. Jedenfalls werden sie ein wirksamer Hemmschuh für die vorzeitige Kriegslust Österreichs sein; in diesem Sinne sprach sich auf dem gestrigen Ball in Mainz der Herzog von Nassau, der Großherzog von Hessen, der Prinz Emil und der Minister Hassenpflug aus, die wenigstens für den Barometerstand der Coalitionsstaaten Zeugniß geben.

In Betreff der Vorlage an den Bund hat uns Österreich eine secundäre und undankbare Rolle zugemuthet;[2] eine Aufforderung, unserem Bundesgenossen auch jetzt nicht mehr Wohlwollen und Billigkeit zuzutrauen als früher. Nach Äußerungen des Bayerischen Gesandten darf ich annehmen, daß die Mittelstaaten, wenn sie dem Bündniß beitreten, sich ebenso gut wie wir in Artikel II die „Verständigung“ und Constatirung ihres „Einverständnisses“ vorbehalten werden, ehe sie sich bereit erklären, mit Österreich „activ“ vorzugehen.

Läßt sich Österreich nicht von uns auf dem Wege besonnener Politik er-

---

1) cf. vorhergehende Urkunde.

2) Wie sich Österreich diese Rolle dachte, erhellt aus Band II, S. 3, Note 2.

1854 April 25

halten, so bin ich überzeugt, daß es bald in Lagen gerathen wird, wo es einer energischen und wohlwollenden Ausführung der zwischen uns bestehenden Stipulationen sehr viel dringender bedarf, und sehr viel höheren Werth darauf legen wird, als jetzt auf deren Unterzeichnung. In dem Falle fürchte ich Nachtheile für uns eher von der großmüthigen Gesinnung Sr. Majestät gegen einen Bundesgenossen, der in dieser Beziehung so wenig Reciprocität gewährt, als von den äußeren Ereignissen".

83. Eigenhändiger Bericht, betr. die Herrscherzusammenkunft in Tetschen: Kritik der Orientpolitik des Grafen v. Buol; Verhältniß Österreichs zu Rußland; Wiederherstellung Polens; Bedeutung des Adriatischen Meeres für Österreich; Rußlands europäisches Übergewicht. Opportunität eines Anschlusses Preußens an Österreichs Orientpolitik; Anschluß Österreichs sowie Preußens an die Seemächte. Ansichten der Bundestagsgesandten in Betreff der Ziele der Wiener Politik; Auflösung der Coalition von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten; Haltung Österreichs gegenüber der Bamberger Coalition sowie Argwohn der letzteren gegen Preußen und Österreich. Politik des Grafen v. Buol und Schicksal des Aprilbündnisses im Schoße der Bundesversammlung. Überhebung der Österreichischen Presse. Ultramontane Aufreizungen. Herr v. Sydow und die Presse. Gerücht von der Berufung eines Deutschen Fürstencongresses. Stand der Preußischen Kassenanweisungen. 16. Juni 1854.[1])

Juni 16.

„Ew. Excellenz Schreiben vom 9. cr. aus Tetschen[2]) habe ich gestern erhalten. Ich würde mir schon früher die Ehre genommen haben, Ew. Excellenz wiederum zu schreiben, wenn ich mich nicht gefürchtet hätte, mit meinen Expectorationen in das Dunkel einer mir gänzlich unbekannten Situation hineinzutappen, und mit verspäteten Raisonnements gegen den Prellstein eines fait accompli anzurennen. Obschon ich auch jetzt über die Ergebnisse von Tetschen nicht klar sehe, so führt mich doch die von Ew. Excellenz mitgetheilte Auffassung des Grafen Buol zu sehr in die Versuchung, Ihre Nachsicht für eine Besprechung derselben in Anspruch zu nehmen.

Selbst vom alleinigen Wiener Standpunkte aus betrachtet, halte ich die Politik des Grafen Buol für unrichtig, indem ich glaube, daß Österreich sich früher oder später mit Rußland über das Schicksal der Türkei in Güte ver-

---

1) Das Datum „16. Juni 1854" steht zu Eingang des sich über drei Quartbriefbogen erstreckenden Schreibens. Am Schlusse des Briefes findet sich das Datum „17. Juni 1854".

2) Ort der Zusammenkunft der Herrscher und der Minister-Präsidenten Österreichs und Preußens am 8. und 9. Juni. cf. Band II, S. 23, Note 1.

ständigen muß, und dazu findet sich ein so günstiger Augenblick, wie die jetzige Verlegenheit Rußlands ihn bietet, sobald nicht wieder. Jede den Russen durch Österreich abgezwungene Concession wird Rußland nur nöthigen, den Moment abzuwarten, wo es als Verbündeter eines Feindes Österreichs sich revanchiren kann, und letzteres hat in Deutschland gegen uns, in Mailand, Rom, Neapel gegen Frankreich, und zu Hause gegen seine eigenen Unterthanen zu viele streitbringende Interessen, als daß dieser Augenblick nicht kommen sollte. Eine Schwächung Rußlands, durch die es unfähig würde, sich zu rächen, ließe sich nur durch die volle Herstellung Polens, und auch dadurch nicht sicher herbeiführen. Dadurch aber, ganz abgesehen von der Möglichkeit für uns, wäre ein viel bedenklicheres Übergewicht Frankreichs gegeben, als das jetzige Rußlands. Dabei ist außerdem schwer zu glauben, daß die im Orient zu erringenden Vortheile nicht mehr England als Österreich zu Gute kommen sollten, und das ist in demselben Maße für letzteres bedenklich, als ihm das Adriatische Meer wichtiger ist wie die Donau. Prokesch, der diese Verhältnisse genau kennt, sagt selbst, daß der Handel von Wien nach den Donaumündungen vielmehr über Triest und den Bosporus, als auf der Donau betrieben wird, und für die gesammten in diesem Handel steckenden Deutschen Interessen ist eine Befestigung und Förderung der Englischen Autokratie auf der See gefährlicher als alle Kosaken. Rußlands europäisches Übergewicht im letzten Menschenalter beruhte ohne Zweifel mehr auf der Furcht der Fürsten vor der Revolution, als auf der materiellen Gewalt, die Rußland außerhalb seiner Grenzen zu entwickeln im Stande ist; der jetzige Türkische Feldzug liefert ein neues Argument für diese Ansicht, und selbst Preußen isolirt hat mehr Chancen, sich der Russischen Armee zu erwehren, als Englischer Mißhandlungen auf der See; und daß England da, wo es die Förderung seiner Interessen gilt, schonender und scrupulöser in Anwendung seiner Macht ist als Andere, ist nicht anzunehmen, sobald durch Vernichtung Rußlands, als Seemacht, für längere Zeit die Überlegenheit der Englischen Marine, auch über eine Coalition aller übrigen, festgestellt wäre.

1854 Juni 16.

Es ist indessen nicht mein Beruf, die Österreichische Politik vom Standpunkte eines Österreichers aus zu kritisiren und auseinander zu legen, welchen Antheil daran die Jugend des Kaisers hat und der Stachel militairischer Rivalität, oder eine bornirte Gereiztheit des Grafen Buol, oder die politischen und commerciellen Privatinteressen einzelner einflußreicher Personen, deren Stellung — Bach,[1] Hübner,[2] Bruck[3]) — durch ein antirussisches System, oder deren Vermögen durch das Gedeihen der mächtigen Corporationen bedingt ist.

1) cf. oben S. 78, Note 4.
2) cf. oben S. 182, Note 1.
3) Freiherr von Bruck, Österreichischer Finanzminister.

1854 Juni 16.

Eine andere Frage ist, ob wir wohlthun, uns dieser Österreichischen Politik hinzugeben. Graf Buol scheint diese Frage als unwiderruflich abgethan zu betrachten, wenn auch nur durch die einfache Drohung Österreichs, sich andernfalls den Seemächten vertragsmäßig anzuschließen. Diese Drohung halte ich für eine leere, und um vor ihrer Ausführung sicher zu sein, hätten wir nicht einmal nöthig, die Möglichkeit durchblicken zu lassen, daß wir im Verein mit den übrigen Deutschen Staaten nöthigenfalls feindlich dagegen auftreten könnten; schon die Aussicht auf eine willenlose Abhängigkeit von Frankreich in Bezug auf Kriegführung und Friedensschluß würde Österreich von solchen Schritten zurückhalten. Es hat mir hier bei Niemand gelingen wollen, Glauben zu finden, wenn ich eine derartige Eventualität als ein für die Bamberger Politik [1]) beachtenswerthes Moment geltend zu machen versuchte. Wenn die Drohung des Grafen Buol aber auch ernstlich gemeint wäre, so könnten wir derselben entgegen halten, daß uns der Weg nach London und Paris nicht minder offen steht, daß wir, weil weniger hülfsbedürftig und weniger interessirt, uns rein westmächtlichen Plänen im Orient zu widersetzen, dort vielleicht willkommenere Genossen gegen Rußland wären, als Österreich, und daß es für uns ersprießlicher ist, direkt und in our own right mit den Seemächten verbunden zu sein, als durch das leitende medium Österreichs. Derartige Argumente werden, wie ich glaube, ihre Wirkung nicht verfehlen, wenn das Wiener Cabinet bei den Versuchen beharrt, den Vertrag einseitig und willkürlich auszulegen.

Meine Collegen sind wie es scheint über die Ziele der Wiener Politik desorientirt und beunruhigt; bald glauben sie, man beabsichtige nach Räumung der Fürstenthümer sich Rußland zu nähern, um eine gemeinsame Stellung gegen Frankreich zu nehmen, bald meinen sie, daß es nur darauf abgesehen sei, sich die Kräfte Preußens und des Bundes zur Eroberung der Donaufürstenthümer oder zu weitergehenden Österreichischen Plänen dienstbar zu machen. Gewiß ist, daß beide Gedanken, und auch der einer Herstellung Polens, als antipanslavisch, zugleich antipreußisch, unter den Österreichern Fürsprecher finden. Für uns betrachte ich es jedenfalls als einen Gewinn, daß die Coalition von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten, der wir auf den Wegen der Deutschen Politik in den letzten Jahren überall begegneten, sich gelöst hat, hoffentlich auf die Dauer; zwischen den beiden Ersteren glaube ich es, in Betreff der Mittelstaaten aber ist man von Wien aus merklich bemüht, die Beziehungen, welche in Bamberg gelockert sind, wieder zu befestigen. Im Anfang erließ man eine tadelnde Circulardepesche an die Bamberger Höfe, und

1) Am 25. Mai traten, auf Anregung Bayerns und Sachsens, Hannover, beide Hessen und Nassau mit jenen in Bamberg zu einer Conferenz zusammen, um die Bedingungen des Beitrittes zum Aprilbündnisse festzustellen. cf. Band II, Urkunden 12, 13 und 14. Siehe auch „von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage", Band I, S. 309 ff. u. 315 ff.

leider[1]) war unsere officiöse Presse, besonders die Preußische Correspondenz, sehr bereit, sich zum Organ dieser Verstimmung zu machen. Jetzt erscheinen auf Commando im Lloyd, der Postzeitung und tutti quanti inspirirte Artikel, welche den Bambergern den Hof machen, und mit sittlicher Entrüstung von den „Lügen und Verdächtigungen“ sprechen, welche „zumeist durch Berliner Federn“ gegen die Mittelstaaten systematisch verbreitet wurden. Dem entspricht eine Äußerung eines meiner mittelstaatlichen Collegen, der mir sagte: „Sie klagen über unsere Haltung gegen Sie; aber sobald wir bei vorkommenden Divergenzen der beiden Großmächte mit Preußen gehen wollen, so werden Sie sofort noch schwarzgelber wie Österreich und fallen im Österreichischen Interesse über uns her“. Ich entgegnete, daß in diesem Falle gar keine Divergenzen vorlägen zwischen Berlin und Wien, worauf jener äußerte: „Allerdings, wenn Preußen zufrieden ist, daß die Österreichische Politik als die alleinige Deutsche gilt, so können wir nichts dagegen haben“. Ich führe dies als Symptom der Stimmung an, welche noch eine besondere Beimischung durch den Argwohn erhält, daß unsere Einigkeit mit Österreich durch geheime Verabredungen zum Nachtheil der übrigen Bundesregierungen erzielt worden sei.

1854 Juni 16.

Die Haltung des hiesigen Englischen und Französischen Gesandten ist übrigens eher kühl und mißtrauisch in Bezug auf Österreich, als das Gegentheil. In den Ansichten des Grafen Buol liegt ein Widerspruch, wenn er einerseits fürchtet, daß die Westmächte es müde werden würden, ohne Deutschland den Krieg fortzusetzen, und andererseits, daß sie im nächsten Jahre, trotz der entgegenstehenden Ansicht Österreichs, nicht mehr ohne Verkleinerung Rußlands würden Frieden machen wollen. Er nennt die Mittelstaaten Russische Hospodare: sobald sie nicht gehorsam mit Österreich gehen, würde er immer einen ähnlichen Namen für sie finden, sei es Rheinbundfürsten oder Preußische Unionsvasallen. Der Fehler liegt vielmehr in dem verwöhnten Egoismus von Österreich, dem es nur zu oft seit Jahrhunderten gelungen ist, seine Hausinteressen für Deutsche einzuschmuggeln, und dann im speciellen Fall in der Voreiligkeit, mit der man gerüstet hat. Unter allen Umständen liegt es im Österreichischen Interesse, vor dem Losschlagen eine stärkere Betheiligung der Westmächte abzuwarten; letztere aber wissen ebensogut wie Graf Buol, daß Österreich seine jetzigen Rüstungen nicht lange aufrecht halten kann, und sie bald nutzen oder das Schwert wieder einstecken muß, und in dieser Betrachtung liegt für die Seemächte eine Aufforderung abzuwarten.

Ich darf annehmen, besonders nach der heutigen Preußischen Correspondenz, daß der bei Behandlung des Bündnisses ferner einzuhaltende Weg bereits

1) Herr von Bismarck rieth gleich von Anfang an von jedwelcher Censur über das Verhalten der Mittelstaaten ab. cf. Band II, S. 23.

1854 Juni 16. festgelegt ist; ich würde keine Überraschung empfinden, wenn das Bündniß nunmehr von den Großmächten einfach an die Bundesversammlung gebracht würde, da der Eindruck eines sofort entschlossenen Beitrittes doch nicht mehr zu erreichen ist; sein schlimmstes Schicksal würde sein, in den Ausschußverhandlungen solange trainirt zu werden, bis die Ereignisse, und nicht mehr die Abstimmungen, über das Verhalten der Bundesregierungen entscheiden. Der in Folge der Vorlage vom 24. gewählte Ausschuß [1]) ist noch nicht zusammengewesen. Der Referent, Herr von Schrenk, [2]) wartet, wie er sagt, ab, was man in Tetschen über das Schicksal der Bamberger entschieden haben wird. Wenn Pfordten [3]) sich über seine Erfolge exaltirt, so theilt sein hiesiger Vertreter dieses Gefühl durchaus nicht; er ist bescheiden, fast kleinlaut; überhaupt scheint man in München lange nicht so souverainetätsschwindlig zu sein, als in Dresden und Hannover, obschon ich über meine hiesigen Collegen von dort nicht klagen kann.

Die Österreichische Presse ist ebenso anmaßend wie sonst; von uns ist nur die Rede mit den Worten „in Gesellschaft Österreichs" oder „im engsten Anschluß an die erhabene Politik des Kaiserhauses" und dergl.

Auch die ultramontanen Aufreizungen werden lebhaft unterstützt. Ein übles Element auf diesem Felde ist ein Freiherr von Bursian, [4]) den ich zu meiner Verwunderung vor einigen Monaten an der Königlichen Tafel in Charlottenburg sah, wo er als Agent der gegen uns thätigen Fürstin von Ysenburg [5]) introducirt war. Er ist Correspondent aller ultramontanen Blätter. Die Fürstin soll damit umgehen, ihren minorennen Sohn katholisch zu machen, und unter dem Vorwande mütterlicher Gefühle sich die Protection Sr. Majestät gegenüber der Vormundschaft zu sichern.

Ich möchte aus einigen Anzeichen schließen, daß Herr von Sydow [6]) bei seiner Haltung der Presse gegenüber sich in Betreff der Gefährlichkeit ultramontaner Tendenzen täuschen läßt. Daraus erkläre ich mir sein Einschreiten gegen den Schwäbischen Merkur, und das nähere Verhältniß, in welchem er zu dem (ultramontanen) deutschen Volksblatt von Stuttgart zu treten bemüht ist.

Verzeihen Ew. Excellenz meine weitschweifige Expectoration, und nehmen Sie dieselbe unter der Rubrik einer Herzenserleichterung mit Wohlwollen auf und mit der Erwägung, daß jeder Preuße, der meine jetzige Stellung eine Zeit lang innegehabt hat, alle politischen Fragen einigermaßen durch die Brille

---

1) cf. Band II, Urkunde 11.
2) cf. oben S. 16, Note 4.
3) cf. oben S. 63, Note 2.
4) Freiherr von Bursian, Nassauischer Legationsrath. cf. auch unten Urkunde 84.
5) cf. unten S. 199.
6) cf. oben S. 8, Note 2.

Preußisch-Österreichischer Rivalität zu betrachten sich gewöhnt. Die Befürchtung, unsere Gutmüthigkeit von Wien mißbraucht zu sehen, raubt mir vielleicht die Unbefangenheit in Betreff größerer Fragen. 1854 Juni 16.

Man erzählt sich hier (ich habe es aus Hannoverscher Quelle), daß in Tetschen die Berufung der Deutschen Fürsten zu einem Congreß verabredet worden sei. Ich referire es, ohne daran zu glauben.

Unsere Kassenanweisungen stehen hier fortwährend 1 Fl. $47^1/_2$ Kr. für den Thaler, die $3^1/_2$ proc. Staatsschuldscheine $86^3/_4$.[1]) Ich erwähne es nur, um Ew. Excellenz hart zu machen gegen Rothschild[2]) und der, wenigstens partiellen, Emission von Kassenanweisungen nochmals das Wort zu reden. Alle unsere Papiere stehen hier immer 1 bis 3 Procent höher als gleichzeitig in Berlin".

84. Vertraulicher Bericht, betr. die Dispositionen der Bamberger Regierungen in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß. Eventualität eines neuen Congresses der Bamberger Coalirten. Absicht eines Fürstencongresses in Brüssel. Mission des Oberst Kowalewsky. Zusammenkünfte in Heidelberg sowie Umtriebe des Frhr. v. Bursian. Besuch des Königs von Bayern in Coblenz. 27. Juni 1854.

„Soviel ich mir nach gelegentlichen Unterredungen mit meinen Collegen von den Bamberger Staaten[3]) bisher ein Urtheil habe bilden können, ist die große Mehrheit der Regierungen letzterer geneigt, Anknüpfungspunkte zum Einlenken zu suchen und zu benutzen; nur die Gesandten von Bayern und Sachsen haben in der Art eine Zurückhaltung gegen mich beobachtet, daß sie über die Intentionen ihrer Regierungen noch gänzlich im Unklaren zu sein erklärten. Ich habe es mir angelegen sein lassen, in Ausführung des Erlasses vom 16. Juni cr.[4]) die Überzeugung zu verbreiten, daß ein irgend wie bedingter Beitritt auf ein Entgegenkommen von unserer Seite auf keine Weise zu rechnen habe, und es scheint mir, als ob die Betheiligten, mit Ausnahme der beiden genannten Regierungen, mehr bemüht sind, einen schicklichen Weg zum Einlenken, als die Mittel zum ferneren Widerstand zu finden. Ich darf voraussetzen, daß Ew. Excellenz Erklärungen, welche meine Annahme bestätigen, vorliegen, und daß die große Mehrzahl der Bundesstaaten ihre Bereitwilligkeit, im Schoße der Bundesversammlung dem Bündniß beizutreten, in kurzem aussprechen wird; wenn diese Erklärungen zum Theil in allgemeinen und nicht durchaus präcisen Ausdrücken gefaßt sein sollten, so würde aus diesem Umstande für die Juni 27.

---

1) cf. oben S. 183.

2) cf. oben S. 132, Noten 3 u. 4, auch Band III Urkunden 50 u. 65.

3) cf. oben S. 194, Note 1.

4) cf. Band II, S. 27, Note 1.

1854 Juni 27. beiden Großmächte kein Grund erwachsen, die Anbringung der Sache am Bunde aufzuhalten, indem ich nicht zweifle, daß die Schwerkraft der Ereignisse und der Machtverhältnisse in dem jetzigen Stadium die Entschließungen der Bundesversammlung in das von den beiden Großmächten vorgezeichnete Geleise drängen wird. Ganz unumwundene Erklärungen am Bunde, dem Vertrage beizutreten, erwarte ich allerdings nicht von allen Seiten, theils wegen der Schwierigkeit, aus der in Bamberg eingenommenen Stellung mit Anstand einzulenken, theils auch wegen der Zweifel, die darüber obwalten, ob eine einfache Beitritts-Erklärung von Seiten der Bundesversammlung dieser letzteren als dem dritten Contrahenten im Vertrage ganz dieselben Rechte zuführen würde, wie den beiden ursprünglichen Paciscenten, d. h. ob das Einverständiß der Bundesversammlung ebenso gut wie das von Preußen oder Österreich für gewisse Fälle vorbehalten bleibt, oder ob der Consens der Großmächte unter allen Umständen ausreichend ist, um ohne weitere Befragung der Bundesversammlung den casus foederis festzustellen. Meines Dafürhaltens dürfte es nicht einmal in unserem Interesse liegen, diese Frage schon jetzt zum Nachtheil der Bundesversammlung zu entscheiden, und uns dadurch eines Mittels der Hemmung und des Widerstandes gegenüber von Österreich zu begeben, von dem sich noch nicht voraussehen läßt, ob und inwieweit wir eines solchen bedürfen würden.

Ich habe schon vor einigen Tagen eine Anfrage an die Central-Preßstelle richten lassen, ob dort von einem durch die in Bamberg vertretenen Regierungen beabsichtigten Congreß Etwas bekannt sei; ich habe nunmehr mit Sicherheit Folgendes erfahren, was Ew. Excellenz vielleicht durch anderweite Mittheilungen bestätigt finden. Die in Bamberg versammelten Minister haben vor dem Auseinandergehen die Verabredung getroffen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Österreich und im Falle diese sich nicht durch ein einfaches Ja oder Nein auf telegraphischem Wege beantworten ließe, sich von neuem und zwar hierselbst zu versammeln. Dieser Zeitpunkt wäre nun jetzt allerdings eingetreten, indeß hat man auf die Ausführung des Planes verzichtet, weil man nachgerade die Überzeugung gewonnen hat, in Bamberg sein Ziel überschossen zu haben. Man ist dort augenscheinlich nicht darauf gefaßt gewesen, in Berlin sowenig Anklang zu finden und von Wien so entschieden zurückgewiesen zu werden. Sowohl hierdurch, als durch die laute Manifestation der öffentlichen Meinung ist man von dem durch die lange Friedenszeit geförderten Souverainetätsschwindel zu größerer Nüchternheit gelangt; mehrere der betheiligten Staaten, insbesondere Baden und Nassau und — wie ich annehmen darf — auch Hannover und Kurhessen, haben unaufgefordert erklärt, sich an der verabredeten Frankfurter Conferenz nicht betheiligen zu wollen. Überhaupt scheint Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten zu herrschen, und von Seiten aller Übrigen hört man Vorwürfe gegen die Leidenschaftlichkeit und

Überhebung der Herren von Beust[1]) und von der Pfordten,[2]) durch welche man sich in Bamberg habe verleiten lassen, in die Materie der Europäischen Politik selbst einzugehen, anstatt die Entscheidung über die Anschlußfrage der Bundesversammlung zuzuschieben.

1854 Juni 27.

Aus guter Quelle höre ich außerdem, daß man in Bamberg allerdings auch von einem Fürstencongreß gesprochen hat, welcher zur Schlichtung der ganzen orientalischen Frage in Brüssel im August zusammenkommen solle; die Anregung hierzu sei von dem König Leopold ausgegangen und erfreue sich dies Projekt einer lebhaften Sympathie von Seiten der Königin Victoria.

Den öffentlichen Blättern nach sollte der einige Tage hier anwesende Oberst Kowalewsky[3]) den Auftrag gehabt haben, auf die Regierungen der Mittelstaaten im Russischen Sinne einzuwirken; ich habe angewandter Bemühungen ungeachtet nicht erfahren können, daß er in dieser Richtung irgend welche Beziehungen gepflogen hätte. Außer einigen Excursionen in die Umgegend, nach Wiesbaden und Baden-Baden ist in Betreff seines hiesigen Verhaltens Nichts zu beobachten gewesen, und hat er seine weitere Reise oder Rückreise nicht von hier aus angetreten.

Der Wirkliche Geheime Rath Bunsen[4]) befindet sich augenblicklich in Heidelberg; ebendaselbst hält sich Heinrich von Gagern[5]) auf, der dort seine Kinder in der katholischen Confession erziehen läßt; seine Frau ist katholisch und sein Bruder Max[6]) bekanntlich vor einiger Zeit zur katholischen Kirche übergetreten. Der Prinz Felix Hohenlohe, Präsident der Darmstädter Bank und des ehemaligen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit, verkehrt ebenfalls viel in Heidelberg, gewöhnlich in Begleitung des in ultramontanen Geschäften vielfach benutzten Nassauischen Legationsraths Freiherrn von Bursian,[7]) desselben, der vor einiger Zeit in Aufträgen der Fürstin von Ysenburg-Birstein in Berlin anwesend und von Sr. Majestät zur Tafel gezogen worden war.[8]) Dieser Herr von Bursian kam ursprünglich als Zeitungscorrespondent zur Parlamentszeit hier an, war dann als Privatsecretair in Diensten des Herrn von Bally und später des Prinzen Hohenlohe. Man erzählt hier, daß er von der Französischen Spielgesellschaft, welche in Nauheim jetzt etablirt

---

1) cf. oben S. 161, Note 4.

2) cf. oben S. 63, Note 2.

3) Georg Kowalewsky, berühmter Russischer Reisender, 1851 der Vermittler des Vertrages von Kuldscha zwischen Rußland und China, seit 1856 an der Spitze des asiatischen Departements.

4) cf. oben S. 190, Note 3.

5) Heinrich Freiherr von Gagern, der bekannte deutsche Volksvertreter.

6) Maximilian Freiherr von Gagern, Österreichischer Hof- und Ministerialrath im Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Äußern.

7) cf. oben S. 196, Note 4.

8) cf. oben S. 196.

1854 Juni 27.

ist, Geld empfangen habe, um den Einfluß seines Principals, des Fürsten Hohenlohe — Schwiegersohn des Kurfürsten — für Ertheilung der Spielconcession zu gewinnen. In Berlin scheint Herr von Bursian mit der Spenerschen Zeitung, wahrscheinlich auch mit anderen Blättern, in Verbindung zu stehen.

König Ludwig von Bayern wird von Cöln aus einen Besuch in Coblenz machen. J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen hat Sr. Majestät durch Anschreiben des Hofmarschall-Amts an die hiesige Bayerische Gesandtschaft eine Einladung zugehen lassen, welche der König Ludwig angenommen, die Wohnung im Schloß jedoch abgelehnt hat".

85. Eigenhändiger Bericht, betr. die Stimmung in Rußland gegenüber Österreich und Preußen. Haltung des Dresdener Cabinets in Bezug auf den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß. Besetzung der Stelle des Staatssecretairs im Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Reise der Kaiserin Eugenie nach Baden. 28. Juni 1854.

Juni 28.

— — „Nach Absendung meines gestrigen Schreibens [1]) besuchte mich Herr von Glinka; [2]) er so wie alle Russen, die ich in der letzten Zeit gesehen habe, sind mit leidenschaftlicher Erbitterung gegen Österreich erfüllt, und nach seinen Nachrichten aus Petersburg herrscht dort dieselbe Stimmung in einem, wie er sagt, die ruhige Erwägung der Sachlage beeinträchtigenden Grade. In Bezug auf uns ist man billig genug einzugestehen, daß man keinen Dank von uns verdient hat, indem die Russische Politik in allen Preußisch-Österreichischen Streitfragen der letzten Jahre gegen uns und für Österreich Partei genommen habe.

Mit dem Sächsischen Gesandten habe ich gestern eine Unterhaltung gehabt, nach der ich annehmen darf, daß auch das Dresdener Cabinet in Sachen des Beitrittes zum Bündniß [3]) sich zum Ziele legen wird. Bayern allein wird ja dann wohl nicht in der Opposition verharren. Diesen günstigen Erfolg gegenüber der Bamberger Politik verdanken wir vorzugsweise der milden und zum Einlenken die Hand bietenden Fassung unserer Antwort, zu welcher Ew. Excellenz die Wiener Gereiztheit vermocht haben.

Ihren Herrn Bruder [4]) habe ich vor einigen Tagen in Homburg wohlauf und als pflichttreuen Curgast gesehen. Wir besprachen unter vielen anderen

1) cf. Urkunde 84.

2) von Glinka, Vertreter Rußlands am Bundestage und an den Hessischen Höfen.

3) scil. vom 20. April 1854. cf. oben S. 81, Note 2.

4) Freiherr von Manteuffel, Preußischer Unterstaatssecretair im Ministerium des Innern, später auch Chef des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

Gegenständen die Eventualitäten, welche sich für Besetzung des auswärtigen Staatssecretariats bieten. Es ist ein beklagenswerther Mangel an Auswahl. Der Geeignetste außer Herrn von Werther[1]) schien uns Graf Seckendorff[2]) zu sein; auch von unserer Nassauer Acquisition, Herrn von Wintzingerode,[3]) war die Rede; in actis gewiß ein tactfester und ordnungsliebender Herr; etwas bange würde mir vor seiner großen Ängstlichkeit sein.

1854 Juni 28.

Die Nachrichten von einer Reise der Kaiserin Eugenie nach Baden gewinnen hier an Consistenz".

86. Eigenhändiger Bericht, betr. den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündniß. Äußerungen des Frhr. v. Prokesch in Bezug auf die nächsten Ziele der Österreichischen Orientpolitik. Einfluß des Vertrages zwischen der Türkei und Österreich auf das zwischen Preußen und Österreich abgeschlossene Bündniß. Ansichten eines Bonapartisten über die nächsten politischen Conjuncturen. Streit in der Bundesversammlung. Besuch des Unterstaatssecretairs Frhr. v. Manteuffel.[4]) 11. Juli 1854.

Juli 11.

„Am Sonnabend habe ich den Erlaß vom 6. cr.[5]) wegen Beitritt des Bundes zum Bündniß erhalten. Am Sonntag waren meine Collegen ausgeflogen, und erst gestern habe ich mit Herrn von Prokesch und einigen Anderen sprechen können; heute aber werde ich durch eine nicht endenwollende Sitzung des Militairausschusses an Vollendung meines Berichts gehindert. Ich beeile mich daher, während Prokesch neben mir vorträgt, nur wenige Worte über Ew. Excellenz Expedition vom 6. cr. und über die heute zu meiner Einsicht gelangten Österreichischen Entwürfe[6]) zu sagen, welche dem Grafen Thun unter

1) Carl Freiherr von Werther, Preußischer Gesandter in Copenhagen.

2) Graf von Seckendorff, Legationsrath und Kammerherr, Preußischer Gesandter in Stuttgart.

3) cf. oben S. 24, Note 1.

4) Das Band II, Urkunde 24 unserer Sammlung abgedruckte Privatschreiben des Herrn von Bismarck enthält nur einen kurzen Inhalt von dem hier in vollem Text wiedergegebenen Berichte an den Freiherrn von Manteuffel.

5) Mittelst dieses Erlasses ersuchte der Minister Freiherr von Manteuffel Herrn von Bismarck, ihm seine Ansicht mitzutheilen, in welcher Form sich die Accession des Bundes zu dem Bündniß vom 20. April vollziehen sollte.

6) Graf Buol übersandte dem Minister von Manteuffel zwei Entwürfe: 1) den Entwurf des zu fassenden Bundesbeschlusses, 2) den Entwurf des bei Mittheilung des Bündnisses von Österreich und Preußen in der Bundesversammlung zu erstattenden Vortrages. Der letztere Entwurf, zu dem Herr von Bismarck, wie aus der Fortsetzung unseres Berichts erhellt, mehrfach Abänderungen beantragte, lautet wie folgt:

Österreich und Preußen ꝛc.

„Die Gesandten sind mit der nachfolgenden Mittheilung beauftragt worden. In ihrer Erklärung vom 24. Mai dieses Jahres haben die Höfe von Österreich und Preußen ihr

1854 Juli 11. dem 6. von Wien aus übersandt worden sind. Was die Form des Beitrittes anbelangt, so wäre mir ein einfacher Bundesbeschluß auf Antrag der beiden

---

Verhalten zu der gegenwärtigen Europäischen Verwickelung ihren Bundesgenossen dargelegt, und daran den Ausdruck des Wunsches geknüpft, daß durch eine verfassungsmäßige Willensäußerung des Bundes eine feste Bürgschaft für die Bewahrung der Eintracht sämmtlicher Regierungen Deutschlands inmitten der Gefahren der Weltlage gewonnen werde.

Die Hohe Bundesversammlung hat hierauf durch ihren Beschluß vom gedachten Tage ausgesprochen, daß sie in der Übereinstimmung der beiden Mächte die wesentliche Grundlage für die Einigkeit Deutschlands und für die Wahrung der gemeinsam Deutschen Interessen erkenne. Sie hat es als ein Bedürfniß anerkannt, daß der Entschluß der Bundesglieder zu kräftigem und treuem Zusammenstehen durch das gesetzliche Organ des Bundes einen entsprechenden Ausdruck erhalte.

Je aufrichtiger die Regierungen von Österreich und Preußen sich dieses Ausspruches erfreuten, desto größer ist die Genugthuung, womit sie sich nunmehr in dem Falle sehen, eine in der bestimmten Form eines Vertrages verbürgte und das gesammte Gebiet der Interessen Deutschlands umfassende Einigung in der Mitte dieser Hohen Versammlung in Vorschlag zu bringen. Die Gesandten haben die Ehre, den authentischen Text des zwischen Sr. M. dem Kaiser von Österreich und Sr. M. dem König von Preußen zu Berlin am 20. April vorigen Jahres abgeschlossenen und seitdem beiderseits ratificirten Vertrages wegen Errichtung eines Schutz- und Trutz-Bündnisses, sowie eines als integrirender Theil zu demselben gehörigen Zusatz-Artikels hiermit zu überreichen, und im Namen ihrer erhabenen Monarchen den Deutschen Bund zum Beitritte zu diesem Vertrage einzuladen.

Sie sind beauftragt, diese Vorlage mit den folgenden Bemerkungen und weiteren Mittheilungen zu begleiten.

Österreich und Preußen sind bei den Verhandlungen, welche zum Abschluß des Bündnisses geführt haben, dem leitenden Gedanken gefolgt, nicht nur die zwischen ihnen bereits bestehenden Bande der Freundschaft und Bundesgenossenschaft zu befestigen, sondern sich noch ausgedehntere Bürgschaften für die Sicherheit ihrer Staaten, sowie für den gemeinsamen Schutz der Gesammt-Interessen Deutschlands zu gewähren. Die Bestimmungen des Vertrages verwirklichen diese erhöhte Solidarität, indem sie die contrahirenden Theile für die Dauer des gegenwärtigen Krieges zur gemeinsamen Abwehr jedes auswärtigen Angriffs auf irgend einen Theil ihrer gesammten Besitzungen verpflichten und diese Verbindlichkeit ausdrücklich auch auf den Fall ausdehnen, wenn zur Wahrung Deutscher Interessen ein actives Vorgehen eines der Theilnehmer veranlaßt wäre. Diese Verpflichtungen werden, wenn der Bund in seiner Gesammtheit als dritter Theilnehmer in das Bündniß eintritt, vertragsmäßig auf den ganzen Umfang des Deutschen Bundesgebietes und der außerdeutschen Besitzungen Österreichs und Preußens sich erstrecken. Deutschland wird alsdann, kraft der Bestimmungen des Bündnisses, ohne von dem auf Erhaltung und Vertheidigung gerichteten Grundcharakter seiner Verfassung abzuweichen, — mit verstärktem Nachdruck die Aufgabe zu erfüllen vermögen, als engverbundene Gesammtmacht die gemeinsamen Deutschen Interessen zu schützen, und zugleich zur Aufrechthaltung des Europäischen Gleichgewichts mitzuwirken, auf welchem die Sicherheit aller Staaten beruht.

Die Grundsätze, die das Hauptinstrument des Vertrages vom 20. April d. J. aufstellt, haben ferner in dem den Artikel II desselben ergänzenden Zusatz-Artikel eine besondere Anwendung auf den Stand der Verwickelungen im Orient gefunden, und die Gesandten haben den Auftrag, der Hohen Bundesversammlung hiermit zugleich Abschriften derjenigen Erlasse vorzulegen, welche die Höfe von Wien und Berlin in Ausführung der betreffenden Bestimmung dieses Zusatz-Artikels an ihre Gesandtschaften am K. Russischen Hofe gerichtet haben.

Sicher werden die Regierungen Deutschlands die hohe Sorgfalt zu würdigen wissen,

Bundesglieder Preußen und Österreich die liebste. Ein förmlicher Vertrag zwischen Letzteren und dem Bunde ignorirt die Bundesangehörigkeit der Großmächte gänzlich und scheint unnatürlich. Auch die von Österreich vorgeschlagene Acceptationserklärung der beiden Staaten gegenüber dem zu extrahirenden Bundesbeschluß accentuirt die Scheidung derselben von den übrigen Bundesgliedern noch mehr als nöthig, scheint aber, wenn Österreich dabei beharrt, nicht von praktischem Belang.

1854 Juli 11.

Wenn es nach den persönlichen Ansichten meiner Collegen geht, so wird die Nothwendigkeit der Einstimmigkeit von keiner Seite behauptet werden, man sich vielmehr mit der Mehrheit von 2/3 pleni begnügen. Indessen höre ich äußerlich, daß bei einigen Bundesfürsten, insbesondere bei Sr. K. H. dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Gedanke nicht aufgegeben sein soll,

welche die Souveraine von Österreich und Preußen bewog, eine weitere Ausdehnung der Kriegsoperationen Rußlands auf dem rechten Donauufer sowie die Fortdauer der Besetzung der Moldau und Walachei auf unbestimmte Zeit als unvereinbar mit den Ihrer Fürsorge anvertrauten großen Interessen zu bezeichnen. Aber auch dem Geiste der Mäßigung und Friedensliebe, welchen die beiden Mächte in keinem ihrer Schritte verleugnet haben, werden ihre Deutschen Bundesgenossen Anerkennung und Beifall nicht versagen. Die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens bleibt das Ziel der Wünsche und Bestrebungen der beiden Cabinette, und wenn Se. M. der Kaiser von Rußland der aus tiefem Pflichtgefühle hervorgegangenen Sprache seiner alten Verbündeten Gehör giebt, und dadurch den Wunsch friedlicher Ausgleichung bethätigt, so werden die Deutschen Mächte sich der Hoffnung hingeben dürfen, in Folge dieser veränderten Stellung Rußlands und des nothwendigen praktischen Einflusses derselben auf diejenige der übrigen kriegführenden Mächte die Wege der Verständigung wieder geöffnet zu sehen, und das im Interesse Deutschlands Erreichte auch für die Beruhigung Europas nützen zu können. Die Cabinette von Wien und Berlin unterziehen in diesem Augenblicke die Antwort Rußlands der gewissenhaftesten Prüfung, und sie werden es sich zur Pflicht machen, der Bundesversammlung, sofern sie dem Bündnisse beigetreten sein wird, diese Antwort mitzutheilen, und mit ihr im Geiste des Vertrages darüber in vertrauensvolles Einvernehmen zu treten.

Ebenso werden sie es sich angelegen sein lassen, dem Bunde in allen späteren ihn als Theilnehmer an dem Bündnisse angehenden Verhandlungen die gebührende Einflußnahme zu sichern, und insoweit es auf die von Rücksichten der Zweckmäßigkeit nicht zu trennende Frage der Form seiner Vertretung ankommt, werden sie sich den Grundsatz des Artikels 49 der Wiener Schlußacte gegenwärtig halten, und jedenfalls in der dort bezeichneten Eventualität auf die genaue Vollziehung dieser Bestimmung der Bundesgesetze achten.

Die Regierungen von Österreich und Preußen schöpfen aus ihrem Vertrauen in die Einsicht und den Gemeinsinn der Regierungen Deutschlands die beruhigende Überzeugung, daß in der Erkenntniß der Zwecke und Aufgaben, die dem Deutschen Bund gegenüber den Ereignissen der Gegenwart vorgezeichnet sind, die vollkommenste Übereinstimmung unter den Mitgliedern des Bundes waltet. Der Beschluß, dem die beiden Höfe nunmehr entgegensehen, wird diesen Zwecken und Aufgaben die vereinigte moralische und materielle Macht des großen Deutschen Staatenbundes dienstbar machen. Die stärkste Schutzwehr des Vaterlandes, die Bundeseintracht, wird alsdann fester wie je zuvor gegründet sein, und Deutschland aus der ernstesten der politischen Verwickelungen, von welchen Europa seit der Gründung des Deutschen Bundes ergriffen wurde, unter dem göttlichen Schutze unerschüttert hervorgehen".

1854 Juli 11. gegen einen Mehrheitsbeschluß, als außerhalb der verfassungsmäßigen Befugnisse des Bundes liegend, sich zu verwahren, und zu beantragen, daß der Bund sich seiner Bestimmung entsprechend für neutral erkläre. Ich glaube aber nicht daran, daß diese kühne Politik innerhalb der Versammlung einen Ausdruck finden werde. In der Art, daß sich Schritte bei dem Strelitzer Herrn thun ließen, ist die Sache nicht zu meiner Kenntniß gediehen.

Mehrere meiner Collegen sind zu eifrigerem Betriebe des Beitrittes des Bundes angeblich durch die Wahrnehmung bewogen worden, daß derselbe von Österreich nicht mehr mit besonderem Eifer gesucht werde, weil das Wiener Cabinet nach den gemachten Erfahrungen lieber mit uns allein bleiben wolle, und in solchem Falle mehr Aussicht zu haben glaube, specifisch Österreichischen Deutungen des Textes Geltung zu verschaffen, als bei einer Zuziehung des Bundes als dritten Contrahenten und Auslegers möglich sein würde. Obschon für einen solchen Gedanken die innere Wahrscheinlichkeit spricht, so habe ich doch äußerlich Nichts bemerkt, was auf das Vorwalten desselben schließen ließe. Im Gegentheil beweist das schnelle Eintreffen der Österreichischen Entwürfe, daß man dort nicht mit Verschleppung der Sache umzugehen scheint.

Gegen den Text des Österreichischen Entwurfs drängen sich mir, nach einmaliger flüchtiger Durchsicht desselben, nur die in der Anlage aufgeführten Bemerkungen auf.[1])

1) Die mit vorstehendem Bericht übersandte Anlage lautet wie folgt:
„Österreichischer Entwurf" 2c. „und diese Verbindlichkeit ausdrücklich auch auf den Fall ausdehnen, wenn zur Wahrung Deutscher Interessen ein actives Vorgehen eines der Theilnehmer veranlaßt wäre." Bei diesem Passus dürfte es sich empfehlen, eine Wendung einzuschalten, welche das Erforderniß des Einverständnisses des oder der anderen Theilnehmer des Vertrages andeutet. Wenn der casus foederis allein von dem Kriterium der „Wahrung Deutscher Interessen" abhängig gemacht wird, so könnte die Unbestimmtheit dieses Begriffes zu mancher Unzuträglichkeit Anlaß geben, besonders nachdem Österreich in der Vorlage vom 24. Mai d. J. Alles gethan hat, um eine ihm günstige Deklaration dieses Ausdrucks vorzubereiten. Ähnliches wird in dem Österreichischen Beschlußentwurf bei dem zweiten Erwägungsgrunde angestrebt.

Der auf obigen folgende Passus, mit den Worten anfangend „Diese Verpflichtungen wären", scheint schlecht ausgedrückt, indem er in dieser Gestalt nur sagt, was ohnehin durch die Bundesacte oder schon durch das Bündniß zwischen Österreich und Preußen allein feststeht. — „werden sich den Grundsatz des Artikels 49 der Wiener Schlußacte gegenwärtig halten". Es dürfte sich besser mit der Bundesversammlung als mit den Commissarien derselben verkehren lassen. Commissarien werden wahrscheinlich Gesandte der Bamberger Regierungen werden, obschon Herr von Prokesch meint, eine etwaige Wahl auf Herrn von Bülow lenken zu können. Derselbe wäre persönlich geeignet, als Dänischer Gesandter aber doch schwerlich. Die ganze Idee mit dem Artikel 49 stammt aus München und denkt Bayern voraussichtlich an seinen Gesandten als Commissar des Bundes.

In dem Österreichischen Entwurf des Bundesbeschlusses die Worte „deren Gebiet keineswegs" bis „beschränkt erscheint" dürften zu streichen sein.

Der Schlußpassus „die gegenwärtige Erklärung u. s. w." ebenfalls und statt dessen die Form eines einfachen Bundesbeschlusses ohne Beimischung der Ausdrücke, wie sie in zweiseitigen Verträgen üblich sind."

1854 Juli 11.

Aus meinen Privatunterhaltungen mit Prokesch entnehme ich, daß seiner jetzigen Ansicht nach Österreich mit der Erfüllung der in der Sommation enthaltenen Forderungen sich nicht zufrieden geben wird. Er sagt, daß die Bestimmungen des Vertrages von Adrianopel[1]) auf die Länge unerträglich gewesen seien; es hätte früher oder später doch zum Kriege zwischen Österreich und Rußland darüber kommen müssen; jetzt sei die Gelegenheit, eine Abstellung der 1829 constituirten Übelstände zu erlangen, so günstig wie niemals, man müsse sie benutzen. Die gesicherte Freiheit der Donaumündungen, die Öffnung des Schwarzen Meeres, die Lösung des Russischen Protectorats über die Fürstenthümer und Serbien müsse erlangt werden. In Betreff der zukünftigen Stellung dieser Länder zur Pforte spricht er geflissentlich keine Meinung aus, und Niemand zweifelt hier an der Absicht, daß man die Besetzung der Fürstenthümer durch Österreichische Truppen als einen Anknüpfungspunkt für ein näheres Verhältniß Österreichs zu den Fürstenthümern in Wien betrachtet. Prokesch's Privatansicht geht außerdem dahin, daß an Stelle der Türkei nur das Byzantinische Reich treten könne; damit würden zwei Griechische Kirchen geschaffen und Rußlands Ascendant über seine Religionsgenossen im Orient beseitigt.

Bei Besprechung des Beitrittes begegne ich im Munde meiner Collegen vielfach der Äußerung, daß der Vertrag vom 20. April durch den neuen, welchen Österreich mit der Türkei geschlossen hat,[2]) obsolet geworden sei, und es während der Verhandlungen über den Beitritt noch mehr zu werden Aussicht habe. Für unsere Freiheit des Entschlusses kann es allerdings nur günstig sein, wenn Österreich sich ohne unser Einverständniß in Complicationen einläßt, deren Consequenzen mit dem Bündniß vom 20. nichts zu thun haben. Ich will damit noch nicht sagen, daß wir diese größere Freiheit nothwendig gegen Österreich benutzen müssen; zu brauchen aber dürfte sie immer sein.

Ein ziemlich eingeweihter Bonapartist, convertirter Republikaner, sagte mir vorgestern, nachdem er beträchtlich tief in's Glas gesehen hatte: „Frankreich werde in dem Europäischen Conflict immer die freieste Stellung unter allen Großmächten behalten, weil es durch kein eignes Interesse gegen Rußland engagirt sei. Der eigentliche Grund sei, daß der Kaiser einen Krieg gebraucht habe; ein solcher gegen Deutschland, hinter dem alsdann Rußland gestanden hätte, sei zu gefährlich gewesen; sei Rußland erst geschlagen, oder doch isolirt und beleidigt, so werde für Frankreich und Preußen die Zeit gekommen sein, gemeinschaftlich ihrer Interessen und ihres Ehrgeizes zu gedenken. Der eigentliche Interessenkampf werde erst beim Friedenscongreß ausbrechen, in ähnlicher

---

1) Vergl. über diesen Vertrag Band II, S. 43, Note 1.

2) Gemeint ist die Convention vom 14. Juni 1854, betreffend das Einrücken Österreichischer Truppen in die Donaufürstenthümer. cf. Band II, S. 23, Note 1 unserer Sammlung.

1854 Juli 11. Weise, wie er 1814 ausgebrochen sein würde, wenn nicht Napoleon's Rückkehr von Elba die Zänker geeinigt hätte". Die Anschauungsweise ist nicht neu, und ich schreibe sie nur nieder, weil der Ausschuß noch immer nicht aufhören will.

Bayern und Sachsen streiten seit zwei Stunden über einen juristischen Fall in Betreff der Nutzung von Festungsgrundstücken; alle Schlußanträge fruchten nicht.

Ihr Herr Bruder[1]) war zu meiner Freude zwei Tage hier; jetzt reist er in Baden umher; übermorgen erwarte ich ihn wieder hier und werde ihm den heute von Ew. Excellenz für ihn eingegangenen Brief einhändigen".

87. Bericht, betr. die Wahrung des Anscheins eines Zusammenhaltens der Cabinette von Wien und Berlin sowie Deutschlands in der orientalischen Frage. Preßthätigkeit des Frhr. v. Prokesch. 19. Juli 1854.

Juli 19. „Ew. Excellenz haben mich wiederholt angewiesen, Alles zu vermeiden, was zu einem Schluß berechtigen könne, als sei zwischen den Cabinetten von Berlin und Wien nicht die vollste Übereinstimmung vorhanden; ich habe daher geglaubt, dem gelegentlich auftauchenden Mißtrauen des Freiherrn von Prokesch gegen die diesseitige Politik nicht wirksamer entgegentreten zu können, als indem ich ihm mittheilte, daß ich angewiesen sei, auch dem geringsten Anschein eines Mangels an Einheit vorzubeugen, da man bei uns ebensosehr wie in Wien von der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens der Deutschen Staaten unter sich und namentlich mit Österreich durchdrungen sei.

Bald nach dieser Mittheilung enthielt der Moniteur vom 12. d. M. in dem beigefügten „Leipzig den 7. Juli" fast dieselben Worte, welche ich zu dem Freiherrn von Prokesch gesprochen. Dieser Umstand liefert mir eine neue Bestätigung der Überzeugung, daß Herr von Prokesch für sein Bedürfniß, Zeitungsartikel zu schreiben, auch in den Französischen Blättern Befriedigung sucht; er unterhält einen regelmäßigen und lebhaften Briefwechsel mit Herrn von Hübner,[2]) durch welchen auch die Verbindung mit der Französischen Presse vermittelt wird, und Letzterer die in neuerer Zeit so häufigen, offenbar aus den Akten Deutscher Regierungen stammenden Mittheilungen zufließen. In dem vorliegenden Falle wenigstens glaube ich darüber ganz sicher zu sein, da ich nur gegen Herrn von Prokesch mich gerade genau in den Worten jenes Artikels ausgesprochen habe".

---

1) cf. oben S. 200, Note 4.

2) cf. oben S. 189, Note 2.

88. Eigenhändiger Bericht, betr. den Beitritt des Deutschen Bundes zu dem Aprilbündniß. Österreichs Absicht in Bezug auf die Behandlung der Russischen Antwort. Fiction einer gegen Rußland gerichteten Quadrupelallianz. Verwerfung der Russischen Concessionen durch die Westmächte. Werth des Aprilbündnisses für Deutschland und Preußen. Zurückweisung der Englischen Überhebungen in der Preußischen Correspondenz. Losmachung Österreichs von dem Frieden von Adrianopel. Verstimmung Württembergs. Beust's Erwiderung einer Englischen Note. 21. Juli 1854.[1])

1854 Juli 21.

— — „Ich benutze die Reise des Herrn von Reitzenstein[2]), um in Betreff der Beitrittsfrage meinem heutigen Immediatberichte[3]) noch einige Worte hinzuzufügen. Die Sitzung des Ausschusses ist soeben beendigt. Das Referat war von dem Bayerischen Gesandten bearbeitet, kurz und der Sache, wie mir schien, angemessen. Eine Bezugnahme in der Motivirung auf den Inhalt der Note vom 16. Juni[4]) wurde von Sachsen gewünscht, unterblieb aber. Sie

---

1) Der nachstehende eigenhändige Bericht des Herrn von Bismarck bildet einen Bestandtheil des von Manteuffelschen Nachlasses. Zu den Akten des auswärtigen Ministeriums gelangte eine Abschrift desselben ebensowenig, als zu den Bundestags-Gesandtschaftsakten. Man vergleiche jedoch die im II. Bande unserer Sammlung abgedruckte Urkunde 27, woselbst der Inhalt des oben stehenden eigenhändigen Berichts des Herrn von Bismarck bruchstückweise mitgetheilt ist. Es besteht die Vermuthung, daß Herr von Bismarck wegen des Postschlusses eine Abschrift seines eigenhändigen Berichts nicht mehr fertigen lassen konnte, und daß er, um die Akten vollständig zu haben, nach Abgang der Expedition seinem Nebenbeamten den wesentlichen Inhalt desselben aus dem Gedächtniß dictirt hat. Ein analoges Verhältniß haben wir auch bereits früher einmal zu constatiren die Gelegenheit gehabt (cf. Band II unserer Sammlung, S. 165, Note 1 und oben Urkunde 86).

2) Freiherr von Reitzenstein, General-Lieutenant, Preußischer erster Bevollmächtigter bei der Bundes-Militaircommission und Oberbefehlshaber der Bundesgarnison in Frankfurt a. M.

3) Herr von Bismarck meldete in diesem Berichte, er habe in der Bundestagssitzung vom 20. Juli mit Herrn von Prokesch das Preußisch-Österreichische Bündniß vom 20. April 1854 nebst dem Zusatzartikel (cf. oben S. 186, Note 2) mit der Einladung zum Beitritte vorgelegt. Nachdem der Versuch des Freiherrn von Prokesch, eine sofortige Beschlußfassung herbeizuführen, mißlungen, sei die Vorlage zur schleunigen Vorbereitung eines Beschlusses dem in der Sache niedergesetzten Ausschusse überwiesen worden. Derselbe sei bereits am 21. Juli zusammengetreten, und könne sonach möglicherweise nächste Woche in der beabsichtigten außerordentlichen Sitzung der Beschluß gefaßt werden.

4) Die in Bamberg vertretenen Regierungen wünschten, daß durch eine an die Bundesversammlung zu richtende Einladung der Beitritt des gesammten Bundes zu dem am 20. April zwischen Preußen und Österreich abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse erfolge, daß der Bund bei den ferneren, ihn als Theilnehmer an dem Bündnisse angehenden Verhandlungen in gehöriger Form vertreten sein werde. Erreicht sollte werden von Deutschland die vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt auf der Donau, und ein wirksamer, allseitig verbürgter Schutz der unter der Türkischen Herrschaft lebenden christlichen Bevölkerung. Nebenbei war ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung des König-

1854 Juli 21. wird voraussichtlich in den Erwägungsgründen der einzelnen Abstimmungen von Bayern, Sachsen, Hannover und Anderen ihre Stelle finden. Die einzige Änderung, welche in dem Beschlußentwurf unter des Herrn von Prokesch und meiner Einwilligung stattgefunden hat, ist folgende Einschaltung am Schlusse der Erwägungsgründe:

> „unter der Verabredung beizutreten, daß Se. M. der König von Preußen und Se. M. der Kaiser von Österreich die durch Artikel XI der Bundesacte übernommene Verpflichtung durch Ihre gesammte deutsche und außerdeutsche Macht erfüllen werden". [1])

Es schien uns dies eine im Falle des Krieges sich von selbst ergebende Sache; die Instruktionen unserer Bamberger Freunde, auch noch die neuesten telegraphischen, bestanden aber ausdrücklich auf diesen Zusatz, während sie den wegen der Bezugnahme auf die Note vom 16. v. M. fallen ließen. Ich schreibe ersteres nur der kleinen Eitelkeit zu, wenigstens äußerlich noch einen Bamberger Pinselstrich anzubringen, gegen den ein ernster Widerspruch der Großmächte sich nicht erwarten ließ (angegeben wird mir als Grund des Verlangens der Unterschied, den diese Einschaltung bei der dereinstigen Liquidation der Kosten machen werde). Der Ausschuß war darüber einig, daß weder Einstimmigkeit noch auch ein Plenarbeschluß mit einer $2/3$ Majorität rechtlich erforderlich sei, um den Beitritt zu vollziehen. Herr von Prokesch unterstützte diese Ansicht seiner Instruktion gemäß, und die Bamberger vertraten sie, weil dadurch sichergestellt wird, daß der Beitritt eine Kriegserklärung, die nur mit $2/3$ pleni beschlossen werden kann, nicht involvire, und also auch dem Bunde die Sicherheit bleibe, zu einem activen Einschreiten nur nach nochmaliger ausdrücklicher Beschlußnahme gelangen zu können.

Im Verkehr mit Herrn von Prokesch finde ich vielfache Bestätigungen meiner schon früher gegen Ew. Excellenz geäußerten Ansicht, daß Österreich bemüht ist, eine selbständige Preußisch-Österreichische Behandlung der Russischen Antwort zu vermeiden, vielmehr die Wiener Conferenz und die Westmächte vorzuschieben, um einer Zurückweisung der Russischen Eröffnungen, und einer Einwirkung der Westmächte auf uns zu diesem Behufe gewiß zu sein.

Die Absicht zu fingiren, als ob eine geschlossene Quadrupelallianz, die nur gemeinsam Rußland gegenüber agiren könne, vorliege, trat bei der

reichs Griechenland bezeugt. In dem oben erwähnten Erlasse des Minister-Präsidenten an die Preußischen Gesandtschaften in Deutschland vom 16. Juni 1854 waren die Bedenken der in Bamberg vertretenen Regierungen widerlegt, und die Hoffnung ausgedrückt, daß die Vertreter derselben recht bald ermächtigt würden, für den Anschluß des Bundes an den Vertrag vom 20. April ohne Vorbehalt zu stimmen. Anderenfalls würden Preußen und Österreich in die Lage kommen, sich nur noch mit den einzelnen Regierungen zu verständigen, welche ihrem Bündnisse als Theilnehmer entweder schon hinzugetreten seien oder noch hinzutreten würden.

1) cf. auch Band II, Urkunde 30.

Discussion im Ausschusse erkennbar hervor; besonders bei Erörterung der Frage, ob die ganzen Aktenstücke vom 20. April[1]) oder nur der eigentliche Tenor der Vertragsartikel, wie Bayern wollte, in dem Bundesbeschlusse zu inseriren seien. Die beigebrachten Antecedentien, bei Gelegenheit der Belgischen und anderer Verträge, entschieden für die erstere Alternative, und werden die Einleitungen und Erwägungsgründe in den Beschluß mit aufgenommen. Auch zur Vorlage des Protokolls vom 23. Mai[2]) hatte Herr von Prokesch eine Einleitung Namens Preußens und Österreichs aufgesetzt, welche die Solidarität des „Europäischen Einverständnisses", wie es in den Conferenzen seinen Ausdruck gefunden habe, hervorzuheben bestimmt war. Auf meinen Wunsch hat indessen eine einfache Vorlage stattgefunden.

1854 Juli 21.

Daß der Westen, wenigstens England, die Russischen Concessionen als ungenügend zurückweist, darüber kann wohl nirgends, am wenigsten in Wien, ein Zweifel bestehen, und provocirt Österreich lediglich auf die Seemächte und deren Votum in der Conferenz, so lehnt es damit einfach ab.

Wenn das Bündniß vom 20. April nicht den Erfolg hat, Deutschland eine vom Westen unabhängige Politik zu sichern, so hätten wir es angenehmer gehabt, uns direkt mit Paris und London zu verständigen, anstatt mit dem übrigen Deutschland die Nullen hinter der Eins Österreichs zu bilden, die innerhalb der Conferenz doch auch nur wieder eine Ziffer in dritter Stelle bedeutet. Denn die Westmächte legen der Conferenz offenbar nur für die Deutschen Theilnehmer eine limitirende Kraft bei, während sie selbst sich eine von derselben gänzlich unabhängige Bewegung vindiciren.

Sehr gefreut habe ich mich über den Artikel der Preußischen Correspondenz, mit dem die Unverschämtheiten der Englischen Presse berücksichtigt wurden. Sonst steht für zehn Thaler monatlich in dem Blatte nicht viel zu lesen.

Auch gegen mehrere meiner Collegen hat Herr von Prokesch sich in dem Sinne geäußert, daß Österreich die jetzige Gelegenheit zum Kriege benutzen müsse, um sich von den in Adrianopel[3]) sanctionirten Verhältnissen frei zu machen. Immerhin, aber was haben wir von unseren Auslagen dabei?

Die Sitzung zur Beschlußnahme über den Beitritt findet Montag statt. Herr von Prokesch beabsichtigte sie auch morgen schon, aber Württemberg und Mecklenburg, unterstützt von Bayern und Sachsen, baten um Aufschub.

Württemberg ist sehr böse, daß der neueste Beschlußentwurf nicht vor der Einbringung in die Versammlung auch in Stuttgart mitgetheilt worden ist.

---

1) cf. oben S. 186, Note 2.

2) scil. das Protokoll der Wiener Conferenz vom 23. Mai 1854, abgedruckt in „von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage" Band I, S. 306.

3) cf. oben S. 205, Note 1.

1854 Juli 21. Herr von Reitzenstein mahnt zum Schluß".[1])

1) Der Minister Freiherr von Manteuffel erwiderte Herrn von Bismarck unter dem 24. Juli 1854, ein Theil der in seinem Schreiben enthaltenen Bedenken werde durch die inzwischen ihm zugegangenen Depeschen seine Erledigung gefunden haben; „daß wir übrigens nicht zaghaft Österreich gegenüber uns aussprechen, wird Ew. Hochwohlgeboren die in Abschrift anliegende Depesche, welche ich indessen geheim zu halten bitte, beweisen.

Wir haben heute die Österreichische Antwort auf unsere Depesche vom 15. d. M. erhalten. Man ist zwar dort auf unseren Wunsch, die Russische Antwort nicht der Beschlußfassung der Conferenz zu unterbreiten, eingegangen, allein die Note, mit welcher die Russische Antwort nach Paris und London mitgetheilt wird (cf. von Jasmund a. a. O. S. 330), ist von der Art, daß man die zurückweisende Antwort der Seemächte unschwer vorhersieht, und die Depesche, welche uns und unsere vertragsmäßigen Verpflichtungen betrifft, ist ziemlich scharf geschrieben. Von allen diesen Dingen erhalten Ew. Hochwohlgeboren Abschriften, nur ist heute die Zeit zu deren Anfertigung nicht vorhanden.

In der Anlage sende ich Ew. Hochwohlgeboren Abschrift eines heute hier eingegangenen Immediatberichts des Grafen von Alvensleben, welchen ich Sr. Majestät bereits vorgelesen habe. Allerhöchstdieselben haben mir befohlen, darüber zunächst Ew. Hochwohlgeboren Gutachten zu fordern. Indem ich diesem Befehle hierdurch nachkomme, bemerke ich, daß meine eigene Ansicht über die Alvenslebensche Idee, welche mir überhaupt noch keine recht klare, und mehr durch den Wunsch und Zweck, ein Gegengewicht gegen Österreich zu erlangen, hervorgerufen, als in das System hineingewachsen zu sein scheint, keine definitiv festgestellte ist. Ich bin noch immer davon überzeugt, daß die Rolle eines Hauptes der Bamberger für uns weder eine nützliche noch ungefährliche ist, und daß man gegen Österreich so scharf und bestimmt auftreten mag, als man will, dies aber doch immer am besten auf eigenen Beinen und nicht mit Bamberger Stützen zu geschehen hat. Man darf sich dabei nicht von trügerischen Rücksichten leiten lassen, z. B. daß man dadurch eine günstigere Stellung in der Bundesversammlung gewinnen könnte u. s. w. Ew. Hochwohlgeboren wissen am besten, wie lange dauernd und wie fest dergleichen Dinge sind. Nichtsdestoweniger will ich Ew. Hochwohlgeboren ermächtigen, falls Sie einen geeigneten und ungefährlichen Weg zur Erreichung der Alvenslebenschen Idee zu finden wissen, dazu mit Vorsicht die Einleitungen zu treffen. Daß die Sache sehr discret behandelt werden muß, leidet keinen Zweifel, denn die Erbitterung der Westmächte gegen uns ist auf einen hohen Punkt gediehen; und ein noch so freundlicher Kuß von Sachsen oder Bayern scheint mir immerhin die Gefahren einer Englischen Blokade nicht aufzuwiegen.

Des Königs Majestät haben mir zu erwägen gegeben, ob ich nicht mit nach München gehen oder nachkommen wolle; ich bin indessen nicht dafür, weil ich dies für eine Demonstration halten möchte, welche durch entsprechenden Vortheil nicht aufgewogen würde. Wenn aber Se. Majestät darauf bestehen, so werde ich mich schließlich nicht weigern.

Die Briefe meines Vetters, des Obersten von Manteuffel, aus Wien haben mir keinen guten Eindruck gemacht. Buol ist ganz in den Händen von Bourqueney, und der Kaiser, der viel Sentiment gezeigt, hat doch in der Conversation diejenige Sprödigkeit durchblicken lassen, welche von einem bereits fest und unabänderlich gefaßten Entschlusse Zeugniß giebt. Daß man entschlossen ist, vorzugehen, beweist eine mir heute zugehende telegraphische Nachricht, wonach General Heß am 16. d. M. bei Burtschava die Grenze der Walachei überschritten hat. Was daraus entstehen wird, ob ein feindliches Begegnen mit den Russen, eine Kriegserklärung seitens derselben, weiß Gott". —

In dem erwähnten Immediatberichte des Staatsministers a. D. Grafen von Alvensleben d. d. Wien 21. Juli bemerkte derselbe, „es komme, da in diesen Tagen voraussichtlich der Bundesbeschluß in Bezug auf den Preußisch-Österreichischen Vertrag zu Stande komme, nicht bloß darauf an, dasjenige, was die beiden großen Deutschen Mächte den in

Postscriptum. „Haben Ew. Excellenz die Beustsche Antwort[1]) 1854 Juli 21.

Bamberg zusammengetretenen Regierungen und besonders dem Bunde in Aussicht gestellt, zu erfüllen, sondern auch die Gelegenheit zu benutzen, um Preußens Stellung Österreich gegenüber nach Möglichkeit zu verbessern. Es frage sich, ob es sich nicht empfehle, daß zu den aus dem Preußisch-Österreichischen Vertrage herrührenden Verhandlungen eigene Bevollmächtigte von der Bundesversammlung zu bestellen seien. Wie diese Bevollmächtigung zu veranlassen ist, muß ich den Eröffnungen an den Bundesgesandten überlassen; es fragt sich aber, wie die Bundesbevollmächtigten, wenn sie ernannt sind, am zweckmäßigsten benutzt werden können. Da, wie Ew. K. Majestät ich allerunterthänigst angezeigt habe, es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Französisch-Englische Erwiderung den beiden Deutschen Mächten nicht direkt, sondern durch die Conferenz zugehen wird, so könnte es sich fragen, ob nicht die Bundesbevollmächtigten oder Einer derselben an der Conferenz Theil zu nehmen hätte. Obwohl dies den Vortheil darbieten würde, daß Preußen unter den gegenwärtigen Verhältnissen dadurch Unterstützung und mithin einen moralischen Beistand gewänne, so kann ich es doch nicht für correkt, und muß es in anderer Beziehung für bedenklich halten, daß der Bund nicht etwa mit allen Krieg führenden Mächten, sondern nur mit einem Theile derselben in fortgesetzte Berathungen tritt, und dadurch in Verwickelungen mancherlei Art hineingezogen wird. Dagegen dürfte sich der Ausweg empfehlen, daß bei allen Verhandlungen und Entschließungen, welche sich direkt oder indirekt auf die Ausführung des Preußisch-Österreichischen Vertrages beziehen, eine Vorberathung der beiden Deutschen Mächte mit den Bundesbevollmächtigten stattfindet, und daß dies namentlich auch dann und zwar zuvor eintritt, wenn Consequenzen des Vertrages irgend einer Art in den Kreis der Conferenzverhandlungen hineingezogen werden sollen. Es ist klar, daß hierdurch eine moralische Hemmung Österreichs gegen ein zu weites Eingehen desselben auf die Wünsche und Interessen der Westmächte erreicht wird. Außerdem befindet sich Preußen dabei auf einem bundesrechtlichen Standpunkte, und sichert sich in einer Frage, wo seine und des Bundes Interessen zusammenfallen, die Sympathien des letzteren, ohne auf irgend eine Art Österreich ostensibel entgegen zu treten. Ew. K. Majestät muß ich die Prüfung dieser Ansicht anheimgeben, bemerke indessen, daß, wenn darauf einzugehen wäre, sehr schnell gehandelt werden müßte, indem die Zuziehung der Bundesbevollmächtigten besonders bei dem Eingange der Anforderungen der Westmächte von Nutzen wäre, und letzterer leicht sehr bald erfolgen kann".

1) Die an den Sächsischen Minister-Residenten Grafen Vitzthum in London unterm 9. Juli 1854 gerichtete Note des Herrn von Beust resumirt zunächst die Englische Eröffnung (cf. S. 214, Note 1) und bemerkt alsdann: »Le langage, que Monsieur le Comte de Clarendon a cru devoir nous tenir est tel, qu'il fallait tous les égards que nous devons au Gouvernement de S. M. Britannique, pour nous décider à ne pas préférer le silence à une réponse. Cependant, afin de faire de cette dépêche l'objet d'un examen consciencieux, j'en ai demandé au Ministre d'Angleterre une communication écrite. Mr Forbes ne s'y est pas cru autorisé. Il me semble, que lorsqu'un Gouvernement ne craint pas d'entrer dans de pareilles explications avec un Gouvernement étranger, et qu'il va même — ainsi que je l'ai appris depuis, car la dépêche a été communiquée ailleurs par les Missions Britanniques, — à donner à ses accusations du retentissement, il serait au moins juste de mettre le Gouvernement à qui s'adressent des reproches aussi graves, en mesure de les peser mûrement et d'y opposer une défense raisonnée. J'ai dû me contenter d'une seconde lecture et d'imprimer le mieux possible dans ma mémoire les principaux passages de la pièce en question.

Mr le Comte de Clarendon se flatte que les Etats représentés à Bamberg recevront une réponse, qui sera proportionnée à leur intervention mal inspirée

1854 Juli 21. auf die grobe Englische Note gelesen? — Sie ist sehr gut ge-

(„ill advised interference“, vous voyez que par ma traduction je cherche à adoucir le mot). Cette réponse est aujourd'hui connue de tout le monde. Nous ignorons si le Cabinet Britannique en est satisfait, ainsi que nous l'espérons sincèrement; ce qui est bien certain, c'est qu'elle nous a satisfaits, et qu'il en résulte clairement que les deux Grandes Puissances Allemandes n'ont trouvé dans la Note que nous leur avions adressée aucun sujet d'y avoir une intervention mal inspirée. Et cependant s'il y avait eu lieu à nous faire un pareil reproche, — Mr le Comte de Clarendon sera assez juste pour le reconnaître, — c'eût été bien plutôt aux Cabinets de Vienne et de Berlin à nous l'adresser. Mais indépendamment du blâme que notre conduite paraît avoir encouru à Londres, j'ai quelque peine à m'expliquer ce qui a pu amener Lord Clarendon à y voir une intervention quelconque. La question que l'on appelle la question d'Orient, a été débattue à différentes reprises dans des Conférences, auxquelles la Confédération Germanique est restée étrangère, et je ne sache pas qu' aucun des Gouvernements Allemands de second ordre se soit permis d'intervenir dans ces débats. C'est à la suite d'un traité conclu entre l'Autriche et la Prusse, et d'une invitation que ces deux Puissances ont adressée aux autres Etats de l'Allemagne, que ceux-ci ont été mis en demeure de se prononcer sur une question fédérale. Il s'agissait donc de remplir à la fois un devoir et d'user d'un droit, dans l'exercice duquel nous ne saurions reconnaître à aucune Puissance étrangère le pouvoir de nous imposer des limites, ni admettre une intervention, fût-elle la mieux inspirée.

Je ne puis passer ici sous silence que l'Envoyé de France m'a également communiqué une dépêche de son Gouvernement à la Suite des Conférences de Bamberg, et je me plais à constater que dans cette dépêche portant le cachet d'une politesse exquise, Mr Drouyn de L'huys s'est abstenu de tout commentaire sur les résolutions de Bamberg et s'est borné à relever un seul point, savoir la faculté que nous avions revendiquée pour la Confédération d'être représentée dans les négociations ultérieures. C'est là une question que nous ne croyons pas douteuse, mais dont une discussion même anticipée devait nous paraître parfaitement convenable.

En repassant dans ma mémoire la suite de la dépêche de Mr le Comte Clarendon, j'arrive à des reproches qui s'adressent plutôt à la Russie qu'à nous-mêmes. Cette Puissance est accusée d'avoir de tout temps semé la discorde en Allemagne et d'effrayer les Gouvernements Allemands par le fantôme de la révolution. Sans prétendre faire l'avocat de la Russie, comme nous le reproche un autre passage de la dépêche, il m'est difficile de trouver la première de ces accusations tout-à-fait juste, en songeant à la manière dont la Russie est intervenue dans les affaires de l'Allemagne pendant les années où des complications intérieures menaçaient l'union et la paix de l'Allemagne et où tous les efforts du Cabinet de St. Pétersbourg tendaient à aplanir les différends survenus entre les deux Grandes Puissances allemandes.

Quant à la révolution dont la Russie se servirait avec nous comme d'un épouvantail, personne mieux que moi n'a été à même d'en connaître la portée. Appelé aux affaires au commencement de l'année 1849 je m'assis en face du fantôme dont les formes se dessinaient très-nettement autour de moi, et deux mois plus tard je le vis ensanglanter pendant six journées consécutives les rues de Dresde. J'ai appris alors, comment il faut s'y prendre avec le spectre, et les souvenirs de cette époque m'autorisent à répondre à Lord Clarendon, qu'on peut très-bien croire à l'existence du fantôme, sans être soupçonné de le redouter.

schrieben, und wäre jedenfalls noch besser, wenn Sachsen

1854 Juli 21.

Il est vrai que Lord Clarendon dans la même dépêche nous fait observer, comment il n'y a rien à craindre de la révolution aujourd'hui que l'Autriche est alliée avec l'Angleterre et la France. Je serai le premier à repousser les conclusions malveillantes que l'on pourrait tirer de cette combinaison, mais ce que je ne puis pas admettre non plus qu'avec une certaine réserve, c'est que la révolution soit désarmée, comme nous le dit également Lord Clarendon, par la politique populaire des grands Cabinets; l'expérience des années 1848 à 49 nous a laissé de trop graves leçons, pour ne pas nous méfier de cette déroute apparente des partis révolutionnaires en présence de l'initiative des Gouvernements. Mais, suivant la dépêche de Lord Clarendon, c'est la Russie qui, après avoir prêché la crainte de la révolution, s'est chargée de la patroniser, de la faire elle-même, car déjà ses agents parcourent la Grèce et la Hongrie pour fomenter des troubles. Je n'ai pas de notions particulières sur ce qui se passe dans ces deux pays; mais placé par la confiance du Roi à la tête du Ministère de l'Intérieur et de l'administration de la police, j'ai été à même d'observer les allées et venues des agents révolutionnaires en Allemagne, et je dois dire que le pays d'où ils nous venaient, n'était point la Russie, et que les passeports dont ils se trouvaient munis, n'étaient point des passeports Russes. Il y a ensuite une considération dont je ne puis pas entièrement me défendre. S'il est vrai que c'est la Russie qui patronise la révolution: comment se fait-il que les partis qui ont chance d'y gagner et qui y travaillent sourdement et ouvertement depuis des années, ne cessent de prêcher la guerre contre cette Puissance?

Qu'on me pardonne ces digressions; je conviens qu'elles ont aussi peu de rapport avec la grande question du moment qu'il n'y en avait entre la Note de Bamberg et notre prétendue peur de la révolution.

Malheureusement il me reste à répondre à des attaques infiniment plus directes et plus graves. Lord Clarendon nous accuse littéralement d'être aveuglés au point de ne pas comprendre, que dans une grande crise les petites jalousies doivent se taire, et de sacrifier les intérêts de l'Allemagne à des intrigues Russes.

Je serais curieux de savoir ce qui a pu autoriser M[r] le Comte de Clarendon à nous reprocher de petites jalousies et à expliquer notre manière d'envisager les intérêts de l'Allemagne, — matière dans laquelle, par parenthèse, nous croyons le dernier des Gouvernements Allemands meilleur juge que l'étranger, par des intrigues dont nous serions ou dupes ou complices.

Lord Clarendon n'a pas jugé à propos de citer un seul fait ou acte à l'appui de pareilles suppositions, et en effet, il lui aurait été difficile d'en trouver. Une accusation lancée aussi légèrement rend toute défense inutile; nous ne pouvons que la regretter profondément.

Il en est de même du reproche qu'on nous adresse enfin d'avoir donné à l'Europe le spectacle de l'Allemagne désunie. Les faits mêmes y répondent mieux que ne le pourrait une défense éloquente. L'union de l'Allemagne n'a jamais été mieux assurée qu'elle ne l'est dans ce moment, et jamais le principe fédéral n'a fait de meilleures preuves. Les deux Grandes Puissances Allemandes ont témoigné par leur déclaration du 16 Juin, combien elles tiennent à relever la Constitution fédérale et à respecter la position indépendante des autres Etats confédérés, et ceux-ci à leur tour, en se ralliant aux deux Puissances après un examen mûr et consciencieux de leurs propositions et avec l'intention bien marquée de placer le but de l'union allemande au dessus de toute autre considération ont rempli dignement leur tâche comme Etats indépendants et comme Confédérés.

1854 Juli 21.

größer wäre".[1])

Nous ne craignons donc point les souvenirs de Bamberg dont la dépêche de Lord Clarendon finit en quelque sorte par nous menacer. Nous n'avons jamais eu d'autre prétention que de faire un acte allemand; ce n'est pas nous qui nous plaçons sur le terrain Européen. Si on nous y appelle, nous avons le ferme espoir, que le même esprit de justice et d'équité, qui a déjà dicté le jugement de l'Allemagne, prévaudra également dans les conseils de l'Europe.

Je terminerai par une dernière réflexion. Vous savez que la Note de Bamberg fut concertée et adoptée par huit Gouvernements Allemands; d'après ce qui me revient, la dépêche que m'a communiquée Mr Forbes, n'a été adressée qu'au Gouvernement du Roi seul. Je ne demande pas d'explications de ce fait. Ce qui précède vous prouvera, que nous ne reculons pas devant la responsabilité d'un acte dont nous sommes solidaires.

Vous savez, Mr le Comte, quel prix le Gouvernement du Roi attache à des sentiments bienveillants du Gouvernement de la Reine, vous concevrez donc aisément, combien ces explications ont dû m'être pénibles; mais je suis certain qu'elles ne déplairont pas au Cabinet de Sa Majesté Britannique. Le Gouvernement anglais, si jaloux de faire respecter partout le droit et d'empêcher qu'il n'y soit porté atteinte, ne voudra pas nous faire un crime de tenir au nôtre, et Lord Clarendon avec son esprit éclairé et impartial, loin de s'offenser de notre franchise, y verra l'empreinte de la vérité et regrettera, j'en suis sûr, de nous avoir supposé des mobiles qui nous sont étrangers.

Vous donnerez lecture de cette dépêche à Mr le Comte de Clarendon et Vous êtes autorisé à en donner copie, si elle Vous était demandée. Recevez etc.

(signé) Beust.

1) Am 21. Juni 1854 richtete Lord Clarendon an den Englischen Gesandten in Dresden eine Note in Betreff der Bamberger Conferenzen. In diesem Schriftstücke sprach der Englische Minister zuvörderst seine Unzufriedenheit über den Zweck jener Conferenzen aus, weil derselbe dahin gerichtet gewesen sei, dem Preußisch-Österreichischen Schutz- und Trutzbündnisse im Interesse Rußlands störend in den Weg zu treten. Lord Clarendon beauftragte Herrn Forbes, dem Minister Beust zu eröffnen, daß die Königin von England bei dem Interesse, welches Ihre Majestät dem K. Sächsischen Hofe unausgesetzt gewidmet, es schmerzlich empfunden habe, daß derselbe sich zu einem Werkzeuge Russischer Intriguen hergebe und damit den revolutionären Umtrieben Rußlands huldige. Habe man in Deutschland gefürchtet, — bemerkte Lord Clarendon weiter — daß der von Seiten Rußlands über Europa entzündete Krieg die Umsturzpartei ihrem Ziele näher führen dürfte, so habe die Erfahrung bereits gelehrt, daß Österreich in richtiger Würdigung der öffentlichen Meinung durch seinen Anschluß an die Westmächte alle derartigen Pläne vereitelt habe. Die Umsturzpartei aller Länder würde nur ihres Sieges gewiß gewesen sein, wenn Preußen und Österreich sich Rußland angeschlossen hätten. Im Interesse ihrer selbst, Deutschlands, des Rechts und der Ordnung hätten indessen beide Mächte einen solchen Weg, der so gefahrvoll sei, nicht eingeschlagen. Auch sei die Umsturzpartei heute vollständig darniedergeschmettert. Unter diesen Umständen könne die Regierung Ihrer Großbritannischen Majestät nur ihr inniges Bedauern darüber aussprechen, daß Österreich bei Vertheidigung Deutscher Interessen an seinen südöstlichen Grenzen nicht den Dank Deutschlands geerntet, vielmehr seinen Widerstand erfahren habe. Wenn die Deutschen Fürsten, bemerkt jene Depesche schließlich, sich öfter darüber beschwert hätten, daß die Großmächte ihrer Stellung nicht die gebührende Rechnung trügen, so habe die Bamberger Conferenz für jetzt und für die Folge den traurigen Beweis geliefert, daß die dort vertreten gewesenen Regierungen sich selbst weder ihrer Stellung noch ihrer Aufgabe bewußt seien.

89. Eigenhändiger Bericht, betr. den beabsichtigten Gewinn Österreichs in der orientalischen Frage. Vorlegung der Russischen Antwort. Stellung Preußens gegenüber der Bamberger Coalition und Benutzung derselben zur Verhinderung des Krieges zwischen Rußland und Österreich. Unwahrscheinlichkeit einer Englischen Blokade. Reise des Königs von Preußen nach München; Zerstörung der Illusionen des Österreichischen Cabinets in Bezug auf eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik durch Deutschland. 25. Juli 1854.[1])

1854 Juli 25.

„Ew. Excellenz mir soeben per express zugehendes eigenhändiges Schreiben[2]) traf mich in dem Zwiespalt zwischen der Neigung, Ew. Excellenz etwas Ähnliches wie den Inhalt des Berichts des Grafen Alvensleben vom 21. cr.[3]) zu schreiben, und zwischen der Erwägung des ne sutor ultra crepidam. Es bleibt mir heute nur eine Stunde bis zum Postschluß, morgen berichte ich ausführlicher. Ich nehme als unzweifelhaft an, daß es Österreich nicht mehr um Herstellung des Friedens, sondern um einen aus der jetzigen Lage Rußlands zu ziehenden Gewinn zu thun ist, nämlich Protectorat oder voller Erwerb der Donaufürstenthümer und der Donaumündungen, zu welchem letzteren Zweck Rußland, wie Herr von Prokesch gelegentlich zu Herrn von Schrenk[4]) geäußert hat, nur ein sehr kleines Stück Land abzutreten brauchte. Wir haben kein eigenes Bedürfniß, uns bei den Kosten und Gefahren einer derartigen Österreichischen Eroberung zu betheiligen; eine folgenreiche Vergrößerung Österreichs widerspricht vielmehr unseren Interessen, indem sie die Machtverschiedenheit mehren und dadurch unsere Stellung in Deutschland herabdrücken wird. Durch Gründe der Billigkeit und Friedensliebe wird sich das Wiener Cabinet von Verfolgung seines Zieles nicht mehr abhalten lassen, vielleicht aber noch durch eine entschiedene Sprache Preußens und der übrigen Deutschen Bundesgenossen, eine Sprache, welche jede Hoffnung abschnitte, daß letztere den Österreichischen Staat gegen die Folgen eines ehrgeizig gesuchten Krieges vertreten würde, und welche die Möglichkeit eines feindlichen Auftretens gegen Österreich nicht ausschlösse. Ich setze dabei voraus, daß Österreich uns durch willkürliche Bewegungen außerhalb des Bündnisses und durch gewaltsame und einseitige Deutungen desselben eine größere Freiheit des Handelns wiedergiebt,

---

1) Mit dem obenstehenden Berichte des Herrn von Bismarck hat es dieselbe Bewandtniß, wie mit dem eben mitgetheilten vom 21. Juli 1854 (cf. Urkunde 88) beziehungsweise vom 11. Juli 1854 (Urkunde 86). Im II. Bande unserer Sammlung (Urkunde 28 irrthümlich datirt vom 23. Juli) konnten wir nach einem in den Bundestags-Gesandtschaftsakten befindlichen Kanzleiconcepte nur dürftige Stellen des nunmehr erfreulicher Weise vollständig bekannt gewordenen Textes mittheilen.

2) cf. oben S. 209, Note 4.

3) cf. oben S. 210 f.

4) cf. oben S. 16, Note 4.

1854 Juli 25. und finde, daß Ew. Excellenz Erlaß vom 15. cr. an Graf Alvensleben[1]) nach dieser Richtung hin soweit geht, als bei jetziger Sachlage thunlich ist, ohne uns einem begründeten Vorwurfe ex fundamento des Bündnisses auszusetzen.

Innerhalb der rechtmäßigen Entwickelung des Letzteren bietet sich als das nächste Hülfsmittel die Vorlage der Russischen Antwort an den Bund als dritten Contrahenten dar. Derselbe hat ein in unserer Vorlage selbst anerkanntes Recht darauf, und ich wundere mich, daß die Bamberger[2]) es nicht bei Gelegenheit des Beitrittes gestern[3]) schon hervorgehoben haben. Mein Bayerischer College sprach nur privatim gegen mich die Ansicht aus, daß nun auch der Bund darüber zu befinden haben werde, ob die Russische Antwort für befriedigend im Sinne des Bündnisses zu halten sei oder nicht. Er hat heute

1) cf. oben S. 210. Der Minister von Manteuffel erwiderte hiermit eine Depesche des Grafen Buol vom 12. Juli 1854, worin das Österreichische Cabinet an die Betrachtung, wie schwer es sein würde, die weite Kluft auszufüllen, welche die neuesten Anerbietungen Rußlands von den Ansprüchen der Westmächte trenne, die Bemerkung geknüpft hatte, daß der Fall eines activen Vorgehens Österreichs binnen kurzem statthaben könne, und daher der Augenblick eingetreten sei, bei der Preußischen Regierung auf die durch Artikel 2 der militairischen Convention vom 20. April vorbedungene Mobilmachung nöthigenfalls förmlich anzutragen. Der Minister von Manteuffel erwiderte hierauf, es liege auf der Hand, daß, je mehr Österreich sich außerhalb der Tendenzen des Bündnisses bewege, und je weniger dasselbe im Einvernehmen mit Preußen zu handeln sich veranlaßt sehen möchte, Preußen um so genauer den Kreis der von ihm übernommenen Verpflichtungen abzugrenzen und um so sorgfältiger die seiner speciellen Obhut anvertrauten Interessen zu Rathe zu ziehen Veranlassung finden müsse. „Wir haben uns bisher bemüht und werden uns ferner angelegen sein lassen, ein Hervortreten divergirender Ansichten zu vermeiden, weil wir uns selbst sagen, daß dadurch sowohl Österreichs als unser Gewicht wesentlich geschwächt wird und somit die Aussicht immer mehr schwindet, den Leidenschaften der streitenden Parteien einen starken Damm entgegen zu stellen. Wir würden aber auch bei diesem Bestreben eine gewisse Linie nicht überschreiten, und z. B. unserer in der Wortfassung des Bündnisses selbst begründeten Überzeugung Geltung verschaffen, daß die bewaffnete Macht Sr. Majestät fremden, der Tendenz des Bündnisses fern liegenden Zwecken durch dasselbe in keiner Weise dienstbar gemacht werden kann. Ich lasse mich hier auf eine nähere Erörterung der uns in dieser Beziehung zur Seite stehenden Vertragsbestimmungen nicht ein, weil ich der Ansicht bin, daß eine solche Discussion, sofern sie nicht zur unerläßlichen Nothwendigkeit wird, besser unterbleibt. Das aber nehme ich keinen Anstand auszusprechen, daß Se. Majestät eine außerhalb des Bündnisses stehende Autorität, die über dessen Auslegung und Bedeutung einen Urtheilsspruch zu fällen habe, niemals anerkennen wird. Des Königs Majestät werden daher für die Armee in nächster Zeit diejenige Waffenbereitschaft eintreten lassen, welche Allerhöchstdieselben unter den jetzigen kritischen Zeiten für geboten erachten; es wird dies aber nicht wegen der Kluft, die zwischen den Anerbietungen Rußlands und den Anforderungen der Westmächte besteht, und nicht wegen eines etwaigen hierdurch gebotenen activen Vorgehens Österreichs, sondern um deshalb geschehen, um in jedem Momente die Stellung Preußens, sowohl wenn es sich um Erfüllung vertragsmäßiger Pflichten, als um die Wahrung eigener Interessen handelt, gebührend wahrzunehmen".

2) cf. oben S. 194, Note 1.

3) cf. Band II, Urkunde 30.

nach München geschrieben, um zu fragen, ob in Wien oder Berlin Schritte geschehen seien, um den Bundesgenossen eine Mitwirkung bei Behandlung der Russischen Antwort zu sichern, bevor die Entscheidung darüber eine vollendete Thatsache geworden ist, der sie bongré malgré beitreten müssen. Mir würde es nicht zu weit gegangen scheinen, wenn wir, nöthigenfalls ohne Anträge der Mittelstaaten abzuwarten, ex officio in Wien die Nothwendigkeit anregten, den Passus der Vorlage, der mit den Worten beginnt „die Cabinette von Wien und Berlin unterziehen in diesem Augenblick ꝛc." zur Wahrheit werden zu lassen.

1854 Juli 25.

Die Stellung, welche wir durch Gleichheit des augenblicklichen Interesses zu den Bambergern gewinnen, überschätze ich nicht, und baue für die Zukunft darauf nicht viel, wenn schon etwas. In der Gegenwart lege ich mir die Frage vor: Entspricht es unserem Interesse, den Krieg zwischen Österreich und Rußland zum Ausbruch kommen zu lassen? Ich kann mir denken, daß man sie bejaht, aber die Politik, die damit indicirt würde, ist nicht die Sr. M. des Königs. Wird sie, wie ich annehme, verneint, so können uns die Bamberger allerdings von großem Nutzen sein, um den Eindruck einer Art von Territion zu erhöhen, vermöge deren allein wir noch Aussicht haben, den kriegerischen Ehrgeiz Österreichs zur Besinnung zu bringen. Wir laufen dabei nicht Gefahr, von den Bambergern unsererseits influencirt oder gebunden zu werden; wir fangen bloß ihren Wind in unseren Segeln auf, ohne an seine Richtung länger, als es uns angemessen scheint, gebunden zu sein, und bei ihnen erwecken wir zwar nicht Dankbarkeit, aber doch das großentheils verloren gegangene Bewußtsein, daß die Preußischen Interessen mit denen der übrigen Deutschen Staaten mehr übereinstimmen als die Österreichischen, ein Bewußtsein, welches uns in den letzten zehn Jahren vor 1848 das Übergewicht am Bunde verlieh.

An eine Englische Blokade glaube ich nicht, bis ich sie sehe; sie träfe den Englischen Handel fast härter als den unsrigen, sobald wir ihm auch die deutschen Nordseehäfen schließen. Wäre sie dennoch wahrscheinlich, so fragt es sich, in welchem Verhältniß die Verluste unserer Rheder zu denjenigen stehen, welchen uns ein Deutsch-Russischer Krieg aussetzt. England droht uns, solange es sich davon Erfolg verspricht; soll es an die Ausführung der Drohung gehen, so glaube ich, daß der Bramarbas sich in einen kühlen Rechenmeister umgestaltet, bevor er Hand an's Werk legt. Geben wir Beweise, daß Furcht vor der Blokade ein Mittel ist, sich unsere Kräfte dienstbar zu machen, so fürchte ich, treibt man das Drohen damit bis zu einem Punkte, wo wir doch Front machen müssen.

Daß Se. Majestät jetzt nach München gehen, wird politischen Motiven ohne Zweifel zugeschrieben; dem entgehen wir doch nicht; und nach meiner

1854 Juli 25. Ansicht würde ich Ew. Excellenz nur zureden können, Sr. Majestät dahin zu folgen, und den Zweck ins Auge zu fassen, daß

1) der Bund bei Behandlung der Russischen Antwort als Hülfe für uns herbeigezogen, ehe die Verständigung als abgethan betrachtet wird,

2) wir mit dem Bunde oder wenigstens den Mittelstaaten — gemeinschaftlich [1]) — in Wien die geeigneten Schritte thun, um dem dortigen Cabinet die Illusion zu benehmen, als würden die sämmtlichen Deutschen den Kaiserstaat schließlich doch in ihren Arm auffangen, wenn er sich muthwillig in Gefahr stürzt. Wir können nachher noch thun, was wir wollen, aber den Glauben sollten wir in Wien wenigstens herzustellen suchen, daß wir es in gewissen Fällen auch über's Herz bringen, Österreich sitzen zu lassen. In die Wiener Conferenz will der Bund nicht, und ich glaube auch mit Alvensleben, daß er besser draußen bleibt".

90. Fragment eines Eigenhändigen Berichts, betr. das Einrücken der Österreichischen Truppen in die Donaufürstenthümer. Haltung Österreichs in der orientalischen Frage. Äußerungen des Königs von Württemberg und des Ministers v. d. Pfordten über die Stellung des Bundes zu dieser Frage. Haltung der Mittelstaaten in der politischen Krisis. Unterredung mit Herrn v. Dönniges über die orientalischen Wirren. München, Ende Juli 1854.

Ende Juli. „Das Einrücken der Österreicher in die Fürstenthümer [2]) kann der Sache Deutschlands und des Friedens nützlich sein, wenn es im Einverständniß mit Rußland und in der ehrlichen Absicht geschieht, eine Barrière zwischen die streitenden Theile, sowie zwischen die Ungarische Grenze und die contagiösen Elemente der Auxiliartruppen zu schieben, nicht aber um Händel mit den Russen zu suchen. Die Bedingungen, unter welchen eingerückt werden darf, müßten sehr präcis formulirt werden, damit ihre Erfüllung nicht fälschlich und mit vagen Redensarten behauptet werden kann. Eine freundliche Erklärung an Rußland in Betreff des Einrückens, welche die Versicherung einschließt, daß die noch in den Fürstenthümern befindlichen Russen nicht angegriffen (oder geneckt) werden, sondern ihnen Zeit zu ungeschädigtem Rückzuge

---

1) d. h. nicht identisch, sondern jeder für sich. [Eigenhändige Anmerkung des Herrn von Bismarck zu seinem Berichte.]

2) Am 14. Juni 1854 war zwischen Österreich und der Pforte eine Convention abgeschlossen worden, betreffend das Einrücken Österreichischer Truppen in die Donaufürstenthümer. Man findet den Wortlaut der Convention in den Bundestagsprotokollen vom Jahre 1854, § 257, Beilage 11.

gelassen, und daß Österreich die Russische Grenze unter keinem Vorwande überschreiten wird. Wird dies nicht versprochen und gehalten, so liegen in der Zustimmung zu dem Einmarsche mehr Gefahren als Vortheile, und liegt für Preußen gar kein Grund vor, durch das Eingehen neuer Verbindlichkeiten oder durch Ausdehnung derjenigen aus dem Vertrage[1]) sich die Hände zu binden und Österreich dreister zu machen.

1854 Ende Juli.

Das Verfahren des Wiener Cabinets in Betreff der Russischen Antwort[2]) beweist, daß man sich dort keine Scrupel macht, die von Preußen eingegangenen Verpflichtungen auszubeuten, und zu dem Zweck einseitig und willkürlich zu deuten, während man durch faits accomplis die Situation verändert und verwirrt. Dem Bestreben, die Westmächte zu Schiedsrichtern und authentischen Auslegern bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Wien zu machen, müßte ausdrücklich vorgebeugt, dagegen der Bund zum Einvernehmen über dergleichen und über die Consequenzen des Bündnisses ohne Rückhalt herbeigezogen werden.

Die Auslassungen Sr. M. des Königs von Württemberg[3]) und des Ministers von der Pfordten[4]) stimmen der Hauptrichtung nach dahin überein, daß der Bund mit rathen müsse, wenn er mit thaten solle, daß der Bund sich neutral halten müsse, sobald nicht über Deutsche, sondern über specifisch Österreichische Interessen Krieg angefangen werde, daß man Österreich, wenn es unterliege, zu Hülfe kommen, ihm hierüber aber keine Zusicherungen geben müsse, welche die Kriegslust fördern könnten. Man werde die Bundesverträge und das geschlossene Bündniß strikte observiren, darüber hinaus aber nur die eigenen Interessen zu Rathe ziehen. Der König Wilhelm sowohl als der Bayerische Minister billigen die Besetzung der Fürstenthümer durch Österreich, wenn sie mit den gehörigen Garantien gegen Kriegsgefahr und im Einverständniß mit den Contrahenten des Bündnisses erfolgt. Se. Majestät wiederholten mehrmals mit Accent die Frage, ob die Deutschen Regierungen gewiß und nachhaltig auf das Einverständniß mit Preußen rechnen könnten, wenn sie den Anmuthungen Österreichs zu folgen sich weigerten, und sprachen Ihr Befremden aus, daß Österreich, im Widerspruch mit jahrelangen Bemühungen, das Vertrauen der Deutschen Fürsten jetzt verscherze und Preußen zuweise. Se. Majestät sowohl als der Minister von der Pfordten erwarteten, den von Preußen und Österreich in der Sitzung vom 20. cr.[5]) gegebenen Zusagen gemäß, die baldige Vorlegung der in Consequenz des Bündnisses mit dem Cabinet von

---

1) scil. aus dem Bündnißvertrage vom 20. April.

2) Gemeint ist hier die im II. Bande, S. 40, Note 2 erläuterte Depesche des Fürsten Gortschakoff vom 17. Juni 1854.

3) Wilhelm I.

4) cf. oben S. 63, Note 2.

5) scil. Juli 1854. cf. Band II, S. 42, Note 2.

1854 Ende Juli. St. Petersburg gepflogenen Correspondenz. Der Bayerische Minister las mir eine Depesche vor, die er an die Gesandten seines Königs in Berlin und Wien gerichtet hat, in welcher diese Erwartung ausgesprochen und bestimmt gesagt wird, daß die Russische Antwort in München befriedigt habe; mit Vergnügen höre man, daß sie denselben Eindruck in Berlin und bei der Person Sr. M. des Kaisers Franz Joseph gemacht habe.

Der Bayerische Gesandte in Paris, von Wendtland, erzählt mir, daß der Minister Drouyn de L'Huys [1]) ihn vor seiner Abreise versichert habe, Österreich weise die Russische Antwort als ungenügend zurück und schließe sich ganz den Westmächten an; diese Nachricht sei authentisch. Hier habe Herr von Wendtland indessen erfahren, daß Graf Buol dies allerdings beabsichtigt, und sich muthmaßlich gegen die Herren von Bourquenay [2]) und Hübner [3]) in diesem Sinne officiös ausgelassen habe; der Kaiser habe aber ungeachtet lebhaften Widerspruchs befohlen, eine befürwortende Note in Betreff der Russischen Antwort nach Paris gehen zu lassen. [4]) Nach der Haltung dieser Note scheint es nicht unglaublich, daß neben derselben eine vertrauliche von anderem Inhalt besteht, welche klarer die Meinung des Grafen Buol ausdrückt.

Von der Pfordten sprach mit großer Bitterkeit über Graf Buol, und wiederholte mehrmals mit Aufregung, daß er den ganzen Bundesbeschluß vom 24. [5]) für nicht verbindlich und den Beitritt als nicht geschehen ansehen und behandeln werde, wenn die Bedingung nicht gehalten würde, unter der er erfolgt sei, nämlich die Vorlage der Russischen Antwort und die „Einflußnahme" des Bundes auf die fernere Entwickelung. Auf der anderen Seite hob er hervor, daß Bayern keineswegs soweit gehen könne, sich auf ein Bündniß mit Rußland zum Kriege gegen Österreich und Frankreich einzulassen. Trotz meiner Protestationen, daß an eine solche Constellation auch bei uns Niemand als an eine mögliche denke, kam er stets wieder auf die Gefahren zurück, denen Bayern und Württemberg zwischen Österreich und Frankreich im Kriege mit beiden ausgesetzt sein werde. Auch ohne Russisches Bündniß schwebte ihm als drohende Eventualität vor, daß Österreich und Frankreich von den süddeutschen Staaten den Durchmarsch für eine Französische Armee fordern würden; auf meine Verweisung an die Garantien, welche in den Bundesverträgen liegen, erwiderte er: „Daran wird sich Österreich dann nicht mehr kehren". Ich führe dies nur als Probe dessen an, worauf man hier unter Umständen gefaßt ist, und als Fingerzeig, daß Preußen die Beobachtung und Aufrechthaltung der

1) Französischer Minister des Auswärtigen.

2) Freiherr von Bourquenay, Französischer Gesandter in Wien.

3) cf. oben S. 182, Note 1.

4) cf. von Jasmund a. a. O. Band I, S. 337 ff.

5) scil. Juli 1854. Hiermit trat der Deutsche Bund dem Aprilbündnisse bei; cf. Band II, S. 46 ff.

Bundesverträge als Domaine, und als eine ebenso ehrliche wie vortheilhafte Handtirung zufallen wird. Der erste Schritt dazu dürfte die Herbeiführung der Vorlage der Russischen Antwort durch uns sein. 1854 Ende Juli.

Die Auslassungen Sr. M. des Königs von Württemberg sowie die des Ministers von der Pfordten waren darüber nicht constant und klar, ob Deutschland den Österreichern schon dann beizuspringen habe, wenn Russische Truppen die Grenzen des Österreichischen Staates überschritten, oder erst dann, wenn Österreich Gefahr liefe, ganz überwältigt zu werden; die erstere Anschauung schien in Betreff der von Preußen zu gewährenden Hülfe vorzuwiegen, während Anmuthungen an die Finanzen und Truppen der übrigen Bundesgenossen wohl erst bei Annähernng der zweiten Alternative gewärtigt werden. Bei Beurtheilung dieser Frage werden unsere Bundesgenossen, neben der Abneigung gegen eigene Anstrengung sich indessen auch die Besorgniß gegenwärtig halten, daß ein Machtverlust Österreichs ein entsprechendes Wachsen des Preußischen Übergewichts in Deutschland nach sich ziehen könne.

Auf eine unbedingte Hingebung der Mittelstaaten an die Leitung Preußens ist für die ganze Dauer der gegenwärtigen Wirren gewiß nicht mit Sicherheit zu rechnen; sie werden nicht so feste Bundesgenossen für uns sein, daß sie nicht der Verlockung oder Einschüchterung durch Andere zugänglich blieben. In der gegenwärtigen Phase aber, und solange der Anschluß an die Preußische Politik ihnen die Möglichkeit bietet, sich selbst von activer Theilnahme am Kriege freizuhalten, fällt ihr Weg von selbst mit dem unsrigen zusammen, und wird nur eine bundesmäßige und in der Form freundliche Behandlung nöthig sein, um sie darin zu erhalten. Soweit ich ein Urtheil über den Minister von der Pfordten habe gewinnen können, handelt er mehr unter persönlichen Eindrücken, als in Folge politischer Systeme, und wäre es vielleicht nicht schwer, die ersteren auf ihn zu machen, und das residuum seiner, in jüngster Zeit offenbar schon sehr geschwundenen antipreußischen Empfindungen ganz zu beseitigen.

Aus einer Unterredung mit dem Legationsrath Dönniges[1]) erwähne ich aphoristisch folgende Punkte: 1) Als er von Berlin zurückgekehrt sei, habe ihm von der Pfordten in „officieller“ Weise mitgetheilt, daß Bayern sich jetzt unumwunden der Preußischen Politik anschließen werde, weil die Wege Österreichs unberechenbar und gefährlich seien. 2) Der König Max sei in dieser Ansicht noch entschiedener und fester als sein Minister, der zu starker entgegengesetzter Manifestationen aus der Vergangenheit sich bewußt sei. 3) Se. H. der Herzog von Coburg habe bei letzter Anwesenheit in München erst bei Pfordten, dann

1) Dr. von Dönniges, Ministerialrath im Bayerischen Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern, dem König Max von Bayern nahe stehend, und mehrfach zu vertraulichen diplomatischen Sendungen von demselben benutzt.

1854 Ende Juli. bei dessen Räthen alle Gründe aufgeboten, um sie zu überzeugen, daß Bayern in diesem Moment berufen sei, in Verbindung mit Frankreich und Österreich eine große Rolle zu spielen, bei der es jede Rücksicht auf die kleineren Staaten fallen lassen müsse. 4) Die aristokratischen Führer der bayerisch-katholischen Partei, die Grafen Arco und Montgelas, und der Souffleur des Letzteren, Freiherr von Aretin, reden jetzt der Preußischen Politik das Wort, während die Literaten der Partei, in mehr katholischer als bayerischer Tendenz, die Agitation gegen Rußland und Preußen gleichmäßig fortsetzen. 5) Mündliche Eröffnung des Kaisers Franz Joseph an den König Max in Betreff der Bedürfnisse und Absichten Österreichs haben Letzteren nachhaltig verstimmt und zu der Äußerung veranlaßt, Bayern könne eine Vergrößerung Österreichs gar nicht zugeben, viel weniger mit eigener Gefahr erkämpfen helfen".

91. Eigenhändiger Bericht, betr. die Vorlage der Militairconvention an den Bund. Beschwerde des Bayerischen Gesandten über die Behandlung der orientalischen Frage am Bunde. Haltung Preußens gegenüber seinen Deutschen Bundesgenossen. Napoleonsfeier in Frankfurt a. M. Zur Charakteristik des Frhrn. v. Prokesch. 20. August 1854.[1]

Aug. 20. „Ew. Excellenz konnte ich gestern leider die Abschrift der Militairconvention[2] nicht mit dem Schnellzuge schicken, weil ich selbst kein Exemplar der-

1) Mit dem oben stehenden Berichte des Herrn von Bismarck hat es dieselbe Bewandtniß, wie mit den bereits mitgetheilten vom 21. Juli 1854 (cf. Urkunde 88) und 25. Juli 1854 (cf. Urkunde 89). Im II. Bande unserer Sammlung Seite 68 (Urkunde 40) konnten wir nach einem in den Bundestags-Gesandtschaftsakten befindlichen Kanzleiconcepte nur bruchstückweise Stellen des nunmehr vollständig bekannt gewordenen Textes mittheilen.

2) In der Bundestagssitzung vom 18. August 1854 legten Herr von Bismarck und Freiherr von Prokesch sowohl die Russische Antwort als die Verhandlungen vor, zu welchen dieselben Veranlassung gegeben hatten (cf. Band II, Urkunde 39). Außerdem bemerkten die Gesandten noch vertraulich, daß sie in der Lage seien, in Ergänzung der in der Sitzung vom 20. Juli gemachten Mittheilungen den in Berlin vereinbarten militairischen Conventions-Entwurf den vereinigten Ausschüssen vorzulegen. Die Letzteren würden dadurch im Besitze des vollständigen Materials sein, um bei Eintritt des Bedarfs einen den Bestimmungen des Bündnisses entsprechenden Beschluß vorzubereiten, wenn auch bei der dermaligen Sachlage, namentlich nach der angekündigten Räumung der Donaufürstenthümer durch die Russen, die Aufstellung von Bundestruppen nicht unmittelbar als nothwendig erscheine. — Die hier erwähnte „Militair-Convention zur Aufrechthaltung des Deutschen Schutz- und Trutzbündnisses" hat folgenden Wortlaut: „Um dem auf die Dauer der orientalischen Krisis eingegangenen Schutz- und Trutzbündnisse auch die gehörige Gewähr und Kraft zu geben, verbinden sich sämmtliche Deutsche Bundesstaaten

1) im Falle des Bedarfs nach unter sich zu bestimmenden Epochen und auf ebenso unter sich zu bestimmenden Punkten, und zwar:

Österreich die Zahl von 150—250 000 Mann, Preußen die Zahl von 100—200 000 Mann, die übrigen Deutschen Bundesstaaten die Hälfte ihrer bundesmäßigen Contingente mobil aufzustellen.

selben besaß und erst von Herrn von Prokesch, der gerade nicht zu Hause war, das seinige borgen mußte. Das Aktenstück ist übrigens der Bundesversammlung auch vertraulich bisher nicht vorgelegt, sondern ihr nur angezeigt worden, daß wir in der Lage seien, es dem Ausschusse vertraulich mitzutheilen. Der Inhalt derselben scheint darauf berechnet zu sein, eine Aufstellung Deutscher Bundestruppen unter Preußischem Befehl nicht zuzulassen.

1854 Aug. 20.

Mit meinem Bayerischen Collegen hatte ich vorgestern eine ausführliche Unterredung. Er hat gleich nach der Sitzung nach München berichtet, die Tendenz Österreichs gehe offenbar dahin, dem Bunde die Möglichkeit einer Äußerung über die gemachten Vorlagen abzuschneiden, indem Herr von Prokesch die Vertagung von nächstem Donnerstag ab mit Eifer betreibe. Der Mohr habe seine Arbeit gethan, der Mohr könne nun gehen. Nach der Vertagung werde man dann wieder mit dem fait accompli eines neuen Schrittes des Wiener Cabinets kommen und sofortige Zustimmung in 24 Stunden verlangen. Er erwarte auf seinen Bericht die Instruktion von München, ob er sich am Donnerstag der Vertagung widersetzen solle, oder nicht. Die Anberaumung einer Sitzung kann er nach der Geschäftsordnung verlangen. Ich widersprach seinen Beschwerden nicht direkt, machte aber auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich einer Manifestation der Bundesversammlung im Sinne der Bayerischen Auffassung entgegenstellen würden. Im Ausschuß hat Herr von Prokesch als Mitglied schon die Möglichkeit, durch wiederholte Discussion und Separatvota das Zustandekommen eines Berichts zu hemmen, als Vorsitzender aber stehen ihm Mittel zu Gebote, die Abgabe des Berichts wochenlang zu verschleppen. Ich würde mich nicht berufen fühlen, als Aus-

---

2) Die Zeit der Aufstellung wird für die Streitkräfte von Österreich und Preußen nach dem mehr oder weniger drängenden Bedürfnisse zuerst, für jene der übrigen Deutschen Bundesstaaten aber im Falle des Bedarfs nachträglich bestimmt werden.

3) Als Grundsatz wird festgehalten, daß jedes Contingent unter der speciellen Führung eines demselben angehörenden Befehlshabers, jedoch stets der bestehenden Eintheilung des Bundesheeres gemäß, verbleibe. — Dies schließt übrigens nicht aus, daß bei den Contingenten von Österreich und Preußen die Zutheilung von Armeecorps von dem einen zum anderen, sowie bei den übrigen Bundescontingenten ähnliche Zutheilungen nach Maßgabe des §. 54 der näheren Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung stattfinden.

4) Bei der Mobilmachung der Hälfte der Contingente der Deutschen Bundesstaaten verbleibt es in Allem und Jedem bei den durch die Bundes-Kriegsverfassung vorgeschriebenen Normen, welchen gemäß auch die Commandanten zu ernennen sind. Im Falle hierin entstehender Anstände hat die Bundesversammlung mit Berathung der Bundes-Militaircommission zu entscheiden.

5) Die Bundesversammlung im Verein mit der Bundes-Militaircommission ist für die genaueste Vollziehung aller Maßregeln zur Aufstellung der Contingente verantwortlich, sowie auch die Bundes-Militaircommission im Falle eines Ausmarsches der Contingente nach den ihr vom Bunde hierüber bekannt gegebenen Bestimmungen alle Verfügungen zu treffen hat".



1854 Aug. 20. schußmitglied offen gegen Österreich aufzutreten; Herr von Nostitz [1]) werde etwas der Art wohl in der Sitzung der Bundesversammlung thun, wo er lediglich seine Instruktion vorliest, aber niemals wagen, im Ausschuß, wo er seine persönliche Überzeugung zu geben habe, gegen Österreich zu sprechen. Herr von Münch [2]) sei ganz Österreicher, Graf Kielmansegge [3]) und Herr von Marschall [4]) überhaupt der Abgabe bestimmter Meinungen abhold, so daß Bayern nur von Herrn von Reinhard und dem jetzt abwesenden Mecklenburgischen Gesandten eine dreiste Vertretung seines Standpunktes erwarten könne. Herr von Schrenk gab mir darin Recht und klagte, daß die Vertreter der Deutschen Cabinette, wenn sie unter sich seien, das große Wort führten und die Faust ballten, „wann sie aber dem Katz a Schellen ahnhangen sollen, gleich falle ihnen das Herz in die —“. Sobald seine Instruktion hier ist, will er mir dieselbe mittheilen.

Nach meiner Ansicht werde ich zwar zu vermeiden haben, gegen Herrn von Prokesch den Vorkämpfer der Bamberger [5]) zu machen, aber ich werde auch nicht entschieden auf der Vertagung bestehen, wenn die Mittelstaaten derselben widersprechen, damit wir nicht in dem Lichte erscheinen, als wollten auch wir, in Hingebung an den Willen Österreichs, eine Aussprache des Bundes abschneiden.

Ew. Excellenz Ermessen kann ich nur anheimstellen, ob es angemessen ist, den Deutschen Cabinetten, wenigstens den größeren, direkte Eröffnungen über unseren jetzigen Standpunkt zu machen, damit sie sich denselben entschiedener aneignen und überhaupt die Fühlung an uns behalten. Ich erwarte keinen festen Bescheid von ihnen, namentlich keine Opfer für ein gemeinsames Interesse, aber ich fürchte ernstlich, daß ein ausgeprägterer Anschluß Österreichs an die Westmächte bei manchen unserer Bundesgenossen die Neigung zu Versuchen weckt, sich ebenfalls in direktere Beziehungen zu Frankreich zu setzen, wenn es uns nicht gelingt, sie in einer Anlehnung an Preußen zu erhalten. Letzteres dürfte ausführbar sein, solange unsere Politik ihren bisherigen friedlichen Charakter bewahrt. Werden wir zur activen Theilnahme am Kriege genöthigt, so wird nicht die Seite, für die wir uns entscheiden, sondern die größere Furcht vor uns oder vor Anderen für den Beistand maßgebend sein, den wir in Deutschland zu erwarten haben; unser Gewicht in vermittelnder oder neutraler Stellung aber gewinnt immerhin erheblich, wenn für die Dauer derselben die Deutschen Staaten neben uns stehen. Wegen meines Verhaltens in Betreff

1) cf. oben S. 15, Note 3.
2) cf. oben S. 48, Note 4.
3) Graf von Kielmansegge, Geheimer Rath, Hannoverscher Bundestagsgesandter.
4) cf. oben S. 166, Note 2.
5) cf. oben S. 194, Note 1.

der Vertagung würde ich Ew. Excellenz Instruktion entgegensehen, wenn es ein Anderes sein soll, als ich eben in Aussicht gestellt habe.

1854 Aug. 20.

Die Napoleonsfeier ist glücklich von statten gegangen und Herr von Tallenay hat diesmal seinen Beutel geöffnet und uns ein großes Uniform-Diner gegeben. Herr von Prokesch brachte die Gesundheit des Kaisers Napoleon aus; dem Gebrauch bei hiesigen officiellen Festen zuwider, antwortete unser Wirth mit dem Toast auf alle vertretenen Souveraine, und der Präsidialgesandte schritt noch zu dem auf die Kaiserin Eugenie und war nur schwer von Manifestationen ähnlicher Art für noch andere Personen zurückzuhalten. Als ominös wurde es betrachtet, daß durch Vermittelung des ultramontanen Darmstädtischen Gesandten [1]) dem Österreichischen General von Schmerling [2]) ein Brett mit zwölf Gläsern Lafitte über die weiße Uniform geschüttet wurde, so daß er übel zugerichtet sich entfernen mußte.

Ein Theil meiner Collegen und die Österreichischen Offiziere sind verstimmt, daß Herr von Prokesch wegen des Sächsischen Trauerfalles [3]) das übliche Diner am 18. [4]) auszusetzen für gut befunden hat. Auch an dem Feste der Militairs, dessen Kosten nach den Gehältern vertheilt werden, nahm er keinen Antheil, obschon die Beamten seiner Gesandtschaft diesem Beispiel nicht folgten. Dagegen beging er die Unhöflichkeit, vor den Augen des Generals von Reitzenstein, [5]) und ohne diesen deshalb zu begrüßen, die Parade der unter Reitzenstein's Commando stehenden Österreichischen Truppen abzunehmen. Gegen mich persönlich ist er in jüngster Zeit durchaus liebenswürdig".

92. **Privatbericht, betr. den Badischen Kirchenconflict. Haltung Bayerns in der orientalischen Frage. Vertagung der Bundesversammlung.** 23. August 1854. [6])

Aug. 23.

— — „Mein Badischer College hat mir die Nachricht von dem provisorischen Abschluß mit der Römischen Curie [7]) mitgetheilt; obschon er keines-

---

1) Freiherr von Münch-Bellinghausen.

2) Österreichischer Erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission.

3) Am 9. August 1854 verschied König Friedrich August von Sachsen, geboren 18. Mai 1797, Mitregent seit 13. September 1830; succed. seinem Oheim dem König Anton 6. Juni 1836.

4) scil. zur Feier des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph.

5) cf. oben S. 207, Note 2.

6) In dem Manteuffelschen Nachlasse findet sich ein Bericht des Herrn von Bismarck an den Minister von Manteuffel vom 23. August 1854, welcher nur mit wenigen Worten von demjenigen abweicht, welcher im II. Bande unserer Sammlung S. 69 (Urkunde 44) abgedruckt ist. Abweichend ist nur der letzte Absatz S. 72 a. a. O. nach den Worten: „den Schein der Anhänglichkeit an Rußland zu wahren sucht" (Zeile 6 von unten). In dem Manteuffelschen Aktenstücke lautet der Schluß wie oben mitgetheilt.

7) cf. oben S. 181. Nach dem von der Badischen Regierung unterm 14. November

1854 Aug. 23. wegs zu den entschiedenen Gegnern der Bischöflichen Partei gehört, und ungeachtet der sonst in seinem Charakter liegenden Zurückhaltung konnte er doch nicht umhin, das erzielte Resultat als eine für die Regierung verlorene Schlacht zu bezeichnen.

Soeben verläßt mich Herr von Schrenk[1]) und hat mir mitgetheilt, daß seinerseits der Vertagung auf einige Wochen nicht widersprochen werde, indem der Minister von der Pfordten ihn zu einer Erklärung im Ausschusse über die Vorlagen der beiden Großmächte erst autorisiren könne, nachdem Sr. M. dem König über die mitgetheilten Aktenstücke[2]) Vortrag gehalten und darauf eine Entscheidung erfolgt sein wird; mit anderen Worten: Bayern will sich erst erklären, nachdem die Aufnahme der Noten vom 13.[3]) und 10. cr.[4]) in Petersburg bekannt sein wird. In einem vertraulichen Schreiben bemerkt Herr von der Pfordten, daß in München bisher Nichts bekannt geworden sei, woraus man den Schluß ziehen könnte, daß Österreich zur Durchführung seiner Politik auf eine militairische Beihülfe der Deutschen Staaten rechne.

Auffällig ist mir, daß Herr von Prokesch, der noch vorgestern der Vertagung lebhaft das Wort redete, heute von derselben als von einer unwahrscheinlichen Sache spricht; er hält es für nothwendig, die vereinigten Ausschüsse vorher zusammenzuberufen, obschon wenigstens die Gesandten von Sachsen und Bayern ihn versichert haben, daß sie bisher nicht in der Lage wären, eine Ansicht zu äußern. Mir hat Herr von Prokesch heute mitgetheilt, daß er nur von Bayern und Sachsen, sonst von keinem der Gesandten die Absicht, sich in der orientalischen Frage zu äußern, erwarten könne, daß er aber glaube, sich Vorwürfen von Seiten dieser beiden Herren auszusetzen, wenn er den Ausschuß nicht vor der Vertagung versammele. Da außerdem, wenn dies wirklich seine Meinung wäre, in den letzten geschäftsfreien Tagen der Ausschuß leicht hätte versammelt werden können, ohne die nunmehr allseitig gewünschte Vertagung zu hindern, so muß ich annehmen, daß Prokesch Gründe hat, welche er mir nicht mittheilen will, um die Vertagung einstweilen zu hindern".[5])

bekannt gemachten „Interim" sollten vorerst keine Pfarreien besetzt, die Verwaltung des Kirchenvermögens im bisherigen Stande belassen und alle Prozesse gegen Geistliche niedergeschlagen werden. Von Aufhebung der kirchlicherseits ausgesprochenen Strafen, namentlich der Excommunicationen, schwieg das Interim. Überdies knüpfte die Römische Curie an die Annahme des Interims die Bedingung weiterer Verhandlungen, von denen sie hoffen durfte, daß dieselben zu einem für immer bindenden Concordate führen müßten.

1) Der Bayerische Bundestagsgesandte.

2) cf. Band II unserer Sammlungen Urkunde 39.

3) cf. von Jasmund a. a. O. Band I, S. 345 ff.

4) desgl. S. 343 ff.

5) Die Bundesversammlung beschließt am 25. August 1854, die nächsten zwei bis drei Sitzungen ausfallen zu lassen. Von einer Vertagung glaubte sie mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der politischen Verhältnisse Umgang nehmen zu müssen, damit der Zusammentritt der Bundesversammlung, insofern die Umstände einen solchen wünschenswerth erscheinen lassen sollten, jeder Zeit erfolgen könne.

93. Eigenhändiger Bericht, betr. die Dispositionen Sachsens, Hannovers, Württembergs und Bayerns in der orientalischen Frage, sowie Abstehen Österreichs von weiteren Anträgen bei dem Bunde. Pariser Circulardepesche an die Mittelstaaten. Absichten des Kaisers Napoleon in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen; maritime Wünsche Frankreichs. Wiederherstellung Polens. Preußische Circulardepesche in der orientalischen Frage. Äußerungen des Herrn v. Bismarck über die vermuthliche Entwickelung der Preußischen Politik. Austrophile Haltung in Darmstadt.*) 20. Oktober 1854.

1854 Okt. 20.

— — „Der Inhalt der leider schlecht chiffrirten Depesche vom 18.[1]) war, daß die Gesandten von Sachsen und Hannover bei Weitem nicht in dem Maße österreichisch instruirt sind, als die letzten Berichte unserer dortigen Agenten befürchten ließen. Beide Instruktionen gehen ungefähr dahin, daß man Österreichs Gebiet schützen will, Österreich aber keinen Anspruch auf Schutz seiner Stellung in den Fürstenthümern hat; die Sächsische Anschauung will überhaupt, daß Österreich von neuem die Verständigung mit Preußen suche, und Hannover wünscht, daß in den Ausschüssen die ein oder zwei Punkte detaillirter ausgearbeitet werden, um sie in mehr erkennbarer Weise für die Deutschen Interessen nutzbar zu machen. Darin ist die Hannoversche Auffassung der Badischen verwandt, welche ihrerseits bei meinen Collegen lebhaften Anklang findet. Von Stuttgart aus hat man bisher die Sächsischen Ansichten dem Herrn von Reinhard[2]) als Richtschnur abschriftlich mitgetheilt, aber noch nicht das neueste Mémoire, welches Herr von Beust[3]) an Graf Kuefstein[4]) gegeben hat und von dem mir Herr von Nostitz[5]) sagt, daß es Österreich zur Stellung einseitiger Anträge nicht einladen werde. Herr von Schrenk[6]) ist auch auf seiner letzten Reise nicht bis München gegangen; er hat noch keine neuere Mittheilung von dort und sagt mir, daß er nach seinen bisherigen Instruktionen gegen die Österreichischen Anträge aus dem Circular vom 1. Oktober[7]) stimmen müsse, wenn sie jetzt eingebracht würden.

---

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Am 18. Oktober telegraphirte Herr v. Bismarck (chiffrirt) dem Minister Freiherrn von Manteuffel: „Herr von Nostitz kommt eben von Dresden; nach dem, was er mitbringt, steht es dort besser, als der Bericht des Grafen Redern vom 15. glauben läßt. Herr von Prokesch äußert gegen seine Vertrauten Zweifel daran, daß Österreich die fraglichen Anträge einbringen werde. Auch Graf Kielmansegge kommt eben zurück, seine Instruktion stimmt mit dem Berichte aus Hannover vom 8. Oktober, keineswegs mit dem vom 11. Oktober".

2) cf. oben S. 16, Note 5.

3) cf. oben S. 161, Note 4.

4) Graf von Kuefstein, Wirklicher Geheimer Rath und Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Dresden.

5) cf. oben S. 15, Note 3.

6) cf. oben S. 16, Note 4.

7) Wegen des Inhaltes dieses Circulars vergl. Band II, S. 88, Note 1 unserer Sammlung.

1854 Okt. 20. Es scheint aber, daß Österreich sie nicht einbringen werde, und daß es mit einem gewissen Empressement Act davon genommen hat, daß die Stimmung der Deutschen Höfe keine rückhaltlose Annahme per majora erwarten lasse. Die officiöse Presse schreibt in diesem Sinne, und von einem Artikel im Nürnberger Correspondenten, der bestimmt sagt, Österreich werde keine Anträge stellen, weiß ich, daß er durch Vermittelung eines Herrn Ursprung direkt aus dem Bundespalais gekommen ist. Auch gegen Herrn von Nostitz,[1] seinen besonderen Vertrauten, hat sich Herr von Prokesch in dem Sinne ausgelassen. Er würde aber durch solche Äußerungen das Schicksal der Anträge compromittiren, wenn ihre Stellung noch in der Absicht läge; denn nur die Ansicht, daß Österreich entschlossen durchgreift, ohne uns nachzugeben, kann die Bamberger[2]) bewegen, den Anträgen ihre Zustimmung zu versprechen. Bei meinen Collegen befestigt sich die Meinung, die Herr von Tallenay[3]) mir gestern mit den Worten ausdrückte: La note du 30[4]) a été rédigée sous le régime du Canard, und in der That hatte der Tartarenschwindel zur Zeit des Abganges der Note seine Culmination.

Von Paris aus ist unter dem 13. cr. eine Circulardepesche an die Höfe zweiten Ranges in Deutschland ergangen, welche ihnen empfiehlt, den beiden Österreichischen Anträgen der Note vom 1. Oktober[5]) rückhaltlos zuzustimmen. Die Depesche enthält zwar bedenkliche Andeutungen über die Gefahren, denen sich die Staaten bei einer Spaltung in Deutschland aussetzten, und die nur durch Anschluß an Österreich verhütet werden können; der Krieg werde sonst verlängert und Deutschland sein Schauplatz. Aber der Ton des Aktenstückes ist gemäßigt und höflich, und es giebt namentlich zu, daß es für Preußen nach geographischer Lage und Familienverbindungen allerdings schwerer sei, sich zu activer Bethätigung der auch in Berlin vorhandenen Rechtsansicht zu entschließen.

Frankreich hat hier außer Herrn von Tallenay noch einen vertrauten Agenten, Herrn Tillos, der eigentlich zur Gesandtschaft in der Schweiz gehört,[6]) Deutschland aber durch langen Aufenthalt kennt. Beide Herren sprachen mir über die Absichten ihres Souverains in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen stets in einem Sinne, der dem Kriegsgeschrei der Pariser Blätter ganz entgegensteht; sie sagen: Der Kaiser hätte trop d'affaires sur le dos, pour s'en créer une nouvelle avec la Prusse; ein Krieg mit Preußen wäre ernsthafter als

1) scil. der K. Sächsische Gesandte am Bundestage.

2) cf. oben S. 194, Note 1.

3) cf. oben S. 5, Note 3.

4) Auch der Inhalt dieser Österreichischen Note findet sich erläutert in Band II, S. 88, Note 1 unserer Sammlung.

5) cf. oben S. 227, Note 7.

6) Tillos, Erster Legationssecretair bei der Französischen Gesandtschaft in Bern.

jeder andere außer mit England; er werde in seinem Verlauf, trotz aller Englischen Bosheit gegen Preußen, zur Störung des Englisch-Französischen Bündnisses führen und schließlich, wenn Frankreich siegte, und die Rheinprovinz gewänne, bald eine Europäische Coalition nach sich ziehen, um sie ihm wieder abzunehmen. Es scheint, als ob der Französische Ehrgeiz sich mehr auf die maritime Entwickelung im Mittelmeer richte; Erwerb Italienischer Häfen, die für Französische Landtruppen erreichbar sind. Civita-vecchia befestigen sie sehr stark und jedem Franzosen leuchten die Augen, wenn er davon spricht, wie sie ihre Marine unter dem régime des Englischen Bündnisses gehoben hätten.

1854 Okt. 20.

Der auffällige Besuch des Herrn von Prokesch beim Erzherzog Stephan [1]) wird hier mit dem Gespenst der Herstellung Polens in Verbindung gebracht, welches in den Französischen und Deutschen Blättern spukt. Ich habe schon früher [2]) erwähnt, daß Österreich wohl der Mann ist, zu dem man sich der That versehen kann, und daß es vielleicht gern Dacien für Galizien nimmt.

Unser Circular vom 13. cr. [3]) hat hier allgemeinen Beifall wegen seiner geschickten Fassung; es vermeidet eine, dem Tone Österreichs vom 30. cr. [4]) gegenüber unthunliche Nachgiebigkeit und läßt doch Österreich die Thür offen, so daß Österreich die Hoffnungen der Bundesgenossen täuscht, wenn es diese Thür nicht benutzt.

Meinen Collegen gegenüber habe ich in der letzten Zeit privatim etwa folgende Sprache geführt: Preußen hat die Friedenspolitik, welche alle Deutschen Cabinette als richtig erkannten, ohne Ehrgeiz und mit Hingabe für Deutschland geführt, indem es sich der Feindschaft des halben Europa exponirte; es kann dies ferner nur, wenn Deutschland fest bleibt; sieht Österreich, daß ihm Niemand oder nur Wenige folgen würden, so trennt es sich nicht von Deutschland, und letzteres bliebe, wenn fest und einig, auch ohne Österreich stark genug zu einer unabhängigen Politik; lassen aber die übrigen Bundesstaaten Preußen im Stich, lassen sie es zweifelhaft, ob sie uns die Bundesverträge bei einem Französischen Angriff ehrlich halten würden, dann ist Preußen allein nicht stark genug, Europa zu trotzen, und muß auf seine Sicherheit denken, indem es Partei nimmt. Sich mit einem plötzlichen Überfall Österreichs an Rußland anzuschließen, lassen weder die Gesinnungen Sr. Majestät noch die Bundesverträge zu; es bleibt uns also dann nur übrig, uns entweder in Folge eines oder schon vor einem westmächtlichen Bundesbeschluß den Gegnern Rußlands anzuschließen. Eine solche Schwenkung würde wiederum nur dann das Vertrauen

1) Erzherzog Stephan Franz Victor, geboren 14. Sept. 1817, K. K. Feldmarschall-Lieutenant.

2) cf. Band II, S. 51.

3) Der wesentliche Inhalt desselben findet sich abgedruckt in Band II, S. 93, Note 2 unserer Sammlung; siehe auch von Jasmund a. a. O. Band I, S. 371.

4) cf. oben S. 228, Note 4.



1854 Okt. 20. der Westmächte haben können, wenn sie mit einem Cabinetswechsel im liberalen Sinne verbunden wäre. Dann aber würden wir mit dem Westwinde der öffentlichen Meinung sehr rasch und weit von Österreich vorbeisegeln und dieses sich vergebens bemühen, uns zu halten. Jeder meiner Collegen, dem ich dies als die muthmaßliche Entwickelung Preußischer Politik mit dem Tone eines Unbetheiligten und Unerfreuten vortrug, wurde aufgeregt und beunruhigt davon. Sie fürchten eine solche Eventualität mehr als die Cholera und geben zu, daß durch eine solche Wendung Österreich distancirt und in der Deutschen Hegemoniefrage zur Defensive gezwungen sein würde. Auch die Franzosen fürchten eine solche Wendung der Dinge, und Herr Tillos[1]) versichert mich wiederholt, daß auch das jetzige Ministerium, wenn es sich Frankreich näherte, auf das Vertrauen des Pariser Cabinets rechnen könne. Nur England würde die Wiederbelebung des Liberalismus in Preußen nicht ungern sehen. Als Schreckmittel habe ich die Perspective auf ein liberales Cabinet in Berlin hier sehr probat gefunden, und möchte sie sich auch in der Presse, wenn im Tone der Befürchtung und Hoffnung der Parteien, nicht in dem der Drohung vorgebracht, bewähren.

In Darmstadt ist man Österreicher à toute épreuve, wenigstens die Herren von Dalwigk[2]) und von Münch". [3])

94. Eigenhändiger Bericht, betr. die Gouvernements-Wohnung in Mainz. Erfindungen in Betreff revolutionärer Vorgänge in Frankfurt a. M. 22. Oktober 1854.

Okt. 22. „Ew. Excellenz erlaube ich mir auf das vertrauliche Schreiben vom 27. v. M., die Gouvernements-Wohnung in Mainz betreffend, nach eingezogenen Erkundigungen Folgendes zu erwidern: Es ist meiner Überzeugung nach nicht zu erwarten, daß von Darmstadt, auch wenn diesseits eine indirekte Anregung erfolgte, Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen eine Wohnung würde angeboten werden. [4]) Selbst wenn wir direkt darum nachsuchten, würde man plausible Vorwände finden, es abzulehnen. Diese Ansicht wird auch von J. K. H. der Frau Prinzessin Carl[5]) getheilt, sowie von anderen mit den Ansichten Sr. K. H. des Großherzogs[6]) vertrauten Personen. Als der Hochselige Prinz

1) cf. oben S. 228, Note 6.

2) cf. oben S. 103, Note 3

3) cf. oben S. 48, Note 4.

4) Der Prinz von Preußen wurde im Oktober 1854 an Stelle des Erzherzogs Albrecht von Österreich zum Gouverneur der Bundesfestung Mainz ernannt; als Vice-Gouverneur wurde ihm der General-Lieutenant von Thümen beigegeben.

5) Gemahlin des Prinzen Carl von Hessen und bei Rhein, geb. Prinzessin Elisabeth von Preußen, Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen.

6) Ludwig III., Großherzog von Hessen und bei Rhein.

Wilhelm[1]) Gouverneur von Mainz war, ist schon nicht ohne Schwierigkeit erlangt worden, daß der Großherzog[2]) „Ihrem Durchlauchtigsten Herrn Neffen“ aus besonderer verwandtschaftlicher Rücksicht zeitweise einen Theil des Großherzoglichen Palais zur Disposition stellte. Im Sommer 1826 schienen zwischen beiden Theilen Mißverständnisse darüber obgewaltet zu haben, daß der Prinz eine Einladung des Großherzogs aus dem Vorjahre als für die Dauer der Gouvernements-Periode gemeint angesehen hat. Ein bei den Akten befindliches Schreiben des damaligen Hessischen Oberhofmarschalls von Perglas spricht sich darüber aus, wie unerwartet die Anmeldung des Prinzen gewesen sei, und wie er dringend bitten müsse, zuvor zu vermitteln, daß ihm von seinem Herrn der Befehl zur Übergabe des Palais zukomme. Eine persönliche Correspondenz zwischen beiden hohen Herren scheint demnächst die Sache nach den Wünschen des Prinzen geordnet zu haben.

1854 Okt. 22.

Gegenwärtig dient ein Theil des Palais und seiner Dependentien als Aufstellungslokal für verschiedene naturhistorische und Kunst-Sammlungen; der Rest wurde im vorigen Jahre für die Darmstädter Herrschaften selbst neu eingerichtet und gleich darauf durch ein Feuer wieder beschädigt.

Se. K. H. der Erzherzog Albrecht[3]) hat eine Wohnung in Großherzoglichen Gebäuden niemals gehabt und die Auffassungen Sr. K. H. des jetzt regierenden Großherzogs,[4]) welche besonders in Betreff der Bundesfestung mit Besorgnissen vor jedem Schein einer Schmälerung der Souverainetät gepaart sind, stehen gerade einem Etablissement Sr. K. H. des Prinzen von Preußen in Mainz abwehrend entgegen. Mir ist gesagt worden, daß schon die Residenz Sr. K. Hoheit in Coblenz vom Großherzog als eine Wolke am Horizonte der Unabhängigkeit der benachbarten Fürsten angesehen werde, und daß die gelegentlichen Anwesenheiten des Prinzen in Frankfurt von den Agenten unserer Gegner zu Interpretationen benutzt werden, welche bei sorgenvollen „Souverainen“ ein leichtgläubiges Ohr finden.

Meine Sondirungen in dieser Beziehung sind nur durch Kanäle erfolgt, wo ich vor Indiscretion sicher zu sein glaube; denn der Sache auf direktere Weise näher zu treten, schien mir nicht thunlich, da wir bei der jetzigen Lage der gegenseitigen Beziehungen nicht wohl eine ähnliche Gefälligkeit von dem Großherzoglichen Hofe erlangen können, wie zur Zeit des Hochseligen Prinzen Wilhelm. Nach den öffentlichen Blättern scheint es fast, als ob die Übernahme des Gouvernements durch Se. K. H. den Prinzen in Person erfolgen werde, während man hier bisher annahm, daß dies nur in dem Falle

---

1) Wilhelm, Prinz von Preußen, gestorben 28. September 1851.
2) Ludwig II.
3) cf. oben S. 230, Note 4.
4) Ludwig III.

1854 Okt. 22. geschehen würde, wenn die Übergabe durch den Erzherzog Albrecht vollzogen würde. Da hierbei aber von Österreichischer Seite nur der Vice-Gouverneur figuriren wird, so hatte ich geglaubt, der Prinz werde erst nach Mainz kommen, nachdem Herr von Thümen [1]) die Festung vom Feldmarschall-Lieutenant Mertens [2]) übernommen hätte.

In der heutigen Kreuzzeitung steht ein aus dem Hamburger Correspondenten übernommener Artikel, in welchem in Gefolge der hiesigen Feier des 15. Oktober [3]) Henkerlieder, Barrikadenhelden und Verhaftungen figuriren; der Correspondent ist muthmaßlich der hiesige, im Dienst des Herrn von Prokesch stehende Literat Hehner; die Angabe ist ganz aus der Luft gegriffen; ich habe auf der Polizei nachfragen lassen; es ist Nichts dem Ähnliches vorgekommen, auch nicht einmal der Stoff zu einem Gerücht. Eine mäßige Prügelei unserer Schlesier mit betrunkenen Bayern war das einzige hors d'oeuvre der Feier".

95. Eigenhändiger Bericht, betr. die beabsichtigten Reisen der Kaiser Napoleon und Nicolaus nach der Krim. Gerücht von dem Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und Frankreich. Herr v. Larisch und die Altenburger Angelegenheit. 17. Februar 1855.

1855 Febr. 17. „Die Zeitungsnachrichten über die Absicht des Kaisers der Franzosen, nach der Krim abzugehen, bilden hier seit gestern den Gegenstand der Unterhaltung, und finden bei den meisten Leuten Glauben, so fabelhaft sie klingen. Selbst Herr von Tallenay [4]) hält einen derartigen coup de tête dem Charakter des Kaisers nach nicht für unwahrscheinlich, und hat aus verschiedenen, seiner Meinung nach beachtenswerthen Quellen dieselbe Nachricht, welche hier zuerst durch den Geschäftsträger der Freien Städte in Paris, Herrn Rumpff, her gelangte. Der General Niel [5]) soll nach Paris den Tag eines Schlages gegen Sebastopol gemeldet, und den günstigen Erfolg als wahrscheinlich bezeichnet haben; den Ruhm desselben soll der Kaiser mit veni vidi vici pflücken, und

---

1) cf. oben S. 230, Note 4.

2) Freiherr von Mertens, Österreichischer Feldmarschall-Lieutenant, Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz während der Zeit, in welcher der Erzherzog Albrecht von Österreich das Commando als Gouverneur der fraglichen Festung führte.

3) Geburtsfest des Königs von Preußen.

4) cf. oben S. 5, Note 3.

5) Niel, Französischer Marschall und Kriegsminister, leitete 1853 im Kriege gegen Rußland als Commandant des Geniecorps der Ostsee-Expedition den Angriff auf die Festung Bomarsund, und ging, demnächst zum Adjutanten des Kaisers ernannt, im Januar 1855 in die Krim, um die Geniearbeiten von Sebastopol zu prüfen. Im April zum Oberbefehlshaber des gesammten Geniewesens der Französischen Belagerungsarmee ernannt, hatte er wesentlichen Antheil am endlichen Falle Sebastopols.

vierzehn Tage nach seiner Abreise wieder in Paris sein, da Hamelin [1]) ihn in fünf Tagen von Marseille nach der Krim fahren will. Regieren sollen inzwischen Graf Morny [2]) im Civil-, General Vaillant [3]) im Kriegswesen, beide unter dem alten Jérôme. [4]) So erzählt man hier. Prokesch und die Börse sind gleichmäßig beunruhigt und sagen, Louis Napoleon solle zu Hause bleiben und sein Land regieren, nicht aber seine zwei Augen muthwillig in Gefahr bringen.

1855 Febr. 17.

Wenn etwas an der Sache ist, so fürchte ich weniger Französische Unruhen während der Abwesenheit des Kaisers, oder Russische Kugeln für seine Person, als daß er sich bei einem mißlingenden Unternehmen betheiligen und dadurch für Fortsetzung des Krieges engagirt werden könne. Man sagt hier auch, der Kaiser Nicolaus sei ebenfalls unterwegs nach der Krim, und beide Monarchen würden sich dort sehen und umarmen.

Eine andere Nachricht, die Rumpff hierher gemeldet hat, ist die, daß in Paris ein von Olberg, [5]) unter Usedom's [6]) Leitung, redigirter Vertrag zwischen uns und Frankreich von dem Pariser Cabinet gebilligt worden sei und die Ratifikation aus Berlin verordnet werde. Rumpff behauptet, dies ganz sicher zu wissen, und meine Collegen waren gestern nicht wenig über die Nachricht beunruhigt. Ich habe ihr, im Sinne der letzten mir zugegangenen vertraulichen Erlasse (vom 10. cr. [7])), decidirt widersprochen.

---

1) Hamelin, Französischer Vice-Admiral, demnächst Marine- und Colonialminister.

2) Charles August Louis Joseph Graf von Morny, Französischer Staatsmann, leitete als Minister des Innern den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, vom November 1854 bis 1856 und demnächst wiederum von 1857—1865 Präsident des Gesetzgebenden Körpers.

3) Graf Vaillant, Marschall von Frankreich, Kriegsminister.

4) Prinz Jérôme Bonaparte, Marschall von Frankreich.

5) von Olberg, Oberst bei dem Militair-Gouvernement in Luxemburg, 1853 zur K. Gesandtschaft in Brüssel commandirt, seit 1855 Commandant der Bundesfestung Luxemburg.

6) von Usedom, Kammerherr und Wirklicher Legationsrath, Preußischer Gesandter in Rom, nachmaliger Preußischer Bundestagsgesandter.

7) Mittelst Erlasses vom 10. Februar 1855 theilte der Minister von Manteuffel Herrn von Bismarck Abschrift zweier Erlasse, die derselbe unter dem 29. Januar und 8. Februar an den K. Geschäftsträger in München gerichtet hatte, zur Kenntnißnahme mit, und eventuell um davon den geeigneten ganz vertraulichen Gebrauch zu machen. In dem zweiten Erlasse heißt es, General von Wedell werde als Basis seiner vertraulichen Besprechungen die Depesche vom 21. Januar zu nehmen haben. „Se. Majestät halten vor Allem an dem Standpunkte fest, daß ein Arrangement mit den Westlichen Mächten nur möglich, nachdem Preußen an den allgemeinen Friedensverhandlungen in völlig gleichberechtigter Weise theilzunehmen berufen sein wird. Denn nur wenn Preußen durch Theilnahme an den Friedensverhandlungen die Tragweite der dort in Aussicht genommenen Verständigung genau und vollständig übersehen kann, wird es im Stande sein, dem Bunde die ihm dabei zukommende Einflußnahme zu sichern und, wie dies auch in der diesseits in Frankfurt abgegebenen Erklärung angedeutet ist, durch vertrauliche Verhandlungen mit Nachdruck dahin zu wirken, daß sowohl Preußen selbst, als auch den übrigen Deutschen Regierungen Nichts angesonnen, geschweige denn auf dem Wege der Stipulation zugemuthet werde, was nicht zur Sicherstellung wirklicher, klar erkennbar Deutscher Interessen geeignet und nothwendig erscheine".

1855 Febr. 17. Herr von Larisch [1]) kam gestern hier an, um die Altenburger Sache zu betreiben. Ich kann nicht leugnen, daß es mich einigermaßen verletzt hat, zu sehen, daß ein Landsmann und ein so alter Bekannter von mir, wie er ist, sich mit seinem Anliegen zuerst an das Präsidium und nicht an den Preußischen Gesandten gewendet hat. Ehe er auch nur versucht hatte, sich mit mir in Verbindung zu setzen, konnte mir Prokesch schon mittheilen, was er mit ihm verabredet habe und wie die Sache beim Bunde zu behandeln sein werde. Auch in der orientalischen Politik weiß mein College von der Potsdamer Regierung für Preußen keinen anderen Rath, als vollständigen Anschluß an Österreich, und spricht sich in dem Sinne hier aus, mit der Besorgniß, Österreich werde Altenburg an Sachsen schenken, wenn Altenburg nicht mit Österreich stimme. Warum fürchtet man nicht Ähnliches von Seiten Preußens, wenn man doch auf allgemeine Auflösung des Rechtsbestandes calculirt? Ich möchte Ew. Excellenz anheimstellen, die Autorität des Oheims zu benutzen, um dem Herrn Neffen das Preußische Bewußtsein neu zu beleben. Ich will ihm eben meinen Gegenbesuch machen, und das Meinige auch zu jenem Zweck thun".

96. Eigenhändiger Bericht, betr. die erste Begegnung mit Frhr. v. Prokesch nach Wiederaufnahme der Präsidialgeschäfte. Abreise des Grafen v. Rechberg und Gerüchte von einer Versetzung des Herrn v. Bismarck nach Wien. Haltung der Berliner Polizei. Reisen höchster Herrschaften. Bundestagsferien und Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck. 4. Juli 1855.

Juli 4. — — „Mein erstes Wiedersehen mit Prokesch [2]) war beiderseits frei von Verlegenheit. Die sanfte Heiterkeit, deren Maske er trug, fand ihren Ausdruck auch in der Farbe seiner Handschuhe, die von zartestem himmelblau und ausnahmsweise ganz neu waren. Es schlug gerade zwölf am 2. Juli, und ich bemerkte beiläufig, daß dieser Moment genau die Mitte des Jahres sei, worauf er mit durchbrechender Herzlichkeit meine Hand ergriff, und sagte: „Wohlan, so vergessen wir die Leiden und Sorgen des alten Jahres, und beginnen wir ein ganz neues". Frau von Brints [3]) sagte er bei der Ankunft: „Sie haben mich ja gar nicht wieder hier erwarten wollen"! worauf sie erwiderte: „Wir wollen auch erst abwarten, ob Sie definitiv wieder hier sind". Er scheint also mit dem Hause Buol auch nicht ganz gut zu stehen.

Rechberg [4]) ist heute früh abgereist, einstweilen nach Württemberg, zu

1) von Larisch, Herzoglich Sächsischer Minister.

2) Wegen der zeitweiligen Abberufung des Herrn von Prokesch und dessen Vertretung durch Graf Rechberg vergl. Band II, Urkunden 98, 99, 136 und 138.

3) cf. oben S. 4, Note 5.

4) cf. oben S. 71, Note 2.

seinem Bruder; sein Abgang wird allgemein bedauert; einige meiner Collegen meinen, daß er in wenig Monaten wiederkommen werde, andere glauben, daß er nach Wien berufen sei, um Buol zu ersetzen. Von ihm selbst habe ich Einzelnes gehört, was mich annehmen läßt, daß er auf ein längeres Verweilen in Wien rechnet. Er hat die fixe Idee, daß ich Arnim's [1]) Nachfolger dort werden soll, und sagte beim Abschied, er werde unerachtet meiner decidirten Abneigung gegen diese Stelle Alles daran setzen, um mich dahin zu ziehen. Mich würde eine solche Versetzung etwas unglücklich machen; ich bin sehr gern hier, trotz Prokesch, und in Wien, fürchte ich, würde man die Mittel und die Neigung haben, mich für meine hiesigen Sünden gegen Österreich zu strafen. Dieser Gesichtspunkt wird mir besonders nahe gelegt durch das Wohlwollen, mit welchem auch Prokesch sich für meine demnächstige Ernennung nach Wien interessirt.

1855 Juli 4.

Gestern passirte hier ein Englischer Capitain Yates, der bei Malet [2]) und anderen Gesandten eine hoffentlich übertriebene Geschichte von einem Conflict der Berliner Polizei mit dem Jockeyclub im Hôtel du Nord [3]) erzählte, bei dem er anwesend gewesen war. Wenn die Sache sich so verhält, wie er erzählt haben soll, so muß der betreffende Beamte sich gegen die betheiligten Herren allerdings mit einer beklagenswerthen Rohheit benommen haben. Auch einige vornehme Österreicher sollen dabei gewesen sein, durch welche Nachrichten und Klagen hierher gelangt und die Sache zum Gegenstand des Salon-Klatsches geworden ist. Ich kenne den Vorgang nicht genug, um das Wahre vom Falschen zu unterscheiden; darüber aber stimmen die Klagen aller Reisenden überein, daß die Berliner Polizei dermalen die gröbste in Europa ist, und in übermüthiger Behandlung Einzelner und Nichtachtung der Höflichkeitsform im Allgemeinen selbst den Französischen Mouchard wesentlich übertrifft. Ich kann solchen Beschwerden nach meiner eigenen Erfahrung nicht widersprechen; der Ton der Leute gegen Unbekannte ist unnöthig barsch, und die Controle der sich auf den Straßen von Berlin langweilenden Constabler erstreckt sich auf die Höhe, bis zu der achtbare Damen bei Regenwetter ihre Röcke aufheben, und auf die Stellung, in der Jemand in einer Droschke sitzt. Dergleichen Plackereien sind oft viel bedenklichere Quellen der Verstimmung gegen eine Regierung, als Meinungsverschiedenheiten über Regierungsform und Budget. Der Hang zu dienstlicher Arroganz und Grobheit steckt allerdings in dem subalternen Theil unserer Büreaukratie mit einer unverwüstlichen Zähigkeit.

Heute früh war der Prinz Friedrich von Hessen hier, und ist nach Rumpenheim gefahren; Prinzeß Carl K. H. [4]) kommt am Montag früh.

1) cf. oben S. 70, Note 1.

2) cf. oben S. 107, Note 2.

3) Gemeint ist der Vorgang zu dem Duell des Polizei-Präsidenten von Hinkeldey in Berlin. cf. Band II, S. 352.

4) cf. oben S. 230, Note 5.

1855 Juli 4. Der College[1]) schmeichelt sich mit der Aussicht auf baldige Bundesferien; in vorigem Jahre fielen sie aus,[2]) und man hält daran, als an einem der schätzenswerthesten Bundes-Grundrechte. Sollte die Aussicht sich verwirklichen, so würde ich versuchen, einige Wochen Urlaub zu erhalten, um die Wirkung des Seewassers gegen Rheumatismen und Hexenschüsse zu erproben. Hoffentlich wird Ihrer Frau Gemahlin Misdroy mit seinen einsamen Wäldern und täglichen Flundern gut bekommen; ich finde den Ort nicht ohne Reize, aber das Unterkommen war früher dürftig".

97. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rückkehr des Herrn v. Bismarck nach Frankfurt a. M. Geschäftslage am Bunde. Gerüchte über einen Wechsel in der Person des Präsidialgesandten. Politische Wahrnehmungen in Paris. Augenblickliche Entblößung Frankreichs von Truppen. Graf v. Hatzfeldt. 14. September 1855.

Sept. 14. „Ew. Excellenz erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich wieder hier eingetroffen bin.[3]) Ich hatte ursprünglich beabsichtigt, meinen Urlaub mit einer villeggiatura am Rhein zu beschließen, und mir zu dem Behuf ein Quartier in Rolandseck ausgesucht; in Folge der Nachricht aber, daß Se. M. der König herkommt, habe ich mich begnügt, meiner Frau die Örtlichkeit zu zeigen, die ich ihr zugedacht hatte, und sie auf's nächste Jahr zu vertrösten.

Hier fand ich einstweilen nur die Vertreter von Holstein, Luxemburg, Hessen-Homburg und Frankfurt unter dem Vorsitze Württembergs; gestern sind Sachsen und Baden dazugekommen; Geschäfte aber finden keine statt.

Die Österreicher bestreiten es noch, daß Rechberg wieder herkommen werde, und hört man auch die Conjectur wieder auftauchen, daß Rechberg Buol's Stelle einnehmen, und Letzterer hier das Bundespalais beziehen werde. Ich glaube eher, daß Buol, wenn er überhaupt zurücktritt, sich den Pariser Posten ausersehen hat, vorausgesetzt, daß die Freundschaft mit Frankreich bei der Gelegenheit nicht zu stark erschüttert würde. In dem Falle bekämen wir hier wahrscheinlich Koller;[4]) daß Prokesch hier bleibt, nimmt Niemand mehr an. Ich bedauere dies; denn solange Österreich seine bisherige Stellung gegen uns beibehält, wünsche ich mir keinen anderen Collegen als den bisherigen; es ist jedenfalls besser, eine Preußenfeindliche Politik durch einen ungeschickten, als durch einen gewandten Vertreter geführt zu sehen.

Was ich in Paris an politischen Symptomen wahrgenommen habe, sprach übrigens nicht für die Fortdauer eines geheimen Verständnisses zwischen Wien

1) scil. Prokesch.
2) cf. oben S. 226, Note 5.
3) cf. Band II, Urkunde 143.
4) cf. oben S. 111, Note 1.

1855 Sept. 14.

und Paris. Man renommirte in den ministeriellen Kreisen allenfalls damit, die Deutschen Mittelstaaten in der Tasche zu haben; die Erwähnung Österreichs aber war stets mit unwillkürlicher Bitterkeit gefärbt, während ich glaubte, man werde uns gegenüber gern sich den Schein geben, mit Österreich sehr gut zu stehen. Eine kriegerische Äußerung habe ich während meines ganzen Aufenthaltes von Niemand gehört; im Publikum sprach man von dem Kriege fast immer mit Achselzucken, am unbefangensten von Seiten der Militairs, Canrobert[1]) eingerechnet. In Gesprächen mit den officiellen und anderen Politikern herrschte das Bestreben vor, zu erklären, warum man die Österreichischen Vorschläge nicht angenommen habe; neu war mir dabei, daß man vor der Ablehnung Österreich befragt habe, ob es im Falle der Annahme versprechen wolle, für die Durchführung seines eigenen Programmes zum Kriege zu schreiten, wenn Rußland Schwierigkeiten erhebe; diese Zusage zu geben, habe Österreich mit ausweichender Antwort verweigert; darauf erst sei die Ablehnung der Westmächte erfolgt. Mr. X. erzählte mir das ausführlich, und Graf Walewski[2]) sprach sich in demselben Sinne aus. Der Kaiser sprach vorzugsweise von dem Befinden Sr. M. des Königs und seiner Theilnahme für dasselbe, sagte mir auch persönlich schmeichelhafte Dinge. Unverkennbar wurden wir Preußen im Vergleich zu anderen Fremden mit großer Aufmerksamkeit behandelt. Besonders Österreicher bemerkte man fast nirgends, und Hübner[3]) erschien bei keinem der Feste, angeblich wegen Krankheit, obschon ich ihn inzwischen ganz wohlauf sah.

Bezeichnend für die Opfer des Krieges ist in Frankreich die vollständige Leere in allen Infanterie-Garnisonen. Die Armeen von Paris, Lyon und Boulogne sind in respectablem Zustande, zusammen vielleicht 100 bis 120 000 Mann; in den sonstigen Garnisonen aber befinden sich nur Depots, im engsten Wortverstande. In Straßburg, Metz, Rouen hatten die Infanterie-Regimenter nur die zur Dressur der fortwährend zugehenden Rekruten nöthige Mannschaft bei der Fahne, und jede ausexercirte Rekruten-Abtheilung wird sofort auf die Eisenbahn gesetzt, um nach dem Orient abzugehen. Der Wachtdienst in Straßburg und Metz wurde von Nichtcombattanten, den Handwerkern und Arbeitern der Truppentheile, und in Metz von den Artillerieschülern gethan. In Straßburg befinden sich nach den mir von Einwohnern gemachten und in Paris von Militairs bestätigten Angaben nur wenig über 500, jedenfalls unter 1000 Mann Infanterie verschiedener Regimenter; auf den Wällen schilderten Cavalleristen. Ein Ordonnanz-Offizier des Kaisers gab mir den Unterschied zwischen der

1) Französischer Divisions-General, demnächst Oberbefehlshaber der Französischen Truppen vor Sebastopol, wurde 1855 in seinem Commando durch den General Pélissier ersetzt und nach Frankreich zurückberufen.

2) Graf Walewski, Französischer Minister des Auswärtigen.

3) cf. oben S. 189, Note 2.

1855 Sept. 14. Truppenzahl, die successive eingeschifft worden, und der, die jetzt im Orient vorhanden sei, auf einige 80000 Mann an. Die Verkleinerung der Verluste in den amtlichen Berichten wird von der Armee sehr übel genommen, und jeder Offizier ist leicht bereit, den Moniteur in dieser Beziehung Lügen zu strafen.

Ich schrieb Ew. Excellenz schon, daß Hatzfeldt noch immer sehr mißtrauisch gegen X. und gereizt über dessen Ernennung ist. Ich habe mich vergebens bemüht, diese Empfindungen bei ihm zu bekämpfen. Die Erlebnisse mit Wedell [1]) und Olberg [2]) haben auf Hatzfeldt's an und für sich reizbaren Gesundheitszustand nachtheilig gewirkt; der Verdruß zehrt an ihm, und das ist ein unzweifelhafter Schaden für den Königlichen Dienst, denn Hatzfeldt ist eine schwer zu ersetzende Specialität für Paris. Die verwandtschaftlichen Beziehungen der Gräfin und sein eigener langer Aufenthalt unter verschiedenen Regierungen haben ihm Verbindungen verschafft, die ihn zu einer Autorität für das diplomatische Corps machen. In Bezug auf die Thätigkeit Olberg's in Paris hat er, wie ich annehmen darf, interessante Materialien; nach seinem Charakter und noch mehr nach seiner jetzigen Stimmung mischt er sich nicht aus eigener Initiative in irgend etwas; wenn er aber eine Veranlassung erhielte, sich über seine Erlebnisse dieses Jahres auszulassen, so würde er sie, wie ich glaube, mit großer Genugthuung ergreifen".

98. Eigenhändiger Bericht, betr. den Besuch des Herrn v. Bismarck am Hoflager in Coblenz. Graf v. Bernstorff und Graf v. Hatzfeldt. Entgegenkommende Haltung der Süddeutschen Fürsten und Abnahme der Furcht vor Frankreich. Österreichische Preßmanöver. 5. Oktober 1855.

Okt. 5. „Ew. Excellenz beehre ich mich anzuzeigen, daß ich, nachdem ich die Majestäten bis zum Appollinarisberge begleitet hatte, mit einem Umwege über das Ahrthal und den Laacher See hier wieder eingetroffen bin. Mit mir hat Se. Majestät über Politik während des Aufenthaltes in Coblenz nicht weiter gesprochen, dagegen fand Bernstorff [3]) auf dem Dampfschiffe noch Gelegenheit, dem König sein Herz auszuschütten, wobei Se. Majestät geäußert hat, daß die ganze durch die Wedell-Usedomsche Eingabe angeregte Episode als erledigt

---

1) von Wedell, General-Lieutenant, General-Adjutant des Königs von Preußen und Gouverneur der Bundesfestung Luxemburg, war nach Paris gesandt worden, um zu eruiren, ob, und auf welcher Basis etwa Preußen der Einladung zum Beitritte zu dem Wiener Vertrage vom 2. Dezember 1854 entsprechen sollte. Vergl. über diese Mission von Wedell's Band II, S. 151, 159, 167, 174 und 187 f.

2) cf. oben S. 233, Note 5.

3) cf. oben S. 8, Note 6.

anzusehen sei, nachdem Hatzfeldt sich glänzend gerechtfertigt habe. Auch für seine Person war Bernstorff von den Auslassungen des Königs sehr befriedigt, und die erregte Stimmung, in der er sich vorher befand, schien nach der Audienz gehoben zu sein. Ich glaube sonach, daß sich Hatzfeldt und Bernstorff als die besten Bundesgenossen Ew. Excellenz gegen jenen Angriff bewährt haben; mögen sie es gern oder ungern gethan haben, sie waren von dem gegnerischen Angriff solidarisch mitbetroffen.

1855 Okt. 5.

Das Empressement, mit welchem die Süddeutschen Fürsten dem König entgegengekommen sind, namentlich der Besuch des Königs von Württemberg,[1]) hat hier ein günstiges Aufsehen gemacht, und in Paris nach den hier eingegangenen Nachrichten unangenehm überrascht; wenn, ungeachtet der Kenntniß von diesem Pariser Befremden, der Großherzog von Hessen zum 15. nach Berlin geht, so liegt darin ein Beweis, daß in Darmstadt die Furcht vor Frankreich abgenommen hat, trotz Sebastopol. Man kennt jetzt überall die Entblößung der Französischen Garnisonen[2]) außerhalb der Bezirke der Armeen von Paris, Lyon und Boulogne, und sieht etwas weniger Gespenster in der Richtung. Darmstadt sehe ich als eine Art von Wetterglas für die Stimmung der Deutschen Regierungen an; das Quecksilber Dalwigk's giebt am leichtesten dem Druck der politischen Atmosphäre nach.

Österreich tummelt im Journal de Francfort und Constitutionel in wahrhaft lächerlicher Weise sein lahmes Schlachtroß von Versicherungen dessen, was es für Frankreich thun werde und längst gethan hätte, wenn es nicht von Preußen am Rockschoß gehalten würde. Ich möchte doch wissen, wen sie mit diesen würdelosen Augendienereien gegen Westen und Renommagen gegen Osten noch zu betrügen glauben; solange die Armee nicht wieder in Galizien steht, ist doch diese Drapirung mit dem Kriegsmantel zu fadenscheinig".

99. Eigenhändiger Bericht, betr. die Umtriebe des Frhr. v. Prokesch und Bekämpfung derselben durch Herrn v. Bismarck; Schwenkung Bayerns gegen Österreich. König Otto von Griechenland. Mission des Marschalls Canrobert nach dem Norden. Pariser Friedensnachrichten. Ankunft des Grafen v. Rechberg.*) 6. November 1855.

— — „Prokesch spielt die Rolle des Bösewichts in dem langweiligen Bundesroman bis an's Ende; es scheint, daß er seinem Nachfolger absichtlich einen schwierigen Anfang bereiten will, indem er streitige Sachen, wie die Anstellung des Archivars,[3]) die Rastatter Kriegsbesatzung[4]) u. dergl., in den Vor-

Nov. 6.

---

*) Hat dem König vorgelegen.

1) Dieser Besuch erfolgte in Stolzenfels. cf. Band II, S. 279.

2) cf. oben S. 237 f.

3) cf. Band II unserer Sammlung, Urkunde 147.

4) cf. Band II, Urkunde 94.

1855 Nov. 6. bergrund zieht, Akten verleugnet, die ich fordere, die Ausschußsitzungen willkürlich ausfallen läßt, und sich unsichtbar macht. Er hat ursprünglich geglaubt, zwei Tage nach der Sitzung vom 25. v. M. durch Rechberg abgelöst zu werden,[1]) und um nicht selbst noch unter dem Streit, den er hinterlassen wollte, zu leiden, hat er seit dem 25. Oktober alle Sitzungen abgesagt. Über den wiederholten Ausfall des Militair-Ausschusses habe ich ihn heute schriftlich zur Rede gestellt; er führt seine bevorstehende Abreise als Grund an, worauf ich ihm erwiderte, daß darunter die laufenden Geschäfte ebensowenig leiden sollten, wie sie unter der Behinderung des Gesandten einer anderen Regierung zu leiden pflegen. Leider bin ich bei meinen Collegen in dergleichen Kampf gegen Präsidialwillkür noch immer ohne Beistand, besonders seit Bayern wieder in einer Schwenkung nach Österreich hinüber gravitirt. Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, bei welcher diese Wahrnehmung officielle Belege hätte finden können; aber ich sehe es meinem Collegen Schrenk[2]) an.

In Paris wird Pfordten,[3]) dessen schwache Seiten man dort wohl nicht ungenutzt lassen wird, vielleicht französischer, aber schwerlich österreichischer gemacht worden sein. Dagegen scheint das Wiener Cabinet in der traurigen Lage des Königs Otto[4]) eine neue Handhabe gewonnen zu haben, um auf Bayerns Haltung zu wirken.

Prokesch hat der Großherzogin von Hessen versprochen, Wunder für ihren Bruder[5]) zu thun, und einstweilen einen Bayerischen Orden für seinen guten Willen erhalten. Er wird auf der Reise nach Constantinopel in Athen anlegen und einen Aufenthalt dort machen.

Die Sendung Canrobert's[6]) nach dem Norden macht hier viel zu denken: Überwinterung von Kriegsschiffen, Bündniß mit Schweden, Ausbeutung der Sundzoll-Verlegenheit Dänemarks, der Wunsch, Canrobert zu thun zu geben und ihn aus Paris zu entfernen, und vieles Andere wird conjecturirt; auch Friedensverhandlungen durch Dänische Vermittelung.

Gewiß ist, daß alle hierher gelangenden Pariser Nachrichten von Friedenswünschen überfließen; sogar der kleine Damrémont,[7]) Dalwigk's[8]) Tyrann in Darmstadt, bläst mit vollen Backen die Friedensschalmey.

Eben erfahre ich, daß Rechberg[9]) angekommen ist".

---

1) cf. Band II, Urkunde 146.

2) cf. oben S. 16, Note 4.

3) Über den Aufenthalt und die Eindrücke des Bayerischen Ministers des Äußern in Paris vergl. Band II, S. 267.

4) Der Bruder des Königs Max von Bayern, geboren 1. Juni 1815, am 5. Oktober 1832 auf den Griechischen Thron erhoben.

5) Die Großherzogin Mathilde war eine Tochter des Königs Ludwig von Bayern, eine Schwester des Königs Otto von Griechenland.

6) cf. oben S. 237, Note 1.

7) Graf von Damrémont, Französischer Gesandter am Darmstädter Hof, seit 1853.

8) cf. oben S. 103, Note 3.

9) Österreichischer Bundes-Präsidialgesandter, Nachfolger des Freiherrn von Prokesch.

100. Eigenhändiger Bericht, betr. den Grafen v. Montessuy. Zuvorkommenheit des Grafen v. Montessuy für den Gesandten der Sächsischen Herzogthümer. Hoffnung des Grafen v. Rechberg auf eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich, sowie Rückwirkung auf die Haltung der kleinen Deutschen Fürsten. Russische Orientpolitik; größere Aussicht auf Verständigung im Falle direkter Verhandlungen Rußlands mit Frankreich; abwartende Haltung Österreichs. Tod der Frau v. Brints. 11. Januar 1856.

1856 Jan. 11.

„Ew. Excellenz habe ich von hier, wie seit längerer Zeit, so auch jetzt Nichts von erheblichem Interesse zu berichten, und ich bin darüber nicht unglücklich, denn die Zeiten, wo die Geschäfte hier lebhaft werden, pflegen nicht zu den erfreulichen zu gehören.

Den neuen Vertreter Frankreichs [1]) finde ich bisher friedlicher und ruhiger in seinen politischen Auffassungen, als ich nach den Schilderungen vor seiner Ankunft glauben mußte. Nur scheint er sich von dem Vorurtheil noch nicht los zu machen, daß sich hier für einen fremden Gesandten sichtbare Erfolge schnell erringen ließen. Er hat sechs Attachés und Secretaire bei sich, besucht täglich die meisten Gesandten und berichtet täglich, ohne einen denkbaren Stoff dazu. Gesellschaftlich findet man ihn anspruchsvoll und seiner Frau ist Frankfurt jetzt schon langweilig. Ich kann nicht über ihn klagen, und werde ihm Donnerstag ein Diner geben. Graf Montessuy ist gegen den Gesandten der Sächsischen Herzogthümer, und sonst gegen Niemand, von einer großen Zuvorkommenheit; er legt damit die Freundschaft seines Kaisers für den Herzog von Coburg an den Tag, von der er mit Ostentation spricht.

Rechberg war bisher in einiger Besorgniß, daß er von Wien Aufträge erhalten werde, welche er selbst für beklagenswerth halten würde,[2]) wie er denn überhaupt mit seinem Urtheil über die gefährlichen Mängel der dermaligen Wiener Politik nicht zurückhält. Heute dagegen theilte er mir in großer Freude mit, daß, nach Gerüchten aus Wien, es gelungen wäre, durch Edwin Manteuffel [3]) zu einer Verständigung mit uns zu gelangen. Die Österreichische Presse hat diese Mission Edwin's schon vielfach dazu benutzt, um den Deutschen Regierungen zu insinuiren, daß Preußen seine Politik ändere, und sie wohl thäten, bei Zeiten daran zu denken, was sie selbst thun wollten. Allerdings ist Nichts geeigneter, die Kleinen in's Österreichische Lager zu ziehen, als die Erweckung der Besorgniß, daß wir nicht fest bleiben, sondern sie im Stiche lassen würden. Bei Zweifeln über die Entschlossenheit unserer Politik in der bis-

---

1) Graf von Montessuy, Französischer Bundestagsgesandter, der Nachfolger des Herrn von Tallenay, accreditirt am 22. Dezember 1855. cf. auch Band II, S. 281 f. und 297.

2) cf. Band II, Urkunde 163.

3) Freiherr von Manteuffel, Oberst und Flügel-Adjutant des Königs von Preußen.

1856 Jan. 11. herigen Richtung treibt sie die Sorge um ihre Selbsterhaltung in das Österreichische und demnächst in das Französische Lager.

Die Russische Circulardepesche vom 22. v. M.[1]) hätte ungleich mehr Eindruck gemacht, wenn sie vor Absendung Esterházy's[2]) von Wien bekannt geworden wäre; etwa gleich als man sich entschloß, in die Neutralisation des Schwarzen Meeres zu willigen, was wie ich glaube zu Anfang des Dezember war. Wenn Rußland selbst, wie allgemein erwartet wird, Gegenpropositionen macht, und dieselben einigermaßen nachgiebig ausfallen, so wird deren Eindruck um so günstiger für Rußland sein, je schneller sie allgemein bekannt werden. Ich glaube instinctmäßig nicht an ein günstiges Resultat, solange die Verhandlungen ausschließlich über Wien und nicht direkt mit Paris geführt werden. Letzterer ist der friedliebendste und empfänglichste Punkt im Westlichen Lager, während Österreich allgemein dafür gilt, daß es in seiner durch den Aprilvertrag gesicherten Lage den Krieg der Anderen noch recht gern eine Zeit lang mit ansehen würde. Die Französischen Regimenter sind in der Krim besser aufgehoben, als an der Grenze von Italien, und wie es mit den Fürstenthümern wird, kann man nicht wissen, solange das Wasser trübe ist.

Durch den Tod der Frau von Brints[3]) ist eine große Lücke in der hiesigen Gesellschaft entstanden; es ist hier kaum eine Familie, die nicht einen Trauerfall für diesen Winter hätte".

101. Eigenhändiger Bericht, betr. die Aufnahme des Sohnes des Staatsraths v. Eisendecher in die Preußische Marine. 10. November 1856.

Nov. 10. „Ew. Excellenz erlaube ich mir durch dieses Schreiben in Ihrer Eigenschaft als Chef der Admiralität mit einer Bitte zu behelligen.

Mein Oldenburgischer College, Staatsrath von Eisendecher, gehört, wie Ew. Excellenz bekannt ist, nicht zu unseren politischen Freunden. Als ehemaliger Staatsmann der Gothaer Partei sieht er in uns die Verkümmerer seiner früheren Hoffnungen. Er hat sich bemüht, seinen einzigen Sohn,[4]) nachdem er dessen Leidenschaft für den Seedienst nicht hat bemeistern können, in die Österreichische Marine zu bringen, wo man ihn bereitwillig aufgenommen hätte, wenn nicht in dem entschlossenen Widerstande des Sohnes gegen die Absicht des Vaters ein Hinderniß erwachsen wäre. Der junge Mann, ob-

1) cf. von Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage, Band II, S. 314. (Hiernach wäre dieselbe vom 23. Dezember 1854 datirt.)

2) Graf von Esterházy, Österreichs Vertreter in St. Petersburg, demnächst Gesandter in Berlin; cf. auch Band II, S. 291f.

3) cf. oben S. 4, Note 5.

4) Zur Zeit Preußischer Gesandter am Hofe zu Karlsruhe.

schon erst 15 Jahre alt, ist so decidirt in seiner Vorliebe für Preußen, daß er auf keinen Fall nach Österreich, sondern lieber in die Hanseatische Handelsmarine gehen will, wenn er in unserer Kriegsmarine nicht ankommen kann. Er hat diesen, mit seinem Vater so wenig harmonirenden Borussianismus theils von seiner Mutter, theils in meinem Hause eingesogen; seine Mutter ist mit meiner Frau befreundet, und hat von den Beziehungen ihres Mannes auf dem politischen Gebiete keine Vorstellung. Der junge Eisendecher ist 15 Jahre alt, reif für Secunda, und auch außerhalb der Gymnasial-Kenntnisse vielfach unterrichtet, dabei körperlich und geistig geeignet, um einen guten Seeoffizier aus ihm zu machen. Er wird von mütterlicher Seite wohlhabend werden und sein Eintritt bei uns wäre ein Vorgang, der hoffentlich unter den analogen Elementen der Bevölkerung an der Nordsee Nachahmung finden würde. Indem ich meinen Schützling der Gewogenheit Ew. Excellenz angelegentlichst empfehle, erlaube ich mir die Anfrage, ob derselbe Aussicht hat, Aufnahme in unseren Marinedienst zu finden, welches die amtlichen Schritte sind, die er thun muß, und ob dieselben bei Ew. Excellenz oder bei des Prinzen Adalbert [1]) K. H. anzubringen sind". [2])

1856 Nov. 10.

102. Eigenhändiger Bericht, betr. den Grafen v. Montessuy. Wechsel in der Person des Russischen Gesandten am Bunde. Desgl. des Spanischen Gesandten und Vorschlag desselben zur Lösung der Neuenburger Frage. Graf de Barral und dessen Verhältniß zu dem Grafen v. Rechberg. Graf v. Mulinen. Neuenburger Frage. 18. November 1856.

Nov. 18.

„Ew. Excellenz beehre ich mich heute mit mehr Muße eine Fortsetzung meines gestern durch den Postschluß unterbrochenen Schreibens [3]) zu liefern.

Der Artikel der Kölner Zeitung, welcher Graf Montessuy [4]) gestern beunruhigte, steht in Nr. 15 cr., datirt von Wien unter dem Zeichen der Waage. [5])

---

1) Admiral Prinz Heinrich Wilhelm Adalbert, Oberbefehlshaber der Preußischen Marine.

2) cf. Band III unserer Sammlung, Urkunde 68 (Schluß).

3) cf. Band III, Urkunde 33.

4) cf. oben S. 241, Note 1.

5) Der betreffende Artikel lautet: Wien, 12. Januar. „Der Russische Courier, welcher die Antwort des Petersburger Cabinets überbringt, wird heute hier eintreffen. In den hiesigen diplomatischen Kreisen erhält sich die Meinung, daß die Russischen Gegenvorschläge den Anforderungen der Antragsteller nicht entsprechen werden, und fehlt es nicht an Anzeichen, welche darauf hindeuten, daß die Westmächte an eine Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen nicht denken. So wird z. B. aus London von officieller Seite gemeldet, daß neuerdings wieder Verhandlungen zwischen England und Frankreich im Gange sind, welche sich auf die Modificirung, beziehungsweise Aufhebung der auf die Ordnung der Dänischen Thronfolge bezüglichen Protokolle und Verträge, und namentlich des

1856 Nov. 18. Mein Französischer College legt im Ganzen zu viel Gewicht auf die Presse, und nimmt aus derselben viel unzuverlässigen Stoff zu seinen Berichten, weil er keine richtige Vorstellung von dem Treiben und der Beschaffenheit der deutschen Zeitungs-Correspondenten hat. Er hat überhaupt einen noch ungebrochenen Eifer im Berichterstatten, und ist von meinen Deutschen Collegen einigermaßen gefürchtet wegen der inquisitorischen Bemühungen und direkten Fragen nach den Vorgängen der Sitzungen, mit denen er der geheimnißvollen Wichtigkeit der Gesandten zu Leibe geht. Gesellschaftlich hat er sich keine gute Stellung hier zu machen gewußt, was namentlich an der Frau liegt. Sie wird von den Bundesdamen nicht höflich genug gefunden, um ihr ihre Ansprüche und ihre Diamanten zu verzeihen; ihre Einladungen sind der Keim neuer Feindschaften, weil die Auswahl und die Placirung den vielfachen Klippen der hiesigen Rang- und anderen Ansprüche nicht Rechnung trägt; ein Theil der Bundestagsgesandten geht gar nicht mehr hin zu Montessuy's. Ich gehöre zu den Wenigen, die gut mit Mann und Frau stehen, und habe an dem Hause nur auszusetzen, daß schlecht gegessen und noch schlechter getrunken wird in demselben, was ich aber mit gewohnter Hingebung für den Königlichen Dienst ohne Murren ertrage, da Montessuy im Übrigen ein angenehmer College für mich ist.

Den bisherigen Spanier, Estrada, [1]) verlieren wir, wie es scheint, in kurzem; er schlägt vor, die Neuenburger Frage [2]) dadurch zu erledigen, daß Se. Majestät, nach Abtretung des Fürstenthums, „Erster Ehrenbürger der Schweiz" und diese Thatsache auf einer Denksäule in Bern proklamirt und verewigt würde; er hat mich wiederholt mit dem dringlichsten Ernst gebeten, diesen modus der Beilegung bei Ew. Excellenz in Antrag zu bringen. Sein Nachfolger hier soll der Marquis Quiñones, [3]) jetzt erster Secretair in Paris, werden.

Während der Ferien haben wir auch einen neuen Sardinier herbekommen, Graf Barral, [4]) den Mann einer sehr hübschen Pariserin. Ich habe Ew.

Tractates vom 8. Mai 1851 beziehen. Man dürfte übrigens wohl um so weniger irren, wenn man die Wiederaufnahme dieser Verhandlungen zugleich auch als Antwort auf die Circularnote Dänemarks betrachtet, in welcher es jede Solidarität mit dem Westmächtlich-Schwedischen Vertrage vom 21. Dezember ablehnt, als, sicherem Vernehmen zufolge, die Westmächte nicht abgeneigt sein sollen, bei den die Erbfolge-Ordnung in Dänemark betreffenden Verhandlungen die Rechte der Augustenburgischen Linie vorzüglich zu berücksichtigen, welche bekanntlich durch den Tractat vom 8. Mai 1851 von der Thronfolge, und zwar zu Gunsten der Glücksburger Linie, ausgeschlossen wurde".

1) Francisco de Estrada, accreditirt in Frankfurt am 3. Januar 1856.

2) Über diese Angelegenheit siehe auch die im III. Bande unserer Sammlung handelnden Urkunden 21—24, 27, 28, 30, 33, 36, 39—47 und 54. Vergl. auch oben S. 149.

3) Quiñones de Léon, Marquis de San Carlos, Minister-Resident, accreditirt am 23. April 1857.

4) Graf de Barral, Minister-Resident, seit Juni 1856, vordem Legationsrath in Paris.

1856 Nov. 18.

Excellenz seiner Zeit wohl geschrieben, daß Graf Rechberg Anfangs im Ausschuß versuchte, darauf hinzuwirken, daß der Vertreter Sardiniens wegen gewisser Äußerungen Cavour's [1]) aus Rücksicht auf Österreich vom Bunde gar nicht angenommen werde. Nun ist es im Vergleich damit einigermaßen überraschend, daß sich statt der erwarteten Kälte ein wie es scheint sehr freundschaftliches Verhältniß zwischen Graf Barral und Graf Rechberg entwickelt hat. Ich weiß nicht, ob ich in Folgendem einen Schlüssel dazu suchen soll, und ob Barral das seltene Beispiel eines auf Österreich hoffenden Sardiniers liefert. Auch er hat die Gewohnheit indiscreter direkter Fragen; bei Gelegenheit einer solchen in Betreff unserer Beziehungen zu Rußland und Frankreich habe ich ihm, ohne gerade etwas zu sagen, dessen Unwahrheit er constatiren könnte, Verschiedenes aufgebunden, an dessen weiterem Verlaufe ich wohl merken werde, ob er mit Rechberg im Einverständniß ist oder nicht. Das Merkwürdige dabei war mir nun, daß Barral offenbar etwa nachstehende Ansicht hatte: Piemont hat eine ernsthafte Förderung seiner Macht und Unabhängigkeit von Frankreich, und namentlich von einer Französisch-Russischen Allianz nicht zu erwarten; wenn dagegen Österreich Gefahr läuft, von einem übermächtigen Continental-Bündniß zwischen Frankreich, Rußland und Preußen erdrückt zu werden, so bleibt ihm nichts Anderes übrig, als sich selbst an die Spitze der nationalen Bewegung der unterdrückten katholischen Völker, nämlich der Polen, Italiener, Deutschen und Franzosen zu stellen, so mit Englands Hülfe seine drei Gegner durch die Revolution in die Luft zu sprengen, und in dem einigen Deutschland seine Entschädigung für die an Polen und Italien abzutretenden Provinzen zu suchen, und mit den neuzubildenden katholisch-liberalen Nationalstaaten ein Europa dominirendes Bündniß zu bilden. Er formulirte dieses System nicht so, wie ich es hier thue, er sprach im Gegentheil in provocatorischer Weise gegen Österreich, aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich das obige abenteuerliche Raisonnement als sein eigentliches Glaubensbekenntniß mir aus seinen Reden abstrahirte. Dasselbe muß auch schon in anderen Köpfen gespukt haben, denn Barral ist ein zwar junger, aber doch verlebter Bonvivant, der solche phantastischen Pläne nicht selbst erfindet. Man kann dagegen einwenden, daß die Revolutionirung Polens durch Österreich und die Frankreichs durch England nicht außer dem Bereiche des Möglichen liegt, das Wiener Cabinet aber niemals bei der italienischen und deutschen Revolution Glauben finden werde; das hindert aber wohl nicht, daß dergleichen von Italienern im Einzelnen combinirt und geglaubt werden mag. Ich berichte Ew. Excellenz meine Beobachtung lediglich wie ein Naturforscher, der eine curiose Species aufgefunden hat. Es würde aber doch interessant für mich sein, wenn vielleicht

1) Graf von Cavour, Präsident des Ministerrathes.

1856 Nov. 18. von Turin aus oder von Paris, wo Barral[1]) früher fungirte, ohne specielle Bezugnahme auf mich, ermittelt werden könnte, ob er dort zu ultramontanen Umtrieben in Beziehung gestanden hat.

Ein anderes eigenthümliches Element in der hiesigen Diplomatie ist der Graf von Mulinen, zweiter Secretair der Französischen Gesandtschaft, und weitläufiger Verwandter des Grafen Montessuy.[2]) Sein Vater, geborener Schweizer, war in Württembergischen Diensten, seine Mutter eine Französin, sein Bruder dient in der Österreichischen Diplomatie, seine Frau ist eine Tochter des Russischen Gesandten in der Schweiz — Krüdener[3]) — und er selbst war bis vor nicht langer Zeit in Österreichischem Dienste, schied aus demselben ohne eine bekannte Ursache, ließ sich dann plötzlich vermöge der Connexionen seiner Verwandten als Franzose naturalisiren, wurde zuerst Consul in Danzig oder Königsberg, und kam mit Montessuy als dessen vertrautester Secretair hierher. Man fragt sich hier vielfach, welche Garantie die Französische Regierung hat, daß er nicht noch heute, so gut wie sein Bruder, in Österreichischem Dienste steht, da er in seiner dermaligen Stellung als Französischer Legationssecretair dem Wiener Cabinet die werthvollsten Dienste leisten könnte.

In der Neuenburger Anlegenheit[4]) habe ich viele ungeduldige Fragen meiner Collegen zu hören: ob Herr von Sydow[5]) noch nicht in Bern sei, ob wir keine militairischen Anstalten für den Fall einer ablehnenden Antwort der Schweiz träfen und dergleichen. Graf Rechberg[6]) ist avertirt, daß ihn Herr von Menßhengen[7]) sogleich von allen Vorgängen in Bern telegraphisch benachrichtigen werde; er hat aber bisher noch nichts.

Vor etwa 14 Tagen habe ich ein Schreiben an Ew. Excellenz, unsere Erfolge am Bunde in der Neuenburger Sache, und die Motive, denen ich dieselben zuschreibe, betreffend,[8]) nach Letzlingen dirigirt, in der Meinung, daß Ew. Excellenz dort seien, ich hoffe, daß es schließlich durch das Magdeburger Postamt richtig angelangt ist".

103. Eigenhändiger Bericht, betr. Nachrichten aus Paris. 18. November 1856.

Nov. 18. „Ew. Excellenz zeige ich an, daß H. gestern hier eingetroffen ist, nachdem er seiner Angabe nach neun Monate in Paris im Gefängniß gesessen hat, und

1) cf. oben S. 244, Note 4.
2) cf. oben S. 241, Note 1.
3) Freiherr von Krüdener, Geheimer Rath.
4) cf. oben S. 244, Note 2.
5) cf. oben S. 8, Note 2.
6) cf. oben S. 240, Note 9.
7) Freiherr von Menßhengen, Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Bern.
8) Gemeint ist vermuthlich die in Band III abgedruckte Urkunde 25.

aus letzterem vor acht Tagen entlassen worden ist. Er hat einen ganzen Sack voll allarmistischer Nachrichten: der Kaiser sei tödtlich krank an der Zuckerruhr und zeitweise gestört, der junge Prinz blind geboren, der Ausbruch der Revolution werde täglich erwartet und dergleichen. Seine Rede wimmelt von Kossuth[1]) und Mazzini[2]) (den er Maccini ausspricht, also von dessen Freunden wahrscheinlich nie hat nennen hören). Er hat mir seine Mittheilungen schriftlich versprochen, und obschon ich im Voraus kein Wort davon glaube, werde ich mir doch erlauben, sie einzureichen. Ich kenne seine Vergangenheit nicht, und weiß deshalb nicht, ob es rathsam ist, ihn frei und brodlos umherlaufen zu lassen. Ich habe ihn deshalb angenommen und angehört, ihm auch einstweilen Geld in Aussicht gestellt, da er ganz mittellos zu sein vorgiebt. Seiner Angabe nach will er noch ein bis zwei Tage hier bleiben, und dann nach Berlin reisen. Wenn Ew. Excellenz mir Befehle in Bezug auf seine Person zu geben haben, so bitte ich morgen um telegraphische Weisung, die ich selbst dechiffriren werde. Ich melde seine Anwesenheit vorläufig telegraphisch".

1856 Nov. 18.

104. Eigenhändiger Bericht, betr. den Aufenthalt des Herrn v. Bismarck in Hannover, sowie Besprechung der Hannoverschen Verfassungs- und der Neuenburger Frage mit dem König Georg. Herr v. Fonton's und Lord Palmerston's Äußerungen in Betreff der Neuenburger Frage. Warnung Österreichs vor der Verbindung Preußens mit Frankreich. Haltung Österreichs in der Neuenburger Frage. Kurfürst von Hessen. Politik Sardiniens in dem Conflicte Preußens mit der Schweiz und Graf v. Barral. Neubesetzung des Russischen Gesandtenpostens in London. Russische Circularnote in Betreff der Holsteinschen Frage. 22. Dezember 1856.

Dez. 22.

„Ew. Excellenz habe ich in meinem jüngsten Immediatberichte schon im Allgemeinen von den Eindrücken Rechenschaft gegeben, welche ich bei meinem Aufenthalt in Hannover und bei meiner Ankunft hier empfangen habe. Ich erlaube mir dem noch einiges Nähere hinzuzufügen.[3])

Der König Georg war, wie immer, sehr gnädig für mich, und besonders dankbar für die von uns in der Hannoverschen Verfassungsfrage gewährte Unterstützung; Se. Majestät fand besonderes Interesse an Besprechung der Neuenburger Expedition,[4]) deren baldigen Aufbruch er voraussetzte, und von der er alle, mir selbst unbekannten, Details in Betreff der Truppentheile und ihrer Anführer, welche zur Theilnahme bestimmt wären, zu wissen verlangte.

1) cf. oben S. 154, Note 1.
2) Mazzini, der italienische Republikaner und radikale Agitator.
3) cf. Band III, Urkunde 39.
4) cf. oben S. 246, Note 4.

1856 Dez. 22.

Seine Kenntniß der Personalverhältnisse unseres Offiziercorps hat mich in Erstaunen gesetzt. Über die Frage, ob wir überhaupt marschiren würden oder nicht, wollte er in Erörterungen nicht weiter eingehen, weil er es nach dem Verhalten der Schweiz für unvermeidlich ansehe, und Niemand uns mehr mit Ehren zumuthen könne, still zu sitzen; sobald wir Frankreichs sicher seien, falle jeder haltbare Grund, sich die Ungerechtigkeit der Schweizer länger gefallen zu lassen, fort; der Kostenpunkt sei unangenehm, die Ehrenfrage aber von zwingender Gewalt. Ich habe überhaupt seither Niemand gefunden, der es noch für möglich hält, daß wir nicht zu den Waffen greifen, wenn die Freilassung nicht noch vor dem Urtheil stattfindet. Selbst Engländer und Österreicher, wie Malet [1]) und Ingelheim, [2]) geben im außerdienstlichen Gespräch zu, daß wir nicht anders handeln können, ohne die Achtung im Auslande einigermaßen zu verlieren.

Eine interessante Person in Hannover ist Fonton, [3]) auf dessen Rath und Eingebung Fürst Gortschakoff [4]) mehr und mehr Gewicht legen soll. Er glaubte, daß Frankreich, wenn es einmal unser Vorgehen gegen die Schweiz zulasse, dabei nicht stehen bleiben, sondern wahrscheinlich cooperiren werde, indem es, en qualité de puissance amie, Genf oder auch mehr besetze; er hatte Andeutungen darüber aus Paris. Durch den Hannoverschen Gesandten in London [5]) hatte Graf Platen [6]) Bericht über Äußerungen Lord Palmerston's [7]) in Betreff der Schweizer Differenz, von denen mir besonders in Erinnerung geblieben ist, daß derselbe lachend gesagt habe: „Die Preußen werden sich viel Unkosten machen, und im Januar wird die Schweiz die Gefangenen verurtheilen und dann amnestiren; donc la farce sera finie et la Prusse y sera pour ses frais“. Dasselbe Raisonnement wird in der Österreichischen Regierungspresse vertreten, wie namentlich in der aus der officiösen „Österreichischen Zeitung“ geschnittenen Correspondenz „Vom Bodensee“, die ich beifüge. Damit könnten aber die Schweizer, wie mich dünkt, im günstigsten Falle nichts weiter erreichen, als eine Rückkehr zum status quo ante September cr., wenn es nämlich sehr bald und ganz vollständig, für Person und Vermögen der Gefangenen,

1) cf. oben S. 107, Note 2.

2) Graf von Ingelheim, Kämmerer, Österreichischer Gesandter in Hannover, seit März 1855.

3) von Fonton, Wirklicher Staatsrath, Russischer Gesandter in Hannover, seit Juni 1855, demnächst am Bundestage.

4) Russischer Minister des Auswärtigen, seit April 1856.

5) Graf von Kielmansegge, Kammerherr und Geheimer Legationsrath, ernannt 13. Oktober 1840.

6) Adolph Friedrich Graf von Platen-Hallermund, Hannoverscher Minister der auswärtigen Angelegenheiten, seit Juli 1855.

7) Viscount Palmerston, Erster Lord des Schatzes.

geschähe. Stehen wir einmal mit 100 000 Mann bei Schaffhausen, so würden wir doch damit mehr zu erreichen suchen. 1856 Dez. 22.

Fürst Ysenburg[1]) wird schon berichtet haben, daß die Warnung Österreichs vor unseren Französischen Verbindungen nicht schriftlich, sondern nur mündlich, aber, wie Graf Platen annimmt, auf Grund besonderen Auftrages angebracht worden ist. Platen sagte mir, er habe zunächst mit der Frage geantwortet, ob Österreich denn für derartige Eventualitäten der drei Süddeutschen Staaten sicher sei, worauf Graf Ingelheim erwidert: „Durchaus nicht, aber eben darum ist die Gefahr nur größer", und Platen seinerseits fortgefahren sein will: „Für uns ist sie zu groß, wenn wir uns von Preußen trennen wollten, da wir von allen Seiten her durch Preußische Streitkräfte schnell überschwemmt sein können, und wir haben von Österreich selbst gelernt, uns jedesmal auf die Seite des Stärkeren zu rangiren". Ew. Excellenz sehen daraus, welches eigenthümliche Vertrauen man von allen Seiten in die Haltbarkeit des Bundes für Zeiten der Gefahr setzt.

Ich habe schon früher erwähnt, daß Österreich in Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden dafür plädirt hat, uns, wenn wir den Durchmarsch beanspruchten, an den Bund zu verweisen, nachdem Rechberg[2]) zur Zeit der Verhandlung über den Beschluß vom 6. November[3]) die strengsten Instruktionen hatte, sich auf Nichts in dem Ausschußvortrage einzulassen, was einer Billigung eines Preußischen Durchmarsches ähnlich sähe. Natürlich würde man uns mit Ausschußverhandlungen, Instruktionseinholungen und Beustschen Gegenvorschlägen gründlich an der Nase umherziehen, wenn man uns dahin bringen könnte, unser Vorgehen von einem ferneren Bundesbeschlusse abhängig zu machen.

Der heutigen Österreichischen Politik, welche sich bei jedem Vorkommniß zuerst fragt, wie es zum Nachtheil Preußens ausgebeutet werden kann, ist es ebenso willkommen wie dem Lord Palmerston,[4]) wenn wir uns nicht mit Ehren aus der Sache ziehen; außerdem ist es dem Wiener Cabinet nicht lieb, wenn

---

1) Prinz von Ysenburg und Büdingen, Legationssecretair an der Preußischen Gesandtschaft in Hannover.

2) cf. oben S. 240, Note 9.

3) Hiernach beschloß die Bundesversammlung, 1) den in das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 in Bezug auf die Verhältnisse des Fürstenthums Neuenburg niedergelegten Grundsätzen beizutreten, und 2) an die deutschen Bundesregierungen, welche diplomatische Vertreter bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft beglaubigt hatten, das Ansuchen zu stellen, die von der K. Preußischen Regierung verlangte Freilassung der in den Septembertagen verhafteten Neuenburger, unter Geltendmachung der im Vortrage erwähnten politischen Erwägungen, durch ihre diplomatischen Agenten, Namens des Deutschen Bundes, bevorworten, und die desfallsigen Schritte der K. Preußischen Regierung bei den Eidgenössischen Behörden mit allem Nachdruck unterstützen zu lassen. (Prot. 1856. § 291.)

4) cf. oben S. 248, Note 7.



1856 Dez. 22. eine große Preußische Macht in Süddeutschland entfaltet wird, und wenn wir unseren Zwist mit der Schweiz energischer durchführen, als Österreich seinen Streit wegen der Klöster und mit Tessin,[1]) wo es schließlich sich viel gefallen ließ. Endlich ist man in Wien wohl gut genug davon unterrichtet, daß Frankreich sich, mit Bezug auf seine erfolglose Verwendung, als von uns im Stiche gelassen betrachten würde, wenn wir Nichts thun, und daß Louis Napoleon's Freundschaft und seine Achtung vor unserer Thatkraft, als Freund oder Feind, erheblich nachlassen würde, wenn es bei den bisher gewechselten Worten verbliebe. Das Alles macht es ganz erklärlich, wenn Österreich sich trotz aller Reden über unser Recht doch bemüht, uns die Bundesschlinge nochmals um die Füße zu ziehen, um uns in Unthätigkeit zu erhalten. Man würde in diesem Sinne noch entschiedener bei den Süddeutschen Höfen wirken, wenn man nicht befürchtete, daß schließlich Frankreichs Einfluß in Karlsruhe das verschaffen würde, was Österreich uns vorzuenthalten sucht, oder daß gar Frankreich selbst uns durchließe, was ich allerdings noch nicht glaube.

Der Kurfürst von Hessen, bei dem ich hier eine Audienz hatte, sprach die Hoffnung aus, wir würden bald aufbrechen, bevor die Schweiz sich vollständig rüste, und daß er mit Vergnügen uns seine Truppen mitgeben würde.

Die Befürchtung, daß Sardinien gegen uns und für die Schweiz Partei nehmen werde, habe ich hier von Niemand getheilt gefunden. Über Graf Barral[2]) habe ich von seinen Pariser Freunden gehört, daß er allerdings mehr zu den Conservativen als zu den Cavourianern gerechnet werde, und daß diese Partei unter seinen Landsleuten sich neuerdings für eine Verständigung mit Österreich lebhafter interessire.

Von Russischer Seite höre ich wiederholt, daß der Posten in London[3]) anderweit besetzt werden solle. Man wisse keinen anderen Ersatzmann als Herrn von Brunnow,[4]) der es selbst allerdings auf das Dringendste wünscht. Ich hörte, er habe neulich gesagt, die Entfernung der Engländer aus dem Schwarzen Meer sei gar nicht so dringend, wenn nur die Österreicher aus den Fürstenthümern geschafft würden.

In Betreff Holsteins[5]) soll eine Russische Circular-Instruktion existiren, nach der man sich um den Streit zwischen Deutschland und den Dänen gar nicht bekümmern will, wenn nur der Umfang der Dänischen Monarchie und das Londoner Protokoll von 1851 bestehen bliebe".

---

1) cf. oben S. 147, Note 2.

2) cf. oben S. 244, Note 4.

3) Graf Chreptowitsch, Geheimer Rath und Kammerherr, Russischer Gesandter in London, accreditirt den 27. August 1856.

4) cf. oben S. 153, Note 1.

5) Gemeint ist der Holstein-Lauenburgische Verfassungsstreit, über den die im III. Bande unserer Sammlung enthaltenen Urkunden das Nähere ergeben.

105. Bericht, betr. die Besorgniß des Grafen v. Rechberg wegen der Haltung Frankreichs in der Neuenburger Frage; Zerstreuung dieser Besorgnisse und Besprechung der Frage mit dem Grafen v. Montessuy. Haltung Sardiniens in dem Conflicte. 28. Dezember 1856.

1856 Dez. 28.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, meinem vorgestrigen Berichte[1]) noch eine Ergänzung hinzuzufügen.

Graf Rechberg[2]) fragte mich in der gemeldeten Unterredung, ob ich Graf Montessuy lange nicht gesprochen habe; ich sagte „vorgestern"; dann müsse er mich um das Versprechen strengster Discretion bitten, wenn er mir mittheile, daß derselbe zu ihm gestern in einer Weise geredet habe, welche mit unserem anscheinenden Vertrauen auf die Intentionen Frankreichs nicht übereinstimmen; er scheine neue Weisungen aus Paris zu haben. Graf Rechberg wollte und durfte mir nicht mittheilen, was ihm unser Französischer College gesagt habe, aber wir möchten uns doch hüten, auf den bekannten Moniteur-Artikel[3]) nicht zu viel Werth zu legen, kurz er war voller Sorgen für uns. Ich habe darauf das

---

1) cf. Band II, Urkunde 40.

2) cf. oben S. 240, Note 9.

3) Herr von Bismarck nimmt hier auf folgenden, im Moniteur vom 17. Dezember 1856 publicirten Artikel Bezug: »Les grandes Puissances ont signé, en 1852, à Londres, un protocole qui constate les droits du roi de Prusse sur Neuchâtel. Le Gouvernement de l'Empereur, engagé comme les autres cabinets, ne pouvait, quel que fût son intérêt pour la Suisse, méconnaître ce que les traités ont consacré.

En 1848, une révolution a eu lieu à Neuchâtel et a rompu les liens qui attachaient le canton au roi de Prusse. Ce souverain a constamment protesté contre le nouvel ordre de choses en réservant expressément ses droits, et n'a cessé de réclamer en faveur d'une partie de la population qui se plaignait d'être opprimée par les vainqueurs.

Au mois de septembre dernier, le parti vaincu essaya de prendre sa revanche en invoquant le nom du roi. Cette tentative échoua, le canton fut occupé par les troupes fédérales, et les Neuchâtelois pris les armes à la main furent traduits devant les tribunaux suisses.

Cet événement devait naturellement amener un conflit entre la Confédération helvétique et la Prusse; car la première, en faisant marcher des troupes pour rétablir l'ordre dans le canton de Neuchâtel, prétendait remplir une obligation fédérale; la Prusse, de son côté, trouvait son honneur engagé à ne pas laisser juger les hommes qui avaient relevé l'étendard du roi, et qui, d'après leur conviction, se battaient pour le droit et la légalité.

Par le fait de la position géographique de la France, l'attitude de son Gouvernement devait nécessairement avoir une influence marquée sur la solution du différend. Aussi était-il de l'intérêt des deux parties de ne rien négliger pour s'assurer son concours.

Le roi de Prusse s'adressa à l'Empereur en lui exprimant, en termes vivement sentis, tout l'intérêt qu'il portait à des hommes compromis pour sa cause. Il pria Sa Majesté de réclamer leur mise en liberté, en lui faisant part, en même temps, de ses dispositions conciliantes.

1856 Dez. 28. Thema, ohne Rechberg zu nennen, mit Graf Montessuy besprochen und bin dabei zu dem Glauben gekommen, daß mein Österreichischer Freund sein Material zur Erzeugung von Mißtrauen gegen Frankreich aus der Luft gegriffen hat. Ich melde den Vorgang nur zur Beleuchtung ähnlicher Versuche, die vielleicht anderswo gemacht werden. Montessuy sagte mir, daß seine letzten Depeschen einige Tage alt seien, ihrem Sinn nach mit jenem Artikel des Moniteur und mit einer Beleuchtung desselben im »Constitutionel«, gezeichnet von Cesena, übereinstimmten, und daß er sich gegen Niemand in einer irgend davon abweichenden Richtung ausgesprochen habe. Die Möglichkeit, daß Frankreich ebenfalls in die Schweiz einrücke, wies er nicht zurück; die Gefahr eines Conflictes mit Österreich könne daraus nicht entstehen, weil die Cooperation dieser beiden Mächte, wenn sie überhaupt stattfände, sich auf Bezirke beschränken würde, deren Grenze auf ihren nächsten Punkten doch 50 lieues von einander entfernt wären. Im Laufe des vertraulichen Gespräches sagte er, daß aus dem Conflict die Schweiz jedenfalls als eine andere hervorgehen werde, sei es in politischer, sei es in geographischer Beziehung, d. h. er erwartet mindestens die Wiedereinführung einer conservativen Verfassung, wenn nicht eine Verkleinerung des Gebietes der Schweiz. Nach seinen Reden faßt man in Paris die Frage jetzt vorzugsweise im Lichte einer Europäischen Execution gegen die

---

Le Gouvernement français, heureux de pouvoir prévenir un conflit entre deux puissances auxquelles le lient des relations amicales, s'empressa de satisfaire au vœu du roi Frédéric-Guillaume, et, fort de ses intentions bienveillantes envers la Suisse, comme des sentiments conciliants de la Prusse, il demanda l'élargissement des prisonniers neuchâtelois. Il représenta au conseil fédéral que l'honneur de la Confédération ne serait nullement compromis, car ce n'était pas aux réclamations de la Prusse, mais aux sollicitations de la France qu'elle accorderait la mise en liberté des prisonniers.

D'autre part, le Gouvernement de l'Empereur ne laissa pas ignorer les heureux résultats que pourrait avoir cette concession, puisqu'elle devenait, pour la France, une sorte d'obligation d'empêcher tout conflit armé et de faire ses efforts pour obtenir du roi de Prusse un règlement définitif de la question, conforme aux vœux de la Suisse.

Malheureusement, ces considérations si sages n'ont point été appréciées; les conseils de la France ont été repoussés, et le gouvernement fédéral a mieux aimé céder aux influences démagogiques qui s'agitent autour de lui, que de se rendre à des avis bienveillants et inspirés uniquement par le désir de résoudre à l'amiable une question qui, depuis trop longtemps en suspens, pourrait, en se compliquant, troubler le repos de l'Europe.

Ainsi la France a rencontré, d'un côté, la modération, le désir sincère de terminer une question délicate, une déférence courtoise pour sa situation politique; de l'autre, au contraire, une obstination regrettable, une susceptibilité exagérée et une indifférence complète pour ses conseils.

La Suisse ne devra donc pas s'étonner si, dans la marche des événements, elle ne trouve plus le bon vouloir qu'il lui était facile de s'assurer au prix d'un bien léger sacrifice«.

Demokratie auf. Der Gedanke einer Zerstückelung der Schweiz fängt an, ein geläufiger im Publikum zu werden; ich hörte sagen, für Baden liege die Königskrone auf dem Grunde dieser Wirren. Mein Badischer College sprach zu mir halb ernsthaft, halb im Scherz von der Unbequemlichkeit, die das Einschneiden des Canton Schaffhausen in das Badische Gebiet mit sich bringe, von der Geneigtheit seiner Regierung, gegen den Gewinn von Schaffhausen Abtretungen an Hohenzollern zu machen, oder an Bayern, welches uns Stücke der Pfalz dafür geben könne.

1856 Dez. 28.

Dem Grafen Barral[1]) sprach ich gelegentlich davon, daß nicht wenige Schweizer sich mit der Hoffnung auf Sardinische Unterstützung schmeichelten. Er sagte, daß seine Regierung unsinnig (tombé en démence) sein müßte, wenn sie sich auf die Unterstützung der Schweizer gegen uns einlassen wollte. Der Schweizer Radikalismus sei den Sardinischen Bestrebungen in keiner Art sympathisch; soweit er sich um Italien bekümmere, namentlich in den Italienischen Elementen der Schweiz selbst, sei er durchaus republikanisch. Das Haus Savoyen könne von der Schweiz niemals erheblichen Beistand erwarten, die Hoffnung seiner Zukunft falle dagegen wesentlich mit der Preußens zusammen, wenn wir uns ihm auch bisher wenig günstig gezeigt hätten".

106. Eigenhändiger Bericht, betr. Graf v. Rechberg's Idee über die Behandlung der Holsteinschen Angelegenheit am Bunde; Auswahl und Absendung eines Commissars desselben nach Copenhagen; Haltung Frankreichs und Rußlands in der Dänischen Frage und Reise des Herrn v. Bismarck nach Paris zur Erläuterung derselben. Plan der Gründung eines Norddeutschen Zollvereins.*) 11. März 1857.

1857 März 11.

„Graf Rechberg hat die Idee, welche er auch schon bei Deutschen Regierungen zur Sprache gebracht hat, die Behandlung der Dänischen Frage am Bunde[2]) zunächst auf die Absendung eines Commissars des Bundes nach Copenhagen hinzuleiten, der alsdann, in ähnlicher Art, wie es bisher durch unsere und Österreichs Noten geschehen ist, die Abstellung derjenigen Beschwerdepunkte, welche der Bund begründet fände, im Namen des Letzteren von Dänemark zu erreichen suchen sollte. Wenn sich die Schwierigkeit der Instruirung eines solchen Commissars von Seiten des Bundes, als Vollmachtgebers, überwinden läßt, so würde ich in der Maßregel allerdings eine Erleichterung der Sache sehen; ein solcher Commissar hat in unmittelbarer Beziehung zu den Personen der Dänischen Regierung mehr Spielraum, sein Verhalten den

*) Hat dem König vorgelegen.

1) cf. oben S. 244, Note 4.

2) cf. oben S. 250 und speciell zu diesem Berichte die Urkunde 51 in Band III unserer Sammlung.

1857 März 11. Umständen anzupassen und dasjenige, was der Bund etwa thun könnte, in Verhandlungen zu utilisiren, während die Bundesversammlung durch einseitige und mehr oder weniger unausführbare Beschlüsse sich und uns leicht in Verlegenheiten und schwierige Ehrenpflichten bringen kann. Wenn wir auf den Gedanken einer solchen Abordnung eingingen, so würde es darauf ankommen, sich vorher durch nähere Ermittelung der Dispositionen der auswärtigen Mächte einige Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit des Erfolges der Schritte des Bundes zu verschaffen. Lassen sich Resultate erwarten, so wäre zu wünschen, daß Preußen zur Gestellung eines Commissars auserſehen würde, ist aber eine, auf auswärtigen Beistand vertrauende Unnachgiebigkeit der Dänen vorherzusehen, so müßte man die Ehre, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, den Mittelstaaten überlassen. Das Erstere würde ich glauben hoffen zu dürfen, wenn es gelingt, Frankreich zu überzeugen, daß die Erhaltung Dänemarks in seinem Interesse liegt, mit der Fortdauer des Dänischen Demokraten-Regiments aber unverträglich ist. Wenn Frankreich der Ansicht wäre, daß in dieser Richtung etwas geschehen müsse, so würde Rußland, nach Allem was ich höre, sich anschließen, denn in Petersburg scheint man zu besorgen, daß durch die dermalige Gesammtverfassung in Dänemark unsichere Zustände genährt werden, deren Endresultat nur für England günstig sein könnte, weil man an die Lebensfähigkeit des Skandinavismus in Rußland nicht glauben will. Sollten Ew. Excellenz es für angemessen halten, so würde ich gern bereit sein, unter der Form eines Urlaubs von wenig Tagen, nach Paris zu gehen, um im Einverständniß mit Hatzfeldt[1]) die Sache zu besprechen. Nach meinen Wahrnehmungen an Montessuy hat man dort sehr unvollständige Anschauungen von der Lage der Dänischen Frage, und Letzterer selbst sprach gegen mich den Wunsch aus, daß Jemand, der vertraut mit der Sache wäre, mündliche Vorstellungen in unserem Sinne in Paris machen möchte, weil die schriftliche Verhandlung durch manche Rücksichten genirt sei. Auch für Hatzfeldt würde es, wie ich glaube, nur erwünscht sein, sich mit mir über den hiesigen Standpunkt auszusprechen. Bis jetzt gehen die hier einlaufenden Französischen und Russischen Depeschen noch von der Voraussetzung aus, daß die Sache nicht an den Bund kommen werde.

Aus meinen Hannoverschen Wahrnehmungen bemerke ich noch, daß Graf Platen[2]) sich sehr eingehend über die Idee eines Norddeutschen Zollvereins aussprach, und meinte, daß Hannover demselben nicht fehlen würde, sobald Sachsen auch darin sei. Der König Georg plädirt freilich bisher noch für den Österreichischen Gesammteintritt".

---

1) cf. oben S. 18, Note 7.
2) cf. oben S. 248, Note 6.

107. Eigenhändiger Bericht, betr. die Holsteinsche Frage und das Interesse Preußens an der baldigen Beschäftigung des Bundes mit derselben. Modalitäten des Vorgehens des Bundes. Reise des Herrn v. Bismarck nach Paris. Stellung Frankreichs zur Holsteinschen Frage. Domicilirung der Preußischen Zinszahlungen bei dem Bankhause Rothschild in Frankfurt a. M. 26. März 1857.

1857 März 26.

„Ew. Excellenz beehre ich mich die Anlage mit Dank zurückzureichen. Sie beweist von neuem, daß der Verfasser[1]) ein ungewöhnlich fähiger Kopf ist, und ein ebenso nutzbarer sein wird, wenn er sich den Grad von besonnener Ruhe beilegt, der als Ballast neben seinem lebhaften Geiste erforderlich ist, um mit festem Steuer segeln zu können. Seine tadelnden Urtheile über manche Personen halte ich leider für vollständig begründet.

Hier werde ich mit Fragen bestürmt, ob und wann und wie die Holsteinsche Frage[2]) an den Bund gelangen werde. Ich habe in Betreff der ersten Partikel stets geantwortet, daß es mir unvermeidlich scheine, da die beiden Großmächte nichts weiter thun könnten, als wiederholen, was sie schon gesagt haben, wenn sie den Schriftwechsel mit Dänemark noch weiter ausspinnen wollten. Meines Dafürhaltens wäre es für uns und für die Sache gut, sie bald an den Bund zu bringen. In dem bisherigen gemeinsamen Auftreten mit Österreich hat Letzteres uns die Rolle des verantwortlichen Geschäftsführers so viel es konnte zugeschoben, weil die Arbeit eben keinen leichten und klaren Erfolg verhieß. Diese Last theilt ganz Deutschland mit uns, sobald wir sie hier anhängig machen; unsere Thätigkeit wird bald ein Gegenstand der Verdächtigung und der Angriffe werden, wenn wir nicht die anderen Deutschen Regierungen in die Mitleidenschaft der Verantwortlichkeit für die vielleicht mäßigen Erfolge hineinziehen. Der Bund braucht nicht gleich folgenreiche Beschlüsse von Haus aus zu fassen; seine Organisation erlaubt ihm mit mehr Anstand die Sache in die Länge zu ziehen, als den beiden Großmächten, und er hat das vielversprechende Auskunftsmittel der Entsendung eines Commissars nach Copenhagen: Auf die vermittelnde Thätigkeit der Westmächte wird es, ohne daß wir sie ostensibel hineinziehen, einen belebenden Einfluß üben, wenn sie befürchten müssen, daß der Bund, in ungewohnter Einigkeit mit der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland, die Frage zu einem Hebel nationalen Aufschwunges machen könnte, der schließlich eine für sie Alle unbehagliche Lebhaftigkeit annehmen würde. Ich rechne dann, daß zur Verhütung von Bundesbeschlüssen mehr geschehen würde, als sich durch die letzteren selbst vielleicht erreichen läßt.

Der Bund könnte seine Thätigkeit damit beginnen, daß er durch einen

---

1) Verfasser und Inhalt der hier erwähnten Anlage sind unbekannt.

2) cf. vorhergehende Urkunde.



1857 März 26. Ausschuß eruirt, welche Beschwerdepunkte gegen Dänemark im Bundesrechte ihre Begründung finden, oder durch die Versprechungen von 1852 eine vertragsmäßige Grundlage haben. Es kommt dabei Artikel 56 der Schlußacte, wegen Abänderung der zu Recht bestehenden Verfassungen, vorzugsweise in Betracht; dann aber auch der Bundesbeschluß vom 23. August 1851, indem die, auch für Holstein gültige, Gesammtverfassung dem Herzog von Holstein nicht die nothwendige monarchische Selbständigkeit zur Erfüllung der Bundespflichten läßt, auch sonst mehrfach mit dem Bundesrecht in Widerspruch steht.

Die Sitzung am grünen Donnerstag und diejenige der Osterwoche fallen herkömmlicher Weise aus; ich würde daher die Osterferien, ohne daß es besonders auffiele, zu meiner Excursion nach Paris [1]) benutzen können und dieselbe, wenn Ew. Excellenz es erlauben, etwa morgen über acht Tage antreten.

Ich sprach in diesen Tagen über die Stellung Frankreichs zur Dänischen Frage mit Jemand, der mit dem Mechanismus des Kaiserlichen Hofes sehr vertraut ist. Derselbe sagte mir, der sicherste Weg, auf Louis Napoleon zu wirken, sei durch Persigny, [2]) und der Kaiser fasse nicht leicht einen Beschluß, dem Jener widerspräche. Nur müsse, wenn man etwas durch Persigny betriebe, Walewski [3]) nichts davon hören, weil er sonst dagegen wirke; Persigny sei indessen vollständig discret, und der zuverlässigste von den Französischen Staatsmännern der Gegenwart, auch sehr offen, sobald er Vertrauen gefaßt habe.

Über die gegenwärtige Lage der Neuenburger Verhandlung bin ich ganz desorientirt, und würde Ew. Excellenz für eine Mittheilung, wie sie mir das Schreiben vom 16. cr. in Aussicht stellt, sehr dankbar sein".

Postscriptum.

„Rothschild fragt mich wiederholt nach dem Schicksal seiner Anerbietungen wegen Domicilirung unserer Zinszahlungen bei ihm. [4]) Er ist bereit, die Auszahlungen ganz ohne Provision und gratis zu übernehmen. Er sagt mir, daß er fortwährend Preußische Fonds in Süddeutschland unterbringe, und dies bei Annahme jener Einrichtung in viel ausgedehnterem Maße können würde".

---

1) cf. oben S. 254.

2) Herzog von Persigny, seit 1836 der Hauptagitator der imperialistischen Partei, vom Januar 1852 bis April 1854 Minister des Innern, demnächst Gesandter in London, vom 24. November 1860 bis 23. Juni 1863 neuerdings Minister des Innern, schließlich als Mitglied des Geheimen Rathes und Senator politisch thätig.

3) Alexander Colonna Graf von Walewski, Französischer Minister des Auswärtigen, seit 7. Mai 1855.

4) cf. über diese Frage Band III, Urkunden 50 und 65.

108. Eigenhändiger Bericht, betr. die Pariser Eindrücke des Herrn v. Bismarck, Dispositionen der Großmächte in der Neuenburger Frage und Nothwendigkeit der Annahme der Conferenzbedingungen durch Preußen. Dänische Frage. Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck. Paris, 11. April 1857.

1857 April 11.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir vorläufig einige meiner hiesigen Eindrücke mitzutheilen,[1]) da sich mir gerade eine Gelegenheit zu sicherer Beförderung bietet.

Ich habe von politischen Persönlichkeiten bisher Graf Walewski,[2]) Lord Cowley,[3]) Hübner,[4]) die Großherzogin Stephanie von Baden und Andere gesehen; ohne daß ich meine Herkunft für etwas Anderes als eine Ferien- und Vergnügungsreise gab, konnte es doch nicht ausbleiben, daß man von politischen Fragen redete; zunächst von der Neuenburger,[5]) in Betreff deren ich mich auf die Rolle des Zuhörers beschränkte, um Hatzfeldt nicht in's Gehege zu kommen. Die Auffassung war an den genannten Orten überall dieselbe wie bei Hübner, den ich zuerst sprach: die Sache werde sich auf eine befriedigende Weise in kurzer Zeit lösen, da sämmtliche vier Mächte die meisten unserer Bedingungen annehmbar gefunden hätten, und in Betreff der übrigen an einer billigen Rücksichtnahme unsererseits nicht zweifelten, da sie nicht annehmen könnten, daß Preußen die Verhandlungen mit einem Ultimatum begonnen habe. Graf Hatzfeldt wird schon gemeldet haben, daß die Punkte, in welchen man unsere Bedingungen[6]) für zu weitgehend hält, namentlich der Artikel 9 und die Geldforderung sind; der erstere, weil man es nicht zulässig hält, die Schweiz zu einer Verletzung ihrer Verfassung zu nöthigen, die andere, weil die von uns beanspruchte Summe zu hoch sei. Graf Walewski sagte: un million est le maximum qu'on pouvra obtenir de la Suisse. In beiden Punkten ist es natürlich England, welches der Schweiz am entschiedensten zur Seite steht, und alle oben genannten Personen sagten mir, daß dies in noch höherem Maße der Fall sein würde, wenn nicht die günstigen Personalbeziehungen Hatzfeldt's Lord Cowley zu einer größeren Mäßigung, als ihm sonst eigen-

---

1) Herr von Bismarck hatte sich während der Osterferien nach Paris begeben. cf. Bd. III, S. 91, auch Urkunde 54 (Vertrauliches Schreiben des Herrn von Bismarck an den Minister Freiherrn von Manteuffel über seinen Pariser Aufenthalt).

2) cf. oben S. 256, Note 3.

3) Lord Cowley, Großbritannischer Gesandter in Paris.

4) cf. oben S. 182, Note 1.

5) cf. oben S. 244, Note 2.

6) In der dritten Sitzung der Neuenburger Conferenz in Paris übergab Graf von Hatzfeldt die Bedingungen, unter denen Preußen auf Neuenburg verzichten wollte. Man findet diese Bedingungen mitgetheilt in der Neuen Preußischen Zeitung 1857 Nr. 80 u. 81. Die von der Schweiz geforderte Entschädigungssumme an Preußen war auf 2 000 000 Fr. fixirt.

1857 April 11. thümlich, und zu einer Abstumpfung seiner Instruktionen vermöchten. Hübner bezeichnete als den Hauptfehler der Situation, daß Hatzfeldt im vorigen Herbst zu viel bei dem Kaiser Napoleon erreicht habe; Niemand habe damals glauben wollen, daß es möglich sei. Er selbst, Hübner, bezeichnete als seine jetzige Instruktion, daß er im Allgemeinen angewiesen sei, den Kaiser (Napoleon) zu unterstützen, und er sagte dies, um mir den Begriff zu geben, daß seine Instruktionen für uns günstig seien. Auch nach Graf Walewski's Äußerungen darf ich glauben, daß das hiesige Cabinet ernstlich bestrebt ist, uns soviel von unseren Bedingungen durchzusetzen, als sich ohne Verdrießlichkeiten mit England erreichen läßt, daß man aber hier sehr unangenehm berührt sein würde, wenn wir das, worüber Einigung der Mächte erzielt wird, nicht acceptiren wollten. Wenn die Verhandlungen diesen Erfolg nicht hätten, so würde dadurch der Beweis geliefert, daß der Kaiser durch seine Parteinahme für uns in der Frage wegen der Gefangenen einen politischen Fehler gemacht, und Diejenigen, die ihm abriethen, Recht gehabt hätten. Ich habe meinerseits kein anderes Urtheil über diese Fragen äußern können, als daß ich für unsere Bedingungen plädirte, aber ich halte allerdings politisch nicht für thunlich, daß wir das Resultat der Conferenzen [1]) ablehnen, wenn es auch unseren Wünschen nicht vollständig entspricht, denn die Angelegenheit würde sich alsdann faktisch so gestalten, daß die Schweiz, nach dem Bekanntwerden der Meinung der übrigen vier Mächte, besonders soweit sie im Protokoll der ersten, ohne uns gehaltenen Conferenz niedergelegt ist, unserer Zustimmung nicht mehr bedürftig sein wird, denn sie hat alsdann thatsächlich, wenn nicht rechtlich, einen ausdrücklichen Widerruf des Londoner Protokolls [2]) für sich, wir dagegen erreichen nichts von dem, was wir uns ausbedingen wollen, und überlassen unsere Freunde in Neuenburg auf unbestimmte Zeit der Willkür ihrer Gegner, eine Lage, aus der sie sich früher oder später durch offene Lossagung von uns frei machen würden.

Eingehendere Unterhaltungen habe ich über die Dänische Frage gehabt, über welche ich Ew. Excellenz demnächst berichten werde, [3]) weil heute die Zeit kurz bemessen ist, und mir auch noch eine Audienz bei dem Kaiser bevorsteht, deren Inhalt mir vielleicht weiteren Stoff gewährt.

Ich weiß nicht, ob ich Zeit behalte, um meinen Ausflug bis London auszudehnen; wenn ich nicht schon um die Mitte der nächsten Woche von hier fortgehe, so lohnt es kaum der Mühe, da ich spätestens zum 23. wieder in Frankfurt zur nächsten Sitzung sein muß".

---

1) Am 5. März 1857 hatten in Paris unter dem Vorsitze des Grafen Walewski Verhandlungen, betreffend die Regulirung der Neuenburger Angelegenheit begonnen, an denen die Vertreter von Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland Theil nahmen.

2) cf. oben Seite 149, Note 2.

3) Der betreffende Bericht des Herrn von Bismarck vom 1. Mai 1857 findet sich abgedruckt Band III, Urkunde 55.

109. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reise des Herrn v. Bismarck nach Berlin zu den Kammerverhandlungen über die Salzsteuer. Paris, 22. April 1857.

„Ew. Excellenz telegraphische Weisung wegen meiner Hinkunft nach Berlin ist mir gestern durch Graf Hatzfeldt mitgetheilt worden, sowie kurz vorher eine Aufforderung von einer Anzahl Mitglieder des Herrenhauses, welche meinen Beistand gegen die Salzsteuer[1]) requiriren wollen. Meines Dafürhaltens sind die Ansichten im Hause jetzt schon zu sehr consolidirt, als daß ich in der wenigen Zeit vor der Abstimmung auf die mir politisch nahe Stehenden noch mit Erfolg wirken könnte. Mit meiner alleinigen Stimme aber dürfte dem Gouvernement nichts gewonnen sein, wenigstens nichts, was in Verhältniß mit dem Nachtheil stände, daß ich meinen etwaigen Einfluß auf die Rechte des Hauses für lange, wenn nicht für immer, dadurch zerstörte, daß ich mich mit der ganzen Fraction oder Partei in isolirten Widerspruch setzte, und mich als ein Mitglied charakterisirte, welches der selbständigen Überzeugung zu Gunsten rein gouvernementalen Einflusses entsagt".

1857 April 22.

110. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rastatter Besatzungsfrage. Preußenfeindliche Einflüsse in Karlsruhe. Die Kreuzzeitung über die Beziehungen Preußens zu Frankreich; Tactlosigkeiten in Bezug auf die Person des Kaisers und des Prinzen Napoleon. Wunsch einer mündlichen Besprechung der Pariser Wahrnehmungen des Herrn v. Bismarck. 12. und 13. Mai 1857.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, meiner Berichterstattung über Rastatt[2]) noch einige Worte privatim hinzuzufügen.

Mai 12.

Ich möchte wohl hören, was Österreich sagte und thäte, wenn wir ein ähnliches Abkommen über die Besatzung von Rastatt mit Baden geschlossen, oder wenn wir uns etwa mit Darmstadt verständigt hätten, das Bataillon Hessen zu vertreten, welches der Großherzog dort zu halten hat. Wenn wir mit dem Antrage, ähnliche Wünsche sanctionirt zu sehen, oder mit dem einer

---

1) Im Januar 1857 legte die Staatsregierung dem Abgeordnetenhause einen Gesetz-Entwurf vor, betreffend die Erhöhung des Salzverkaufspreises von 12 auf 15 Thaler für die Tonne von 405 Pfund.

2) Gemeint ist hier der im III. Bande unserer Publicationen zum Abdruck gelangte Bericht des Herrn von Bismarck vom 12. Mai 1857 (Urkunde 59). Das fragliche Abkommen bestand darin, daß Österreich und Baden in der Bundesversammlung gemeinschaftlich proponiren wollten, die kleine Kriegsbesatzung in Rastatt eingehen zu lassen, die Friedensbesatzung auf 5000 Mann festzustellen, und den Regierungen von Österreich und Baden zu überlassen, sich für den Antheil eines jeden von ihnen an letzterer zu verständigen. cf. a. a. O. auch Urkunde 56 und 57.

1857 Mai 12. Erhöhung unseres Antheils an der Friedensbesatzung von Mainz[1]) im Bundesinteresse an den Bund kämen, so würden wir eine sehr offene und entschiedene Sprache von Wien aus zu hören bekommen.

In Baden schadet uns außer Meysenbug[2]) besonders der General Seutter, Badischer Militair-Bevollmächtigter und General-Adjutant des Großherzogs, ein verhältnißmäßig noch junger Mann, der ebenso wie seine von hier gebürtige Frau für Österreich gewonnen ist. Der bekanntlich gleichgesinnte alte Blittersdorf[3]) verkehrt in jüngster Zeit viel am Hofe in Karlsruhe, wo er bisher nicht in Gnaden stand. Ich finde, daß das Ministerium Rüdt[4]) für uns viel besser war als Meysenbug; Ersterer war wenigstens einfach, der Andere ist ein ruheloser Intrigant.

Mai 13. 13. Mai. Der Artikel in der heutigen Preußischen Correspondenz[5]) gegen die Kreuzzeitung[6]) regte mich an, Ew. Excellenz eine längere Herzensergießung

1) Wegen Herstellung der Parität zwischen Österreich und Preußen in Mainz vergleiche Band III, S. 292 ff.

2) Freiherr von Meysenbug, Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

3) cf. oben S. 6, Note 1.

4) cf. oben S. 10, Note 3.

5) Die Preußische Correspondenz schrieb unterm 13. Mai 1857 in Nr. 110 mit Bezug auf den in Note 6 mitgetheilten Artikel: „Wenn ein dem Throne und den conservativen Interessen dienendes Blatt den gegenwärtigen Augenblick, wo ein hoher Gast aus dem befreundeten Nachbarlande von dem Königlichen Hofe mit ehrender Auszeichnung empfangen wird, für geeignet achtet, um eine Wahres und Falsches bunt durcheinander mischende Tirade über die innere und auswärtige Politik Sr. M. des Kaisers Napoleon zu veröffentlichen, und daran noch eine tendenziöse Anwendung auf die Preußische Regierung zu knüpfen, so wird dies sicher in allen politischen Kreisen als ein absoluter Mangel schicklicher Haltung nach innen und außen empfunden werden. Ganz besonders gehässig erscheint jedoch der Grundton, welcher durch die Bemerkungen über den Besuch des Kaiserlichen Prinzen durchklingt. Der herzliche Empfang, welchen Se. K. Hoheit am Königlichen Hoflager gefunden hat, und die theilnehmende Aufmerksamkeit, welche sich in allen Kreisen der Bevölkerung für den hohen Gast kundgiebt, genügen als Beweis dafür, daß die „Neue Preußische Zeitung" in ihren Bemerkungen weder die Stimmung der hohen Regionen, noch den Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergiebt".

6) Die Neue Preußische Zeitung schrieb in ihrer Nummer vom 12. Mai 1857, Nr. 109: „Die Ankunft des Prinzen Napoleon in Berlin wird wohl von Niemand, der die Verhältnisse zu beurtheilen vermag, als ein Act von politischer Tragweite aufgefaßt. Nachdem in Folge der Neuenburger Ereignisse die Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Paris lebhafter geworden, stattete der Prinz Friedrich Wilhelm auf der Rückreise von London dem Kaiser der Franzosen einen Besuch ab. Es ist den Regeln der Etikette gemäß, daß Louis Napoleon jetzt seinen Vetter, der zur Zeit allein solche Missionen übernehmen kann, veranlaßt hat, nach Berlin zu reisen, und Sr. K. Majestät aufzuwarten". Die Reise des Prinzen Napoleon habe keinen politischen Zweck... „Die auswärtige Politik des Kaisers der Franzosen hat bisher einen ganz anderen Charakter, als die seines Oheims, der an der Spitze seiner Heere die Völker zertrat, um mit dem Fluch Europas beladen, im Exil zu enden. Zwar was die Zukunft bringen wird, vermag Niemand zu sagen; aber uns Preußen ist nur ein furchtloses Herz von Nöthen, und klare frische Augen, um getrost

über unsere Beziehungen zu Frankreich schreiben zu wollen; ein Thema, über welches ich mit General Gerlach seit meinem Pariser Aufenthalt in freundschaftlichem Streite bin; die Besuche von Bülow, Rechberg, Montessuy, Reitzenstein haben mich aber nicht zum Schreiben kommen lassen. Der fragliche Artikel der Kreuzzeitung scheint, seinem Schlußpassus nach, von der Besorgniß vor einheimischen Staatsstreichen eingegeben; seiner ganzen Haltung nach verdient er jedenfalls eine Zurechtweisung; er wäre schon stark gewesen, wenn der Prinz Napoleon nicht gerade als Gast bei uns wäre.[1] Besonders unschicklich finde ich die Affectation, mit welcher ein Monarch, den Se. M. der König officiell anerkannt hat, stets „Louis Napoleon" genannt wird, ebenso wie im „Zuschauer"[2] über die Potsdamer Parade zwischen den Namen unserer Prinzen mit dem Prädikat der Königlichen Hoheit, der Prinz Napoleon ostensibel ohne das ähnliche aufgeführt wird.[3] Das fällt auf, und man erzählt

1857 Mai 13.

---

den künftigen Ereignissen entgegen zu sehen. Wir haben nicht nöthig, Allianzen zu suchen, aber wir brauchen auch keinen Gegner zu fürchten, solange wir ein gutes Gewissen haben, und Herz und Hand auf dem rechten Fleck. Die innere Politik des jetzigen Frankreich hat Liebhaber genug gefunden unter den Staatsmännern Europas. Ihre Losung heißt éclairer et diriger.... Es mag ja wohl sein, daß solch eine straffe Centralisation dort absolut nöthig war, wenn nicht Alles auseinander gehen sollte in chaotische Verwirrung.... Jedenfalls aber müssen wir unsererseits immer von Neuem uns dagegen verwahren, daß das imperialistische Regiment ein Ideal sei für die Europäischen Völker. Es gibt zwar Leute genug, die wenn auch nicht die Fähigkeit, doch hinlängliche Neigung haben, „Napoleon" zu spielen; und wenn sich auch das Genie nicht ablauschen läßt, sie haben ihm doch die äußeren Kunstgriffe des Gouvernirens glücklich abgeguckt und sind bereit, die Welt zu beglücken. Suum cuique! Preußen wenigstens kann nur noch bestehen, wenn seine Fürsten bei starkem Regiment ihrem Volke doch die Freiheit gewähren, deren Quelle das Recht ist, — und wenn die Unterthanen ihrem Könige die Treue halten, die ihre Wurzel hat in der freien Liebe. Wo Alles schweigt, herrscht zwar Stille, aber Friede nicht".

1) Der Prinz Napoleon war Mitte Mai 1857 in Berlin zum Besuche des Königs eingetroffen; auf der Parade ritt derselbe zur rechten Seite des Königs die Garde-Truppen entlang. Weder Antlitz noch Anzug entsprachen den Bildern, welche man sich vom alten Kaiser machte, dessen getreue Copie der Prinz sein sollte. Einer der unverwüstlichsten Straßenjungen äußerte darüber unverhohlen sein Mißfallen: „Des is ja jar nischt, der hat ja den Dreimaster nich verquer uf". — Es fehlte der historische Hut, statt seiner trug der Prinz den gewöhnlichen Generalshut, den er, sobald er einer Regimentsfahne nahte, grüßend abzog. Der „Kladderadatsch" feierte die Lindenparade in einem Gedichte mit trefflichen Apostrophen, welche Blüchern und den übrigen unter den Linden im Erzbild ragenden Helden gewidmet waren.

2) Herr v. Bismarck spricht hier von dem Artikel im „Berliner Zuschauer" No. 110 der Kreuzzeitung vom 13. Mai 1857.

3) Der König von Preußen nannte den Prinzen Napoleon bei einem Toaste »prince français«. Der offizielle »Moniteur«-Bericht gab diesen Toast in folgenden Worten wieder: »Au dessert le roi s'est levé et a porté la santé du Prince français, en ajoutant: »je souhaite que l'illustre famille à laquelle appartient mon hôte, fasse longtemps le bonheur de la France, et que cette grande nation reste toujours l'amie de la Prusse«.

1857 Mai 13. schon eigenthümliche Geschichten genug über unfreundliches Verhalten gegen den Gast.

Ich hätte über manche meiner Pariser Wahrnehmungen[1]) gern die Gelegenheit zu mündlicher Besprechung mit Ew. Excellenz gehabt; besonders in Betreff des Wunsches des Kaisers, uns zu besuchen, und anderer sich daran knüpfenden Gedanken, zu denen mir die Unterredungen mit ihm Veranlassung gaben. Schriftlich läßt sich Manches nicht genau wiedergeben, so weitläufig man auch wird, und bei dem rein privativen Charakter meiner Beziehungen zu den politischen Persönlichkeiten in Paris sind mir die Grenzen der von mir erwarteten Discretion mit Rücksicht auf unsere Berliner Verhältnisse nicht deutlich genug bewußt. Ich habe indessen der Versuchung, nach Berlin zu kommen, widerstanden, und keine Anträge deshalb gestellt, weil ich nicht das Gefühl habe, daß meine Gegenwart und meine Anschauungen Sr. M. dem König ganz willkommen sein würden. Ich will mir aber morgen erlauben, Ew. Excellenz mit einer rein privativen Meinungsäußerung über unsere allgemeine Politik zu behelligen,[2]) um deren nachsichtige und discrete Aufnahme ich bitte, wenn sie bei den abweichenden Allerhöchsten Intentionen müßig oder unzeitig erscheint".

111. Eigenhändiger Bericht, betr. das Mémoire des Herrn v. Bismarck über Preußens allgemeine Politik. Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin und politischer Gewinn eines Besuches des Kaisers Napoleon. Österreichische Bemühungen um die Garantie Deutscher Staaten für Italien. Gebot der Vorsicht bei Mittheilungen nach Wien. 18. Mai 1857.

Mai 18. — — „Ich habe das, was ich vortragen wollte, in dem anliegenden Mémoire[3]) zusammengestellt, welches ich Ew. Excellenz als einen Versuch, zur Beleuchtung der Situation von meinem Standpunkte aus beizutragen, mit Nachsicht aufzunehmen bitte. Ich weiß nicht, ob meine Auffassungen den Allerhöchsten Intentionen entsprechen werden; daß sie mit den Ansichten des Generals Gerlach nicht übereinstimmen, ersehe ich aus dessen Briefen; nach meinem Eindruck von der wirklichen Lage der Dinge kann ich mir aber von der Haltung, die wir einnehmen sollten, keine andere Überzeugung bilden.

Die Reise des Prinzen Napoleon, die Art, wie seine Aufnahme bei uns im Moniteur verkündet,[4]) und so zu sagen ausposaunt wird, beweist, welchen Werth die Französische Politik auf den Eindruck legt, daß sie mit Preußen gut stehe. Außerdem ist mir in Paris hinlänglich Gelegenheit geworden, mich zu

1) cf. oben Seite 257 ff.

2) cf. die folgende Urkunde.

3) cf. die folgende Urkunde.

4) cf. oben S. 261, Note 3.

überzeugen, daß man danach strebt, mit uns intimer zu werden und zu scheinen. Wenn es der Auffassung Sr. M. des Königs entspricht, daß mindestens der Schein davon auch für uns erhebliche Vortheile hat, so würde derselbe besonders und in einer Form, die uns zu Nichts verbindet, gefördert werden, wenn wir der Neigung des Kaisers Napoleon, Preußen zu besuchen, entgegenkämen. Ich weiß nicht, ob und wie dieses Thema in den officiellen Wegen zwischen Berlin und Paris oder bei Gelegenheit der Anwesenheit des Prinzen Napoleon in Berlin schon verhandelt worden ist. Sollte Se. Majestät sich bewogen fühlen, darauf einzugehen, und der regelmäßige Weg Bedenken darbieten, so wäre ich, nach dem was mit mir in Paris darüber gesprochen ist, in der Lage, die Sache in unverfänglicher Weise und quasi auf eigene Hand aufzunehmen oder zu sondiren, sei es bei einem gelegentlichen Besuch der Großherzogin Stephanie,[1]) wenn sie in Baden ist, sei es auf anderen Wegen. Ich würde es für einen großen diplomatischen Gewinnst Preußens ansehen, wenn es zu Stande käme, und obschon mich Gerlach über den Gedanken tüchtig gescholten hat, würde ich doch glauben sehr richtig gehandelt zu haben, indem ich zurede.

1857 Mai 18.

In der letzten Berliner Revue steht eine recht hohle historische Deklamation über den Französischen Besuch in Berlin.[2]) Daß die Franzosen 1806 in Berlin waren, besagt heut zu Tage nicht mehr, als die andere Thatsache, daß die Russen und Österreicher im siebenjährigen Kriege auch da waren. Mit Phrasen kann man nicht Politik machen.

Wegen etwaiger Österreichischer Bemühungen um Garantie Deutscher Staaten für Italien habe ich hier Nichts ermitteln können; nicht einmal in dem vorzugsweise plauderhaften Darmstädter Revier. Vielleicht ist nur in Hannover auf Grund von Platen's[3]) Äußerungen eine versuchsweise Zumuthung der Art gemacht. Die Österreichischen Zeitungen stellen eine solche Garantie als überflüssig, und als schon durch die Bundesverhältnisse bedingt, dar, und meinen Collegen von Frankreich und Sardinien hat man, wie es scheint, zu vermuthen gegeben, daß Österreich Zusicherungen für Italien von **uns** besitzt.

In Paris habe ich erfahren können, wie vorsichtig wir in Mittheilungen nach Wien sein müssen, und wie jede wohlwollende Redensart von uns, und namentlich Alles, was man von Äußerungen an unserem Hofe erfährt, benutzt wird, um dem Kaiser Napoleon Mißtrauen gegen uns einzuflößen, und ihn glauben zu machen, daß Österreich uns jederzeit gegen Frankreich führen könne, und daß nichts Vertrauliches von Paris an uns gelange, was wir nicht in

---

1) cf. oben S. 37, Note 2.

2) Gemeint ist der Artikel „Napoleon in Berlin" in der am 15. Mai 1857 ausgegebenen, von Hermann Keipp redigirten „Berliner Revue". Vergl. auch die späteren Artikel über den Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin in demselben Blatte (II. Quartal S. 275 und 323.)

3) cf. oben S. 248, Note 6.



1857 Mai 18. Wien mittheilten; letzteren Gedanken namentlich sucht man stets lebendig zu halten, und Hübner[1] hat zu Insinuationen viel Geschick".

112. Eigenhändiges Mémoire, betr. die allgemeine Politik Preußens: Wesen und Bedeutung der Allianz der drei östlichen Großmächte. Auflösung der heiligen Allianz. Consequenzen für den Fall eines Krieges Deutschlands mit Frankreich. Befürchtungen der Deutschen Fürsten im Falle eines Krieges Frankreichs mit dem geeinigten Preußen und Österreich. Mangel des Vertrauens der Mittelstaaten in Österreichs Politik. Gesteigertes Souverainetätsgefühl derselben. Vortheile direkter Verhandlungen der Süddeutschen Staaten mit Frankreich. Auflösung des Bundes für den Fall eines Krieges Deutschlands gegen Rußland und Frankreich. Werth des Deutschen Bundes für Preußen in Friedenszeiten. Ziele der Österreichischen Politik in Deutschland. Scheitern seiner Pläne während des Orientkrieges. Bekämpfung des Preußischen Einflusses in Baden. Rastatter Besatzungsfrage. Bundesverträge als morscher Stützpunkt für Preußens auswärtige Politik. Nothwendigkeit der Anbahnung neuer bezw. der Regenerirung der alten Bündnisse. Unmöglichkeit der Wiederherstellung der Nordischen Allianz. Nothwendigkeit der Sicherung eines zuverlässigen Defensivsystems für Preußen durch Eingehen auswärtiger Bündnisse. Werth eines Russischen Bündnisses und der Freundschaft Preußens für Frankreich. Vortheile Preußens von einer derartigen Verbindung. Folgen einer Ablehnung der Werbung Napoleon's um die Freundschaft Preußens. Aussicht auf eine sich alsdann bildende Französisch-Russische Allianz. Nothwendigkeit der Belebung der Disposition Frankreichs für ein Bündniß desselben mit Preußen. Consequenzen einer Frankreich entmuthigenden Haltung Preußens. 18. Mai 1857.

Mai 18. „So lange ein enges, auf gemeinsame politische Principien begründetes Bündniß der drei östlichen Großmächte bestand, bildete dasselbe zugleich eine sichere Grundlage des Deutschen Bundes, und fand in letzterem wiederum einen Zuwachs an Kräften. Mancher Verschiedenheit der Ansichten und Interessen ungeachtet, war unter diesem System das ostrheinische Europa zu einer Art von solidarischer Körperschaft vereinigt, welche gemeinschaftlich eine defensive Frontstellung nach Westen hin einnahm, um von allen Gliedern die Gefahren abzuhalten, mit denen sie von Französischen Revolutionen und Eroberungsgelüsten bedroht sein konnten. Diese Verbindung war so stark, und besonders

[1] cf. oben S. 262, Note 3.

im Vergleich mit Frankreich allein so augenscheinlich übermächtig, daß ihre Mitglieder in derselben eine ziemlich sichere Assecuranz des eigenen Besitzstandes fanden. Auch die auf der Westgrenze am meisten exponirten Deutschen Fürsten konnten mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß ein Französischer Angriff auf sie unterbleiben oder von der vereinten Macht der heiligen Allianz überwunden und die etwa bewiesene Untreue in letzterem Falle ihre Strafe finden werde. Es war daher anzunehmen, daß sie, auch unter anfänglichen Unglücksfällen, treu blieben, daß auch für Kriegszeiten die Bundesacte sich als eine Wahrheit, die Bundesarmee sich als eine Realität bewahren würde.

1857 Mai 18.

Für Preußen hätte die Stellung in dieser Allianz, wenn wir ehrgeizige Pläne hätten, ihr Unbequemes gehabt. Die enge Verbindung mit den beiden größeren Kaiserreichen, die unter sich mehr Analogie der inneren Zustände und Regierungsgrundsätze hatten als mit uns, gestattete uns keine freie Bewegung auf dem Gebiete Europäischer Politik. Aber die Sicherheit friedlicher Existenz hatte auch für uns ihren Werth, und unter dem Schutze derselben gewannen wir, vermöge der Gleichartigkeit der Zustände und Interessen, in Deutschland einen Einfluß, welchen uns Österreich entweder aus Rücksichten auf seine innere Politik nicht streitig machen konnte, oder welchen es uns stillschweigend gegen gelegentliche Unterstützung seiner Ansichten bei den Cabinetten der anderen Großmächte überließ. Der Deutsche Bund war also eine Einrichtung, auf deren Hülfe wir für den Krieg einigermaßen zählen konnten, und dessen, von Österreich nicht begünstigte, Entwickelung im Frieden mehr für als gegen uns lief.

Es kommt hier nicht darauf an, ob die Auflösung der heiligen Allianz mehr die Schuld Rußlands oder Österreichs ist, sondern nur auf die Thatsache, daß dieses Bündniß nicht mehr besteht. Es ist keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß, wenn heute Französische Heere in Deutschland einfielen, Russische sich beeilen würden, ihnen mit uns entgegenzurücken; es ist nicht einmal anzunehmen, daß Österreich alsdann seine Ostgrenzen entblößen, und sich mit seiner ganzen Macht dem westlichen Feinde würde entgegenwerfen können. Es würde außerdem zweifelhaft bleiben, ob zwischen Preußen und Österreich derjenige Grad von Vertrauen und gegenseitiger Hingebung, welcher allein ihrem Bündnisse einheitliche Energie und Bürgschaften des Erfolges geben könnte, sich in der Schnelligkeit herstellen ließe. Deshalb ist in Deutschland, und besonders bei den einem Französischen Angriff in erster Linie exponirten Bundesfürsten, der Glaube an einen schließlich für Frankreich ungünstigen Ausgang des Kampfes weniger fest geworden, wenn nicht verloren gegangen.

Wenn aber Preußen und Österreich in einem solchen Kriege wahrhaft einig wären, so würden die Deutschen Fürsten, nach dem Ausscheiden Rußlands aus der Verbindung, nicht mehr das Zutrauen haben, daß ihre Stellung in und

1857 Mai 18. nach den Wechselfällen des Krieges von Österreich und Preußen besser respectirt werden würde, als von Frankreich; die Herren selbst haben das Gefühl, daß die Kleinstaaterei mit ihrer heutigen hochgeschraubten Souverainetät für Deutschland ein Übel, dem Französischen Interesse aber nicht nachtheilig ist; sie wissen sehr gut, daß die zerrissene Lage Preußens an und für sich schwer zu tragen ist, und durch den unnatürlichen Selbständigkeitstrieb der kleinen dazwischen liegenden Staaten eine schwere Fessel für uns und für Deutschlands Leben und Entwickelung wird. Das Vertrauen, daß Österreich ihnen die bisherige Unabhängigkeit lassen und erhalten werde, haben sie durch Graf Buol und die Wiener Politik im letzten Kriege verloren. Als Herr v. Hügel Württembergischer Gesandter in Wien war, sagte ihm Graf Buol etwa um die Zeit der berüchtigten Circulardepesche vom 14. Januar 1855[1]) in barscher Weise: „Sie müssen Sich daran gewöhnen, daß in Deutschland nur Österreich das Recht auf eigene Politik hat, und je früher Sie das lernen, desto besser für Württemberg"; gegen Könneritz[2]) hat er damals in gleicher Stimmung geäußert: „Wir werden auf die kleinen Staaten drücken, bis ihnen der Athem zum Widerspruch ausgeht". Diese und ähnliche Reden sind natürlich an den mittelstaatlichen Höfen von Mund zu Mund gegangen, und da in dem Charakter der Personen, welche die Österreichische Politik leiten, keine Garantie liegt, welche dergleichen als bloße Redensart anzusehen berechtigte, so bilden sie den Ausdruck dessen, was die Mittelstaaten von Österreich erwarten. Dazu ist die Lust der Letzteren an Selbständigkeit und Einfluß gewachsen durch das abwechselnde Werben Preußens und Österreichs um ihre Stimmen. Ihnen diese Stellung zu erhalten, haben vielleicht Frankreich und Rußland ein Interesse, Österreich und Preußen aber nicht, oder doch nur aus Eifersucht gegeneinander, und sie ist daher gefährdet, sobald Österreich der Noth oder der Vernunft soweit nachgiebt, daß es seine Beziehungen zu Preußen ehrlich zu bessern sucht.

Angesichts dieser nahe liegenden Erwägungen gehört für die Süddeutschen Staaten ein sehr hoher Grad von Bundes-Patriotismus dazu, wenn sie ihre Thermopylen am Rhein machen, oder nöthigenfalls die Wiedereroberung ihrer Länder im Preußisch-Österreichischen Lager abwarten sollten; sie werden in der Gefahr nach dem Sprüchwort handeln, daß das Hemd einem näher ist als der Rock, das eigene Land näher als der Bund; sie werden bei Zeiten in Paris direkte Garantien zu erhalten suchen, vielleicht sogar Aussicht auf Gewinn.

Frankreich kann Württemberg und Bayern versprechen, ihnen Baden Preis zu geben, welches sich vielleicht im Vorgefühl dieser Gefahr neuerdings Österreich in die Arme wirft.[3]) Es kann noch manche andere Vereinfachung

---

1) cf. Band II, S. 141, Note 2.

2) Rudolph von Könneritz, Kammerherr und Wirklicher Geheimer Rath, K. Sächsischer Gesandter in Wien.

3) Durch sein Abkommen in der Rastatter Besatzungsfrage. cf. oben Urkunde 110.

des deutschen inneren Grenzwesens lockend erscheinen lassen; aber schon der Erhaltungstrieb allein weist die kleinen Souveraine, gegenüber dem Mißbehagen, mit welchem die Vielherrigkeit Deutschland erfüllt, auf außerdeutsche Anlehnung hin, und in den höchsten Kreisen von Paris hat man leicht den Eindruck, daß diese Anlehnung dort, wenn nicht schon gefunden ist, doch gesucht wird, und daß Frankreich nicht glaubt, in einem Deutschen Kriege die volle Bundesarmee gegen sich zu haben.

1857 Mai 18.

Wenn sich schon gegen die Haltbarkeit des Bundes in einem einfachen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich erhebliche Zweifel aufdrängen, so werden dieselben ziemlich zur Gewißheit, wenn man sich den Bund zur Vertheidigung gegen einen gleichzeitigen Angriff von Rußland und Frankreich berufen denkt. Schon der Wegfall Rußlands, als einer Reserve hinter dem Deutschen Bund, raubt den schwankenden Staaten in letzterem das Bewußtsein der Übermacht auf ihrer Seite, und das Ausscheiden Rußlands aus der Allianz nimmt ihnen den Stützpunkt, den sie bisher innerhalb derselben für ihre unbeschränkten Souverainetäten hatten. Wenn wir die Übermacht ohnehin auf unserer Seite haben, so wird uns auch die Bundesarmee nicht fehlen; für jede andere Combination müssen wir uns gewöhnen, die Bundes-Kriegsverfassung als nicht mehr vorhanden zu betrachten, und nur auf die Contingente zu zählen, welche sich nach der geographischen Lage in Abhängigkeit von uns befinden.

Auch für die Zeit des Friedens gewährt uns der Bund nicht mehr dieselben Vortheile wie vor 1848. Österreich, welches früher die Leitung der Bundesverhandlungen innerhalb gewisser Grenzen, und nicht selten auf lange Zeit das Präsidium an uns überließ, ist als unser Nebenbuhler um Einfluß am Bunde und an jedem Deutschen Hofe aufgetreten, und dies Streben beruht nicht in vorübergehenden Anschauungen der gegenwärtigen Österreichischen Staatsmänner, sondern ist eine nothwendige und dauernde Consequenz des veränderten Systems seiner auswärtigen und besonders seiner inneren Politik; das große Problem der auf dem deutschen Element zu begründenden Centralisation des Reichs ist mit den 18 bis 20 Procent Deutschen unter der eigenen Bevölkerung nicht durchzuführen, sondern nur vermöge der Gewinnung und Erhaltung engerer und hegemonischer Beziehungen zum übrigen Deutschland. Bei dem Vorwiegen der handelspolitischen Interessen in unserer Zeit, und mit Rücksicht auf das Bedürfniß, sich an gesunderen finanziellen Zuständen als den eigenen aufzuhelfen, steht das Streben nach der Aufnahme in den Zollverein[1]) in erster Linie. Den Bedürfnissen, welchen der Eintritt von Gesammt-Österreich in den Bund[2]) entsprechen sollte, würden einstweilen Garantie-

1) cf. oben S. 45 f.

2) cf. oben S. 15, Note 2.

1857 Mai 18. verträge für Italien und Ungarn abhelfen, ohne daß dadurch die Österreichischen Matrikularbeiträge, wie bei dem Gesammteintritte, auf das dreifache erhöht werden. Schon längst wird es von Wien aus mit Erfolg gelehrt, daß die Pflicht, Österreichs Besitzungen außerhalb des Bundes zu schützen, durch die Deutschen Interessen geboten und ein indirekter Ausfluß der Bundesverträge sei. Durch diese Theorie wächst den übrigen Bundesgliedern eine große Erweiterung ihrer Verbindlichkeiten ohne Äquivalent und ohne Lasten für Österreich zu.

Bis zum orientalischen Kriege hatte das Wiener Cabinet auf diesem Wege, unter geschickter Benutzung der Erinnerung der Fürsten an die Preußisch-Gothaische Politik, große Fortschritte gemacht, und es gehörte die Ungeschicklichkeit des Grafen Buol dazu, um während des orientalischen Krieges das uns abgenommene Terrain großentheils wieder einzubüßen; aber nicht wir haben es wiedergewonnen, sondern die Bamberger Staaten [1]) finden in Frankreich den schließlichen Stützpunkt der unabhängigen und schiedsrichterlichen Stellung, welche sie in den Rivalitäten der Deutschen Großmächte annehmen konnten. Durch diese Gefahr läßt sich das Wiener Cabinet auf seinem Wege nicht beirren, und bekämpft neuerdings mit Erfolg den Preußischen Einfluß in dem uns so nahe verwandten Baden.

Wenn wir im Jahre 1842 uns bereit erklärt hätten, Österreich den künftigen Besitz der vom Bunde zu erbauenden Festung Rastatt in Aussicht zu stellen, so ist wohl kaum zweifelhaft, daß es uns Concessionen, sei es in Mainz oder anderweit dafür gemacht hätte. Aber es rechnet darauf, daß wir lediglich aus bundesfreundlicher Gefälligkeit ihm seine Position uns gegenüber verbessern, und würde uns auch keinen Dank schuldig zu sein glauben, wenn wir gratis Garantien für seine außerdeutschen Länder übernehmen, sondern diese als schuldige Bundesgenossenpflicht entgegennehmen, auch nicht anstehen, sie zu tendenziöser Mittheilung an Frankreich zu benutzen. Es hat uns in allen Gebieten der Politik am empfindlichsten bekämpft, während der Dauer unseres Garantievertrages über Italien [2]) und des späteren April-Bündnisses; [3]) es wird uns auch ferner bekämpfen, denn es ist kein willkürliches Gelüst, sondern die natürliche Lebensbedingung des heutigen Österreichs, Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seine Macht zu mindern, wenn es angeht.

Der hauptsächlichste und stärkste unter unseren Genossen im Deutschen Bund hat eine politische Bahn eingeschlagen, die ihn zum nothwendigen Gegner unserer Interessen macht, und selbst in Fällen der äußersten gemein-

---

1) cf. oben S. 194, Note 1.
2) cf. oben S. 170.
3) cf. oben S. 186, Note 2.

samen Noth schwerlich eine ehrliche und nachhaltige Hülfe von ihm erwarten läßt. Von einem wichtigen Theile der Übrigen steht die Leistung der Bundespflicht im Kriegsfalle nicht zu erwarten, und im Frieden haben wir keineswegs den Einfluß auf die Gesammtheit, der mit unseren Bundespflichten im Verhältniß stände, und uns für unsere eigene Gebundenheit entschädigen könnte. Wir können deshalb nicht mehr, wie vor 1848, den hauptsächlichen oder gar ausschließlichen Stützpunkt unserer auswärtigen Politik in den durch die Bundesverträge bedingten Verhältnissen nehmen. Die Stütze ist morsch, und wir fallen unzweifelhaft, wenn wir unsere Anlehnung an sie allein nehmen.

1857 Mai 18.

Wenn von unseren alten Bündnissen, in der veränderten Constellation der Politik, nicht mehr zu erwarten ist, daß sie ihren Zweck erfüllen, so können wir Einfluß und Sicherheit nur dadurch wiedergewinnen, daß wir neue anbahnen, oder die alten regeneriren, falls es möglich ist, sie zu erhalten.

Die Nordische Allianz von vor 1848 werden wir nicht einfach wiederherstellen können. Rußland, Österreich und Frankreich sind andere geworden, als sie damals waren. Österreich hat der erhaltenden Politik entsagt, und will nach drei Richtungen hin, besonders aber in Deutschland und im Orient wachsen, Rußland fühlt nicht mehr den Beruf, der Französischen Revolution oder überhaupt aufständischen Bewegungen außerhalb seiner Grenzen entgegenzutreten, und sieht das gegenwärtige Regime in Frankreich ohne Abneigung; Frankreich selbst aber ist stärker nach außen geworden, als es unter Louis Philipp war.

Es ist unter diesen Umständen ein Gebot der Selbsterhaltung, nicht des Ehrgeizes, daß wir uns nach einem gesicherteren Defensivsysteme für die Zukunft umsehen, und die Verbindungen, welche wir in diesem Sinne anknüpfen, brauchen nicht von einer Verschwörung gegen Andere, sondern können einen wesentlich *erhaltenden* Charakter haben. Der Einfluß einer Macht im Frieden hängt in letzter Instanz von der Kraft ab, welche sie im Kriege entwickeln, und von den Bündnissen, mit welchen sie in den Krieg eintreten kann. Für uns aber ganz besonders ist die Gewinnung von Einfluß in Deutschland gegenwärtig allein durch den Glauben der Bundesstaaten an die Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit bedingt, mit welcher Preußen im Kriegsfalle auf auswärtige Bündnisse rechnen kann. Die Bundesacte allein gewährt uns keine Mittel, und Österreich leiht uns keinen Beistand, um unsere Bedeutung im Bunde über das Niveau von $^{1}/_{17}$ Stimmantheil im engeren Rath zu erheben. Nur außerhalb Deutschlands bieten sich uns die Mittel, unsere Stellung im Interesse Deutschlands selbst zu consolidiren.

Der Kaiser Napoleon hat kein Verlangen danach, das Bündniß mit England abzubrechen. Ein Krieg mit England hat durchaus nichts Einladendes für ihn, er bietet wenig Aussicht auf Vortheil, dagegen die Sicherheit erschöpfender Opfer, und ist für den Kaiser ein Spiel um die Existenz; nach

1857 Mai 18. seiner Auffassung ist ihm aber eine feindselige Stellung Englands gegen ihn ohne Kriegserklärung noch gefährlicher als der Krieg selbst, und er würde deshalb, sobald unfreundliche Beziehungen zwischen beiden eintreten, bald über dieselben hinweg zum Kriege gelangen wollen, um die Franzosen in ihrer nationalen Ehre gegen den Feind zu compromittiren. In der Vorhersicht dieser Entwickelung sucht er daher mit großer Aufmerksamkeit jeder Erkältung der Intimität vorzubeugen. Letztere wird natürlich durch jede Annäherung Frankreichs an Rußland beeinträchtigt, und soweit Rußland auch die Arme offen halten mag, wird der Kaiser Napoleon sich doch schwerlich hineinwerfen, solange sich England so verhält, daß den Franzosen das Bündniß mit ihm erträglich bleibt. Die Politik einer Englischen Regierung ist aber unberechenbar, und nicht selten von inneren Einwirkungen abhängig, die sich den Combinationen staatsmännischer Vernunft gänzlich entziehen.

Die Vorsicht gebietet daher Frankreich, sich das Russische Bündniß offen zu halten, ohne durch auffällige Bemühungen deshalb sich England ohne Noth zu entfremden. Der sicherste Mittelweg hierzu ist die Cultivirung der Beziehungen Frankreichs zu Preußen. Frankreich könnte es mit Österreich oder mit den Rheinbundstaaten halten, Beide könnte es ohne Schwierigkeit gewinnen; aber einem Bündniß mit Österreich stehen Französische Interessen entgegen, ein solches mit den Mittelstaaten müßte Preußen zum Gegner Frankreichs machen, und Preußen ist das kräftigere und zukunftsreiche Element in Deutschland. Die Freundschaft Preußens stellt für Frankreich erhebliche Vortheile in Aussicht. Dieselbe gewährt ihm eine außerenglische, continentale Anlehnung, und hat als solche die Wirkung, daß sie die Englische Politik rücksichtsvoller gegen Frankreich und weniger leichtfertig in Betreff eines Bruches mit letzterem macht; sie hat dabei nicht das Herausfordernde für England wie die Russische Verbindung; sie bildet außerdem ein Verbindungsglied, um für Frankreich die Chance des Russischen Bündnisses, auf den Fall der Noth, offen, und die Bedingungen desselben mehr in der Hand zu behalten; sie überhebt Frankreich der Nothwendigkeit oder der Versuchung, das Russische Bündniß frühzeitig und vielleicht voreilig sicherzustellen, und dadurch den Bruch mit England zu zeitigen; sie stellt zugleich die unzweifelhafte Übermacht der Allianz auf dem Continent in Aussicht, sobald man dieselbe durch Rußlands Zutritt vervollständigen will, und wirkt dadurch mäßigend auf England. Diese Vortheile machen es erklärlich, daß Frankreich hohen Werth darauf legt, seine Beziehungen zu uns intimer erscheinen zu lassen. Für Preußen liegt der Gewinn dabei vorzugsweise in Deutschland; denn, indem Frankreich mehr an unserem guten Willen als an dem der Mittelstaaten gelegen ist, wird den letzteren die Rheinbundchance abgeschnitten, und sie sind an uns verwiesen, da sie bei Österreich allein sich nicht sicher und geschützt fühlen, solange dasselbe nicht mit Rußland verbündet ist.

Die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich braucht also keineswegs feindselige Tendenzen gegen den Frieden Europas zu haben; im Gegentheil, es liegt in ihr eine erhöhte Bürgschaft des Friedens. Sie vermindert die Wahrscheinlichkeit eines Bruchs zwischen England und Frankreich, sie vertagt die Chance eines Französisch-Russischen Kriegsbündnisses, giebt uns, wenn es dennoch zu demselben kommen sollte, die Möglichkeit eines moderirenden Einflusses auf dessen Gestaltung und Zwecke, und verleiht demselben alsdann eine solche Übermacht, daß es zur Führung eines Continentalkrieges gegen dasselbe schwerlich kommen kann; sie ist ferner das Mittel, und vielleicht das einzige, um von der Form und dem Wesen des Deutschen Bundes die Fundamente zum Neubau, und uns einen entscheidenden Einfluß auf letzteren zu erhalten. Schon der äußere Anschein intimer Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich wird in dieser Richtung von mächtiger Wirkung sein; der Kaiser Napoleon erkennt seinerseits offenbar das Interesse, welches er daran hat, diesen Schein zu nähren, und er würde bei einigem Entgegenkommen von unserer Seite noch entschiedener die Hand dazu bieten. Verhalten wir uns aber ablehnend gegen ihn und schneiden ihm die Hoffnung auf nähere Einigung mit uns von Hause aus ab, so wird unverzüglich, nachdem man sich in Paris darüber klar geworden ist, ein dringenderes Werben Frankreichs um das Einverständniß mit den Deutschen Mittelstaaten beginnen; dasselbe wird bei den Meisten von ihnen nicht ohne Erfolg sein und den Deutschen Bund vollständig unterhöhlen; selbst Sachsen wird die Versuchung nur insoweit von sich weisen, als die faktische Gewalt der benachbarten Großmächte es bedingt. Solange das westmächtliche Bündniß hält, bringt uns dann der Zustand der Dinge voraussichtlich keinen anderen Nachtheil, als eine fortlaufende Abnahme unseres Einflusses in Bundes- und Zollvereins-Angelegenheiten; kommt es aber zum Bruch Frankreichs mit England, so ist mit demselben auch die Französisch-Russische Allianz gegeben, und wir haben die Wahl, dieser entweder unter den Bedingungen, die sie uns alsdann stellt, beizutreten, oder die Chancen eines Österreichisch-Englischen Gegenbündnisses zu acceptiren. In dem letzteren wird England, solange es mit Amerika Frieden hat, vielleicht nicht übler situirt sein als bisher, weil seine Sicherheit weniger durch seine Bündnisse, als durch seine eigene Flotte bedingt ist. Den Deutschen Großmächten aber kann es im Kriegsfalle zu Lande wenig nützen, und ihre Partei wird als die schwächere auf dem Continent erscheinen, weil zu ihrer Einigkeit kein Zutrauen vorhanden ist, weil die Kräfte von Sardinien, Belgien und eines wesentlichen Theiles von Deutschland voraussichtlich für Frankreich disponibel sein werden, weil Österreich, wenn fremde Armeen in Ungarn und Italien eindringen, sich vielleicht als locker in seinem Zusammenhange erweist, und weil zwischen ihm und uns wirklich Argwohn und Mißgunst bestehen, welche die gemeinsame Action lähmen würden.

1857 Mai 18.

1857 Mai 18. Auf Grund dieser Erwägungen würden, auch ohne daß es zum Kriege käme, Österreich und Preußen einer Russisch-Französischen Allianz gegenüber diplomatisch in gedrückter Stellung und ohne Einwirkung auf die kleineren deutschen und außerdeutschen Staaten sein. Ein Russisch-Französisches Bündniß kann für Preußen, wenn wir, nach Entstehung desselben, Aufnahme darin fänden, keine Constellation sein, die wir herbeizuwünschen hätten; aber das beste Mittel es zu hindern, zu vertagen, oder seine Schädlichkeit für uns abzuschwächen, scheint darin zu bestehen, daß wir die günstigen Dispositionen Frankreichs für ein intimeres Verständniß mit uns lebendig erhalten, und ihm die Aussicht, sie zu realisiren, nicht benehmen. Bei discreter Handhabung einer solchen Politik bleibt zugleich, solange die westmächtliche Allianz besteht, unser Verhältniß zu England, da es Frankreichs officieller Bundesgenosse ist, und zu Rußland, da es dasselbe zu werden strebt, uncompromittirt und jeder Entwickelung fähig. Wir halten dabei die Deutschen Staaten zusammen, gewinnen eine Stellung, welche vermöge der Furcht vor ihrer weiteren Entwickelung vielleicht Österreichs Politik bis zur Verträglichkeit mit uns modifiziren kann, und gegenüber Frankreich ist es leichter, wenn die Umstände es erfordern, aus guten Beziehungen zu kühleren überzugehen, als umgekehrt.

Dieselbe freie und günstige Stellung bleibt uns nicht, wenn wir die Werbungen Frankreichs um unsere Freundschaft gegenwärtig entmuthigen, und die erste Consequenz dieses Verhaltens würde die Entwickelung innigerer Beziehungen der Französischen Politik zu einer Anzahl Deutscher Staaten sein, und damit zugleich die, für unsere Stellung so nachtheilige Ansicht neue Nahrung gewinnen, daß gerade Preußen wegen der Rheinprovinz und der Französischen Nachbarschaft eines Beistandes von Seiten des Bundes, Oesterreichs oder fremder Mächte am leichtesten bedürftig werden könne, ein Präjudiz, dessen Druck nur durch den Glauben der Anderen an freundschaftliche Beziehungen zwischen uns und mit Frankreich abgewendet werden kann".

113. Eigenhändiger Bericht, betr. die Fortsetzung des Mémoires über die Beziehungen Preußens zu Frankreich. Herbeiführung einer Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und von Frankreich durch den König von Bayern. Russisches Circular in der Donaufürstenthümer-Frage. Mittel zur Begünstigung der Annäherung des Kaisers Napoleon an Österreich. Festliche Vorbereitungen an den Frankfurt benachbarten Höfen. 2. Juni 1857.

Juni 2. „Ew. Excellenz beehre ich mich die Anlage [1]) als Fortsetzung des kürzlich eingereichten Promemoria über unsere Beziehungen zu Frankreich [2]) vorzu-

1) cf. die folgende Urkunde.
2) cf. Urkunde 112.

legen; ich bin zur Zusammenstellung derselben in der vorliegenden Fassung durch eine Correspondenz über diese Angelegenheit mit General Gerlach veranlaßt worden, und habe den hauptsächlichen Inhalt meiner Äußerungen gegen ihn in der Anlage resümirt.

1857 Juni 2.

Telegraphisch habe ich Ew. Excellenz bereits gemeldet[1]), daß der König von Bayern seinen Aufenthalt in Paris benutzt, um für eine Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Frankreich in Bayern zu wirken. Ich habe die Nachricht an sich aus guter Quelle und halte sie für sicher, nachdem mir Graf Montessuy unaufgefordert, aber ganz vertraulich dasselbe mittheilte. Er nannte als Ort der beabsichtigten Begegnung Pfaffenhofen; der Name war aber seiner Zunge nicht ganz geläufig, und kann mißverstanden sein. Von ihm habe ich auch erfahren, daß Baron Bourqueney,[2]) der den Plan einer Österreichisch-Französischen Allianz niemals aus dem Auge verloren hat, für das Projekt dieser Zusammenkunft thätig sei, und daß Benedetti[3]) bei seiner Reise durch Wien für dieselbe Richtung disponirt worden und nicht ohne Erfolg, wie man aus seinen hiesigen Äußerungen abnehmen konnte. Er brachte auch die unerwartet günstigen Urtheile J. K. H. der Erzherzogin Sophie[4]) über den Prinzen Napoleon und die officiöse Verbreitung, welche dieselben nach Paris gefunden haben, damit in Verbindung. Gewiß geht aus diesen Umständen so viel hervor, daß das Bedürfniß des Kaisers Napoleon, mit anderen Monarchen in persönliche Berührungen zu kommen und sich in Deutschland zu zeigen, an den Süddeutschen Höfen richtig erkannt und von ihnen ausgebeutet wird, wenn wir versäumen, es für uns zu benutzen.

In Betreff unseres Circulars über die Angelegenheit der Donaufürstenthümer vom 28. v. M.[5]) haben mir einige meiner Deutschen Collegen, mit denen ich dasselbe besprach, ihre Genugthuung ausgesprochen, weil an ihren Höfen die Art, wie Österreich unser Verhalten geschildert habe, allerdings einen für uns ungünstigen Eindruck hinterlassen hätte.

Unter den Mitteln, welche angewendet werden, um den Kaiser Napoleon für eine Annäherung an Österreich und für jene Zusammenkunft in Bayern günstig zu stimmen, wurde mir ein für die Zeit charakteristisches genannt: Man hat Leute von der hohen Finanz disponirt, und dem Französischen Kaiser die „Isolirung" Österreichs als den hauptsächlichen Grund der Flauheit aller

1) Herr von Bismarck meldete diese Nachricht dem Minister von Manteuffel am 2. Juni 1857 mit dem Zusatze, daß Herr von Bourqueney das Projekt in Paris befürworte.

2) cf. oben S. 220, Note 2.

3) Graf von Benedetti, am 7. November 1855 zum Direktor der politischen Abtheilung im Französischen Ministerium des Auswärtigen berufen, und war 1856 als solcher Secretair auf dem Pariser Friedenscongreß. Vom 5. November 1864 bis 1870 Französischer Botschafter in Berlin.

4) cf. oben S. 74, Note 1.

5) cf. von Jasmund, Aktenstücke zur orientalischen Frage, Band III, S. 100.

1857 Juni 2. Börsen und des niedrigen Standes der Effekten dargestellt. Die dadurch eingeflößte Besorgniß wirke entmuthigend auf die Spekulation und drücke besonders die Französischen Capitalanlagen in Österreich. Am Ende geht der Kaiser Napoleon nach Pfaffenhofen, um eine Hausse der Französisch-Österreichischen Eisenbahn-Effekten zu bewirken! Über seine Dispositionen in Betreff der Wünsche des Königs von Bayern habe ich indessen noch Nichts erfahren können. Vermuthlich wird es ihm nicht entgehen, daß die Flauheit der Börsen nicht ihren Grund in der Sorge der Banquiers um Österreich, sondern in der Erschöpfung der disponiblen Capitalien hat, welche dem Übermaß neuer Unternehmungen in den letzten Jahren nothwendig folgen mußte.

An den benachbarten kleinen Höfen ist Alles in festlichen Vorbereitungen, in Wiesbaden wegen der Schwedischen Heirath[1]), in Darmstadt wegen des Russischen Besuches[2]), und in Rumpenheim sammelt sich die Landgräfliche Familie, so daß wir hier in einem Kreuzfeuer von Höflichkeitspflichten für die nächste Zeit stehen werden. Der College läßt seiner selten getragenen Uniform ein neues Lustre geben und die Damen üben sich in der Kunst, mit der Schleppe zu manövriren".

114. Eigenhändiges Mémoire, betr. die Beziehungen Preußens zu Frankreich:

Gründe für die Abneigung gegen eine nähere Verbindung Preußens mit Frankreich. Widerlegung der Theorie von der Unzulässigkeit eines Compromisses mit der von Napoleon repräsentirten Revolution. Der Bonapartismus als eine Folge der Revolution. Gefahrlosigkeit des Bonapartismus für die Propaganda revolutionärer Grundsätze im Auslande. Antipathie gegen Frankreich bei einer anzustrebenden Allianz Preußens mit Napoleon. Folgen eines passiven Abwartens der Ereignisse durch Preußen. Schwäche desselben bei einer Verbindung mit anderen Großmächten, insbesondere England und Österreich. Werth eines Besuches Napoleon's in Preußen als ostensibles Zeichen der guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich. 2. Juni 1857.

Juni 2. Einer der hauptsächlichsten Gründe der Abneigung, auf welche eine nähere Verbindung mit dem heutigen Frankreich bei uns stößt, liegt in der Auffassung, daß der Kaiser Napoleon der hauptsächliche Repräsentant der Revolution und mit ihr identisch, und daß ein Compromiß mit der Revolution ebensowenig in der äußeren wie in der inneren Politik zulässig sei. In

---

1) scil. des jetzigen Königs von Schweden mit der Prinzessin Sophie von Nassau (6. Juni 1875).

2) Erwartet wurde daselbst die Russische Kaiserfamalie.

1857 Juni 2.

den auswärtigen Beziehungen ist es nicht möglich, den letzteren Grundsatz in der Weise durchzuführen, daß die äußersten, davon abgeleiteten Consequenzen noch immer jede andere Rücksicht durchbrechen sollten, und außerdem ist es nicht richtig, die Revolution gerade in dem gegenwärtigen Kaiser der Franzosen ausschließlich zu verkörpern. Die nächste Anleitung dazu giebt die in's Auge fallende Illegitimität des Ursprungs seiner Herrschaft. Aber wie viel Existenzen giebt es in der heutigen politischen Welt, welche mit voller Continuität im Rechte wurzeln. Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heute mit Bewußtsein in der Revolution von 1688 fußende England, können ihre dermaligen Rechtszustände auf keinen legitimen Ursprung zurückführen. Selbst für das Terrain, welches die Deutschen Fürsten, theils Kaiser und Reich, theils ihren Mitständen, den Standesherren, theils ihren eigenen Landständen abgewonnen haben, läßt sich kein vollständig legitimer Besitztitel nachweisen.

Ein Princip kann man aber nur insoweit als ein allgemein durchgreifendes anerkennen, wenn es sich unter allen Umständen und zu allen Zeiten bewahrheitet, und der Grundsatz: quod ab initio vitiosum, lapsu temporis convalescere nequit, bleibt der Doctrin gegenüber richtig, wird aber durch die Bedürfnisse der Praxis unaufhörlich widerlegt.

Die meisten der oben berührten Zustände sind eingealtert, wir haben uns an sie gewöhnt und deshalb ihre revolutionäre Geburt vergessen. Aber auch dann, wenn sie noch nicht diesen Grad von Verjährung hatten, stieß man sich früher nicht an ihrer revolutionären Natur. Cromwell wurde von den Europäischen Potentaten „Herr Bruder" genannt und seine Freundschaft gesucht, wenn sie nützlich erschien. Mit den Generalstaaten waren die ehrbarsten Fürsten im Bündniß, bevor sie von Spanien anerkannt wurden; Wilhelm von Oranien und seine Nachfolger in England hatten, auch während die Stuarts noch prätendirten, nichts an sich, was unsere Vorfahren von den intimsten Beziehungen mit ihnen abgehalten hätte; den Vereinigten Staaten haben wir schon in dem Haager Vertrage von 1785 ihren revolutionären Ursprung verziehen. In neuester Zeit hat unser Hof den Besuch des Königs von Portugal empfangen, und mit dem Hause Bernadotte hätten wir uns verschwägert, wären nicht zufällige Hindernisse eingetreten.

Wann und nach welchen Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die illegitime Geburt verzeiht, sobald wir keine Gefahr von ihnen besorgen, und daß man sich alsdann auch nicht principiell daran stößt, wenn sie fortfahren, ohne Buße, ja mit Rühmen sich zu ihrer Wurzel im Unrecht zu bekennen.

Es scheint nicht, daß vor der Französischen Revolution ein Staatsmann auf den Gedanken gekommen ist, die Beziehungen seines Landes zu an-

1857 Juni 2. deren Staaten lediglich dem Bedürfniß unterzuordnen, von Berührungen mit revolutionären Erscheinungen frei zu bleiben, und doch waren die Grundsätze der Amerikanischen und Englischen Revolution, abgesehen von dem Maße des Blutvergießens, und von dem nach dem National-Charakter verschiedenen Unfug, der mit der Religion getrieben wurde, ziemlich dieselben wie diejenigen, welche die Unterbrechung der Continuität des Rechtes in Frankreich herbeiführten. Auch auf die revolutionären Erscheinungen von 1789 wird das Princip nicht überall ebenso rigoros angewendet, wie bezüglich Frankreichs.

Die gegenwärtigen Rechtszustände in Österreich und die politische Richtung der dort leitenden Persönlichkeiten, das Prosperiren der Revolution in Portugal, Spanien, Belgien, Dänemark, das offene Bekennen und Propagiren der revolutionären Grundideen von Seiten der Englischen Regierung und das Bethätigen derselben noch in dem Neuenburger Conflict, das Alles hält uns nicht ab, die Beziehungen des Königs unseres Herrn zu den Monarchen jener Länder nachsichtiger zu beurtheilen als diejenigen zu Napoleon III. Die unfürstliche Herkunft des Letzteren thut ohne Zweifel viel dabei, aber sie ist in Schweden von noch frischerem Datum, ohne dieselben Consequenzen zu haben. Die Revolution muß daher in Frankreich noch besondere Eigenthümlichkeiten haben, liegen dieselben nun gerade in der Familie Bonaparte? Diese hat weder die Revolution in die Welt gebracht, noch würde die Revolution beseitigt oder nur unschädlich gemacht, wenn man gedachte Familie ausrottete. Die Revolution blühte von 1830 bis 1848 recht im Vollen, ohne daß dabei von den Bonaparten die Rede war; sie ist viel älter als das geschichtliche Auftreten dieser Familie und viel breiter in ihren Grundlagen als Frankreich. Wenn man ihr einen irdischen Ursprung anweisen will, so wäre auch der nicht in Frankreich, sondern eher in England zu suchen, oder noch früher in Deutschland oder in Rom, je nachdem man die Auswüchse der Reformation oder die der römischen Kirche nebst der Einführung römischer Rechtsanschauungen in die germanische Welt als schuldig ansehen will.

Der erste Napoleon hat damit begonnen, die Revolution für seinen Ehrgeiz mit Erfolg zu benutzen, und hat sie später mit falschen Mitteln und ohne Erfolg zu bekämpfen gesucht; er wäre sie gewiß gern aus seiner Vergangenheit los gewesen, nachdem er ihre Frucht für sich gepflückt hatte. Gefördert wenigstens hat er sie nicht in dem Grade, wie die drei Louis vor ihm durch Einführung des Absolutismus unter Louis XIV., durch die Unwürdigkeiten der Regentschaft unter Louis XV., durch die Schwäche Louis XVI., der am 14. September 1791 bei Annahme der Verfassung die Revolution als beendigt proklamirte; fertig war sie allerdings ohne Napoleon geworden. Das Haus Bourbon hat auch ohne Philippe Egalité mehr für die Revolution gethan, als alle Bonaparten.

Der Bonapartismus ist eine Folge, aber nicht der Schöpfer der Revo-

lution. Auch die ungerechten Eroberungskriege sind kein eigenthümliches Attribut der Familie Bonaparte und des nach ihr benannten Regierungssystems. Legitime Erben alter Throne führen dergleichen auch; Louis XIV. hat nach seinen Kräften nicht weniger heidnisch in Deutschland gewirthschaftet als Napoleon, und wenn Letzterer mit seinen Anlagen und Neigungen als Sohn Ludwig's XVI. geboren wäre, so würden wir deshalb schwerlich Ruhe vor ihm gehabt haben. Der Trieb zum Erobern ist England, Nordamerika, Rußland und Anderen nicht minder eigen als dem napoleonischen Frankreich. Sobald sich Macht und Gelegenheit, ihn zu befriedigen, zusammenfanden, ist es auch bei den legitimsten Monarchien schwerlich die Bescheidenheit oder Gerechtigkeitsliebe, welche ihm Schranken setzt. Bei Napoleon III. scheint er als Instinkt nicht zu dominiren. Derselbe ist kein Feldherr, und im großen Kriege mit großen Erfolgen oder Gefahren könnte es kaum fehlen, daß die Blicke der Armee, der Stütze seiner Herrschaft, sich mehr auf einen glücklichen General, als auf den Kaiser richteten. Er wird daher den Krieg nur suchen, wenn er sich durch innere Gefahren dazu genöthigt glaubt. Eine solche Nöthigung würde aber für den legitimen König von Frankreich, wenn er jetzt zur Regierung käme, von Hause aus vorhanden sein. Der Eroberungssucht ist der jetzige Kaiser der Franzosen nicht verdächtiger, als mancher Andere, und den Makel ungerechten Ursprungs theilt er mit vielen der bestehenden Gewalten, so daß er nicht aus diesem Grunde als ausschließlicher Repräsentant der Revolution, als vorzugsweises Objekt der Feindschaft gegen dieselbe betrachtet werden kann. Die inneren Zustände Frankreichs unter ihm stehen ohne Zweifel innerhalb des Gebietes revolutionärer Erscheinungen; aber der Bonapartismus unterscheidet sich dadurch von der Republik, daß er nicht das Bedürfniß hat, seine Regierungsgrundsätze zu propagandiren. Selbst der erste Napoleon hat den Ländern, welche nicht mittel- oder unmittelbar zu Frankreich geschlagen wurden, seine Regierungsform nicht aufzudrängen gesucht; man ahmte sie im Wetteifer freiwillig nach. Fremde Staaten mit Hülfe der Revolution zu bedrohen, ist jetzt seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands, und wenn Louis Napoleon ebenso gewollt hätte, wie Palmerston, so würden wir auch in Neapel schon einen neuen Ausbruch erlebt haben. Der Französische Kaiser würde durch Ausbreitung revolutionärer Institutionen bei seinen Nachbarn Gefahren für sich selbst schaffen; er wird vielmehr bei seiner Überzeugung von der Fehlerhaftigkeit der heutigen Institutionen Frankreichs festere Grundlagen als die der Revolution im Interesse seiner Herrschaft und seiner Dynastie allmählich zu gewinnen suchen. Ob er das kann, ist freilich eine andere Frage; aber er ist keineswegs blind für die Mangelhaftigkeit und die Gefahren des Bonapartischen Regierungssystems, denn er spricht sich selbst darüber aus und beklagt sich. Die jetzige Regierungsform ist für Frankreich nichts Willkürliches, was Louis Napoleon ein-

1857 Juni 2.

1857 Juni 2. richten und ändern könnte; sie war für ihn ein Gegebenes, und ist vielleicht die einzige Methode, nach der Frankreich auf lange Zeit hin regiert werden kann. Für alles Andere fehlt die Grundlage entweder im National-Charakter, oder sie ist zerschlagen und verloren gegangen. Heinrich V. selbst würde, wenn er jetzt auf den Thron gelangte, wenn überhaupt, auch nichts Anderes beginnen können. Louis Napoleon hat die revolutionären Zustände des Landes nicht geschaffen; die Herrschaft auch nicht in Auflehnung gegen eine rechtmäßig bestehende Obrigkeit gewonnen. Wenn er sie jetzt niederlegen wollte, so würde er Europa in Verlegenheit setzen, und man würde ihn ziemlich einstimmig bitten, zu bleiben, und wenn er sie an den Herzog von Bordeaux cedirte, so würde sie dieser ohne fremde Hülfe sich nicht erhalten können. Der Kaiser Napoleon vermag sich keinen anderen Ursprung zu geben, als er hat; daß er aber im Besitze der Herrschaft dem Principe der Volkssouverainetät *faktisch* zu huldigen fortführe und von dem Willen der Massen das Gesetz empfinge, wie das jetzt in England mehr und mehr üblich wird, kann man von ihm nicht sagen.

Es ist menschlich natürlich, daß die Unterdrückung und schändliche Behandlung unseres Landes durch Napoleon I. in Allen, die es erlebt haben, einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen hat, und daß in deren Augen das böse Princip, welches in Gestalt der Revolution die Throne und das bestehende Recht gefährdet, sich allein mit der Person und dem Namen dessen identificirt, den man »l'heureux soldat héritier de la révolution« nannte; aber es scheint damit dem jetzigen Napoleon doch zu viel aufgebürdet zu werden, wenn man gerade in ihm und nur in ihm die Revolution personificirt, und aus diesem Grunde die Proscription über ihn aussprechen, und es wider die Ehre erklären will, mit ihm zu verkehren. Was gerade die *Französische* Revolution für uns als etwas Besonderes und mehr als andere analoge Erscheinungen Feindseliges betrachten läßt, liegt weniger in der Rolle, welche die Familie Bonaparte etwa ferner spielen könnte, als in der örtlichen und zeitlichen Nähe der Ereignisse und in der Größe und Kriegsfähigkeit des Landes, welches von ihnen bewegt wird; deshalb sind sie gefährlicher, aber es erscheint deshalb noch nicht verwerflicher, mit Bonaparte's in Beziehung zu stehen, als mit anderen von der Revolution erzeugten Existenzen, oder mit Regierungen, welche die Principien der Revolution freiwillig bei sich durchführen, wie Österreich, und für deren Verbreitung thätig sind, wie England. Nachdem Louis Napoleon von uns als Souverain eines benachbarten Landes officiell anerkannt ist, kann es in keiner Weise ehrenrührig erscheinen, mit ihm in diejenigen Beziehungen zu treten, welche der Lauf der politischen Ereignisse mit sich bringt. Diese Beziehungen mögen an sich nichts Wünschenswerthes sein, aber wenn wir auch schließlich andere Intimitäten erstreben wollten, so wird auch das kaum möglich sein, ohne durch die Wirklichkeit oder den Schein

der Freundschaft mit Frankreich hindurch zu gehen. Nur durch dieses Mittel können wir Österreich nöthigen, auf den überspannten Ehrgeiz der Schwarzenbergschen Pläne zu verzichten, und nur durch dieses Mittel können wir eine weitere, Deutschland gänzlich auflösende Entwickelung der direkten Beziehungen der Deutschen Mittelstaaten zu Frankreich hemmen. Auch England wird anfangen, zu erkennen, wie wichtig ihm die Allianz Preußens ist, sobald es fürchten muß, sie an Frankreich zu verlieren. Also auch wenn wir uns an Österreich und England anlehnen wollen, müssen wir bei Frankreich anfangen, um jene zur Erkenntniß zu bringen.

1857 Juni 2.

Es ist wahrscheinlich, daß über kurz oder lang, jedenfalls sobald Erkältungen zwischen Frankreich und England eintreten sollten, eine Französisch-Russische Allianz aus dem jetzigen décousu der Europäischen Zustände hervorgeht, ohne daß wir es hindern können. Mit dieser Eventualität müssen wir rechnen und uns darüber klar machen, welche Stellung wir vorkommenden Falls zu derselben einnehmen wollen; ein passives Abwarten der Ereignisse, ein Bestreben, uns von der Berührung durch dieselben fern zu erhalten, ist in der Mitte Europas nicht durchzuführen; der Versuch dazu kann leicht ebenso beklagenswerthe Folgen haben, wie die unentschlossene Planlosigkeit, welche die Signatur der Preußischen Politik 1805 war, und wenn wir uns nicht die Rolle des Hammers vorbereiten, so bleibt leicht nur die des Ambos übrig. Verhältnißmäßig schwach werden wir in jeder Verbindung mit anderen Großmächten erscheinen, solange wir eben nicht stärker sind, als wir sind. Österreich und England werden, wenn wir mit ihnen im Bunde sind, ihre Überlegenheit über uns auch nicht zu unserem Vortheile geltend machen; wir haben auf dem Wiener Congreß gesehen, daß gerade die Interessen dieser beiden Mächte sich den unserigen am meisten entgegenstellten. Österreich kann nicht wollen, daß wir in Deutschland an Bedeutung gewinnen, und England kann uns weder unsere industrielle, noch eine maritime Entwickelung in Handel und Flotte gönnen. In der Politik thut Niemand etwas für den Anderen, wenn er nicht zugleich sein Interesse dabei findet; die Richtung aber, in welcher Österreich und die Deutschen Mittelstaaten gegenwärtig ihre Interessen verfolgen, ist mit den Aufgaben, welche für Preußen Lebensaufgaben sind, ganz incompatibel, und eine Gemeinschaftlichkeit deutscher Politik gar nicht möglich, solange Österreich nicht ein bescheideneres System uns gegenüber adoptirt, wozu bis jetzt wenig Aussicht ist.

Wie aber auch die Parteinahme Preußens bei einer neuen Gestaltung der Allianzen in Europa ausfallen möge, nach jeder Richtung hin empfiehlt es sich, die gegenwärtigen Werbungen Frankreichs um unsere Freundschaft nicht abzuweisen, sondern umgekehrt dem Vorhandensein intimerer Beziehungen zwischen beiden Regierungen einen für alle Cabinette erkennbaren Ausdruck zu

1857 Juni 2. geben. Als einen solchen bietet sich vorzugsweise ein Besuch des Kaisers Napoleon in Preußen dar.

Die Deutschen Staaten sind rücksichtsvoll und anhänglich an uns in dem Maße, als sie uns für befreundet mit Frankreich halten; Vertrauen werden sie nie zu uns gewinnen; jeder Blick auf die Karte benimmt es ihnen, und sie wissen, daß ihre Sonderinteressen und ihr Mißbrauch der Souverainetät stets der Gesammtrichtung der Preußischen Politik im Wege stehen. Sie erkennen deutlich die Gefahr, welche hierin für sie liegt, und gegen welche nur die Uneigennützigkeit unseres Allergnädigsten Herrn ihnen eine Sicherheit für die Gegenwart gewährt. Ein Besuch des Kaisers der Franzosen bei uns kann deshalb Mißtrauen bei ihnen nicht weiter hervorrufen, dasselbe ist untilgbar vorhanden, und die Gesinnungen des Königs, welche es für jetzt wenigstens entkräften sollten, werden Sr. Majestät nicht gedankt, sondern nur benutzt und ausgebeutet. Die Dankbarkeit und das Vertrauen werden im Falle der Noth nicht Einen Mann für uns in's Feld bringen; die Furcht, wenn sie vorsichtig und geschickt benutzt wird, kann den ganzen Bund zu unserer Disposition stellen und, um sie einzuflößen, müssen wir ostensible Zeichen unserer guten Beziehungen zu Frankreich geben.

Wenn wir dagegen Frankreichs dermalige Werbungen um uns ablehnen, wenn wir namentlich dem in Paris fast zum Bedürfniß gewordenen Wunsch eines Zusammentreffens der Monarchen, eines Besuchs bei uns unerfüllt lassen, so wird der Kaiser Napoleon den Grund unseres Verhaltens nicht in politischen Erwägungen, sondern in seiner Person suchen, und die Empfindlichkeit darüber kann nicht anders als auf die gegenseitigen Beziehungen zurückwirken. Es kann ohne Zweifel auch eine solche Gestaltung der Preußischen Politik gedacht werden, die es mit sich bringt, auf kühlem Fuße mit Frankreich zu stehen, wenn sich auch sichere Unterlagen für eine solche in der augenblicklichen Lage Europa's nicht erkennen lassen. Solange aber eine solche Politik nicht entschieden von uns adoptirt ist, dürfte es sich unter allen Gesichtspunkten empfehlen, unseren Beziehungen zu Frankreich jede Pflege angedeihen zu lassen, welchen nicht *unabweisliche* Rücksichten entgegenstehen".

115. Eigenhändiger Bericht, betr. die Besprechung der Dänischen Frage mit dem Fürsten v. Gortschakoff und Herrn v. Bülow. Bemühungen in Betreff einer Zusammenkunft Napoleon's mit dem König von Preußen und dem Kaiser von Rußland. Bedeutung derselben für Preußens Stellung in Deutschland. Principielle Opposition Österreichs gegen Preußen. Haltung der Kreuzzeitung gegenüber Frankreich und Österreich. Stimmung des Kaisers Alexander in Betreff Österreichs und einer Tripel-Allianz Preußens, Rußlands und Frank-

reichs, sowie Auslassungen des Fürsten Gortschakoff hierüber. Einladung des Herrn v. Bismarck zum Besuch des Kaisers Alexander und zur Jagd nach Schweden. Decorirung des Französischen Gesandtschaftspersonals in Bern durch Preußen. Erklärung für die Schwenkung Württembergs nach Österreich. 3. Juli 1857.

1857 Juli 3.

„Ew. Excellenz beehre ich mich in Fortsetzung meines gestrigen Schreibens[1]) noch Nachstehendes vorzutragen.

Ich besuchte vorgestern den mir als früherer College in Frankfurt bekannten Fürsten Gortschakoff, und traf bei ihm mit Herrn von Bülow von hier zusammen. Das Gespräch kam natürlich auf die Dänische Frage,[2]) und ich setzte meine Ansicht etwa in Folgendem auseinander, was ich indessen Ew. Excellenz gegenüber nicht in allen Punkten als meine wirkliche Meinung gebe, sondern theilweis mit Rücksicht auf jene Herren vorbrachte. Preußen hat ebensowohl wie Rußland das Interesse, die Dänische Monarchie in ihrem Territorialbestande erhalten zu sehen, weil Alles, was an ihre Stelle treten könnte, für uns unbequemer wäre, als das heutige Dänemark, sobald es verständig regiert wird. Die Gesammtverfassung ist aber kein erhaltendes Band für den Dänischen Staat, sondern ein zersetzendes Element, welches die Trennung zwischen Deutschen und Dänen durch Reibungen fördert, und den Staat unfähig macht, Europäische Krisen zu überdauern. Um Dänemark zu kräftigen, müsse die Gesammtverfassung und mit ihr die Herrschaft der Demokratie fallen. Herr von Bülow gab dies, als mit seiner Privatansicht, vielleicht auch mit der einiger der Dänischen Minister übereinstimmend, im Allgemeinen zu, meinte aber, daß man der Regierung Zeit lassen müsse, um ein Programm der Art zur Reife und eine conservative Herrschaft zur Entwickelung zu bringen; versuche man, die letztere durch eine Pression von außen zu zeitigen, so werde man Unruhen in Copenhagen und in Folge derselben fremde, namentlich Englisch-Französische Einmischung herbeiführen. Das Bemerkenswertheste in den Äußerungen des Fürsten Gortschakoff war, daß der Schlüssel der Position in den Händen der Gräfin Danner[3]) liege, et si on s'assurait d'elle en lui assurant un avenir, so bedürfe es gar keines Regierungswechsels (von dem jetzt gerüchtweise so oft die Rede sei), um mit dem jetzigen König alle wünschenswerthen Änderungen durchzusetzen, ohne daß es zu Unruhen oder Einmischungen zu kommen brauche. Herr von Bülow begleitete diese Rede mit einem Kopfnicken, welches eine diplomatische Mitte zwischen Nachdenken und Beifall hielt. Schließlich stellte mir Fürst Gortschakoff vor, wie wünschens-

1) Gemeint ist das in Band III, Urkunde 70 abgedruckte eigenhändige Privatschreiben des Herrn von Bismarck, betreffend die Haltung Österreichs in der Holsteinschen Frage.

2) cf. oben S. 255.

3) cf. Band III, S. 97.

1857 Juli 3. werth es sei, der letzten Dänischen Mittheilung [1]) gegenüber keine heftigen und unerwarteten Schritte zu thun, sondern erst zu sehen, wie sich die Beziehungen zwischen den Holsteinschen Ständen und der Regierung praktisch gestalten würden.

Graf Montessuy [2]) hat einige Zeit in Paris zugebracht. Seine Äußerungen bestätigen von neuem meine eigenen Wahrnehmungen, daß der Kaiser Napoleon ein Zusammentreffen mit Sr. Majestät und mit dem Kaiser Alexander lebhaft wünscht, aber nicht recht wagt, explicite Schritte dazu zu thun, weil er fürchtet, daß das Bekanntwerden derselben von seinen Gegnern mißbraucht werden würde, um ihn der Französischen Eitelkeit als einen Bittenden um Zulassung in vornehme Gesellschaft darzustellen. Meinem hiesigen Collegen von Frankreich läßt der Kitzel, sich ein Verdienst um die Zusammenkunft zu erwerben, ohne sich zu compromittiren, keine Ruhe. Gleich nach seiner Rückkehr hat er zu mir und Herrn von Fonton [3]) in dem Sinne gesprochen; er habe keine Aufträge, aber er sei überzeugt, daß es dem Kaiser sehr lieb sein werde; durch Herrn von Moustier [4]) seien Nachrichten gekommen, daß auch Se. M. der König dafür gestimmt sei; er habe gehört, daß durch Hatzfeldt eine Einladung des Kaisers Napoleon zu unseren Manövern, oder zu einem Zusammentreffen jetzt in Süddeutschland erfolgt sei oder doch erwartet werde; kurz er steckt voller »on dit« über dieses Thema, hält aber nicht Stand, wenn man ihn genauer fragt. Mit Fonton führt er ähnliche Reden; derselbe nahm sie Anfangs kühl auf, sagte, er laufe Gefahr, die Empfindlichkeit des Fürsten Gortschakoff zu erregen, wenn er sich auf die Erörterung einlasse; dann theilte er mir Montessuy's Bemühungen mit, und sprach von der Schwierigkeit, welche die Rang- und Etikettenfrage bei solcher Begegnung darbieten würde. Ich fragte vorgestern den Fürsten Gortschakoff, ob er auf eine Zusammenkunft beider Kaiser rechne; er sagte, sie sei nicht unmöglich, da sein Kaiser bis zum 22. in Kissingen bleibe; sie würde ihm, und er glaube auch dem Kaiser zur größten Freude gereichen, da die persönlichen Beziehungen beider Monarchen vermöge ihrer direkten Correspondenz ganz ausgezeichnete seien; Schritte, um eine Zusammenkunft herbeizuführen, könnten aber nach allen Avancen, die Rußland an Frankreich gemacht habe, nicht von ersterem ausgehen; die Rangfrage müsse man sich selbst überlassen, wenn man sie vorher bespreche, werde sie schwierig. Er sprach lange und viel über das Thema, über die örtlichen Möglichkeiten, wo man sich treffen könne; das Leichteste schien ein Gegenbesuch des Kaisers Napoleon in Stuttgart, von dort ein Besuch bei der Kaiserin-

1) cf. Band III, S. 134, Note 1.
2) cf. oben S. 241, Note 1.
3) cf. oben S. 248, Note 3.
4) Marquis de Moustier, Französischer Gesandter in Berlin.

Mutter in Wildbad.[1]) Im Ganzen hatte ich den Eindruck, daß er mit Sicherheit auf die Verwirklichung rechnet, entweder weil er glaubt, der Französische Kaiser werde es nicht lassen können, auch ohne daß Rußland neue Avancen mache, oder, was mir noch wahrscheinlicher wurde, weil die ganze Sache schon arrangirt und abgemacht ist, und Gortschakoff mir nur den Eindruck lassen wollte, als warte Rußland ruhig das Entgegenkommen Frankreichs ab. Wenn meine Vermuthung richtig ist, so darf ich annehmen, daß auch wir der Verabredung nicht mehr fremd sind, und wünsche uns Glück dazu.

1857 Juli 3.

Es ist dringend zu wünschen, daß wir in Deutschland wieder eine gewichtigere diplomatische Position gewinnen, indem sich durch eine solche Begegnung der drei Monarchen der Schatten einer möglichen künftigen Allianz an der Wand zeichnet. Die rücksichtslose Dreistigkeit, mit der jetzt wieder Sachsen, Württemberg und sogar Hannover in der Rastatter Frage gegen uns Partei nehmen,[2]) anstatt doch wenigstens auf vermittelnde Verhandlungen und Verständigungen hinzuwirken, ist wirklich recht geeignet, Österreich in seinem System, uns zu majorisiren, anstatt uns zu gewinnen, zu bestärken.

Unter der mir heute von Ew. Excellenz zugegangenen Expedition ist ein Bericht von Zschock[3]) aus Stuttgart; derselbe läßt sich, wie es scheint, durch den Vorwurf verblüffen, daß wir principielle Opposition gegen Österreich machten; er hätte erwidern sollen, daß Österreich principielle Opposition gegen uns macht; Österreich tritt erobernd auf gegen unsere Position in Deutschland, und man will uns vorwerfen und übelnehmen, daß wir uns vertheidigen, statt daß man uns beistehen, und Österreich vorhalten sollte, daß es den Deutschen Bund muthwillig sprengt, wenn es fortfährt, Preußen mit Bundesmajoritäten unterdrücken zu wollen.

Die Kreuzzeitung könnte auch etwas Klügeres thun, als in den Chorus der sittlichen Entrüstung Österreichischer Blätter über angebliche Provocation Französischer Einmischung in Deutsche Fragen einzustimmen; sie sollte lieber Österreich in's Gewissen reden, daß es Frieden mit uns sucht und hält, anstatt uns überlaufen zu wollen. Diese Theoretiker reden, als ob Österreich gar kein Ausland mehr für Preußen wäre, und als ob wir vollständig in Präsidial-Deutschland aufzugehen hätten. Nicht durch das Bücken vor Österreichischer Anmaßung, sondern dadurch, daß wir die Zähne zeigen und auf die nothwendigen Consequenzen einer schlechten Behandlung Preußens offen aufmerksam machen, werden wir zu besseren Verhältnissen in Deutschland kommen können.

In Betreff Österreichs, sagte Fürst Gortschakoff, sei die Stimmung des

---

1) Kaiserin Alexandra Feodorowna, des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen Tochter, Mutter des Kaisers Alexander II. von Rußland.

2) cf. oben S. 259 und die in Band III über diese Frage abgedruckten Urkunden.

3) von Zschock, Geschäftsträger bei der Preußischen Gesandtschaft in Stuttgart.



1857 Juli 3. Kaisers Alexander dieselbe, wie zur Zeit der Krönung; die Worte Österreichs würden die, in Folge der Österreichischen Politik natürliche Kälte Rußlands nicht ändern, mit Phrasen lasse man sich nicht abspeisen, und Rußland werde nicht mehr die dupe einer angeblichen Solidarität des „Österreichischen" Conservatismus sein; Frankreich werde, solange sein jetziges System dauere, naturgemäß den von Österreich leer gelassenen Platz einnehmen, und die Verbindung von Rußland, Preußen und Frankreich werde, an Stelle der früheren Allianz, den Frieden Europas erhalten, und dem Österreichischen Ehrgeiz im Orient und in Deutschland Schranken stecken. Den Gedanken dieser Tripel-Allianz formulirte er sehr rondement als Ziel seiner Wünsche, nannte dann auch England gelegentlich als Vierten im Bunde, und sprach von demselben bei Weitem nicht mit der Abneigung wie von Österreich.

Was von dieser, noch sehr in Details über den Charakter höchster Personen eingehenden Unterhaltung nur für mich, und was aus Überzeugung gesprochen wurde, vermag ich nicht zu sagen; aber viel Vortheil konnte er sich weiter nicht davon versprechen, mir diese Ansichten als die Seinigen aufzubinden, wenn er sie nicht wirklich hatte. Er fragte mich, ob ich nicht einen Besuch in Kissingen machen würde, da der Kaiser mich noch nicht kenne; ich konnte nur erwidern, daß ich es gern thun würde, wenn meine hiesigen Geschäfte es gestatteten.

Für den Monat August hat mich der Prinz Friedrich von Hessen auf 14 Tage zur Jagd nach Schweden eingeladen; da wir alsdann voraussichtlich Ferien haben, so würde ich gern hingehen; er sagt mir, daß außer dem Prinzen von Dänemark einige Sommitäten der politischen Welt des Nordens, Baron Blixen [1]) und Andere dort sein würden. Ich kann also manche Gelegenheit zur Information dabei haben.

Von einem Mitgliede der Französischen Gesandtschaft in der Schweiz ist mir gelegentlich die Frage gestellt worden, ob die Herren bei Wiederaufnahme unserer diplomatischen Beziehungen zur Schweiz von uns decorirt werden würden; ich sagte ihm, daß alle bei dergleichen Vertretungen übliche Ehren ohne Zweifel gewährt werden würden. Der erste dortige Secretair, Tillos, ist einer der ältesten, wenn nicht der älteste premier sécrétaire im Französischen Dienste, dabei ein Mann von Fähigkeit und mit Deutschen Verhältnissen von der Universität her vertraut, so daß ihm wohl später Verwendung im Deutschen Dienste bevorsteht; ich möchte ihn deshalb der Berücksichtigung empfehlen. Einer der Secretaire ist kürzlich nach Amerika versetzt".

Postscriptum.

„Was Herr von Zschock [2]) über den Eindruck unserer „principiellen Oppo-

1) cf. unten S. 298 und 302.

2) cf. oben S. 283, Note 3.

sition gegen Österreich" in Württemberg sagt, ist deshalb, wenn es wahr ist, merkwürdig, weil der König von Württemberg und Herr von Hügel[1]) bisher und in den letzten zwei Jahren gegen mich und Andere jederzeit nur im Sinne der heftigsten Gereiztheit gegen Österreich gesprochen haben. Sollte in Stuttgart vielleicht etwas über Bayerische Besprechungen mit Frankreich, bei Gelegenheit des Besuchs des Königs in Paris, verlautet haben, wodurch Württemberg beunruhigt und zum Anschluß an Österreich bestimmt würde?"

1857 Juli 3.

116. Eigenhändiger Bericht, betr. die Benutzung der Reise des Kaisers Alexander zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Österreich und Rußland, sowie Scheitern dieses Versuches. Begrüßung des Kaisers durch einen Französischen General. Reisedispositionen des Ersteren. Wendung in der Politik Hannovers. Diplomatische Vertretung Preußens daselbst. Stimmung und Haltung des Königs Georg. Theorie von der ausschließlichen Berechtigung Österreichs zu einer selbständigen Politik. Consequenzen dieses Systems und Mittel zur Bekämpfung desselben. Berechtigung Frankreichs zu einer Meinungsäußerung in der Rastatter Besatzungsfrage. Dispositionen der Bundestagsgesandten in der Dänischen Frage. Fürst v. Metternich über Kossuth und Mazzini. 7. Juli 1857.

Juli 7.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir einige mit der Reise des Kaisers von Rußland zusammenhängende Nachrichten mitzutheilen.

In meinem früheren Schreiben meldete ich, daß Graf Buol gegen Graf Rechberg die Absicht geäußert hatte, die Reise des Kaisers Alexander zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Österreich und Rußland zu benutzen. Aus sicherster Quelle habe ich über die Art, wie dieses versucht worden ist, Folgendes in Erfahrung gebracht.

Als Graf Rechberg in der Woche nach Pfingsten ostensibel zum Besuche seines Bruders[2]) nach Württemberg ging, hat er im Auftrage seines Cabinets dem König von Württemberg die Bitte vorgetragen, der Vermittler Österreichs bei dem Kaiser Alexander zu sein, und der Erstere hat es übernommen, auf Letzteren in dem gewünschten Sinne einzuwirken. Bei der Anwesenheit des Kaisers in Wildbad ist dies jetzt geschehen, aber ohne den gewünschten Erfolg. Der Kaiser hat auf die Vorstellungen des Königs, welche ihre Begründung vorzugsweise den von der Revolution und eventuell von Frankreich drohenden Gefahren entnommen haben, erwidert: Er hege keine feindseligen Gesinnungen gegen Österreich, habe aber auch keinen Anlaß zu intimeren Sympathien, und

---

1) Freiherr von Hügel, Württembergischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

2) Albert Graf von Rechberg, erbliches Mitglied der Kammer der Standesherren in Württemberg, Haupt des gräflichen Hauses Rechberg und Rothenlöwen.

1857 Juli 7. bevor von einer Annäherung Rußlands an Österreich die Rede sein könne, müsse er andere „Garantien" für die Österreichische Politik haben als bisher. Wenn aber auch Österreich bereit wäre, diese Möglichkeit zu gewähren, so werde sich der Kaiser Alexander doch »à tout jamais« nicht wieder auf eine Allianz zu Dreien mit der Frontstellung gegen Frankreich einlassen. Fürst Gortschakoff hat sich dann gegen den König von Württemberg noch weiter darüber ausgesprochen, daß Rußland bestrebt sein werde, mit Preußen und Frankreich in enge Beziehungen zu treten, welche darauf berechnet seien, den Frieden und das Recht in Europa gemeinschaftlich aufrecht zu erhalten; wenn Österreich später das Bedürfniß fühlen sollte, zur Vertretung derselben Grundsätze jener Verbindung als Vierter beizutreten, so werde Rußland sich dem nicht widersetzen. Der König von Württemberg selbst hat seinen, für die Verständigung Österreichs mit Rußland unternommenen Versuch als complètement raté bezeichnet.

Ew. Excellenz werden wohl schon von Baden aus erfahren haben, daß der General Rewbel auf telegraphischen Befehl des Kaisers Napoleon sich zur Begrüßung des Kaisers von Rußland dort eingefunden, und das Bedauern des Ersteren darüber ausgedrückt hat, daß er nicht früher gewußt habe, wie nahe der Kaiser von Rußland der Französischen Grenze gekommen, und ihn daher nur durch den General begrüßen könne. Der Kaiser Alexander hat erwidert, daß sein Entschluß, nach Baden zu gehen, ein ganz plötzlicher gewesen, und daß es ihm sehr leid thue, nicht schon bei dieser Gelegenheit die persönliche Bekanntschaft des Kaisers der Franzosen haben machen zu können.

Nach einigen mir von Eisenbahnbeamten in Betreff der Circulation und Aufstellung der Hofwagen und sonst zugehenden Notizen glaube ich annehmen zu dürfen, daß der Kaiser Alexander bereits zu Ende dieser Woche wieder hier durch auf der Bahn nach Heidelberg passiren wird, also vermuthlich am 13. zum Geburtsfest der Kaiserin-Mutter [1]) in Wildbad ist.

Die letzten Nachrichten aus Hannover sind sehr eigenthümlich; ich höre, daß die Wendung zu Österreich persönliche Politik des Königs Georg, im Widerspruch mit Platen's Ansicht ist, vielleicht das Werk Zimmermann's, [2]) der sowohl den König wie Platen beherrscht. Mein Hannoverscher College hier bemerkte dazu, daß Österreich der einzige Hof sei, der einen Gesandten in Hannover habe; [3]) die von Preußen, [4]) Rußland [5]) und Frankreich [6]) seien fort;

1) cf. oben S. 283, Note 1.

2) Zimmermann, Geheimer Regierungsrath, demnächst Staatsrath, Generalsecretair des Hannoverschen Gesammtministeriums.

3) Der bereits mehrfach genannte Graf von Ingelheim.

4) August Graf von Nostitz, General der Cavallerie, in außerordentlicher Mission beglaubigt (22. November 1850).

5) von Fonton. cf. oben S. 248, Note 3.

6) Graf von Reculot.

von Letzterem hörte ich dabei, daß seine Stellung sehr schlecht sei, er sich viel Feinde mache, und Politik auf eigene Hand zu treiben suche; so habe er in der Neuenburger Sache gegen uns operirt, im Widerspruch mit seiner Regierung. Es sei für uns schlechterdings nothwendig, einen ständigen Gesandten in Hannover zu haben, wenn wir Einfluß dort behalten wollten; Ysenburg [1]) habe den besten Willen, sei aber durch Mangel an Stellung und Vermögen ebensosehr wie durch das Bedürfniß, sich die persönlichen Sympathien in Hannover und die Aussicht auf die Nachfolge bei Nostitz's Abgang zu erhalten, an einem festen Auftreten verhindert.

1857 Juli 7.

Ein Maßstab für die Gefühle, welche König Georg uns und Österreich widmet, liegt in der Verschiedenheit, mit welcher der Fall des Jahdebusens [2]) und der von Rastatt aufgefaßt wird. Für die Entwickelung deutscher Wehrkraft zur See läßt sich noch patriotischer argumentiren, wie für die Österreichische Vertheidigung Rastatts, und letzteres ist in ganz anderem Sinne ein Zwing-Uri für den Südwesten, als die Jahde für den Nordwesten Deutschlands. Die Redensarten von der Französischen Einmischung liefern dem König von Hannover einen willkommenen Vorwand, sich in dem Dilemna zwischen uns und Österreich in anscheinend sittlicher Entrüstung auf die Seite des Letzteren zu schlagen. Es scheint, daß die Deutschen Staaten sich gewöhnen, nur Österreich als hinreichend souverain zu betrachten, um ihm eine selbständige Politik zu gestatten, an die sich dann Preußen jederzeit anschließen muß, bei Strafe für „undeutsch" erklärt zu werden. Wenn wir uns durch derartige Theorien meistern lassen, so werden wir bis zu einer Linie gedrängt werden, an der wir den Bund nicht mehr halten können, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Zeigen wir aber die Entschlossenheit, uns das Recht der selbständigen Politik und der entscheidenden Einwirkung auf die Geschicke Deutschlands durch jedes Mittel zu erhalten, so wird die Einigkeit Deutschlands fester werden, indem die Überhebung Österreichs und der Mittelstaaten aufhört, unsere Stellung im Bunde unhaltbar zu machen. Ich will damit nicht sagen, daß sie schon unhaltbar wäre; sollten wir aber berufen sein, innere oder äußere Stürme zu bestehen, so macht es, bei einer eitlen Nation, wie wir sind, einen bedenklichen Unterschied, ob vermöge der auswärtigen Stellung, die wir haben, das Preußische Nationalgefühl gedrückt oder befriedigt ist; das Eine oder das Andere wird es heut zu Tage ziemlich genau in dem Verhältniß sein, in welchem man im Lande glaubt, daß wir abhängig oder unabhängig von Österreich uns bewegen, und ich zweifle nicht, daß es unseren inneren Zuständen wohlthun würde, wenn sich im Lande der Eindruck auffrischte, daß die Regierung eine feste Stellung Österreich gegenüber einnimmt.

1) cf. oben S. 249, Note 1.

2) Im Jahre 1853 erwarb Preußen von Oldenburg zwei kleine Landstreifen am Jahdebusen zur Anlage eines Kriegshafens.



1857 Juli 7. Sehr schlagend ist die Äußerung des Grafen Walewski[1]) gegen Baden, daß es ihn überrasche, dieselben Regierungen, welche über den Durchmarsch der Preußen nach der Schweiz[2]) in Paris angefragt hätten, jetzt so empfindlich darüber zu sehen, daß Frankreich seine Ansicht über die Festsetzung Österreichs in Baden äußere.

In Betreff der Dänischen Frage[3]) ist hier bei den Gesandten von Österreich, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen, Luxemburg, Nassau, der 16. Stimme und natürlich Holstein nicht der mindeste Eifer zu spüren, sie bald an den Bund gebracht zu sehen, man fürchtet, daß die öffentliche Meinung die Thatsache überschätzen, sich zu großen Erwartungen aufregen und der Bund diesen alsdann nicht entsprechen könne und vermöge der Enttäuschung im Ansehen leiden werde. Die Collegen von Hannover, Mecklenburg, Weimar, Oldenburg, den Freien Städten sind schon bereiter als Jene, Dänischen Übergriffen entgegenzutreten; der von Bayern spricht in jüngster Zeit weniger davon als sonst.

Vorgestern besuchte ich den alten Metternich[4]) auf dem Johannisberg; ich finde ihn körperlich sehr, geistig wenig verändert seit fünf Jahren; er sprach fast nur von längst vergangenen Zeiten, das einzige Thema der Gegenwart, auf welches er einging, war eine Parallele zwischen Kossuth[5]) und Mazzini,[6]) man habe Programme und politische Briefe von Beiden in neuester Zeit aufgefangen, in welchen Beide sich bekämpften. Mazzini wolle Italien durch stets wiederholte Attentate in Aufregung erhalten, Kossuth rathe, im Stillen zu wirken, bis man sich stark fühle und bis die Gelegenheit einträte. Der Fürst erklärte Mazzini und sein Programm für albern und für die Regierungen ebenso nützlich, als die fingirten Attentate auf Louis Philipp; Kossuth dagegen für einen großen und höchst gefährlichen „Staatsmann der Revolution“.

117. Eigenhändiger Bericht., betr. die Haltung Österreichs in der Dänischen Frage. Besuche Deutscher Fürsten bei dem Kaiser Napoleon. Reisedispositionen des Kaisers Alexander. 10. Juli 1857.

Juli 10. „Ew. Excellenz erlaube ich mir in Bezug auf die Dänische Frage[7]) anzuzeigen, daß, nach einer heute an Graf Montessuy aus Paris eingegangenen Benachrichtigung, Österreich dort bereits erklärt hat, daß ihm die letzte Dä-

1) cf. oben S. 256, Note 3.
2) cf. Band III, S. 63 und 67 ff.
3) cf. oben S. 288.
4) cf. oben S. 37, Note 1.
5) cf. oben S. 154, Note 1.
6) cf. oben S. 247, Note 2.
7) cf. oben Note 3.

nische Rückantwort[1]) nicht von der Art zu sein scheine, daß die Deutschen Mächte genöthigt wären, die Frage nunmehr an den Bund zu bringen. Österreich werde vorziehen, die Berufung der Holsteinschen Stände abzuwarten; es komme daher lediglich darauf an, ob Preußen derselben Ansicht sei.

1857 Juli 10.

Ich höre, daß der Großherzog von Darmstadt die Absicht hat, den Kaiser Napoleon in Plombières zu besuchen, und der König von Württemberg sich später zu ihm nach Biarritz begeben wird; die erstere Angabe ist aus einer gut unterrichteten Quelle, die andere von der Königin von Württemberg selbst.

Der Kaiser Alexander wird, wie ich schon in meinem letzten Schreiben[2]) andeutete, die Kaiserin-Mutter zum 13. cr. in Wildbad besuchen; er wird übermorgen, am Sonntag, hier bei Herrn von Fonton diniren und am Abend in Wildbad eintreffen. Auf den 14. Abends ist hier Quartier für die Kaiserin-Wittwe bestellt, welche am 14. oder 15. ankommen und von hier zunächst nach Weimar fahren will".

118. Eigenhändiger Bericht, betr. die Reisedispositionen des Herrn v. Bismarck. Copenhagen, 24. August 1857.

„Ew. Excellenz erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich übermorgen, Mittwoch, Nachmittags in Berlin einzutreffen gedenke und meine Reise gern am Abend desselben Tages mit der Ostbahn fortsetzen möchte. Wenn es Ew. Excellenz Zeit erlaubt, so würde ich Ihnen bei dieser Gelegenheit über die hier erhaltenen Eindrücke mündlich Bericht erstatten, und werde ich übermorgen etwa um 5 Uhr nachfragen, ob und zu welcher Stunde ich im Laufe des Abends die Ehre haben kann, Ew. Excellenz aufzuwarten".

Aug. 24.

119. Eigenhändiger Bericht, betr. die Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Rußland in Weimar. Reisedispositionen des Kaisers Alexander und Zusammenkunft desselben mit Herrn v. Bismarck in Darmstadt. Beunruhigung der Deutschen Fürsten durch die Stuttgarter Monarchen-Zusammenkunft. Besuche Napoleon's in München und Darmstadt. Symptom für die Bedeutung eines Russisch-Französischen Bündnisses mit praktischem Ziele. Verbesserung der militairischen Stellung Preußens in Mainz. Ankunft des Prinzen von Preußen. 23. September 1857.

„Ew. Excellenz werden schon direkt durch den Telegraphen Kenntniß davon haben, daß der Kaiser von Österreich am 1. Oktober mit dem von Rußland in Weimar zusammentrifft.[3]) Es ist mir mit dem Beding mitgetheilt,

Sept. 23.

---

1) cf. oben S. 281, Note 1.

2) cf. Urkunde 117.

3) Über diese Kaiserzusammenkunft vergl. auch Band III, Urkunde 77.

1857 Sept. 23. gegen Niemand als die eigene Regierung etwas davon merken zu lassen; zugleich wurde die Besorgniß geäußert, der Kaiser Franz Joseph könne diese Begegnung in der Absicht angeregt haben, durch Zuziehung Sr. M. des Königs zu derselben sie, der Stuttgarter Zusammenkunft [1]) gegenüber, zu einer Gegendemonstration im Sinne der heiligen Allianz zu benutzen. Fürst Gortschakoff sagte mir, daß sein Kaiser, bei dem leicht erregbaren Mißtrauen des Französischen, jedenfalls Alles vermeiden wolle, was in jenem Sinne gedeutet werden könne, und deshalb eine Zusammenkunft à trois, eine gleichzeitige Begegnung mit unserem Allergnädigsten Herrn und dem Kaiser von Österreich für unthunlich halte. Der Kaiser von Österreich hat den von Rußland direkt um eine persönliche Unterredung gebeten und Letzterer Weimar vorgeschlagen. Graf Buol wird seinen Herrn nicht begleiten, sondern nur Graf Grünne. [2]) Von Weimar wird der Kaiser Alexander am 2. Oktober um 6 Uhr früh nach Dresden fahren und von dort um 9 Uhr Abends in Potsdam eintreffen. In Darmstadt habe ich ihn am Sonntag beim Thee der Großherzogin und Montag auf der Parade der Darmstädter Truppen gesehen. Das erste Mal sprach er wieder sein Bedauern aus, daß Se. M. der König nicht nach Stuttgart käme, bemerkte aber, daß der Großherzog sehr zufrieden mit dieser Gestaltung sei, weil die Zusammenkunft ohnehin die Deutschen Fürsten beunruhige. Letzteres sagte mir Herr von Dalwigk [3]) auch und sprach sich schärfer antirussisch zu mir aus, als ich unter jetzigen Umständen erwartete. Wenn er erst weiß, daß der Kaiser von Österreich nach Weimar kommt, so wird er wohl wieder einen anderen Ton anschlagen, wie nicht minder die Österreichische Presse, die jetzt von allen Seiten das Horn bläst, um Deutschland zur „Wachsamkeit“ aufzufordern. Von Bayern sind Anstrengungen gemacht worden, um den Kaiser Napoleon zu bewegen, daß er seine Excursion bis München ausdehne, aber bisher vergebens. In Darmstadt hofft man noch auf den Französischen Besuch nach der Stuttgarter entrevue, kann aber nichts Sicheres über die Art der Rückreise nach Frankreich in Erfahrung bringen. Der Französische Gesandte sagte mir, daß sein Kaiser heute um 9 Uhr Morgens von Châlons abgefahren sei, vermuthlich den Tag in Straßburg oder Metz zubringen und am 24. in Baden sein werde. Rußland ist morgen 4 Uhr, Frankreich übermorgen 5 Uhr in Stuttgart.

Der bloßen Thatsache einer Russisch-Französischen Zusammenkunft gegenüber hat man hier schon das Gefühl, daß der Deutsche Bund wackelt und alle Bundesfragen bei den Collegen an Interesse verlieren; wie schnell würde die ganze Bundesverfassung auf die Bedeutung historischen Materials herabsinken,

---

1) cf. Band III, S. 150.
2) cf. oben S. 78, Note 1.
3) cf. oben S. 103, Note 3.

wenn ein Bündniß mit praktischen Zwecken zwischen jenen Beiden erst wirklich vorläge! 1857 Sept. 23.

Gerüchtweise sagt man hier, daß Bonin[1]) zum Commandirenden des II. Armeecorps bestimmt sei; wenn das geschähe, so wäre wohl zu wünschen, daß er einen Nachfolger bekäme, der sich während der noch übrigen Zeit des Preußischen Gouvernements der Frage wegen Verbesserung unserer dortigen militairischen Stellung[2]) ernstlich annähme, und mit Reitzenstein[3]) verabredete, was wir dazu thun können.

Der Prinz von Preußen trifft heute Abend hier ein, und ich denke ihn nach Baden zu begleiten, da mit der Abreise des Kaisers von Darmstadt die Stille hier wieder eintreten wird".

120. Eigenhändiger Bericht, betr. den Zustand des Königs von Preußen. Holsteinsche Frage. Zumuthungen an den Bund aus Anlaß der Pulverthurm-Katastrophe in Mainz. Kasernenbauten daselbst. Mainzer Personalnotizen. Rastatter Besatzungsfrage. Frhr. v. Brunnow. Frhr. v. Budberg und Herr v. Fonton. Englische Beschwerde über die Haltung des Herrn v. Bismarck in der Bentinckschen Streitsache. 27. Dezember 1857.

„Ew. Excellenz danke ich für das Schreiben vom 22., welches mir durch den Depeschenkasten richtig zugegangen ist. Dez. 27.

Ich begreife, daß man die Calamität, welche durch den Zustand der Gesundheit des Königs über das Land verhängt ist, in den Spitzen des staatlichen Organismus am unmittelbarsten empfindet. Die Unabhängigkeit der einzelnen Ressorts und der höchsten Vertreter eines jeden derselben hat sich bei uns herkömmlich in dem Maße ausgebildet, daß sie des vermittelnden und zusammenhaltenden Momentes, welches in dem lebendigen Wirken der Königlichen Person liegt, nicht entbehren kann. Vom Prinzen ist letzteres nicht in dem erforderlichen Maße zu verlangen, solange er nicht das Bewußtsein hat, nur Gott und sich selbst für seine Regierungshandlungen verantwortlich zu sein, solange ihm bei allen Entschließungen neben den eigenen Erwägungsgründen der Gedanke gegenwärtig bleiben muß, was der König dazu sagen werde, wenn er die Regierung wieder an sich nimmt. Gegen diese partielle Lähmung und Unfreiheit der Königlichen Gewalt giebt es aber in unserer gegenwärtigen Lage kein Mittel. Die Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen, auch wenn

1) von Bonin, General-Lieutenant, Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz.

2) cf. unten S. 292 f.

3) cf. oben S. 207, Note 2. Freiherr von Reitzenstein, General-Lieutenant, Preußischer Erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militaircommission, demnächst Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz.

1857 Dez. 27.

derselben weniger Gründe und Rücksichten entgegenständen als jetzt, würde darin nichts ändern. Mit dem einen Rechtstitel seiner Geschäftsführung sowenig als mit dem anderen würde der Prinz das Gefühl eventueller Verantwortlichkeit los werden, welches von lebendigerem, aus eigenem Ermessen entspringenden Eingreifen in etwaige Dissonanzen der Regierungsorgane abhält. Auch die Kammern können als solche darin nichts bessern; wohl aber bringt ihr Zusammentritt eine Menge von neuen Personen auf die Bühne, deren Gesammteinfluß sich schwerlich in Förderung der Einigkeit und des gegenseitigen Vertrauens fühlbar machen wird. Ich würde deshalb schon aus eigenem Interesse an der gemeinsamen Sache des Landes gern in Berlin anwesend sein, und wenn ich Ew. Excellenz auf Grund meiner mannigfachen Personalbeziehungen nützlich sein kann, so komme ich sehr gern, sobald ich die Erlaubniß dazu habe, und die hiesigen Geschäfte nicht zu brennend werden, um mich loszulassen.

Die Holsteiner Sache [1]) wird nicht in so schnellen Sprüngen gehen, daß ich in den Intervallen nicht Zeit hätte, abzukommen. Herr von Schrenk hat den Berichts-Entwurf [2]) fertig, 80 enge Bogenseiten; Abschrift seiner Schlußanträge schicke ich heute mittelst Berichts ein. Das Wort Schleswig kommt in dem ganzen Referat nicht vor; die Berührung der ziemlich klaren Zusagen Dänemarks in Betreff dieses Landestheiles, etwa in Form eines Vorbehaltes bei der Motivirung, ohne daß es Gegenstand des Beschlusses würde, hätte ich wohl gewünscht. Die Übergehung Schleswigs mit gänzlichem Schweigen wird keinen guten Eindruck machen, und die allgemeine Erfahrung, daß man den Mund voll nehmen soll, um etwas zu erreichen, wird auch hier anwendbar sein.

Die Bundesfestungs-Angelegenheiten könnten mich eher periodisch hindern, mich zu entfernen. Die Mainzer steht im Vordergrunde, aber ich glaube, die Rastatter wird noch brennender werden. Was erstere anbelangt, so hat sie zwei Seiten, einmal die Schadloshaltung wegen der Explosion, [3]) dann der schon vorher betriebene Kasernenbau. [4])

Die Anforderung der Mainzer an den Bund, und die Art, wie die Darmstädter Regierung sie unterstützt und das Unglück moussiren läßt, ist übertrieben. Die sämmtlichen Klein- und Mittelstaaten, zusammen volkreicher wie Preußen, haben ungeachtet ihrer vielen Hofhaltungen und der verhältnißmäßig reichen Dotation derselben, sehr wohlhäbige Finanzzustände; sie sparen es, im Vergleich mit uns, am Militairbudget. Sie haben nicht eine gute Landesfestung, selbst Bayern kaum, und Preußen hat an 25. Der Bund baut ihnen die Festungen, erhält diese, giebt die Garnisonen her, die beispielsweise in Mainz

1) cf. oben S. 289.
2) cf. Band III, Urkunde 95.
3) cf. Band III, S. 178 ff.
4) cf. Band III, S. 228 f., 284 f., 292 ff. und 308 f.

seit 42 Jahren jährlich mindestens eine Million Thaler verzehren, und wenn ein Unglück eintrifft, soll der Bund auch noch vor den Riß treten. Wer würde Coblenz in ähnlichem Falle entschädigen? Und doch dient Coblenz so gut zum Schutze Deutschlands wie Mainz, nur mit dem Unterschiede, daß die Werke von Coblenz der Landesherr selbst bauen und unterhalten muß. Wo es sich um das Mitreden handelt, da ist jeder groß und selbständig, wo es an das Zahlen und Leisten geht, ist er klein und ruft die Mildthätigkeit des Bundes an, statt die geringe Summe von seinen eigenen Kammern zu fordern, um welche der Betrag der milden Beiträge von dem des Schadens überstiegen wird. Mir scheint es erniedrigend, daß wir durch die Österreichische Artillerie-Direktion von jeder Controle über das Pulver und dessen leichtsinnige Behandlung ausgeschlossen sind, und doch les pots cassés bezahlen sollen. Wir spielen dann etwas die Rolle des alten Herrn in der „Reise auf gemeinschaftliche Kosten", der schlecht ißt und logirt und stets für Alle bezahlt. Reitzenstein klagt sehr bitter über Bonin's [1]) Verhalten in dieser Sache; anstatt die Gelegenheit zu benutzen, um das Österreichische Artillerie-Monopol unter Mitaufsicht Preußens und des Bundes zu bringen, [2]) hat er die Hand geboten, einen Schleier über alles Unliebsame zu werfen, die Untersuchung Österreichischer Leitung überlassen und schließlich die Akten an Österreich ausgeliefert.

1857 Dez. 27.

Man hört von allen Seiten hier das Urtheil bestätigen, welches in der Anlage des Briefes Ew. Excellenz über Bonin gefällt wird. Er ist eine Art von männlicher Coquette, hat das Bedürfniß, allen Leuten mundrecht zu sein, und namentlich die Anerkennung Österreichs zu erwerben. Das eigenthümliche Kaiserliche Handbillet an ihn vom 17. Dezember beweist, daß ihm letzteres gelingt, und macht einiges Aufsehen in den Preußischen Kreisen. Meines Dafürhaltens sollten wir die Mainzer Zumuthung an den Bund kühl und entschieden ablehnen. Denn von wem erwarten wir Dank dafür? Vom Mainzer Volk? Vom Bischof Kettler? Von der Darmstädter Regierung unter Dalwigk? Ersteres wird Niemand, Letztere nur Österreich, dem Anstifter des Schadens danken, der mit fremdem Gelde generös zu sein weiß. Wir haben keinen Pfennig „politischer Zinsen" von einer Freigebigkeit der Art zu erwarten. Und welche Consequenzen wird ein solcher Vorgang für alle Bundesfestungen haben! Jede wird sich für allen Schaden, der mit der Festungseigenschaft oder der Garnison zusammenhängt, als assecurirt durch den Bund betrachten.

Durch den Auftrag in Betreff des Kasernenbaues zu Mainz vom 22. [3])

---

1) cf. oben S. 291, Note 1.

2) Vergleiche hierüber auch Band III, S. 294, Note 1.

3) Am 22. Dezember 1857 ertheilte der Minister Frhr. von Manteuffel Herrn von Bismarck den Auftrag, das Projekt der Anlage einer Haupt-Citadelle auf dem Kästrich in Mainz schleunigst mit den General-Lieutenants Frhr. von Reitzenstein und von Bonin

1857 Dez. 27. war ich einigermaßen in Verlegenheit gesetzt; es wäre wohl interessant zu wissen, wer den Gedanken von der Citadelle auf dem Kästrich angeregt hat; wenn es von Jemand geschehen ist, der sich au courant der Mainzer militairischen Dinge befindet, so kann ich mich des Verdachts nicht erwehren, daß derselbe lieber Österreich dienen will als Preußen. Reitzenstein ist derselben Ansicht und auch Bonin erklärte, wenigstens uns gegenüber, den Plan für durchaus intempestiv und für den Todesstoß unserer Bauprojekte innerhalb der Citadelle.

Die Mainzer Personalnotizen, welche Ew. Excellenz Schreiben beilagen, müssen von einem urtheilsfähigen und zuverlässigen Mann herrühren; wenigstens bei den Leuten, die ich kenne, treffen sie durchaus zu.

Über die Rastatter Sache [1]) berichte ich ausführlich, sobald sie an den Militairausschuß gelangt. [2]) Soll unser Verlangen auf Theilnahme an der Besatzung geltend gemacht werden, so wäre es gut, daß es bald geschähe, ehe die Instruktionen der anderen Gesandten definitiv feststehen. Die Truppen dazu wären nach Reitzenstein's Meinung allein schon in Wesel disponibel, wo 5 Batterien ständen.

Daß Brunnow [3]) nach London kommen würde, ist, wie ich hier höre, schon im Oktober entschieden worden; er selbst sprach mir damals bei meiner Abreise in einer Weise davon, daß ich es für eine schon bekannte Sache nahm; doch nur davon, daß er Berlin verließe und hoffe, man werde ihm London geben. Er nahm schon damals vollständig Abschied von mir; ich sah Ew. Excellenz nach dem nicht mehr, sonst hätte ich davon gesprochen, und ich schrieb nicht, weil ich es für keine neue Nachricht hielt. Budberg [4]) als Nachfolger Gortschakoff's [5]) wäre wenig in unserem Interesse; er haßt uns im Grunde seiner Seele; ich kann nicht sagen warum, denn er hat sich über Berlin wahrlich nicht zu beklagen, und hat seine Carriere durch uns gemacht. Aber bei seiner Anwesenheit hier im Sommer hat er sich sehr antipreußisch ausgesprochen, etwa so wie er zur Zeit von Erfurt über uns reden machte, und von seinen reisenden Landsleuten, die durch Wien gekommen sind, habe ich noch neuerdings Ähnliches über ihn gehört. Über Fonton [6]) habe ich hier eine minder nachtheilige Ansicht gewonnen, als Ew. Excellenz aussprechen. Sein Charakter ist wie der einer

---

näher zu besprechen, um nach Maßgabe der Rücksprache in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung einen entsprechenden Antrag zu stellen. Vergl. auch Band III, S. 284, Note 1.

1) cf. oben S. 259, Note 2.

2) cf. Band III, Urkunde 104, 105, 119.

3) Freiherr von Brunnow, Wirklicher Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Berlin, seit 1856.

4) Freiherr von Budberg, Geheimer Rath, Russischer Gesandter in Wien, seit 1856.

5) cf. oben S. 294, Note 4.

6) cf. oben S. 248, Note 3.

Frau, und obenein wie der einer südländischen; sehr heftig, aber ebenso leicht besänftigt und dann gutmüthig wie ein Kind, in Privatsachen nämlich; arbeitsscheu für gewöhnlich, aber sehr thätig und geschickt, sobald seine Theilnahme oder seine Leidenschaft angeregt ist; leicht zu gewinnen und leicht zu verletzen und für seine Freunde mit Eifer thätig; so war er es für Österreich und gegen uns, als er in Wien war, so für Platen in Hannover. Er hat von hier aus einen eminenten Einfluß auf die Entschließungen seines Cabinets, und macht einen Theil der Aktenstücke in den großen Fragen. Die jüngste Note an Dänemark ist, wie mir sein Secretair sagt, lediglich auf seinen wiederholten Antrag erlassen und bei den anderen Höfen communicirt, auch wörtlich von ihm verfaßt. Ich glaube, daß es von Einfluß ist, ihn zum Freunde zu haben, und er hat Neigung, sich da anzuschließen, wo er accreditirt ist. Nach dem, was Ew. Excellenz von ihm halten, wage ich kaum zuzureden, daß wir ihn für Berlin zu gewinnen suchen, aber ich würde es beklagen, wenn wir ihn ausdrücklich refüsirten und dadurch zu unserem Feinde machten, denn daß in Petersburg wenig ohne seinen Rath geschieht, höre ich von mehreren glaubwürdigen Seiten. Die Noth an geschickten Leuten soll so fühlbar sein, daß man über Alles hinwegsieht, was sich gegen ihn sagen läßt, und ihn als indispensable betrachtet, wie auch die Besetzung der höchsten Stelle sich verändern möchte. Budberg ist indessen sein Freund auch nicht. Bei dem Rangstreit [1]) habe ich allerdings nur von seiner Seite lebhafte Erörterungen mit ihm gehabt; er war von Anderen aufgereizt, sah aber am anderen Tage aus freien Stücken ein, daß ich Recht hatte, besuchte mich, und war dann unser bester Advokat bei seinen Collegen von Frankreich und Belgien. Im Ganzen kann ich mir keinen Besseren an seiner Stelle wünschen; nur möchte ich, daß sein Privatleben, obschon er gesellschaftlichen Anstoß vermeidet, sich unseren Norddeutschen Begriffen mehr anbequemte.

1857 Dez. 27.

Die Englische Beschwerde über mein Verhalten in der Bentinck'schen Frage [2]) hat mich überrascht; es muß viel Österreichische Verhetzung dabei sein, sonst begreife ich nicht, wie dergleichen geschehen konnte. Es ist ein ganz unerhörter Fall, daß eine fremde Regierung eine vertrauliche und nicht protokollirte Discussion im Schoße der Bundesversammlung, von der sie ehrlicher Weise gar keine Kenntniß haben kann, zur Grundlage amtlicher Schritte nimmt. Der zeitige Geschäftsträger Edwards war heute in Folge der Sache bei mir, nachdem ihm Bloomfield's [3]) Bericht über seine Unterredung mit Ew. Excellenz

---

1) Gemeint ist der Streit über den Rang der Bundestagsgesandten unter sich und im Verhältniß zu den Gesandten der fremden Großmächte in Frankfurt a. M. cf. Band III, S. 183 ff.

2) cf. Band III, S. 189 ff. und 195 ff.

3) Lord Bloomfield, Großbritannischer Gesandter in Berlin.

1857 Dez. 27. zugesandt worden. Ich habe zu ihm in demselben Sinne gesprochen, wie ich unter dem 26. November [1]) an Ew. Excellenz berichtete".

121. Eigenhändiger Bericht, betr. die Beurtheilung der Vermählungsfeier des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Frankreich. Abwesenheit des Englischen Gesandten. Veränderungen in der Russischen Diplomatie. Rücktritt des Ministers Graf v. Bülow und Ernennung des Herrn v. Oertzen zu seinem Nachfolger. Haltung des Journal de Francfort bei Besprechung des Pariser Attentats. Graf v. Rechberg über die Österreichische Politik. Frhr. v. Blixen über die Holsteinsche Frage. 22. Januar 1858.

1858 Jan. 22. — — „Die Äußerungen meines Französischen Collegen sind nicht frei von Beunruhigung über den Umfang und die Lebhaftigkeit der freudigen Theilnahme in Preußen an der Vermählung des jungen Prinzen. [2]) Auch in officiösen Pariser Zeitungscorrespondenzen äußern sich analoge Empfindungen. Die Franzosen haben keine recht klare Vorstellung von unseren Beziehungen zwischen Fürst und Volk und von deutschem Familienleben, auch in höchsten Kreisen. Die Anwesenheit der ganzen Königlichen Familie in London macht ihnen den Eindruck einer politischen Demonstration, und die Theilnahme Preußens für seine künftige Königin erscheint ihnen wie ein entfesselter Durchbruch nationaler Sympathie für England.

Daß mein Englischer College [3]) von hier abwesend ist und von England also gar nichts zur Feier des Tages hier geschieht, fällt etwas auf. Er ist in Italien und kommt vielleicht am Montag wieder.

Die Ernennung Budberg's [4]) hat bei den hiesigen Russen so überrascht, daß man sie Anfangs gar nicht glauben wollte. Fonton erklärt sie sich dadurch, daß Budberg in Wien zu viel eigene Politik mit Österreich gemacht, und Fürst Gortschakoff ihm dieses Terrain habe entziehen wollen. Es scheint, daß Fonton gern nach Berlin gegangen wäre, aber nicht nach Wien, wo ihm seine Bitterkeit gegen Österreich in der jüngsten Zeit die Praxis verdorben hat. Er sagte mir, daß zur Zeit der Ernennung des Fürsten Gortschakoff in Petersburg als zweite Alternative ein Ministerium Orloff [5]) mit Budberg als Staatssecretair und faiseur für das Auswärtige daneben, aufgestellt worden sei, diese

1) cf. Band III, Urkunde 87.

2) cf. unten S. 298, Note 3.

3) Sir Alexander Malet.

4) cf. oben S. 294, Note 4.

5) Fürst Orloff, General-Adjutant und General der Cavallerie, Präsident des Reichsrathes, seit 5. April 1856, auch mit dem Vorsitz des Minister-Rathes beauftragt, cf. oben S. 171, Note 1.

Combination aber jetzt als todt und ohne Chance der Auferstehung angesehen werde. 1858 Jan. 22.

Bekannt wird Ew. Excellenz wohl schon sein, daß Graf Bülow in Schwerin[1]) Gesundheits halber zurücktritt; d. h. er will versuchen, ob er es noch etwas über ein Jahr durchführen kann, was ihm einen Pensions-Unterschied von 4000 Thlr. machen soll. Als sein Nachfolger wird mit Bestimmtheit von allen Seiten mein hiesiger College Oertzen[2]) genannt; ein achtbarer, ruhiger Charakter, etwas pedantisch und juristisch, aber ehrlich und zuverlässig, und bisher, wie sich auch in Abstimmungen vielfach zeigt, Preußisch, soweit es ein Mecklenburger von der ritterschaftlichen Partei sein kann. Er war es 1850 bis 51 nicht, aber eine siebenjährige Beobachtung der Österreichischen Politik hier an Ort und Stelle hat ihn wesentlich umgewandelt, und ich glaube, wir können seine Ernennung zum Minister, wenn wir Einfluß darauf haben, dreist befürworten.

Die Eindrücke des Pariser Attentats[3]) boten hier nur eine bemerkenswerthe Seite. Das Journal de Francfort, welches bekanntlich seit vorigem Jahre durch einen Vertrag mit Herrn von Brints[4]) direkt unter der Leitung des Wiener Preßbüreaus steht, brachte in der ersten Nummer, in welcher es das Attentat besprach, ich glaube am 18. oder 19. cr., zwei ohne Zweifel aus Wien stammende Artikel, welche nicht nur sofort für das Englische Asylrecht in die Schranken traten, sondern mit unangenehmen Spitzen für den Kaiser Napoleon durchwirkt waren, die sich gerade bei dieser Gelegenheit übel ausnahmen. Dem gegenüber äußerte Graf Rechberg laut seine Entrüstung über das Blatt, schrieb die Wiener Artikel Mazzini[5]) und seinen Genossen zu, und schürte den schon heftigen Zorn des Grafen Montessuy[6]) gegen Brints, der mit der Miene gekränkter Unschuld die Vorwürfe Beider schweigend anhörte. Frankreich wird wahrscheinlich bei den Behörden der Stadt gegen das Blatt reklamiren.

Auch bei einer Unterredung mit mir über »quid faciamus nos«[7]) ließ Graf Rechberg seiner Kritik der Österreichischen Politik einigermaßen den Zügel und sprach für bessere Verständigung mit Preußen. Gegen einen ihm befreundeten Partikulier hat er Österreichs Verhalten in der Neuenburger Frage[8]) eine

1) Hans Adolph Carl Graf von Bülow, Mecklenburgischer Minister des Auswärtigen und des Innern, seit 12. April 1850.

2) Eine Charakteristik dieses Gesandten cf. Band III, Urkunde 144.

3) Attentat des Italieners Orsini gegen Napoleon am 14. Januar 1858.

4) cf. oben S. 184, Note 4.

5) cf. oben S. 247, Note 2.

6) cf. oben S. 241, Note 1.

7) »Quid faciamus nos« 1858 anonym in Berlin bei Schneider erschienen, behandelte in geistvoller Weise insbesondere die augenblickliche politische Situation Preußens, seine Donaupolitik, die Allianzen Preußens mit Rußland, Frankreich und England, Preußens Verhältniß zu Österreich, das Deutsche Staatensystem und das germanische Princip.

8) cf. oben S. 258, Note 1.

1858 Jan. 22. „Albernheit“ genannt. Er ist klüger als Buol, kennt die Verhältnisse so gut wie dieser, und sein Urtheil bestätigt, daß Österreichs Politik sich auf Holzwegen befindet, wo wir uns ihr unmöglich anschließen können. Leute wie Frantz,[1]) oder wer sonst jene Broschüre geschrieben hat, bedenken nie, daß wir uns doch nicht à tout prix anschließen können, und daß die Bedingungen, unter denen es uns nützlich sein könnte, von Österreich klar perhorrescirt werden. Die Kritik in der „Zeit“[2]) war recht geschickt verfaßt, hat aber Rechberg „tief betrübt“.

Zur Zeit der Festlichkeiten[3]) würde ich gern in Berlin sein, wenn Holstein[4]) oder Mainz[5]) mich alsdann hier nicht fesseln. In der ersteren Frage habe ich nicht gemeldet, daß der bekannte Skandinave und Freund des Ministers Hall,[6]) Baron Blixen[7]) vor einigen Tagen hier war. Seiner Meinung nach würden die Schwierigkeiten sich durch Lostrennung Holsteins im Eiderdänischen Sinne leicht lösen, wenn wir keine Ansprüche wegen Schleswig machten und keine neuen Verhandlungen mit den Holsteinschen Ständen verlangten. Dänemark, d. h. der König, werde dann die vom Bunde verlangten Änderungen in Holstein-Lauenburg ohne Weiteres octroyiren und die Gesammtverfassung für den Rest der Monarchie behalten. Ob das wirklich die Absicht ist, will ich aber deshalb, weil Blixen es sagt, noch nicht verbürgen“.

122. Schreiben des Herrn v. Bismarck an einen Abgeordneten,[8]) betr. die Stellung Preußens im Zollverein. Reformvorschläge. Nothwendigkeit der Schaffung eines Zollparlaments sowie einer rückhaltslosen Discussion der Preußischen Zollpolitik in den Kammern und der Presse. Die Zuckersteuer-Vorlage. 15. März 1858.

März 15. „Ich bin mit Ihnen darüber einverstanden, daß unsere Stellung im Zollverein verpfuscht ist; ich gehe noch weiter, indem ich fest überzeugt bin, daß wir den ganzen Zollverein kündigen müssen, sobald der Termin dazu gekom-

1) cf. oben S. 8, Note 4.

2) Man vergleiche die Artikel „Zur Allianzfrage“ in der in Berlin erscheinenden „Zeit“, Jahrgang 1858, No. 23, 25, 27 und 31.

3) Am 8. Februar 1858 waren in Berlin die Feierlichkeiten aus Anlaß des Einzuges des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen und der Prinzessin Royal von Großbritannien und Irland.

4) cf. oben S. 292.

5) cf. oben S. 292 f.

6) Hall, Dänischer Conseils-Präsident, zugleich Minister des Kirchen- und Unterrichtswesens, auch Minister ad interim. für die auswärtigen Angelegenheiten.

7) cf. unten S. 301.

8) cf. unten S. 303.

men ist. Die Gründe dieser Überzeugung sind zu weitschichtig, um sie hier zu entwickeln, und zu eng zusammenhängend, um sie einzeln zu nennen. Wir müssen kündigen auf die Gefahr hin, mit Dessau und Sondershausen allein zu bleiben. Es ist aber nicht zu wünschen, daß letzteres der Fall werde, oder doch daß es lange dauere. Deshalb müssen wir in der noch laufenden Periode den anderen Staaten den Zollverein angenehm, wenn es sein kann, zum unentbehrlichen Bedürfniß machen, damit sie nach der Kündigung den Anschluß auf unsere Bedingungen suchen. Ein Theil dieses Systems ist, daß man sie höhere Nettorevenüen ziehen läßt, als sie selbst durch Grenzzölle ohne Preußen sich würden verschaffen können. Ein anderer Theil ist der, daß man ihnen nicht die Fortdauer eines Zollvereins mit Preußen als sachlich unmöglich erscheinen läßt; das wird aber, wenn neben den 28 Regierungen noch einige 50 ständische Körperschaften, geleitet von sehr partikulären Interessen, ein liberum veto ausüben. Fangen die Preußischen Kammern damit an, so wird schon der Gleichheitsschwindel der Deutschen Regierungen nicht zugeben, daß die übrigen zurückstehen; sie werden sich auch wichtig machen wollen.

1858 März 15.

Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollvereine, um diesen Klippen zu entgehen, für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen, den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die Andern es verlangen. Die Regierungen werden schwer daran gehen; aber wenn wir dreist und consequent wären, könnten wir viel durchsetzen. Die in Ihrem Briefe ausgesprochene Idee, die Preußischen Kammern, vermöge der Vertretung aller Deutschen Steuerzahler durch sie, zur Grundlage hegemonischer Bestrebungen zu machen, steht auf demselben Felde. Kammern und Presse könnten das mächtigste Hülfsmittel unserer auswärtigen Politik werden. In dem vorliegenden Falle, welches auch das Ergebniß der Abstimmung sein mag, müßte jedenfalls die Zollvereinspolitik, der Schaden des Vereins für Preußen, die Nothwendigkeit für uns, ihn zu kündigen, auf das eingehendste und schärfste erörtert werden, damit die Erkenntniß darüber sich Bahn bricht; Ihr Brief sollte als Artikel in der Kreuzzeitung stehen, anstatt hier auf meinem Tisch zu liegen. Kammern und Presse müßten die Deutsche Zollpolitik breit und rückhaltslos aus dem Preußischen Standpunkte discutiren; dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden, und unser Landtag für Preußen eine Macht in Deutschland werden. Ich wünschte den Zollverein in den Bund nebst Preußens Stellung zu beiden in unseren Kammern dem Secirmesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vortheil haben. Aber ich wünschte doch als Resultat einer solchen Discussion, die Vorlage mit ge-

1858 März 15. ringer Majorität angenommen zu sehen. Denn es handelt sich im nächsten Augenblick für den Zollverein mehr darum, Deutsche Regierungen an die Fleischtöpfe desselben zu fesseln, als Sympathien ihrer Unterthanen zu gewinnen. Die Letzteren sind machtlos, und in Betreff ihrer erreicht eine kräftige, sachverständige und ehrliebende Debatte dasselbe, wie die Zufälligkeit eines Abstimmungsresultates. Ich würde daher aus Gründen unserer äußeren Politik jedenfalls für die Regierungsvorlage[1]) stimmen, wenn ich dort wäre. Die Bedenken aus inneren Gründen, die Ihr Brief enthält, vermag ich hier nicht alle zu beurtheilen. Drückend ist die Steuer nicht, denn die Leute sind reich, und wem der Zucker zu theuer wird, der ißt keinen. Gegen H. aber würden Sie mit der Verwerfung der Vorlage gar nichts erreichen, zumal er mit dieser Sache in keinem amtlichen Zusammenhange steht; aber auch B. würde durch die Verwerfung keinen Schaden leiden".[2])

123. Eigenhändiger Bericht, betr. das Interesse Preußens an der Lösung der Herzogthümerfrage. Einziehung Schleswigs in die Controverse und Eventualitäten im Falle der Behandlung der Dänischen Antwort am Bunde. Frhr. v. Blixen. 15. März 1858.

März 15. „Ich hatte das anliegende Schreiben in der Absicht gemacht, daß es Sr. K. H. dem Prinzen vorgelegt werden könnte. Bei der Durchlesung finde ich aber, daß es in der Eile etwas ungeordnet und unklar ausgefallen ist, und werde mir deshalb erlauben, den Hauptinhalt zu einem Mémoire umzuarbeiten und dieses dem Prinzen einzusenden.

Die Quehlschen Briefe beehre ich mich hier wieder vorzulegen. Bei allem seinem Verstande geht doch die Lebhaftigkeit antidänisch mit ihm durch. Warum sollen wir eigentlich besondere diplomatische Anstrengungen aufwenden, damit die Deutschen in Dänemark zur vollen Zufriedenheit mit ihrem heimischen Zustande gelangen, und dem Bunde die Glorie der Erreichung dieses Zweckes zufällt? Was hat Preußen davon, zumal wenn der Bund eclatant durchsetzte, was wir mit Österreichs angeblicher Hülfe nicht konnten. Die jetzt mögliche Lösung der Frage wird sich wohl in dem Satze ausdrücken lassen, daß der Bund über Holstein, Europa über Schleswig entscheidet. Le mieux est l'ennemi du bien, und wenn der Bund Schleswig mitberücksichtigen will, so zieht er nothwendig die Europäische Einmischung herbei. Was die Dänen, nach Quehl's Angaben, beabsichtigen, ist für die Holsteiner jedenfalls unleidlich, und für den Bund unbefriedigend; aber ich sehe in Quehl mehr Enthusiasmus als Staatsklugheit, wenn er jeder Deutschen Regierung.

---

1) cf. unten S. 303, Note 1.

2) cf. unten Seite 303.

und namentlich uns zumuthet, darauf „mit Thaten zu antworten". Wenn eine solche Dänische Erklärung an den Bund gelangt, so wird der Bund zu sehen haben, was er darauf thut, er, nicht wir, trägt die Verantwortung. Alle Weisheit, die ich darüber vortragen könnte, finde ich in Ew. Excellenz Brief mit den Worten zusammengefaßt, daß wir bei den Verhandlungen und Beschlüssen der Bundesversammlung „mehr nach vorn als nach hinten" stehen. Das wird uns nicht sehr schwer werden; wir haben es bisher vollkommen durchgeführt, und Nichts nöthigt uns in einer Sache, bei der jetzt gar nichts, später nur dann etwas zu gewinnen ist, wenn sie jetzt in unbefriedigter Lage bleibt, mit unserer eigenen Verantwortlichkeit aus der Deckung hinter dem Bunde herauszutreten. Der Beifall der öffentlichen Meinung ist ein wünschenswerthes Gut für Preußen, aber mit der Gefahr, gegen das gesammte Ausland zu stehen, scheint er doch zu theuer erkauft.

1858 März 15.

Blixen[1]) kenne ich viel genauer als Quehl. Ein Aventurier ist er nicht, aber krankhaft eitel. Er hat Alles, was das Herz eines Privatmannes begehren kann, namentlich große und schöne Güter und viel Geld; aber er möchte gern politisch berühmt sein und seinen Namen in den Zeitungen lesen. Er ist der Einzige in der Dänischen Aristokratie, der Ehrgeiz hat, scheut keine Arbeit und keinen Geldaufwand, um ihn zu befriedigen, geht mit Demokraten und Aristokraten Verbindungen ein, und diese können ihn, da er Verstand, Kenntnisse und Energie besitzt, in einem an den beiden ersteren armen Lande wohl in's Ministerium führen, wenn er sich nicht durch voreilige Prahlereien und durch den Mangel an Geradheit und Offenheit, mit dem er alle Welt mißtrauisch macht, den Weg dazu verdirbt. Mit Schele ist er gar nicht zu vergleichen, schon lediglich der äußeren Politur und Wohlerzogenheit wegen, die er besitzt. Was ich in „sehr vertraulichen Gesprächen" mit ihm geredet habe, kann ohne Schaden in jeder Zeitung gedruckt werden".

124. Bericht, betr. das Mémoire des Herrn v. Bismarck über die Beziehungen Preußens zum Bunde und zu Österreich, sowie nähere Entwickelung des darin enthaltenen Programms. Zuckersteuer-Vorlage in der Preußischen Kammer und Beschwerden über das Preußische Handelsministerium. Graf v. Buol und die Holsteinsche Frage. Haltung Badens gegenüber Preußen. 10. April 1858.

April 10.

——„In meinem letzten vertraulichen Berichte an Ew. Excellenz[2]) erwähnte ich bereits, daß ich Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen ein Mémoire über unsere Beziehungen zum Bunde und zu Österreich vorzulegen beabsichtigte.[3])

1) cf. oben S. 298, Note 7.

2) cf. den Eingang der vorhergehenden Urkunde.

3) Gemeint ist hier augenscheinlich das am Schlusse unseres III. Bandes abgedruckte s. g. „kleine Buch" des Herrn von Bismarck.

1858 April 10. Mir schwebte bei Abfassung desselben hauptsächlich vor, was mir Ew. Excellenz in Betreff der Kollerschen Umtriebe gegen Sie geschrieben hatten. Aus diesem Gesichtspunkte habe ich geglaubt, daß es besseren Eingang finden würde, wenn es nicht durch Ew. Excellenz selbst, sondern direkt an den Prinzen gelangte. Ich fürchte nur, daß es zu lang ist, aber ich glaubte alle thatsächlichen Beweismittel vortragen zu müssen, weil allgemeine Klagen und Behauptungen über das gegnerische Verhalten immer den Eindruck subjektiver Ansichten machen. In einem Begleitschreiben habe ich Sr. K. Hoheit gesagt, daß ich die Durchlesung eines solchen opus nicht erwarten könne, aber bäte, Sich über die darin niedergelegten Erfahrungen meiner siebenjährigen Praxis Vortrag halten zu lassen. Ich darf daher annehmen, daß die Arbeit in Ew. Excellenz Hände gelangt ist, und bitte um nachsichtige Beurtheilung derselben. Sollte es noch nicht der Fall sein und Ew. Excellenz den Prinzen nicht darum angehen wollen, so werde ich, wenn Sie es befehlen, noch eine Abschrift machen lassen; ganz schnell wird das aber nicht gehen, da ich auf den alten Kelchner[1]) als Feder gar nicht mehr rechnen kann und auch Eckert[2]) vielfach kränklich ist. Die Sache enthält für Ew. Excellenz auch nicht viel Neues, da Sie Alles, was ich Sr. K. Hoheit über Vergangenheit und Gegenwart geschrieben, besser kennen als ich, und meine Ansichten über unsere Aufgaben in der Deutschen Politik Ew. Excellenz aus meinen Briefen und Berichten nicht nur bekannt sind, sondern von Ihnen, wie ich mir schmeichle, im Großen und Ganzen auch gebilligt werden. Letzteres ist, nach meinen Eindrücken, bei Sr. M. dem König nicht in demselben Maße der Fall. Dem Auslande gegenüber kann man in der Vertretung Preußens nicht Parteimann in derselben scharfen Ausprägung, wie im Innern bleiben, wozu England uns den Beleg und gute Beispiele liefert. Wenn wir nicht in der Österreichischen Bundespolitik „aufgehen“, oder in unbequemer Zeit der Alternative eines Bruches gegenübergestellt werden wollen, so müssen wir uns bei Zeiten auf den Schwerpunkt des eigenen Gewichts zurückziehen, und von dort her die Kräfte wirken lassen, denen Österreich keine gleichartigen entgegenstellen kann. In nächster Linie rechne ich dazu, daß wir die Treibhauspflanzen der Bundespolitik der freien Luft der Öffentlichkeit aussetzen, und nicht bloß in der Presse, gegenüber dem großen Lügensystem der Gegner die freieste Besprechung Deutscher Politik gestatten, sondern auch durch Herbeiführung von Kammerverhandlungen über dieselbe eine authentische Publicität schaffen, gegen welche die Entstellungen der Presse nicht Stich halten. Wir haben da die Mittel, unsere Zurückhaltung von angeblich nationaler B u n d e s-Politik sehr populär zu machen, und wenn wir nur erreichen, daß Österreich und die Majoritätsschwindler vor den Consequenzen, zu denen sie uns treiben,

---

1) cf. oben S. 115, Note 1.

2) Kanzleirath bei der Preußischen Gesandtschaft am Bundestage.

stutzig werden, und ihre Versuche, uns mit dem föderalen Bande enger zu umschlingen, aufgeben, so ist durch dieses negative Resultat gegen jetzt schon viel gewonnen. Wir werden dann, wenn es in den Allerhöchsten Intentionen liegt, wenigstens ein zuverlässigeres Bündniß für „äußere und innere Sicherheit" am Bunde schaffen können, als jetzt. 1858 April 10.

Doch ich fürchte, daß in Berlin jetzt die Zuckersteuer[1]) momentan die Interessen mehr in Anspruch nimmt, als meine Bundesquerelen. Einige meiner Freunde in den Kammern haben mir in den letzten Wochen geschrieben, um, wenn ich nicht selbst käme, doch schriftlich meine Meinung zu haben. Ich habe Einem derselben zur Mittheilung an die Anderen geantwortet[2]) und erlaube mir von dem Concept meines Briefes eine Abschrift der Hauptsache beizulegen. Die am Schluß der Anlage in Bezug genommene Persönlichkeit ist der Minister von Bodelschwingh,[3]) die kurz vorher angedeutete, Heydt.[4]) Ersteren klagte ein Correspondent des Mangels an verschiedenen Eigenschaften, den Letzteren noch anderer Dinge an. Es scheint, daß namentlich unter den Capitalisten, welche Preußische Eisenbahnactien haben, große Gereiztheit gegen das Handelsministerium herrscht, und Verdächtigungen aus diesen Kreisen auch in andere verbreitet werden. Man behauptet, daß die Ausübung des Aufsichtsrechtes und die postalischen Befugnisse benutzt würden, um die Course einzelner Actiengattungen zu heben oder zu drücken, oder um unfügsame Direktionen zu peinigen. Dazu kommt, daß Geldmänner, welche äußerlich mit dem Handelsminister gut zu stehen scheinen, allerhand nicht greifbare, aber doch wirksame Andeutungen über Motive des Verhaltens in Eisenbahnsachen gegen das Aus-

---

1) Am 27. Februar 1858 legte die Preußische Regierung dem Abgeordnetenhause die Übereinkunft unter den Zollvereinsstaaten wegen Besteuerung des Rübenzuckers und wegen Verzollung des ausländischen Zuckers oder Syrups vom 16. Februar 1858 vor, welche im Artikel 2 für die Abmessung der Steuer folgende Grundsätze aufstellte: a) die Steuer vom vereinsländischen Zucker soll gegen den Eingangszoll vom ausländischen Zucker stets soviel niedriger gestellt werden, als nöthig ist, um der inländischen Fabrikation einen angemessenen Schutz zu gewähren, ohne zugleich die Concurrenz des ausländischen Zuckers auf eine die Einkünfte des Vereins oder das Interesse der Consumenten gefährdende Weise zu beschränken. Es sollen jedoch b) der Eingangszoll vom ausländischen Zucker und Syrup und die Steuer vom vereinsländischen Rübenzucker zusammen für den Kopf der jeweiligen Bevölkerung des Zollvereins jährlich mindestens eine Brutto-Einnahme gewähren, welche dem Ertrage jenes Zolles und dieser Steuer für den Kopf der Bevölkerung im Durchschnitte der drei Jahre 1847/49 gleichkommt, das ist, dem Betrage von 6,0762 Silbergroschen für den Kopf. Vergl. die Drucksache 57 des Hauses der Abgeordneten, IV. Legislatur-Periode, III. Session. Die Übereinkunft erlangte nach schweren Kämpfen die Genehmigung der gesetzgebenden Faktoren. (Abgedruckt in der Preußischen Gesetz-Sammlung 1858, S. 276.)

2) Oben Urkunde 122.

3) von Bodelschwingh, Finanzminister, seit 1851.

4) von der Heydt, Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, seit 6. Dezember 1848.



1858 April 10. land, über die Concurrenzverhältnisse der Ruhr- und der Saarkohlen verbreiten. Kurz in den fraglichen Briefen meiner Freunde fand sich eine artige Sammlung von Verleumdungen, die man über den Herrn gehört hatte, und die unter der Hand gewiß nachtheilig wirken, denen man aber nicht in so positiver Gestalt begegnet, daß man ihnen entgegentreten könnte, ohne ihre Bedeutung gerade dadurch zu vergrößern. Ich habe mich in meiner theilweis anliegenden Antwort auch auf diese Dinge nicht in Correspondenz einlassen können, sondern einfach zu erwägen gegeben, daß der Zucker nicht das Mittel ist, solchem Mißtrauen Ausdruck zu geben. Ew. Excellenz wollen mir verzeihen, wenn ich über diese Dinge pro informatione rückhaltlos schreibe, da ich weiß, daß Sie ohnehin mit der Bedeutung der Unterstützung, welche einzelne Herren der Regierung und Ihnen selbst gewähren, vollständig bekannt sind.

Graf Montessuy[1]) hat mich soeben durch einen längeren Besuch unterbrochen. Er kam, um mir mitzutheilen, daß Graf Buol,[2]) wie Bourquenay[3]) berichtet, sich gegen Letzteren günstig über die Dänische Mittheilung[4]) ausgelassen habe und von derselben die Erwartung hege, daß sich fruchtbare Verhandlungen daran knüpfen ließen, wenn Preußen derselben Ansicht sei. Buol habe besonders den versöhnlichen Ton der Dänischen Depesche gelobt, und dem Französischen Gesandten gesagt, daß die Vertreter mehrerer Deutscher Höfe sich in derselben anerkennenden Weise darüber geäußert hätten. In der Öffentlichkeit wird die Sprache des Wiener Cabinets wohl anders lauten.

Wentzel[5]) ist in Darmstadt, wo die Badischen Herrschaften sich auf zwei Tage zu Besuch aufhalten. Ich kann das Zimmer nicht verlassen, sonst würde ich versucht haben, meine Aufwartung zu machen. Es ist merkwürdig, daß gerade Baden unter allen Mittelstaaten in Form und Sache uns am schärfsten gegenübertritt; die Meysenbugsche Note über den 25. Februar[6]) ist in manchen Stellen grob zu nennen.[7]) Der Verfasser und überhaupt faiseur bei Meysenbug soll Herr von Uria sein, einer der wildesten Ultramontanen".

---

1) cf. oben S. 249, Note 1.

2) Österreichischer Minister-Präsident. cf. auch oben S. 67. Note 1.

3) cf. oben S. 220, Note 2.

4) Vergl. über diese Mittheilung Band III unserer Sammlung, Urkunde 136.

5) cf. oben S. 30, Note 2.

6) Gemeint ist hier der an diesem Tage in der Bundestagssitzung ausgebrochene Streit über den § 19 der Geschäftsordnung. cf. Band III unserer Sammlung, Urkunde 123.

7) Die dem Minister Freiherrn von Manteuffel mitgetheilte Depesche des Ministers von Meysenbug vom 16. März 1858 analysirt zunächst den bereits aus Band III unserer Sammlung bekannten Vorgang und die in Folge desselben ergangene Preußische Circulardepesche vom 4. März 1858 und bemerkt sodann: „Wir können den Vorgang, von welchem der § 89 des Protokolls der achten Sitzung Zeugniß giebt, nur bedauern, und aufrichtig

125. Eigenhändiger Bericht, betr. die Rastatter Besatzungsfrage, sowie Einlenken Österreichs gegenüber der allgemeinen politischen Lage in Montenegro und Italien. Steuerverhältnisse in Ungarn. Die Stellung des Ministers v. Meysenbug und des Herrn v. Uria. Frankfurter Börse und Rhein-Nahe-Bahn. Wahlnachrichten und Parteiverhältnisse in Preußen. 26. Mai 1858.

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, meinen guten Willen als Correspondent mit einigen Zeilen zu bethätigen, wenn ich auch kaum irgend welchen 1858 Mai 26.

---

wünschen, daß es künftighin gelingen möge, ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen. Gleichwohl sind wir nicht der Ansicht, daß der fragliche Vorfall von der ihm beigelegten großen Erheblichkeit sei, und insbesondere vermögen wir uns nicht davon zu überzeugen, daß durch denselben das Recht der Äußerung der einzelnen Bundesregierungen als gefährdet oder bedroht erscheine. Eine solche Besorgniß könnte nur dann mit Grund ausgesprochen werden, wenn es sich darum gehandelt hätte, die Erklärung, deren Aufnahme in das Protokoll verlangt wurde, überhaupt zu beseitigen. Die Protokollirung an sich wurde aber nicht beanstandet, sondern es wurde nur behauptet, daß die Aufnahme in's Protokoll in Gemäßheit der für die formelle Behandlung der Sache maßgebenden Bestimmungen Behufs vorheriger Vermerkung auf dem Ansagezettel bis zur nächsten Sitzung verschoben werden müsse. Über die Anwendbarkeit des hierwegen angerufenen Paragraphen der Geschäftsordnung auf den speciellen Fall gab sich eine Meinungsverschiedenheit kund, und wir glauben kaum, daß der Bundesversammlung, die vermöge ihrer auf den Grundsätzen des Deutschen Bundes beruhenden Organisation denn doch nicht mit einer bloßen Conferenz von diplomatischen Vertretern sonst in keiner Verbindung stehender Staaten verglichen werden kann, die Befugniß bestritten werden kann, über die Frage der Anwendbarkeit der Geschäftsordnung auf den vorliegenden Fall durch Abstimmung zu entscheiden. Eine Entscheidung war aber nothwendig, und gegen die Ansicht, daß die Regierung, welche die betreffende Erklärung abgeben wolle, am besten selbst wissen müsse, ob sie einen Antrag zu stellen beabsichtige, ließ sich, wie uns scheint, nicht ohne Grund geltend machen, daß die fragliche Erklärung, selbst wenn zunächst eine Antragstellung nicht intendirt worden sei, dennoch einen Antrag involviren könne, und daß, wenn in einem Falle dieser Art die Entscheidung jeweils von dem Ausspruche der betheiligten Regierungen selbst abhängig gemacht werden wolle, die Vorschrift des mehrgedachten § 19 jeder Zeit unschwer umgangen werden könnte.

Eine andere Frage ist es, ob die Meinungsdifferenz wegen Anwendbarkeit der Bestimmungen des § 19 der Geschäftsordnung auf die von dem K. Hannoverschen Gesandten eingebrachte Erklärung von der Bundesversammlung richtig entschieden worden ist. In dieser Hinsicht wollen wir, wiewohl zu einer desfallsigen Erörterung in der jetzigen Sachlage überall kein Anlaß mehr gegeben zu sein scheint, doch darauf aufmerksam machen, daß die Hannoversche Erklärung jedenfalls nicht eine auf die Angelegenheit der vormals Schleswig-Holsteinschen Offiziere bezügliche einfache Äußerung, sondern die förmliche Beschlußnahme einer einzelnen Regierung über den fraglichen, noch in Behandlung befindlichen Gegenstand enthielt. Eine solche Beschlußnahme wegen Zahlung in die Matrikularkasse, bevor hierwegen von Seiten des Bundes eine Auflage erfolgt und Verfügung an die Kasse ergangen war, mußte nothwendig als verfrüht erscheinen, und bedurfte einer Erörterung, wobei sich die derselben gegebene Auslegung von selbst darbot, und somit die Ansicht ihre Rechtfertigung fand, es sei die der Bundesversammlung zu machende Mittheilung in Wirklichkeit einem förmlichen Antrage auf Beschlußfassung gleich zu achten.

Die Großherzogliche Regierung wird jeder Zeit gern bereit sein, im Verein mit ihren

1858 Mai 26. Stoff dazu habe, der von Interesse ist. Ich beginne mit dem Wetter und melde, daß es kalt und unfreundlich ist, täglich regnet, den Feldfrüchten aber gedeihlich zu sein scheint. Sogar der Raps verliert das lückenhafte Ansehen, welches er aus dem Winter brachte, und hat reichlich geblüht. Am Bundeshimmel ist das Wetter umgekehrt, trocken und unfruchtbar. In der Rastatter Frage [1]) hat das Drängen Rechberg's etwas nachgelassen; sei es, daß er endlich anfängt, an unseren Ernst in der Einstimmigkeitsfrage zu glauben, oder daß die trüben Aspecten in Montenegro [2]) und Italien [3]) das Einvernehmen mit Preußen wichtiger erscheinen lassen. Die Wiener Instruktionen für die Presse weisen auf letzteres hin; ich höre von hiesigen Österreichischen Zeitungsagenten, daß sie angewiesen sind, allen anderen Hader ruhen zu lassen, und nur die Nothwendigkeit zu demonstriren, daß Preußen in den orientalischen Streitigkeiten zu Österreich halten müsse. Wenn wir Österreich in den Europäischen Fragen fest entgegentreten (und in dem vorliegenden steckt Nichts, was uns aus eigenem Interesse davon abhalten könnte), und wenn wir in Wien zu verstehen

---

Bundesgenossen zu Allem mitzuwirken, was den Interessen einer, der Würde und dem Ansehen des Bundes möglichst förderlichen Geschäftsbehandlung für angemessen erachtet werden könnte. Sie wird deshalb nicht ermangeln, diejenigen Anträge, welche die K. Preußische Regierung aus Anlaß der Abstimmung vom 25. Februar wegen Modifikation einiger Bestimmungen der Geschäftsordnung bei der Bundesversammlung einzubringen Willens sein sollte, seiner Zeit einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen, wenn sie schon nach dem Vorhergehenden in dem stattgehabten Vorfalle nirgends einen Anlaß zur Beanspruchung einer weiteren Garantie für die Freiheit der einzelnen Bundesregierungen zur Abgabe von Erklärungen zu erblicken, und ebensowenig die Ansicht zu theilen vermag, daß die Regierung selbst, die eine Eröffnung machen will, über deren Eigenschaft als Antrag oder bloße Mittheilung zu entscheiden habe. Mißverständnisse von der Art, wie sich solche in der Bundestagssitzung vom 25. Februar ergeben haben, stehen bis jetzt vereinzelt da, und es scheint uns, bei einem von föderativem Geiste beseelten Zusammenwirken sämmtlicher Bundesglieder, die Besorgniß nicht gerechtfertigt, es möchten ohne die vorgeschlagene Modifikation der Geschäftsordnung derartige Differenzen künftig öfters wiederkehren.

Die K. Preußische Regierung hat, abgesehen von dem Gegenstande des § 89 des Sitzungsprotokolles vom 25. Februar ihren Bundestagsgesandten auch beauftragt, einen Beschluß dahin zu erwirken, daß in Zukunft alle beim Präsidium rechtzeitig eingereichten Anträge auf dem Ansagezettel zur Sitzung vermerkt werden, damit hierdurch jeder Zweifel darüber beseitigt werde, daß es für das Präsidium nicht rein facultativ sei, Anträge auf die Tagesordnung zu setzen oder nicht. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung scheinen uns in dieser Beziehung kaum irgendwie eine verschiedene Auslegung zuzulassen, auch ist uns bis jetzt nicht bekannt geworden, daß sich bei irgend einem Anlasse das Bedürfniß einer authentischen Interpretation oder Modifikation der betreffenden Bestimmungen fühlbar gemacht habe".

1) cf. oben S. 259, Note 2.

2) Als 1858 ein Aufstand gegen die Türkische Herrschaft in der Herzegowina ausbrach, verbot der Fürst von Montenegro zwar seinen Montenegrinern, irgendwo feindlich in das Türkische Gebiet einzubringen, es kam aber gleichwohl bald zu blutigen Conflicten.

3) Im Frühjahre des Jahres 1858 reiften die Absichten einer Befreiung Italiens von Österreichs Herrschaft. Juli 1858 Zusammenkunft Napoleon's III. mit Cavour in Plombières.

geben, daß unser Verhalten seinen Grund in der Österreichischen Politik in Deutschland hat, so muß die letztere schließlich andere Saiten aufziehen, und die Verständigung mit uns suchen und erkaufen.

1858 Mai 26.

Aus Ungarn sind hier sehr eigenthümliche Nachrichten: die direkten Steuern sollen in einem solchen Umfange rückständig sein, daß die exekutivische Beitreibung wegen Unverkäuflichkeit der Exekutionsobjekte hat sistirt werden müssen. Wenn den Steuerpflichtigen das erst klar wird, so werden Viele es bequemer finden, nicht zu zahlen.

In der vorigen Woche hieß es hier, daß Herr von Meysenbug in seiner Stellung gewankt habe, und zwar in Folge der Angriffe, welche die ultramontane Partei, unabhängig von Österreich, gegen ihn gerichtet hätte; der Einfluß des letzteren soll die Sache wieder in's Geleise gebracht haben. Es scheint, daß Meysenbug sich in der Person seines vortragenden Raths, des Herrn von Uria,[1] einen Dorn in's Fleisch hat setzen lassen; derselbe passirt für den fähigsten Kopf unter den Ultramontanen hiesiger Gegend, und hat die Aufgabe, einstweilen durch Meysenbug, später nach Umständen ohne ihn, die Zügel zu führen.

An der hiesigen Börse macht seit einiger Zeit die Rhein-Nahe-Bahn[2]) ein Aufsehen, welches von unseren politischen Gegnern lebhaft befördert und ausgebeutet wird. Die bedeutendsten hiesigen Bankhäuser, außer Rothschild, sind bei der Bahn betheiligt, und natürlich sehr betrübt, daß dieselbe statt des Anschlags von 9 Millionen jetzt über 14 kosten soll. Unsere Gegner behaupten nun alles Mögliche, um die Rechtlichkeit der Preußischen Regierung zu verdächtigen, und das Vertrauen auf dieselbe als ein leichtsinniges darzustellen. Bald soll der Anschlag mit Berechnung zu niedrig gestellt worden sein, um den harmlosen Frankfurter in das Unternehmen hineinzulocken, und hochgestellte Beamte sollen sich dieses „Preußischen Pfiffes" gerühmt haben; bald sollen die hohen Summen, welche jetzt verlangt werden, das Ergebniß einer übertriebenen und luxuriösen Veranschlagung sein, mit welcher man den Cours drücken wolle, um die Actien wohlfeil zu erwerben. Heute erzählt man mit besonderer Entrüstung, daß der Inhalt einer Audienz, welche die Herren Gru-

1) cf. oben S. 304.

2) Das bereits im Jahre 1840 angeregte Projekt einer Eisenbahn von Neunkirchen über Kreuznach nach Bingerbrück war im Jahre 1855 durch ein zu Kreuznach gebildetes Comité wieder aufgenommen worden. Nach den der Staatsregierung eingereichten Vorarbeiten stellten sich die Baukosten auf 10 Millionen Thaler, wobei eine Ermäßigung auf 9230000 Thlr. als zulässig bezeichnet wurde. Mit der Bauausführung wurde im Frühjahr 1857 begonnen. Demnächst stellte sich heraus, daß die wirkliche Bauausführung zur betriebsfähigen Herstellung der Bahn 13600000 Thlr. und zu ganz vollständiger Ausrüstung 14900000 Thlr. erforderte. Das Nähere über diese Etatsüberschreitung und die Consequenzen derselben findet man in der Drucksache Nr. 83 des Hauses der Preußischen Abgeordneten, Session 1859 (s. die Motive des betreffenden Gesetzentwurfs S. 7).

1858 Mai 26. nelius und Koch gestern morgen bei dem Herrn Handelsminister gehabt hätten, auf der gestrigen Mittagsbörse hier schon bekannt gewesen, und gleichzeitig ein Berliner Fixer, Namens Kosinsky, hier erschienen sei,[1]) dessen Personalbeziehungen in Berlin namhaft gemacht werden, und der die Mission gehabt habe, die Actien noch mehr zu drücken. Zu diesem Zweck habe er seine Agenten aus der Mitte der hiesigen Börsenleute instruirt, und diese während der Börse den Cours um 3 Procent geworfen, indem sie, unter Anführung amtlicher Quellen für ihre Angaben, das Unternehmen als ein ruinirtes und als mit der Ungunst der Preußischen Regierung behaftetes dargestellt haben. Bei der feindseligen Benutzung, welche derartige Gerüchte hier finden, wäre es recht erwünscht, wenn zu ihrer Widerlegung etwas geschähe, und wenn die Vertreter der Actionaire, welche sich jetzt in Berlin befinden, über die wahren Ursachen der Verrechnungen aufgeklärt, und nicht ohne Trost heimgeschickt würden. Sie wollten von mir eine Empfehlung an Ew. Excellenz mit auf den Weg haben; ich glaubte aber Ihnen eine unerquickliche Besprechung ersparen zu sollen, und bezog mich bei meiner Ablehnung auf die Ressort-Verhältnisse. Wenn die Lage der Dinge sich nicht ändert, so wird die Gesellschaft wohl in nächster Zeit eine ziemlich stürmische Generalversammlung halten.[2])

Aus der Heimath erhalte ich Briefe mit zaghaften Wahlnachrichten. Man klagt über die Zerfahrenheit und Spaltung der bisherigen conservativen Partei, und über die Rührigkeit der Opposition, welche schon jetzt die Wähler bearbeite. Ein gutes Sympton bleibt dabei immer, daß man nicht wagt, sich

---

1) Auf eine Immediatvorstellung des Verwaltungs-Ausschusses der Rhein-Nahe-Bahn vom 29. Mai 1858 eröffnete der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten von der Heydt demselben unterm 12. Juni 1858, daß die Staatsregierung für den Mehrbedarf, welchen die Ausführung der Rhein-Nahe-Eisenbahn nach den inzwischen beendigten Kostenanschlägen erfordere, um so weniger verantwortlich gemacht werden könne, als nicht behauptet werden könne, daß die Verwaltung unzweckmäßig geleitet oder daß unnöthige Ausgaben gemacht worden seien. „Gleichwohl bin ich, wie den hier anwesend gewesenen Mitgliedern des Verwaltungs-Ausschusses bereits mündlich in Aussicht gestellt worden ist, zu veranlassen bereit, daß Verhandlungen darüber gepflogen werden, inwiefern vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags den Fonds der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft durch Übernahme des Bahnhofs bei Neunkirchen und durch Vorhaltung der Betriebsmittel von Seiten der Staatseisenbahn-Verwaltung gegen die übliche Vergütung eine Erleichterung verschafft werden könne. Falls bei demnächstiger Unterbringung der zu creirenden Prioritäts-Obligationen die Gesellschaft eine förderliche Mitwirkung der Geldinstitute des Staats für wünschenswerth erachten sollte, würde sich dieselbe an diese zu wenden haben und vertrauen dürfen, daß diese Institute in gewohnter Weise, soweit die Umstände es gestatten, den desfallsigen Anträgen wohlwollende Berücksichtigung angedeihen lassen werden."

2) Demnächst that die Preußische Staatsregierung ihr Möglichstes zur Beseitigung der Schwierigkeiten der Bahn. Vergl. den am 28. Februar 1859 im Preußischen Abgeordnetenhause eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewährung der Zinsgarantie des Staats für eine Prioritäts-Anleihe der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft zum Betrage von sechs Millionen Thaler (Drucksache 83 des Hauses der Abgeordneten, Session 1859).



als Gegner der Regierung hinzustellen, sondern daß jeder von sich behauptet, der eigentliche Repräsentant der Allerhöchsten Orts vorherrschenden Intentionen zu sein. Schriftliche Mittheilungen aus Ostpreußen, Pommern, mündliche aus Westfalen bekunden mir, daß man den Wahlen mit mehr Spannung entgegensehe, als das letzte Mal. Damals war es günstig, daß die Furcht vor Krieg gegen die Oppositionscandidaten in die Wagschale fiel. Zu einiger Erregung der Gemüther trägt gegenwärtig auch das Gerücht bei, daß im Herbst, falls nicht bis dahin Se. M. der König die Regierung wieder übernähme, sehr durchgreifende und principielle Änderungen in Personen und Systemen stattfinden würden. Es wäre gewiß nicht rathsam, mit aufregenden Ungewißheiten in die Wahlen hineinzugehen. Etwaige Änderungen sollten vorher erfolgen, und wenn sie überhaupt nicht beabsichtigt werden, so würde eine bestimmte Kundgebung in diesem Sinne vor dem Beginn der Wahlmanipulationen gewiß nützlich sein, um alle auf Entstellungen und aufregende Gerüchte basirte Parteimanöver zu stören.

Zum Johannistag bin ich zum Ritterschlag vorgeladen, und werde dann um Erlaubniß bitten, mich in Berlin einzufinden".

Namenverzeichniß.

Anm. Herr von Bismarck, der Verfasser der zum Abdruck gelangten Berichte ꝛc., und der Minister Freiherr von Manteuffel, an welchen dieselben gerichtet sind, finden sich in dem Namenverzeichniß nicht aufgeführt.

Sachverzeichniß.

1271
20

Berichtigungen.

S. 151 und 165	Zeile 16	v. u.	lies:	S. 73, Note 2.
S. 176	„ 3	„	„	S. 73, „ 2.
S. 235	„ 5	„	„	S. 73, „ 2.

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.